C 21734 D



Bleibt in eurem Eheknast ... S. 33

Arbeiterkampf

Jg. 7 Nr. 114 3.10.77

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 2,-

Trotz Polizeistaats-Manöver
50 000 in Kalkar



Berichte und Kommentare dazu auf Seite 9

CDU will "K-Gruppen" verbieten

Am 26. September konnte sich Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht (CDU) einen schon seit Monaten gehegten Traum erfüllen: Auf einer Pressekonferenz gab er bekannt, daß die CDU im Bundesrat einen Verbotsantrag gegen die „K-Gruppen" – den KBW, die „KPD", die „KPD/ML" und den KB – einbringen wolle. So sei es vom Bundesvorstand der CDU beschlossen. Die CDU rechne auf eine Mehrheit für diesen Verbotsantrag im Bundesrat.

Albrecht hatte bereits nach der Demonstration vom 19.März am AKW-Bauplatz Grohnde eine entsprechende Initiative angekündigt. Es ist offensichtlich, daß diese Initiative vor allem darauf abzielt, der Anti-AKW-Bewegung, in der besonders der Kommunistische Bund, aber auch die „KPD", eine wesentliche Rolle spielen, das Rückgrat zu brechen. Zugleich gilt der Angriff aber der politischen Organisationsfreiheit insgesamt, er zielt auf eine schrittweise Wiederinkraftsetzung des KPD-Verbotes von 1956 mit allen entsprechenden Konsequenzen für das gesellschaftliche Klima dieses Landes.

Dieser Angriff muß ernst genommen werden, auch wenn er durchaus nicht der erste seiner Art ist, und auch wenn er vorerst noch einmal im Gestrüpp der innerparteilichen Widersprüche der CDU/CSU steckengeblieben zu sein scheint: Auf Grund massiver Einsprüche der äußersten Rechten von CDU/CSU, die ein Verbot der „K-Gruppen" ohne gleichzeitiges Verbot der DKP ablehnen, und auf Grund verschiedener taktischer Überlegungen über die Konsequenzen eines Verbots der „K-Gruppen" („Blutzufuhr für den Terrorismus" usw.) soll der Verbotsantrag im Bundesrat zunächst einmal zurückgestellt werden. Albrecht scheint angeschlagen aus der Affäre hervorzugehen.

Das darf für die unmittelbar Bedrohten ebenso wie für die demokratischen Kräfte dieses Landes im weitesten Sinne kein Grund zum erleichterten Aufatmen und zur Einstellung der nach Bekanntgabe der Albrecht-Initiative angelaufenen Vorbereitungen auf Widerstandsaktionen sein. Die Absicht der CDU (und CSU), jede linke Opposition durch Hetze und Verbot mundtot zu machen, bleibt auf der Tagesordnung. Dies wird unterstrichen durch ihre Kampagne der letzten Wochen, die nicht bloß die gesamte „Neue Linke" als „geistige Heimat des Terrorismus" abstempeln will, sondern die überhaupt jede gesellschaftskritische Stimme als Teil

Fortsetzung auf Seite 4

Wallraff was here !



Günter Wallraff, der fortschrittliche linke Schriftsteller und Journalist, hat wieder einmal im Wespennest der Reaktion herumgestochert. Diesmal war Axel C. Springers „Bild" Objekt von Wallraffs Recherchen. Was Günter dabei über die Springer'sche Meinungsfabrik ans Tageslicht gefördert hat, kann mittlerweile in der soeben erschienenen Reportage nachgelesen werden. Unser Bericht dazu auf Seite 3.

Antisemitische Orgie in der Bundeswehr

Offiziere der Bundeswehr, die ihrer Funktion gemäß ja einfache Soldaten ausbilden und „führen" sollen, haben – wie erst jetzt durch die Enthüllung der „Frankfurter Rundschau" bekannt wurde – im Februar dieses Jahres in der Bundeswehrhochschule in München einen sogenannten „Kameradschaftsabend" veranstaltet und daraus, angeblich im Suff, eine regelrechte antisemitische, nazistische Orgie gemacht.

„Die ,Stimmung' muß schon sehr weit fortgeschritten gewesen sein, als sich eine Gruppe von Offizieren, erwachsene Menschen mit einer durch Prüfung attestierten Eigenschaft zum Vorgesetzten, zu einer Anlage aufmachte, in der gemeinhin Abfälle verbrannt werden, und in der noch ein kleines Feuer brannte. Bericht eines Zeugen: ,Als das Feuer ausging, da schrie jemand: nachlegen. Und dann sagte jemand: Dann laßt uns Juden verbrennen'.

Daraufhin wurden einzelne Papierreste, Kartonteile ins Feuer geworfen,

Fortsetzung auf Seite 6

Isolationshaft — jetzt legal !

Am 2.10.77 ist ein Gesetz inkraft getreten, das unter dem Namen „Kontaktsperre" die vollständige Isolation politischer Gefangener legalisiert: vollständige Isolation von Mitgefangenen, von Angehörigen und Freunden, und von ihren Verteidigern! Allein die Art, wie dieses Gesetz zustandegekommen ist, ist bahnbrechend: Es wurde innerhalb von 4 Tagen nach Vorlage und öffentlicher Ankündigung durchgezogen – die schnellste Gesetzesverabschiedung, die es je in der Bundesrepublik gegeben hat! Geboren wurde dieses Gesetz als wahres Ausnahmegesetz: Im Zuge der staatlicherseits aufgepeitschten Terroristen-Hetze nach der Schleyer-Entführung

Fortsetzung Seite 5

Scheel in der Schweiz:
Wir sind keine „häßlichen Deutschen"...

Für zwei Tage wurde der Bevölkerung in der schweizerischen Bundeshauptstadt Bern ein Hauch von der Wirklichkeit des „freiesten deutschen Staates" vermittelt: Der Berner Flughafen Belpmoos ist umstellt von Polizeigrenadieren mit Maschinenpistolen. Zuschauer werden von herbeigekarrten Kantonspolizeiverbänden überwacht; bis hin zum Bundeshaus in der Innenstadt ist die Situation „fest in Ordnungshand"; auf der Bundesterrasse und den Dächern der Gebäude in der Umgebung haben Maschinenpistolen - Schützen Stellung bezogen; das Bundeshaus ist hermetisch abgeriegelt und wird nach Verlassen der Parlamentarier bis in den letzten Winkel durchsucht - das war das „Rahmenprogramm", mit dem die Repräsentationsfigur des westdeutschen Polizeistaates, Walter Scheel, am 22.09. in der Schweiz Einzug hielt (Angaben nach „NZZ" vom 24.09.77)

Mit viel militärisch-protokollarischen Ehren und Salutschüssen wurde er empfangen. Scheel und der schweizer Präsident Furgler drückten ihre Genugtuung und Freude über die gutfreundschaftlichen Bande zwischen dem schweizerischen und dem westdeutschen Staat aus, doch trotz all der Freude konnte man nicht umhin, schon in der Begrüßung das leidige Thema des Terrorismus anzusprechen. Flocht Furgler in seiner Begrüssung noch den zarten Hinweis ein, der Kampf gegen die „Dämonen der Verneinung" könne nur mit den Waffen des Rechtsstaates geführt werden, so mochte Scheel in seiner Erwiderung nichts an der nötigen Deutlichkeit fehlen lassen und zeigte sich über jeden Verdacht erhaben: „...*aber auch in ihrem Kampf gegen die Dämonen der Verneinung bleibt die Bundesrepublik Deutschland der liberalste Staat, der bisher in Deutschland verwirklicht wurde. Das in ihr erreichte Maß an Menschen - und Bürgerrechten (.....) nimmt den Vergleich mit jedem anderen Land auf. Wenn man bei jeder unliebsamen Erscheinung mit der sich jede moderne Industriegesellschaft auseinandersetzen muß, bei uns ein Aufleben des Nationalsozialismus wittert, so schadet man der mit Hingabe und Erfolg aufgebauten Demokratie in der BRD.*" (zit. nach Baseler Zeitung, 23.09.) Wer wird da denn wohl noch widersprechen wollen!?

Aus diesen Äußerungen „unseres" Herrn Präsidenten spricht die ganze Arroganz, mit der die Vertreter des BRD-Staates nicht mehr nur gegenüber den Ländern der 3. Welt auftreten, sondern auch gegenüber den „befreundeten" und „verbündeten" Ländern Westeuropas. Nicht etwa wer hier nach Todesstrafe, Kommunistenverbot, und Streichung von Grundrechten ruft, „gefährdet" die Demokratie, sondern wer es wagt, vorsichtige Bedenken und Kritik an der zunehmenden politischen Unterdrückung bei uns zu üben, „schadet" ihr! Jedoch, als nachbarlicher Schulmeister wußte Scheel auch Lob auszuteilen: „*Der Bundesrat, das Schweizervolk und vor allem die Schweizer Presse hätten bei solchen Ereignissen stets ein hohes Maß an Urteilsschärfe und Einsicht gezeigt, erklärte Scheel.*" (NZZ, 24.09.77). Eine Presse, die anders als z.B. in Frankreich oder Holland - so „einsichtig" und „urteilsscharf" ist und zu den Verhältnissen in der BRD schweigt, wird stets Lob von denen erwarten können, denen am Verschweigen der polizeistaatlichen Entwicklung in der BRD gelegen ist - ein fragwürdiges Lob.

In weiteren Gesprächen zwischen Scheel und Furgler war die Terroristen Verfolgung offenbar ein wichtiges Thema. Unter dem Motto „verstärkte Zusammenarbeit" mischte Scheel sich in die Angelegenheiten der Schweiz ein, indem er auf verschärfte Gesetze über Waffenverbreitung und Waffenhandel drängte; durch „engere Koordination" in der Bekämpfung des Terrorismus wird den westdeutschen Verfolgungsbehörden eine größere Einflußmöglichkeit auf das Vorgehen der schweizer Behörden eröffnet. Die formale Festlegung, daß die schweizerische Polizei und Armee unter dem Oberkommando der schweizerischen (und nicht der westdeutschen) Verfassungsorgane steht, soll vorerst beibehalten werden ...

Österreich-Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Prozesse gegen iranische Antifaschisten

Am 19.9.77 fand in Bonn der erste Prozeß gegen iranische Antifaschisten statt, die am 28.1.76 vor und in dem Gebäude der iranischen Botschaft in Bonn gegen das faschistische Terror-Regime des Schahs protestiert hatten. Anlaß für diese Protestaktion war die ununterbrochene Welle von Hinrichtungen Oppositioneller, die damals mit der Erschießung von neun Regimegegnern einen traurigen Höhepunkt hatten. Der CISNU-Bundesvorstand fordert in einem Flugblatt zu Protestbriefen an die Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht Bonn auf, und schreibt:

„*Den Deckmantel des 'Antiterrorismus' hat sich die Reaktion hierzulande anscheinend so groß zugeschnitten, daß sie glaubt, darunter alle Willkürmaßnahmen verbergen zu können. Diese Maßnahmen hören nicht auf bei Berufsverbot, Entrechtung politischer Gefangener, Einschränkung der Verteidigerrechte, indirekter Einführung der Todesstrafe, willkürlichen Verhaftungen, Schießfreudigkeit der Polizei usw., sondern es gibt auch bereits Gesetzentwürfe zur Einschränkung des Demonstrationsrechtes und zur Erweiterung der bestehenden Möglichkeiten zum Verbot politischer Ausländerversammlungen(SZ, 28.8.77).*"

...

„*Zu der Bilanz der Terrorherrschaft des Schah-Regimes gehören über 40 000 politische Gefangene, die systematisch gefoltert werden, über 300 offizielle Hinrichtungen innerhalb der vergangenen fünf Jahre, Erschießung von Oppositionellen auf offener Straße - minderjährige Kinder werden dabei von der SAVAK erschossen und anschließend in den Tageszeitungen als ,Terroristen' bezeichnet. Die Antwort des Schah-Regimes auf Streiks der Arbeiter sind Kugeln aus Maschinenpistolen der SAVAK-Kommandos.*" . . .

„*Die Staatsanwaltschaft hat nun die an der Protestaktion beteiligten Iraner angeklagt. Ihnen wird vorgeworfen, ,widerrechtlich' in die Räume der Botschaft ,eingedrungen' zu sein, Botschaftsangehörige ,tätlich angegriffen', Schah-Bilder zerrissen und Parolen an die Wände geschrieben zu haben. Allerdings: Alle Beteiligten in nur einem Prozeß abzuurteilen, erschien der Staatsanwaltschaft denn doch zu riskant. Denn: Durch die Aufteilung in mehrere Prozesse mit nur 2 - 3 Angeklagten pro Prozeß soll ein einheitliches Auftreten der an der Protestaktion beteiligten iranischen Antifaschisten verhindert werden. Dadurch soll der Öffentlichkeit vorgegaukelt werden, daß es sich um eine individuelle Aktion gehandelt habe, wodurch das öffentliche Interesse am politischen Gehalt der Aktion herabgesetzt bzw. ganz verhindert werden soll. Letztlich geht es also darum den Anlaß der Aktion völlig zu verschweigen, um die Solidarität aller Antifaschisten zu verhindern.*

Bei der anstehenden Gerichtsverhandlung am 19.9.77 wird sicherlich mehr als deutlich herauskommen, daß die protestierenden Studenten während der normalen Dienstzeit die Botschaft betreten haben, daß sie Journalisten benachrichtigt haben, damit diese den Botschafter über die Beweggründe der Morde des Regimes befragen und die Bestürzung der demokratischen Öffentlichkeit zum Ausdruck bringen, daß sie es nicht für nötig hielten, diese mickrigen Marionetten des Faschismus anzutasten, daß sie aber sehr wohl die Bilder des Mörders Schah zerrissen haben - ein Ausdruck des Zorns über die Verbrechen des Regimes. Jeder Antifaschist - besonders der, der den Hitler-Faschismus erlebt hat - empfindet diesen Zorn und billigt und unterstützt unseren Protest. Iranische Antifaschisten sind dazu mehr als berechtigt. Das ist der Beitrag der CISNU zu dem Kampf des iranischen Volkes für den Sturz dieses Regimes. Die CISNU versteht es als ihre Aufgabe, die Weltöffentlichkeit über die Verbrechen des Schah-Regimes zu informieren, auch darüber, daß dieses Regime im Auftrag des Imperialismus sein Unwesen treibt und daß die Unterstützung, die Regierungen wie die BRD dem Schah-Regime zuteil werden lassen, sich direkt gegen die iranischen Werktätigen richtet und keineswegs im Namen der Werktätigen hierzulande erfolgt."

Nahost-Kommission

Dänemark: „Modell Deutschland" in Aktion!

Am 28.09. wurde in Dänemark erstmalig eine Fahndung nach westdeutschen „Terroristen" durchgeführt. Am selben Tag hatte sich das BKA über Interpol an die höchste dänische Polizeistelle in Kopenhagen gewandt. Über Telex wurde der Auftrag erteilt, zwei Terroristen an der Westküste Dänemarks zu suchen. Genauere Angaben wurden offensichtlich nicht gegeben. Die dänische Polizei parierte prompt. Wenige Stunden später wurde das Gebiet zwischen Ringkjöbing und Hvide Sande an der Westküste Jütlands hermetisch von der Polizei abgeriegelt, Schulen geschlossen und eine Zugbrücke gesperrt. 80, z.T. mit MPi bewaffnete Polizisten rückten an. Aus Kopenhagen wurde ein Sonderkommando zur Terroristenbekämpfung eingeflogen, das erstmals zu solchen Zwecken eingesetzt wurde. Wer genau „gesucht" wurde, blieb bisher der dänischen Öffentlichkeit verborgen. Gefangen wurde statt der Terroristen ein westdeutscher Urlauber, dessen Sommerhaus von bewaffneten Bullen umstellt und der eine halbe Stunde mit erhobenen Händen an der Wand stehen mußte, bis er als harmloser „Tourist" identifiziert" war.

Die dänische Tageszeitung „Extrabladet" kommentierte den Fall am 29.09. ganz richtig: „**Auf lange Sicht ist es doch am gefährlichsten, wenn die dänische Polizei allzu gutwillig bereit ist, den Wunschtraum der deutschen Polizei zu erfüllen, der darauf hinausläuft, eine Europapolizei zu schaffen, die von Bonn dirigiert wird mit Franz Josef Strauß als politischem Einpeitscher!**"

Dänemark - Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Brandanschlag auf besetztes Haus

Im Zuge der nach der Schleyer - Entführung betriebenen Hetze gegen das sogenannte „Sympathisantenfeld des Terrors", wurden einige rechte Kriminelle auf ihre Weise in Frankfurt tätig.

In den frühesten Morgenstunden des 16.September (ca. 2 Uhr) wurde im letzten besetzt gehaltenen Haus in der Bockenheimer Landstraße ein Brand gelegt. Papier und eine Fahne wurden im Hausflur angesteckt und die Flammen nagten schon an einer Tür, als einige der 28 Bewohner des Hauses (darunter drei Kinder) den Brand noch zufällig entdeckten und auch zu löschen vermochten. Die Brandstifter hinterließen im Flur eine deutliche Handschrift: „*Rache für Schleyer!*" und „*Die Bürgerpolizei wird euch noch ausrotten!*" war an die Wand geschmiert.

Daß der Anschlag noch rechtzeitig entdeckt wurde und es nicht zu Toten und Verletzten kam, ist somit sicherlich nicht im Sinne der Täter gewesen.

Umso übler ist es, daß seither von einer Fahndung durch die Polizei praktisch nichts zu hören ist, obwohl Polizei und Brandbehörde im Haus aufkreuzten, ohne daß bereits eine Anzeige erstattet worden war.

Die Hausbewohner haben einige Schutzmaßnahmen getroffen und den Anschlag auf einer Wandzeitung vor ihrem Haus öffentlich bekannt gemacht.

Antifa Kommission KB/GruppeFfm.



Blick in die Welt

AKW-Gegner kandidieren zum Kreistag

Am 23. Oktober '77 finden in achtzehn neugegliederten niedersächsischen Landkreisen Wahlen statt. Im Kreis Hameln-Bad Pyrmont, in dem die Baustelle des AKW Grohnde liegt, kandidiert die Wählergemeinschaft „Atomkraft – Nein Danke"! Im Kreis Hildesheim kandidiert die „Grüne Liste Umweltschutz".

Wahlaussagen der Wählergemeinschaften

Die „Grüne Liste Umweltschutz" im Kreis Hildesheim hat unseres Wissens bisher drei Flugblätter herausgegeben, in denen sie sich vorstellt. In ihrem Zehn-Punkte-Programm fordert sie „*kein Atomkraftwerk in Grohnde – 20 Km von der Kreisgrenze*" (wäre es woanders der „Grünen Liste" gleichgültig?, Anm. AK), wendet sich gegen die Gebietsreform, gegen den Bau von Autobahnen, Mülldeponien etc.

In ihrem politischen Credo schreibt die „Grüne Liste": „*Hier zeigt es sich, wie richtig es war, daß wir im letzten Winter unter den Hildesheimer Atomenergiegegnern immer wieder den Standpunkt der Gewaltlosigkeit verteidigt haben und uns endgültig erst zurückzogen, als die K-Gruppen dort endgültig im Sattel saßen. ... Wenn wir demokratischen Umwelt- und Lebensschützer* *die K-Gruppen dort endgültig im Sattel saßen. ... Wenn wir demokratischen Umwelt- und Lebensschützer* *nunmehr den von der Verfassung gewiesenen Weg der Wahlbeteiligung gehen, uns also dem Urteil der Wähler stellen, so dokumentieren wir damit, daß wir mit den K-Gruppen und ,Radikalen', für die die Energiefrage lediglich ein Aufhänger für ihre von uns als schädlich für unser Volk bekämpften politischen Ziele ist, nichts zu tun haben.*"

Offensichtlich geht es diesen Umweltschützern weit weniger um die Umwelt, denn hierzu wird in diesem Flugblatt bis auf einige Forderungen reinweg nichts gesagt, als um den üblich „K-Gruppen"-Kakao!

Unseres Wissens ist die „Grüne Liste Umweltschutz" ein erster Versuch der vor kurzem gegründeten „Umweltschutzpartei" (USP), sich zur Wahl zu stellen. Angekündigt hatte die USP, in allen niedersächsischen Kreisen zu den nächsten Landtagswahlen kandidieren zu wollen. Aus anderen Wahlkreisen ist uns von Mitgliedern des WSL (Weltbund zum Schutze des Lebens) bekannt, daß sie mit dieser Partei liebäugeln.

Entsprechend ihrer eingeschränkten Bereitschaft, ernsthaft und vor allem über weltanschauliche Grenzen mit anderen AKW-Gegnern gemeinsam zu kämpfen, wird die „Grüne Liste Umweltschutz" auch bei den Hildesheimer AKW-Gegnern kaum als parlamentarische Alternative angesehen werden.

Anders die im Wahlkreis Hameln-Bad Pyrmont kandidierende Liste „Atomkraft – Nein Danke". In ihrer Plattform schreiben die Kandidaten: „*Wir sind überzeugt, daß nichts den Bau von Atomkraftwerken, Wiederaufbereitungsanlagen an irgendeinem Platz auf der Welt rechtfertigen kann, die die Menschheit über tausende von Jahren mit Verseuchung und Vernichtung bedrohen. Aus all diesen Gründen sind wir gegen Atomkraftwerke in Grohnde und anderswo. Wir unternehmen alles, was der Stärkung und Verbreiterung des Widerstandes der Bevölkerung gegen den Bau von Atomkraftwerken dient. Darin sind wir uns einig, unabhängig von allen sonstigen weltanschaulichen Überzeugungen und parteipolitischen Zielen. Wir lassen uns von niemandem bestechen und für fremde Zwecke vor den Karren spannen.*

Wir gehören zu denjenigen, die wegen dieser Haltung von den Berufspolitikern und vom überwiegenden Teil der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens als Chaoten und Terroristen verleumdet werden. Wir solidarisieren uns dennoch mit denen, die wegen ihrer Teilnahme an Bauplatzbesetzungsversuchen und Demonstrationen in Grohnde und anderswo als Kriminelle abgestempelt werden."

Die Initiative für diese Wählergemeinschaft ging von einer mit 400 AKW-Gegnern hervorragend besuchten Veranstaltung am 19.8.77 in Hameln aus. Auf dem Podium dieser von den Weserbergland Bürgerinitiativen veranstalteten Diskussion saßen Heinz Brand, ehemaliger Redakteur der Gewerkschaftszeitung Metall, E. Bretzke, Pastor, eine Ärztin und ein Politikwissenschaftler aus Hannover. Von den sämtlichst eingeladenen Vertretern der bürgerlichen Parteien erschien lediglich Landtagsabgeordneter Hoffmann von der SPD. Saacke von der CDU, der bereits im Zusammenhang mit der Abräumung des Anti-AKW-Dorfes in Grohnde einen schlechten Namen hat, schickte seine Einladung ungeöffnet wieder zurück.

Die Kreistagskandidatin der SPD, Frau Traupe, begründete ihre Nicht-Teilnahme damit, daß die „*Kernenergie kein Thema von Kreistagswahlen sei*". Heinz Brandt plädierte in seinem Beitrag dafür, daß die AKW-Gegner nicht mehr länger auf die etablierten Parteien bauen, „*da die Abgeordneten doch nicht zu ihrem Wort stehen*". Die AKW-Gegner sollten eigene Wahllisten aufstellen. Dieser Vorschlag wurde mit viel Beifall aufgenommen.

Anfang September fand dann die erste öffentliche Kandidatenvorstellung der Liste statt. Mittlerweile kandidieren zehn AKW-Gegner zum Kreistag. Neben der Wählergemeinschaft haben sich in mehreren Orten Unterstützerkreise gebildet, die als Wahlhelfer aktiv den Wahlkampf unterstützen.

Die Unterstützerkreise reichen vor als Wahlhelfer aktiv den Wahlkampf unterstützen.

Die Unterstützerkreise reichen von ganzen Bürgerinitiativen (wie in Bad Pyrmont) zu einzelnen AKW-Gegnern in BIs, Schülergruppen, bis hin zu Mitgliedern der bürgerlichen Parteien. Nicht von ungefähr hat der Vorsitzende der SPD Hameln, Staab auf einer Parteisitzung denjenigen mit dem Ausschluß aus der SPD gedroht, die die Wählergemeinschaft „Atomkraft – Nein Danke" unterstützen. Der im Weserbergland nicht unbedeutende „Weltbund zum Schutze des Lebens" (WSL) hat bisher keine Wahlempfehlung abgegeben. Bisher galt bei ihm die Parole „Wählt die AKW-Gegner der Parteien".

Da nun aber auch noch bekannt wurde, daß der bisherige Spitzenkandidat der FDP, Prof. Guht, gerade wegen seiner bekannten AKW-Gegnerschaft von seiner Partei auf einen hinteren Platz gesetzt wurde, bleibt dem WSL beim besten Willen nichts mehr übrig, als die Wählergemeinschaft zu empfehlen. Überlegungen in diese Richtung haben sich bereits in den letzten Wochen bei einigen WSLern abgezeichnet.

Die Wählergemeinschaft greift ein

Unmittelbar nach der großartigen Kalkar-Demonstration hat die Wählergemeinschaft ein Flugblatt herausgegeben, in dem sie sehr scharf die „Polizeistaatsmethoden gegen AKW-Gegner verurteilt" und den „Erfolg dieser Demonstration" herausstellt. Zusammen mit dem WSL, GAU Grohnde, BI Hameln, BI Bad Pyrmont, Bürger gegen Atom (Hameln) und etlichen Einzelpersonen macht die Wählergemeinschaft eine gemeinsame Veranstaltung zur Auswertung der Kalkar-Aktion. Desweiteren hat die Liste „Atomkraft – Nein Danke" eine Serie von Veranstaltungen durch die Wahlkreisorte angekündigt. In einem Interview mit der örtlichen „Deister-Weser-Zeitung" haben die Kandidaten angekündigt, sich keinesfalls nur auf die Frage von AKWs festzulegen, sondern „*auch die Jugendpolitik u. a. aufzugreifen, wo es gilt, die Interessen der Betroffenen zu vertreten und ebenso wie in allen anderen Bereichen die Entscheidungen an die Öffentlichkeit zu bringen*" („Deister-Weser-Zeitung", 12.9.77).

Mittlerweile hat auch die bürgerliche Presse Notiz von dieser ersten Anti-AKW-Liste genommen. So berichtete die „Hannoversche Allgemeine Zeitung" (HAZ), die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) und mehrmals die örtliche „Deister Weser Zeitung". Ebenso hat die „Umschau am Abend" des NDR ein Interview mit einer Kandidatin gesendet.

Bleibt zu hoffen, daß nicht nur diese Initiative breite Zustimmung, sondern vor allem auch Nachahmer in anderen Wahlkreisen Niedersachsens und in anderen Bundesländern findet!

KB-Sympathisantengruppe
Bad Pyrmont

Wallraff was here

„Wer hätte schon geglaubt, daß dieser Wallraff mit seinem allseits bekannten Schädel es hierzulande wieder schaffen würde, unerkannt bei den Mächtigen unterzuschlüpfen? Und dann ausgerechnet noch bei Springer?" schreibt der „Stern" in seiner Ausgabe vom 29.9.

Es scheint, daß eine „klammheimliche Freude" nicht nur bei allen Linken und Demokraten in diesem Lande über diesen wieder einmal gelungenen Coup Wallraffs ausgebrochen ist, sondern auch bei Teilen der bürgerlichen Presse, die nicht von Springer beherrscht wird. So widmete der „Stern" (29.9.) der Darstellung von Wallraffs Erfahrungen in vier Monaten unerkannter Redakteurszeit bei »Bild«-Hannover die Titelgeschichte. Darin stellt er das soeben erschienene — und schon vergriffene — Buch von Wallraff vor *„der Aufmacher — der Mann, der bei ‚Bild' Hans Esser war"*. Die „Bild"-Zeitung vom 29.9. ließ den „Stern" aufgrund dieses Artikels durch den Mund eines Prof. Haseloff kurz und bündig zum Terroristenblatt erklären: „Bild" unterstellt dem „Stern", der — wie „Bild" schreibt — *„jahrelang den Terrorismus verharmlost und indirekt gefördert hat"* (!!), daß er mit seinem Wallraff-aufmacher nur von den eigenen Problemen ablenken wolle: *„Die Sache hat natürlich Methode: Bild hat fünf Millionen Auflage erreicht, und das paßt eben ein paar Leuten nicht..."* „Bild" als Anwalt der Millionen westdeutschen „Bild"-Leser — in dieser Rolle gefällt sich Pressezar Springer besonders gut, ganz so als wenn die Menschen mit ihren 35 Pfennig am Kiosk für den Rest des Tages ihr Gehirn an Axel Springer verpachten...

Am 30.9. stieg „Bild" mit einer Artikel-Folge ein *„Wie Wallraff lügt und fälscht"*. Hier sollen angebliche Unrichtigkeiten des Wallraff-Buches widerlegt werden, was allerdings in den „vier ersten Beweisen" sehr kläglich ausgefallen ist. Kein viel besseres Bild gab der Chefreporter von „Bild"-Hannover, Willi Schmidt, bei einer Gegenüberstellung mit Wallraff im „Freitagmagazin" (30.9.) der „Nordschau" ab, wo er immer wieder von *„unglaublichen Unterstellungen"* faselte, und zum Schluß nur noch meinte, *„ich versteh das gar nicht..."*

„Bild" möchte gern den Eindruck erwecken, daß die Wallraff-Enthüllungen die Redaktion völlig kalt lassen. Auf die „Stern"-Formulierung: *„Der Gigant ist betroffen, jetzt zeigt er Wirkung"* antwortet „Bild": *„Ja, der Gigant zeigt Wirkung. Er lächelt."* Dies Lächeln ist jedoch eher als sehr gereiztes Dracula-Zähnefletschen ausgefallen. Axel Springer ist einfach am schwächsten Punkt getroffen: Es wurde in wenigen Tagen eine relativ breite Öffentlichkeit über die kriminellen Methoden hergestellt, mit denen die „Bild" ihre Leser verarscht.

In einem Artikel, der nicht abgefeimter im Nazi-Blatt „Stürmer" hätte erscheinen können, wird Wallraff von einem Will Tremper („Bild" vom 30.9.) aufs Kron genommen: *„Wallraff vereinigt die klassischen Symptome eines schweren Psychopathen in sich, wirkt, wie aus einem Lehrbuch der Psychiatrie gehüpft"*; er habe sich *„das bleiche Fanatikerantlitz mit Höhensonne vermenschlicht"*. „Bild" reimt den Namen, den sich Wallraff in Hannover gab (Hans Esser) auf „Mitesser".

Diese Methode, einen politischen Gegner als geisteskrank, komplexbeladen und körperlich abstoßend darzustellen, gehörte zu den bewährten Methoden der Nazi-Hetzschriften.

Wallraff über „Bild"

Im Vorwort zu seinem Buch „Der Aufmacher..." schreibt Wallraff: *„... in diesem Buch geht es um Gewalt, um eine besondere ‚geistige' Spielart, die keiner Molotow-Cocktails und Maschinengewehre bedarf. Die Opfer sind Menschen, ihre Gedanken, ihre Gefühle, ihre Würde. Kein Krisenstab und keine Großfahndung können diese Gewalt aus der Welt schaffen, keine Razzia wird die Geiselnehmer des Unterbewußtseins überraschen, kein Sonderkommando wird die verschleppten Erwartungen und Hoffnungen befreien, kein Staatsanwalt wird die Überwachung der Sympathisanten und Helfershelfer anordnen. Das Strafgesetzbuch, selbst mit neuen Gesetzen gegen Terror und Gewalt, faßt diese Taten nicht. Erst recht nicht die Täter. Gibt es sie überhaupt? Immer zweifelhafter ist mir das geworden, als ich sie besser kennenlernte. Sind nicht auch sie Opfer zugleich, die neue Opfer schaffen? Opfer einer Maschinerie, die geistige Gewalt automatisch produziert?"*

Daß es in dieser Maschinerie und bei denen, die sie in Gang setzen, keine Täter gebe, behauptet Wallraff allerdings nicht. Dies belegt er u.a. durch die bekannte hauseigene Springer-Analyse von „Bild": *„Das Verlangen vieler BILD-Leser nach einer geordneten, durchschaubaren und begreifbaren Welt — eine Welt, die man in BILD sucht und findet — beinhaltet auch Angst vor dieser — ohne Hilfe zumeist nicht verstehbaren Welt. Diese Ängste der Leser fängt BILD auf verschiedene Weisen auf... Dank ihrer*



AXEL SPRINGER VERLAG AG

Information an alle Mitarbeiter

Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung im neuesten "Stern" hat der Axel Springer Verlag folgende Presseerklärung herausgegeben:

Eine neue Kampagne gegen die BILD-Zeitung startet die Illustrierte "Stern" in ihrer jüngsten Ausgabe, indem sie es unternimmt, die angeblichen Erlebnisse von Günter Wallraff alias Hans Esser als BILD-Mitarbeiter in einer Aussenredaktion des Blattes zu veröffentlichen.

Der "Stern" druckt ungeprüft und entgegen der gebotenen journalistischen Sorgfaltspflicht die Beschimpfungen gegen die BILD-Zeitung von einem Mann, der nach einer Gerichtsentscheidung "Untergrundkommunist" genannt werden darf und dem bereits in anderer Sache untersagt worden ist, falsche und ehrkränkende Behauptungen gegenüber Dritten zu verbreiten.

Wallraff machte schon wiederholt dadurch von sich reden, dass er sich bei Firmen und Behörden unter Vorspiegelung falscher Tatsachen, unter Angabe falscher Namen und unter Missbrauch von Titeln einschlich, um sich interne Informationen zu verschaffen. Im Falle BILD versucht er jetzt, durch von ihm selbst begangene Fälschungen, Verdrehungen und Erfindungen den Eindruck zu erwecken, die BILD-Zeitung verwende seine eigenen unseriösen journalistischen Methoden.

Es entspricht der politischen und journalistischen Haltung der Illustrierten "Stern", dass sie sich der [illegible] von Wallraff bedient, um, wie schon mehrfach zuvor, eine Kampagne gegen die BILD-Zeitung, ihren Verlag und ihren Verleger in Gang zu bringen.

Der Bericht des "Stern" über BILD enthält zahlreiche Fehler, Fälschungen und Entstellungen. Dagegen werden sich die Redaktion der BILD-Zeitung und der Axel Springer Verlag mit allen gebotenen Mitteln zur Wehr setzen.

[illegible] 1977

Axel Springer Verlag AG

Autorität nimmt die Zeitung dem Leser das Ordnen, Sichten und Bewerten der Ereignisse, welche die gegenwärtige Welt repräsentieren, ab.

Indem die BILD-Zeitung dem Leser eine bereits geordnete und kommentierte Sammlung dessen, was in der Welt vor sich geht, liefert — und dies in Kürze, Prägnanz, Bestimmtheit — gibt sie die beruhigende Gewißheit, daß man dieser Welt doch begegnen und sie fassen kann."

Wallraff beschreibt sehr eindringlich, wie er selbst mehr und mehr in die Zahnräder der journalistischen Vermarktung, Verfälschung und des Umlügens von Ereignissen gerät: *„... Oder ein Kind wird von einem Blitz erschlagen. Das ist eine ‚runde schöne Geschichte' für Seite 1. Und ich muß ein Photo des Kindes besorgen, nach Celle zu den Eltern fahren, die noch starr vor Schrecken und Trauer sind. Die Geschwister weinen laut, ich stehe wie ein Eindringling im Flur, und der Vater sieht mich fassungslos an, als ich verlegen nach einem Photo stammele (...) Ich verstehe heute nicht mehr, daß ich mich dazu hergab, aber ich stand unter Erfolgszwang (...) Als mir der Vater eindeutig zu verstehen gab, daß es zwecklos sei, war ich doch erleichtert. Ich entschuldigte mich bei ihm. Den ganzen Abend über war ich unansprechbar.«*

Wallraff belegt an zig Einzelbeispielen, wie die Wirklichkeit auf „Bild" getrimmt wird, wie weggelassen, gedichtet und hinzugefügt wird, wie Schleichwerbung zwischen die Zeilen geschmuggelt wird, mit welchem Zynismus menschliche Probleme ausgeschlachtet werden.

Aus dieser selbsterlebten Erfahrung heraus, will Wallraff sein Honorar aus dem Verkauf seines Buches für einen Hilfsfond für geschädigte „Bild"-Leser zur Verfügung stellen, damit sie sich kostenlos anwaltlich beraten lassen können, um gegen die Verdrehungen und Verleumdungen von „Bild" vorzugehen.

Wallraff hat in seinen vier Monaten als „Bild"-Redakteur auch recht schmackige Kontakte mit höchsten Politiker-Kreisen haben dürfen. So war er beim „Aufmarsch der Mumien" anläßlich der Preisverleihung der Deutschlandstiftung im Herrenhauser Schloß zugegen, wo er sich von Franz-Josef Strauß (fotografisch im Buch belegt) seine Festschrift signieren ließ. Er befragte einen Bundesgrenzschutzgeneral a.D. zu seinen Jagdhunden usw.

Es gibt eine ganze Reihe von „bedeutenden" Leuten, die sich nach der „Enttarnung" von Wallraff sicher krampfhaft überlegt haben, was sie in letzter Zeit bei zwanglosen „Bild"-Kontakten so alles von sich gegeben haben. „Wallraff was here" dürfte einigen in die Knochen gefahren sein...

Ein Film, der nicht gesendet werden darf

Wallraff hat seine Zeit bei „Bild"-Hannover von einem befreundeten Filmer festhalten lassen. Dieser hat Wallraff bei der Arbeit, beim Recherchieren gefilmt und seine Entwürfe mit dem verglichen, was schließlich in „Bild" abgedruckt wurde. Der Filmer sagte im bereits erwähnten „Freitagsmagazin": *„Man sieht auch im Film, wie er sich langsam verwandelt, wie er der ständigen Pression, die in der Bild-Redaktion ausgeübt wird, wie er sich dem beugen muß und es immer schwerer wird, dem zu widerstehen. Und dies scheint immerhin schon ein so dichtes Zeugnis über die Bild-Zeitung gewesen zu sein, daß ich im Moment keinen neuen Sendetermin vom WDR habe"*. Der Film, der eigentlich am 11.9. gesendet werden sollte, war nämlich kurzfristig aus dem Programm gekippt wirden. Der Film ist allerdings am 11.9. vom schwedischen Fernsehen gesendet worden, das sich nicht von massiven Interventionsversuchen seitens des Springer-Konzerns einschüchtern ließ. Der Film wurde bisher sogar eine Woche später wiederholt. Im Vorspann der schwedischen Ausstrahlung wurde gesagt: *„Es ist ein Prüfstein der deutschen Demokratie, ob dieser Film, der eigentlich nach Deutschland gehört, auch dort gesendet werden kann."*

Das holländische Fernsehen hatte ebenfalls geplant, den Film auszustrahlen, ließ sich aber von den Schadenersatzdrohungen des Springer-Konzerns davon abbringen. Nach Aussagen des Wallraff-Filmers besteht von anderen europäischen Sendeanstalten die feste Zusage, den Film demnächst zu senden.

Medien-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Günter Wallraff vor der Verkleidung ...

Cellesche Zeitung: »Wanze« Wallraff

Seite an Seite mit dem Springer-Konzern griff der Vorsitzende des Verbandes Nordwestdeutscher Zeitungsverleger und zugleich Herausgeber der »Celleschen Zeitung«, Pfingsten, in die Anti-Wallraff-Kampagne ein.

Pfingsten hat seine Zeitung (Auflage 35.000, 97 % regionaler Marktanteil) schon seit Jahren zum offen faschistischen Blatt entwickelt. Am Fall Wallraff entspann sich eine öffentliche Kontroverse zwischen Pfingsten einerseits und dem niedersächsischen SPD-Pressesprecher Henning andererseits. Henning begrüßte mehrmals öffentlich die Entlarvung Wallraffs über die »Bild«-Zeitung und griff die schweinischen Artikel der »Celleschen Zeitung« an. Pfingsten antwortete: *»Halten sie es wirklich für richtig, daß ein gewisser Herr Wallraff sich als ‚Wanze' in die Redaktion der ‚Bild'-Zeitung eingeschlichen hat? Ich verstehe auch gar nicht, wieso sie aus dieser Handlung ein Politikum zu machen versuchen. Es ist bedauerlich, daß Sie ‚die Aufregung des dünnhäutigen Pfingsten nicht verstehen'. Vielleicht haben Sie die Ereignisse an den folgenden Tagen — ich denke dabei an den verderblichen Mord an Herrn Jürgen Ponto — eines besseren belehrt«* (nach »Extra Dienst«, 19.8.).

Henning verwahrte sich ausdrücklich gegen die Verbindung Wallraff — Ponto.

Lobenswerterweise brachte die niedersächsische SPD eine Dokumentation zur »Celleschen Zeitung« heraus, der Verbreitung nationalsozialistischer Propaganda vorgeworfen wurde und eine »Berichterstattung« im Stil des »Stürmer« und »Völkischen Beobachter«. Hier einige Kostproben aus der Dokumentation:

Für Arbeitsdienst:

... Wäre es demnach nicht angebracht, eine europäische Institution zu schaffen, in der alle jungen Menschen, ohne die geringste Ausnahme, eventuell sogar national bunt gewürfelt, für die Dauer eines halben oder sogar ganzen Jahres die Uniform der Arbeit, die körperliche nämlich, kennen und schätzen lernen? Um den zweckdienlichen Einsatz dieses ‚Service pour l'Europe' brauchte man sich nicht den Kopf zu zerbrechen: die Palette der Möglichkeiten reicht von der Eindeichung sturmflutgefährdeter Gebiete über die Aufforstung bis zum Bau von Erholungsheimen für kinderreiche Mütter und von menschenwürdigen und familiengerechten Wohnungen für sozial Schwache.«

NPD als »nationaler Kern«:

»Allerdings ist aus dem einstigen 40.000-Mann-‚Heer', das mit einem Fehlbestand von nur 250.000 Stimmen bei der Bundestagswahl Anno 1969 an der Fünfprozenthürde scheiterte, eine Kaderpartei geworden, die so um die 15.000 Mitglieder zählt. Aber das will gar nichts besagen. Historische Prozesse brauchen ihre Zeit, und die Aufgabe, die sich die Nationaldemokraten gestellt haben, den Deutschen wieder nationales Selbstbewußtsein beizubringen, läßt sich eben nicht in wenigen Jahren bewältigen. Und was die Zahl betrifft, so kommt es nicht auf die Anzahl der Beine, sondern der Köpfe an. Wladimir Lenin hat mit kaum 300.000 Gefolgsleuten in einer günstigen politischen Konstellation 1917 die Macht an sich gerissen. Eine Lawine fängt stets mit einer harmlosen Schneewächte an.«

Für Rassentheorie der Nazis:

Dr. Zuzan: »... die Kostenexplosion im Gesundheitswesen hat ihre tiefste und kräftigste Wurzel in der biologischen Dekadenz der in zwei Weltkriegen und durch zwei biologisch ebenso ‚mörderische' Nachkriegsepochen geschwächten Völker Mitteleuropas, die einen hohen Prozentsatz ihrer potentesten Männer verloren hatten. Durch verminderte Fortpflanzung der virilen, aktiven, kreativen und kerngesunden Männer und vermehrte Fortpflanzung der weniger gesunden, weniger bewegungsfreudigen, weniger wagenden sowie durch das völlige Ignorieren der Erbkrankheiten ist die biologische Substanz vor allem des deutschen Volkes merklich verdünnt worden. Hinzu kommt, daß die wahnwitzigen Strapazen im Krieg, die nervliche Überbelastung, die Hungerjahre und sodann die ‚Freßjahre' sowie der vermehrte Streß im Kampf um den ‚Platz an der Sonne' eine ganze Generation verkrüppelt haben. Die junge Generation leidet vielfach an den Zivilisationskrankheiten, am Überkonsum von Alkohol, an Drogenmißbrauch und an Bewegungsarmut, natürlich auch an einer sträflichen falschen Ernährung, wie sie häufig gerade von den Schnellimbißbuden geboten wird. Mit einem Wort: heute gibt es fast nur Kränkelnde, kaum noch Gesunde.«

(nach »Extra Dienst«, 30.8.77).

SPD nicht unschuldig an dieser Regionalpresse

So positiv eine solche Dokumentation über das faschistische Schmierblatt »Cellesche Zeitung« auch ist, sie kommt reichlich spät. Die SPD hat durch ihre eigene Pressepolitik mit dafür gesorgt, daß solche Hetzblätter ungehindert weiterexistieren können.

Gab es bis in die 70er Jahre hinein für die damals rein sozialdemokratische »Neue Hannoversche Presse« (»NHP«) u. a. auch eine Bezirksbeilage für die Region Celle, so wurde diese nach dem profitträchtigen Verkauf der »NHP« an den Madsack-Konzern eingestellt. Dies geschah auch in vielen anderen niedersächsischen Gebieten. Unmittelbar nach dem Rückzug der SPD mit dem Verkauf der »NHP« an Madsack (10.2.75) stieg »Bild«-Hannover voll ins niedersächsische Geschäft ein.

Der Niedergang der sozialdemokratischen Presse (siehe auch »Hamburger Morgenpost«) ist im wesentlichen ein Ergebnis der politischen Anpassung dieser Blätter an den rechten »Trend«, der von Springer und Konsorten vorgelegt wird. Die sozialdemokratische Presse hat sich insofern selbst liquidiert, als sie keine politische Alternative zur Rechtspresse geboten hat und auf dem Gebiet der psychologischen Kriegsführung gegen Zeitungsleser »Bild« und sicher auch der »Celleschen Zeitung« unterlegen ist, die einige Register mehr aufdrehen können und einfach »besser« sind.



... und als „Bild-Redakteur"

CDU will "K-Gruppen" verbieten

Fortsetzung von Seite 1

des „Sympathisantenfelds" zu denunzieren versucht. Diese Kampagne der um CDU/CSU und Springerpresse gruppierten äußersten Reaktion, die sich an der berüchtigten Sonthofener Rede von F.J. Strauß orientiert (**„Wir räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen"**), hat bis weit in die Reihen der SPD und FDP hinein Erschrecken ausgelöst. Mit Recht. Der Angriff auf alles, was seit Mitte und Ende der 60er Jahre – vor allem im Zusammenhang mit der damaligen APO–Massenbewegung – an Demokratisierung und Liberalisierung erreicht worden ist, ist massiv. Dazu gehört auch die nach den Jahren des KPD-Verbots von 1956 faktisch wieder erkämpfte Organisationsfreiheit, als eine der elementarsten Voraussetzungen für eine gesellschaftskritische Politik überhaupt.

Die Gefahr für die Linke könnte darin bestehen, gerade angesichts des wiederholten Scheiterns von Verstößen der CDU/CSU in dieser Richtung und angesichts der teilweise kabarettistischen Eskapaden einzelner CDU/CSU–Figuren um diesen Punkt, die Verbotsdrohungen überhaupt nicht mehr ernst zu nehmen und höchstens (fahr)lässig Vorbereitungen zur Abwehr und zum Widerstand zu treffen. Ein solcher Fehler würde sich bitter rächen.

Den Drohungen auf breiter Front begegnen !

Gegen die Verbotsdrohungen der CDU/CSU und der Reaktion muß die breitestmögliche demokratische Front aufgebaut werden. Die objektive Basis einer solchen Front liegt in der Tatsache, daß sich die Verbotsdrohungen in ihrer Konsequenz keinesweg nur gegen die »K-Gruppen« richten, sondern auch gegen andere sozialistische Gruppen, daß sie sich längerfristig auch gegen die DKP richten, und daß darüber hinaus ebenso wie nach 1956 ein Kommunisten-Verbot dazu benutzt werden würde, um breiteste linkssozialdemokratische und liberale Kräfte einzuschüchtern, zu diffamieren, zu isolieren, zu kriminalisieren. Ein Verbot der »K-Gruppen«, wie von der CDU/CSU befürwortet, wäre nicht nur ein schwerwiegender Einbruch in die trotz Fortbestehen des alten KPD-Verbots faktisch erkämpfte Organisationsfreiheit, sondern es würde auch das ganze legale politische Spektrum in der BRD ein weiteres Stück nach rechts verschieben und damit vor allem die reaktionärsten Kräfte um StrauSS, Dregger und Filbinger begünstigen, die dann noch dreister mit ihrem Anspruch auftreten würden, »die demokratische Mitte« zu vertreten.

Wenn wir davon ausgehen, daß objektiv eine Basis besteht, um den Verbotsdrohungen der CDU/CSU auf breiter Front entgegenzutreten, so ergibt sich für uns daraus auch die Schlußfolgerung, daß es verfehlt und sektiererisch wäre, irgendwelche tendenziell ansprechbaren Kräfte außen vor zu lassen oder gar ausdrücklich ihre Beteiligung auszuschließen.

Was diesen Punkt angeht, gibt es bekanntermaßen beträchtliche Schwierigkeiten, die auch aktuell selbst unter Verbotsdruck kaum überwindbar scheinen. So lehnt auf der einen Seite die DKP p r i n z i p i e l l jedes Zusammengehen in der Aktion, ja selbst schon das bloße Gespräch, mit den »K-Gruppen« (im DKP-Jargon: »Chaoten«) ab, d.h. also mit den derzeit unmittelbar Bedrohten. Diese Haltung ist in der bekannten »These 41« schriftlich fixiert, und es gibt unseres Wissens bisher so gut wie kein Beispiel für den Verstoß von DKP-Mitgliedern gegen diese Vorschrift. Hinzu kommt, daß die DKP wahrscheinlich ohnehin eine Solidarisierung ablehnen wird — mit der bekannten Begründung, die Drohungen würden sich in Wirklichkeit gegen die DKP richten und die »Chaoten« sollten von der CDU/CSU nur aufgewertet werden.

Auf der anderen Seite lehnen aber auch »KPD« und »KPD/ML« ihrerseits prinzipiell jede Zusammenarbeit mit der DKP ab, mit der Begründung, die DKP sei »sozialfaschistisch«. Die »KPD/ML« lehnt darüber hinaus auch noch prinzipiell eine Zusammenarbeit mit den Trotzkisten, also konkret vor allem mit der GIM, ab.

Darüberhinaus ist auch zweifelhaft, ob es der »KPD/ML« und dem KBW gelingen wird, angesichts der Verbotsdrohungen mit der bisher von ihnen geübten sektiererischen und völlig unsolidarischen Herangehensweise an sämtliche demokratischen Kräfte zu brechen. Zwar haben diese beiden Organisationen nach Angaben eines Vertreters des ZK der »KPD« im Gespräch insgesamt die Bündnislinie der »KPD« akzeptiert (d.h. offen für jeden möglichen Bündnispartner, ausser der DKP, wobei die »KPD« sich ihrerseits offenbar verpflichtet hat, auf die antitrotzkistische Allergie der »KPD/ML« Rücksicht zu nehmen). Ob KBW und »KPD/ML« aber auch in der Praxis zu der von der »KPD« entwickelten Bündnislinie stehen werden, ist zweifelhaft, da beide Organisationen bisher alle kleinbürgerlich-demokratischen, antifaschistischen und sozialistischen Kräfte als »Agenten der Bourgeoisie«, »Imperialistenknechte«, »Hosenscheißer« u.ä. zu diffamieren pflegen.

Unklar ist auch, welche Vorbehalte noch von den verschiedenen demokratischen Kräften gegenüber einer Zusammenarbeit mit den »K-Gruppen« insgesamt oder mit bestimmten von ihnen bestehen. Zweifellos wird die von »KPD«, »KPD/ML« (und anscheinend auch KBW) gemeinsam vorgelegte sektiererische Linie (Ausschluß von DKP und GIM) das Bündnis mit breiten demokratischen Kräften eher erschweren als erleichtern.

Auf der anderen Seite vertreten wir die Auffassung, daß es sich die Linke und die demokratischen Kräfte auf keinen Fall zu leicht machen sollten, »KPD«, »KPD/ML« und KBW unter Hinweis auf deren sektiererische Bündnislinie oder bestimmte reaktionäre Aspekte ihre Politik einfach »im eigenen Saft schmoren zu lassen«, weil sie in diesem konkreten Fall die Hauptbetroffenen (gemeinsam mit d. KB) sind. Die Situation spricht unserer Auffassung nach dafür, in diesem konkreten Fall mit mehr ‚Toleranz' als sonst und mit mehr Verständnis als sonst gegenüber bestimmten ‚Macken' der einen oder anderen dieser Organisationen an die Sondierung der Möglichkeiten für die Herstellung eines Bündnisses zu gehen. Das wird für uns n i c h t bedeuten, daß wir uns ihrer sektiererischen Bündnislinie unterwerfen; wohl aber, daß mit Geduld und auch unter Einschaltung von Vermittlungsgesprächen z w i s c h e n diesen Organisationen selbst, zweiseitigen Gesprächen usw. Überzeugungsarbeit geleistet werden soll. Wir sagen dazu ausdrücklich, daß wir die aktuelle Situation (Verbotsdrohung gegen die »K-Gruppen«) in dieser Hinsicht als Sonderfall ansehen, der grundsätzlich nichts daran ändert, daß wir allgemein den bündnispolitischen Stellenwert von »KPD« und mehr noch von KBW und »KPD/ML« nicht besonders hoch veranschlagen, und daß wir darüber hinaus speziell die Politik der »KPD« in vielen Zügen für konterrevolutionär halten (»Vaterlandsverteidigung«).

Geplant ist als nächster Schritt ein Gespräch, zu dem das SB, der »KAB»D« und der Münchener »Arbeiterbund« eingeladen werden sollen, zusätzlich zu den vier namentlich vom Verbot bedrohten »K-Gruppen«, die einem solchen Gespräch grundsätzlich schon zugestimmt haben. Gleichzeitig sollen Gespräche über die Organisierung einer i n t e r n a t i o n a l e n Solidaritätskampagne geführt werden.

Daneben wird der KB natürlich Gespräche mit verschiedenen demokratischen und sozialistischen Gruppierungen und Persönlichkeiten führen, mit denen wir schon in der Vergangenheit zusammengearbeitet haben, um die Möglichkeiten eines Bündnisses gegen die Verbotsdrohung zu sondieren. Ansatzweise haben diese Gespräche schon begonnen.

Ein Schritt zur „Einheit der Marxisten-Leninisten" ?

Sofort nach Bekanntwerden der konkreten Verbotsdrohung, am 27. September, trafen sich auf eine Initiative des KBW hin Vertreter von »KPD«, »KPD/ML« und KBW, um ein gemeinsames Vorgehen dieser drei Organisationen festzulegen. Gleichfalls auf Initiative des KBW wurde auf diesem Treffen beschlossen, am 8. Oktober eine Demonstration in Bonn durchzuführen. KB, SB, KAB»D« und »Arbeiterbund« München wurden aufgefordert, sich der Demonstration am 8.10. anzuschließen. Dabei sollte — wie es nach den mündlichen Angaben eines ZK-Vertreters der »KPD« inszwischen den Anschein hat — diesen vier Organisationen im Fall ihrer Teilnahme jeweils gleichberechtigt eine Rede auf der Abschlußkundgebung eingeräumt werden.

Wir halten jedoch die Demonstration am 8. Oktober in Bonn für einen sektiererischen und schädlichen Schritt, da erfahrungsgemäß die eigenmächtige Ansetzung der Demonstration, und speziell durch den ohnehin unter Linken und Demokraten ziemlich mießliebigen und isolierten Kreis dieser drei Organisationen, das Zustandekmmen eines möglichst breiten Bündnisses nicht fördert, sondern eher behindert. Hinzu kommt, daß auf Initiative der »KPD« in den gemeinsamen Aufruf eine überflüssige und zudem politisch falsche Passage gegen die DKP aufgenommen wurde (»Agentur der westdeutschen Bourgeoisie und des sowjetischen Sozialimperialismus«), die offenbar nur dem Zweck dienen kann, eine weithin bekannte sektiererische und provokatorische Haltung zu signalisieren und mögliche Bündnispartner abzuschrecken. Es gibt unserer Auffassung nach, ganz unabhängig von den unterschiedlichen Einschätzungen über die DKP, gerade in der aktuellen Situation überhaupt keinen Grund, irgendeine bündnispolitische Stellungnahme oder Plattform gegen die Verbotsdrohungen mit Angriffen auf die DKP zu befrachten. Wir werden mit Gewißheit auch nichts dergleichen unterschreiben.

Weiterhin haben wir an dem Vorgehen von „KPD", KBW und „KPD/ML" kritisiert, daß es auch spalterisch und unsolidarisch ist insofern, als es ausdrücklich nur diese drei Organisationen als bedroht erwähnt, den von der CDU/CSU im selben Atemzug genannten KB aber schlicht „vergaß". So lautet auch die Überschrift der gemeinsamen Erklärung der drei Organisationen nur: *„Weg mit den Verbotsdrohungen gegen KBW, KPD und KPD/ML."*

Hinter diesem Vorgehen steckt zum einen das taktische Kaktül, sich zunächst als Dreierverband –und zum anderen aber auch noch einmal jede der drei Organisationen für sich – als die a m m e i s t e n bedrohte, also als die „gefährlichste" also als die „revolutionärste" Gruppierung zu profilieren.

Zweitens stecken dahinter bizarre Vorstellungen, die aktuellen Verbotsdrohungen seien eine besonders günstige „Chance", um mit dem sogenannten „Zusammenschluß der Marxisten–Leninisten" und dem „Parteiaufbau" einen wichtigen oder doch zumindest einen kleinen Schritt voranzukommen, indem zunächst einmal ein Kreis von „Marxisten–Leninisten" der engeren Wahl zusammengefaßt wird. Das ist ursprünglich ein Konzept von Schmierer (KBW) gewesen, das jetzt aber auch von der „KPD" mit übernommen worden ist. Dieses Konzept ist unserer Einschätzung nach nicht bloß sektiererisch und hinderlich für den Aufbau einer breiten demokratischen Front gegen die Verbotsdrohungen, sondern beruht auch auf Illusionen und auf einer Unterschätzung der ‚Differenzen' zwischen diesen Organisationen. Zusätzlich sehen wir die Gefahr, daß die taktisch insgesamt weit realistischer als ihre beiden Partner agierende „KPD" dazu neigen könnte, mit Blick auf die „Einheit der Marxisten–Leninisten" wider eigenes besseres Wissen bestimmte Unvereinbarkeitsklauseln und sektiererische Eskapaden ihrer Partner zu akzeptieren und mit diesen gemeinsam in die Isolation zu marschieren.

Unserer Meinung nach wird es kaum zu einem breiten demokratischen Bündnis unter Einschluß des Dreierblocks von „KPD", KBW und „KPD/ML" kommen können, wenn von diesen nicht mit den falschen Konzepten von der privilegierten „Einheit der Marxisten–Leninisten" und mit allen sektiererischen Unvereinbarkeitsklauseln und Führungsansprüchen ein deutlicher Bruch vollzogen wird.

Unter den gegebenen Umständen sehen wir in der Demonstration am 8. Oktober in Bonn die Fortsetzung einer erwiesenermaßen schädlichen und unzweckmäßigen Politik, gerade w e i.l wir grundsätzlich die Orientierung auf eine machtvolle Demonstration in Bonn (die dann aber von erheblich breiteren Kräften getragen werden müßte, um nicht zur abgehobenen Heerschau der „Betroffenen" zu verkommen) mittelfristig für goldrichtig halten.

Aus den bereits genannten Gründen wird allerdings in dieser Sache unsere Haltung mehr als sonst von Rücksichtnahme und Entgegenkommen gegenüber dem „ML"–Block der drei Organisationen bestimmt, insofern diese ebenso wie wir unmittelbar betroffen sind. Das heißt für uns konkret, daß wir natürlich keine „Boykott"–Propaganda gegen die Demo am 8. Oktober machen, daß wir die Demo in unserer eigenen Terminplanung berücksichtigen, also keine „Gegen–Aktionen" zum gleichen Zeitpunkt an anderen Orten machen. Darüber hinaus wird in den Gruppen des Kommunistischen Bundes in Nordrhein–Westfalen diskutiert, ob und wie die Demo am 8. Oktober in Bonn unterstützt werden soll.

Erklärung der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) / Hamburg

Am 26. September, zwei Tage nach der erfolgreichen Großdemonstration in Kalkar, beschloß der CDU-Bundesvorstand einen Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht gegen kommunistische Organisationen zu stellen. Namentlich genannt wurden KPD/ML, KPD, KBW und KB. Letzterer und weitere kommunistische Gruppen können, so der CDU-Bundesvorstand, bereits auf dem Verwaltungsweg verboten werden, da sie keine Parteien seien.

Begründet wurde der Verbotsantrag vor allem mit dem Engagement dieser Gruppen in der Anti-AKW-Bewegung. „Alle Gruppen" , so heißt es in der „Süddeutschen Zeitung" vom 27.9., „sind besonders bei Anti-Atomwerk-Demonstrationen hervorgetreten". Und die „Zeit" vom 30.9. schreibt: „Ob in Brokdorf oder Grohnde: Die kommunistischen Agitatoren standen stets in der vordersten Front der Demonstranten - häufig ausgerüstet mit Schutzhelmen und Schlagwaffen."

Die BUU/ Hamburg weist diesen neuerlichen Versuch der Spaltung der Anti-AKW-Bewegung aufs Schärfste zurück. Der Verbotsantrag kommt in einer Situation, wo in Kalkar duch ein bisher einmaliges Bündnis a l l e r politischen Strömungen der Anti-AKW-Bewegung mit über 60.000 Demonstranten die bisher größte Aktion in der Geschichte der westdeutschen Anti-AKW - Bewegung stattgefunden hat. Das Bündnis von Kalkar hat bekräftigt - und dafür ist die BUU / Hamburg seit ihrem Bestehen eingetreten - , daß sich die Kernkraftgegner nicht in friedliche und militante Demonstranten auseinander divideren lassen, wie es die AKW- Betreiber zum Teil erfolgreich in Brokdorf und Grohnde versuchten. Die Verhinderung des menschenfeindlichen Atomprogramms kann nur durch die solidarische Zusammenarbeit aller Kerkraftgegner - über alle unterschiedlichen Vorstellungen über die Formen des Kampfes hinweg - erreicht werden.

Die BUU/ Hamburg bekräftigt, daß sie mit allen ehrlichen AKW- Gegnern, unabhängig von deren politischer Weltanschauung, zusammengearbeitet hat und auch in Zukunft zusammenarbeiten wird. Der Verbotsantrag des CDU- Bundesvorstandes gegen die „K-Gruppen" ist der Versuch, Teile der Anti-AKW-Bewegung abzuspalten, zu kriminalisieren und zu illegalisieren, den wir aufs Schärfste zurückweisen.

Es ist überdies offensichtlich, daß es die Staatsgewalt nicht dabei belassen will, die „K-Gruppen", und mit ihnen einen Teil der Anti-AKW-Bewegung zu illegalisieren. Seit den Demonstrationen von Brokdorf und Grohnde ist die gesamte Anti-AKW-Bewegung immer mehr in die Nähe von Terroristen gerückt worden. Springers „Welt" hat zuletzt nach der Kalkar-Demonstration die Anti-AKW-Bewegung als „Exerzierfeld und Bewährungsprobe zukünftiger Terroristen" verunglimpft.

Den Betreibern des Verbots der „K-Gruppen" geht es letztlich darum, jegliche oppositionelle Bewegung in der BRD zu kriminalisieren, polizeilich und juristisch verfolgen zu lassen und letztlich ganz in die Illegalität zu drängen. Die BUU/ Hamburg wird sich dafür einsetzen, daß diese polizei-staatlichen Bestrebungen gemeinsam von allen demokratischen Kräften abgewehrt werden.

WO UNRECHT ZU RECHT WIRD, WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT!

Sprecherrat der BUU/ Hamburg, 29. September 1977
(zu erreichen im BUU-Büro, täglich 17 - 20 Uhr, Schlüterstr. 4, 2 Hamburg 13, Tel. 410 5673)

Diese Erklärung des Sprecherrates der BUU Hamburg wurde ebenfalls auf der Ostkü-
Diese Erklärung des Sprecherrates der BUU Hamburg wurde ebenfalls auf der Ostküstenkonferenz der BUU mit 8 gegen 1 Stimme bei 4 Enthaltungen verabschiedet. Auch auf der Marschenkonferenz der BUU stimmten 5 Delegierte dafür und 2 dagegen. Auf dem Delegiertentreffen der Rhein-Main-Neckar-Initiativen wurde sie von den 11 Delegierten mit kleinen Veränderungen einstimmig angenommen.

Will sie nun oder will sie nicht? Das Dilemma der CDU mit den Verbotsdrohungen

Voller Zuversicht war Albrecht noch am 26.9., als er bekanntgab, die CDU werde im Bundesrat einen Verbotsantrag gegen die „K-Gruppen" stellen. Die Mehrheit im Bundesrat sei gesichert, behauptete Albrecht optimistisch, da auch Niedersachsen und das Saarland (wo die CDU zusammen mit der FDP regiert) für den Verbotsantrag stimmen würden („Frankfurter Rundschau", 27.9.).

Freilich waren bei der entscheidenden Abstimmung im CDU-Bundesvorstand nur 15 der 30 Mitglieder anwesend („Welt", 28.9.). Von diesen stimmten 13 für Albrechts Verbots-Initiative, Rechtsaußen Dregger stimmte dagegen (Wenn die „K-Gruppen" verboten würden, müßte auch die DKP verboten werden) und der Vorsitzende der Jungen Union, Wissmann, enthielt sich der Stimme, da an den Universitäten keine positive Wirkung von einem Verbot der „K-Gruppen" zu erwarten sei („Süddeutsche Zeitung", 27.9.).

Es zeigte sich alsbald, daß Albrechts Annahme, in Niedersachsen die FDP zur Unterstützung des Verbotsantrags im Bundesrat zu gewinnen, offenbar von mangelnden Informationen ausging: Die FDP lehnte ab! („FR", 29.9.).

Ebenso platzte die Behauptung Albrechts, wenigstens die von der CDU/CSU regierten Bundesländer würden geschlossen den Antrag unterstützen: Die bayrische CSU lehnte ab, mit ähnlicher Begründung wie schon Dregger („FR", 29.9.).

Dann fiel auch noch Baden-Württembergs Ministerpräsident Filbinger dem Albrecht in den Rücken. Hatte Filbinger kurz zuvor noch ein Verbot des KBW gefordert („FR", 19.9.), so schlug er sich am 30.9. plötzlich auf die Seite Dreggers und der CSU: *„Ein Verbotsantrag sei nur dann sinnvoll, wenn er die DKP einschließe"* („SZ", 1./2.10.). Damit waren Albrechts Träume erst einmal geplatzt.

Die Gegner des Verbotsantrags in der CDU/CSU und in der Bourgeoisie bringen in erster Linie zwei Argumente vor:
- **Aufwertung der DKP, falls diese nicht mit verboten würde;**
- **Zufuhr für den Terrorismus im Fall einer Illegalisierung der „K-Gruppen".**

Zum ersten Punkt wird argumentiert, ein Verbot n u r der „K-Gruppen" würde *„unterschwellig dazu beitragen, die Argumentation der DKP zu untermauern, sie sei keineswegs eine verfassungsfeindliche Partei"* („Welt", 28.9.). Dabei sei, so wurde in der reaktionären Presse behauptet, die 'KP *„nach einhelligem Urteil der Politiker auf längere Sicht die gefährlichere Bedrohung der freiheitlichen*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 4

Ordnung", verglichen mit den „K-Gruppen" („FAZ", 28.9.). Als Belege für diese These wird u.a. angeführt, die DKP erhalte *„nahezu unbegrenzt"* Geld aus der DDR, gebe sich *„adrett und bürgerlich"* und mache eine *„bürgernahe"* Politik („FAZ", 30.9.). – Außer reaktionärer Verblendung steckt in solchen Behauptungen wohl auch ein guter Schuß politischer Taktik, die DKP gegenüber den „K-Gruppen" aufzuwerten, indem man sie ständig als ganz besonders „gefährlich" anpreist. Tatsache ist jedenfalls, daß die DKP dort, wo sie „bürgernah" auftritt, nur noch sozialdemokratische Politik macht, und daß sie überdies in der politischen Konkurrenz mit den „K-Gruppen", speziell dem KB, gar nicht so besonders gut aussieht.

Das zweite Argument besteht in der Befüürchtung, daß nach einem Verbot *„manche ,K'-Leute in einer Reaktion des ,Wenn schon, denn schon' den Schritt zum Terrorismus tun würden"* („FAZ", 28.9.). *„Ein Verbot schaffe Zulauf zum Untergrund und könnte die zumindest verbal bekundete Distanz der K-Gruppen zu Terroristen schmelzen lassen"* (ebenda). *„Im Untergrund existierende K-Gruppen wären schwerer unter Beobachtung zu halten als jetzt – so schwer wie eben die Terroristen"* („FAZ", 30.9.). *„Nach einem Verbot des KBW und der anderen kommunistischen Gruppen würden Anhänger verstärkt in die Terrorszene abwandern. Die bisher relativ gute Überschaubarkeit der Gruppen für Polizei und Verfassungsschutz gingen nach einem Verbot verloren. Die Aufspürung der Ersatzorganisationen, die sich aann zwangsläufig bilden, werden erhebliche Kräfte der Sicherheitsbehörden binden"* („Welt", 28.9.). **„Von den ,K-Gruppen' weiß der Verfassungsschutz schon jetzt, daß sie sich längst auf ein Dasein in der Illegalität vorbereiten. Offenbar haben sie den Plan der CDU-Führung vorausgeahnt. Die KPD von 1956 war in Gewalttätigkeiten nicht eingeübt. Die ,K-Gruppen' von 1977 sind es. Deshalb ist die Besorgnis des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger, einige ihrer Mitglieder könnten nach einem Parteiverbot zum individuellen Terrorismus nach RAF-Manier übergehen, durchaus begründet"** („Zeit", 30.9.). „ ... *Die Situation erinnert ein wenig an das Jahr 1955, als die Bundesregierung unter Konrad Adenauer das Verbot der damaligen KPD in Karlsruhe erreichte. Die Partei wurde aufgelöst, ihre Mitglieder verschwanden im Untergrund oder gingen in die DDR. Aber die Organisation wurde keineswegs zerstört. Dramatischeres kann man zudem erwarten, wenn die K-Gruppen die öffentliche Szene mit ihren Symbolen verlassen müssen. International sind sie isoliert* (Quatsch – Anm. AK-Red.). *Mit großer Wahrscheinlichkeit würde deshalb das Terroristen-Arsenal in der Bundesrepublik gewaltig aufgefüllt"* („FR", 27.9.).

Diese Befürchtungen, die in allen Debatten der Bürgerlichen über ein Kommunisten-Verbot immer wieder auftauchen, entsprechen unseren

gefüllt" („FR", 27.9.).
Diese Befürchtungen, die in allen Debatten der Bürgerlichen über ein Kommunisten-Verbot immer wieder auftauchen, entsprechen unseren

Einschätzungen nach der Realität. Der Terrorismus hat in der BRD schon heute die Grenze überschritten, wo er der Bourgeoisie einfach nur als günstiger Vorwand für den Ausbau des Polizei-Staates erscheinen konnte. Die Hoffnungen, nach der Zerschlagung der alten RAF die „Terror-Szene" im Griff zu haben, haben sich nicht erfüllt. Im Gegensatz zu einigen anfänglichen Erfolgen scheint es dem Staat auch kaum noch zu gelingen, Verräter in den terroristischen Gruppen einzukaufen.

Würden in dieser Situation die „K-Gruppen" in die Illegalität gedrängt, so wäre das Ergebnis zweifellos nicht bloß eine Vervielfachung der terroristischen Kader, sondern vor allem auch eine q u a l i t a t i v e Veränderung der „Terror-Szene" durch die Zufuhr p o l i t i s c h erfahrener Kämpfer, d.h. eine Verbindung des Terrorismus mit Elementen der Massenpolitik, im Gegensatz zur heutigen fast völlig entpolitisierten, rein technisch organisierten Ausrichtung des Terrorismus.

Das wäre der o b j e k t i v e Gang der Dinge. Wir haben schon in AK 113 darauf hingewiesen, daß der Terrorismus auf lange Sicht eine Tatsache in der BRD bleiben wird, weil er von der spezifischen Mischung von immer stärkerer Repression und einem relativ niedrigen Niveau der Klassenkämpfe spontan produziert wird, ungeachtet aller politischen Argumente der Kommunisten über die Unzweckmäßigkeit dieser Kampfform zum jetzigen Zeitpunkt.

An diesen Widersprüchen wird die Bourgeoisie wohl noch eine Zeitlang herumzudoktern haben, bevor sie sich endgültig zu einem Verbot der „K-Gruppen" entschließen kann. Nutzen wir die gewonnene Zeit!

Isolationshaft – jetzt legal !

Fortsetzung von Seite 1

wurde es als „Schutzmaßnahme des Rechtsstaates" präsentiert. Tatsächlich bedeutet es die umfassendste A u f h e b u n g von Rechten der politischen Gefangenen. Und diese Rechtsaufhebung wurde bereits rund 4 Wochen lang v o r Verabschiedung dieses Gesetzes r e c h t s w i d r i g an 70 Gefangenen praktiziert. Das sogenannte „Kontaktsperre"-Gesetz ist geschaffen worden, um einen bereits bestehenden Zustand offenster Willkür und offensten Unrechts nachträglich zu einem neuen „Rechtszustand" zu machen. Das ist die allgemeine Gesetzmäßigkeit in dieser Klassengesellschaft: Zu "Recht" wird das erkoren, was das kapitalistische Staatsinteresse bereits in einem Willkürakt zur Wirklichkeit gemacht hat.

Anläßlich einer der letzten Verhaftungen eines linken Anwalts schrieben wir in AK 112 (vor der Schleyer-Entführung), daß die über schrittweise Rechtsbeschränkungen und Verhaftungen laufende völlige Ausschaltung der Anwälte politischer Gefangener letztlich bedeutet, „daß die politischen Gefangenen in den westdeutschen Gefängnissen planmäßig von einer KZ-ähnlichen Situation umgeben werden, in der nichts mehr über ihre Behandlung nach außen dringt und die staatlichen Behörden sich unter Ausschluß der minimalsten Öffentlichkeit jede Schweinerei erlauben (und sie vertuschen) können." Das ist mit diesem neuen Gesetz jetzt in noch größerem Maße als es bislang durch einzelne Verteidigerausschlüsse, Anwaltsverhaftungen usw. geschah, abgesegnet worden. Heute kann jeder politische Gefangene j e d e r z e i t und auf u n b e s t i m m t e Zeit außerhalb jeglicher Kontrolle zum Freiwild von Staatsschutz, Gefängniswärtern usw. gemacht werden. Nichts, absolut NICHTS wird bei voller Anwendung des Gesetzes darüber nach außen dringen können; er ist total isoliert, total interniert. Das „Kontrollsperre"-Gesetz ist ein Internierungsgesetz, unter dessen „Schutz" politische Gefangene in der BRD heute tatsächlich auch physisch v e r n i c h t e t werden können, ohne daß diese Vernichtung bekannt wird – ehe sie zum „normalen Tod", zum „Selbstmord" oder dergleichen umretuschiert ist.

Das Gesetz über die „totale Kontaktsperre"

Das im Blitzverfahren durchgezogene Gesetz über die „totale Kontaktsperre" wurde erstmals am Tag seiner Verabschiedung und Unterzeichnung durch Scheel, am 30.9.77, im Wortlaut in der Presse veröffentlicht. Die wichtigsten Punkte dieses Internierungsgesetzes sind folgende:

– Gefangenen, die von der Justiz im Zusammenhang mit einer „terroristischen Vereinigung" gebracht werden, kann jede Verbindung zur Außenwelt, einschließlich des mündlichen oder schriftlichen Kontakts zu den Verteidigern, abgeschnitten werden.



(Im Wortlaut: § 31: *„Besteht eine gegenwärtige Gefahr für Leben, Leib oder Freiheit einer Person und begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß die Gefahr von einer terroristischen Vereinigung ausgeht, und ist es zur Abwehr dieser Gefahr geboten, jedwede Verbindung von Gefangenen untereinander und mit der Außenwelt einschließlich des schriftlichen und mündlichen Verkehrs mit dem Verteidiger zu unterbrechen, so kann eine entsprechende Feststellung getroffen werden."*)

– Die Totalisolation, von der „nur" aufgrund des § 129 a („terroristische Vereinigung") Angeklagte oder Verurteilte betroffen sein sollen, wird im selben § 31 noch folgendermaßen auf a l l e wegen einer politischen Straftat Inhaftierten ausgedehnt („ ... *das gleiche gilt für solche Gefangene, die wegen einer Straftat verurteilt oder die wegen des Verdachts einer anderen Straftat in Haft sind und gegen die der dringende Verdacht besteht, daß sie diese Tat im Zusammenhang mit einer Tat nach Paragraph 129 a des Strafgesetzbuches begangen haben."*).

– Die Totalisolation wird von einer Landesbehörde oder der Bundesregierung angeordnet und muß vom Strafsenat des jeweils zuständigen Oberlandesgerichts innerhalb von zwei Wochen bestätigt werden (§ 35).

– Die Totalisolation besteht 30 Tage und *„kann mit ihrem Ablauf erneut getroffen werden, wenn die Voraussetzungen noch vorliegen"* (§36) d.h. die Internierung kann beliebig oft v e r l ä n g e r t werden.

– Falls das zuständige Oberlandesgericht die Internierung nicht bestätigt, kann sie dennoch (weiter) verhängt werden, wenn nämlich die Staatsschutzbehörden neue Gründe angeben (Im Juristendeutsch: *„War eine Feststellung* (=Totalisolation) *nicht bestätigt, so kann eine erneute Feststellung nur getroffen werden, wenn neue Tatsachen es erfordern"* – § 36).

– Und um die Willkür perfekt zu machen, heißt es in § 37 über die Rechtmäßigkeit der „totalen Kontaktsperre": *„Bei der Anhörung werden Tatsachen und Umstände so weit und so lange nicht mitgeteilt, als die Mitteilung den Zweck der Unterbrechung gefährden würde."*

– Wenn ein Untersuchungsgefangener von der „Kontaktsperre" betroffen ist, dann wird ihm das Recht verweigert, bei den Haftprüfungsterminen einen Verteidiger heranzuziehen. Dieser wird lediglich von der Verkündung des Haftbefehls unterrichtet (§ 34 Abs. 4).

– Beschwerden der so vollständig Isolierten an ihren zuständigen Richter dürfen während der Dauer der Internierung gleichfalls von den Verteidigern nicht eingesehen werden (§ 34). (Das Internierungsge-

Isolierten an ihren zuständigen Richter dürfen während der Dauer der Internierung gleichfalls von den Verteidigern nicht eingesehen werden (§ 34). (Das Internierungsge-

setz ist im Wortlaut in der „SZ" vom 30.9. und der „FAZ" vom 1.10. abgedruckt.)

Mit diesem Gesetz sind für die politischen Gefangenen – und mindestens 70 sind bereits jetzt von diesem Gesetz betroffen – jegliche Menschenrechte außer Kraft gesetzt. Sie sind der totalen Willkür der Staatsschutzbehörden ausgeliefert. Totalisolation von der Außenwelt, das heißt kein Besuch, keine Post, kein Radio, kein Fernsehen, kein Kontakt mit anderen Häftlingen, keine Briefe oder Beschwerden nach draußen. Und durch die Ausschaltung der Verteidiger gibt es jetzt k e i n e r l e i Kontrolle mehr darüber, wie der Gefangene behandelt wird. Er ist der Klassenjustiz und ihren Vollzugsorganen auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Denkt man an die immer wieder enthüllte Brutalität der Knastbullen (und man kann davon ausgehen, daß nur ein Bruchteil ans Licht der Öffentlichkeit kommt), an die enormen Selbstmordraten im Knast, an die Hetze gegen die politischen Gefangenen („die sind es sowieso nicht wert, wie Menschen behandelt zu werden"), so kann man erahnen, was in den nächsten Jahren in westdeutschen Gefängnissen fällig sein dürfte.

Das Gesetz beinhaltet in der Konsequenz eine weitere Horrorvision: Im Zuge von Fahndungsaktionen etc. Festgenommene, die unter dem Verdacht stehen, Straftaten im Zusammenhang mit einer terroristischen Vereinigung oder deren Taten begangen zu haben, haben nicht das Recht, zu Vernehmungen, zur Verkündung des Haftbefehls oder zu Haftprüfungsterminen ihren Verteidiger hinzuzuziehen. Folge: Eine Verteidigung ist nicht möglich! Verteidiger und Gefangener dürfen ja nicht zusammenkommen oder sich Mitteilungen machen. Unter solchen Bedingungen ist ein Haftprüfungstermin eine völlig sinnentleerte Hülse und ohne jede Funktion.

Es wird den Staatsschutzbehörden die Möglichkeit an die Hand gegeben, Menschen von der Straße wegzuholen, sie sofort aller Rechte zu berauben (natürlich „rechtmäßig" und laut Gesetz!), d. h. sie zu i n t e r n i e r e n !

Eleonore Poensgen und Gerhard Stecker sind zwei Menschen, die als Beispiel für alle stehen, die zu Unrecht „terroristischer Umtriebe" bezichtigt und deswegen in den Knast geworfen wurden. Nur in engster Zusammenarbeit mit Eleonore und Gerhard konnten die Anwälte gegen die Verfolgungswut der Staatsschutzbehörden den Unschuldsbeweis erbringen. Das ist ab 30.9. nicht mehr möglich. Jetzt erwartet die so Beschuldigten wochen- und monatelange Internierung und Totalisolation.

Auf den während der Schleyer-Entführung festgenommenen Rechtsanwalt Arndt Müller ist prompt diese neue Regelung angewandt worden.

Der Kreis der von der Internierung betroffenen wird mit der in § 31 gewählten Formulierung so weit offen gehalten, daß damit in Zukunft auch Plakatkleber und Zeitungsverkäufer, denen Billigung von Gewalttaten (Buback-Nachruf) vorgeworfen wird, betroffen sein können. Angesichts der heute praktizierten Verfolgung aller Äußerungen zum Thema „Terrorismus", die nicht auf der von Regierung und Parteien verordneten Verteufelungs- und Distanzierungslinie liegen, muß davon ausgegangen werden, daß hier ein in seinem möglichen Auswirkungen für die Linke absolut verheerendes Gesetz geschaffen worden ist.

Mit der Maßgabe bei Fortbestehen der „Voraussetzungen" die Internierung beliebig oft (um jeweils 30 Tage) verlängern zu können, sind die Bedingungen geschaffen, zumindest einen Teil der politischen Gefangenen in einer ständigen Totalisolation zu belassen.

Die im einleitenden Paragraphen verwandte Formulierung „gegenwärtige Gefahr" erscheint auch in die Richtung interpretiert werden zu können, daß die Androhung einer solchen Gefahr, das Auffinden von irgendwelchen (angeblichen) Plänen usw. zur „gegenwärtigen Gefahr" erklärt werden.

Mit diesem Gesetz, das unter Ausschaltung jeder Opposition verabschiedet wurde, ist der Bourgeoisie ein wichtiger Coup gelungen. Sie hat ein enormes Druckmittel gegenüber allen „Sympathisanten" etc. in der Hand und kann gleichzeitig die Kriminalisierung der Linken einen wesentlichen Schritt vorantreiben. Sie kann vor allem feststellen, daß, zumindestens vorerst, die Außerkraftsetzung von Grund- und Menschenrechten im Eilverfahren gelungen ist, ohne daß wesentliche Teile der nationalen oder internationalen Öffentlichkeit entschieden zu reagieren in der Lage gewesen wären.

ohne daß wesentliche Teile der nationalen oder internationalen Öffentlichkeit entschieden zu reagieren in der Lage gewesen wären.

Das Internierungsgesetz – ein rechtswidriges Blitzgesetz

Das Internierungsgesetz zeigt schon in der Art, wie es zustandegekommen ist (so schnell wurde in der Geschichte der BRD noch kein Gesetz durchgepeitscht), daß es völlig rechtswidrig ist. Das Gesetz wurde eingeführt, um einen Gesetzesbruch der Exekutive zu legalisieren. Von der Bundesregierung und dem Krisenstab wurde behauptet, die Unterbrechung des Kontakts zwischen Häftlingen und Verteidigern seit der Schleyer-Entführung sei „unabweisbar", man könne die Tatsachen wegen der notwendigen Informations- und Nachrichtensperre nicht ausbreiten. Bis hin zu den Jusos wurde von einem „Vertrauensvorschuß" geschwafelt, den die Bundesregierung jetzt brauche. Juristisch wurde die unabweisbare Notwendigkeit als „übergesetzlicher Notstand" und „rechtfertigender Notstand" gedeutet und damit formal die Unterbrechung des Kontaktes legitimiert. Der damit angesprochene Paragraph des Strafgesetzbuches, der Straftaten erlaubt, um höherwertige Rechtsgüter zu verteidigen, ist aber bisher durchweg als das Notstandsrecht für den Einzelnen verstanden worden, nicht aber als Notstandsrecht des Staates.

Die Behandlung der Anwälte und die über sie aufgestellten Behauptungen sind ebenfalls ein totaler Rechtsbruch. Bisher ist in keinem Strafverfahren die Unterstützung einer kriminellen Vereinigung seitens eines Anwalts durch ein Gericht bewiesen worden, aber man macht G e s e t z e auf der Grundlage dieser Vermutung!

Bisher war die Verschärfung der Haftbedingungen von Gefangenen im Einzelnen und für den Einzelnen zu begründen. Dieses Prinzip ist nun endgültig ad acta gelegt worden. Für ganze Gruppen von Gefangenen wird ganz offen ein besonderes Haftstatut (Haftbedingungen) geschaffen. Zudem aufgrund von Tatsachen, die sie nicht zu verantworten haben (Aktionen außerhalb vom Knast) und die sie auch nicht beeinflussen oder gar stoppen können. Das Prinzip, daß einer nur dann für eine rechtswidrige Situation belangt werden kann, wenn er für sie verantwortlich ist, wird aufgehoben. Pauschale Behauptungen über Zugehörigkeit zu „terroristischen Kreisen" und pauschale Zweifel bezüglich der Integrität der Verteidiger reichen für eine solch weitreichende Außerkraftsetzung von Rechten der Verteidiger und Gefangenen schon aus.

Die Feststellung, daß der Kontakt unterbrochen werden muß, wird laut Gesetz von einem Landesminister oder vom Bundesjustizminister getroffen. Damit wird die Entscheidung über die Haftbedingungen der U-Häftlinge und Gefangenen in die Hände der Exekutive gelegt. Die Justiz, die hier bisher zuständig war, ist auch durch die erforderliche Überprüfung der Maßnahmen kaum wirklich ins Spiel gebracht: angesichts von Informationssperre, Ausschaltung des Verteidigers usw. kann keine wirklich an den Realitäten orientierte Entscheidung von den Gerichten mehr erwartet werden.

Die anscheinend einzige fortschrittliche Anwaltsgruppe in der BRD, die sich bisher in eindeutiger Weise mit dem Gesetz beschäftigt hat (sie machten dagegen eine Pressekonferenz am 28.9. in Bonn), erklärte dazu:

BRD, die sich bisher in eindeutiger Weise mit dem Gesetz beschäftigt hat (sie machten dagegen eine Pressekonferenz am 28.9. in Bonn), erklärte dazu:

„Für den Bereich der politischen Justiz ist damit der Rechtsstaat am Ende."

IKAH Hamburg

Bereits einen Tag nach der Schleyer-Entführung ging Generalbundesanwalt Rebmann daran, die ersten Verbote für Verteidigerbesuche auszusprechen, indem er behauptete, es läge § 34 („rechtfertigender Notstand") vor. Als erstes wurden in den Bundesländern Baden-Württemberg und Hessen alle Besuche für die politischen Gefangenen und U-Häftlinge untersagt, die anderen Bundesländer zogen mit geringer zeitlicher Verzögerung nach. Die „totale Kontaktsperre" wurde an all jenen Gefangenen praktiziert, die im Zusammenhang mit politischen Delikten („kriminelle Vereinigung") angeklagt oder verurteilt sind. Nach der Verabschiedung des Internierungsgesetzes gaben die Staatsschutzbehörden bekannt, daß 70 in der BRD und Westberlin einsitzende Häftlinge davon betroffen sind. Aufgrund der Totalisolation der politischen Gefangenen können wir leider keinen vollständigen Überblick über die Gefangenen geben, an denen das Gesetz praktiziert wird. Nach unseren Unterlagen sind derzeit 72 Gefangene wegen Delikten im Zusammenhang mit § 128a („kriminelle Vereinigung") angeklagt oder verurteilt und es ist anzunehmen, daß es sich dabei um die Internierten handelt.

Es sind dies die politischen Gefangenen: **Manfred Adomeit, Gerd Albertus, Brigitte Asdonk, Ronald Augustin, Andreas Baader, Hans Jürgen Bäcker, Verena Becker, Eberhard Becker, Wolfgang Beer, Monika Berberich, Eberhard Blenck, Braun, Sigurd Debus, Karl-Heinz Dellwo, Hans Dellwo, Irmi Deschler, K.W. Dorff, Eberhard Dreher, Christa Eckes, Gudrun Ensslin, Roland Fritzsch, Bernd Geburtig, Lothar Gend, Mandred Grashoff, Eric Grusdat, Siegfried Haag, Herbert Henrich, Inga und Reiner Hochstein, Werner Hoppe, Ilse Jandt, Ali Jansen, Robert Jarowoy, Klaus Jünschke, Hanna Krabbe, Horst Mahler, Karin und Siegfried Mahn, Roland Mayer, Peter Felix Keblys, Gerhard Klöpper, Norbert Kröcher, Kett, Helmut Lülf, Till Meyer, Arndt Müller, Irmgard Möller, Armin Newerla, Helmut Pohl, Rolf Pohle, Jan Carl Raspe, Rössner, Annerose Reiche, Ralf Reinders, Wernfried Reimers, Johannes Roos, Margrit Schiller, Sabine Schmitz, Waltraut Siepert, Ilse Stachowiak, Werner Schlegel, Ingrid Schubert, Anne Stobbe, Enno Schwall, Günter Sonnenberg, Detlef Schulz, Lutz Taufer, Jürgen Tauras, Fritz Teufel, Andreas Vogel, Wolfgang Wesslau, Peter Paul Zahl.**

BDI für Apartheid und Faschismus

Der „Bundesverband der Deutschen Industrie", die Dachorganisation des westdeutschen Kapitals, hat – in Abwesenheit seines Präsidenten – einen unverbindlichen (!) „Verhaltenskodex" für EG-Konzerne in der faschistischen RSA rundheraus abgelehnt. Der „Verhaltenskodex", ausgetüftelt von Außenminister Genscher und seinen acht EG-„Amtskollegen", sollte der wachsenden internationalen Kritik an der Unterstützung der westeuropäischen Imperialisten zugunsten des Rassistenregimes Rechnung tragen und den schwarzen Arbeitern einige gewerkschaftliche Rechte, sowie Gleichbehandlung mit weißen Arbeitern bringen.

Im einzelnen sah der „Verhaltenskodex" das Recht auf die Bildung von Gewerkschaften, freie Wahl der Arbeitervertretungen, Mindestlöhne und Lohngleichheit für gleiche Arbeiten vor. *„Am Arbeitsplatz, in den Kantinen, beim Sport und bei der Ausbildung sollte die Apartheid von den EG-Gesellschaften abgeschafft werden"* („Süddeutsche Zeitung", 21.9.77).

Genscher als außenpolitischer Repräsentant des zweitgrößten Handelspartners der RSA lobte den „Verhaltenskodex" als *„einen bedeutenden Schritt ... zur Einflußnahme auf die Politik Südafrikas und zur Überwindung der Rassendiskriminierung"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 21.9.). Und um diesem „Durchbruch" die angeblich „umwälzenden" Dimensionen zu verleihen, sicherte er den deutschen Managern den Rechtsschutz der Bundesregierung zu, falls sie wegen der Einhaltung des „Kodex" in der RSA gar vor Gericht gestellt würden. Nun wußten die ministerialen Verfasser dieses „Verhaltenskodex" natürlich nur zu genau, daß die sagenhaften Profitbedingungen in der RSA aus der totalen Rechtlosigkeit und Überausbeutung der schwarzen Arbeiterklasse stammen.

Man beeilte sich daher zu versichern, daß es sich bei diesem Kodex nur um „Empfehlungen" handle, die *„keine rechtswirksame Verbindlichkeit"* („SZ", 21.9.) hätten. Soweit also handelt es sich nur um ein übliches Lippenbekenntnis zu den „Menschenrechten", so obligatorisch wie die vollständige Mißachtung dieser Rechte selbst.

Im Grunde tat diese Pflichtübung der westeuropäischen Berufsdiplomaten keinem Kapitalisten weh.

Das Vorster-Regime ließ durch seine Bonner Botschaft den aufgestellten „Ehrenkodex" sogar ausdrücklich begrüßen („SZ", 22.9.) und entblödete sich zusätzlich zu einer „Ehrenrettung" des westdeutschen Kapitals, das angeblich „schon seit langem" die Empfehlungen des „Kodex" praktiziert hätte. Soweit schien also das diplomatische Betrugsmanöver an einer zunehmend wach gewordenen Weltöffentlichkeit unter Dach und Fach.

Aber die westdeutschen und südafrikanischen Diplomaten hatten ihre Rechnung ohne den Wirt gemacht. Das westdeutsche Großkapital.

In scharfer Form distanzierte sich der Kapitalistenverband „BDI", von dem EG-„Verhaltenskodex", wobei er sich jede politische Einmischung der Bundesregierung in die *„Wirtschaftsbeziehungen mit anderen Ländern"* verbat. In der Ohrfeige der Kapitalisten für ihre Bonner Sachwalter hieß es entsprechend:

„.... zeichnet sich unseres Erachtens die große Gefahr ab, daß Südafrika zum Berufungsfall für eine Politisierung (!) der Wirtschaftsbeziehungen mit weiteren Ländern werden könnte", eine solche *„Politisierung der Außenwirtschaftsbeziehungen (würde) den Ruf der Bundesrepublik als zuverlässiger Wirtschaftspartner in Frage stellen"*, dieser Kodex *„wäre immer als Präzedenzfall für ähnliches Vorgehen gegenüber anderen Ländern zu betrachten"* – was von übel wäre, da sich mit Folterdiktaturen a la Chile, Südkorea, Indonesien etc. bekanntlich die besten Geschäfte machen lassen! ... Die faschistischen „Gesetze" dieser Diktaturen sind für den BDI unverzichtbare Investitionsgrundlage, das Bekenntnis des BDI zur rassistischen und faschistischen „Grundordnung" der RSA liest sich so:

„Allerdings ist die Befolgung der Gesetze des Gastlandes eine unabdingbare Voraussetzung für die wirtschaftliche Betätigung deutscher Firmen im Ausland. Die Bundesregierung kann ihrerseits nicht daran interessiert sein, den Eindruck zu erwecken, sie fordere zur Mißachtung gesetzlicher Vorschriften in anderen Ländern auf". In keinem Fall wäre ein „Verhaltenskodex" akzeptabel, *„der nicht mit den gesetzlichen Bestimmungen im Gastland in Einklang steht."*

Energisch verbittet sich der BDI das Ansinnen, gewerkschaftliche Rechte im Ausland hinzunehmen bzw. gar zu garantieren:

„Der ... Katalog detaillierter Rechte für Gewerkschaftsbeauftragte kann unseres Erachtens ohnehin nicht Gegenstand von Entscheidungen im Bereich der Außenpolitik sein" (alle Zitate des Schreibens des BDI an Genscher nach „Frankfurter Rundschau", vom 23.9.77).

Der BDI weist damit selbst jede unverbindliche Koppelung von bürgerlich-demokratischen Rechten (und sei auch nur auf Betriebsebene) mit seinen Ausplünderungszügen in der Dritten Welt zurück. In diesem Sinn heißt es zusammenfassend: *„Unter allen Umständen sollte unseres Erachtens die Veröffentlichung einer Kodexvereinbarung vermieden werden, die allzuleicht später als verpflichtende Regel ausgelegt und als Berufungsfall angesehen werden könnte"* (alle Zitate des Schreibens des BDI an Genscher nach „Frankfurter Rundschau" vom 23.9.77).

Die Erklärung des BDI dokumentiert seinen offen aggressiven menschenverachtenden Kurs, der selbst die Seifenschaum-Kritik der Bonner Regierungspolitiker an der RSA nicht duldet, sondern sich voll und ganz hinter das System von Apartheid und Faschismus stellt.

Der BDI hat sich mit dieser Erklärung erstmals selbst offen und unverhüllt als Gralshüter von Apartheid und Faschismus in Afrika dargestellt und zu profilieren versucht. Möglicherweise signalisiert dies – zusammen mit der reaktionären Hetzkampagne gegen Entwicklungsministerin Schlei (SPD) nach deren Afrika-Reise, den RSA- Erklärungen von Strauß während und nach Vorsters BRD-Besuch, der Botswana-Erklärung Todenhöfers und ähnlicher „Entgleisungen" derselben und anderer BRD-Repräsentanten einen erheblich schärferen Kurs in der Afrika-Politik der BRD für die Zukunft. Das würde der SPD/FDP-Regierung dann auch in der Außenpolitik nicht unwesentlichen Spielraum beschneiden.

Gleichzeitig hat der BDI seinen Bonner Sachwaltern deutlich zu verstehen gegeben, wo ihre „Grenzen" liegen, daß er prinzipiell keine „Bevormundung" bzw. „Politisierung" der Wirtschaft duldet (selbst wenn es nur um Kosmetik geht), daß das Kapital die Politik dirigiert und nicht umgekehrt. Wie's zu laufen hat, wird an den Exportbürgschaften der Bundesregierung demonstriert: Diese nämlich sind im RSA-Geschäft 1976 um 300 % gestiegen.

Afrika-Kommission

rung zu, falls sie wegen der Einhaltung des „Kodex" in der RSA gar vor Gericht gestellt würden. Nun wußten die ministerialen Verfasser dieses „Verhaltenskodex" natürlich nur zu genau, daß die sagenhaften Profitbedingungen in der RSA aus der totalen Rechtlosigkeit und Überausbeutung der schwarzen Arbeiterklasse stammen.
Man beeilte sich daher zu versichern, daß es sich bei diesem Kodex nur um „Empfehlungen" handle, die „keine rechtswirksame Verbindlichkeit" („SZ", 21.9.) hätten. Soweit also handelt es sich nur um ein übliches Lippenbekenntnis zu den „Menschenrechten", so obligatorisch wie die vollständige Mißachtung dieser Rechte selbst.
Im Grunde tat diese Pflichtübung der westeuropäischen Berufsdiplomaten keinem Kapitalisten weh.
Das Vorster-Regime ließ durch seine Bonner Botschaft den aufge-
Diktaturen sind für den BDI unverzichtbare Investitionsgrundlage, das Bekenntnis des BDI zur rassistischen und faschistischen „Grundordnung" der RSA liest sich so:
„Allerdings ist die Befolgung der Gesetze des Gastlandes eine unabdingbare Voraussetzung für die wirtschaftliche Betätigung deutscher Firmen im Ausland. Die Bundesregierung kann ihrerseits nicht daran interessiert sein, den Eindruck zu erwecken, sie fordere zur Mißachtung gesetzlicher Vorschriften in anderen Ländern auf". In keinem Fall wäre ein „Verhaltenskodex" akzeptabel, „der nicht mit den gesetzlichen Bestimmungen im Gastland in Einklang steht."
Energisch verbittet sich der BDI das Ansinnen, gewerkschaftliche Rechte im Ausland hinzunehmen bzw. gar zu garantieren:
„Der ... Katalog detaillierter Rechte für Gewerkschaftsbeauftragte kann
Erklärung Todenhöfers und ähnlicher „Entgleisungen" derselben und anderer BRD-Repräsentanten einen erheblich schärferen Kurs in der Afrika-Politik der BRD für die Zukunft. Das würde der SPD/FDP-Regierung dann auch in der Außenpolitik nicht unwesentlichen Spielraum beschneiden.
Gleichzeitig hat der BDI seinen Bonner Sachwaltern deutlich zu verstehen gegeben, wo ihre „Grenzen" liegen, daß er prinzipiell keine „Bevormundung" bzw. „Politisierung" der Wirtschaft duldet (selbst wenn es nur um Kosmetik geht), daß das Kapital die Politik dirigiert und nicht umgekehrt. Wie's zu laufen hat, wird an den Exportbürgschaften der Bundesregierung demonstriert: Diese nämlich sind im RSA-Geschäft 1976 um 300 % gestiegen.
Afrika-Kommission

Faschisten ermorden Genossen von Lotta Continua

Am Freitag, den 30.9. gegen 20.30 Uhr, hat eine Bande von MSI-Faschisten den 20-jährigen Genossen Walter Rossi auf offener Straße erschossen. Walter war seit drei Jahren Mitglied von Lotta Continua; an diesem Abend hatte er gemeinsam mit einer Gruppe von Genossen und Antifaschisten ein Flugblatt verteilt, das Enthüllungen über mehrere bewaffnete Mordversuche der Faschisten brachte. Die Faschisten rotteten sich gegen die Genossen zusammen, griffen sich einen der Flugblattverteiler heraus und schlugen ihn blutig. Bei einem zweiten Angriff schoß einer der Faschisten mit der Pistole direkt auf den Genossen Walter Rossi, der tot zusammenbrach. Ein älterer Tankwart, der am Rande zugesehen hatte, wurde ebenfalls getroffen und schwer verletzt.

Sofort versammelten sich mehrere hundert Antifaschisten in der Umgebung zu einer Protestkundgebung. Die Genossen versuchten in ihrer Trauer und Wut, gegen die Bullen vorzugehen, die den Angriff der Faschisten gedeckt hatten, was sofort mit einem brutalen Einsatz von Tränengas und Knüppeln beantwortet wurde. Die Genossen setzten einen Wagen der Faschisten in Brand.

Mehrere „autonome" Sender und die gesamte revolutionäre Linke riefen für Sonnabend zu einem antifaschistischen Aktionstag auf. Wie immer fehlte die PCI, die sich weigerte, an dieser Aktionseinheit teilzunehmen. 15.000 Genossen beteiligten sich in Rom an einer Demonstration, die vom Unigelände aus durch verschiedene Wohnviertel ging. Am Nachmittag demonstrierten 25.000 Antifaschisten in verschiedenen Stadtteilen Roms. In Turin versammelten sich 7.000 Antifaschisten und es kam zu mehreren Zusammenstößen mit der Polizei, wobei ein Passant so schwer verletzt wurde, daß er im Sterben liegt. In Mailand demonstrierten ca. 8.000 Menschen. In Bologna demonstrierten 8.000 Antifaschisten, die von Polizisten und Faschisten attackiert wurden, so daß sie Barrikaden bauen mußten, um sich zu schützen. In Florenz demonstrierten 7.000 Antifaschisten. Auch hier kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit Bullen und Faschisten.

Besondere Kritik üben auch die liberalen Zeitungen wie „La Republica" und andere römische Zeitungen am Verhalten der Polizei. Der Polizei ist seit langem bekannt, daß vor allen Dingen das MSI-Büro in Rom, aus dem die Mörder kamen, Ausgangspunkt terroristischer Aktionen ist. So wurden alleine in dieser Woche fünf Mal gewaltsam mit Pistolen von Faschisten dieses Sitzes Anschläge verübt. Bereits am Dienstag wurde eine junge Linke von einem Pistolenschuß getroffen und liegt seitdem schwerverletzt im Krankenhaus. Die Faschisten haben angekündigt, weitere Anschläge folgen zu lassen. Allein in der Nacht zum 1.10. wurden von ihnen drei PCI-Büros in Rom überfallen, ein PSI-Büro wurde zerschlagen. In Bologna wurden zwei kleinere PCI-Büros von den Faschisten ausgeräumt. Insgesamt demonstrierten am Wochenende ca. 70.000 Antifaschisten in Italien gegen den faschistischen Terror.

Bericht aus Rom

Antisemitische Orgie
Fortsetzung von Seite 1
auf die das Wort ‚Juden' geschmiert worden war. ‚Sieg-Heil'-Rufe wurden ausgestoßen, das Nazi-Lied ‚Die Fahne hoch...' angestimmt. Eine gespenstische Szene, wie sie nur Rechtsextremisten einfällt. In diesem Moment griffen andere Offiziere, ebenfalls Studenten, ein und beendeten den antisemitischen Spuk" („FR", 29.9.77).
Am folgenden Tag wurden die Vorgesetzten einschließlich des Leiters der Bundeswehrhochschule von dem Vorfall informiert. Obwohl verpflichtet, „besondere Vorfälle" dem Bundesverteidigungsministerium zu melden, hielten diese es für besser, die ganze Angelegenheit zu verschweigen – offenbar um die Faschi-
Ob nun dem einen oder anderen ganz wohl dabei gewesen sein mag oder nicht: Tatsache ist jedenfalls, daß der ganze Vorfall über ein halbes Jahr lang von allen Beteiligten gedeckt wurde – auch das wirft ein bezeichnendes Licht auf das an diesen Stätten nationalen Geistes vorherrschenden Klima.
Das Bundesverteidigungsministerium heuchelte natürlich totale Überraschung über diese „undenkbaren Vorfälle". Die Vorgänge wurden „schärfstens mißbilligt", „sofern sie zutreffen", und ein Untersuchung wurde angekündigt. Leber will „hart durchgreifen". Aber selbstverständlich könne an der „Untadeligkeit" der Bundeswehr „im ganzen" kein

Antisemitische Orgie

Fortsetzung von Seite 1

auf die das Wort ‚Juden' geschmiert worden war. ‚Sieg-Heil'-Rufe wurden ausgestoßen, das Nazi-Lied ‚Die Fahne hoch...' angestimmt. Eine gespenstische Szene, wie sie nur Rechtsextremisten einfällt. In diesem Moment griffen andere Offiziere, ebenfalls Studenten, ein und beendeten den antisemitischen Spuk" („FR", 29.9.77).

Am folgenden Tag wurden die Vorgesetzten einschließlich des Leiters der Bundeswehrhochschule von dem Vorfall informiert. Obwohl verpflichtet, „besondere Vorfälle" dem Bundesverteidigungsministerium zu melden, hielten diese es für besser, die ganze Angelegenheit zu verschweigen – offenbar um die Faschisten vor einer Bestrafung zu schützen. Oder sind dies an der Bundeswehrhochschule München gar keine „besonderen Vorfälle"??! Im April wurden, was ebenfalls erst jetzt bekannt wurde, Hakenkreuzschmierereien auf der Seminararbeit eines weiteren Offiziers entdeckt! Angeblich soll dieser disziplinarisch „bestraft" (was immer das heißen mag...) worden sein – die Angelegenheit sei „bereinigt". Kein Grund zu Aufregung...?

Zu dem Nazi-Spuk vom Februar ließ die Hochschulleitung erklären: *„Nach intensiver Befragung der am fraglichen Abend aktiv beteiligten Studenten kam man zu der Überzeugung, daß es sich nicht um überzeugte und unverbesserliche Antisemiten und Nazis handele, sondern um unreife junge Soldaten mit einem bedauerlichen Defizit an Information und Einsicht."* Diese Erklärung ist nahezu so skandalös wie der Vorfall selbst und kann nur als direkte Ermutigung für die Faschisten gewertet werden: Als „überzeugt" gelten Nazis für diese Herren wohl erst, wenn sie wirklich Juden verbrannt haben! Und was hier als „unreif" bezeichnet wird, das soll ja erklärtermaßen die „Elite der Nation" sein – so jedenfalls nach dem Selbstverständnis der Bundeswehrhochschulen. Genausowenig glauben wir das „Defizit an Information". Eher dürfte es sich um z u v i e l „Information" handeln, um braunes nämlich! Welcher Jugendliche kennt beispielsweise schon den Text von Nazi-Liedern, ohne entsprechende „Ausbildung" erhalten zu haben?! In dem Punkt „Defizit an Einsicht" dürfte die Erklärung allerdings hundertprozentig zutreffen: Das paßt genau zu den Typen, die ein solch schweinisches Verhalten an den Tag gelegt haben.

„Als Schlußfolgerung ergab sich, daß man besser und wirksamer mit pädagogischen Mitteln eine Änderung dieser Einstellung erzeugen könne, als durch Einsatz disziplinarrechtlicher Maßnahmen". Diese Auffassung soll von den Bundeswehrstudenten der Hochschule geteilt worden sein.

Ob nun dem einen oder anderen ganz wohl dabei gewesen sein mag oder nicht: Tatsache ist jedenfalls, daß der ganze Vorfall über ein halbes Jahr lang von allen Beteiligten gedeckt wurde – auch das wirft ein bezeichnendes Licht auf das an diesen Stätten nationalen Geistes vorherrschenden Klima.

Das Bundesverteidigungsministerium heuchelte natürlich totale Überraschung über diese „undenkbaren Vorfälle". Die Vorgänge wurden *„schärfstens mißbilligt", „sofern sie zutreffen"*, und ein Untersuchung wurde angekündigt. Leber will *„hart durchgreifen"*. Aber selbstverständlich könne an der „Untadeligkeit" der Bundeswehr „im ganzen" kein Zweifel bestehen. Im selben Jargon sind die übrigen Stellungnahmen abgefaßt. Der Sprecher der Studierenden an der Münchner Bundeswehrhochschule: *„An der demokratischen Einstellung der jungen Offiziere kann kein Zweifel bestehen"*. Bundeswehrverband: Die Vorfälle seien *„auf keinen Fall symptomatisch für die Streitkräfte"*. Der FDP-Sprecher: *„Gleichzeitig muß ich davor warnen, dieses als symptomatisch für Geist und Haltung in der Bundeswehr allgemein anzusehen"* usw. usf. (Zitate nach „FR", 30.9.).

Aber nein doch! Die Rudel-Affäre war ja auch nicht „symptomatisch". Und Kraushaar (derzeit Kommandant eines chilenischen KZ's!) war ein „Einzelfall". Und daß jetzt ein profilierter Brauner an die Spitze der Hamburger Bundeswehrhochschule (Prof. Sanmann, bekannt durch seine Kadertätigkeit im rechtsradikalen „Bund Freiheit der Wissenschaft") berufen wurde – was sagt das schon über die „demokratische Erziehung" an diesen Stätten aus... Und daß ein Herr Leutnant Durner, Studierender der Bundeswehrhochschule Hamburg, in der Kaserne mit „deutschem Gruß" grüßte, von seinem „hohen SS-Dienstgrad" in einer Hamburger neonazistischen Organisation zu berichten wußte, die Judenverfolgung im „3. Reich" richtig fand usw. (nach „Mittenwalder Soldatenzeitung" Nr. 16 – Febr. 77) – das alles kann die „demokratische Untadeligkeit" der Bundeswehr nicht beeinträchtigen. Möglich, daß die Münchner Leutnants gefeuert werden. Am reaktionär-militaristischen Klima in der Bundeswehr und ihren Schulen soll sich jedenfalls nichts ändern.

Die schärfste Stellungnahme gab freilich CDU-Weiskirch ab: Um die Militaristen in Schutz zu nehmen und die Behauptung neofaschistischer Tendenzen zu „widerlegen", meinte er: *„Es gibt keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß sich die Truppe anders verhält als ihre zivile Umgebung".* Oh wie wahr!

Rechtsanwälte Klaus Croissant und Arndt Müller festgenommen

Am 30.9. wurde in Paris der im Juli nach Frankreich emigrierte Rechtsanwalt Klaus Croissant aufgrund eines westdeutschen Auslieferungsantrags festgenommen. Am selben Tag, nur wenige Stunden später, wurden in Stuttgart der letzte in Croissants ehemaligem Anwaltsbüro noch arbeitende Anwalt Arndt Müller sowie dessen Kanzleimitarbeiterin festgenommen. Gegen beide wurde einen Tag darauf, am 1.10., vom Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs Haftbefehl wegen „Verdachts der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" erlassen. Ende August wurden bereits der im gleichen Büro tätige Anwalt Armin Newerla und dessen Mitarbeiter Hans Dellwo inhaftiert. Damit ist dieses Stuttgarter Anwaltsbüro, das u.a. die Verteidigung der politischen Gefangenen der RAF ausführte (der zuletzt noch in Freiheit befindliche Arndt Müller war der Anwalt von Gudrun Ensslin) nach unzähligen Durchsuchungs- und Bespitzelungsaktionen vom Staatsschutz völlig zerschlagen worden. Arndt Müller und seine Mitarbeiterin wurden sofort, wie inzwischen rund 70 andere Gefangene in der BRD, in völlige Internierung gestellt.

Die Festnahme von Klaus Croissant in Frankreich erfolgte nach einer erpresserischen Kampagne der westdeutschen Regime-Presse gegen die angeblich „untätige" französische Polizei und direkter Verbindungsaufnahme zwischen westdeutschen und französischen Regierungsstellen – u.a. ein Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing und eine Visite des französischen Ex-Innenministers Poniatowski bei Ex-Chefbulle Genscher und Kanzler Schmidt, wo über eine (noch) engere Kooperation bei der „Terroristen"-Bekämpfung konferiert wurde.

Vor allem wegen eines Interviews, das das französische Fernsehen mit Croissant ausstrahlte (man denke: obwohl die BRD bereits die Auslieferung Croissants gefordert hatte! Ungeheuerlich!), giftete die westdeutsche Regime-Presse tagelang gegen die „dünn" gewordene deutsch-französische Freundschaft, gegen die „mangelnde Solidarität" des französischen Staates mit dem westdeutschen, usw. Was die BRD-Regierungspolitiker telefonisch oder direkt ihren französischen Kollegen alles vortrugen, um eine Festnahme und Auslieferung Croissants zu erzwingen, ist natürlich der Öffentlichkeit nicht bekannt. Nur ein Naiver könnte annehmen, daß die Bundesregierung frei heraus über ihre Druckmittel plaudert. Aber wir wissen natürlich, daß die seinerzeitige Auslieferung Rolf Pohles aus Griechenland ein Verstoß gegen g r i e c h i s c h e s Recht war – aber trotzdem erfolgte, nach ähnlich gelaufener Hetzkampagne in der westdeutschen Presse und ähnlichen „Vorsprachen" westdeutscher Behörden- und Regierungsstellen bei ihren griechischen „Partnern". Es ist zu befürchten, daß der Festnahme Croissants nun auch seine Auslieferung folgen wird – und das möglicherweise sogar sehr schnell, schneller als seinerzeit im „Fall Pohle", um nicht erst unter den Gegendruck von möglichen Protestaktionen in Frankreich zu geraten. „Fait accompli" nennt man das bekanntlich: feststehende Tatsachen schaffen.

Und daß diese Tatsachen, ganz wie im Fall Griechenlands, auch nicht unbedingt mit den französischen Gesetzen übereinstimmen werden, war sogar schon vor Croissants Festnahme dem „Spiegel" zu entnehmen (Nr. 39 vom 19.9.). Eine Auslieferung ist nach französischem Recht und nach dem deutsch-französischen Auslieferungsvertrag nur dann möglich, wenn *„ein Verbrechen oder Vergehen (vorliegt), das sowohl in der Bundesrepublik wie auch in Frankreich mit mindestens einem Jahr Haft bestraft wird".* Was Croissant vom westdeutschen Staatsschutz vorgeworfen wird, könnte in Frankreich allenfalls nach dem Paragraphen 248 des französischen Strafgesetzbuches abgehandelt werden: dort werden *„Täter ..., die in besonderer Funktion (etwa als Strafvollzugsbeamter oder Anwalt) Häftlingen illegal Schriftstücke übermittelt haben"* so der „Spiegel") mit Strafen zwischen sechs Monaten und zwei Jahren Gefängnis bedroht – also nicht „mindestens ein Jahr", wie es der Auslieferungsvertrag vorsieht, sondern „mindestens ein halbes Jahr".

Hinzu kommt allerdings, daß das französische sich vom deutschen „Recht" immer noch darin unterscheidet, daß es eine anwaltliche Berufstätigkeit nicht gleich deswegen als „Verbrechen" einstuft, wenn es sich um einen linken Anwalt und bei seinen Mandanten um inhaftierte „Terroristen" handelt.

„Unseren" Staat wird das alles zweiffellos nicht hindern, d e u t s c h e s R e c h t über französische Klippen zu bringen – und die französische Polizei hat sich mit der bereits erfolgten Festnahme Croissants schon als diensteifriger Helfer für die Verwirklichung des „Modells Deutschland" als „Modell für Europa" gezeigt. Nicht das französische Recht wird darum eine standhafte Barriere gegen die Auslieferung Croissants an den westdeutschen Polizeistaat sein, sondern – wenn überhaupt – dann nur ein massiver und sehr schnell zu organisierender Protest der linken und demokratischen Öffentlichkeit in Frankreich, mit dem die französischen Regierung p o l i t i s c h unter Druck gesetzt wird.

„Freiheit oder Terrorismus" — Eine Kampagne und ihre Folgen

CDU/CSU, Springer-Presse und andere reaktionäre Kräfte haben nach der Entführung des Kapitalisten Schleyer eine neue Kampagne gegen jede progressive und reformerische Regung eröffnet. Jede gesellschaftskritische Stimme wird demagogisch dem „geistigen Nährboden des Terrorismus" zugeschlagen.

Die Schleyer-Entführung, verbunden mit der denunziatorischen und erpresserischen Kampagne der Reaktion, hat zugleich eine förmliche Abgrenzungshysterie vor allem unter progressiven Intellektuellen und Künstlern hervorgerufen. Das markanteste dieser Abgrenzungsdokumente ist die „Erklärung von Hochschullehrern und wissenschaftlichen Mitarbeitern"; in diese Kategorie gehört aber ebenso die Stellungnahme des SB, Stellungnahmen von Dutschke, Marcuse usw.

Was will die Reaktion?

Der KB hat bereits deutlich gemacht, daß er die derzeitig grassierende Abgrenzungshysterie nicht als angemessene Antwort auf die Denunziations- und Erpressungskampagne der Reaktion ansieht (Erklärung des LG in AK 113). Um dies zu verdeutlichen, wollen wir zunächst auf einige Aspekte der Kampagne der Reaktion eingehen.

1. Mit teilweise grotesken Behauptungen und Vorwürfen sollen breite progressive Kräfte unmittelbar als „Sympathisanten", Helfer oder gar Aktivisten des Terrorismus verdächtigt und kriminalisiert werden.

– So war in der „Nürnberger Zeitung" zu lesen, im „*Umfeld*" der DKP-Literaturzeitschrift „kürbiskern" würden sich „*nicht nur Schöngeister aufhalten, sondern professionelle RAF-Kader*". Die Autoren der Reihe „Autoren-Edition" von Bertelsmann hätten „*eine bessere Ausbildung im Umgang mit sowjetischen Kalaschnikows als in der Handhabung der deutschen Sprache*". Die Rede war von „*Terroristentreffs in Feministen-Klubs und revolutionären Buchläden*" (Zitate lt. „Deutsche Volkszeitung" vom 29.9.).

– In der „Welt" war wieder einmal zu lesen, „*daß die gewalttätigen Anti-Kernkraft-Demonstrationen eine Art Exerzier- und Bewährungsfeld zukünftiger Terroristen darstellen*" (26.9.).

– Der Hamburger CDU-Chef Echternach behauptete, die Universitäten seien „*Trainingscamps für Terroristen*" (lt. „Welt", 26.9.).

– Baden-Württembergs Ministerpräsident Filbinger erklärte, die Abschaffung der ASten sei ein Mittel, „*um ‚ein Stück Sympathisantensumpf' im Umfeld des Terrorismus trockenzulegen*" (lt. „Welt", 16.9.).

2. Der Hauptstoß der Kampagne der Reaktion geht eindeutig gegen diejenigen Persönlichkeiten und Kräfte, die als geistige Träger gesellschaftskritischer Vorstellungen angesehen werden, d.h. Professoren, Schriftsteller u.ä. Dazu nur ein paar beliebige typische Zitate:

– „*Von manchen Kathedern unserer Hochschulen und Universitäten werden seit Jahren Theorien der Verweigerung und der Gewalt gegen die fortgeschrittenen Industriegesellschaften gelehrt und empfohlen. Liegt der Gedanke fern, daß die Terroristen ihr ideologisches Rüstzeug hier erhielten und falsche und utopische Theorien in die Tat umsetzen wollen?*" (aus der Erklärung der katholischen Bischöfe, nach „Welt" vom 22.9.).

– „*Als Sympathisanten müßten auch diejenigen angesprochen werden, die in den letzten Jahren zur geistigen Verwirrung beigetragen hätten*" (CDU-Generalsekretär Geißler, lt. „SZ" vom 19.9.).

– „*Solange in Redaktionen und Funkhäusern und in Schulen ‚von Männern der Kirchen und Politik, der Gewerkschaften und des Geisteslebens der klassenkämpferische Haß auf diesen Staat und alle, die ihn stützten, gepredigt wird, solange wird immer neue Gewalt nachwachsen*" (Windelen, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, lt. „SZ" vom 19.9.).

– „*Die Verharmlosung des Terrorismus in den letzten Jahren und die Sympathiebekundungen in bestimmten Bereichen des öffentlichen und geistigen Lebens der Bundesrepublik, nicht zuletzt an einer Reihe deutscher Universitäten, hätten dazu geführt, daß derartige Brutstätten des Terrorismus überhaupt hätten entstehen können*" (CDU-Vorsitzender Kohl lt. „FR" vom 7.9.).

– „*Immer habe es Personen gegeben, die vom Katheder aus oder mit dem Mikrophon ‚die geistigen Urheber der Taten waren ... Diese Schuldigen gehören genauso an das Licht der Öffentlichkeit gebracht wie diejenigen, die die Bomben werfen oder mit der Maschinenpistole eine bessere Gesellschaft herbeiführen wollen'*" (Strauß auf dem CSU-Parteitag, lt. „Welt" vom 26.9.).

– „*Der Terrorismus konnte sich nur deshalb so gefährlich entwickeln, weil zahlreiche linksintellektuelle Publizisten, Politiker, Theologen, Professoren die Gefahr verharmlosten, verniedlichten, um Verständnis für die ‚kritischen, engagierten Menschen' warben und damit den gefährlichen Sympathisantenkreis erweiterten. Die Namen Gollwitzer, Brückner, Böll, Grass, Brandt stehen für viele... Zwangsläufig mußte sich in diesem geistig-politischen Klima die Seuche des Terrorismus ausbreiten*" (Strauß auf dem CSU-Parteitag, lt. „Vorwärts" vom 29.9.).

3. Die Kampagne zielt auch darauf ab, die SPD und die Regierungskoalition des „Sympathisantentums" mit dem Terrorismus zu verdächtigen. Vorbild ist dabei wieder einmal die berüchtigte Sonthofener Rede von F.J. Strauß (19.11.74), in der er u.a. krakeelte, in den Bundestagsfraktionen (!!!) von SPD und FDP säßen „**ein ganzer Haufen von Sympathisanten der Baader-Meinhof-Verbrecher**". Ganz in diesem Sinn schrieb kürzlich etwa W. Hetz-Eichenrode in der „Welt" (7.9.): „*Solange Staat und Politiker die neue Qualität des Terrorismus nicht ernst nehmen, mag ein so prominenter Sozialdemokrat wie Egon Bahr fortfahren, mit unverhohlener Sympathie für angebliche Befreiungskämpfe anderswo Rechtfertigungen für einen ‚Befreiungskampf' bei uns zu liefern. Und so lange ein Mann wie von Oertzen die Stamokap-Theorie in der SPD für diskussions- und damit salonfähig hält, werden gleitende Übergänge* (!!) *geschaffen zur Entführung eines vermeintlichen Repräsentanten des ‚Staatsmonopolkapitalismus' wie Hanns-Martin Schleyer*".

Nach der unbeschreiblichen Logik „Wer Kapitalisten kritisiert, der entführt sie auch", hetzte auch die CDU-Zeitung „Rheinische Post": „**Gewerkschaften müssen sich gerade im Fall Schleyer vorhalten lassen, daß in ihren Zeitungen Haß gegen den Arbeitgeberpräsidenten gesät worden ist**" (lt. „Unsere Zeit" vom 12.9.).

4. Jede Infragestellung herrschender Verhältnisse und jeder noch so geringe reformerische Ansatz soll als Ausgangspunkt für den Terrorismus denunziert werden:

– „*Wer in Schulplänen, Rahmenrichtlinien, Ausbildungsleitlinien den Konflikt im Elternhaus als natürlich vorschreibt, wer Ausbilder und Lehrlinge als Unterdrücker und Unterdrückte kennzeichnet, wer Arbeitgeber und Arbeitnehmer als Ausbeuter und Lohnsklaven verleumdet, wer Geschichte und Gesellschaft als blutige Bühnen von Gewalt und Gegen-*
ber und Arbeitnehmer als Ausbeuter und Lohnsklaven verleumdet, wer Geschichte und Gesellschaft als blutige Bühnen von Gewalt und Gegen-
gewalt verzerrt, der ist ein Feind des inneren Friedens. Und der darf sich nicht heute heuchlerisch und naiv wundern, wenn die Saat aufgeht und wenn aus dieser Saat die Buback-Mörder, die Ponto-Mörder, die Polizisten-Mörder, die Lorenz- und Schleyer-Entführer entspringen" (Strauß auf dem CSU-Parteitag, lt. „Welt" vom 26.9.).

– „*Auch die Evangelische Kirche bekennt ihre Mithaftung am Geschehen dieser Wochen. Wir sind dem einseitig konfliktbetonten Verhalten in unserer Mitte nicht deutlich genug entgegengetreten und haben Gebot und Verheißung Gottes nicht klar genug verkündet*" (Erklärung des Rates der EKD, lt. „FR" vom 17.9.).

– „*Allzu viele in unserer Gesellschaft vertreten die Ansicht, alles auf dieser Welt sei machbar und erreichbar. Die Begrenztheit des Menschen und die Wirklichkeit des Bösen wurde nicht mehr gesehen. Aus dem Glauben an das Machbare erwuchs gerade bei jungen Menschen die Unzufriedenheit über vorhandene Mängel, Ungerechtigkeiten und ungelöste Probleme. Diese wurden nur der bestehenden Ordnung angelastet. Hand in Hand damit ging vielfach geradezu eine zynische Herabsetzung der Grundwerte und Grundhaltungen eines menschenwürdigen Lebens. Aus verschiedenen Richtungen und auf verschiedenen Ebenen wurden Ehe und Familie, das Lebensrecht des Ungeborenen und andere ethische Normen angegriffen. Wurden so nicht Fundamente unterhöhlt, ohne die unsere Gesellschaft ihre Stabilität verliert?*" (aus der Erklärung der katholischen Bischöfe, lt. „Welt" vom 22.9.).

Wer den Erpressern nachgibt...

Wer dann, von der Hetzkampagne eingeschüchtert, treu und brav seine Distanzierung vom Terrorismus und sein Bekenntnis zum bestehenden Staat abliefert, kriegt von der Reaktion noch einmal kräftig einen übergebraten: Seine Distanzierung wird als unzureichend oder gar unehrlich abgetan, oder als Versuch denunziert, sich der Verantwortung zu entziehen:

– „*Brandt und andere hätten jahrelang die Entwicklung des Terrorismus verharmlost und verniedlicht. Daß sie jetzt linksradikale sozialistische Grundlagen des Terrorismus leugneten, müsse als Versuch angesehen werden, sich aus der Mitverantwortung zu stehlen*" (CSU-Abgeordneter Spranger, lt „FR" vom 14.9.).

– „*In den letzten Tagen haben einige Mithaftende unter dem Druck der öffentlichen Empörung Appelle an die Entführer und an die Sympathisanten gerichtet, die in ihrer Verklausuliertheit deutlich machten, daß man keineswegs den schmalen und dornigen Pfad der Einsicht, sondern das Hintertürchen als zukünftigen Verkehrsweg im Auge behält*" („Welt", 19.9.).

– „*Wer wie Professoren Gollwitzer, Pastor Albertz, wie Nobelpreisträger Heinrich Böll die gesellschaftliche Lage, die freiheitlich-demokratische Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland maßstablos, augenmaßstabwidrig verzerrt und verleumdet, die Motive terroristischer Bandenverbrecher als Ausdruck ‚gesellschaftskritischer Haltung' verständlich zu machen sucht, der kann sich auch nicht in einem Aufruf an die Terroristen von der Mitschuld an Verwirrung moralischer Maßstäbe und deren Folgen wieder lossprechen*" (Strauß auf dem CSU-Parteitag, lt. „Welt" vom 26.9.).

– Hertz-Eichenrode in der „Welt" vom 13.9. direkt gegen Böll: „*Es ist zu erkennen, daß altgediente Sympathisanten der Terrorszene eine Lebenslüge in der gefährlichen Form einer Dolchstoßlegende auf den Weg bringen. Das ist eine unaufrichtige Auseinandersetzung mit dem Terror, der entgegengetreten werden muß. Sonst wird das Morden kein Ende nehmen*".

Es ist demnach deutlich, daß die Abgrenzungsbemühungen progessiver Intellektueller, linker Sozialdemokraten und Sozialisten etc. vom Terrorismus von der Reaktion keineswegs honoriert werden, sondern daß sie nur als Ermunterung aufgenommen werden, den Betreffenden weitere Zugeständnisse zu erpressen.

Die Kampagne der Reaktion dreht sich natürlich in Wirklichkeit überhaupt nicht um die Frage des Terrorismus, da es lächerlich wäre, den angegriffenen Intellektuellen, Schriftstellern, SPD-lern usw. ernsthaft
haupt nicht um die Frage des Terrorismus, da es lächerlich wäre, den angegriffenen Intellektuellen, Schriftstellern, SPD-lern usw. ernsthaft
Sympathie für den Terrorismus zu unterstellen. Wer in dieser Situation t r o t z d e m meint, sich ausdrücklich vom Terrorismus abgrenzen zu müssen, bringt sich lediglich selbst ins Zwielicht und liefert der Reaktion Munition, gemäß der Devise „Wer sich entschuldigt, klagt sich an".

Der Angriff der CDU/CSU und der Reaktion gilt in Wahrheit nicht einem imaginären „Sympathisantenfeld", sondern gilt den „Systemveränderern" im weitesten Sinn. Demokraten und Sozialisten müßten also vernünftigerweise die Auseinandersetzung auf d i e s e m Feld suchen, statt sich Abgrenzungen vom Terrorismus und Bekenntnisse zum „Rechtsstaat" abpressen zu lassen.

Den Unterzeichnern der diversen Abgrenzungs-Erklärungen ist – bei allem Verständnis für den auf ihnen lastenden Druck – außerdem der Vorwurf zu machen, daß sie auf ihre Weise beitragen zu dem nach der Schleyer-Entführung entfachten Rummel, der auf Schleyers Rolle als oberster Funktionär der Kapitalistenklasse zurückgeht. Wer sich unbedingt abgrenzen wollte, hätte dafür schon in der Vergangenheit Gelegenheit genug gehabt. Wer es aber gerade j e t z t tut, erweist damit letzten Endes der Rolle Schleyers und dem ganzen kapitalistischen System und dessen Spielregeln seinen Tribut.

Es ist makaber, wenn Persönlichkeiten, die sich selbst als Sozialisten begreifen, Erklärungen abgeben bzw. unterschreiben, in denen es beispielsweise heißt, die Entführung Schleyers sei „**ein niederträchtiger Anschlag auf die politischen und moralischen Fundamentalprinzipien unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens**", sei „**eine Gefahr für die demokratische Republik**", sei „**eine reale Bedrohung der Schutzrechte des Bürgers**" usw. Derartige Verlautbarungen von Sozialisten lassen sich nicht mehr bloß als Ausdruck momentaner geistiger Verwirrung interpretieren, sondern dahinter steckt offensichtlich die blanke Angst vor dem reaktionären Druck einerseits und den erreichten Dimensionen des Terrorismus andererseits.

Die Abgrenzung vom Terrorismus kann für Sozialisten nur ein p o l i t i s c h e s Problem sein. Im Gegensatz dazu wird heute von Kräften wie der SB-Führung, von

Fortsetzung Seite 8

SB zeigt Flagge

SB zeigt Flagge

Als Antwort auf die zu erwartenden Repressalien gegen die Linke nach der Schleyer-Entführung lud der dem Sozialistischen Büro nahestehende Frankfurter „club voltaire" für den 29. September zu einer Veranstaltung mit Abgeordneten und Mitgliedern von FDP und SPD ein. Titel der Veranstaltung: „*Verteidigt die Demokratie - gegen Polizeistaat und Terrorismus*"! Terror und Polizeistaat - dies scheinen die beiden Grundübel dieser Gesellschaft zu sein, die das SB in einem Atemzug nennt, und gegen die der Bürger gleichermaßen aufstehen soll, um die „demokratische Republik" BRD zu schützen.

Genau besehen scheint der „Terror" der „RAF" sogar das eigentlich Schlimmere von beiden Übeln zu sein, da dadurch erst die Gegenwelle staatlicher Repression ausgelöst würde.

So hieß es auch in der Erklärung des SBs, veröffentlicht am 13.9. in der „Frankfurter Rundschau": „... *Nichts aber hat so sehr dazu beigetragen, daß die Herrschenden den Spielraum für sozialistische Politik rasch beschneiden konnnten, wie die Morde der RAF. Mit wenigen Schüssen machte sie vieles zunichte, wofür wir jahrelang mühsam gekämpft haben.*"

Im Vergleich zur erstaunlichen Dynamik des SBs im Fall Schleyer (so haben ja auch „prominente" SB-Professoren dem bürgerlichen Staat versichert, den Kampf gegen die Gleichgültigkeit gegenüber dem Terrorismus an den Hochschulen anzutreten..) erscheinen die Versuche des SBs, Aktivitäten gegen diesen Staat zu entfalten, mehr als kümmerlich: In Frankfurt veranstaltete das SB am 24. September, am Tag der Kalkar-Demonstration, ein Straßenfest; die Polizeistaatsmanöver anläßlich dieser Demonstration haben bislang auch keine sichtbaren Reaktionen beim SB hervorgerufen...

Allerdings scheinen nicht alle im SB diesen Kurs mitfahren zu wollen: die geplante Veranstaltung mit SPD/FDP-Politikern wurde ein paar Stunden vorher zugunsten einer informellen Diskussion angesetzt.

Dazu verteilten einige SBler eine Erklärung: „*Über das Ziel der Veranstaltung bestand und besteht weiterhin Übereinstimmung... Die Mehrheit der Mitglieder der Programmgruppe des „club Voltaire" distanzierte sich aber von der Veranstaltungsankündigung auf dem Flugblatt und erklärte, daß sie aufgrund dieses Flugblatts die Veranstaltung nicht mehr mittragen könne. Dies bezieht sich vor allem auf das nach ihrer Meinung nicht ausreichend und differenziert genug dargestellte Motto: ‚Verteidigt die Demokratie und die Verfassung'. Die Demokratie und die Verfassung seien (?!) bereits heute in der BRD zum Teil amputiert und deformiert ...*"

Zweiter Grund für das Absetzen der Veranstaltung war die Weigerung der Minderheit in der Programmgruppe, Vertreter der Frankfurter Sponti-Zeitung „Pflasterstrand" einzuladen.

In der dann stattfindenden Diskussion erklärte die Minderheitsfraktion der Programmgruppe nochmals ihr Vorgehen:
In der BRD sei die Linke schwach, die Massen reaktionär, und wie wollten wir uns denn schützen, wenn wir nicht die liberale Öffentlichkeit auf unserer Seite hätten? Man stelle sich vor, es gäbe keinen „Spiegel" und keinen „Stern" mehr - wie würde es um den Schutz der Linken dann überhaupt noch stehen? Alleine sei die Linke zur Organisierung eines Widerstands nicht fähig.

Penetrant wurde versucht, den Widerspruch an der Frage aufzubauen, ob es nun richtig oder falsch sei, mit bürgerlichen Liberalen zu diskutieren oder mit ihnen Aktionseinheiten einzugehen. Ebenso penetrant wurde versucht, die ganze Angelegenheit als total unabhägig vom SB darzustellen. Von uns wurden erstmal verschiedene Fragen an die Organisatoren gestellt:

Erstens: Was bedeutet das Wort „Demokratie" im Verhältnis zur Realität dieses westdeutschen Staatsapparates, wo selbst Rechte oder bürgerlich Liberale im Ausland von faschistoiden Zuständen in der BRD reden? Was bedeutet der Appel „Verteidigt die Verfassung" - gerade aufgrund dieser Verfassung werden Berufsverote, Gewerkschaftausschlüsse usw. durchgezogen?

Zweitens: Weshalb sieht das SB seine Bündnispartner vorrangig in den bürgerlichen Parteien und nicht bei denjenigen, die am stärksten von diesem „Polizeistaat" betroffen sind?

Drittens: Was erhofft sich das SB, wenn es der bürgerlichen Presse „seinen Abscheu vor dem Kölner Attentat" versichert und dem bürgerlichen Staat beteuert, das SB habe überhaupt nichts gemeinsam mit den Leuten, die „sich klammheimlich freuen" - sondern im Gegenteil, es würde dagegen schärfstens vorgehen wollen?

Darauf antworteten die rechten SBler mit Pöbeleien gegen „die Linke" (sie zählen sich offenbar nicht mehr dazu?): die Linke würde „immer nur vom Sozialismus an und für sich" reden, würde sich einbilden, sie „verkörpere die Arbeiterklasse oder gar das Volk" - und sei eh so schwach (so schwach wohl, daß sie natürlich für das gewichtige SB als Gesprächspartner gar nicht erst in Frage kommt!). Die „RAF" wurde von ihnen als eine „rechte Gruppe" gekennzeichnet. Einige Leute beteten auch getreu die von der SPD aufgebrachte pseudolinke Behauptung nach, die „RAF" sei „faschistisch". Zusammengenommen mit dem Schwur auf die „Demokratie" des BRD-Staates ergibt dies zweifellos ein lupenreines sozialdemokratisches Bild.

Andere SBler, die sich für die Absetzung der Veranstaltung eingesetzt hatten, hielten sich in der Auseinandersetzung relativ zurück, was eigentlich sehr schade ist. Positiv war allerdings der Vorschlag einer Genossin, nochmals über diese Punkte zu diskutieren, und zwar mit allen Linken. Dieser Vorschlag wurde von sehr vielen unterstützt.

Wir versuchten in mehreren Beiträgen klar zu machen, daß es uns nicht darum ginge, die Beteiligung oder das Ansprechen von Liberalen zu verurteilen - im Gegenteil hätten wir z.B. immer bei antifaschistischen Aktionseinheiten oder auch bei anderen Anlässen (wie z.B. Russell-Tribunal) versucht, breitere Kreise einzubeziehen. Die Meinungsverschiedenheit ist aber, welche Politik man damit verfolgt und ob es (wie wir bestreiten) eine sich ausschließende Alternative ist, e n t w e d e r liberale Kreise anzusprechen o d e r eine Aktionseinheit der Linken zu suchen. Den Antikommunismus würde man jedenfalls nicht damit bekämpfen, indem wir sagen „ wir sind aber gar nicht so kommunistisch", oder indem wir selber Unvereinbarkeitsbeschlüsse innerhalb der Linken durchzusetzen versuchen. Diese Spaltung innerhalb der Linken ist genau eines der Ziele der gegenwärtigen Anti-„Terrorismus"-Kampagne.

Unsere Diskussionbeiträge sind bei vielen „ganz gut" angekommen, und wir werden uns dafür einsetzen, diese Diskussion in einem breiteren Rahmen in der nächsten Zeit fortzusetzen!

KB/Gruppe Frankfurt

Ein „Terrorpaket" jagt das andere

Neben dem Besuchsverbotsgesetz - doch mit weniger Aufsehen - gibt es einen wahren Hagel weiterer „Anti-Terror"-Entwürfe, -Programme, -Vorschläge etc., die zum Teil gerade die vor gar nicht langer Zeit in Kraft getretenen „Terror"-Gesetze ändern und verschärfen sollen. Dabei sind manche dieser Vorschläge ihrerseits bereits nach kurzer Zeit überholt. So ist z.B. die Verschärfung der Meldepflicht, die im Paket der Bundesregierung noch nicht vorgesehen war und von einer Reihe von SPD-Politikern damals abgelehnt wurde, 14 Tage später im Paket der SPD-Fraktion enthalten.

Folgende Pakete und Initiativen sind derzeit (Stand 1.10.) auf dem Markt:

Das **Terrorpaket der Bundesregierung vom 6.9.** (verabschiedet) beinhaltet diverse Änderungen der Strafprozeßordnung, durch die die Prozesse „konzentriert" und beschleunigt werden sollen, nämlich u.a. durch die Möglichkeit, Verfahren trotz Ablehnungsanträgen gegen Richter weiterlaufen zu lassen und Verstöße gegen die Zuständigkeits- und Besetzungsregelungen für die Gerichte weitgehend folgenlos zu machen. Ferner sollen die Voraussetzungen für den Verteidigerausschluß erweitert werden, sodaß es schon reichen soll, wenn „bestimmte Umstände den Verdacht begründen", daß der Anwalt durch den Kontakt mit dem Gefangenen komplizenhaft mit diesem zusammenarbeitet, Straftaten begeht oder die „Sicherheit der Anstalt" gefährdet.

Weiterhin sollen das Waffen- und das Kriegswaffenkontrollgesetz erweitert und verschärft werden und fälschungssichere KFZ-Kennzeichen ab 1.9.78 eingeführt werden.

Daneben gibt es noch weitergehende Terrorpakete der CDU/CSU und eines der SPD-Fraktion von Ende September („29-Punkte-Programm"), wobej in folgendem Übereinstimmung besteht: Das Versammlungsrecht soll in der Weise verschärft werden, daß zukünftig *„Gegenstände, die wie Waffen nutzbar sind"*, Maskierung, Bemalung sowie die *„passive Bewaffnung"* (Polsterungen, Schutz-Brillen) auf Demonstrationen verboten sind, also das, was u.a. in Kalkar schon praktiziert wurde. Das bundeseinheitliche Polizeigesetz soll inklusive Todesschußbefugnis schnell durchgezogen werden, wobei der SPD nicht nur die Verabschiedung wortgleicher Ländergesetze, sondern die Einführung eines echten Bundespolizeigesetzes vorschwebt. Dazu müßte dann das Grundgesetz hinsichtlich der Gesetzgebungskompetenzen geändert werden.

Ebenso soll ein bundeseinheitliches Meldegesetz mit Hotelmeldepflicht geschaffen werden.

Darüberhinaus will die SPD auch fälschungssichere Personalausweise und Führerscheine und eine Ausweiskontrollpflicht für die Autovermieter ihren Kunden gegenüber einführen. Bei Personen, die als „Terroristen" verdächtig sind, soll eine erweiterte Post- und Telefonüberwachung durch Änderung der Strafprozeßordnung ermöglicht werden. Das SPD-Paket beinhaltet daneben noch eine Reihe polizeiorganisatorischer und -technischer Maßnahmen in Banken und Flughäfen und hinsichtlich des Polizeifunks und der Einrichtung eines polizeieigenen Fernsprechnetzes. Das Bundeskriminalamt soll volle Exekutiv-(polizeiliche) Befugnisse und ein Weisungsrecht gegenüber den normalen Bullen und dem BGS erhalten. Die Polizei müsse personell erheblich verstärkt werden und besser international zusammenarbeiten. Eine Überwachung der mündlichen Verteidigergespräche lehnt die SPD zur Zeit noch ab und preist stattdessen den „erleichterten Verteidigerausschluß".

Die CDU gab am 29.9. durch ihren Vorsitzenden Kohl das folgende Forderungspaket bekannt:

1. Propaganda für verbotene Organisationen soll strafbar werden, auch wenn sie „über Vorgänge des Zeitgeschehens und der Geschichte" berichtet - also genau das, was der berüchtigte § 88a (noch) ausspart.
2. § 88a soll überhaupt durch einen neuen § 130a noch mal verschärft werden, in dem nun jede Art der „Gewaltbefürwortung und Anleitung zur Gewalt" bestraft werden soll, auch wenn es sich um ferne Länder mit ganz anderen Verhältnissen als der BRD handelt - also etwa wenn der Sturz des faschistischen Terrorregimes in Chile befürwortet wird!
3. Bestraft werden soll der Aufruf zu einer „verbotenen Demonstration" (siehe Brokdorf!).
4. Der „Kronzeuge" soll eingeführt (das heißt: nun auch im Gesetz verankert) werden; Gestalten wie Ruhland und Müller soll ganz offiziell ihr Lohn in Form von Strafnachlaß für Aussage-Dienste im Sinne des Staatsanwalts garantiert werden.
5. Waffendiebstahl soll in Zukunft immer als „schwerer Diebstahl" bestraft werden.
6. Die Strafprozeßordnung soll so umgebaut werden, daß jedermann samt aller Sachen, die er bei sich hat, einschließlich z.B. seines Autos, an jedem beliebigen Ort, der als „Kontrollstelle" deklariert wird, von der Polizei festgehalten, durchsucht und identifiziert werden kann.
7. Der Generalbundesanwalt soll „bei bedeutsamen terroristischen Straftaten" sofort beim Bundesgerichtshof Anklage erheben können - dies wäre dann die einzige (und letzte!) Instanz.
8. Gefangene, die die Nahrungsaufnahme verweigern, dürfen - nach diesen CDU/CSU-Plänen - nicht mehr zwangsweise ernährt werden; erst wenn sie das Bewußtsein verloren haben, soll die Ernährung wieder erlaubt, selbst dann aber nicht Pflicht sein.
9. Nur „friedliche" Demonstrationen sollen in Zukunft erlaubt sein - was heißt, daß „das Mitbringen von Gegenständen, die wie Waffen benutzt werden können" verboten wird. Dabei gehen die CDU/CSU-Träume noch über den Rahmen der „waffenähnlichen Gegenstände" der Kalkar-Demonstranten hinaus: Ausdrücklich wird auch das Verbot „passiver Bewaffnung" gefordert, d.h. von Polsterung, Maskierung, Bemalung usw.! CDU'ler Eyrich: „Für Karneval und ähnliches mehr sind Ausnahmen vorgesehen."
10. Bestimmungen über die „sichere Aufbewahrung von Waffen" sollen vom Bundes-Innenminister erlassen werden.
11. In Hotels und auf Campingplätzen soll die Ausweis-Pflicht wieder eingeführt werden. Wer verdächtigt wird, ins Ausland fliehen zu wollen, soll einen Vermerk in den Ausweis bekommen (Vielleicht einen sechszackigen, in Gelb?).
12. Vermieter sollen verpflichtet werden, sämtliche Mieter polizeilich zu melden.
13. Schließlich soll der „Musterentwurf für ein neues, einheitliches Polizeirecht" für die BRD verwirklicht werden - und dessen eines Kernstück ist bekanntlich die Legalisierung des polizeilichen Todesschusse (nach FR, 30.9.77).

Über diesen erschreckenden Katalog hinaus ist ständig von weiteren Forderungen für neue Pakete zu lesen, mit denen insbesondere CDU/CSU-Leute (u.a. Dregger und Stoltenberg) ihre perverse Phantasie hervorzukehren bemüht sind. Es ist da die Rede von der **Einführung einer Sicherungsverwahrung und prinzipieller Einzelhaft für „Terroristen", drastische Erhöhungen des Strafmaßes verschiedener Tatbestände, Todesstrafe, Einsatz der Bundeswehr (zum „Objektschutz") und Stillegung des gesamten Verkehrs in Städten, in denen sich ein „Terroranschlag" ereignet hat.**

In diesem Polizeistaat fehlt nur noch die Verhängung einer Ausgangssperre.

(Quellen: FR 23.9., 30.9.; SZ 30.9.; Spiegel Nr. 38)

IKAH Hamburg

Neuer „Fall Poensgen" in Bochum

Im Rundfunk und in der Presse („WAZ" vom 26.9.77) wurden die Namen von angeblichen Komplizen von K. Folkerts, der in Utrecht (Holland) nach einer Schießerei verhaftet wurde, bekanntgegeben. Eine Beteiligung wurde ausdrücklich den Bochumern Ursula R. und Dieter S. sowie der Holländerin Francisca S. vorgeworfen.

Mal ganz abgesehen davon, daß „Franziska" in Wirklichkeit Franz heißt und ein Mann ist: die drei befinden sich in Bochum, wo sie ganz öffentlich, für die Polizei sichtbar, auftreten. Auch am Tag der Schießerei befanden sie sich in Bochum, was der Staatsschutz auch weiß, da zumindest Ursula R. mehr oder weniger offen ständig bespitzelt wird. „Merkwürdigerweise" wurde Dieter S. auch bei einer Polizeikontrolle am 24.9., obwohl angeblich schon nach ihm gefahndet wurde, trotz Rückfrage in der Polizeizentrale, nicht verhaftet.

Alles in allem entsteht der Eindruck, daß es sich hier um eine gezielte Falschmeldung handelt. Kriminalisierung und Einschüchterung sollen offenbar eine Verhaftung vorbereiten, die, wie schon im Fall Eleonore Poensgen, sich auf nichts gründet.

Von den drei „Gesuchten" ist insbesondere Ursula R. bei der Betreuung der politischen Gefangenen aktiv. Speziell kümmert sie sich um die Gefangenen der „Stockholm"-Prozesse. Erste unangenehme Bekanntschaft mit der Polizei machte sie nach dem Anschlag auf Ponto. Bei einem Treffen der Arbeitsgruppe „Politische Gefangene" zum Russell-Tribunal wurde die Wohnung, in der sie mit anderen übernachtete, durchsucht. Ursula wurde vorgeworfen, den Aufenthaltsort von Susanne Albrecht und den Buback-Attentäter zu kennen. Nach erkennungsdienstlicher Behandlung wurde sie freigelassen und seither bespitzelt; das Telefon wird abgehört. Nach der Schleyer-Entführung wurden in ihrer Wohnung Unterlagen zum Russell-Tribunal, zur Irland-Solidarität und Presseerklärungen des Croissant-Büros beschlagnahmt.

Ursula R. und Dieter S. sind am Wochenende vor der Schießerei nach Holland gereist, um Kontakt zu dortigen Rote-Hilfe-Gruppen herzustellen und Verwandte von R. Augustin (in der BRD wegen RAF-Mitgliedschaft eingesperrter Holländer) zu besuchen. Bei ihrer Rückkehr wurden sie ca. 45 Minuten aufgehalten und gründlich durchsucht. Es muß dem Staatsschutz also auch von daher bekannt sein, daß sie an der Schießerei nicht beteiligt sein konnten.

Alle diese Informationen wurden auf einem Treffen zur Diskussion des Vorgehens der Linken bekanntgegeben. Als Gegenmaßnahmen wurden die Erstellung einer Presseerklärung und eines Flugblattes sowie die Durchführung einer Veranstaltung beschlossen. Auf der Veranstaltung will man sich insbesondere mit dem Verhältnis der Linken zur Stadtguerilla befassen.

Es wurde ferner vorgeschlagen, im Falle einer Verhaftung der drei „Beschuldigten" eine Selbstanzeigenkampagne zu starten, um zu zeigen, daß man entweder alle oder keinen einsperren muß. Aus diesem Vorschlag spricht u.E. schon eine ganze Menge Ratlosigkeit und Resignation, die wohl nicht zuletzt in der staatlichen Repression und in der „Distanzierungshysterie" vieler Linker ihre Ursache hat.

Ein offensives Vorgehen gegen die staatliche Repression durch Schaffung von Gegenöffentlichkeit wird von weiten Teilen der Linken leider kaum in Erwägung gezogen. Die Notwendigkeit von Unterstützung wird beschworen, aber nur wenig dafür getan, sie zu erhalten. So besteht die Gefahr, daß die Linken sich durch ihr Vorgehen noch weiter isolieren und der staatlichen Repression immer schutzloser ausgeliefert sind.

KB / Gruppe Bochum

Fortsetzung von Seite 7

linken Persönlichkeiten aus dem Umfeld des SB, von linken SPD'lern, von der DKP u.a. der Versuch unternommen, die *politische* Kritik am Terrorismus zu ersetzen durch eine *moralische* Verurteilung. An die Stelle der sozialistischen Positionen zur Frage der Gewalt und des Terrorismus, wie sie vor allem von *Lenin* entwickelt wurden, treten im besten Fall pazifistische und allgemeinmenschliche Positionen (Gewaltanwendung schlechthin sei inhuman usw.), im schlimmeren Fall sogar Positionen der „Verteidigung des Rechtsstaats". Im letzten Fall wird der Terrorismus nicht materialistisch als Produkt der gesellschaftlichen (Rechts-)Entwicklung erklärt, sondern umgekehrt die Rechtsentwicklung als Folge des Terrorismus hingestellt.

Gerade *weil* der gegenwärtige Angriff der Reaktion überhaupt nicht dem Terrorismus gilt, sondern jeder Form von „Systemkritik" und sozialem Engagement, ist die gegenwärtige Abgrenzungshysterie für die Linke ein gefährlicher Irrweg, der sie weiteren Erpressungen der Reaktion ausliefert. Gerade *weil* wir uns aufgrund objektiver gesellschaftlicher Entwicklungen auf lange Sicht mit dem Fortbestehen terroristischer Gruppen einrichten müssen, müssen Sozialisten die *politische* Auseinandersetzung mit dem Terrorismus führen.

Selbstzensur durch Verleumdungskampagne

Im Rahmen der Hetze nach der Schleyer-Entführung kommt es immer häufiger zur Absetzung von Theaterstücken von den Spielplänen. In Oldenburg wurde jetzt das Stück „Die Gerechten" von Camus abgesetzt. Das Stück erzählt die Geschichte der fünf Anarchisten, die 1905 das Attentat auf den Großfürsten Sergej planten und ausführten. Das Stück, das also eine Auseinandersetzung über den historischen Anarchismus behandelt, war in der Oldenburger Inszenierung nicht aktualisiert worden, sondern zeigte den historischen Modellfall. Für die Oldenburger „Nordwestzeitung" war die Inszenierung allerdings ein Stein des Anstoßes. In ihrer Kritik der Inszenierung wurde zu einer Kampagne dagegen aufgerufen. „,... *der Kritiker hat den Eindruck, daß eine bestimmte Gruppe unter den Oldenburger Theaterleuten ausprobiert, wie lange die Zuschauer sich diese Tendenz gefallen lassen, ohne zu protestieren.*" Prompt folgte eine Flut von — teilweise auch anonymen — Leserbriefen und Anrufen, die zum massiven Boykott aufriefen und sogar die Kündigung des Regisseurs foderten. Auch CDU-Abgeordnete machten sich für die Absetzung des Stückes stark, weil: „,... *der Terror unserer Tage nur der extreme Ausdruck jener marxistischen und 'emanzipatorischen' Ideologien ist, denen Sie in Ihrer Inszenierung einen so breiten Raum gewähren.*" Obwohl die nächsten Vorstellungen schon ausverkauft waren, denn die meisten Besucher wollten sich ein eigenes Urteil bilden, setzte die Theaterleitung das Stück (vorläufig?) ab. Auch der Betriebsrat und der Regisseur stimmten zu, nachdem ihnen von der Theaterleitung zugesagt worden war, sie werde zu der falschen Berichterstattung der „NWZ" Stellung nehmen. Zunächst einmal hat es aber die Regionalzeitung geschafft, durch Verleumdung die Freiheit der Kunst einzuschränken; und das Theater hat sich selbst zensiert, statt sich wenigstens seiner grundrechtlich verbrieften Freiheit zu vergewissern.

Kulturkommission

Rund um Schleyer — Der RECHTS-Staat in Aktion

NPD plädiert für Geiselmord

Daß der Nazi-Massenmörder Kappler und viele weitere seines Schlages in der BRD auf freiem Fuß leben können, hat offenbar bei der NPD jetzt die letzten Hemmungen fallenlassen, ganz offen die Forderung nach der Wiedereinführung des Geiselmords zu erheben. So fordert der Landesverband Schleswig-Holstein der NPD-Jugend-Organisation JN in einem Flugblatt, **„das Kriegsrecht für politische Gewalttaten anzuwenden"**, was nach Meinung dieser Nazi-Bande nur heißen kann, **„daß für jeden Ermordeten oder Entführten zehn Terroristen hingerichtet werden"**, ganz nach dem Vorbild Kapplers! *„Dies würde dem Spuk sicherlich sehr schnell ein Ende machen"* (JN). Frage: Spricht die JN nicht aus, was Strauß denkt?...

Bullenüberfall auf Kneipe in Heidelberg

Am 28. September gegen Mitternacht überfielen 5 Bullen mit MP bewaffnet in Heidelberg eine Kneipe. Kurze Personalausweiskontrolle, zwei ohne Ausweise wurden mit zur Wache geschleppt.

Als der Wirt im Anschluß den Grund erfahren wollte, hieß es, daß sich da Terroristen aufhalten sollten.

Nach Tel.-Bericht aus Heidelberg

Nazi-Bande droht Terror an

Wie der „extra-dienst" vom 30. 9.77 meldet, hat eine Organisation, die sich „Feme" nennt, Gewaltmaßnahmen gegen den „Kreis von RAF-Sympathisanten" angekündigt. Mit dieser Botschaft ist sie an verschiedene Geschäftsleute in Hessen herangetreten, um Geldspenden einzuholen. Als Adresse der „Feme" (der Name erinnert an die faschistischen Mordbanden nach dem ersten Weltkrieg) dient ein Postfach in Seligenstadt im Kreis Offenbach, das der SS-Nachfolgeorganisation HIAG gehören soll. Zwei Wochen vorher hatte schon die „NSDAP"-Bande um Lauck, Wübbels u. Co. ähnliche Drohschreiben versandt, in denen „Todesurteile" gegen Linke angekündigt wurden.

Polizeiüberfälle auf DKP- und VVN-Büros

Aufgrund angeblicher „anonymer Hinweise" wurden in Stuttgart das VVN-Büro sowie in Nordhorn die Wohnung des DKP-Kandidaten Hartmut Sychla von Polizei überfallen.

Mit MP stürmten die Polizisten in das Haus Sychlas, das von Bullenwagen abgeriegelt war. Angeblich sollte die Aktion mit der Entführung Schleyers zusammenhängen. Ein „verdächtiges Auto" (ein VW-Bus) entpuppte sich als der DKP-Wahlkampfbus.

Am 22.9. durchsuchten Polizisten das VVN -Büro in Stuttgart. Am Abend zuvor hatten angeblich gegen 22.30 anonyme „Passanten" drei junge Männer beobachtet, die einen älteren Mann in das Haus führten. Dabei könnte es sich ja um Schleyer gehandelt haben...

Erfolglose Mobilisierungsversuche der Reaktion

CDU, Kirche, Alt- und Neo-Nazis, sie alle wollen auf der Schleyer-Welle kräftig abkochen. Ihre Erfolge sind freilich bisher mäßig.

Am 23. September fand in Lüchow auf Iniative der CDU ein „Schweigemarsch zu Gedenken an die Opfer des Terrorismur" statt. Daß dabei auch Politik mit Blick auf die Auseinandersetzungen um geplante Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben (nahe Lüchow) gemacht werden sollte, war offensichtlich. Eine Gruppe von Linken und Liberalen verteilte dazu ein Flugblatt „An alle Sympathisanten der Toleranz", in dem sie dazu aufrief, sich an der Demo zu beteiligen und „gegen die reaktionären Forderungen der CDU (zu) demonstrieren". Es demonstrierten schließlich 50-60 Leute von der Rechten und 8-10 Linke und Liberale, u.a. mit der Parole „Todesstrafe? - Nein danke!".

In Braunschweig organisierte die vereinigte Reaktion am 24. September einen ähnlichen "Schweigemarsch gegen den Terror". In den Reihen der Schweigenden Minderheit zeigte sich viel Prominenz: 1 Oberstadtdirektor, 1 Bundestagsabgeordneter, 1 Landtagsabgeordneter, diverse Ratsherren, 1 Generalstaatsanwalt, 1 Polizeioberrat.

Domprediger Kraft hielt die abschliessende Ansprache, wobei er sich und die anderen Anwesenden "verpflichtete"," mit unseren Möglichkeiten dem Terror entgegenzutreten."

Denn: "Dieser Staat ist unser Staat". Angesichts der Aufmarschierten eine kaum zu bezweifelnde Äußerung!

Mit Wohlwollen sprach die Polizei von schätzungsweise 700 Teilnehmern. Die „Braunschweiger Zeitung" jedenfalls bezeichnete die Zahl der Demonstranten als „spärlich" und „deprimierend" (26.9.). Hocherfreulich!

Hausdurchsuchungen in Wolfsburg

Direkt nach der Entführung Schleyers wurden in Wolfsburg 5 Hausdurchsuchungen von der Polizei vorgenommen. Einige der Hausbewohner standen vor einigen Jahren im Zusammenhang mit der Gruppe um Ilse Bongartz. Dies allein reichte für die Hausdurchsuchungen aus und war für die Polizei willkommener Anlaß, um wieder einmal etwas genauer hinter die Kulissen der Betroffenen zu schauen. Bei der Hausdurchsuchung wurden die Bewohner in altbekannter Manier von den Bullen wie Kriminelle behandelt. Ihnen wurde mit Sprüchen gedroht wie: „Macht keine unvorsichtigen Bewegungen, sonst wird sofort geschossen". Bei allen Hausdurchsuchungen blieb der gewünschte Erfolg aus. Lediglich ein Wohnungsbesucher mußte für eine erkennungsdienstliche Behandlung mit aufs Revier, weil er keine Papiere dabei hatte.

KB Wolfsburg

Trotz Polizeistaats-Manöver

50 000 in Kalkar



Am frühen Abend des 24. September demonstrierten 50.000 AKW-Gegner aus dem In- und Ausland gegen den »Schnellen Brüter« in Kalkar. Viele tausend AKW-Gegner — insgesamt etwa 20.000 — waren aufgrund des massiven Polizei-Terrors in der Nacht vom 23. zum 24. September gegen die von außerhalb Anreisenden — insbesondere die norddeutschen AKW-Gegner — nicht mehr in der Lage, an dieser Demo teilzunehmen; sie hingen zu diesen Zeitpunkten entweder immer noch in den massiven Polizei-Sperren bzw. mußten inzwischen umkehren.

Diese Demo ist der bisher größte Mobilisierungs-Erfolg der westdeutschen AKW-Gegner. Er überbot alle bisher dagewesenen nationalen Groß-Kundgebungen in der BRD. Nach Kalkar waren sogar noch mehr Demonstranten gekommen (bzw. wollten kommen), als seinerzeit am 19. Februar nach Brokdorf und Itzehoe zusammengenommen. Dieser Erfolg ist dem zustandegekommenen breiten Bündnis von AKW-Gegnern unterschiedlichster politischer und ideologischer Grundrichtung geschuldet. Dieses breite Bündnis — vom KB bis zum WSL — hat sich, von einzelnen Schwachstellen abgesehen, am 24. September in Kalkar bewährt! Der großartige Mobilisierungs-Erfolg zeigt u.E. an, daß auf diesem Weg des solidarischen Zusammenstehens aller AKW-Gegner weitergegangen werden kann und muß.

Die Demonstranten haben sich nicht an das Demo-Verbot direkt am Bauplatz gehalten. Sie haben die hinter Kalkar befindlichen Polizeisperren umgangen und z.T. beseitigt. Sie haben gegen die polizeilichen Verordnungen und Verfügungen des Innenministers ihr Recht auf Demonstration direkt am Bauplatz wahrgenommen bzw. erkämpft. Der bewußten Durchbrechung des Demonstrations-Verbotes lief ein diesbezüglicher Beschluß der Demo-Leitung unmittelbar vor Ort voraus. Mit Ausnahme eines Grüppchens von etwa 500 Demonstranten — fast ausnahmslos Anhänger der DKP, sowie einige Jusos und »Falken« — haben alle Verbände, Organisationen und Bürgerinitiativen diesen Beschluß — Durchbrechung des Demoverbotes — bewußt mitgetragen und mit durchgeführt. Dies ist ein nicht zu unterschätzender politischer Erfolg, angesichts der bisherigen, eher »legalistischen« Haltung beim BBU, WSL u.a. Für die Masse der Demonstranten selbst war dieser Einbruch in die »illegale Zone« ein teilweise geradezu »berauschender« politisch-moralischer Erfolg, eine »innere Wiederaufrichtung« nach dem z.T. mehr als zehnstündigen Spießrutenlaufen zwischen entsicherten Maschinenpistolen, nach bewußt erniedrigenden »Durchsuchungen«, nach machtloser Hinnahme aller möglichen Bullen-Schikanen, Beleidigungen und Drohungen, nach den massiven Ohnmachtsgefühlen angesichts der auf jedermann gerichteten Läufe der Maschinenpistolen.

Die z.T. großartigen Erfolge im Zusammenhang mit der Kalkar-Aktion können und sollten aber nicht verdecken, daß der BRD-Staat eine neue Phase im Kampf gegen die weiterhin anschwellende Anti-AKW-Bewegung eingeleitet hat, und dies für alle AKW-Gegner einigermaßen überraschend, jedenfalls in dieser Form nicht vorhersehbar.

Die AKW-Befürworter haben gegen die Anti-AKW-Bewegung ein neues, ihr vorläöfig letztes Argument massenhaft ins Spiel gebracht: die geräuschvoll durchgeladene Maschinenpistole!

Die Anti-AKW-Bewegung war es bereits gewohnt, in diesem »liberalen Rechtsstaat« (Scheel) ihr Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit nur noch unter »erschwerten Bedingungen« wahrnehmen zu können. Die AKW-Gegner sind es gewohnt, ihre Großkundgebungen gewissermaßen inmitten von Tränengaswolken abhalten zu müssen. Sie sind es gewohnt, von knüppelschwingenden Polizei-Tausendschaften angegriffen, von Reiterstaffeln auseinandergetrieben, von abgerichteten Polizei-Hunden angefallen zu werden. Auf diese und andere »liberale Rechtsmittel«, die gewissermaßen als staatliche Zutaten zur Entfaltung demokratischer Massenbewegungen in diesem Staat üblich sind, waren die AKW-Gegner auch diesmal wieder eingestellt und — so gut es irgend ging — auch praktisch vorbereitet. Aber was macht ein AKW-Gegner gegen drei auf ihn gerichtete Mündungen entsicherter Maschinenpistolen?

Geplant hatten die AKW-Gegner für den 24. September eine f r i e d l i c h e Großkundgebung direkt am Bauplatz in Kalkar. Sie hatten einen Besetzungsversuch des Baugeländes von vornherein — v.a. wegen derzeitiger Aussichtslosigkeit — ausgeschlossen (ohne das prinzipielle Recht auf direkten Widerstand unter Einschluß einer Platzbesetzung preiszugeben). Sie waren allerdings gewillt, am Bauplatz und nicht anderswo ihren Protest zum Ausdruck zu bringen. Um den f r i e d l i c h e n Charakter der geplanten Massenkundgebung zu s i c h e r n, beschlossen die Organisatoren für einen d e f e n s i v e n Selbstschutz der Demo zu sorgen. Hierzu zählte ein eigener Sani-Dienst ebenso wie wetterfeste Kleidung (gegen Wasserwerfer etc.), Schutzhelme (gegen Polizeiknüppel u.a.), Gesichtsschutz (gegen Tränengas u.a. Chemikalien), sowie Schilde und Holzknüppel für den Flankenschutz der Demo, um diese gegen mögliche Polizeiangriffe und -provokationen ansatzweise schützen zu können. Auch wenn sich nicht alle Organisatoren aktiv am Aufbau des Selbstschutzes beteiligen wollten, wurde er doch allgemein (d.h. von allen) empfohlen bzw. akzeptiert.

Ausnahmslos alle Organisatoren, d.h. sowohl die Verbände der sog. »Gewaltfreien«, wie auch die unabhängigen Bürgerinitiativen und die sog. »K-Gruppen« (in diesem Fall ohnehin nur der KB und die »KPD«) haben sich auf diesen Kompromiß der politischen Vernunft und der optimalen Breite geeinigt. Dem Staatsapparat und besonders dem Innenministerium von NRW war dies bestens bekannt. Einmal, weil alle disbezüglichen Vorbereitungs-Diskussionen, Konferenzen, Veranstaltungen, Sitzungen der Demoleitung, des Verkehrsausschusses etc. pp. ö f f e n t l i c h stattfanden (und natürlich sorgsam von gewissen Staatsdiensten »observiert« wurden). Zweitens, weil der Staatsapparat nach wie vor nicht gerade schlechte Beziehungen zu bestimmten Teilen der Anti-AKW-Bewegung unterhält. Drittens, weil alle öffentlichen Aufrufe, Mitteilungen der Einzel-Verbände (auch die der bösen »K-Gruppen«) nichts anderes als diesen Kompromiß enthielten und ihn auch aktiv propagierten.

Trotz z.T. »zur Schau getragener Neugierde« und sogar »kritischer Ermahnung« durch Teile der bürgerlichen Presse, war NRW-Innenminister Hirsch (FDP!) vor der KalkarAktion nicht in der Lage, auch nur ein einziges »Indiz« der Öffentlichkeit dafür vorzulegen, daß in Kalkar mehr geplant sei, als eben diese friedliche Großkundgebung. Auch die tonnenweise Ausbeute der Polizei, die sie bei ihren sog. »Durchsuchungs«- und »Kontroll«aktionen machte (u.a. einige Zehntausend Schutzhelme, einige Tausend kleinere Holzknüpppel) brachte buchstäblich n i c h t s zutage, was auf andere, als die beschlossenen Absichten der AKW-Gegner hätte rückschließen können.

Die nachträglich von der Polizeiführung, Politikern und Presse aufgestellte dummdreiste Behauptung, das polizeiliche Beutegut (Helme, Holzknüppel etc.) würde »beweisen«, daß die ursprünglichen Absichten der AKW-Gegner andere als »friedliche« gewesen seien, ist ein einigermaßen bewundernswertes logisches Kunststückchen: Seit wann ist es möglich, mithilfe von Helmen, Holzknüppeln oder auch »Sägen« und »Beilen« ein AKW zu stürmen, das durch einen 2,5 Meter hohen Betonwall, sowie einen 5 Meter breiten und 2 Meter tiefen Wassergraben geschützt ist — von dem vieltausendköpfigen Polizeiaufgebot mit Panzerwagen, Wasserwerfern u.a. schwerem Gerät ganz zu schweigen (was im übrigen die »Sägen«, »Beile« und andere Kuriositäten, die die Polizei ebenfalls bei ihren »Durchsuchungs«-aktionen beschlagnahmt haben will, angeht, so kann seelenruhig davon ausgegangen werden, daß diese entweder reine polizeiliche Erfindungen sind, oder ansonsten irgendwelchen Handwerkern auf dem Weg zu ihrer Arbeit weggenommen worden sind — wie inzwischen z.T. selbst von der bürgerlichen Presse zugestanden wird (vergl. z.B. »Bild« vom 26.9.)

Die Berichterstattung der Massenmedien, die sich nach Kalkar einmal mehr »freiwillig« zu Propaganda-Organen der westdeutschen Polizei- und Bürgerkriegsführung erniedrigte, hat auch diesen Punkt peinlich — aber keineswegs undurchschaubar — zu umschiffen versucht und von »Tonnen waffenähnlicher (?) Gegenstände« geschwafelt, die von der Polizei erbeutet worden seien. Da wurden Puderdosen und Lippenstifte weiblicher AKW-Gegner als »gefährliche Wurfgeschosse« vorgestellt, eine stinknormale Farbsprühdose, die in Hamburg-Wandsbek erbeutet wurde, wurde als »Bombe« an die Presse weitergereicht etc. pp. Die gesetzlich vorgeschriebenen und von den Bullen zu Dutzenden aus PKWs erbeuteten Wagenheber wurden von der Polizei zu »Eisenstangen«, »eisernen Schlagwaffen« umfunktioniert. Die normalerweise in PKWs befindlichen 5-Liter-Benzinkanister (Ersatztank) wurden zu »Brandbomben«.

Was wurde wirklich beschlagnahmt?

Eine erste genauere Analyse der massiven Polizeieinsätze in der ganzen BRD (sowie der BGS-Einsätze sogar in Holland) belegen recht eindeutig, daß es der Polizeiführung auch gar nicht um Versuche ging, »weit im Vorfeld« der geplanten Großkundgebung »Gewalttäter« auszuschalten, einen möglichen Besetzungsversuch des Baugeländes durch vorzeitige Erbeutung des dazu notwendigen Materials zu verhindern.

Tatsächlich verfolgte die Polizei mit ihrem Großeinsatz ganz andere Ziele, nämlich:

1. Unmittelbar sollte verhindert werden, daß es den AKW-Gegnern nach den erfolgreichen Großaktionen von Wyhl, Brokdorf und Grohnde erneut gelingen würde, eine erfolgreiche Großaktion in Kalkar überhaupt zustandezubekommen. Die Tatsache, daß sämtliche PKWs und Busse im Schnitt fünfmal »gefilzt« wurden — in Extremfällen sogar bis zu zehnmal — und daß es bei den letzten »Filzungen« selbstverständlich auch nichts mehr zu beschlagnahmen gab, zeigt, daß es v.a. auf Verzögerung des Anmarsches, bzw. sogar dessen Verhinderung ankam. Erfolg dieser Polizeitaktik: Verzögerung der Demo um etwa 6 Stunden; etwa 20.000 Demonstranten konnten Kalkar nicht mehr rechtzeitig erreichen und blieben gezwungenermaßen der Demo fern. — Da erfolgreiche Großaktionen erfahrungsgemäß gute Voraussetzungen für Aufschwung und Verbreiterung der Bewegung — besonders in der betreffenden Region, in diesem Fall NRW — bieten, wollten die AKW-Befürworter mit Hilfe ihrer Polizei den gegenteiligen Effekt über ein Desaster am 24. September erreichen. Das ist ihnen in die Hose gegangen.

2. Der massive, mit teilweise unvorstellbarer Brutalität und in bisher nie dagewesenem Ausmaß vorgetragene Polizei-Einsatz, die tausend Schikanen, Einschüchterungen, Drohungen (scharf zu schießen) etc. pp. hatten das Ziel, Angst und Schrecken unter den AKW-Gegnern zu verbreiten, sollten zu Lähmung, Resignation und damit n a c h h a l t i g zur Schwächung führen.

Dieses Ziel der AKW-Betreiber ist zumindest teilweise aufgegangen und hat v.a. bei denjenigen AKW-Gegnern zu nicht zu unterschätzenden schlechten Stimmungen geführt, die trotz aller Anstrengungen garnicht bis Kalkar gekommen sind, die also die gesamte Polizei-Brutalität auskosten mußten, um dann — nach teilweise zwanzigstündigem Spießrutenlaufen — unverrichteter Dinge wieder umkehren mußten und die so um das nachträgliche Erfolgserlebnis der großen Massendemo gebracht wurden.

3. Die massiven Polizei-Einsätze, der wie selbstverständlich gehandhabte Einsatz von scharf geladenen Schnellfeuerwaffen, Panzerwagen etc. soll die AKW-Gegner in den Augen der Bevölkerung in die kriminelle, wahlweise terroristische Ecke stellen. Die Anti-AKW-Bewegung soll isoliert werden, ihr Widerstand gegen das Atomprogramm erscheint als ein kriminelles Unterfangen. Die Bevölkerung soll vom massiven Polizeieinsatz auf den Charakter der Bewegung zurückschließen, geleitet von der Hetzkampagne des regimetreuen Blätterwaldes.

Nachdem die AKW-Betreiber das Recht auf Bauplatzbesetzung bereits als verbrecherischen Akt, mittels der ihnen hörigen (und bezahlten) Presse und Politiker nicht ohne Erfolg in der Öffentlichkeit hinstellen konnten, soll jetzt selbst eine Kundgebung in unmittelbarer Nähe einer Atom-Baustelle verboten werden, weil — wie die AKW-Betreiber behaupten — generell ein Besetzungsversuch nicht auszuschließen sei. Die Bourgeoisie hat — wenn auch juristisch (noch?) nicht abgesichert — um AKWs und Atom-Baustellen faktische Bannmeilen gelegt.

4. Angesichts der angekündigten Großaktion und der erwarteten Anreise von AKW-Gegnern aus allen Himmelsrichtungen, bekam die westdeutsche Bürgerkriegsführung den für sie kaum bezahlbaren Vorwand für eine Großübung mit halbwegs »realistischem« Hintergrund. Die von Politikern und Massenmedien skrupellos angeheizte Stimmung soll vor der Bevölkerung den hemmungslosen Einsatz des polizeilichen Machtapparates legitimieren helfen. (Gewissermaßen unter der Hand wird die öffentliche Aufmerksamkeit vom politischen Ziel der Demonstration abgelenkt und die Berichterstattung vor, während und nach der Aktion auf das Niveau spannender Sportberichterstattung gebracht (»Wer wird gewinnen?«, »Greifen die Chaoten an?« etc.).

Bereits in der Vorbereitung der Demonstration hatte sich die knallharte polizeistaatliche Linie für den 24.9. angedeutet, nachdem alle Versuche der Spaltung der AKW-Gegner in »Gewalttäter« und »Friedliche« gescheitert waren. Insbesondere der Bereitschaft der Linken zu akzeptablen Kompromissen und einer flexiblen Bündnispolitik z.B. gegenüber dem BBU war es zu verdanken, daß diese Spaltungsversuche sich nicht durchsetzen konnten. Nach diesem Scheitern setzten Regierung und Polizei auf eine harte, kompromißlose Linie gegenüber den AKW-Gegnern insgesamt. Damit dokumentierte dieser Staat u.a., daß ihm die sogenannten »gewaltfreien« AKW-Gegner auch nur solange »recht und lieb« sind, wie er sie gegen die Militanten, insbesondere die Kommunisten unter ihnen, einsetzen kann. Unbeirrt wurde in der öffentlichen Propaganda ohne die Spur einer Beweisführung vor drohenden »Gewalttaten« und einer »Eskalation der Gewalt« gewarnt.

Konsequent war daher das Verbot der Demonstration auf der Wiese am Bauplatz. Nach den Demonstrationsverboten in Brokdorf am 19.2. und in Philippsburg am 18.9. der dritte Fall, der deutlich macht, daß in Zukunft Protestaktionen der AKW-Gegner am Bauplatz nicht mehr zugelassen werden sollen. Die Begründung für das Verbot war bereits eine Vorwegnahme des konkreten Vorgehens der Polizei, wenn auch die konkreten Maßnahmen und Beschlagnahmeaktionen noch weit darüber hinaus gingen. So wurden den Demonstranten Auflagen gemacht wie

- Verbot von Konvoi-Fahren der anreisenden Fahrzeuge
- Fahnen- und Transparentstangen nicht dicker als zwei Zentimeter und nicht länger als 1,50 m
- Verbot von Gesichtstüchern, Gasmasken und Schutzhelmen
- Verbot von Kraftfahrzeugen, Sanitätswagen und Lautsprecherwagen auf der Demo selbst.

Die Verbotsbegründung selber ist Ausdruck einer auf Lügen und Ver-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 9

drehungen aufgebauten »Beweis«führung.

Neben lächerlichen und absurden Vorwürfen (wie z.B. 2.000 »KP-Demonstranten« aus den Niederlanden wollten mit Motocross-Fahrzeugen über die Felder fahren«) ist sie auch Ausdruck einer krankhaften, in den Bereich des Schwachsinns reichenden Phantasie ihrer Verfasser:

- Hinter den erwarteten Polizeisperren sollten »Waffenverstecke« angelegt werden, mit denen die Polizei »von hinten« angegriffen werden sollte.
- *»Zur Ausrüstung einiger in Kalkar erwarteter Demonstranten* (*sollen*) *Brandsätze, Molotow-Cocktails und sogar Panzerfäuste gehören«*!

Derartige selbstgebastelte Begründungen sollen offensichtlich den massivsten Polizeieinsatz in der Geschichte der Bundesrepublik legitimieren. Es kennzeichnet den Abbau demokratischer Rechte in der BRD, daß eine solche Verbotsbegründung in zwei Instanzen vor dem Verwaltungsgericht bestätigt wurde! Auf einer solchen Grundlage war die Taktik des Staatsapparats in der Endphase der Demonstrationsvorbereitung auch nicht mehr sonderlich stark auf Spaltung ausgerichtet, sondern setzte auf Angst und Einschüchterung der Demonstranten.

Nordrhein-Westfalens SPD-Arbeitsminister Farthmann, der zum »linken« Flügel der Regierung gezählt wird, hatte vor der Demonstration hemmungslos die AKW-Gegner als »Polit-Kriminelle« beschimpft. Wer angesichts der »Beweise« für Gewalt am 24.9. trotzdem demonstrieren wollte, wurde als »Sympathisant von Gewalttätern oder Terroristen« bezeichnet. Unverhohlen drohte Farthmann: *»Das ,Gewaltpotential' des Staates sei ,millionenfach stärker, als das der Polit-Kriminellen'«*. Und: *»Unser Staat habe sich aber aus rechtsstaatlichen Gründen ... Selbstbindungen auferlegt, die ihn daran hinderten, seine Gewalt gegen innere Gegner voll einzusetzen. Diese Selbstbindung werde aber, wenn die AKW-Gegner weiter auf ihrer aktiven Gegnerschaft gegen das Atomprogramm bestehen, ,in Richtung auf weniger Freiheit, weniger Rechtsstaat und mehr Polizeistaat' aufgegeben«* (alle Zitate aus »Rheinische Post«, 21.9.). Am 24.9. bewies die SPD-Landesregierung, daß Farthmanns Worte nicht nur leere Drohungen, sondern brutale Realität sind. Damit offenbart sich auch eine neue Qualität in der Entwicklung der SPD-Politik. Macht sie sich doch mit diesen Worten und T a t e n die rechtsextremen Positionen des CDU/CSU-Strategen StrauSS zueigen, der bereits nach dem Ableben des früheren Generalbundesanwalts Buback die Anti-
nach dem Ableben des früheren Generalbundesanwalts Buback die Anti-
AKW-Bewegung voll mit in die Hetzjagd gegen »Terroristen« einbeziehen wollte: *»Wir kommen natürlich mit einem neuen Anlauf ... Man muß dabei die ganze Breite des politischen Verbrechens im Auge haben: Die Bürgerkriegsvorbereitungen und bürgerkriegsähnlichen Aktionen kürzlich in Grohnde gehören dazu«* (StrauSS in einem Interview mit der »Bild am Sonntag« vom 10.4.77).

Das heißt, bereits hier werden Tausende zu potentiellen Terroristen und Bürgerkriegern erklärt, die vielleicht mal am Brokdorfer oder Grohnder Bauzaun geschnippelt oder mitgezerrt haben. Wenn heute im Rahmen der »Terrorismus-Bekämpfung« größte Polizei- und BGS-Manöver (mit Straßensperren, Durchsuchungen etc.) veranstaltet und Gesetzesverschärfungen verschiedenster Art (z.T. in Eilverfahren) über die Bühne gebracht werden, so richtet sich das ganz direkt auch gegen die Anti-AKW-Bewegung.

Die Bourgeoisie schafft sich im Rahmen eines auf lange Sicht angelegten Plans die Voraussetzungen, um kommende Massenkämpfe der Arbeiter und Angestellten gewaltsam niederschlagen zu können. Unmittelbar hat schon heute die breite und z.T. militante Bewegung der Atomkraft-Gegner einen Teil dieser staatlichen Machtmittel zu spüren bekommen (wie jetzt zuletzt in Kalkar, davor in Brokdorf und Grohnde). Man muß sich darüber im Klaren sein und sich entsprechend vorbereiten, daß die Herrschenden auch den kommenden Kämpfen gegen AKWs mit dem Einsatz noch größerer Gewaltmittel begegnen und die weitere Kriminalisierung der AKW-Gegner betreiben werden.

Dänemark

OOA über Kalkar

Interview der Dänemark-Kommission des KB mit Siegfried Christiansen, Sekretär des Landessekretariats der OOA.

Wir möchten uns an dieser Stelle bei der OOA und bei Siegfried Christiansen sehr herzlich bedanken. Besonders solidarisch empfinden wir die Tatsache, daß dieses Interview auch ohne Scheu für eine kommunistische Presse gegeben wurde, was in der BRD angesichts der Hetze gegenüber „K-Gruppen", wie sie auch massiv angesichts der Kalkar-Aktion betrieben wurde , vielen bürgerlich-liberalen Kräften unmöglich erscheint.

Frage: Die OOA hat zur Teilnahme an der internationalen Demonstration gegen den Schnellen Brüter in Kalkar aufgerufen. Du bist zusammen mit anderen Mitgliedern der OOA dort gewesen. Wie würdest Du Deine Erfahrungen schildern?

S.C.: *Wir sind in einem Lübecker Bus mitgefahren. Wie es uns im einzelnen auf der Fahrt nach Kalkar ergangen ist, wurde ausführlich in „Information" (Anm., linksliberale Tageszeitung in Dänemark) geschildert. Man kann unsere Erfahrungen so zusammenfassen: in dem Moment, wo wir in Lübeck ankamen und in die Busse steigen wollten, um zu einer angemeldeten Demonstration zu fahren, mußten wir uns als festgenommen betrachten. Das heißt, es war eine absolute Einschränkung der persönlichen Freiheit durch die Polizei. Wir durften unseren Wagen nicht zum Parken fahren, die ganze Gruppe wurde durchsucht - und das mehrmals auf dem Weg nach Kalkar, Kontrollen und Durchsuchungen. Wir verstehen nicht, wie es möglich sein kann, daß die Polizei persönlichen Besitz als „defensive Waffen" beschlagnahmt und durch die ganzen Kontrollen Menschen, die von ihrem Demonstrationsrecht Gebrauch machen wollen, in den Augen der Öffentlichkeit als Schwerverbrecher dargestellt werden. Das Ganze war offensichtlich Schikane und zielte darauf ab, die Ankunft vieler Menschen in Kalkar stark zu verzögern. Zum anderen wurde so Druck auf die Busfahrer ausgeübt – der Zeitverlust war enorm, und die Fahrtenschreiber wurden von der Polizei kontrolliert.*

Frage: Wie bewertest Du diese Polizeiübergriffe auf die Demonstranten?

S.C.: *Die Polizeitaktik zielte darauf ab, die Busse nicht durchkommen zu lassen und die Demonstranten einzuschüchtern. Es ist eine unglaubliche Heuchelei, auf der einen Seite zu betonen, daß man ja Demonstrationsrecht und das Recht auf freie Meinungsäußerung habe, auf der anderen Seite durch solche Maßnahmen diese Rechte außer Kraft zu setzen. Diese Maßnahmen gehen jedoch nicht einfach auf das Konto der Polizei - natürlich müssen die Methoden der Polizei angegriffen werden -, sondern hauptverantwortlich sind die Länderregierungen und Bundesregierung, deren ausführendes Organ die Polizei ist. Man sollte die Handlungsweise dieser Politiker immer wieder deutlich herausstellen und die Bevölkerung damit konfrontieren. Das sind dieselben Politiker, die jetzt im Ausland herumreisen, um dort Verständnis und Solidarität, wie sie sagen, für ihre Maßnahmen gegen den Terror zu ernten. Sie reisen im Ausland umher, um den angeblichen Beschimpfungen der Deutschen und einem angeblich falschem Deutschenbild entgegenzutreten. Das ist auf dem Hintergrund der letzten Erfahrungen völlig unglaubwürdig.*

Es ist unglaublich, daß Durchsuchungen nach „Defensivwaffen" durchgeführt werden, ohne daß es dafür eine gesetzliche Grundlage gibt. Und es ist erschütternd, daß so eine Verbotspraxis angewandt wird und erst nachträglich ein entsprechendes Gesetz verabschiedet werden soll. So etwas gab es ja erst kürzlich mit der Einschränkung der Verteidigerrechte.

Bisher war die Parole der Anti-AKW-Bewegung „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!" Ich finde das ganz falsch. Es muß heißen „Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht!". Denn die erste Parole setzt einen Rechtsstaat mit anerkannten Rechtsnormen voraus, die von den Behörden gebrochen oder mißbraucht werden. In diesem Fall, der Anwendung polizeistaatlicher Aktionsformen, sieht das aber anders aus. Das ist das, was einen Polizeistaat letztendlich ausmachen würde, daß die Polizei die Normen für das „Recht" setzt.

Es bleibt die Frage: Wer sind eigentlich die Extremisten?

Es werden Leute angeklagt, weil sie militant und radikal seien. Ich habe aber noch keine Anklage gegen Beamte und Politiker gesehen wegen ihrer Militanz bei der Diffamierung von AKW-Gegnern.

Weil die Maßnahmen so extrem sind, muß man tatsächlich davon sprechen, daß die Extremisten bei den Behörden zu finden sind.

Frage: Du kennst die Berichterstattung der westdeutschen Presse zu Kalkar. Wir sprechen von Gleichschaltung der Presse, die nur noch staatlich verordnete Informationen bringt und kritische Stimmen nicht mehr zu Wort kommen läßt. Die Presse hat eine wesentliche Funktion erfüllt, die Kalkar-Demonstranten schon im Vorfeld der Demonstration zu krimininalisieren. Würdest Du Dich dieser Einschätzung anschlies–sen?

S.C.: *Die Skepsis gegenüber den Atomenergieplänen ist in der BRD außerordentlich groß. Die AKW-Befürworter sehen eine Möglichkeit, ihr Programm durchzubringen, darin, die Anti-AKW-Bewegung, die die Breite des Protestes in der Bevölkerung dokumentieren kann, in die Isolation zu treiben. Sie versuchen, dadurch Teile der Bevölkerung zur Distanzierung von der Anti-AKW-Bewegung zu bringen. Die Presse macht das mit. Ich würde da jedoch zwei Dinge unterscheiden und nicht ohne weiteres von Gleichschaltung sprechen. Da gibt es erstens das Monopol der Springerpresse, deren Berichterstattung jeder Beschreibung spottet (z.B. ein Toter in Kalkar als Schlagzeile). Diese Presse gibt den Ton an und macht die von den Behörden betriebene Kriminalisierung gern mit. Von dieser Presse wird die ganze Anti-AKW-Bewegung mit der Terroristen-Scene in einen Topf geworfen.*

Mit Hinweis auf die Terroristenbekämpfung werden Polizeimaßnahmen legitimiert. Die meisten der übrigen Zeitungen stehen wohl der SPD-Regierung sehr nahe, sie sind wohlwollend ihr gegenüber und bringen ihr genehme Informationen, was ja das Gleiche beim Rundfunk ist. Die Möglichkeiten einer unabhängigen Berichterstattung sind in der BRD offensichtlich sehr eingeschränkt.

Frage: Trotz Polizeistaatsmanövern war die Demonstration am 24.9. die größte einheitliche Aktion in der Geschichte der westdeutschen Anti-AKW-Bewegung. Wie beurteilst Du zusammenfassend diese Demonstration?

S.C.: *Diese Demonstration war ein Erfolg - insbesondere deswegen, weil die Einheit und Geschlossenheit trotz massiver Kriminalisierung bis zuletzt da war. Das war das Erfreulichste für uns überhaupt in Kalkar, daß sich die verschiedenen Strömungen trotz unterschiedlicher politischer und ideologischer Anschauungen auf ein gemeinsames Ziel und eine gemeinsame Aktionsform geeinigt haben. Darin würde ich auch für die kommende Zeit die wesentliche Aufgabe sehen. Das war jetzt schon eine große Leistung, da die Bemühungen der AKW-Befürworter ja nicht gering waren, diese Einheit zu brechen!*

Frage: Gab es bei Euch vorher Auseinandersetzungen, ob man nach Kalkar gehen soll, z.B, wegen dem Verbot, am Bauplatz zu demonstrieren?

S.C.: *Nein, überhaupt nicht. Wir waren die ganze Zeit auf dem Laufenden, hatten Kontakt zu den Holländern und den veranstaltenden westdeutschen Gruppen. Da das Bündnis hielt, war die Sache für uns sehr unproblematisch.*

Frage: Wie schätzt ihr jetzt die Lage nach Kalkar ein, die Möglichkeit neuer Großaktionen, die Arbeit in der Bevölkerung?

S.C.: *Ich möchte dazu nicht allzu viel sagen, da das immer problematisch ist vom Ausland her. Ich meine, daß an dem Recht festzuhalten ist, am Bauplatz zu demonstrieren und auch weiterhin Großaktionen durchgeführt werden sollten. Jedoch können mit solchen Aktionen nur Teile der Bevölkerung angesprochen werden. Man sollte auch versuchen, durch neue Aktionsformen die große Masse der Menschen anzusprechen, die sehr kritisch der Atomkraft gegenüberstehen, aber als AKW-Gegner noch nicht in Erscheinung getreten sind. Nach der Reihe der Großaktionen des letzten Jahres dürfte dies eine der vordringlichsten Aufgaben sein. Aus diesem Grund (Anm., Ansprechen der bisher noch nicht aktiven Menschen) sollte man vielleicht bei kommenden Großaktionen doch davon absehen, sog. Defensivwaffen mit sich zu führen.*

Frage: Ihr habt nach Kalkar aufgerufen, und Ihr habt in Eurer Zeitung „Atomkraft" immer großes Gewicht darauf gelegt, über den internationalen Kampf gegen Atomenergie zu berichten.

S.C.: *Ja, man kann sich gar nicht mit Atomenergie befassen und dagegen kämpfen, ohne den internationalen Charakter dieser Frage zu sehen. Das wird schon daran deutlich, daß auf dem Kontinent Uran abgebaut, vom anderen Kontinent Atomanlagen geliefert werden usw.*

Wenn wir in Dänemark keine Atomkraftwerke haben wollen, dann sind wir auch auf die Solidarität im Ausland angewiesen. Ich glaube, daß sich in der nächsten Zeit der internationale Kampf noch wesentlich verstärken wird. Dabei ist es aber besonders wichtig, daß bei einer gegenseitigen Unterstützung die Anti-AKW-Bewegung des betroffenen Landes einheitlich dasteht, weil es aus dem Ausland immer schlecht möglich ist, für die eine oder andere Fraktion Partei zu ergreifen.

Ich glaube ganz sicher, daß die internationalen Aktionen der letzten Zeit – Malville, Barsebäck, Kalkar – nur der Anfang waren!

• • •

S. Christiansens Festnahme nach der Kalkar-Aktion

Auf der Rückfahrt von Kalkar wurde der 1.Sekretär der OOA/Dänemark, Siegfried Christansen an der deutsch/dänischen Grenze festgenommen.

Er wurde auf der westdeutschen Seite von Polizisten aus dem Zug geholt. Als er sich anfangs weigerte mitzugehen, weil keine Begründung genannt wurde, kamen die Bullen gleich mit Handschellen an. Er wurde für eine Stunde festgenommen. Seine Personalien wurden an das BKA durchgegeben und überprüft – die eines Dänen! Als „Begründung" wurde ihm später genannt, daß sich jemand anders unter seinem Namen verstecken würde, der gesucht wird! Deshalb müßten sie seine Identität feststellen. Nachforschungen in dieser Sache würden international, auch in Dänemark betrieben.

Dänemark-Kommission/KB-Gruppe Flensburg



Am 28. September folgten mehr als 3.000 Hamburger AKW-Gegner dem Aufruf der BUU zu einer Protestdemonstration gegen den polizeistaatlichen Terror vom voraufgegangenen Wochenende in und um Kalkar.

Frankreich: Mobilisierung und erste Stellungnahme zur Kalkar-Demo

Man erinnert sich an die hysterische antideutsche Kampagne, die im Zusammenhang mit der Malville - Demonstration von der französischen Regierung initiiert wurde. Sie gipfelte damals in dem Vergleich von Anti - AKW - Demonstranten mit den Nazis (die „gleiche Gier nach Brutalität" ...). Entsprechend werteten die französischen bürgerlichen Zeitungen die Malville - Demonstration aus: Es wären „deutsche (westdeutsche) Kommandos" gewesen, die die nationale Polizei angegriffen hätten. Malville war auch die erste Anti - AKW - Demonstration mit einer organisierten internationalen Beteiligung: diese zwei Punkte sind bedeutend für die Einschätzung der französischen Beteiligung an der Kalkar - Demonstration.

Stellungnahmen vor Kalkar

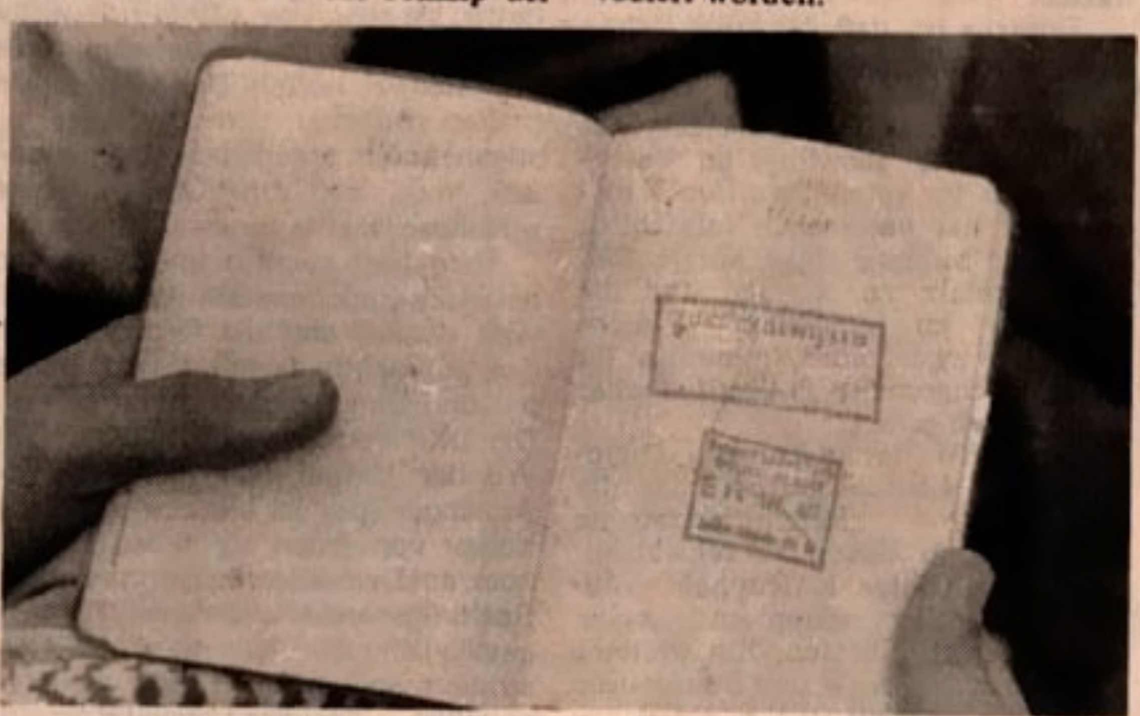
Unmittelbar nach der Malville - Demonstration wurden zur Mobilisierung nach Kalkar die ersten Aufrufe veröffentlicht. So endete die vorläufige und erste Bilanz der Malville - Komitees mit einem Appell, sich am 24. September wieder in Kalkar zu treffen; auf dem großen Treffen im Larzac wurde abermals dazu aufgerufen, und immer wieder betont, daß nach dieser antideutschen Hetze jetzt erst recht die Solidarität zwischen französischen und westdeutschen AKW-Gegnern propagiert werden müsse.

Letztendlich riefen nach Kalkar auf: PSU,LCR, OCT, MAN (die französischen „Gewaltlosen"), Malville - Komitees, Liberation sowie unzählige lokale und regionale Initiativen. Gekommen sind ca. 2000 französische AKW-Gegner. -

Es wurden auch Mobilisierungs-Veranstaltungen organisiert, darunter auch zwei, zu denen der KB miteingeladen wurde (Paris und Straßburg). Auf diesen zwei Veranstaltungen mit jeweils 100 und 300 Teilnehmern wurden vor allem die Lehren und Fragen, die sich nach Malville stellen, diskutiert. Während auf der Straßburger Veranstaltung, die gemeinsam von OCT und KB getragen wurde, vor allem die „Gewaltlosen" eingriffen und Einzelaktionen, Strompreisboykott etc. propagierten, beteiligten sich auf der Pariser Veranstaltung (wozu OCT,PSU,MAN,Autonome und Malville – Komitee aufgerufen hatten) vor allem die Autonomen, die sich insbesondere Sorgen um das militante Vorgehen machten (ob man in Kalkar auch militant genug vorgehen würde ...). Gerade weil auf beiden Veranstaltungen eine sehr große Angst wegen der Ereignisse in Malville zu spüren war, wird der Erfolg der Kalkar - Demonstration für die Zukunft der französischen Anti-AKW – Bewegung eine zweifellos wichtige Rolle spielen.

Darüberhinaus veröffentlichte die französische Tageszeitung „Liberation" in den Tagen vor dem 24.September jeden Tag Berichte und Kommentare zu Kalkar.Die trotzkistische Tageszeitung „Rouge" (LCR) brachte Artikel über die Entwicklung der Anti - AKW - Bewegung in der BRD - allerdings mit einer recht eigentümlichen „Objektivität".

So steht z.B. in der Ausgabe vom 21.September, sämtliche BIs in der BRD seien im BBU zusammengefaßt und hätten sich auf das Prinzip der „Gewaltlosigkeit" quasi mehrheitlich geeinigt! Weiter wird von den zwei Demonstrationen Brokdorf/Itzehoe gesprochen:„*Es gab zwei Demos: eine am Bauplatz mit dem KB, eine andere in Itzehoe. Unsere Genossen der GIM hatten nach Itzehoe aufgerufen, ohne dabei die Politik der BIs zu unterstützen und prinzipiell für Gewaltlosigkeit zu sein ...*".Ferner wird dort gelogen, daß vor kurzem erneut (?!) die Taktik des KB „einer offensiven Konfrontation" in Grohnde gescheitert sei.Dadurch sei eine Isolierung der Linken und ein Rückgang in der Mobilisierungskraft provoziert worden.



Französische AKW-Gegner wurden auf dem Weg nach Kalkar an der deutschen Grenze zurückgewiesen.

Nach Kalkar

Die Berichterstattung nach Kalkar in der französischen Presse ist einmütig: Kalkar war ein riesiger Erfolg. „Rouge" (LCR) schreibt: „*Kein einziges Mal war die Demonstrationsleitung die Kontrolle über die Demo verloren ... Kein einziges Mal wurde die Entschlossenheit und die Einheit der Demonstranten ernsthaft bedroht. Diese Demonstration bedeutet einen großen Schritt nach vorne, im Vergleich zu Brokdorf , Grohnde und Malville: es war die massivste, die breiteste Aktionseinheit, die jemals zustande gekommen ist ...*" Eins bedauert die LCR: die Abwesenheit „der Gewerkschaften". Auch wird festgestellt, daß der KB unterrepräsentiert war angesichts seines Einflusses in den BIs in Norddeutschland. Die wesentlichen Lehren von Kalkar sind für die LCR die Demonstration, daß Differenzen überwindbar sind - allerdings, nach Meinung der LCR, zugunsten der „Gewaltlosen".

Doch offensichtlich meint die LCR, daß Kalkar ein Schritt in Richtung ihrer eigenen Vorstellungen vom Anti - AKW - Kampf gewesen sei. „*Der Erfolg von Kalkar hat die pseudo - radikalen Theorien der ‚offensiven Konfrontation' zerschmettert*", die Existenz dieser „*radikalen Theorien*" sei - so LCR - für das „Scheitern"(?) der Demonstrationen von Grohnde und Malville verantwortlich gewesen („Rouge", 26.9.77).Zumindest was die Großaktionen in der BRD anbelangt, fällt die LCR damit noch hinter große Teile der gewaltfreien AKW - Gegner zurück, die im Kalkar - Aufruf die Demonstration am Schnellen Brüter bewußt in die Reihe der Demonstrationen in Brokdorf und Grohnde gestellt hatten.

Die OCT betonte in einer Stellungnahme ebenso den „*riesigen Erfolg der Kalkar - Demonstration, trotz der gesamten Polizeistaatsmanöver*" und begrüßte die Solidarität zwischen „*französischen und westdeutschen AKW-Gegnern, die nach Malville sich jetzt in Kalkar weiter gefestigt hat*" (Erklärung der Leitung der OCT, 25.9.77).

Die Malville - Komitees unterstrichen in einer ersten Erklärung ihre Unterstützung der westdeutschen Anti-AKW-Bewegung und beglückwünschten zum erfolgreichen Ablauf der Kalkar - Demonstration.

In „Liberation" vom 27.9.77 wird auf die „*erstaunliche Stärke einer Demonstration hingewiesen,die trotz Hysterie und Paranoia, 60.000 Menschen am Bauplatz versammeln konnte. ... Viele fragten sich, ob man in der BRD überhaupt noch was machen könnte, ob man nicht nur die Wahl hätte zwischen einer Wohngemeinschaftsidylle, weit ab von den Massen, und dem Untergrund, bzw. Stadtguerilla. ... Der Erfolg der Kalkar-Demonstration ist sowas wie frische Luft in dieser Landschaft. Natürlich ist der Spielraum in der BRD nach wie vor eng, und die Wirksamkeit der Polizei ist erschreckend, vor allem um so erschreckender, als sie von einem großen Teil der Bevölkerung akzeptiert wird - die Kalkar-Demonstration war ein Erfolg - und eine Art psychologischer Sieg*".

Erstaunlich ist der erste Bericht in „Le Monde" (27.9.77): dort wird quasi kein Wort gesagt über das was „Libe" als „*die größte Durchsuchungsaktion Europas*" nennt. Da wird der Eindruck eines gemütlichen Treffens vermittelt: „*Ein herzlicher Dialog wird zwischen Polizisten und Demonstranten beginnen*". Nach „Beobachtungen" des Journalisten von „Le Monde" hättendie Bullen „*höflich und teilweise sogar gut gelaunt*" ihre Kontrollen durchgeführt: soll das die Antwort auf die Reaktionen der westdeutschen Presse auf die sogenannte „antideutsche Kampagne" sein?

Insgesamt wird die erfolgreiche Durchführung der Kalkar-Demonstration, trotz unglaublicher Hindernisse durch den Polizeiapparat, die Diskussion in der französischen Anti-AKW-Bewegung nach Malville wieder neu beleben: denn Kalkar hat gezeigt, daß wir durchaus in der Lage sind, weiterhin Großdemonstrationen vor den Bauplätzen durchzuführen (was vielfach in Frankreich nach Malville in Frage gestellt worden war).

Frankreich-Kommission

Unerhörte Auflagen
gegen französische AKW-Gegner

Nachdem er sich bereits durch drei Anti-AKW-Aufkleber an seinem Auto und Anti-AKW-Zeitschriften auf dem Rücksitz „verdächtig" gemacht hatte, stellten westdeutsche Grenzbullen das Auto eines Straßburger AKW-Gegners auf den Kopf. Dabei beschlagnahmten sie sechs Helme, die ihm von Freunden, die zu Fuß über die Grenze gingen, mitgegeben worden waren, und zwei Gasmasken. Besonderen Argwohn der Bullen erregten jedoch eine Plastikflasche mit Wasser, Aktiv-Kohle-Tabletten, Watte und vor allem eine Flasche Frostschutzmittel . Sie machten dann die absurde Gleichung auf: Plastikflasche, Watte, Aktivkohle plus Frostschutzmittel = „Molotow-Cocktail"!

Wie ein gefährlicher Schwerverbrecher wurde Francois sofort in Handschellen abgeführt! Im anschließenden Verhör, in dem sich der Bulle als Agent von „Interpol" vorstellte, wurde er brutal bedroht: „*Wenn du nicht reden willst, dann wirst du schon sehen! Morgen sind wir auf einer Wache, und da wird es keine Zeugen geben.*" Er wurde noch am Abend in die Wache in Kehl gebracht, wo er die Nacht verbrachte; dann nach Offenburg, wo er am Samstagmittag dem Haftrichter vorgeführt wurde. Dieser teilte ihm mit, daß er wegen Besitz eines „Molotow-Cocktails" angeklagt wird und auf Kaution freigelassen werden kann. Auf seine Nachfrage hin sagte man ihm zu, daß er vom Knast aus Kontakt mit seiner Familie und einem Anwalt aufnehmen könne. Nichtssagende Versprechungen! Denn erst nachdem er das ganze Wochenende über wegen ein paar lächerlicher Gegenstände in der Zelle verbracht hatte, bekamen die Freunde Francois am Montagmorgen eine Nachricht von ihm. Auch das war nur möglich, weil ihn ein westdeutscher Anwalt besucht hatte. In aller Eile wurden die 1.500,– DM Kaution gesammelt, und am Montagabend wurde Francois endlich freigelassen! SeineStraßburger Freunde werfen dem westdeutschen Staat sehr zutreffen „bewaffnete Geiselnahme zur Erpressung eines Lösegeldes" vor.

In ca. drei Monaten soll Francois der Prozess gemacht werden, die Anklageschrift wirft ihm neben dem berüchtigten „Mollie", dem Besitz von Öl-Flaschen und Gasmasken unverschämterweise auch noch den Besitz von Anti-AKW-Literatur vor!

Da das Geld für die Kaution sowie die voraussichtlichen Prozesskosten gesammelt werden muß, haben die Staßburger AKW-Gegner das folgende Solidaritätskonto eingerichtet:
Konto-Nr.: 103 206 02 904 bei SOGENAL Agence H. Straßburg-Meinau

Frankreich Kommission

Klage der Familie von Vital Michalon

Die Familie von Vital Michalon, der auf der Demonstration gegen den Super-Phönix in Malville Ende Juli durch den massiven Handgranateneinsatz der Bullen getötet worden ist, hat am 7. September folgende Presse-Erklärung abgegeben:

»*Ein Monat ist vergangen, seitdem Vital tot ist und Menschen verstümmelt worden sind. Wir wollen nicht, daß dieser Tod und diese Verletzungen umsonst waren. Es gibt also eine Forderung, das ist die nach der Wahrheit. In unserem Namen [...] ist Klage gegen Unbekannt erhoben worden. Und von nun an werden wir alle unsere Anstrengungen der restlosen Aufhellung der Wahrheit widmen.*« (»Liberation«, 7.9.77) Nach seinem Tod hatte die Familie von Vital Michalon es ausdrücklich abgelehnt, aus seiner Beerdigung eine Protestdemonstration der AKW-Gegner zu machen und sich dagegen gewandt, aus Vital »einen Märtyrer des Anti-AKW-Kampfes« zu machen. Sie sind sehr religiös und hatten nach der Ermordung ihres Sohnes zur allgemeinen »Besinnung« aufgerufen und erklärt, daß die Verantwortung auf beiden Seiten liege. Im Gegensatz zu Michel Grandjean und Manfred Schulte, die durch den Einsatz der Handgranaten verstümmelt worden sind und Klage gegen den Innenminister und den für den brutalen Polizeieinsatz verantwortlichen Präfekten Jannin (weithin Jannin - Assasin = Jannin - Mörder genannt) erhoben haben, haben sie auch nur gegen „Unbekannt" geklagt. (Das übrigens auch bereits am 8. August, sie wollten jedoch eine Beruhigung der Situation abwarten, ehe sie eine öffentliche Mitteilung ihrer Klage machten.)

Ihre Forderung nach Aufklärung der Ermordung Vitals sowie deren Unterstreichung durch eine Klage wird eine wichtige Unterstützung für den Prozeß gegen die verantwortlichen Politiker sein, der von den Malville-Unterstützungskomitees in Frankreich zu einer breiten Kampagne für das Verbot der Offensivgranaten genutzt werden soll.

Offener Brief von Michel Grandjean an die „Union de la Gauche" und Giscard d' Estaing

Michel Grandjean hatte die Parteiführer der »Vereinigten Linken« aufgefordert, die Forderung nach Verbot der Offensivgranaten zu unterstützen. Von PS und PC hat er bis heute keine Antwort bekommen ... Die »Radicaux de Gauche«, eine kleine und im Bündnis nicht ins Gewicht fallende Partei der rechten Liberalen, haben ihm ihre Unterstützung zugesichert und wollen das Verbot im Parlament beantragen.

Giscard d'Estaing erhielt auf seine Ankündigung hin, einen Beirat einzurichten, in dem Ökologisten und Politiker »offen« und gemeinsam über die Probleme der Atomenergie diskutieren sollen, einen offenen Brief von Michel. In diesem schreibt er, er sei zwar kein Umweltschutzexperte, aber mittlerweile ein Experte in Fragen der Offensivgranate und würde sich mit dem Präsidenten gern persönlich über deren Verbot unterhalten. Daraufhin erhielt Michel einen Anruf von einem der Berater des Präsidenten, der für das Schreiben dankte und davon sprach, Giscard sei »sehr bewegt«. Außer dieser zu nichts verpflichtenden Floskel hatte der Präsident jedoch nichts Konkretes mitzuteilen. Man darf gespannt sein, wie weit seine »Bewegtheit« reicht, falls es wirklich dazu kommen sollte, daß die »Radicaux de Gauche« das Verbot der Offensivgranate im Parlament beantragen ...

Alle Malville-Verurteilten wieder frei

Am 26.9. wurden die drei letzen Inhaftierten, Lucien Mons und die beiden Westdeutschen, R. Müller und L. Bechtloff, verzeitig entlassen - sie waren in Bourgoin zu sechs Monaten Knast verurteilt worden. Mons muß sich noch 3 Monate zur Kontrolle seines weiteren Verhaltens in Grenoble aufhalten, die beiden westdeutschen AKW-Gegner dürfen Frankreich nicht mehr betreten.

Frankreich-Kommission

Leserbrief OCT

Wie viele andere französische Genossen habe ich an der Demonstration gegen den Schnellen Brüter in Kalkar teilgenommen. Das erschreckende Zurschaustellen des westdeutschen Polizeiapparats auf der Fahrt bis nach Kalkar hat nicht unsere Kampfbereitschaft schwächen können, sondern hat im Gegenteil unsere Entschlossenheit gegen dieses Regime zu kämpfen, das die Kapitalistenklasse für uns in Frankreich ebenso wie in der BRD vorbereiten, noch verstärkt. Ob es der „Parisien Libere" ist oder die Bildzeitung, es ist die gleiche Hetze, mit der die Herrschenden unserer beiden Länder die Anti-AKW-Bewegung kriminalisieren wollen.

Höflich und sogar gut gelaunt führten die Polizisten die Kontrollen durch. Die Einwohner von Kalkar hielten sich versteckt. Es ist nicht die FAZ, die eine solche Beschreibung macht, sondern „Le Monde" – wahrscheinlich ein erster Erfolg des Druckausübens der westdeutschen Regierung gegen die angebliche Anti-Deutsche-Kampagne in Frankreich. Der Erfolg der Kalkar-Demonstration ist für uns alle in Frankreich eine große Ermutigung, gerade wenn man bedenkt, unter welchen Umständen und in welcher politischen Situation sie in der BRD stattgefunden hat.

Gegen die Kriminalisierungsversuche der Anti-AKW-Bewegung und angesichts der Bürgerkriegsmanöver der westdeutschen Polizei müssen wir die Terroristen, die uns auf der Fahrt nach Kalkar mit MP's kontrolliert haben, die politische Gefangene ermorden, ganz klar anklagen; wir müssen vor allem die internationale Anti-AKW-Bewegung vorantreiben und insbesondere gegenüber unseren westdeutschen Genossen eine breite Solidaritätsbewegung in ganz Westeuropa initiieren. Denn sie kämpfen unter ungleich schwereren Bedingungen als wir in Frankreich und ihr Kampf ist auch unser Kampf. Ich möchte mich hier im Namen sehr vieler französischer Genossen nicht nur von meiner Organisation bei den KB-Genossen bedanken, die uns durch ihre Herangehensweise ermöglicht haben, ein gleichberechtigter Bestandteil der Demonstration von Kalkar zu sein. Wir werden noch öfter Gelegenheit haben, gemeinsam zu rufen: „Gegen das Atomeuropa, gegen das Polizeieuropa – einheitlicher Widerstand ohne Grenzen".

„Contre L'Europe policiere, contre l'Europe nucleaire – riposte unitaire et sans frontieres!"

Ein Genosse der OCT (Organisation Communiste des Travailleurs)

Die Linken zu Kalkar

Während „KPD" und KAB„D" im wesentlichen korrekt und der Bedeutung der Aktionen angemessen in ihren Zeitungen (beides „Rote Fahne") über die Aktion berichteten, das SB sich wie üblich ausschwieg, SPD und DGB hauptsächlich den Polizei-Terror legitimiert haben, hat die „KPD/ML" jetzt offenbar halb-offiziell ihr unwiderrrufliches Ausscheiden aus der Anti-AKW-Bewegung in der ihr eigenen Weise bekanntgegeben. Besonders unangenehm ist die Berichterstattung bei DKP und KBW aufgefallen.

„KPD/ML"

Der „Rote Morgen" (30.9.) stellt in blumiger Sprache mit dürftigen Fakten den Polizeiterror am 24.9. dar, wobei so getan wird, als richtete sich diese massive Aktion gar nicht gegen die geplante Demo in Kalkar, sondern willkürlich vielmehr gegen „tausende von Werktätigen" auf ihrem normalen Weg zur Arbeit. „*Dabei versuchte sie* (die Polizei – Anm. AK) *die Tatsache auszunutzen, daß zwar* (!!) *die Werktätigen in der Regel* (?) *den Kampf gegen die Atomkraftwerke unterstützen, ihre Empörung über die Skrupellosigkeit, mit der die Kapitalisten hier auf dem Rücken der Werktätigen ihren Profit machen wollen, sehr groß ist, auf der anderen Seite aber auch die Ablehnung solcher Demonstrationen kleinbürgerlicher Prägung* (!), *wie in Kalkar, Grohnde usw. wächst*". – Über die Aktion in Kalkar berichtet der „Tote Morgen" buchstäblich mit keinem Wort.

Die „KPD/ML" ist praktisch nach der zweiten Brokdorfer Großaktion aus der Anti-AKW-Bewegung ausgestiegen, weil sie in dieser Bewegung wegen der extremen politischen Schwäche ihrer Kader keinen Blumentopf gewinnen konnte und E. Aust um den sorgsam gehegten (und isolierten) kümmerlichen Rest seiner „Avantgarde" ernstlich fürchten mußte. Trotzdem hatte „die Partei" versucht, sich noch die dritte Brokdorf-Großaktion an die Heldenbrust zu heften. Sei's drum. – Nun jedenfalls, d.h. konkret nach Ausscheiden „der Partei", ist die Bewegung „kleinbürgerlich" und die „Ablehnung" „d e r Werktätigen" „wächst".

KBW

Der KBW, immer vorn, wenn es um den „Zusammenschluß der Volksmassen" geht, berichtet in seiner „KVZ" („Komische Volks-Zeitung", 26.9.) auf insgesamt 20 (in Worten: zwanzig) Zeilen einer Bildunterschrift über 30.000 (?) Demonstranten in Kalkar. Dazu zeigt das Foto einen Ausschnitt der Kundgebung vom Kalkar-Marktplatz – natürlich den, auf dem sich der Träger einer großen Fahne, Aufschrift: „*KBW – Regionalkomitee*", befand. Im Text heißt es, daß sich die KBW-NRW-Bezirke an der Demo beteiligt hätten.

Tatsache ist, daß der KBW sich in der Vorbereitung der Aktion dagegen ausgesprochen hat, dann in NRW wenige Tage vorher umgeschwenkt ist, ohne sich allerdings an Vorbereitungen zu beteiligen. Der KBW-Sprecher hat dann auch tatsächlich ein- oder zweimal dazu aufgerufen, den Bauplatz zu stürmen und die „Festung" zu „schleifen" – nicht sehr laut zwar, aber immerhin für einige hochgestellte Polizei-Lauscher vernehmlich genug.

Der KBW hat genau das Trüppchen von Leuten gestellt, das die bürgerliche „Bericht"erstattung brauchte, um davon zu schwätzen, daß „gewalttätige K-Gruppen" vollkommen isoliert wären und „keine Rolle gespielt" hätten. Ein weiteres Mal haben sich KBW und Bourgeoisie die Bälle zugespielt.

Dem Mini-Bericht über Kalkar steht ein pompös aufgemachter Artikel über eine Mini-Demo des KBW in der Wilster Marsch („Propaganda-Marsch") gegenüber. Neben Schwachsinn gegen den „KB-Nord" wird auch gegen den nationalen und internationalen Charakter von Großaktionen insgesamt gestänkert: „*Nichts spricht dafür, sich in einen Touristik-Verein zu verwandeln, um ‚international' vom Kampf gegen das Energie-Programm abzulenken*".

Nebenbei angemerkt: Auf die Wiese des Bauern Maas zog dann ein manierliches und „gezähmtes" KBW-Minitrüppchen ein, Klampfe vornweg, der Rest trug im Chor singend das Hauptanliegen des KBW an diesem Tage vor: Lohnerhöhung und mehr Urlaub für ... (na, wer tippt richtig?) P o l i z i s t e n.

DKP

Auch die DKP berichtete in ihrer »UZ« (26.9.) über die Kalkar-Demonstration, und lobte sie gleich auf der Titelseite als »Erfolgreiche Aktion gegen die Atompläne der Regierung«. Wenn man sich die mit abgedruckten Bilder ansieht (und das Pech hatte, in Kalkar nicht selbst dabei gewesen zu sein), kann man schier den Eindruck bekommen, die ganze Demonstration sei maßgeblich von der DKP bzw. SDAJ getragen worden. Tatsächlich hatte die DKP an der ganzen Aktion aber so gut wie keinen Anteil (bzw. nur negativen). Die Berichte (Notizen wäre richtiger gesagt), die die »UZ« in der Vorbereitungszeit der Kalkar-Aktion brachte, kann man allemal an einer Hand abzählen; und mit Mobilisierung hatten sie schon gar nichts zu tun. Ihr wesentliches Anliegen war, gegen »die Maoisten« zu hetzen. Daß es zu einem breiten Bündnis von BBU bis zu sogenannten »Maoisten« gekommen war, muß den DKP-Oberen einige schlaflose Nächte verursacht haben.

Vergeblich sucht man nun auch in der »UZ«-Berichterstattung einen Hinweis darauf, daß die Demonstration das auferlegte Verbot durchbrochen hat und zum Bauplatz marschiert ist. Die DKP verschweigt's höflich. Kein Wunder: Hatten doch ihre 4 bis 500 Anhänger (das ist alles, was man in Kalkar von ihnen zu sehen bekam) noch am Demonstrationsort selbst ihre Spaltungsversuche fortgesetzt. Wild gestikulierend wollten sie die Demonstration vom Marsch zum Bauplatz abhalten – allerdings ohne Erfolg. Die DKPler waren hoffnungslos isoliert; im Geiste mit ihnen waren lediglich Hirsch & Co., die ja auch nicht wollten, daß wir zum Bauplatz weiterzogen.

Wahrscheinlich ist es auch diese schmähliche Niederlage ihres Spaltungsversuchs, die die DKP nun in ihrer Berichterstattung zu publizistischer Rache veranlaßt; und das liest sich so: »*Maoistische und ähnliche sich links gebährdende Gruppierungen versuchten in Kalkar die friedliche Aktion der Bürgerinitiativen für die Verbreitung ihrer Sektenparolen zu mißbrauchen und Zwischenfälle mit den Polizeikräften zu provozieren. Mit heftigen antikommunistischen Ausfällen versuchten sie, von dem demokratischen Anliegen der Masse der Demonstranten, den Protest gegen die Bonner Atompläne, abzulenken. Sie konnten ihre Absichten, die Bewegung zu spalten und Zwischenfälle herbeizuführen, die allein den herrschenden Kreisen zur Diffamierung der gesamten Protestaktion gedient hätten, jedoch angesichts der besonnenen Haltung der großen Mehrheit der Demonstranten nicht verwirklichen*«. Wohlgemerkt, dies alles will die DKP-Führung in Kalkar am 24.9. gesehen haben...

Brokdorf-Prozeß:

Entschluß der Ostküstenkonferenz zum Vorgehen am 11.•12. Oktober

Liebe AKW-Gegner,

Am 11./12. Oktober soll vor dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg über den bestehenden Baustopp des Atomkraftwerks Brokdorf verhandelt werden. Der Prozeßort ist Schleswig.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung und die AKW-Betreiber haben in der Vergangenheit mehrfach deutlich gemacht, daß sie eine Aufhebung des Baustopps herbeiführen wollen. Es ist zu befürchten, daß das Gericht diesem Ansinnen nachkommen wird.

Die Ostküstenkonferenz schlägt vor, den 11.10. in Schleswig zu einem breiten Aktionstag zu machen und hat hierzu bereits die Initiative ergriffen.

Konkret halten wir es für sinnvoll, am 11./12.10. größere Delegationen zum Prozeß selbst zu entsenden, am Nachmittag, den 11.10., in Schleswig eine große Protestdemonstration durchzuführen, eine Pressekonferenz abzuhalten und anschließend eine Veranstaltung vor Ort durchzuführen.

Zum Zweck gemeinsamer Vorbereitung treten wir auch an die anderen Regionalkonferenzen der BUU heran. Bereits auf der letzten Landeskonferenz wurde mit der Vorbereitung kommender Aktionen in Brokdorf ein Kreis von jeweils drei Vertretern der Regionalkonferenzen beauftragt.

Wir verstehen unseren massiven Protest zum anstehenden Gerichtstermin auch als Auftakt für weitere Großaktionen in Brokdorf nach Aufhebung des Baustopps. Am 11.10. wollen wir demonstrieren, daß wir Entscheidungen im Gericht oder Parlament g e g e n unseren Willen und unsere Überzeugung n i c h t akzeptieren werden, und daß wir uns unsere Widerstandsformen auch zukünftig von keiner Seite vorschreiben lassen.

Dies gilt ebenso dem KBW, auf dessen Bestreben auch dieses Mal angekündigt wird, die Demonstration behördlich zu melden. Dieser Beschluß – der im übrigen mit den anderen Bürgerinitiativen nicht beraten wurde – stellt für uns den erneuten Versuch dar, nach bislang erfolglosen Einzelgängen einen neuen Vorstoß parteipolitischer Profilierung gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit der Bürgerinitiativen zu unternehmen. Die Ostküstenkonferenz weist diesen Versuch entschieden zurück.

AUCH RICHTERSPRÜCHE MACHEN AKWs NICHT SICHER!
KEIN AKW IN BROKDORF UND AUCH NICHT ANDERSWO!

Schleswig, 1.10.77

Bei 7 Fürstimmen, 5 Gegenstimmen und 1 Enthaltung angenommen (Die Gegenstimmen bzw. die Enthaltung beziehen sich lediglich auf Passagen zum KBW).

"Waffenschau" der AKW-Gegner Hannover.

Am Mittwoch, wenige Tage nach der Demonstration in Kalkar, demonstrierten ca. 250 Hannoversche AKW-Gegner von der Innenstadt zu dem Polizeirevier, in dem die Ausrüstungsgegenstände lagerten. Die aus der Asservatenkammer gemeinsam abgeholten Gegenstände wurden von einem Demozug in die Innenstadt begleitet, wo sie unter großen erklärenden Stelltafeln als "Waffen" der Anti-AKW-Bewegung den Passanten vorgestellt wurden. "Marktschreier", Liedergruppen, Bildtafeln, Theaterstücke und Diskussionsrunden sollten in der Innenstadt der Bevölkerung die Ziele unserer Bewegung vermitteln, die Notwendigkeit einer Schutzausrüstung gegen die brutalen Bullenübergriffe erklären und über die rechtswidrigen Polizeimethoden informieren.

Die Veranstaltung hat so viel Aufsehen erregt, daß diese positiven Erfahrungen zu einer Wiederholung der Aktion führen werden.

Demonstration gegen das AKW Grafenrheinfeld beschlossen

Am 1./2.10. fand in Augsburg die dritte Landeskonferenz der bayerischen Bürgerinitiativen gegen AKWs statt, an der 16 Initiativen teilnahmen. Erstmalig vertreten waren auch die Initiativen Bürgeraktion Schweinfurt, Aktion Umweltschutz Augsburg, Aktion Umweltschutz Rehling, die zum rechten Teil der Bewegung zählen. Nach ausführlicher Diskussion gelang es, einen gemeinsamen Aufruf für eine Demonstration gegen das AKW Grafenrheinfeld am 22.10. zu verabschieden, der einen Kompromiß der unterschiedlichen Strömungen zum Ausdruck bringt. „*Wir halten Bauplatzbesetzungen wie in Wyhl, Brokdorf, Grohnde, für berechtigte Kampfaktionen. Wir halten eine Bauplatzbesetzung in Grafenrheinfeld jedoch nicht für durchführbar. Eine spätere Besetzung wird hierdurch nicht ausgeschlossen. Wir suchen keine Konfrontation mit der Polizei. Die Gewalt geht nicht von uns aus, sondern von der Regierung und der Atomindustrie...*"

Eine Auseinandersetzung gab es um die Frage der Demonstrationsroute. Die Bürgeraktion Schweinfurt hatte die Route gut zwei Kilometer vom Bauplatz entfernt festgelegt, weil am Bauplatz die Gefahr von „Gewalttätigkeiten" militanter Gruppen zu groß sei. Diese Begründung stieß bei den meisten Vertretern auf Empörung. Die Bürgeraktion Schweinfurt wurde aufgefordert, dies in einer Presseerklärung zurückzunehmen. Obwohl der Schweinfurter BI-Vertreter schließlich den Aufruf unterschrieb, in dem betont wurde, daß die Gewalt nicht von den AKW-Gegnern ausgeht, war er andererseits nicht bereit, sich von entsprechenden – auch öffentlichen – Äußerungen über „Gewalttäter" in den Reihen der AKW-Gegner zu distanzieren. Er war lediglich bereit, die anwesenden BI-Vertreter davon auszunehmen.

Mit dem verabschiedeten Aufruf war einerseits die Voraussetzung für eine gemeinsame Demonstration in Grafenrheinfeld – nicht am Baugelände – gegeben. Andererseits muß gesehen werden, daß auch in Zukunft spalterisches Vorgehen von der Schweinfurter BI zu erwarten sein wird, da sie größere Teile des Bündnisses für potentielle „Gewalttäter" hält, die zu den benannten „militanten Gruppen" gehören bzw. ähnliche Vorstellungen im Kampf gegen AKWs haben.

Weiterhin beschloß die Konferenz, eine aktive Mobilisierung für die nächste Brokdorf-Aktion in die Wege zu leiten.

Die BUU wurde aufgefordert, diese Aktion vorzubereiten.

KB / Gruppe Nürnberg

Nach Kalkar: Aktionen gegen den Polizeistaat

Nach der Demonstration in Kalkar fanden vielerorts Protestdemonstrationen, Kundgebungen und Veranstaltungen statt, die den Polizeistaatterror verurteilten. Mit "Waffenschauen" etc.wurde den Lügen der Polizei und der Medien entgegengetreten. Gleichzeitig erklärten viele BI's, sich trotz des erlebten Polizeiterrors nicht von ihrem berechtigten Protest abhalten zu lassen und bei der nächsten Aktion wieder dabeisein zu wollen.

Hier nun ein sicher unvollständiger Überblick:

Flensburg.
250 Menschen demonstrierten in Flensburg. Sie folgten damit dem Aufruf der dortigen BUU-Gruppe. Diese Demonstration ist insgesamt von der Beteiligung her erfolgreich verlaufen.

Lübeck.
Dem Aufruf der BI-Lübeck zur Demonstration folgten 130 Menschen.

Bremen.
Bereits am 30.9. versuchten die Bremer AKW-Gegner ihre beschlagnahmten Sachen wiederzuholen. Trotz Anwesenheit eines Rechtsanwaltes gelang das nur in wenigen Fällen.

In **Osnabrück** wurden sie abgewiesen, in **Münster** und **Gelsenkirchen** kriegten sie nur einen kleinen Teil wieder. Ebenso erging es ihnen in **Kalkar**, wo die Bullen die durchnumerierten Sachen vertauscht haben. Am Samstag wurden in Bremen die Reste der beschlagnahmten Sachen auf einer Kundgebung mit 3 - 400 Teilnehmern verteilt.

Göttingen.
Gleich am Montag holten sich die Göttinger Kalkar-Fahrer mit gut 200 Menschen die beschlagnahmten "Waffen" von den Bullen ab. Ein Info wurde breit verteilt. Für die kommende Woche ist eine Veranstaltung geplant.

Braunschweig.
In Braunschweig fand eine vom KB organisierte Veranstaltung statt, die von 55 Leuten besucht wurde. Leider wurde der Vorschlag, daß die BI zu den Kalkar-Vorfällen eine Demonstration macht, von der Mehrheit abgelehnt, da es die Bürger "abschrecken" würde.

Eine bereits am Montag verfaßte Presseerklärung wird bis jetzt von 15 Gruppen und Organisationen unterstützt.

»Offener Brief« ...

Stellungnahme von Peter und Josef, beide verurteilt im Prozeß von Malville, zu den Vorwürfen der Zeitung „Arbeiterkampf" und Uwe Mäfferts gegen den Ermittlungsausschuß HH.

Westberlin, den 21.09.1977

Wir geben diese Stellungnahme ab, um den Verleumdungen der Zeitung „Arbeiterkampf" (Nr. 112, S. 19) und den falschen Behauptungen Uwe Mäfferts („Arbeiterkampf Nr. 113, S.25/26) gegenüber dem Ermittlungsausschuß HH entgegenzutreten.

Es wird der Vorwurf erhoben, der Ermittlungsausschuß HH würde durch seine Prozeßstrategie auf eine konkrete juristische Verteidigung, also auf das Herauskristallisieren der Widersprüche der Anklage verzichten. Außerdem wird der Eindruck erweckt, daß sich der Ermittlungsausschuß HH nicht auf die Prozesse vorbereitet und sich nicht oder nur wenig um die inhaftierten AKW-Gegner kümmert. Die oben zitierten Artikel versuchen das durch falsche Behauptungen zu belegen.

Wir, Peter und Josef, waren angeklagt in den zwei Malville-Prozessen und wurden zu drei Monaten Haftstrafe, davon zwei Monate ausgesetzt auf Bewährung, verurteilt. Von daher führen wir hier kurz unsere Erfahrungen mit dem Ermittlungsausschuß HH bezüglich der erhobenen Vorwürfe auf.

1) Es ist schlichtweg falsch, daß der Ermittlungsausschuß HH auf das Aufdecken von konkreten Widersprüchen zur Erschütterung der Anklage verzichtet. Der Emittlungsausschuß HH hat für die Berufungsverhandlung in Grenoble eindeutig auf eine erneute Vernehmung der Belastungszeugen (22 Polizisten) und der Zeugen bestanden. Dadurch sollten die falschen Aussagen unserer Belastungszeugen in der Öffentlichkeit bloßgestellt werden, um der Anklage die Grundlage zu entziehen. (Allerdings haben wir, Peter und Josef, schon vor dem Prozeß darauf hingewiesen, daß der Richter unabhängig von jeder Prozeßstrategie aufgrund der politischen Bedeutung dieses Falles die Urteile bestätigen würde.)

Wenn die Zeugen/Belastungszeugen in dem Grenoble-Prozeß nicht erneut vernommen wurden, so liegt das an der Prozeßstrategie der französischen Anwälte.

2) Zitat AK Nr. 113,S.26:„Vor Beginn des Prozesses in Bourgeoin hatte die Kollegin F.Piontek (...) weder mit einem der sieben deutschen Angeklagten gesprochen, noch eine einzige Seite der Gerichtsakte gelesen. Obwohl der Termin des Berufungsverfahrens am 24.08. mehr als acht Tage vorher bekannt war, verhielt sich die Kollegin genauso in Grenoble." Zitat Ende.

Dieser Vorwurf ist besonders übel. Vor dem Grenoble-Prozeß wurde die Akte von den franz. Anwälten an Mäfferts Adresse gesandt. Trotz mehrfacher Bitten wurde die Akte nicht an Franziska Piontek ausgehändigt.

Ähnliche Schwierigkeiten, die Prozeßakte zu bekommen, hatte das Redaktionskollektiv des Malville-Komitees-Berlin. Dadurch verzögerte sich die Herausgabe einer Dokumentation über die Malville Ereignisse um mehr als eine Woche (eine Stellungnahme zu den Vorfällen ist gegenwärtig in Vorbereitung). Diese Broschüre wird von der GEW Berlin herausgegeben.

3) Der „Arbeiterkampf" schreibt, daß eine Anwältin des Ermittlungsausschusses HH im Grenoble-Prozeß „dem langen Reigen der Plädoyers ein weiteres allgemeines hinzufügte" (AK 112, S. 19).

Inwiefern das Plädoyer sinnvoll war, können wir nicht beurteilen, da es auf französchisch gehalten wurde und wir kein französisch sprechen.

Nach Uwe Mäfferts Worten hat sie hierzu „einen Auftrag von den Angeklagten nicht erhalten". Richtig. - Nur - hat Uwe Mäffert etwa einen Auftrag von uns zu unserer Verteidigung erhalten? - Die Mitglieder des Ermittlungsausschusses HH hatten von uns genausoviel oder genausowenig den Auftrag, uns zu verteidigen, wie Uwe Mäffert.

Uwe Mäffert hat während der Gerichtsverhandlung in Grenoble nichts für unsere Verteidigung getan. Das werfen wir ihm nicht vor, da angesichts der Situation die Prozeßstrategie ausschließlich von den franz. Anwälten bestimmt wurde. Er versuchte lediglich von uns ein Votum dafür zu bekommen, daß F. Piontek ihr Plädoyer nicht hält. Das ist nicht erfolgt.

4) Mäffert beschuldigt den Ermittlungsausschuß HH, vor den Prozessen keinen Kontakt mit uns aufgenommen zu haben. Hier die Fakten: Vor dem Bourgeoin-Prozeß hatten wir zwei Treffs mit dem Ermittlungsausschuß HH, ein Treffen mit Mäffert; vor dem Grenoble-Prozeß ein Treffen mit dem Ermittlungsausschuß HH, ein Treffen mit Mäffert. Einen Tag nach dem Grenoble-Prozeß haben uns zwei Mitglieder des Ermittlungsausschusses HH im Gefängnis besucht, um mit uns 1. weitere mögliche rechtliche Schritte und 2. die weitere Betreuung im Knast zu besprechen.

Wir möchten auch darauf hinweisen, daß ein Mitglied des Ermittlungsausschusses HH angeboten hat, unsere beiden Freunde Roland und Lutz, die zu drei Monaten Knast verurteilt wurden, auch noch später einmal zu besuchen. (Wer schon mal im Knast war, der weiß, was das bedeutet).

Wir greifen hiermit Uwe Mäffert ebensowenig persönlich, wie seine Fähigkeiten als Anwalt an, wir bedauern vielmehr, daß er sich an einem solchen Lügenspiel beteiligt. Die falschen Behauptungen des AK und Uwe Mäfferts gehen zu Lasten der Angeklagten und tragen darüberhinaus Verunsicherung in die gesamte AKW-Bewegung. Sicher gibt es AKW-Gegner, die bei der nächsten Demonstration zu Hause bleiben, wenn sie befürchten müssen, zum Spielball bestimmter Vereinsbornierter Interessen zu werden.

Dennoch die Ereignisse zeigen, daß uns, den Angeklagten und der gesamten Anti-AKW-Bewegung nichts anderes übrig bleibt, als das „Mißtrauen gegenüber den Verteidigern schärfen" (AK 113, S. 26), wie Uwe Mäffert ganz richtig sagt.

Wenn der Zeitung AK an einer ehrlichen Auseinandersetzung im Interesse der Anti-AKW-Bewegung gelegen ist, druckt sie diese Stellungnahmen ungekürzt im vollen Wortlaut ab.

Peter Josef
i.A. unleserlich

Diese Stellungnahme geht gleichzeitig an: Ermittlungsausschuß HH(z.Hd.v. F.Piontek)
Redaktion des AK
RA Uwe Mäffert
die Angeklagten im Grohnde Prozeß BUU HH

und offene Antwort

Erwiderung auf die Stellungnahme der beiden Malville Angeklagten Peter und Josef

Die Stellungnahme von Peter und Josef stellt sich gegen die von mir geführte Kritik an der politischen Linie eines der beiden Hamburger Ermittlungsausschüsse und an dem Verhalten der Kollegin F. Piontek, das ich als Ausdruck dieser LInie gewertet und nur in diesem Zusammenhang aufgegriffen habe. Peter und Josef aus Westberlin gehören keinem der Hamburger Ermittlungsausschüsse an. Sie schreiben über Dinge, die ihnen nur von Hamburg aus gesagt worden sein können. Ihre Stellungnahme spiegelt in allen wider, was ich in dem im „Arbeiterkampf" Nr. 113 abgedruckten Beitrag ausgeführt habe:

Nur der Ermittlungsausschuß selbst, gegen den ich die Kritik gerichtet habe, weigert sich, die Existenz von zwei bestehenden Ermittlungsausschüssen als politische Realität anzuerkennen. Peter und Josefs Stellungnahme behauptet, ich habe d e n Ermittlungsausschuß Hamburg angegriffen.

Ich habe geschrieben, daß an meinem Beitrag vom 29.7. eine Kritik erfolgt sei, „die in ihm KB-Positionen aufzuspüren sucht, um wiederum den KB zu treffen". In der Stellungnahme ist der Angriff gegen den KB unverkennbar schärfer als gegen mich. Der KB „verleumdet", ich dagegen stelle „falsche Behauptungen" auf und würde mich bedauerlicherweise „an einem Lügenspiel beteiligen".

Ich habe die Behauptung von den „dichten Anklagen" und die Einschätzung von den „prozessualen Rechten,die längst keinen Schutz mehr bieten" verantwortlich gemacht für die Tendenz, in der juristischen Prozeßvorbereitung und in den Prozessen von einem konkreten Widerstand abzusehen, und ich habe den Widerspruch aufgezeigt zwischen der Beteuerung, die rechtlichen Mittel ausschöpfen zu wollen und dieser im gleichen Atemzug erfolgten Einschätzung. Dieses Nebeneinander wird gleich zu Beginn der Stellungnahme voll reproduziert: Unabhängig von jeder Prozeßstrategie würden die Richter die Verurteilungen bestätigen. Mit Vehemenz wird aber dem Ermittlungsausschuß bescheinigt, er habe „auf eine erneute Vernehmung der Belastungszeugen bestanden, ... um der Anklage die Grundlage zu entziehen." Wo und in welcher Form ist dies geschehen? An Versuchen, die für richtig gehaltene Linie bei den französischen Verteidigern durchzusetzen, gibt es meinen Brief an alle franz. Anwälte im Malville-Prozeß. Dem waren Telefongespräche vorausgegangen, und zwei Tage vor dem Prozeß in Grenoble versuchte ich mit Unterstützung einer Vertreterin des zweiten Hamburger Ermittlungsaussusses, in einer Verteidigerbesprechung diese Position durchzusetzen. Ich weiß, daß die Kollegin F. Piontek bis zum Beginn des Prozesses der Linie, die Belastungszeugen erneut zu vernehmen, zugestimmt hatte. Aber was ist dafür getan worden? Zur Durchsetzung waren mindestens erforderlich die Aktenkenntnis, ein frühes Erscheinen am Prozeßort und Gespräche mit Angeklagten und franz. Verteidigern. Auch die Stellungnahme behauptet nicht, daß die Kollegin P. auch nur eine dieser Voraussetzungen erfüllt hatte.

Die Akte habe ich mit Unterstützung des zweiten Hamburger Ermittlungsausschuß am Samstag vor dem 24.08. (Prozeß in Grenoble) zugeschickt bekommen. Das Wichtigste war, sie sofort zu übersetzen. Das ist mit Unterstützung des Ausschusses bis spät in die Nacht des Sonntags geschehen. Am Montag morgen bin ich mit der Akte nach Lyon gefahren. Zu dieser Zeit stand nach F.P. eigenen Worten überhaupt noch nicht fest, ob sie zum Prozeß kommen würde. Samstagabend war sie in meinem Büro, um die Akte zu fotokopieren. Das Gerät war nach wenigen Seiten defekt. Das Malville-Komitee in Berlin hat die Akte so schnell wie möglich nach Anforderung zugeschickt bekommen. Im Zeitpunkt der Anforderung war ich im Urlaub. Von F.P. und dem Ermittlungsausschuß war die Akte offensichtlich nicht zu kriegen, obwohl die Kollegin inzwischen in Grenoble mit den franz. Verteidigern zusammengetroffen war.

Ich habe geschrieben, daß F.P. keinen Auftrag zu einem in Hamburg vom Ermittlungsausschuß konzipierten Plädoyer von den Angeklagten hatte. Nicht mehr und nicht weniger. Mangels vorheriger Kontakte zu den Gefangenen ist diese Aussage richtig. Die Verteidigung durch mich war durch vorherige Knastbesuche in beiden Instanzen mit den Angeklagten abgestimmt. Ich bin allerdings der Meinung, daß gerade in einem politischen Prozeß das Plädoyer des Anwalts ebenso mit dem Angeklagten inhaltlich abgestimmt sein soll wie umgekehrt die Äußerungen der Angeklagten zur Sache und das Schlußwort. Gegen ein Plädoyer ohne diese Voraussetzungen bei der Kollegin P. habe ich mich in der Tat auch gegenüber den Angeklagten ausgesprochen. Ich habe mich offen ausgesprochen gegen die Anpassung an eine Prozeßstrategie, die auch in der Stellungnahme von Peter und Josef zu Recht als falsch und nutzlos kritisiert wird. Die zitierte Stelle aus der Zeitung „Liberation" trifft den Kern der Sache und ist wohl eindeutig genug.

An der Stellungnahme ist durchsichtig, wer hinter ihr steht. Die Methode dabei ist nicht neu. Bei dem ersten Treffen zur Grohnde-Prozeßvorbereitung vor einigen Monaten in Hamburg konnte sich die Auffassung, es sollten sofort juristische Einstellungsanträge an das Gericht gestellt werden, bei der Mehrheit der versammelten Angeklagten und Verteidiger nicht durchsetzen. Vertreter des ersten Ermittlungsausschusses und auch die Kollegin F. Piontek und D. Magsan sprachen später nochmals mit einzelnen Angeklagten und erzählten ihnen, die Anwälte würden über ihre Köpfe reden und sie müßten sich daher allein zusammensetzen. Das taten die Angeklagten dann (was nicht schlecht ist), wobei aber auch Kollege D. Magsan als einziger Anwalt dabei war! (was die Methode und die Unaufrichtigkeit des Herangehens an vorhandene Widersprüche entlarvt). Ich meine, daß die Stellungnahme deutlich macht, daß man zwei Berliner Genossen als Sprachrohr aus Hamburg eingesetzt hat, um Kritik von sich abzubiegen. Das ist eine schlechte Methode. Sie hat nichts mit einer Stärkung der notwendigen Eigenständigkeit der Angeklagten im Kampf mit der Klassenjustiz zu tun. Sie ist ein Spaltungsmanöver an Stelle einer offenen Aussprache, aus der heraus die Angeklagten ihre Selbständigkeit und Festigkeit gewinnen können.

Uwe Maffert

Belgien: 1. Oktober in Antwerpen

„Das große Kernenergie-Geschehen". Unter dieser Bezeichnung fand am 1. Oktober in Antwerpen der erste nationale Aktionstag der Kernkraftgegner statt.

Im Verlauf der Vorbereitungen zu diesem Aktionstag schlossen sich weitere Gruppen dem „Organisationskomitee" an (Zur Initiative für den Aktionstag und der belgischen Anti-AKW-Bewegung siehe auch AK Nr. 112, Seite 18):

- AMADA–Bruderpartei der „KPD", mit der gemeinsam sie auch am 22.9. in Antwerpen eine vorbereitende Veranstaltung organisierte, die von 150 Menschen besucht wurde.
- RAL (Revolutionaire Arbeiders Liga) – Trotzkisten der 4. Internationale.
- Volksunie Jongeren – Jugendorganisation der rechts-nationalistischen Volksunie.

An der Vorbereitungskonferenz vom 3. September waren unter anderem beteiligt Vertreter der „Amis de la Terre" aus der Wallonie, Vertreter der niederländischen PPR (Radikale Partei – Linksliberale) und Vertreter des niederländischen Dachverbandes der AKW-Gegner LEK (Landelijk Energie Komitee). Wie man sieht, ein recht breites Bündnis. Die revisionistische KP Belgiens hat den 1. Oktober-Aufruf nicht unterstützt, weil sie in einigen Punkten nicht übereinstimmt.

Das „1. Oktober-Komitee", in dem alle Träger des „Großen Ereignis" zusammengeschlossen sind, hat beschlossen, über den 1. Oktober hinaus Aktivitäten einzuleiten. Damit ist die Grundlage geschaffen, national auf breiter Ebene durch weitere Aktionen und Veranstaltungen (es gibt auch schon konkretere Pläne) über die Gefahren der Kernenergie aufzuklären.

Der Aktionstag am 1. Oktober soll einen strikt gewaltlosen Charakter haben. Das wurde nochmals von allen Teilnehmern des „Komitee" in der Sitzung vom 17.9. ausdrücklich erklärt (einschließlich der linken Organisationen). In diesem Zusammenhang
nisationen). In diesem Zusammenhang
wurde allerdings auch auf den provozierenden Charakter verwiesen, den die Anwesenheit von Polizei und Reichswacht (etwa Bundespolizei) haben kann.

Luk Versteylen (ein Jesuit), eine wichtige Person der „Groenen Fietsers", versuchte im Laufe der Vorbereitungen, die Gewaltlosigkeit noch auf die Spitze zu treiben und eine Einteilung der AKW-Gegener nach bewährtem Muster vorzunehmen. In seinem Papier, das er dem „1. Oktober-Komitee" vorlegte, forderte er unter anderem: *„Es muß deutlich werden, daß sich nicht eine opportunistische extremistische Minderheit wehrt, sondern das gesamte gesunde Volk. Alle, die sich gewalttätig oder lärmend (!) aufführen, zeigen sich als Gegendemonstranten und müssen entsprechend behandelt werden. Unsere Feinde sind nicht allein die Mächte und Regimes hinter der Kernenergie, sondern genauso diejenigen unter uns, die diese Mächte und Regimes mit Gewalt bekämpfen wollen. Wir wollen uns gegen die Kernenergie nicht dadurch wehren, daß wir anderen Gewalt antun, sondern dadurch, daß abertausende selbst eine andere Lebensweise wählen, die Kernenergie überflüssig macht."* Dies Zitat spricht für sich. Leider verzichtete das „Komitee" vorläufig auf eine ideologische Auseinandersetzung mit dieser Position; es war teilweise nur Bedauern über eine sich dadurch abzeichnende Polarisierung festzustellen.

Auf der Pressekonferenz vom 21.9. im Internationalen Pressezentrum in Brüssel wurde daraufhin besonders die gemeinsame Grundlage herausgestellt: der friedliche Charakter der Aktion („friedlich, aber nachdrücklich gegen Atomgefahren demonstrieren') und die Freude über das Zustandekommen eines breiten Bündnisses für die gemeinsamen Forderungen.

Zum Stand der belgischen Anti-AKW-Bewegung und zur Begründung des strikt friedlichen Charakters hier eine Einschätzung wie sie ein Freund von der Aktie-KERN Antwerpen vorgenommen hat: *„Die Anti-AKW-Bewegung in Belgien beginnt gerade in Schwung zu kommen. Wir sind noch nicht so weit wie ihr in der BRD 1973. Woran das liegt, weiß ich nicht, aber unsere Bemühungen in den letzten Jahren, das Problem in die Öffentlichkeit zu tragen, richteten nichts aus. Stets waren wir konfrontiert mit einer apathischen Haltung. Darum sind die Aktiegroepen viel schlechter eingespielt als die Bürgerinitiativen, wir haben nicht die Erfahrungen von Wyhl und der Besetzungen danach. Das begründet unsere Absicht, dem 1. Oktober einen strikt gewaltlosen Charakter zu geben. Eine unfriedliche Veranstaltung würde von der Bevölkerung schlecht aufgenommen,*
völkerung schlecht aufgenommen,
weil hier die Besetzungserfahrungen fehlen. Es ist wohl so, daß Brokdorf, Grohnde und Malville von großer Bedeutung gewesen sind wegen ihrer Neuartigkeit, auch in Belgien, aber für derartige Aktionen ist die Situation hier noch nicht reif."

Hinzuzufügen bleibt noch, daß auch die belgische Linke (auffällig besonders bei AMADA) erst jetzt mit der Behandlung der AKW-Frage in Belgien beginnt; bislang wurde über internationale Aktionen hin und wieder mal berichtet.

Belgien-Kommission

Atomfabrik sorgt schon im Frieden für Plutoniumtote!

Über die zum Dow Konzern gehörende A-Bombenfabrik Rocky Flats in den USA sind wieder einmal weitere Verseuchungen mit Plutonium bekanntgeworden. Der Leiter des nahegelegenen Kreisgesundheitsamtes machte auf eigene Faust Untersuchungen und stellte einen 3.300fach (!) höheren Plutoniumgehalt im Boden der Umgebung fest, als zugelassen. Diese Werte werden auch von der amerikanischen Atomenergiebehörde nicht bestritten („Frankfurter Rundschau" – „FR", 27.9.77).

Die 1952 errichtete Anlage ist seit ihrer Inbetriebnahme ein ständiger Herd für Plutoniumverseuchungen gewesen. Der angeblich für 100%ige Rückhaltung aller radioaktiven Stoffe ausgelegte Betrieb ähnelt heute nach Aussagen von Regierungsbeamten eher einem Schrotthaufen, in dem kaum noch Sicherheitsbestimmungen beachtet werden:

- 1969 brach ein Feuer aus, das als das größte der amerikanischen Industrie bezeichnet wird. Hierbei gelangten große Mengen von Plutonium in die Umgebung.
- Seit Betriebsbeginn versucht die Geschäftsleitung ständig Berichte über Verseuchungen von Arbeitern und der Umgebung durch Einschüchterung, Kündigungen und regelrechte Gangstermethoden zu vertuschen. So wurde, als auf Hinweise zweier Arbeiter eine Kontrollkommission anrückte, auf dem Betriebsgelände vergrabener radioaktiver Müll in aller Eile ausgebuddelt und weggeschafft. Die Kommission stellte natürlich nichts fest.
- Dow behauptet, die Krebshäufigkeit von Betriebsangehörigen wäre geringer als bei der restlichen Bevölkerung. Diese Behauptung fällt ihr nicht schwer, sind doch von 7.700 Arbeitern, die bisher dort beschäftigt waren, nur 450 (!) regelmäßig auch nach ihrer Kündigung untersucht worden (alle Angaben nach „Atommüll", rororo).

So kann auch die US-Atomenergiebehörde ungeniert behaupten, daß möglicherweise durch die radioaktive Verseuchung e i n Krebstoter mehr in der Umgebung vorkommen könnte (lt. „FR", s.o.).

Nun, wenn die Behörde schon sowas zugibt, heißt das nichts anderes, als daß tatsächlich mit Todesfolgen von ihr gerechnet wird, sonst sind bekanntlich die Gefahren nur in „Sternschnuppentrefferwahrscheinlichkeiten" zu messen.

Die Atomwaffenfabrik produziert also auch schon im Frieden Tote. Ein Grund mehr, die atomaren Waffen zu verbieten!

AKW-NEIN-Kommission

Hausdurchsuchungen in Osnabrück

Am letzten Montag (26.9.) wurde unsere Wohngemeinschaft von 20 bis 30 Bullen „aufgesucht", die z.T. mit MP's, kugelsicheren Westen und Visieren ausgerüstet waren. Sie drangen um acht Uhr morgens in unsere Wohnung ein, nachdem sie sich den Türschlüssel vom Vermieter geholt hatten. Auf unsere Fragen nach dem Grund der Durchsuchung und einem Hausdurchsuchungsbefehl bekamen wir zur Antwort: *Gefahr im Verzuge, Grund erfahren Sie später.* Einen Rechtsanwalt durften wir während der Durchsuchung nicht verständigen: »das behindert unsere Aktion« war die Antwort. Die Bullen nahmen Personenkontrollen vor, sahen sich unsere Zimmer sehr genau an, notierte Adressen und Telefonnummern. Beschlagnahmt wurde außer einem Holzknüppel,den wir später vom Revier wieder abholen konnten, nichts. Am Schluß der Aktion erklärte uns der Einsatzleiter den Grund: Ein anonymer Anrufer hätte in unserer Straße einen der 30 gesuchten Terroristen gesehen und es sei nicht auszuschließen, daß dieser bei uns untergeschlüpft sei. Dies war am Nachmittag des Vortages. Später erklärte uns derselbe Kripo-Beamte auf der Wache, als wir das Durchsuchungsprotokoll abholten, ein Polizist hätte bei der Aufnahme eines Verkehrsunfalles auf unserer Straße den besagten gesuchten Terroristen gesehen (zuvor wurde ein Wagen mit Anti-AKW-Aufklebern von uns von mit MP bewaffneten Bullen zwecks Verkehrskontrolle angehalten). Aufgrund der Zeitdifferenz von über 15 Stunden und den widersprüchlichen Begründungen ist unseres Erachtens überdeutlich, daß hier ein Vorwand gesucht wurde, bei uns einzudringen. Zudem erklärte uns der Einsatzleiter später, daß er persönlich auch nicht geglaubt habe, bei uns einen Terroristen zu finden — demgegenüber konnten wir den bewaffneten Bullen ansehen, daß sie sich jeden Augenblick auf eine Schießerei vorbereiteten.

Dieser stellte uns auch die rethorische Frage, ob wir denn nicht wüßten, daß wir auf Demonstrationen u.ä. fotografiert würden und beim Staatsschutz sicherlich nicht unbekannt seien, oder ob wir da noch Hoffnung hätten?

Wir führen diesen Einsatz auf unsere politischen Aktivitäten, in der letzten Zeit hauptsächlich in der anti-AKW-BI zurück. So konnten wir z.B. bezüglich der Vorbereitung zur Grohnde- und Kalkar-Demonstration recherchieren, daß unser Telefon abgehört wurde.

Bewohner der Wohngemeinschaft

Hearing zur Entsorgung: Probleme einfach weglagern!

Am 26./27. September fand vor dem Innenausschuß des Bundestages eine öffentliche Anhörung zur „Entsorgung von Kernkraftwerken" statt. In gewohnter Manier zeigte die „Gesellschaft für Reaktorunsicherheit" und die mit ihr angereisten Fachleute, wie man die Probleme der Entsorgung durch entsprechende Atommüll-Lagerungen wegreden kann. So kam man zu dem Ergebnis, daß *„keine schwerwiegenden Bedenken gegen das vorgelegte Konzept"* für eine WAA vorlägen.

Sollte sich etwa der Salzstock im „theoretischen Extremfall" (Hildebrand/KWU) als ungeeignet erweisen, so wird halt der Abfall verglast und *„für viele Jahrzehnte in Gorleben zwischengelagert"*.

Merz von der Kernforschungsanlage Jülich schlug erst einmal 20 Jahre vor, in denen der Müll dann einfach irgendwo in die Gegend gestellt wird. Dann könne man entsprechende andere Lösungen finden.

Daß die WAA-Betreiber nicht einmal wissen, wie sie den hochradioaktiven Müll verglasen sollen, spielte bei diesen Überlegungen keine Rolle.

Vor diesem Hintergrund sind die Probebohrungen natürlich auch nur Formsache bzw. dafür gedacht, *„wo*

Vor diesem Hintergrund sind die Probebohrungen natürlich auch nur Formsache bzw. dafür gedacht, *„wo*

und in welcher Anordnung zueinander die einzelnen Entsorgungsanlagen gebaut werden sollen" (Scheuten/DWK).

So könnte dann bereits 1979 mit dem *„vorgezogenen Bau des Brennelemente-Eingangslagers des Entsorgungszentrums"* begonnen werden (Hildebrand/KWU). Das wäre dann auch der Zeitpunkt, wo nach dem Vorschlag des SPD-Parteivorstandes wieder weitere AKWs in Bau gehen sollten.

Kein Wunder, daß bei diesen enormen Sicherheitsanstrengungen der AKW-Betreiber die eigentlichen Sorgen auf anderem Gebiet lagen. So machte einer der AKW-Fans auf dem Hearing den Vorschlag, schon heute das Gelände einzuzäunen, damit dann nichts mehr passieren könne.

Auch von den Einwändern erwartet man nichts Gutes: lange Zeit war behauptet worden, der Sicherheitsbericht für die WAA könne nicht öffentlich gemacht werden, weil damit geheime technologische Verfahren ausgeplaudert werden könnten (lt. CDU-Ministerpräsident Albrecht). Auf dem Hearing erklärte Scheuten von der DWK (die die WAA bauen will), worum es geht: wenn der Bericht jedem zugänglich wäre, gäbe es zuviele Einwendungen gegen das Projekt!

bauen will), worum es geht: wenn der Bericht jedem zugänglich wäre, gäbe es zuviele Einwendungen gegen das Projekt!

IG Bergbau: Für Schließung der Kokereien!

Die IG Bergbau gibt sich gern als Vorreiter für die „Sicherheit der Arbeitsplätze", wenn es um die Hetze gegen die „Chaoten" geht bzw. wenn es um unsichere AKWs und Kohlekraftwerke geht. Denn – so der Vorsitzende Schmidt auf dem Gewerkschaftstag: *„Die Sicherheit der Arbeitsplätze wie der Versorgungssicherheit haben Priorität vor übertriebenen Umweltansprüchen"* („Einheit", Organ der IG Bergbau für die Mitglieder 17/77). So tritt die IG Bergbau auch für die Verschlechterung der gesetzlichen Bestimmungen für die Luftreinhaltung ein, damit ungenierter Kohlekraftwerke in die Gegend gebaut werden können, was ja wiederum „Arbeitsplätze sichern" würde.

Doch wo der Kapitalist Kokereien schließen will, ist die IG Bergbau auch dafür: bis 1978 sollen Kokereien mit einer Jahreskapazität von 3,8 Mio Tonnen und 1.655 Kollegen dichtgemacht werden. Begründung der IG Bergbau: *„Diese Zustimmung ist nach unserer Überzeugung und nach den Zusammenhängen, wie wir sie sehen, notwendig, damit größerer Schaden von der Kokereikapazität der Ruhrkohle insgesamt abgewendet wird"* (so Adolf Schmidt auf dem Gewerkschaftstag, lt. „Einheit" 18/77).

Angeblich soll das jetzt „die letzte Stillegung" sein, der sie zustimmen würden. (Warum eigentlich? Wo diese Stillegung doch im Grunde – so Schmidt – Arbeitsplätze sichert?) Nun, die IG Bergbau hat immer zugestimmt, wenn es den Kapitalisten genehm war; in den 60er Jahren allein wurde von der IG Bergbau der Vernichtung von 100.000en von Arbeitsplätzen der Kumpels zugestimmt.

AKW-NEIN-Kommission

Arbeitslos wegen Baustopp für AKW's — zwei Beispiele

Unter Berufung auf den „Baustop für Kernkraftwerke" haben mehrere Firmen Kurzarbeit angemeldet. So auch die Gute-Hoffnungs-Hütte/steckrade, die mit Hinweis auf die Verzögerungen im AKW-Geschäft für ihre Abteilung „Großbehälterbau" Kurzarbeit anmeldete. Ein äußerst schmieriges Manöver, denn die Firma hat allein in diesem Jahr den Auftragsbestand um 20% erhöhen können („SZ", 30.9.77).

Mit ähnlichen Storys wurden in der Firma „Noell"-Behälter- und Gerätebau (einer Tochterfirma der bundeseigenen Salzgitter AG) die Kollegen heißgemacht und dazu gebracht, daß am 29.9. 77 1.200 Kollegen einen fünfminütigen Warnstreik veranstalteten, um gegen den „Stop beim Bau der AKWs" zu protestieren („SZ", 30.9.77).

AKW-Nein-Kommission

Die Rechten machen mobil — AKW-Ja-Demonstration in Bonn

Die rechte Allianz der AKW-Befürworter ist in der letzten Zeit sehr ruhig gewesen. Mehrere sogenannte „Bürgerinitiativen für Atomkraftwerke" und sichere Energieversorgung wurden aus dem Boden gestampft. Sie verfügen offensichtlich über sehr gute Geldquellen (der Atomindustrie), so daß Hochglanzbroschüren, in denen die alten Lügen der Atomlobby wiedergekäut werden nochmals als „Bürgerinitiativen"-Broschüren erscheinen.

Ein Höhepunkt der rechten Mobilmachung sollte die Demonstration am 29.9. in der Bundeshauptstadt Bonn werden. Diese Demonstration stand unter dem Motto *„Sichere Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland durch Kohle und Kernenergie"*.

An dieser Demonstration, die nach dem Willen der Veranstalter zeigen sollte, daß *„es nicht nur Gegner der Kernenergie gibt"*, nahmen ca. 6000 - 7000 AKW-Befürworter teil. Die Presse spielte die Sache dann auf eine Teilnehmnerzahl von 10.000 („SZ") hoch, Springer's „Welt" ließ sie gar auf 14.000 anwachsen. Eine kleine Gruppe von Gegendemonstranten der örtlichen BI, die ein Flugblatt „von einigen Kalkar-Fahrern" verteilten, wurden von als „Ordnern" getarnten Schlägern bedroht.

Den Großteil der Demonstration stellten Kollegen aus der Atomindustrie, die unter dem Druck, bei einer Nichtteilnahme eventuell ihren Arbeitsplatz zu verlieren,sich für diese miese Propaganda-Show zur Verfügung stellten bzw. die dafür in aller Regel entlohnt worden sind. So erhielt jeder Beschäftigte der „Vereinigten Saarländischen-E-Werke"(Saarbrücken) 1 Tag frei, 30,- DM und freie Busfahrt.

Aufgerufen hatten mehrere Betriebsräte aus der Atomindustrie und der rechte Sumpf sog. „AKW-Ja"-Bürgerinitiativen, u.a.:

- Die „BGE" – „Bürgerinitiative für gesicherte Energieversorgung" aus Langen,
- die „Bürgerinitiative Kernenergie" aus Dietzenbach,
- der Betriebsrat des Schnellen-Brüters in Kalkar,
- eine Gruppe belgischer Mitarbeiter aus Kalkar,
- der Betriebsrat der Firma Interatom.
- Unterstützung fand die Demonstation ferner bei der rechtsradikalen „MLD", die auf der Demonstration ein Schweins-Flugblatt verteilte, in dem im Stil des Bayernkurier gegen die AKW-Gegner gehetzt wurde.

Die Initiativen für diese Atom-Show-Veranstaltung ging von dem Betriebsrat der „Interatom" aus der
hetzt wurde.

Die Initiativen für diese Atom-Show-Veranstaltung ging von dem Betriebsrat der „Interatom" aus, der sich inzwischen offensichtlich völlig zu einem Teil „Öffentlichkeitsabteilung seiner Firma" mausert. Der Betriebsrat war schon bei der Unterschriftensammlung für Kernenergie, die in den Konzernen im März dieses Jahres durchgeführt wurde, maßgeblich beteiligt. Damals wurden mit viel Tam-Tam durch die Presse 30.000 Unterschriften an Bundeskanzler H.Schmidt übergeben.

Ziel der rechten Gegenmobilisierung war laut Redner des BR-Interatom auf der Demonstration folgendes: *„Die Idee, nach dem Wochenende der Demonstration von Kalkar zu demonstrieren, war kein Zufall, wir wollten einen kleinen Kontrapunkt dazu setzen,"* („Welt", 30.9. 77).

In dieser Hinsicht fand die Demonstration die volle Unterstützung durch die Bundesregierung und die Presse. Schon in der Vorbereitungsphase brachte H.Schmidt in einem Brief an den Betriebsrat seine ‚Freude' über die Demonstration zum Ausdruck, denn *„durch die Demonstration werde dem Eindruck vorgebeugt, als ob die gegen die Errichtung von Kernkraftwerken auftretenen Bürgerinitiativen im öffentlichen Meinungsbild der allein maßgebende Faktor seien"* („FR", 29.9.77).



Im Jahre 23 n. K. (nach Kalkar)
DEMONSTRATION und KUNDGEBUNG
am DONNERSTAG, den 29. SEPTEMBER 1977
in der BUNDESHAUPTSTADT B O N N
WIR TRETEN DORT ÖFFENTLICH EIN
- für den Schnellen Brüter Kalkar
- für das Energieprogramm der Bundesregierung
- für Entwicklung und Fortschritt
- für die Sicherung von Arbeitsplätzen
- für die Solidarisation Kohle und Kernenergie

Einzelinteressen müssen sich den Gesamtinteressen unterordnen! Bürger, laßt Euch nicht vor den Karren der „Systemveränderer" spannen!

Die Demonstration lief unter folgenden Parolen der Atomindustrie:

- *für die Sicherung des sozialen Besitzstandes*
- *für die Erhaltung unserer Arbeitsplätze*
- *für die Humanisierung der Arbeitsplätze*
- *für die sorglose Zukunft unserer Kinder und Enkel*

(aus dem Aufruf der Interatom-Öffentlichkeitsabteilung – sprich BR).

Erfreulich war, daß dieser Kontrapunkt zur Kalkar-Mobilisierung relativ mager ausfiel, allein gemessen an der Vielzahl der Beschäftigten von Siemens/KWU.

Die profaschistischen Vögel vom „MLD" („Marxisten-Leninisten Deutschlands") griffen die AKW-Gegner als „Systemveränderer" an, die *„den demokratischen Staat schwächen, wirtschaftliches und politisches Chaos herstellen"* wollten. Diese *„Einzelinteressen müssen sich den Gesamtinteressen unterordnen"* wie es schon bei den Faschisten geheißen hatte. *„Das Kernenergieprogramm darf ... nicht durch endlose Debatten und Prozeßverschleppungen sabotiert werden, das hat nichts mit Demokratie zu tun"* – also weg damit. Wenn AKW-Gegner nichts in einer Demokratie zu suchen haben, dann wird es natürliche nur noch Pro-AKW-Demonstrationen geben können.

AKW-Nein-Kommission

Interatom-BR — Immer aktiv

Interatom-BR — Immer aktiv für die „Firma"

Nicht nur zur Bonner Demonstration hat der Betriebsrat sich im Sinne der eigenen Firma, bzw. der gesamten Atomindustrie bemüht. In Köln, wo die Firma beheimatet ist, organisierte der BR eigens Informationsstände *„über die Notwendigkeit der Kernenergie"*, zu der die Belegschaft auf Wunsch des BR kommen soll. *„Ferner sucht der Betriebsrat noch Mitarbeiter, die für längere Zeit an den Veranstaltungen teilnehmen, vorzugsweise junge, gutaussehende Mitarbeiterinnen"* (lt. „ID",176).

Mit welchen Mitteln der BR im Betrieb arbeitet, um seine Vorstellungen durchzusetzen, und wie er unliebsame Gegenmeinungen unter Druck setzt, macht der Fall eines BR-Mitgliedes deutlich.

Anläßlich der Unterschriftensammlung im März dieses Jahres, hatte sich dieser BR am Schwarzen Brett des Betriebsrates gegen die Unterschriftensammlung ausgesprochen, nicht einmal wegen des Inhalts, sondern wegen der Gefahr der „Gesinnungsschnüffelei" unter den Kollegen.

In dem Schreiben heißt es u.a.: *„Wie will man verhindern, daß Mitarbeiter, die nicht unterschreiben wollen, Nachteile hinnehmen müssen, bis hin zur Aufforderung, sich einen anderen Arbeitsplatz zu suchen? Nochmal, nicht gegen den Inhalt des Aufrufs richtet sich dieser Kommentar. Aber ein Verfahren, welches in einer solch kontroversen Thematik die Mitarbeiter regelrecht unter Druck setzt, eine ganz bestimmte Meinung zu haben und auch zu äußern, konnte von mir nicht unwidersprochen hingenommen werden"* („Konkret", 5/77).

Die Reaktion der rechten BR-Clique erfolgte promt. Der angesprochene Betriebsrat wurde wenige Tage später seines Amtes enthoben, mit der Begründung, er habe *„gezielt eine Diffamierung der Belegschaftsmitglieder gegenüber dem Betriebsrat betrieben"* („Konkret", 5/77).

Erste Vorbereitungen für die WAA in Gorleben

Seit einiger Zeit wird über eine neue Autobahn zwischen Hamburg und Westberlin verhandelt, für deren Streckenführung es bisher zwei Vorschläge gibt: Eine Nordtrasse und eine Südtrasse. Die zweite, die wie zufällig direkt an der geplanten Wiederaufbereitungsanlage (WAA) vorbeiführt, wird massiv von Albrecht unterstützt. Hierbei wird er nicht müde, den Zusammenhang zwischen Südtrasse und WAA herunterzuspielen. Ihm geht es natürlich *„um die Verkehrsschließung der strukturschwachen Zonenrandkreise"* („Elbe-Jeezel-Zeitung" – „EJZ", 5.9.77). Andererseits räumt er natürlich ein, daß eine Autobahn durch den Landkreis Lüchow-Dannenberg *„für das Entsorgungszentrum und das damit verbundene erhöhte Verkehrsaufkommen von Nutzen sei"* („EJZ", 5.9.77). Oder er verweist auf *„praktische Erwägungen ..., die wegen des jährlichen Transports von rund 1.500 Tonnen radioaktivem Abfalls nach Gorleben für die Südtrasse sprechen"* („FAZ", 21.9.77).

„Dieser Gesichtspunkt habe jedoch auf die Befürwortung der Südtrasse keinen Einfluß" („EJZ", 5.9. 77 (!?). Entsprechend der Taktik Albrechts versucht er hier, solange wie möglich die tatsächlichen Zusammenhänge zu verschleiern, um keine schlafenden Hunde zu wecken. D.h., daß die BIs erkennen, daß sie ein weiteres Mal von ihm übers Ohr gehauen werden sollen. Denn einmal mehr wird deutlich, daß die Entscheidung für Gorleben schon längst gefallen ist und die ersten „Infrastruktur-Maßnahmen zur Vorbereitung des Baus beginnen.

SPD: Schwierigkeiten mit der Parteibasis

Unter dem Eindruck der verschiedenen Großaktionen und aufgrund der wachsenden Zahl der AKW-Gegner hat sich auch innerhalb der SPD die Diskussion um das Atomprogramm der Bundesregierung verschärft. Sichtbarster Ausdruck dieses Konflikts sind Beschlüsse der Landesbezirke Hamburg, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg, in denen ein Baustop bis zur Klärung der „Entsorgungsfrage" gefordert wurde. Diese Beschlüsse stehen in offenem Widerspruch zu der von der SPD/FDP-Regierung geplanten Ausweitung des Atomprogramms, worüber schon im Herbst im Bundestag beraten werden soll. Die nächste Klippe, die es dabei von den SPD-Führern zu überwinden gilt, ist der SPD-Parteitag im Oktober. Um dort ein Votum für das Regierungsvorhaben herbeizuführen, oder zumindest jeden Beschluß zu verhindern, der das Atomprogramm in irgendeiner Weise beeinträchtigen könnte, wurden auf allen vorbereitenden Landesparteitagen Beschlüsse zum Atomprogramm gefaßt.

Rechtzeitig vor diesen Landesparteitagen verschickte Bundesforschungsminister Matthöfer im August ein internes Ausrichtungspapier mit dem Titel: „Konsequenzen einer Genehmigungspause für Kernkraftwerke". Darin werden die sattsam bekannten „Gefahren" eines Baustops an die Wand gemalt: Arbeitslosigkeit, geringes Wachstum der Wirtschaft, Verluste gegenüber der ausländischen Konkurrenz und drastische Sparmaßnahmen.

Offene Unterstützung erhalten die SPD-Führer dabei von der Gewerkschaftsführung, die erst jüngst durch die Organisierung einer Demonstration von Angestellten der Atomindustrie ihren Standpunkt eindeutig darlegte.

Welche Bedeutung diese Fragen für die SPD-Führung haben, läßt sich allein schon daran erkennen, daß auf allen Landesparteitagen Spitzenvertreter der Regierung anwesend waren, um die Delegierten zur Räson zu bringen. Mit dieser Kampagne konnten sie denn auch einige Erfolge erreichen: Nur Bayern-Süd und Bremen sprechen sich weiterhin für einen Baustop aus. In anderen Bezirken wurde nur noch gefordert, die Genehmigung weiterer AKWs von der „Entsorgungsfrage" abhängig zu machen. Mit diesen ersten Erfolgen in der Tasche formulierte der SPD-Vorstand einen Antrag für den Parteitag. Danach soll es keinerlei Einschränkungen bei den in Bau befindlichen AKWs geben; lediglich die Genehmigung weiterer AKWs soll von der ersten Teilgenehmigung der Entsorgungsanlage in Gorleben abhängig gemacht werden.

Damit wird zwar das bestehende Atomprogramm in keinster Weise behindert, gleichzeitig hält sich die SPD damit aber die Möglichkeit einer Beschwichtigungspolitik gegenüber den Bürgerinitiativen offen.

Hier eine Übersicht der Landes- und Bezirksparteitage:

Westliches Westfalen: Die Delegierten sprachen sich gegen eine „Denkpause" aus, forderten aber den sofortigen Stop des „Schnellen Brüters" in Kalkar. Brandts Mahnung, keinen „Glaubenskrieg" in Sachen Kernenergie zu führen, hatten also nicht ganz gefruchtet („FAZ", 19.9.). Für den Bau der AKWs hatte sich besonders der Recklinghausener DGB-Vorsitzende stark gemacht, da ein Verzicht auf Atomenergie zu verstärkter Arbeitslosigkeit führe („Welt", 17.9.).

Bezirk Niederrhein: Die SPD-Minister Posser und Farthmann setzten einen Beschluß durch, mit dem SPD-Mitgliedern verboten wurde, an der Kalkar-Demonstration teilzunehmen. Beschlossen wurde weiterhin, daß die Entscheidung für die AKWs nicht mehr zurückzunehmen sei und nur noch das Problem der „Schnellen Brüter" gelöst werden müsse („FAZ", 19.9).

Franken: Mit der Drohung von Justizminister Vogel vor einer Verschärfung der Arbeitslosigkeit konnte der volle Regierungskurs durchgesetzt werden: weitere Genehmigungen werden nach der „Sicherung " (als Sicherung gilt dabei schon die Genehmigung des Baus der WAA) der Entsorgung erteilt, ansonsten sollen die Entscheidungen der Regierung und den Parlamenten überlassen bleiben („SZ", 19.9.).

Westberlin: In ähnlicher Weise versuchte Koschnik Stimmung gegen die Entscheidungen von Gerichten zu machen. In dem Beschluß des Parteitages wird gefordert, daß neue AKWs „erst" genehmigt werden sollen, wenn Wissenschaftler zu allen betreffenden Fragen gesprochen haben (solche Wissenschaftler lassen sich jederzeit finden). Ein Sachverständigenrat soll das Gefährdungspotential bestehender AKWs prüfen und sie gegebenenfalls stillegen (wie wärs mit der erprobten Reaktorunsicherheitskommission oder dem TÜV?) („FAZ", 19.9.77).

Hamburg: Auf dem Hamburger Parteitag ging Bundeskanzler Schmidt in die Vollen – eine kleine Vorkost für den Gesamtparteitag der SPD:

„Überall gibt es Leute, die endlos reden und die Gerichte einschalten wollen. So reich sind wir nicht an Arbeitsplätzen, daß wir uns das leisten könnten" („Hamburger Abendblatt", 17.9.77). Die BI's hätten schon mehr als 20.000 Arbeitsplätze vernichtet und auch die Gerichte würden *„nur die allgemeine Mode in unserem Denken"* widerspiegeln, was ihnen schleunigst ausgetrieben werden müsse. *„Wer Strom verbrauchen will, aber verlangt, daß ein neues Kraftwerk nicht vor seiner eigenen Haustür gebaut werden dürfe – diesen Bürger müssen wir zum Gemeinschaftsgeist erziehen"*, –fuhr er fort und man solle sich davor hüten, *„Bürgerinitiativen von Intellektuellen für den Ausdruck des allgemeinen Willens des deutschen Volkes zu halten"* („Welt", 19.9.77). Kleinbürgerliche Intellektuelle ohne „Volksdeutschen Gemeinsinn", mit einer derart faschistoiden Propaganda und mit Hilfe reaktionärer und „volks"naher Gewerkschaftsführer will Schmidt die Zukunft des Atomprogramms sichern. Mit diesem Dreh soll dann auch noch die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit dem mangelnden „Gemein- und Volkssinn" der AKW-Gegner in die Schuhe geschoben werden.

Nach diesen Hetztiraden meldete die Hamburger „Morgenpost" zynisch, die SPD setze sich für eine *„maßvolle (!) Nutzung und Weiterentwicklung der Kernenergie"* ein. *„Wenn die Entsorgungsfrage so gelöst ist, daß katastrophale Folgen ausgeschlossen werden können"* („FR", 19.9.77), soll munter weitergebaut werden. Die AKW-Betreiber übernehmen jederzeit derartige Garantien.

Hessen: Ähnlich rechts-forsch trat Matthöfer in Hessen Süd auf. An Baustopp-Beschlüsse würde sich die Bundesregierung sowieso nicht halten, denn sie befände sich dann in einer Lage, in der *„sie die Beschlüsse der Partei nicht beachten könne, wenn sie ihre Gesamtvertretung gegenüber dem deutschen Volk (?) gerecht werden"* wolle. („FR", 22.9.77). Außerdem pöbelte er gegen die Delegierten, die sich zu wenig Gedanken um die Fragen der Arbeitslosigkeit machen würden, da die wenigsten von ihnen Arbeiter wären. Dann apellierte er an die „Solidarität der Parteimitglieder", denn ein Baustop habe *„die Stärkung der Kräfte der politischen Reaktion"* zur Folge (ebenda). Dieses Argument, das immer herhalten muß, wenn die SPD-Führung das ihr von der Bourgeoisie gesetzte Programm gegen die Basis durchsetzen muß, verfehlte auch hier nicht seine Wirkung. Als scheinbarer Gegenpart trat Eppler auf, der sich mit dem Schnack: *„Jedes AKW, das nicht gebaut wird, bedeutet mehr Sicherheit für unsere Kinder"* einführte („FR", 23.9.). Zwar schlug er auch noch eine Sicherheitspause vor, in der sich die Industrie nach alternativen Energieträgern umsehen müsse, ansonsten vertrat er jedoch den gleichen Kram wie Matthöfer: Damit die BRD nicht doch eines Tages im Dunkeln säße, solle man sich *„die Option für die Kernenergie offen halten"*. („FR", 22.9.77). Das ganze brachte er so, als wolle er langfristig die AKWs *„überflüssig"* machen. Nach typisch sozialdemokratischer Logik will er sie deshalb erst einmal bauen lassen.

Mit diesem Humbug fand er tatsächlich breiten Anklang. Nach Auffassung dieses Parteitags sollen die AKWs nur gebaut werden, um „Versorgungskrisen zu vermeiden" (und wenn es die nicht gibt, werden sie geschaffen oder herbeigeredet). Genehmigt werden sollen AKWs „erst" nach dem Baubeginn der WAA („FR", 19.9.). Nuklearexport dürfe nur in Länder betrieben werden, die den Atomwaffensperrvertrag unterschrieben haben (ebenda). Die ehemalige Juso-Vorsitzende Wieczorek-Zeul geriet angesichts soviel „Courage" glatt ins Schwärmen und faselte davon, daß diese Beschlüsse *„wichtig für die Linke in der Partei"* (bei ihrem nächsten Katzbuckel) seien („HA", 19.9.77).

Eindeutige Beschlüsse für einen sofortigen Baustop faßten nur Bremen und Südbayern:

Südbayern forderte den Baustop aller AKWs. Bei den in Betrieb befindlichen müsse der Nachweis der Entsorgung und des gesicherten Betriebs geführt werden. Der Brüter soll nicht mehr aus Steuergeldern finanziert werden.

Bremen faßte ähnliche Beschlüsse. Zusätzlich forderten die Delegierten dort ein internationales Verbot von Nuklearexporten und die Kündigung des Vertrags mit Brasilien („FR", 19.9., „SZ", 20.9.77).

Diese Beschlüsse entsprechen nahezu denen des Juso-Vorstandes, der zusätzlich die Stillegung von laufenden Reaktoren forderte („Welt", 19.9.77).

Direkt nach diesen Landesparteitagen tagte der Bundesvorstand der SPD und verabschiedete folgenden Antrag für den Bundesparteitag im November: Weitere AKWs dürfen erst dann gebaut werden, wenn die erste Teilgenehmigung der WAA vorliege. Spätestens 1981 könne dann wieder losgelegt werden („SZ", 20.9.77). Dieser Beschluß kam gegen oder ohne die Stimmen von Brandt, Schmidt und Matthöfer zustande. In der Presse wurde das gleich großartig als 1-3-jähriger Baustop herausgeputzt. Schmidt erklärte sofort, er fühle sich an solche Beschlüsse im Sinne des „Volkswohls" nicht gebunden („Ruhrnachrichten", 24.9.77). Er werde keine „Denkpause" hinnehmen. Sofort beeilten sich andere SPD-Vorständler, die Kennzeichnung ihres Beschlusses als „Moratorium" abzuschwächen. Arndt verteidigte die Beschlüsse, weil sie sich mit Gerichtsentscheidungen decken würden. Wenn das Konzept der WAA klar sei, gebe es auch keinen Baustop („SZ", 22.9.77). Matthöfer erkärte, daß dieser Beschluß dazu dienen könnte, Albrecht unter Druck zu setzen, die Genehmigung für den Bau der WAA zu beschleunigen („SZ", 21.9.).

Aber selbst nach diesem Vorstandsantrag besteht noch die Möglichkeit, daß der Parteitag einen – wenn auch kurzen – Baustop befürwortet. Als völlig gesichert kann jetzt aber auch schon gelten, daß sich die Regierung an keinen – wie auch immer aussehenden – Beschluß des Parteitags halten wird. Zu erwarten ist eine Verschärfung der Kampagne gegen die „intellektuellen Schwätzer", die dem „Volksinteresse" Schaden zufügen und die den „Gemeinsinn des Volkes" zerstören würden. Bündnispartner werden die SPD-Führer dabei in den Gewerkschaftsführern und den Pro-AKW-BIs finden, die versuchen werden, die „Volksstimmung" anzuheizen.

AKW-Nein-Kommission

Neuer Maßstab bei Demonstrationsverboten gegen AKW's

Im letzten ARBEITERKAMPF hatten wir bereits kurz von der Demonstration in Philippsburg berichtet.

Rund 1.200 AKW-Gegner waren gekommen, um gegen die Inbetriebnahme von Block I und den Baubeginn von Block II zu protestieren.

5.500 Bullen waren herangeschafft worden, die auf allen Zufahrtsstraßen Kontrollen durchführten und die Rheinschanzinsel, auf denen die AKWs stehen, hermetisch abriegelten.

Allein dieses Massenaufgebot an Bullen (5 Bullen auf einen Demonstranten) war eine reine Provokation für eine Demonstration, die nach dem erklärten Willen aller Beteiligten friedlich geplant war und bei der erklärtermaßen auch kein Besetzungsversuch unternommen werden sollte (weil dies schon allein von den Mobilisierungsmöglichkeiten der BIs her absurd gewesen wäre).

Ursprünglich hatten die BIs zum Baugelände hindemonstrieren wollen. Das wurde ihnen allerdings 5 Tage vor der Demo vom Landratsamt Karlsruhe verboten.

Dieses Verbot ist nicht nur deshalb von Bedeutung, weil es ein weiteres Beweisstück für die Tatsache ist, daß derzeit Demonstrationen an AKW-Bauplätzen (mit hanebüchenen Begründungen im einzelnen) schlichtweg verboten sind. Darüberhinaus macht diese Verbotsbegründung deutlich, daß heute nicht nur die „K-Gruppen" Freiwild für die Behörden und Bullen sind, sondern die Anti-AKW-Bewegung insgesamt. Die Demo wurde nämlich am Bauplatz verboten, weil u.a. der KB dazu aufgerufen hatte, obwohl die Behörden ausdrücklich bescheinigen mußten, daß der KB für diese Aktion nicht einmal etwas „Rechtswidriges" geplant hatte.

Trotzdem wäre das AKW bei einer Demo auf Rheinschanzinsel gefährdet gewesen – so das Landratsamt.

Es ist schon fast unnötig zu erwähnen, daß die Gerichte bei diesem Willkürakt voll mitgespielt haben!

Wir bringen hier die wichtigsten Passagen aus der Begründung:

– *„die öffentliche Sicherheit auf der Insel"* sei *„nicht gewährleistet"*, weil auf der Insel kein geeigneter Kundgebungsplatz sei.



Bullensperre bei Demonstration gegen AKW Philippsburg

– *„Dies umsomehr, als nach den dem Landratsamt Karlsruhe-Kreispolizeibehörde- vorliegenden Erkenntnissen die Demonstration von Mitgliedern der sogenannten „K-Gruppen" (Kommunistischer Bund = KB u.a.) maßgeblich mit vorbereitet worden ist. Daher muß davon ausgegangen werden, daß eine nicht unerhebliche Zahl von Mitgliedern dieser „K-Gruppen" an der Demonstration teilnehmen werden. Mit dem Flugblatt „Philippsburg-Info", Verlag J. Reents, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50, haben diese Gruppen zur Teilnahme aufgerufen. In der Vergangenheit haben gerade diese Gruppen bei Aktionen gegen Kernkraftwerke an anderen Standorten zu Ausschreitungen aufgerufen und selbst Gewaltätigkeiten begangen. ... Speziell für die vorliegend geplante Demonstration ist zwar bisher von den genannten „K-Gruppen" keine rechtswidrige Aktion angekündigt worden. Jedoch können derartige Aktionen nach den Erfahrungen der Vergangenheit keinesfalls ausgeschlossen werden, nachdem die Teilnahme der genannten „K-Gruppen" an der Demonstration ... zu erwarten ist." ... „Angesichts dieser Gefahren und unter Berücksichtigung der Länge der KKW-Gesamtumzäunung von nahezu 3.000 m kann eine Gefährdung des Kernkraftwerks nur durch ein Demonstrationsverbot auf der gesamten Rheinschanzinsel verhindert werden."*

Aus dieser Begründung wird deutlich, daß das Verbot neben der willkürlichen Einschränkung des Demo-Rechts gleichzeitig darauf zielt, Teile der BI-Bewegung dazu zu bringen, möglichst in ihren eigenen Reihen ein Kommunisten-Verbot zu erlassen, und damit ihre Überparteilichkeit aufzugeben.

Zwar protestierten die BIS in einer Presseerklärung gegen die Einschränkung des Demo-Rechtes und forderten den Abzug der Polizei (mit 5:1:1 Stimmen).

Dennoch tat das Demoverbot seine Wirkung auf eine Reihe von BBU-Initiativen. Die Bürgeraktion Umweltschutz Karlsruhe (BBU) wollte erst gar nicht bis zur Polizeisperre gehen, aus Angst vor Auseinandersetzungen mit der Polizei an der Sperre. Sie drohten damit, aus der Demoleitung auszusteigen, und sich öffentlich von diesem Vorgehen zu distanzieren, als sie mit ihren Vorstellungen in der Minderheit geblieben waren.

An der Sperre selbst ließen dann diese Teile den Lautsprecherwagen einfach durchfahren, so daß gegen die Absprachen der Zug an der Sperre sich in zwei Teile aufspaltete, was die Demonstranten insgesamt gefährdete. Schon vorher auf der Kundgebung in Philippsburg war dem Sprecher des Ermittlungsausschusses einfach die Rede „zensiert" worden, indem man ihm den Saft abgedreht hatte, in Erwartung einer allzu „linkslastigen" Rede.

Derartige Spaltungs- und Abgrenzungsmanöver von einigen BI-Führern, die die Anti-AKW-Bewegung zur Aufgabe ihrer Rechte auffordern wollen, müssen in aller Schärfe bekämpft werden.

AKW-Nein-Kommission

„Stern" auf Pro-AKW Kurs

Einen besonders dümmlichen Beitrag veröffentlichte jüngst der „Stern" (Nr. 40/77) von dem man schon Ausgewogeneres zu diesem Thema gehört hatte. Ein mit „Wissenschaftsredaktion" unterzeichneter Artikel lud zu einigen Märchenstunden ein. Ausgerechnet der amerikanischen „Wissenschaftler" Beckmann, der allein durch seine Dummheit besticht, wurde dabei als Pate ausgewählt.

Dieser „Wissenschaftler" hält z.B. das Leben in einem „Grand Hotel" in Manhattan für gefährlicher als das neben einem AKW. Denn der Bahnhof in Manhatten enthalte radioaktives Granit — während natürlich die AKW's völlig strahlungsfrei arbeiten. Eine weitere Kostprobe dieses Artikels: Ein Unfall beim Putzen von Sonnenkollektoren sei wahrscheinlicher als ein Unfall im AKW. Womit schlagend bewiesen ist, daß nichts ungefährlicher ist als Atomenergie.

Als die „Stern"-Redaktion es ablehnte, solchen Unsinn zu veröffentlichen, machte Henri Nannen von seinem Vetorecht Gebrauch und setzte den Artikel gegen den Widerstand der Redaktion durch. Sicherlich hat er dabei an seinen Busenfreund Schmidt gedacht, dem die Duchsetzung des Atomprogramms schon schwer genug fällt.

AKW-Nein-Kommission

Betrieb und Gewerkschaft





Metall

12. Gewerkschaftstag der IG Metall

Wo Demokratie ein Fremdwort ist ...

Die IG Metall wolle „eine härtere Gangart" einschlagen, der Vorstand habe einige „Schlappen" erlitten. Solche und ähnliche Kommentierungen in der bürgerlichen Presse haben den IGM-Gewerkschaftstag begleitet. Nichts dergleichen ist allerdings der Fall. Mit keinem der angenommenen Beschlüsse ließe sich beweisen, daß die IG Metall gegenüber den Unternehmern in Zukunft „rauheren Wind wehen lassen" wird. Und die sogenannten „Vorstandsschlappen" sind nichts weiter als lästiger Staub auf der weißen Vorstandweste, denen aber im nachhinein die gute Seite abzugewinnen: Nutzt es doch ihrer Behauptung existierender „innergewerkschaftlicher Demokratie", wenn der Vorstand in einzelnen Fällen entgegen seiner Empfehlung Abstimmungsniederlagen einstecken mußte, die andererseits ihm keinerlei Kurs aufzwingen,den zu tragen er nicht bereit ist. Es bleibt auch nach dem 12. Gewerkschaftstag in der IGM, wie es schon immer war: Die Politik wird nicht auf einem Gewerkschaftstag, dem höchsten beschlußfassenden Organ, bestimmt. Vielmehr war und ist dies eine Versammlung, in der die Gewerkschaftsführer sich ihre Politik bestätigen lassen, in der die Oberen sich den Dank für drei zurückliegende und den Vorschuß für drei weitere Jahre Vorstandsherrschaft überreichen lassen. Eine „machtvolle Demonstration gewerkschaftlicher Einheit", die nur einen Nenner kennt: den der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer.

Der „innergewerkschaftlichen Demokratie" höchste Vollendung

Ein solcher Gewerkschaftstag ist nur zu verstehen, wenn man sich den Zustand der Demokratie in der Gewerkschaft insgesamt betrachtet. Die IGM ist eine durch und durch zentralisierte Organisation mit einem einzigen Entscheidungsstrang: von oben nach unten. Wohlgemerkt: Dies gilt für eine »Einheitsgewerkschaft«, in der sich dem Anspruch nach unterschiedliche parteipolitische und weltanschauliche Strömungen zusammenfinden sollen.

Der Zentralismus läuft über die Allmacht des Vorstands, dem laut Satzung das letzte Wort in allen Fragen konkreter Entscheidungen (Annahme oder Ablehnung von Tarifergebnissen, Aufstellung von Forderungen etc.) obliegt. So werden beispielsweise auf Gewerkschaftstagen auch keine konkreten Beschlüsse gefaßt, sondern es wird der grobe Rahmen bestimmt, in dem der Vorstand die Möglichkeit zur Ausgestaltung hat. Dieses zentralistische System setzt sich fort: Leiter der Bezirke (der nachgeordneten Organisationseinheit der IGM) werden vom Vorstand eingesetzt, sind sozusagen direkte Erfüllungsgehilfen der Vorstandspolitik. Sie sind es, die auf Orts- und Bezirksebene die praktische Politik bestimmen, ohne sie kann nichts »satzungsgemäß« laufen. Sie sind von den Mitgliedern und Vertretern nicht abwählbar, nur vom Vorstand abberufbar. Die darunterliegende Ebene, die Ortsverwaltung, wird in der Regel auf Delegiertenversammlungen gewählt. Einmal gewählt, ist sie laut Satzung nicht abwählbar, wohl aber durch den Vorstand absetzbar, auch gegen den Mitglieder- oder Vertreterwillen (so geschehen in der Kölner IGM von drei Jahren). Wählbar und gleichzeitig auch abwählbar ist nur die untere Ebene, die betrieblichen Vertrauensleute. Ihre Wahl bedarf allerdings wieder der Bestätigung durch die Ortsverwaltungen, die eine Wahl auch ablehnen kann.

Zusammengefaßt: die Vorstandsmacht ist abgesichert, total. Sie kann (theoretisch) nur alle drei Jahre bei der Neuwahl des Vorstands auf dem Gewerkschaftstag gebrochen werden. Dagegen steht aber, daß durch das ausgeklügelte System des Vorstandsrechts auf Besetzung entscheidender Positionen mit Leuten seiner Wahl und der gleichzeitigen Möglichkeit, demokratische Wahlen an der Basis satzungsgemäß für null und nichtig zu erklären, ein einmal gewählter Vorstand praktisch nicht zu erschüttern ist. Die „innnergewerkschaftliche Demokratie" in der IG Metall und in fast allen DGB-Gewerkschaften läßt sich unter das Motto fassen: „Alle Macht dem Vorstand, keine Macht der Basis".

Vor diesem Hintergrund muß man das Zustandekommen der Gewerkschaftstagsdelegierten sehen. Gerade der Gewerkschaftstag wird von den DGB-Führern als Beleg für existierende Demokratie und ihre Legitimierung als Sprecher aller Arbeitnehmer angeführt, wird hier doch der Vorstand offiziell »zur Rechenschaft gezogen« und »gewählt«.

2,6 Millionen Mitglieder hat die IGM. 546 Delegierte sollten diese auf dem Gewerkschaftstag vertreten. Diese Delegierten durchlaufen bei ihrer Wahl für den Kongreß allerdings vorher den oben beschriebenen innergewerkschaftlichen Weg, der vergleichbar einem sich verengenden Trichter ist: Was am Ende noch durchkommt, ist der gewünschte Vorstands- und linientreue Delegierte, von dem dann die Legitimation für die kommende Amtsperiode erteilt wird. Daß dabei natürlich immer wieder »Querschläger« durchrutschen, beweist nicht das Gegenteil, sondern ist das gar nicht mal ungern gesehene Salz in dieser faden Suppe.

Der Gewerkschaftstag ist also die existierende „innergewerkschaftliche Demokratie" in höchster Vollendung. Er offenbart auch die Aussichtslosigkeit einer Perspektive der schrittweisen Veränderung der Gewerkschaften auf dem Wege der Inanspruchnahme bestehender Strukturen. Oppositionelle Arbeit in einer solchen Gewerkschaft ist immer illegal, da sie zwangsläufig die Macht der Vorstände angreifen muß. Darauf hat sich jede innergewerkschaftliche Opposition einzurichten. Langfristig muß dieser Gewerkschaftsapparat sogar zerschlagen werden, soll eine gewerkschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten aufgebaut werden.

Von den 546 Delegierten auf dem 12. Gewerkschaftstag waren 113 (20,7 %) hauptamtliche Funktionsträger, das heißt, fast durchweg eingeschworene Vorstandsanhänger. Unter den Übrigen befanden sich in übergroßer Mehrzahl Delegierte, die eine jahrelange Schulung nach den Richtlinien des IGM-Vorstands hinter sich haben und gestandene Inhaber von Ehrenämtern oder betrieblichen Funktionen (Betriebsrat, Gesamtbetriebsrat, Aufsichtsrat) sind. Ein nicht unwesentliches Indiz, um was für Gewerkschafter es sich hier großenteils handelt, liefert auch die Aufschlüsselung der monatlichen Beitragszahlungen. Der Durchschnittsbeitrag der Delegierten beträgt 36,34 DM im Monat. Der normale Durchschnitt aller IGM-Mitglieder: 13,16 DM (unter dieser Marke blieben drei Delegierte, davon zwei Auszubildende). Dies ist durchaus keine Nebensächlichkeit, denn auch in der IGM wird die Beitragsmoral zum Maßstab dafür genommen, ob ein Kollege ein guter oder schlechter Gewerkschafter ist. Zahlungen unter dem festgesetzten Beitrag gilt als »gewerkschaftsschädigend«. Kritik an der Verwendung der Gelder, an dem Verprassen enormer Summen für Reisen, Spesen, hohe Funktionärsgehälter, aufwendigen Werbegeschenke, Finanzierung gewerkschaftseigener Unternehmen etc. zählt nicht.

Noch einiges zur innergewerkschaftlichen Demokratie: Es gibt ein bestimmtes, immer wiederkehrendes Ablauf-Ritual bei solchen Gewerkschaftstagen, mit dem Zeit geschunden und inhaltliche Auseinandersetzung kleingeschrieben wird: neben dem obligatorischen Sinfonieorchester oder irgendwelchen Showstars sind dies die langen Begrüßungsreden bürgerlicher Politiker von der SPD bis zur CSU!, Bürgermeister, Oberbürgermeister, Kapitalistenvertreter, Neue Heimat usw. Es folgen die ebenso endlosen Reden der vorliegenden Geschäftsberichte. Die daran anschließende Diskussion und Beratung von Anträgen verkommt im wesentlichen zu einer Bestätigungs- und Abstimmungsmaschinerie. In einer Untersuchung von Gerhard Bosch (»Wie demokratisch sind Gewerkschaften«), wird dazu festgestellt, daß zum Beispiel auf dem 10. Gewerkschaftstag 1971 97,9 % aller Abstimmungen nach den Empfehlungen der Antrags- und Satzungsberatungskommission verliefen. Nur um 0,6 % gab es Kampfabstimmungen und 1,6 % wurden abgelehnt. Diese Kommissionen sind fest in der Hand des Vorstands, sie sortieren die aus den Verwaltungsstellen eingehenden Anträge vor, kommentieren sie und geben eine Empfehlung ab, wie man stimmen soll. Dabei wird auf Differenzierungen nicht viel Rücksicht genommen, Anträge verschiedener Aussagen werden zu einem »zusammengefaßt«, ihre kritische Aussage verschwindet völlig oder sie werden als »Material« an den Vorstand verwiesen. Für die Antragsberatung ist wichtig, daß der Vorstand in Kenntnis der eingegangenen Forderungen zu allen wichtigen Fragen einen »übergreifenden« Entschießungsantrag verfaßt, der dann zur Beratung steht. So hat der Vorstand in allen Fragen immer einen Vorsprung gegenüber unliebsamen Anträgen. Auch das gehört zu seiner Machtsicherung.

Sensation: „Rebellion"!

Sensation: „Rebellion"!

Kurz vor dem Gewerkschaftstag hatte der „Spiegel" die von uns zitierte Untersuchung von Gerhardt Bosch breit veröffentlicht, aus der hervorgeht, wie undemokratisch die IGM wirklich ist (»Spiegel«, 39/77). Gewerkschaftsboß Loderer soll darüber einen Wutanfall bekommen haben (»Frankfurter Rundschau«, 20.9.). Diese Veröffentlichung hat wesentlich dazu beigetragen, daß die Delegierten gleich nach den Eröffnungsreden den »Aufstand« probierten. Die bisher übliche Antrags- und Geschäftsordnungspraxis wurde geändert. Änderungsanträge wurden vor der Gesamtentschließung des Vorstands behandelt und abgestimmt. Damit war zumindest teilweise eine Möglichkeit gegeben, diese Entschließungen wenigstens noch etwas zu konkretisieren. Der Verlauf des Kongresses zeigt indes, daß dies am Ergebnis nicht viel änderte. Die Vorstandspolitik ging auch unter leicht erschwerten Bedingungen über die Bühne.

Wir beschränken uns im folgenden auf die wesentlichen Punkte der Auseinandersetzung. Insgesamt hat der Kongreß keine Neuerungen und Veränderungen der IGM-Politik gebracht. Es liefen die üblichen Bekenntnisse zur »sozialen Marktwirtschaft« ab, viele allgemeine Absichterklärungen und Möchtegernziele wurden verabschiedet. Wenn Eugen Loderer seine Rede »kämpferisch« beendete: *Der Kapitalismus hat nie seinen Frieden mit den arbeitenden Menschen gemacht. Deshalb können wir keinen Frieden mit dem Kapitalismus schließen. Wir sind eine Kampforganisation im Interesse der arbeitenden Menschen und das bleiben wir auch«* (aus »Vorwärts«, 29.9.), so nahm ihm nicht einmal die Springerpresse dies übel. *»Loderer hat erkannt, daß er sich Bewegungsspielraum erhalten muß. Wenn man das Klassenkampfgeschwätz abstreicht, bleibt eine gewisse Standfestigkeit der IG Metall-Führung festzuhalten«.* (»Welt«, 27.9.).

„Konzertierte Aktion"

Der Vorstand wurde vom Gewerkschaftstag beauftragt, sich beim DGB dafür einzusetzen, daß die Teilnahme an der »Konzertierten Aktion« bis zur Urteilsverkündigung im Verfassungsstreit um die Mitbestimmung auszusetzen ist. Dieser Beschluß wurde gegen das Votum des Vorstands verabschiedet. Es ist allerdings ein Irrtum anzunehmen, damit sei eine Absage an diese auf höchster Ebene installierte Form der »Sozialpartnerschaft« erteilt. Wurde noch auf den letzten beiden Gewerkschaftstagen die »Konzertierte Aktion« grundsätzlich in Frage gestellt, so geschah dies diesmal überhaupt nicht. Außerdem hat der Beschluß insofern kaum Bedeutung, als er weder etwas über die Intensität des Vorstands-Einspruchs beim DGB aussagt, noch darüber, was bei der zu erwartenden Ablehnung durch den DGB gemacht werden soll. So stellte Loderer denn auch fest, *»daß er durchaus mit einem solchen Beschluß zu leben in der Lage ist«* (»FAZ«, 22.9.), und kündigte die Teilnahme an der nächsten Sitzung der »Konzertierten Aktion« an (»Welt«, 27.9.).

35-Stunden-Woche

Ebenfalls gegen das Vorstandsvotum wurde in die Entschließung zur Tarifpolitik die Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche aufgenommen. Hauptargument: Dadurch würden zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Gleichzeitig wurde in die Entschließung der Zusatz mit aufgenommen (was Loderer in seinem Schlußwort hervorhob), »daß damit nichts über die Prioritäten der Forderungen ausgesagt« werde ...

Immerhin gab es hier eine Kampfabstimmung, die mit 275 : 261 für die 35-Stunden-Woche endete. Diese Forderungen ist eine der wenigen, die im betrieblichen und gewerkschaftlichen Kampf unter Berufung auf den Gewerkschaftstag verwendbar ist. Bereits zur anstehenden Tarifrunde muß sie auf den Tisch gebracht werden!

Änderung der Schlichtungsordnung

Auch diese, in der Kommentierung des Gewerkschaftstages als »radikal« qualifizierte Änderung, hält nicht, was ihre Befürworter und Kritiker verheißen. Die IGM will bei der nächsten Neuverhandlung der Schlichtungsordnung fordern, daß der Zwang zur Teilnahme an der Schlichtung (Einlassungszwang) zukünftig nicht mehr besteht (bisher reichte es aus, das Verfahren beginnen zu lassen, wenn eine der beiden Seiten den Schlichter anrief). Ferner soll die »Friedenspflicht« während der Dauer der Schlichtung beseitigt werden. Das bedeutet nicht, daß damit bei Bedarf gestreikt werden darf (denn dazu gibt es ja noch die innergewerkschaftliche Barriere der Urabstimmung), sondern das hieße nur, daß kleinere Warnstreiks nicht mehr illegal wären.

Erwähnenwert von diesem Gewerkschaftstag sind noch die folgenden Punkte, die die Staats- und Systemtreue der IG Metall-Führung belegen:

Mitbestimmung

Eine ungewollte Bankrotterklärung in Sachen Mitbestimmung gab IGM-Experte Judith ab, als er darauf verwies, daß im Musterbereich der Montanmitbestimmung, der Stahlindustrie, seit 1975 29.000, in den ersten neun Monaten dieses Jahres allein 10.000 Arbeitsplätze verlorengegangen sind, trotz Mitbestimmung! Weitere Stillegungen und der Verlust von 45.000 — 50.000 Arbeitsplätzen würden drohen! Insbesondere in diesem Bereich hat es keine Aktionen dagegen gegeben, was Judith völlig zu recht auf das »große Vertrauen« der Kollegen »in die Mon-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 16

tanmitbestimmung« zurückführt. Konsequenz des Gewerkschaftstages ist nun aber nicht, ein Umbesinnung auf Kampfaktionen. Stattdessen wird die nächste Sackgasse angesteuert: *»Überbetriebliche Mitbestimmung (damit) einzelwirtschafliche Entscheidungen in ein gesamtwirtschaftliches Ganzes eingebettet«* werden (aus dem Tagungsprotokoll).

Energiepolitik

Hier hat sich das »bedingte Ja« zur Atomkraft durchgesetzt. AKWs ja, aber etwas mehr Sicherheit und etwas mehr Zeit lassen dabei, sowie Offenlegung der Pläne und Beteiligung der Bevölkerung beim Bau der Atomkraftwerke. Auf jeden Fall sei die Kernenergie langfristig *»zur Sicherung der Arbeitsplätze unumgänglich«*.

„Terrorismus" – Berufsverbote

Insbesondere der erste Tag, aber auch weitere Beiträge waren gekennzeichnet durch eine wortreiche Verurteilung des »Terrorismus«. Übereinstimmung bestand hier zwischen DGB-Führern und CSU-Rednern. Der entführte Kapitalistenchef Schleyer wurde dabei als ein »harter und unbequemer Gegner« dargestellt, mit dem man in der Ablehnung des »Terrors« verbunden sei. So nimmt es nicht wunder, daß DGB-Chef Vetter unwidersprochen feststellen konnte, hier müßten alle gemeinsam anpacken — unter Einsatz *»aller verfassungsmäßigen und rechtsstaatlichen Mitteln«*.

»Jeder Sympathisant und Helfershelfer muß wissen: Wer Mörder unterstützt oder mit ihnen sympathisiert, ist Feind des demokratischen Rechtsstaats und damit der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften« (aus dem Tagungsprotokoll).

Es ist daher nicht zufällig, daß in einer in diesem Sinn vorbereiteten Vorstandsentschließung gleichzeitig das Thema Berufsverbote mitverpackt war. Welcher Staatsschützer freut sich nicht über diese Gleichsetzung: »Terrorist« und vom Berufsverbot Betroffener. Erst aufgrund eines Einspruchs wurden diese beiden Fragen getrennt behandelt. Die Entschließung zu den Berufsverboten forderte ein »faires« öffentliches Verfahren und »Einzelfallüberprüfung« (was heißt, daß nicht die Parteizugehörigkeit allein entscheiden kann). Im Grundsatz wird aber die Staatsschutzparole bejaht: *»Verfassungsfeinde gehören nicht in den öffentlichen Dienst«*.

Und schließlich der angeblich größte Eklat des Gewerkschaftstags: Bei der Neuwahl eines freigewordenen Vorstandssitzes gab es zwei Kandidaten, Loderers persönlicher Vertrauter Otmar Günter gegen den Münsteraner Bezirksleiter Hans Janßen. Loderers Kandidat unterlag bei der Wahl. Was teilweise als Mißtrauen ausgelegt wurde, war nichts weiter, als ein Machtkampf vorstandsinterner Cliquen, diesmal zog halt Loderer den kürzeren. Janßen ist nicht irgendein Mann der Basis, sondern erprobter Gewerkschaftsführer. Alles halb so wild. Loderer erhielt denn auch bei der Wiederwahl mit 464 die meisten Stimmen.

Schließen wir die Berichterstattung mit einem klugen Wort des DGB-Zentralorgans »Welt der Arbeit«:

»Wer sich nun die verabschiedeten Entschließungen genauer ansieht, wird überrascht sein, wie klug und wie weise die natürlichen Spannungen ausbalanciert wurden. Der Vorstand hat die notwendige Handlungsfreiheit behalten (!). Es ist deshalb nicht vermessen, die Ergebnisse unter zwei Begriffe zu stellen: Kontinuität und Wandel« (»WdA«, 29.9.). Nein, »vermessen« ist das nicht ...

Valvo Hamburg: 200 sollen gehen

Durch Presse und Rundfunk wurde die Belegschaft von Philips-Valvo darüber informiert, daß die Geschäftsleitung beabsichtigt, bis Mitte nächsten Jahres 200 Arbeiter und Angestellte zu entlassen.

Begründet werden die Entlassungen mit der Einführung neuer Technologie, was aufgrund der Entwicklung auf dem Weltmarkt notwendig würde. Die sehr arbeitsintensive Produktion bestimmter Transistoren soll umgestellt werden, und zwar zugunsten winziger Baulelemente, die viele tausend Funktionen auf kleinstem Raum vereinigen.

Die Hamburger IG Metall-Führer und der Betriebsrat verfolgen das Konzept, die Entlassungspläne hinauszuzögern. Aus diesem Grund soll die »Notwendigkeit« noch ausgiebig diskutiert werden und bis zu einem gegenseitigen Einvernehmen kein Sozialplan akzeptiert werden. Deutlich wird an diesen Aussagen aber vor allem, daß weder BR noch IGM-Ortsverwaltung beabsichtigen, den Entlassungsplänen einen ernstzunehmenden Widerstand entgegenzusetzen. Ein weiterer Beweis hierfür ist die Untätigkeit des Betriebsrates, der es nicht einmal für nötig erachtete, die Kollegen zu informieren, sondern dies der Presse überließ.

Daß bei Valvo Entlassungen nicht zu vermeiden sein sollen, hat auch inzwischen SPD-Bürgermeister Klose zum Ausdruck gebracht: *»Das Werk modernisiert seinen Maschinenpark, um international konkurrenzfähig zu bleiben. Würde es das nicht tun, wären bald alle Arbeitsplätze gefährdet«* (»Morgenpost«, 29.9.). IGM-Führer und Betriebsrat werden sich der Meinung ihres Parteifreundes Klose sicher bald anschließen.

Metall-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Druck

Tarifverhandlungen über neue Technik gescheitert

In der siebten Runde wurden von Seiten der beteiligten Gewerkschaften IG DruPa, Deutsche Journalisten Union, Deutscher Journalistenverband, der Gewerkschaft Handel Banken und Versicherungen (HBV) und der DAG die Verhandlungen über die „Einführung neuer Techniken" abgebrochen. Es geht dabei, wie mehrfach im AK berichtet, um die Einführung von elektronischen Bildschirmgeräten etc., die es den Verlegern ermöglichen, den Satz von Zeitungen in Zukunft durch wenige Schreibkräfte oder gar von den Redakteuren selbst erstellen zu lassen und die den Berufsstand der Setzer in seiner Existenz bedrohen. Am 22.9.77 erklärte nun die Zentrale Tarifkommission der IG DruPa die Verhandlungen mit 43 gegen 3 Stimmen für gescheitert.

Nach Darstellung der Kapitalisten verlangte die DruPa „Unzumutbares" („Handelsblatt", 22.9.77), nämlich z.B. die einheitliche Bezahlung für alle EDV-Tätigkeiten, womit die gewachsene Gehaltsstruktur gestört würde. Ebenfalls auf Kapitalistenwiderstand stieß die Forderung, daß zumindest vorrangig Fachkräfte der Druckindustrie die Arbeitsplätze an den Bildschirmen einnehmen sollen. Dabei hatte die DruPa gerade in der Besetzungsfrage dieser neuen Geräte bereits wesentliche Zugeständnisse gemacht, die innerhalb der Organisation, besonders in Hamburg, auf starken Protest gestoßen sind. So verabschiedete die Hamburger Delegiertenversammlung am 12.9.77, also vor der letzten Verhandlungsrunde eine Resolution, in der es u.a. heißt: *„Nachdem unsere Funktionäre mit großen Worten alle Zeichen auf Sturm gestellt hatten und die Unternehmer wieder einmal ungeschoren davonkamen (gemeint ist die vorangegangene Verhandlungsrunde), hieß es in der Sonderausgabe Druck und Papier 1/77: ‚Vermutlich hat auch die Einberufung unserer Tarifkommission Eindruck gemacht. Jedenfalls legten die Unternehmervertreter zu Beginn der Verhandlungen neue Vorschläge vor: u.a. über die Besetzung der Bildschirmgeräte und über eine Pausenregelung'. Und weiter heißt es: ‚In der Frage der Besetzung der neuen Geräte zeichnet sich eine Einigungsmöglichkeit ab.Schriftsetzer sollen Vorrang bei den Arbeiten der elektronischen Texteingabe und gestaltung haben. Über die Einzelheiten müssen wir noch verhandeln'. Wer meint, durch bloßes Anreisen der Tarifkommission die Unternehmer maßgeblich geschockt zu haben, so daß sie sich bereits gezwungen sahen, in diesen auch für sämtliche Unternehmerverbände entscheidenden Verhandlungen nachzugeben, muß Aussperrungen und Druckerstreik nicht an der richtigen Stelle miterlebt haben. Was die Unternehmer im einzelnen vorlegten, war dann aus der Sonderausgabe auch nicht näher zu erfahren. Die*

Stelle miterlebt haben. Was die Unternehmer im einzelnen vorlegten, war dann aus der Sonderausgabe auch nicht näher zu erfahren. Die

neuen Angebote der Unternehmer sind also keine Zugeständnisse in der Besetzungsfrage. Wir, die Betroffenen, fordern keine vorübergehenden Lösungen und keinen sozialen Vorrang. Wir fordern eine feste Besetzungsregelung, d.h. ausschließlich Fachkräfte der Druckindustrie an die neuen Geräte. Nur mit dieser Forderung kann der schrittweisen Ausrottung der Facharbeiter in der größtmöglichen Rationalisierung in den Redaktionen entgegengewirkt werden. Ohne die Durchsetzung einer zwingenden Besetzungsordnung wird es in diesen Bereichen auch keinen Ausbildungsplatz mehr geben. Doch selbst bei voller Durchsetzung unserer Besetzungsforderung sind die Arbeitsplätze von 2/3 des heutigen Setzerstammes und vieler Kollegen aus den Redaktionen rationalisierungsbedroht. Die Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze scheint aber in den Verhandlungen kein zentrales Thema mehr zu sein. Danach wollen die Gewerkschaften der weiter anstehenden eklatanten Arbeitsplatzvernichtung nichts als Abfindungsregelungen beigeben. Wer also behauptet, daß die letzte Verhandlungsrunde eine positive Wendung gebracht hätte, steht in den entscheidenden Punkten letztlich nach wie vor hinter dem verhängnisvollen Raster-Tarif-Entwurf. Dieses alles bedeutet letztlich: Kapitulation im Kampf um das Überleben unserer Industriegewerkschaft Druck und Papier.

Dem stehen unsere alten Schwerpunktforderungen entgegen:

- *keine Entlassungen durch Einführung neuer Technologien;*
- *35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für alle;*
- *Facharbeiter der Druckindustrie an die Bildschirmterminals;*
- *Datenträger, die nicht von Fachkräften der Druckindustrie erstellt wurden, werden nicht weiterverarbeitet;*
- *Redakteure dürfen nicht an Bildschirmen arbeiten."*

Diese Resolution, die wir hier in ihren wesentlichen Punkten zitierten,

- *Redakteure dürfen nicht an Bildschirmen arbeiten."*
Diese Resolution, die wir hier in ihren wesentlichen Punkten zitierten,

wurde inzwischen auf Beschluß als Flugblatt der Hamburger DruPa in den Hamburger Druckbetrieben verteilt, die Verteilung im gesamten Bezirk Nordmark wurde bisher vom Landesbezirksvorstand unterlaufen.

Dem hier plastisch aufgezeigtem Kapitulationskurs der DruPa-Führung stehen ihre wortradikalen Sprüche nach dem jetzigen Scheitern der Verhandlungen gegenüber. In einem Extrablatt der „druck und papier" fürs schwarze Brett heißt es: *„Härtere Gangart notwendig"*, oder *„wir müssen handeln,bevor es zu spät ist..... Wenn das Schlichtungsverfahren nicht zum Erfolg führt, werden andere Maßnahmen notwendig werden"* etc. Was hier nicht drinsteht, stand am 24.9.77 in der „Frankfurter Rundschau": *„Die Tarifkommission beauftragte den geschäftsführenden Hauptvorstand der Gewerkschaft, gegenüber dem Bundesverband Druck das Schieds- und Schlichtungsverfahren auf der Grundlage des Raster-Tarifvertrags-Entwurfs einzuleiten. Die IG DruPa erklärte..., daß ihr Entwurf Gültigkeit habe"*. Den schon weitgehenden Zugeständnissen im Gewerkschaftsentwurf sollen weitere vor dem Schiedsgericht folgen. Dagegen gab es Opposition in der Tarifkommission. Laut Aussagen von Heinz Wolf (Hamburger DruPa-Führer) hätten sich zwei Fraktionen gebildet, wobei die Minderheit, der er selbst zugehört, versuchen will, Haustarife abzuschließen. Die Möglichkeit mit Haustarifen den Kapitulationkurs der DruPa zu umgehen, besteht nicht einmal für einzelne Firmen.

Die Gruner-Kollegen hatten nach längerem Kampf weitergehende Zugeständnisse bereits unterschriftsreif erzwungen. Doch der Haustarif platzte sofort, als die DruPa mit ihrem Vorschlag aufkreuzte. Der OCR-Arbeitskreis verabschiedete eine neuerliche Resolution, in der der „Raster" nochmals angegriffen wird, die eigenen Forderungen dagegengehalten werden und auch die Politik der Haustarife angegriffen wird. Desweiteren beschloß der Arbeitskreis, eine

nen Forderungen dagegengehalten werden und auch die Politik der Haustarife angegriffen wird. Desweiteren beschloß der Arbeitskreis, eine

Delegation zum Gewerkschaftstag zu entsenden, um dort eine Stellungnahme abzugeben und die Kritik am „Raster" über den norddeutschen Raum hinauszutragen, was bislang von der DruPa-Führung eifrig zu vermeiden versucht wurde.

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Ist die DruPa eine kriminelle Vereinigung ?

hieß es in der Sonderausgabe Druck

Ist die DruPa eine kriminelle Vereinigung ?

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans H. Klein, Rechtsprofessor in Göttingen, wird aller Voraussicht nach demnächst einen Verbotsantrag gegen die IG Druck und Papier einreichen müssen.

Denn Klein stellt sich *„mit Nachdruck die Frage..., ob diese Organisation sich noch im Rahmen unserer verfassungsmäßigen Ordnung bewegt"* (nach „Extra-Dienst", 16.9.77).

Der Hauptvorstand der Druck-Gewerkschafts-Bande hat jüngst in seiner Postille an sein Sympathisantenumfeld den Plan bekanntgegeben, die Pressefreiheit zu entführen. Im Antrag Nr. 207 an den Gewerkschaftstag (der übrigens Mitte Oktober in aller Öffentlichkeit in Augsburg abgehalten werden soll) wird eine *„vorurteilslose politische Diskussion über eventuelle Alternativen zur privatwirtschaftlichen Ordnung des Pressewesens in der BRD"* gefordert. Außerdem soll bei diesem Treffen über die Abschaffung des „Tendenzschutzparagraphen" beraten werden und die wirtschaftliche und publizistische Mitbestimmung gefordert werden.

Das heißt also, den Medien soll hier Tür und Tor für die Verfassungsfeinde der Gewerkschaft geöffnet werden. CDU-Klein meint dazu, daß nicht dabei stehen geblieben werden kann, daß die Gewerkschaft als *„Partner der medienpolitischen Diskussion ausgeschaltet"* wird.

CDU-Klein trägt seine Vorstellungen heute noch in Frage-Form vor. Tatsächlich haben die Kapitalisten mit einer ähnlichen Begründung Gespräche mit den Gewerkschaftsführern platzen lassen.

Gegen den hessischen Staatsanwalt, der ein Verfahren gegen die Setzer eingestellt hat, die während eines Streiks einen Schweinskommentar in der Presse zensiert hatten, ist Dienstaufsichtsbeschwerde eingereicht worden (s. die letzten Ausgaben des AK). Das alles zeigt, wie die Kapitalisten mit Gewerkschaften umspringen möchten, die tatsächlich um Pressefreiheit kämpfen und nicht nur eine „Diskussion" fordern, wie es der Hauptvorstand der DruPa auf dem Gewerkschaftstag tut.

Betriebszelle Springer
KB/Gruppe Hamburg

Berichtigung zu AK 113

- zu Artikel „Neues von Gewerkschaftsausschlüssen":

Die Darstellung der Behandlung des Antrages der Kollegin A.H., während der Delegiertenversammlung filmen zu dürfen, ist unrichtig.

Zwar war der Ortsvereinsvorsitzende Wolf sehr wohl dagegen, die Abstimmung über den Antrag ging jedoch zu seinen Ungunsten aus, so daß die Kollegin während des 2. Tagesordnungspunktes sehr wohl gefilmt hat.

- zu Artikel „Rahmentarifvertrag: Hamburger Delegierte kontra Hauptvorstand":

Es ist unrichtig, wenn im 2. Absatz behauptet wird, die Kapitalisten hätten die nächste Verhandlungsrunde über den Rahmenrastertarifvertrag wegen der Anträge der DruPa zum Gewerkschaftstag, die sich auf gewerkschaftliche Forderung zur Pressepolitik beziehen, platzen lassen.

Der Punkt 6 des Antrages 207, der Alternativen zur privatwirtschaftlichen Struktur der Presse in der BRD anreißt, wurde von den Verlegern zum Vorwand genommen, die für September angesetzten Verhandlungen über die Frage der Mitbestimmung von Journalisten platzen zu lassen. Die Verhandlungsrunde über **den Rasterrahmentarif hat am 19./20.9. stattgefunden.**

Chemie

Hoechst - Frankfurt: endgültiger Gewerkschaftausschluß von 6 Kollegen

Am 3.9.77 bestätigte der Beschwerdeausschuß der IG Chemie den Ausschluß von 6 Kollegen von Hoechst Frankfurt. Damit sind diese Kollegen endgültig aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Die Ausschlüsse erfolgten, weil diese und andere Kollegen mehrere Flugblätter unter dem Titel „Kollegen in der IG Chemie informieren Kollegen im Betrieb" herausgegeben haben. In diesen Flugblättern wurden vor allem das sog. „Mitarbeiter-Gespräch", ein neuartiges Beurteilungssystem für Angestellte und insbesondere das Verhalten des Betriebsratsvorsitzenden R.Brand in diesem Zusammenhang kritisiert. Das Ausschlußverfahren wurde dann auch maßgeblich von R.Brand angekurbelt (in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Verwaltungsstelle Frankfurt der IG-Chemie). Begründung: Die sechs Kollegen seien der Kopf einer „gewerkschaftsfeindlichen" Betriebsgruppe.

Bemerkenswert an diesen Vorgängen ist, daß ein Großteil der sechs Kollegen mittlere Funktionäre der Gewerkschaft und der SPD (!) waren (u.a. der Vorsitzende des SPD-Ortsbezirks Hofheim-Nord, ein Mitglied des Unterbezirks-Vorstands der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD/Main-Taunus etc.) Es ist bisher einmalig, daß in dieser Größenordnung Sozialdemokraten aus der Gewerkschaft ausgeschlossen wurden (allerdings ist es auch einmalig, daß sich Sozialdemokraten so stark in einer linken Betriebsarbeit engagieren . . .)

Die Ausschlüsse sind offensichtlich auch nicht so glatt über die Bühne gegangen, wie man das sonst bei der Gewerkschaftsführung gewohnt ist. Berichten zufolge sind beim Hauptvorstand eine ganze Reihe von Protestresolutionen, insbesondere von SPD-Mitgliedern, gelandet. So sah sich die Gewerkschaftsführung genötigt, vor dem Ausschluß eine ganze Reihe von Zeugen zu hören, was im „Normalfall" völlig unüblich ist.

Deutlich wird bei diesem Fall, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse jeden treffen, wenn er eine oppositionelle Gewerkschaftsarbeit macht – keineswegs nur Kommunisten. Im Falle der linken Sozialdemokraten dienen die Gewerkschaftsausschlüsse natürlich auch der massiven Einschüchterung der Kollegen. Diese Taktik scheint auch gewirkt zu haben: Seitdem das Ausschlußverfahren läuft (über ein Jahr) ist nur noch ein einziges dieser Flugblätter wieder herausgegeben worden. Über das Ausschlußverfahren selbst ist lediglich zu Beginn mit einer Dokumentation informiert worden, seitdem hat man leider nichts mehr gehört . . .

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Fusion Conti-Phönix

Einigen Wirbel verursachte die Mitte September angekündigte Fusion der beiden Gummi-Konzerne Phönix in Hamburg-Harburg und Continental in Hannover. Ursprünglich war offenbar geplant, die Phönix-Werke in den Conti-Konzern einzugliedern, was mit Sicherheit zur Stillegung des Hamburger Werkes und damit zur Vernichtung von 5 000 Arbeitsplätzen geführt hätte. Als die Fusionspläne bekannt wurden, setzte in der bürgerlichen Presse ein Riesengezeter ein, daß man Phönix nicht aufgeben dürfe etc. Es schalteten sich sogar der Hamburger Senat und Herbert Wehner ein, „um Phönix zu halten". Aus den Verhandlungen ergab sich folgendes: Phönix und Conti werden in eine „Corona Kautschuk AG" eingeführt und zunächst als selbständige Gesellschaften weitergeführt. Hinter dieser Transaktion steht maßgeblich die Deutsche Bank und der Bayer-Konzern. **Bayer selbst ist noch Inhaber der Metzeler Gummiwerke, die später auch noch in den neuen Gummikonzern eingebracht werden sollen. Dann wären sämtliche westdeutsche Gummifabriken in einem Monopol konzentriert. Diese Monopolisierung wird ganz sicher zur Folge haben, daß früher oder später Arbeitsplätze wegrationalisiert werden, daß** Produktionen konzentriert werden und ganze Fabriken stillgelegt werden. Der Hamburger Senat hat durch seine Verhandlungen lediglich bewirkt, daß Phönix nicht sofort dichtgemacht wird, sondern daß dieser Prozeß allmählich einsetzen wird.

Man muß dazu sagen, daß Phönix in Harburg der größte Betrieb ist, und wenn Phönix dicht macht für die Entlassenen kaum Aussicht besteht, in Harburg einen neuen Arbeitsplatz zu bekommen. Die Fusionspläne zwischen Conti und Phönix sind nicht neu. Bereits 1971/72 sollte fusioniert werden, wobei auch damals die Bayer AG und die Deutsche Bank die Fäden zogen. Doch damals konnten sich die Kapitalisten offenbar nicht endgültig einig werden über ihren Schacher. Inzwischen scheinen sie ihre Lösung gefunden zu haben. Für die Arbeiter und Angestellten der beiden Betriebe gilt es jetzt besonders wachsam zu sein und jede Veränderung genau zu beobachten. Das haben zwar auch die Phönix-Betriebsräte und die IG Chemie angekündigt, aber bei der bekannten Praxis der meisten sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer wird das wohl nur ein Lippenbekenntnis sein.

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Schon wieder Kurzarbeit bei Hoechst

Ab Mitte September müssen insgesamt 1140 Kollegen des Hoechster Hauptwerks in Frankfurt kurzarbeiten. Betroffen sind die Kollegen, die in der Farbstoffproduktion arbeiten (70% der dort Beschäftigten).

Angeblich sei der Auftragseingang besonders aus dem Ausland so schlecht. Die Kurzarbeit ist unbegrenzt, d.h. der Betriebsrat hat in der entsprechenden Betriebsvereinbarung der Geschäftsleitung eine Blankovollmacht ausgestellt, mit der nach Belieben die Kurzarbeit zeitlich ausgedehnt werden kann. Begründung von Rolf Brand, Betriebsratsvorsitzender: Man könne in die Vereinbarung nicht vier Wochen als Dauer schreiben; wenn nämlich nur drei Wochen Kurzarbeit nötig sind, müßte man auf Grund der Vereinbarung unnötig eine Woche länger kurzarbeiten . . .

Bemerkenswert auch, wie der BR-Beschluß zustandekam: Die BR-Sitzung fand an einem Freitag (26.8.) statt, bereits am darauffolgenden Montag ging die Mitteilung gedruckt und versehen mit der Zustimmung des Arbeitsamtes an die Belegschaft. Das bedeutet, daß nach diesem Zeitplan das Arbeitsamt noch am Freitag oder gar am Samstag die Kurzarbeit freigegeben haben muß (was für eine Behörde sehr ungewöhnlich ist). Diese Schnelligkeit läßt die Vermutung aufkommen, daß der Betriebsratsbeschluß nur pro forma eingeholt wurde und daß die Kurzarbeit tatsächlich schon viel früher zwischen Geschäftsleitung und dem für solche Kunkeleien bekannten BR-Vorsitzenden Rolf Brand ausgemauschelt wurde.

Kurzarbeit auch bei Cassella in Frankfurt, einem Tochterunternehmen von Hoechst: Hier sollen alle 2000 Beschäftigten (mit Ausnahme derjenigen, die im Forschungsbereich tätig sind) von Mitte September bis Ende Dezember kurzarbeiten. Auch bei Cassella wird die Begründung gegeben, die Aufträge aus dem Ausland ließen zu wünschen übrig.

Zusätzlich vereinbarten Geschäftsleitung und Betriebsrat, daß das Werk zwischen Weihnachten und Neujahr geschlossen wird, was bedeutet, daß jeder Kollege zwangsweise vier Tage Urlaub nehmen muß. Für die meisten Kollegen bedeutet dies aber, daß sie entweder unbezahlten Urlaub nehmen müssen oder ihren Jahresurlaub 1978 teilweise opfern müssen, denn die wenigsten haben noch Resturlaub von 1977.
(nach „express" 9/77)

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

oder gar am Samstag die Kurzarbeit freigegeben haben muß (was für eine Behörde sehr ungewöhnlich ist). Diese Schnelligkeit läßt die Ver-
Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Papiertarifrunde 1977

Zum 31. August sind die Tarifverträge der Papierindustrie von der IG Chemie gekündigt worden. Mittlerweile wurden die Forderungen aufgestellt und in Norddeutschland wurden dieser Tage die ersten Verhandlungen geführt.
Gefordert wird im Einzelnen:

- Für Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 9% und der Lehrlingsgehälter um 60 DM im Monat.
- Für Westfalen eine Erhöhung der Gehälter und Lehrlingsgehälter um 8,5%. Die Lohngruppe 6 soll um den gleichen Betrag erhöht werden, wie die Gehaltsgruppe 2. Die anderen Löhne sollen dann im Verhältnis zur Lohngruppe 6 steigen.
- Für Nordrhein Erhöhung der Löhne um 8,5%, außerdem eine „vermögenswirksame Leistung" von 52 Mark pro Monat.
- Für Hessen Erhöhung der Lohngruppen 1, 2 und 3 um 8,6% und der Gruppen 4, 5 und 6 um den gleichen Betrag wie Lohngruppe 3. Für die Gehälter wird für die Gruppen 2 bis 6 ebenfalls 8,6% gefordert, die Gehaltsgruppe 1 soll um den gleichen Betrag wie die Gruppe 2 steigen. Lehrlinge sollen 50 Mark mehr erhalten.
- In Baden-Württemberg werden 8,5% mehr Lohn und Gehalt gefordert, mindestens 0,65 DM pro Stunde, bzw. 115 DM pro Monat. Das 13. Gehalt/Lohn soll um 1 % steigen.
- Im Bezirk Mittelrhein/Pfalz-Rheinhessen werden 9% höhere Löhne und Gehälter gefordert, für Lehrlinge 50 Mark.
- In Westberlin Erhöhung der Löhne und Gehälter um 8,5% und Anhebung der Handwerkerzulage auf 1,40 DM. Außerdem soll das 13. Gehalt angehoben werden (Betrag nicht genannt); Lehrlinge sollen 55 Mark bekommen.
- In Bayern werden 9% höhere Löhne und Gehälter gefordert, für Lehrlinge 50 Mark.

Insgesamt also ein hübsches Durcheinander, so daß kaum ein Kollege durch diese Forderungen durchsteigen wird. Trotz dieser teilweise äußerst komplizierten Forderungen, die ähnlich wie in der letzten Chemie-Runde auf die Vorbereitung von Entgeltstarifverträgen rauslaufen, wird sich das Ergebnis am Ende nicht von den bisherigen Abschlüssen unterscheiden.

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

IG Chemie gibt Jugendliche zur Ausbeutung frei

Die IG Chemie hat mit den Chemie-Kapitalisten einen Sondertarifvertrag abgeschlossen, wonach arbeitslose Jugendliche unter 18 Jahren, die keinen Hauptschulabschluß haben, für 90% des Lehrlingslohns beschäftigt werden können!

Die Dauer soll etwa ein Jahr sein, danach können die Jugendlichen ein ordentliches (?) Anstellungsverhältnis bekommen oder eine Lehre beginnen.

Die IG Chemie hat mit diesem „Tarifvertrag" die Schranken zur hemmungslosen Ausbeutung der Jugendlichen eröffnet. Die Kapitalisten haben die Freiheit erhalten, die Jugendlichen für einen Hungerlohn auszubeuten und sie danach wieder auf die Straße zu werfen.

Die IG Chemie preist diesen „Tarifvertrag" auch noch als *„Modell für andere Gewerkschaften"* an (Herrmann Rappe, Hauptvorstand und SPD-Bundestagsabgeordneter), um die arbeitslosen Jugendlichen *„von der Straße zu kriegen"*.

Leider werden viele Jugendliche auf dieses „Angebot" eingehen müssen, wollen sie in Zukunft überhaupt Arbeit oder eine Lehrstelle finden.

Die IG Chemie-Führung hat damit erneut bewiesen, daß sie nur noch die Interessen der Kapitalisten vertritt.

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV

Haut den Senatoren die Besen um die Ohren!

Vereinigung, Hamburg
Der Protest der Kollegen der „Vereinigung städtischer Kindertagesheime" gegen die Streichung von 193.489 Jahresreinigungsstunden und dadurch bedingte Mehrbelastungen für die Erzieher nimmt konkrete Formen an. Sie organisierten eine außerordentliche Betriebsversammlung und anschließend verteilten etwa 30 Kolleg(inn)en Flugblätter in der Hamburger Innenstadt, in denen sie sich gegen die umfassenden Rationalisierungsmaßnahmen aussprachen.

Die außerordentliche Betriebsversammlung war gemäß der Forderung von Kollegen auf einen Nachmittag gelegt worden, damit vor allem die Hauptbetroffenen, nämlich das hauswirtschaftliche Personal, daran teilnehmen konnten. Der Geschäftsleitung gefiel das gar nicht, denn auch der Betriebsrat hatte die Erzieher aufgefordert, möglichst zahlreich zu erscheinen. Aber damit diese aus den Heimen wegkonnten, mußten die Kinder nach Hause geschickt und die Eltern informiert werden. Viele Heime schrieben Briefe an die Eltern, in denen über die massiven „Spar"maßnahmen informiert wurde.

Aber noch bevor diese Sache richtig ins Rollen kam, wurden alle Hamburger Heimleitungen auf eine zentrale Heimleiterbesprechung geladen. Dort wurde ihnen ein Brief der Geschäftsleitung überreicht, in dem sie aufgefordert wurden, den Heimbetrieb normal weiterzuführen und kein Kind nach Hause zu lassen.

Die Geschäftsleitung wollte damit die Informationen an die Eltern verhindern, die sicher größtes Interesse daran haben, daß ihre Kinder nicht in verdreckten KTH's untergebracht sind.

Durch eine einstweilige Anordnung des Betriebsrates konnte erreicht werden, daß in den Heimen Notgruppen eingerichtet wurden. Allerdings erreichte diese Nachricht die Heime z.T. erst einen Nachmittag vor der Betriebsversammlung, was natürlich die Vorbereitung verzögerte. Trotz dieses Behinderungsversuchs machten die Kollegen ihren Protest deutlich, indem sie die Betriebsversammlung so gut wie nie zuvor besuchten.

Die Geschäftsleitung erschien gar nicht erst, um sich den Fragen der Kollegen zu stellen. Denn schon vorher hatte sie zu spüren bekommen, wie groß der Widerstand der Kollegen gegen diese Maßnahme ist: Kolleginnen und Kollegen aus über 60 Heimen hatten Protestbriefe geschrieben. Entsprechend war auch die Stimmung auf der Versammlung. Das Problem der Kollegen war, wie und mit welchen Mitteln der Kampf gegen die „Spar"maßnahmen weitergeführt werden sollte.



Weder der ÖTV- noch der GEW-Vertreter konnten darauf eine Antwort geben. Der Betriebsrat wollte weiter verhandeln und eine Betriebsrätin gab den „Rat", man solle sich an die Parteien wenden. Erschwerend im Kampf gegen die „Spar"maßnahmen kommt hinzu, daß die ÖTV-Führung die Sparschweinereien ohnehin nur *„für einen schlechten Witz"* hält (aus dem ÖTV-Flugblatt vom 19.9.77) und Vorschläge zum eigenständigen Handeln als „gewerkschaftsfeindlich" bezeichnet! So auch den Vorschlag eines Betriebsrats von der „Liste Angepackt", nach der Versammlung in der Innenstadt Flugblätter zu verteilen (in denen das Vorhaben der Geschäftsleitung auf das Schärfste verurteilt wurde).

Und gerade diese Aktion ist dann sehr gelungen. Von der Betriebsversammlung zogen etwa 30 Kolleginnen und Kollegen in die Innenstadt, um durch die Flugblattverteilung ihren Protest in die Öffentlichkeit zu tragen. Es wird darauf ankommen, auch in der ÖTV weiter für Aktionen zu kämpfen, vielleicht sogar eine Demonstration durchzusetzen. Aber es hat sich wieder einmal gezeigt, daß sich die Kollegen nicht auf Versprechen und Vertröstungen der Parteien und der Gewerkschaftsführungen einlassen sollten, sondern die Sache selbst in die Hand nehmen müssen und auch können.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Seeschiffahrt: Reeder provozieren und erpressen

Seeschiffahrt: Reeder provozieren und erpressen

Die seit mehreren Wochen laufende Tarifrunde für die 35.000 westdeutschen Seeleute hat seitens der Reeder noch keine Zugeständnisse gebracht. ÖTV und DAG verlangen die Einführung der 40-Stunden-Woche und Verbesserung der Urlaubsanrechnung (s. AK 113). Die Kapitalisten bezeichnen die Forderungen als »untragbar«, die ihnen Mehrbelastungen *»von 17 bis 30 % bringen würden«* (»Hamburger Abendblatt«, 1.10.). Sie erklärten, daß sie im Falle von Streiks und Durchsetzung der Forderungen noch mehr Schiffe als bisher »ausflaggen« werden. Das ist eine klare Erpressung.

Denn »ausflaggen« bedeutet für die Seeleute, daß sie auf denselben Schiffen, nur unter ausländischer Flagge mit schlechteren Heuern, Sozialleistungen und Sicherheitsbestimmungen fahren müssen. Den Kapitalisten brachte das von ihnen zunehmend praktizierte »Ausflaggen« in den letzten Jahren Höchstgewinne, die sie mit Schiffen unter westdeutscher Flagge nicht erreicht hätten.

Mit der Drohung der »Ausflaggung« soll den Seeleuten der Streik, der nun unumgänglich sein sollte, ausgeredet werden. Nach Meldungen der »Hamburger Morgenpost« vom 30.9. bereitet sich die ÖTV-Führung angeblich auf einen Streik vor. Am Montag, dem 3.10., ist mit dem Scheitern der Verhandlungen zu rechnen, es wird dann geschlichtet. Der Vorstandsvorsitzende der Reederei DDG Hansa hat sich für eine »harte Linie« (»Hamburger Abendblatt« vom 1.10.) gegenüber den Seeleuten ausgesprochen. Angesichts dieser Provokationen sollten die Seeleute kein Schiff mehr losmachen!

ÖTV-Kommission

„Nordstadt ist Mordstadt"

Die Situation im Krankenhaus Nordstadt ist erschreckend. Patienten müssen über Straßen an parkenden und fahrenden Autos vorbei – sogar mit Infusionen und Ambu-Beutel (zur Beatmung) – von Gebäude zu Gebäude geschoben werden, Planstellen werden nicht besetzt, technische Geräte zur Überwachung von Intensivpatienten fehlen an allen Ekken und Enden. Und dann werden auch noch die „Sozial"leistungen abgebaut. Vor einem halben Jahr wurde erstmal der Preis für die Essensmarken von 1,50 auf 2 DM heraufgesetzt, und jetzt soll im Zuge der „Spar"maßnahmen die sogenannte Nordstadtzulage – eine seit ca. 20 Jahren von der Stadt gezahlte Leistung von 40 DM – gestrichen werden.

Um diese Mißstände zu beraten und Maßnahmen dagegen zu beschließen, forderte der Vertrauensleutekörper eine Personalversammlung.

Erst durch eine Unterschriftensammlung im Krankenhaus, die noch mehr als die gesetzlich vorgeschriebene Zahl von Unterschriften erbrachte, konnte die Personalversammlung erzwungen werden. Schon allein die große Zahl der Kolleginnen und Kollegen, die dann auch die Personalversammlung besuchten, zeigt die Empörungen über die „Spar"schweinereien: Die Versammlung zählte 200 bis 250 Teilnehmer (während es bei der letzten Personalversammlung Anfang des Jahres nur 50 waren)!

Die Kollegen beklagten die schlechte medizinische Versorgung der Patienten auf den Intensivstationen. Als Beispiel diente die internistische Intensivstation 8. Diese Station ist in vier Bereiche eingeteilt: Ambulanz, Aufnahme, Normal- und Intensivbereich. Für diese vier Bereiche stehen 20 Pflegekräfte zur Verfügung, 16 davon allein für den Intensivbereich. Zu alledem kommt noch, daß für die acht Intensivbetten nur vier Monitore zur Überwachung der Patienten vorhanden sind und für alle Bereiche nur ein Stationszimmer da ist. Einen Dreischichtdienst der Ärzte gibt es auch nicht. Der diensthabende Internist ist nach 16 Uhr für alle ca. 200 Patienten, die im Bereich der Inneren Medizin liegen, zuständig. Treten z.B. auf zwei verschiedenen Stationen zur gleichen Zeit zwei Notfälle auf, kann sich der Arzt um nur einen Fall kümmern.

Um diese Mißstände zu beseitigen, wandte sich die Personalversammlung mit folgenden Forderungen an die zuständigen Behörden:
Klare Trennung der vier Bereiche auf der Station 8.
Beschaffung dringend gebrauchter technischer Geräte.
Einrichtung eines Dreischichtedienst der Ärzte.
Bessere personelle Besetzung auf den Stationen.

Zudem beschloß die Versammlung, sich an die Öffentlichkeit zu wenden, um über die Mißstände im Krankenhaus zu informieren. Dem Personalrat wurde der Auftrag gegeben, einen Artikel an die hannoverschen Tageszeitungen zu schreiben.

Am 22. September standen in den zwei hannoverschen Tageszeitungen nun die geforderten Artikel. Allerdings wurden sie nicht, wie sich herausstellte, vom Personalrat veröffentlicht, sondern von einem anonym gebliebenen Beschäftigten des Krankenhauses, der sich nicht vom bisher immer arbeitgeberfreundlich auftretenden Personalrat täuschen ließ und selbst die Initiative ergriff. Durch diese Artikel sind zum ersten Mal in Hannover Enthüllungen aus der Sicht der Beschäftigten an die Öffentlichkeit gekommen.

KB/Gruppe Hannover

Hackethal als Kassenarzt abgelehnt



Am 1. Juli 1977 verließ der Lauenburger Chirurg Hackethal nach einer Diffamierungskampagne (vergleiche AK 108) die Kassenärztliche Vereinigung von Schleswig-Holstein. Trotzdem behandelte er auch weiterhin Kassenpatienten, und versuchte über Abtretungserklärungen der Patienten Geld von den Krankenkassen zu bekommen. Anscheinend ohne Erfolg. Zum 1.8.77 beantragte er die Wiederzulassung als Kassenarzt und erklärte, sich an den Kassenarztvertrag halten zu wollen. Das „überzeugte" den Zulassungsausschuß nicht, er lehnte ab.

Hackethal will sich gegen diesen Beschluß zur Wehr setzen.

Übrigens ist Bundesärztepräsident und Ex-SS-Mann Sewering, der nachweislich falsche Abrechnungen bei der Kassenärztlichen Vereinigung machte (und macht?), immer noch Kassenarzt!

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Stellvertretender Jugendvertreter gekündigt

Wie in AK 113 berichtet wurde, ist die Krankenhausleitung des Allgemeinen Krankenhauses Eilbek (AKE) nicht bereit, auch nur den winzigsten Ansatz gewerkschaftlicher Jugendarbeit zu dulden. Ihr brutales Vorgehen gegen kritische Jugendliche hat nun den vorläufigen Höhepunkt erreicht: Dem stellvertretenden Jugendvertreter wurde während seiner Urlaubsabwesenheit gekündigt. Wäre er zum 10.09. nichtsahnend wieder im AKE zum Unterricht erschienen, wäre die Einspruchsfrist verstrichen!

Am 9.9., dem letzten Arbeitstag vor seinem Urlaub, wurde der Kollege noch einmal zum personalärztlichen Dienst geschickt. Der Kollege sei aufgrund eines Knieleidens nicht für den Beruf geeignet, hieß es. Ein Gegengutachten eines über Hamburgs Grenzen hinaus bekannten Kniechirurgen wurde einfach unter den Teppich gekehrt!

Dann ging es Schlag auf Schlag. Am 20.9. wurde die Kündigung rausgeschickt. Der Personalrat wurde aber erst am 21.9. von der Kündigung unterrichtet, was einen Verstoß gegen § 87 (3) des Personalvertretungsgesetzes darstellt: Der Personalrat hätte vorher gehört werden müssen.

Die Eile, mit der die Krankenhausleitung die Kündigung durchgepaukt hat, zeigt, daß es ihr mitnichten um gesundheitliche Gründe geht. Diese Kündigung kommt somit praktisch einem Berufsverbot gleich!

Für freie gewerkschaftliche und politische Betätigung!

Ein Genosse aus der Gesundheitszelle
KB/Gruppe Hamburg

Rechtes Betriebsratsmitglied ausgeschlossen

HHLA, Hamburg: Wie schon im AK 100 berichtet, hatte ein rechtes Mitglied des 27köpfigen Betriebsrates der Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG, zugleich wichtiger SPD-AfA-Ver- dem Betriebsrat.

Während der vorangegangenen Verhandlungen war Struck noch angeboten worden, freiwillig zurückzutreten, um im nächsten Jahr »unbelastet«

Rechtes Betriebsratsmitglied ausgeschlossen

HHLA, Hamburg: Wie schon im AK 100 berichtet, hatte ein rechtes Mitglied des 27köpfigen Betriebsrates der Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG, zugleich wichtiger SPD-AfA-Vertreter (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen), versucht, ein Mitglied der »Alternative-Fraktion« mit einer getürkten Unterschriftenliste aus dem Betriebsrat und dem Betrieb zu schiessen. Der als Linker bekannte Betriebsratskollege sollte angeblich während der letzten Tarif-Runde seine Kollegen zum Streik aufgefordert haben.

Über soviel Hinterhältigkeit erregten sich sogar seine sozialdemokratischen Mitstreiter und der Betriebsrat beschloß mit 21 : 5 : 1, Erwin Struck ausschließen zu lassen. Die Sache ging dann vor das Arbeitsgericht und ist jetzt vorerst perfekt: Struck fliegt aus dem Betriebsrat.

Während der vorangegangenen Verhandlungen war Struck noch angeboten worden, freiwillig zurückzutreten, um im nächsten Jahr »unbelastet« erneut zu kandidieren. Dieser fühlt sich aber von seinen Leuten im Stich gelassen und forderte, der Betriebsratsvorsitzende Oesterreich möge mit ihm zurücktreten.

Der Richter bedauerte einerseits den Ausschluß von Struck, machte aber trotzdem deutlich, daß dem Kampf zwischen unterschiedlichen Ansichten eine klare Grenze gezogen werden müsse.

Struck will jetzt in die nächste Instanz gehen.

ÖTV-Kommission

HBV

Iduna Hamburg: Die Betriebsratswahlen sind eingeläutet

Hamburg. Die Betriebsräte der Iduna Lebensversicherung und Iduna Allgemeine sind mit Wirkung vom 15.9.1977 zurückgetreten. Der Wahlvorstand ist bestellt. Es wird erstmals ein gemeinsamer BR gewählt mit 16 Angestellten- und 3 Arbeitersitzen. Damit beginnt

- zweieinhalb Jahre nach der letzten Wahl, wo erstmals eine linke Gewerkschaftsgruppe 32 % der Stimmen erhielt
- und 2 Jahre nach den fristlosen Kündigungen dreier Betriebsräte und 6 Vertrauensleuten mit Zustimmung der BR-Mehrheiten

die offene Schlacht unter den Gruppierungen im Betrieb.

DAG, DHV und die Rechten

Die mehrheitlich von der rechten DAG bestimmten Betriebsräte mußten mit ihrem Rücktritt den Konkurs ihrer Politik anmelden. Stürzte zuerst der Scharfmacher und Kapitalistengünstling Paul Fechner (DAG) nach einer überaus stürmischen Betriebsversammlung am 24.5.1977 an einer regelrechten Kritikwoge durch die Belegschaft, so erklärte der ihn lange Zeit stützende BR bereits am 7.6.77 das erste Mal zum 15.9. seinen Rücktritt. Eine Nebenrolle dabei spielte seinerzeit der rechtsnationale Deutsche Handlungsgehilfenverband (DHV), der mit einer Amtsenthebungsklage gegen Fechner wegen Pflichtverletzungen versuchte, sich in ein positives Bild bei den Kollegen zu rücken. Inzwischen hat der DHV die Klage zurückgenommen, eine Krähe hackt halt der nächsten kein Auge aus. Zudem hatten über den Prozeßverlauf, besonders über einige Aussagen des Richters, die Informationsblätter der KB-Betriebszelle die Kollegen immer prompt unterrichtet (so machte der Richter u.a. deutlich, daß bei den vorliegenden offensichtlichen Pflichtverletzungen letztlich gegen das Betriebsverfassungsgesetz zugunsten der Iduna-Kapitalisten der ganze BR verantwortlich sei etc.pp.).

Die DAG war gezwungen auf neue Zugpferde umzusatteln. Zu offen war die ablehnende Haltung der Belegschaft gegen eine unternehmerfreundliche BR-Arbeit. Der nach den fristlosen Kündigungen im Herbst 1975 zurückgetretene Vorsitzende der Leben, Reimann, als auch den Betriebsräten der DAG von der Iduna Allgemeine (dem kleineren Iduna-Betrieb) fallen die Aufgabe zu, mit einem etwas „saubereren" Hemd eine Liste zur Wahl zu präsentieren. Was keine leichte Aufgabe ist, da Leute wie Fechner oder das Gros der Leben-Betriebsräte von der DAG wieder kandidieren wollen. Andererseits ist Fechner Drahtzieher der M.E.P.I., die angetreten ist, mit Diffamierungen gegen die Linke zu arbeiten. Diese Aufgabe kollidiert aber mit den Vorstellungen dieser Rechten, gleichzeitig sich vor den Kollegen ein besseres Image aufbauen zu wollen und deshalb versuchen vorzugaukeln, daß ihre Initiative die lediglich von einigen Gruppenleitern getragen wird ‚breiteren Anklang im Betrieb fände. In diesem Sinne stellte die M.E.P.I. in ihrer letzten Information vom 27.9.77 einen Kollegen vor „*der bisher die Notwendigkeit von Mepi nicht einsah, nun aber nach dem Studium der HBV-Veröffentlichungen und des KB anderer Meinung ist.*"

Peinlich, peinlich nur, daß derselbe Herr Kollege schon die vorletzte Mepi-Information eigenhändig vor dem Betriebstor verteilt hatte.

HBV inzeniert die offene ; Spaltung der Betriebsgruppe

Bis heute haben die HBV-Führung und ihre Anhänger in der Betriebsgruppe nicht verkraften können, daß die Linken 1975 32% der Stimmen erhalten haben. Hatte bislang der Kapitalist für die zeitweise Ausschaltung der Linken gesorgt, versucht HBV nunmehr, ihren Teil dazuzusteuern.

Auf der Betriebsgruppenversammlung am 21.9.1977 ging es um die Frage, was HBV bzw. die Betriebsgruppe zur Neuwahl macht. Abgesprochen mit der Gewerkschaftsführung präsentieren die HBV-Rechten auf der letzten gewerkschaftlichen Betriebsgruppensitzung gleich 10 Kandidaten und erklärten im selben Atemzug, daß sie nicht mit den Linken zusammen kandidieren wollen. Höchstens hinten auf aussichtslosen Plätzen dürften die Linken mitkandidieren, deren gutes Image im Betrieb wollten die HBV-Rechten natürlich gern mitvereinnahmen. Neben offensichtlichen vorgeschobenen Dingen ließ dann die HBV-Rechte Müller-Weymann die Katze aus dem Sack: sie könne nicht mit jemand kandidieren, der sie mal 1975 aufgefordert hätte, von dem BR-Posten zurückzutreten, weil sie sich nicht an das Wahlprogramm gehalten hatte. Außerdem wollten die HBV-Rechten dann noch beschließen; daß es keine zweite HBV-Liste geben dürfe. Damit sind auch innerhalb der HBV die Weichen auf Konfrontation gestellt.

Die HBV-Linken im Betrieb, die sich als einzige immer für die Rechte der Kollegen eingesetzt haben, sollen nun durch konzentrierten Beschuß aller übrigen Listen klein gemacht werden, ein Beschuß, der von Ausschlußdrohung aus der Gewerkschaft (verbotene 2. Liste der HBV) bis zu antikommunistischen Kübeln der MEPI reichen dürfte. Gleichzeitig werden diese Rechten damit zu tun haben, vor den Kollegen ihre Weste möglichst wieder etwas weißer zu gestalten.

So konnte sich der BR-Iduna-Leben erst im 2 Anlauf überhaupt dazu durchringen noch vor der Wahl eine Betriebsversammlung durchzuziehen, wobei sie nun gerne einige Leute ausgeschlossen sehen möchte, die vielleicht die Kollegen lieber wählen würden.

Iduna Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Betriebsversammlung bei der Hamburg-Mannheimer

Hamburg. Am 21.9. begann die Betriebsversammlung bei der HM (Hamburger Versicherungsbetrieb) damit - wie könnte es anders sein -, daß über die Entführung Schleyers geredet wurde. Die übliche Leier war da zu hören, wie Anschlag auf den Rechtsstaat, der Nächste könnte ein Geistlicher, ein Familienvater sein usw. Aber auch etwas neues teilte der BR-Vorsitzende im Namen des Betriebsrates mit: daß die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften immer gegen Gewalt gewesen wären. Dem Vorstandsvorsitzenden Kalbaum blieb nur noch, sich den Worten des BR-Vorsitzenden anzuschließen und sich für die Stellungnahme der Gewerkschaften (DAG und DGB) zu bedanken. Angesichts der bisher schon gelaufenen Kampagne waren allerdings bei den Kollegen gewisse Ermüdungserscheinungen nicht zu übersehen. Wie auf der letzten Betriebsversammlung beklagte sich der Vorstand, daß der BR bei verschiedenen Auseinandersetzungen die Gerichte zur Einigung anruft. Der BR verwies darauf, daß er in erster Linie die Interessen der Mitarbeiter durchsetzen will und sein gutes Recht ist, die BetrVG festgelegten Möglichkeiten auszunutzen. Dabei geht u.a. darum, daß in den Schreibzimmern sog. Abrufmitarbeiterinnen eingestellt werden, die dann bei normalen Arbeitsanfall wieder vor die Tür gesetzt werden. Der interessanteste Punkt ist die Einführung eines Verwaltungsverbundsystemes. Darüber wird auch dem BR möglichst wenig mitgeteilt. Nachdem erst der Betrieb zentralisiert wurde und die Zentrale mit Computer-Systemen durchrationalisiert wurde, geht es nun umgekehrt. Jetzt sollen die Filialen an das eingeführte Computersystem angeschlossen werden und somit große Teile der Arbeit in der Zentrale zu übernehmen.

Angesichts dieser Lage genießen die Behauptungen der Geschäftsführung kaum Vertrauen, es würde selbstverständlich niemand entlassen.

Der Vorstand sei bereit, eine Betriebsvereinbarung mit folgenden Punkten abzuschließen:

1. Keiner wird aufgrund des oben genannten Systems gekündigt.
2. Keine Zwangsversetzung von Kollegen in andere Städte.
3. Falls erforderlich, Umschulung auf Kosten des Betriebes.

Was sich auf den ersten Blick gut anhört, ist lediglich die Taktik der Kapitalisten, erst einmal das System über die Bühne zu bringen und nach und nach durch Umschulen, Folgeentlassungen etc. die Kollegen Stück für Stück rauszuschmeißen. Nicht zuletzt sollen Maßnahmen wie die Abrufmitarbeiterinnen u.ä. den Personalbestand möglichst niedrig halten.

Der BR selbst will auf einen Sozialplan orientieren, weil er nichts von dem Gerede hält, daß es keine Entlassungen geben werde.

Die Betriebsversammlung zeigte gleichzeitig, daß es noch sehr viel zu tun gibt, um unter den Kollegen eine Front gegen die Rationalisierungswelle aufzubauen.

Ein Genosse bei der HM

laufenen Kampagne waren allerdings bei den Kollegen gewisse Ermüdungserscheinungen nicht zu übersehen. Wie auf der letzten Betriebsversammlung beklagte sich der Vorstand, daß der BR bei verschiedenen Auseinandersetzungen die Gerichte zur Einigung anruft. Der BR verwies darauf,

Zentrale zu übernehmen.

Angesichts dieser Lage genießen die Behauptungen der Geschäftsführung kaum Vertrauen, es würde selbstverständlich niemand entlassen.

Der Vorstand sei bereit, eine Betriebsvereinbarung mit folgenden Punkten abzuschließen:

Entlassungen geben werde.

Die Betriebsversammlung zeigte gleichzeitig, daß es noch sehr viel zu tun gibt, um unter den Kollegen eine Front gegen die Rationalisierungswelle aufzubauen.

Ein Genosse bei der HM

Neues in Sachen Peter Haß

Wie bereits im letzten AK angekündigt, fand am 27.9. das Landesarbeitsgerichtsverfahren gegen Peter H., Mitglied der Bürgerinitiative Angestellte gegen AKW's, statt. Betriebsrat und Geschäftsleitung der Dresdner Bank in Hamburg hatten gegen P.H. ein Amtsenthebungsverfahren aus dem Betriebsrat eingeleitet, weil dieser Flugblätter zur Demonstration in Brokdorf am 19.2. verteilt hatte. Der Antrag war in erster Instanz vom Arbeitsgericht zurückgewiesen worden.

Die Verhandlung am 27.9. bewies noch einmal ganz deutlich, Betriebsrat und Geschäftsleitung der Dresdner Bank geht und ging es nur in zweiter Linie darum, P.H. aus dem Betriebsrat zu entfernen. Das Ziel ist: Kriminalisierung von aktiven AKW-Gegnern und Statuierung eines Exempels. Wie ist es sonst zu erklären, daß sie auf eine Entscheidung des Gerichtes bestanden, obwohl P.H. ja inzwischen aufgrund der Hetze und Einschüchterung von sich aus zum 30.9.77 gekündigt hatte und somit aus dem Betriebsrat ausscheidet?

So wurde erneut versucht, P.H. in die Nähe von Terroristen zu bringen. Nach dem Tod von Ponto sei das Auftreten von P.H. in einer Veranstaltung zusammen mit dem Terroristenanwalt Schily sehr kennzeichnend. (Wir berichteten im letzten AK darüber.)

Auf diese Ebene begab sich der Richter allerdings nicht. Ihm ging es darum festzustellen, ob P.H. Amtspflichtverletzungen als Betriebsrat begangen habe. Zum Schluß der Verhandlung versuchte er noch einen Vergleich herzustellen, indem er P.H. in den Mund legte, sein Mandat als Betriebsrat niederzulegen. P.H. lehnte dies jedoch ab.

In der Ausgabe vom 28.9. berichtet das „Hamburger Abendblatt" (Springer-Presse) unter der Überschrift: „Betriebsrat erschien mit Schutzhelm" über den Prozeß. Abgesehen davon, daß damit der Eindruck erweckt wird, P.H. sei mit Helm zum Prozeß erschienen, wird in dem Artikel natürlich noch festgestellt, daß Schutzhelme von militanten Demonstranten benutzt werden. (P.H. hatte sich vor der Demonstration am 19.2. in der Mittagspause einen Bauhelm gekauft und diesen in einer Plastiktüte bis zum Feierabend am Arbeitsplatz aufbewahrt). Das Benutzen eines Schutzhelmes ist ja heute bereits „kriminell" in den Verlautbarungen von Presse und Ministerien.

Beschluß des Landesarbeitsgerichtes

Am 30.9.77, um 15.oo Uhr, also 9 Stunden bevor P.H. aus dem Betrieb und damit auch aus dem Betriebsrat ausscheidet, fällte das Gericht folgenden, völlig unverständlichen, Beschluß:

1. Die Verhandlung wird wieder eröffnet, weil das Verfahren noch nicht entscheidungsreif ist!
2. Der neue Verhandlungstermin ist der 18.10.77.

Soll P.H. dann vielleicht noch rückwirkend aus dem Betriebsrat gefeuert werden? Wir sind gespannt, was in diesem Fall noch alles an Überraschungen auftaucht.

Banken-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Wie gewonnen, so zerronnen ?

Im letzten AK berichteten wir von einer Unmenge illegaler Überstundenschiebereien im Bereich der Expedition der Vereins und Westbank. Zum Beispiel mußten Kolleginnen, die ausschließlich in der Nachtschicht arbeiten, teils über Mitternacht hinaus schuften und wurden eine Tarifgruppe schlechter bezahlt als die männlichen Kollegen.

Im ersten Schritt wurde bekannt, daß die Kapitalisten aufgrund der „heißen" Situation unter den Kolleginnen eine Angleichung der Tarifbezahlung vornahmen. Aber nur, um die Arbeitszeit vorzuverlegen (auf eine Zeit von 11.30 Uhr bis 20.00 Uhr) und damit die Schichtzulage wegfallen zu lassen!

Noch ist offen, wie die Auseinandersetzung weitergehen wird.

Banken-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

GEW

GEW Westberlin: »Heimweh« fehl am Platz!

Offenkundig widersprüchlich sind nach wie vor die Vorstellungen, die innerhalb der aus der GEW (Bund) und dem DGB ausgeschlossenen GEW Westberlin über die weitere Perspektive dieses Verbands herrschen. Die GEW Westberlin war ausgeschlossen worden, da sie nicht bereit war, die reaktionäre GEW-Bundessatzung mit Punkt und Komma anzuerkennen, sondern sich gewisse Autonomie-Vorbehalte gegenüber der von den Gewerkschaftsführern betriebenen Einschränkung der innergewerkschaftlichen Demokratie bewahren wollte. Frister, der in Westberlin einen neuen Landesverband („GEW im DGB") gründen ließ, hatte mit einem raschen Übertritt von ca. 50% der Mitgliedschaft gerechnet und darauf vertraut, mit Hilfe der Machtposition des DGB die „alte" GEW Westberlin über kurz oder lang „klein" zu kriegen. Die Unterstützung, die er dabei von SPD, SEW und sogar einem Teil des SB erhielt, schien dafür günstige Bedingungen zu schaffen: In den neugegründeten Spalterverband traten alsbald die ehemaligen Vorsitzenden der GEW Westberlin um E. Kujawa, die SEW sowie der „akademische Flügel" des SB, die Gruppe um Ch. Neusüss, über („Prokla": „Probleme des Klassenkampf", theoretische Zeitschrift). Nach einem anfänglichen Aderlaß konnte sich die GEW Westberlin jedoch stabilisieren; zwei Drittel der Mitgliedschaft blieben in dem Verband, zahlreiche Neueintritte konnten wieder verzeichnet werden.

Am 1.Mai konnte die GEW einen beachtlichen Erfolg landen, als sie im Unterschied zum Westberliner DGB, der traditionell eine Funktionärsfeier hinter verschlossenen Türen beging, 20.000 Menschen zu einer Demonstration mobilisierte. In der Folgezeit ebbte die Diskussion um den ersten Gewerkschaftsverband außerhalb des DGB allmählich ab. In der Presse von KBW und „KPD" finden sich kaum noch Artikel zu diesem Thema (während der AK natürlich „am Ball geblieben" ist!). Das SB ist behutsam bemüht, nichts mehr über die eigenen Widersprüche nach außen dringen zu lassen. Auch die GIM, die seinerzeit durchaus diskutable Beiträge gebracht hatte, scheint ihr Interesse verloren zu haben. Tatsächlich gibt es aktuell keine „dramatische" Entwicklung in der GEW Westberlin. Dennoch gefährden relativ breit vorhandene Illusionen in den DGB und über die Möglichkeit einer Wiederaufnahme in die GEW (Bund) längerfristig den Erhalt des Verbands, da sie die GEW Westberlin daran hindern, ihre alternative Politik klar herauszuarbeiten und konsequent zu verteidigen. Diesen Illusionen ist bisher zu wenig entgegengetreten worden.

Unbestritten ist in der GEW Westberlin die Forderung nach einer „Wiederaufnahme in den DGB". Unter welchen Bedingungen und in welchen Zeiträumen sich das vollziehen soll, ist jedoch widersprüchlich oder unklar.

Die „Schöneberger Position"

Unmittelbar nach der Spaltung hatten zwei Mitglieder des Bezirks Schöneberg der GEW Westberlin bereits erklärt, es müsse nun das „oberste Ziel" sein, *„die GEW Berlin wieder mit der GEW (Bund) und dem DGB zusammenzuführen"*. Denn die „Durchsetzung grundlegender bildungspolitischer Ziele" sei *„nur durch eine starke, kampfbereite nationale Organisation, sprich GEW (Bund) und DGB, wirkungsvoll möglich"*. Da der Spalterverband „GEW im DGB" jedoch voraussichtlich eine *„undemokratische Organisationsstruktur"* haben und *„von der politischen Zusammensetzung seiner Führung her äußerst untauglich"* sein werde, sprachen sich die Kollegen für eine „vorläufige" Weiterarbeit in der GEW Westberlin „unter gewissen Bedingungen" aus, darunter z.B.:

– Die GEW Westberlin solle davon absehen, den Aufbau des Spal-
Bedingungen" aus, darunter z.B.:

– Die GEW Westberlin solle davon absehen, den Aufbau des Spalterverbands durch gerichtliche Schritte zu verhindern.
– Die GEW Westberlin müsse sich „eindeutig" von den ‚K-Gruppen' abgrenzen und deren Einfluß gering halten.
– Es müsse „alles" getan werden, damit der bevorstehende GEW-Bundeskongreß eine *„Fusion der beiden Teile des Landesverbandes Berlin der GEW"* beschließt (nach „Berliner Lehrerzeitung", 3/77).

Diese von Anfang an sehr wacklige Position kippte prompt nach rechts um, als es der Spalterverband „.... im DGB" aus Gründen der Attraktivität vorzog, zunächst einmal in den Mantel einer scheinbar demokratischen Satzung zu schlüpfen, unter dem die Fristersche Zwangsjacke verborgen werden soll. 16 Delegierte des Bezirks Schöneberg stellten daraufhin einen Antrag, demzufolge es die GEW Westberlin begrüßen sollte, *„daß es den Kollegen in der ‚GEW im DGB' gelungen ist, für den inneren Aufbau des Landesverbandes demokratischer Strukturen – gegen den Willen seiner Gründer (?) – durchzusetzen"*. Die schnellstmögliche Beseitigung der Spaltung müsse nun *„oberstes Ziel aller weiteren Schritte"* sein.

Dazu solle sich die GEW Westberlin auch zu einem *„geschlossenen Übertritt und Auflösung"* bereiterklären, falls alle Mitglieder, die die Bundessatzung anerkennen, in den Spalterverband aufgenommen würden. Dies war nichts anderes als eine Aufforderung zur Kapitulation. Als sich allerdings abzeichnete, daß dieser Antrag auf der Landesvertreterversammlung, für die er vorgesehen war (23./24.5.), keine Mehrheit finden würde, wurde er von den Antragstellern selbst zurückgezogen.

Daß dieser Antrag auf einer ganz dezidierten (und mittlerweile in keinem Punkt zurückgenommen!) Position beruht, zeigt ein Mitgliederbrief der Bezirksleitung Schöneberg aus dem gleichen Zeitraum. Darin heißt es unmißverständlich, es gebe *„keine Alternative zur Mitgliedschaft in der GEW und dem DGB"*. Selbstkritisch wird bekannt: *„Weiter müssen wir feststellen, daß unsere Einschätzung bezüglich der neuen Organisation („GEW im DGB" - Anm. AK) falsch war, d.h. wir können feststellen, daß sie wesentlich zu negativ war"*.

Diese Kollegen sind mit dem Herzen bereits im Spalterverband. Was sie von einem Übertritt noch abhält, ist die Tatsache, daß der „Schrumpfverband", in dem sie auf keinen Fall organisiert sein wollen, derzeit eben nicht GEW Westberlin heißt, sondern eindeutig „GEW im DGB". Die GEW Westberlin muß insbesondere in kritischen Situationen damit rechnen, daß sie von diesen Kollegen verlassen werden wird.

Die „Schöneberger Position" bildet das ‚Pendant' zu derjenigen SB-Gruppe, die von Anfang an in die „GEW im DGB" übergetreten war, angeblich um *„die Wirkungen der Spaltung abzuschwächen"*. Originellerweise hatten die Übergetretenen unmittelbar nach ihrem Austritt als erste die Parole vom *„absoluten Vorrang"* einer *„schrittweisen Integration"* der beiden Verbände ausgegeben, wobei man auf die Erhaltung von Mitgliederrechten gegenüber den Gewerkschaftsführungen verzichten müsse (Funke, Isensee, Neusüss in „links", Nr. 87).

Auch die „Prokla"-Gruppe stützt sich wesentlich auf das Argument, so schlimm sei der Spalterverband ja gar nicht, da er sich eine *„basisdemokratische (!) Struktur"* gegeben habe. Man verstieg sich sogar dazu, **„das praktische Scheitern der mit der Neugründung durch rechte Kreise... beabsichtigten Zielsetzung in bisher allen wesentlichen Punkten"** zu behaupten. Damit stelllten die "Klassenkampf-Theoretiker" allerdings unter Beweis, daß sie entweder nicht den blassesten Schimmer von Gewerkschaftspolitik verstehen oder aber – was wahrscheinlicher ist – einfach unehrlich argumentierten.

Tatsächlich haben sich die Gewerkschaftsführer mit einer scheinbar „demokratischen" Satzung des Spalterverbands nicht vergeben. Es kostet Frister absolut nichts, den übergetretenen SEW'lern und SB'lern Betriebsgruppen und Mitgliederversammlungen zu gewähren, da er aufgrund der uneingeschränkten Gültigkeit der Bundessatzung im Spalterverband diese „Spielwiesen" bei passender Gelegenheit mühelos wieder beseitigen kann. Einerseits hat er die juristischen Mittel dazu in der Hand. Andererseits haben die „Linken" im Spalterverband (SEW, SB) durch ihren Übertitt ihre Erpressbarkeit mit der Drohung, die DGB-Mitgliedschaft zu verlieren, ja anschaulich unter Beweis gestellt.

Wo es freilich um handfeste Machtfragen geht, ist die Position der Gewerkschaftsführer knallhart: Gemeinsame Listen mit der GEW Westberlin zu den Personalratswahlen lehnen sie kompromißlos ab. Dies zeigt mehr als alles andere, wer in der „GEW im DGB" das Sagen hat. Die „Prokla"-Gruppe, die die Parole einer *„praktischen Kooperation der Gewerkschaftsmitglieder in beiden Gewerkschaftsorganisationen"* ausgegeben hatte, muß sich fragen lassen, warum es Frister, Stange (Vorsitzender des Spalterverbands) usw. so leicht fiel, diese Kooperation zu den Personalratswahlen zu verhindern. Dazu kann es nur zwei Erklärungen geben: Entweder war die Behauptung, die rechten Kreise hätten mit der Neugründung des Spalterverbands ihre Zielsetzung „in bisher allen wesentlichen Punkten" nicht erreicht, voreilig und naiv und müßte schleunigst revidiert werden. Oder die „Prokla"-Gruppe hatte s e l b s t gar kein Interesse, die Forderung nach gemeinsamen Listen zu den Personalratswahlen in der „GEW im DGB" durchzusetzen. Dies würde bedeuten, daß „Kooperation" in den Augen dieser Genossen ungefähr so aussieht, daß die GEW Westberlin dem Spalterverband aus der Hand frißt, um zum Dank dafür ständig in den Hintern getreten zu werden...

Für beide Gruppierungen – sowohl die „Prokla"-Gruppe im Spalterverband als auch die analoge „Schöneberger Position" in der GEW Westberlin – ist die Annahme, gewerkschaftliche Arbeit könne nur im DGB langfristig erfolgreich sein, ein Axiom, dessen kritische Hinterfragung nicht geduldet wird. R e a l i s t i s c h sind diese Kollegen in dem Punkt, daß eine Wiederaufnahme in die GEW (Bund) und den DGB nur als Kapitulation möglich sein würde, d.h. unter Aufgabe sämtlicher Vorbehalte gegenüber dem Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie und gegenüber der Gültigkeit der GEW-Bundessatzung. Folgerichtig hat die „Prokla"-Gruppe den bedingungslosen Übertritt sofort vollzogen, und die Schöneberger Kollegen werden spätestens dann folgen, wenn sich das Kräfteverhältnis zuungunsten der GEW Westberlin wandeln sollte. Alles, was sie von Frister noch fordern, ist, ihnen nicht allzu große Demütigungen bei diesem Schritt aufzuerlegen. Bis dahin setzen sie sich dafür ein, daß die GEW Westberlin alles vermeidet, was dieses Ziel erschweren könnte: Keine rechtlichen Schritte gegen den Aufbau der „GEW im DGB", Beibehaltung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse (die man als letztes Kompromiß-Angebot an die GEW-Führer zur Vermeidung der Spaltung noch in die Satzung übernommen hatte), keine öffentliche Auseinandersetzung mit dem Spalterverband im Personalrats-Wahlkampf, da dies die „Zusammenarbeit" gefährden könnte usw. Kurz gesagt soll sich die GEW Westberlin möglichst wenig von einer „normalen" Gewerkschaft unterscheiden und ansonsten peinlichst darauf bedacht sein, dem DGB bzw. dem Spalterverband „.... im DGB" kein Häärchen zu krümmen. Die Kollegen haben recht, wenn sie davon ausgehen, daß der DGB nur unter dieser Voraussetzung über eine Wiederaufnahme mit sich reden lassen würde.

Ganz und gar unrecht haben sie mit ihrer schönfärberischen Beschreibung der Verhältnisse in der „GEW im DGB". Da ist es schon ehrlicher, wie die SEW ihren Übertritt in den Spalterverband begründete: Man dürfe sich nicht „zu fein" sein, *„durch Scheiße zu waten"*. Genau das stehe jenen bevor, die in der GEW (Bund) bleiben wollten (Extradienst); Hier zeigt sich doch, daß die Revisionisten in Sachen Gewerkschaftspolitik weit mehr Erfahrung haben als die „Klassenkampf-Theoretiker" des SB.

„Wiederaufnahme in den DGB ohne Preisgabe demokratischer Mitgliederrechte"?

Die Landesvertreterversammlung der GEW Westberlin faßte zur Situation und Perspektive des Verbandes am 23./24.5. d.J. den folgenden Beschluß: *"...Für die Mitglieder der GEW Berlin gibt es im Kampf gegen den Unvereinbarkeitsbeschluß der DGB-Führung und gegen die reaktionäre Bundessatzung Fristers keine andere Perspektive als die Wiederaufnahme in den DGB o h n e Preisgabe demokratischer Mitgliederrechte.*

Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und alle die Mitglieder entrechtenden Bestimmungen der Bundessatzung müssen von der GEW (Bund) zurückgenommen werden."

Zur Realisierung dieser Forderungen sind bisher folgende Vorstellungen entwickelt worden: der Vorsitzende G. Schmidt weist auf die Auswirkungen hin, die das Weiterbestehen der GEW Westberlin und ihr Kampf um demokratische Prinzipien auf die innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen in anderen GEW-Landesverbänden hat und bezeichnet die GEW Westberlin zu Recht als ein *"'Wahrzeichen' in diesem Kampf"*. Hätte man *"vor Fristers Drohungen und Einschüchterungsversuchen gekuscht"*, schreibt ein anderer Kollege (BLZ, 3/77), *"so hätte dieser seine Disziplinierungspolitik morgen in Hamburg, übermorgen in Niedersachsen usw. fortsetzen können.". "Wir sind davon überzeugt, daß der Fortbestand der GEW Berlin sich bereits positiv gegen eine Verschlechterung der Kräfteverhältnisse in der GEW (Bund) ausgewirkt hat und weiter auswirken wird"* (BLZ, 4/77). Deshalb müsse man *" die GEW Berlin als eine mitgliederstarke, längerfristig lebensfähige Gewerkschaft...stabilisieren - bis auch der Bundesvorstand einsehen muß, daß wir nicht kaputtzukriegen sind."* Nur auf dieser Grundlage – „von einer Position relativer Stärke aus" - seien Verhandlungen über eine Wiederaufnahme in den DGB "aussichtsreich". Der Verfasser gibt in diesem Zusammenhang einen Zeitraum von mehreren Jahren an, die dieser Prozeß dauern könnte. Diese Vorstellung geht von der (durchaus nicht begründeten!) Annahme aus, die DGB-Führer könnten es sich auf Dauer nicht leisten, mehrere tausend Gewerkschaftsmitglieder außen vor zu lassen.

Noch optimistischer gibt sich H.Horst (linke Fraktion im SB, die in der GEW Westberlin geblieben ist). Auch er sieht die Spaltung nur als "vorübergehende Trennung vom Bundesverband" an (info bug, Nr.132). *"Hat die GEW Berlin in ihrer gewerkschaftlichen politischen Arbeit Erfolg, ist ein baldiger(!) Zusammenschluß beider Verbände möglich. Vielleicht findet sich dafür schon eine Mehrheit auf dem im November stattfindenden Bundeskongreß"* (Gewerkschaftstag der GEW in Mannheim; Anm. AK). Er begründet diese Hoffnung mit der Wahl eines linken Landesvorsitzenden in der GEW Hessen, die zeige, *"daß auch die großen Landesverbände der Flächenstaaten in Bewegung geraten."* (BLZ, 5/77). H. Horst tut gerade so, als ob es die Auswirkungen der von ihm selbst bekämpften Bundessatzung gar nicht gäbe. Tatsächlich kann man wohl davon ausgehen, daß die Mehrheit der GEW-Mitglieder in den übrigen Landesverbänden den Ausschluß ihrer Westberliner Kollegen ablehnt. Aber die undemokratische Struktur der DGB-Gewerkschaften sorgt ja gerade dafür, daß sich solche Mehrheiten nicht auf Gewerkschaftstagen niederschlagen. Sollte jedoch tatsächlich wider Erwarten die Situation eintreten, daß der Ausschluß auf dem Gewerkschaftstag zurückgenommen und Frister abgewählt wird, so zweifeln wir nicht daran, daß der DGB s o f o r t eine Spaltung der GEW auf Bundesebene in Angriff nehmen würde. In allen Landesverbänden und z.T. auch in kleineren Gliederungen, in denen sich linke Mehrheiten durchsetzen konnten, ist Frister umgehend an den Aufbau rechter Fraktionen geschritten. Glaubt man nach dem Westberliner Beispiel immer noch, daß das "zum Spaß" geschehen ist?!

Immerhin setzt sich H. Horst konkret mit den Erfahrungen der DGB-Mitgliedschaft auseinander: *„Wenigstens in den letzten zwei Jahren hat uns der DGB so gut wie gar nicht unterstützt, und seinerseits hat er sich aus Radikalenfurcht* (?) *von uns abgeschottet"*. Dann aber heißt es treuherzig: *„Das muß ja nicht so bleiben – es wird nicht so bleiben! Man sehe sich doch nur einmal die Entwicklung der Gewerkschaften West- und Südeuropas zur Radikalität an!"* („links" Nr. 82).

In der Tat ist es nützlich, die Gewerkschaften West- und Südeuropas zu studieren, um zu erkennen, warum sich die westdeutsche Gewerkschaftsbewegung bisher n i c h t so entwickeln konnte. Dabei wird man zwar nicht als alleinige, aber doch als wesentliche Ursache immer wieder auf den DGB stoßen. Dies soll kein Plädoyer für Richtungsgewerkschaften wie in Italien oder Frankreich sein. Festgestellt werden muß jedoch, daß der DGB beileibe keine „Einheitsgewerkschaft" ist – dies ist nämlich ein politischer Begriff – sondern eben die e i n z i g e Gewerkschaft in der BRD, die es ihren Führungen kraft ihrer zutiefst undemokratischen Struktur, ihrer vollkommenen Machtkonzentration an der Spitze und ihrer Monopolstellung erlaubt, die Gewerkschaftsbewegung rücksichtslos zu kontrollieren und in ihr einen staatstragenden Kurs durchzusetzen.

Auf jede Radikalisierung der Basis hat der DGB nicht mit einer „Linksentwicklung", sondern im Gegenteil mit Ausschlußpraxis und bürokratischer Erstickung geantwortet. Der DGB hat mit einer systematischen Ausschlußpraxis gegen die radikale Linke begonnen. Er setzt dieses Vorgehen damit fort, auch diejenigen rauszuschmeißen, die sich gegen diese Praktiken zur Wehr gesetzt haben. Es besteht kein Zweifel daran, daß dieses Schicksal auch denjenigen Kollegen und Gliederungen blühen würde, denen es gelänge, z.B. die Tarifpolitik wirksam zu zerstören usw.usf.

Man muß hinzufügen: Wenn heute schon bei einem vergleichsweise „harmlosen" Stand der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und einer ziemlichen Schwäche der Linken zu Massenausschlüssen wie im Fall der GEW Westberlin gegriffen wird, so läßt das darauf schließen, mit welchen Methoden die DGB-Führer bei einer Zuspitzung der Klassenkämpfe und gegenüber einer einigermaßen ins Gewicht fallenden Linken vorgehen würden.

Solange es keine gewerkschaftliche Alternative gibt, kann der DGB damit rechnen, sich mit dieser brutalen Machtpolitik immer wieder durchzusetzen, ohne mit nennenswerten Verlusten an Mitgliederzahlen oder Einfluß rechnen zu müssen.

Die gesamte historische Entwicklung des DGB – von der Gründung unter CIA-Regie bis zur aktuellen Situation – belegt anschaulich, daß die DGB-Führung ihre Machtbefugnisse, die sie ja in ausreichendem Maße besitzt, auch anwenden wird, um dafür zu sorgen, daß sich in ihrem „Hoheitsbereich" daran nichts ändert.

So richtig daher die Bekräftigung des Willens zur gewerkschaftlichen Einheit ist, so unrealistisch ist andererseits die Perspektive einer „Wiederaufnahme in den DGB ohne Preisgabe demokratischer Mitgliederrechte" für die GEW-Westberlin.

Der KB hat schon früher (AK Nr. 40, Februar 1974) grundsätzlich darauf hingewiesen, daß sich aus dieser Einschätzung des DGB *„die Bildung gewerkschaftsoppositioneller Gruppen und Organisationen langfristig zwingend als Aufgabe stellt; unmittelbar heute schon dort, wo Mitglieder ausgeschlossen werden oder wo die Gewerkschaftsführung die Gewerkschaften spaltet"*. Gleichzeitig haben wir uns davon abgegrenzt, ohne vorherige Gewinnung einer Massenbasis und ohne zwingende Notwendigkeit zu sektiererischen und lächerlichen „RGO"-Gründungen zu schreiten (RGO: Revolutionäre Gewerkschaftsopposition), was von „KPD" und KPD/ML" propagiert wird bzw. wurde (die „KPD" hat diese Position inzwischen revidiert).

Was die GEW Westberlin angeht, so hat die DGB-Führung den Kollegen gar keinen anderen Weg gelassen, als den sicherlich risikoreichen

Fortsetzung nächste Seite

Gewerkschaftstag: Von Demokratie keine Spur

Vom 30.10. bis 3.11. wird in Mannheim der erste Gewerkschaftstag der GEW nach der Zentralisierung durch die Bundessatzung, wie sie auf den beiden vorhergegangenen Bundeskongressen beschlossen worden war, stattfinden. Nach den Vorstellungen des Bundesvorstandes soll damit der letzte Schritt getan werden, das Niveau der GEW an das der anderen DGB-Gewerkschaften anzugleichen. So ist dieser Gewerkschaftstag auch weniger zur Diskussion der entscheidenden gewerkschafts- und bildungspolitischen Fragen der nächsten Jahre gedacht, sondern soll vornehmlich als Bestätigungsmaschinerie für die bisherige Vorstandspolitik funktionieren.

Schon in AK 110 haben wir in einem Überblick der Landesverbände gezeigt, daß nicht einmal 20% der insgesamt 400 Delegierten für diesen Gewerkschaftstag in wirklich demokratischen Wahlen bestimmt worden sind. Die große Mehrheit ist von den Vorständen nominiert worden, oder es wurden von den Vorständen vorgefertigte „Vorschlagslisten" bestätigt. Jetzt ist das gesamte Antragspaket an die Delegierten verschickt worden, das in Mannheim zur Beratung anstehen wird. Über insgesamt 173 Anträge sollen die Delegierten in den vier Tagen entscheiden. Auffällig ist dabei, daß knapp die Hälfte aller Anträge vom Landesverband Hamburg (46) oder vom Hauptvorstand (32) gestellt werden. „Gut im Rennen" liegen noch Baden-Würthemberg (8), Niedersachsen (17) und Schleswig-Holstein (9).
Schon dies zeigt, daß die Vorbe- Würthemberg (8), Niedersachsen (17) und Schleswig-Holstein (9).
Schon dies zeigt, daß die Vorbereitung auf den Gewerkschaftstag erhebliche Unterschiede aufweist. Hinzu kommt, daß in kaum einem Landesverband die vorgelegten Anträge innerhalb der Mitgliedschaft diskutiert worden sind. In der Regel wurden diese von den Vorständen ohne Wissen der Mitglieder gestellt. Im Gegenteil – mißliebige Anträge der Basis werden von den Vorständen sogar noch unterdrückt. So hatte die Landesvertreterversammlung in Schleswig-Holstein beschlossen, an den Gewerkschaftstag einen Antrag zu stellen, die Berufsverbote zu verurteilen – im Antragspaket sucht man dies vergebens.

Um es auf dem Gewerkschaftstag gar nicht erst zu für den Vorstand heiklen Diskussion kommen zu lassen, hat dieser eine Antragskommission zusammengestellt, die den Delegierten mit den Anträgen gleichzeitig auch schon eine „Empfehlung" ins Haus schickte, wie sie abzustimmen hätten. Um dieses Verfahren abzusichern, hat der Hauptvorstand (HV) einen Antrag eingebracht, in dem es heißt: *„Der Hauptvorstand empfiehlt dem Gewerkschaftstag die beim DGB übliche Regelung, bei der Abstimmung über die Anträge zuerst jeweils die Empfehlungen der Antragskommission zur Abstimmung zu stellen".* Das würde in ca. 60 Fällen heißen, daß gar nicht erst über die Anträge debattiert würde, da sie entweder sofort abgelehnt oder an den Hauptausschuß verwiesen würden. Eine gleichgroße Anzahl soll sich dadurch erledigen, daß der HV allgemeine Erklärungen zur Abstimmung stellt, wodurch alle weiteren Anträge, die sich mit diesem Thema befassen, „erledigt" sein sollen. Wie dabei in die Trickkiste gegriffen wird, mag ein Beispiel verdeutlichen. Es gibt zwei Anträge zur Problematik der Atomkraftwerke. In einem, vom Landesverband Bremen, wird der DGB allgemein aufgefordert, *„seine Stellungnahme . . . der Mitgliedschaft zur Diskussion zu unterbreiten und auf Grund dieser Diskussion zu überarbeiten".* Die Antragskommission empfiehlt „Annahme". Im zweiten Antrag, gestellt vom Landesverband Hamburg, wird das Atomprogramm kritisiert, der Stop aller im Bau befindlichen Kraftwerke und eine Revision des DGB-Beschlusses gefordert. Dieser Antrag soll nun nach dem Willen der Antragskommission gar nicht mehr behandelt werden, da er „erledigt" sei, wenn der Bremer angenommen wird. Auf diese Weise werden unliebsame Anträge, ohne daß dabei eine Debatte möglich ist, von der Tagesordnung gestrichen.

Mitgliederrechte nicht gefragt

Auffällig ist, daß von der Antragskommission gerade denjenigen Anträgen zugestimmt wird, die allgemein bildungspolitische Forderungen formulieren. Alle Anträge, die mehr Rechte der Mitglieder fordern, in denen die Politik des Vorstandes kritisiert wird oder die sich grundlegend mit der politischen Situation in der BRD auseinandersetzen, erhielten den Stempel „Ablehnung".
Auf „Ablehnung" stoßen alle der BRD auseinandersetzen, erhielten den Stempel „Ablehnung".
Auf „Ablehnung" stoßen alle Forderungen nach Verurteilung der Berufsverbote (LV Hamburg) und Einbeziehung der Gewerkschaftsbasis *„für die Festsetzung von Daten und Forderungen"* in den Tarifauseinandersetzungen (LV Hamburg); alle Versuche, die Vorstandswillkür bei Ausschlüssen auszuschalten; die Anträge auf Aufnahme von arbeitslosen Lehrern und solchen mit Teilzeitverträgen als Vollmitglieder; die Forderungen nach einer „Revision" der Unvereinbarkeitsbeschlüsse (LV Hamburg), zur Verbesserung des Rechtsschutz (LV Bayern) und der Zurücknahme der Kündigung der GEW Westberlin usw. Wie aber selbst positive Anträge von der Antragskommission in ihr völliges Gegenteil verkehrt werden können, ohne dies offen zu schreiben, zeigt folgendes Beispiel:

Der Landesverband Bayern kritisiert die Praxis des DGB-Vorstandes, Listen mit den Namen von Ausgeschlossenen im ganzen Bundesgebiet zu verbreiten, um die Wiederaufnahme in einem anderen Landesverband oder einer anderen DGB-Gewerkschaft zu verhindern. Da diese Listen z.B. vom „Bund Freiheit der Wissenschaft" veröffentlich wurden, um die Betroffenen einem Berufsverbot preis zu geben, kommen sie zu dem Schluß: *„Die Folgerung daraus kann nur lauten, daß derartige Ausschlußlisten nicht mehr verbreitet werden dürfen; eine Distanzierung des DGB von den Praktiken des ‚Bundes Freiheit der Wissenschaft' reicht nicht aus!"* Die Antragskommission empfiehlt „Annahme", allerdings mit einer „unwesentlichen" Änderung. Es soll heißen: *„Die Weitergabe von Namen innerhalb der DGB-Gewerkschaften muß jeglichen Mißbrauch ausschließen; sie darf nur zum Zwecke der Prüfung von Aufnahmeanträgen erfolgen".* Also alles beim Alten, mit einer kleinen Gewissensberuhigung, wobei noch nicht einmal berücksichtigt worden ist, daß der DGB selbst solche Listen schon veröffentlich hat. Verdrehungen des Willens der Antragsteller in dieser Art kommen im Laufe der 170 Anträge noch häufiger vor, wobei jeweils mit solch allgemeinen Floskeln gearbeitet wird, daß später dem Vorstand weiter alle Türen offen stehen.

So auch im Falle eines Antreges des LV Hamburg, die Spaltertätigkeit verschiedener reaktionärer Fraktionen (Hamburg, Hessen) zu verurteilen, die sich demokratisch zustandegekommenen Beschlüssen der Mitglieder nicht unterwerfen wollen. In der „Empfehlung" der Antragskommission wird daraus eine allgemeine Verurteilung von GEW-Mitgliedern, die sich öffentlich gegen bestimmte Entscheidungen der GEW, insbesondere ihrer Vorstände, aussprechen. Daß dies nun wiederum hauptsächlich gegen die Gewerkschaftslinke gerichtet ist, kann man sich an fünf Fingern ausrechnen. Den Buchstaben nach wäre damit dem Antrag genüge getan, der Inhalt wäre wiederum völlig auf den Kopf gestellt.

Alles beim Alten?

Alles beim Alten?

Schon jetzt ist abzusehen, daß die Delegierten sich in der gesetzten Zeit niemals durch den gesamten Antragsberg durcharbeiten können, zumal der erste Tag allein den Fensterreden der Gewerkschaftsführer und führender Politiker vorbehalten ist. Nicht zufällig stehen deshalb wohl auch die Anträge zur Kündigung der GEW Westberlin, zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen usw. am Ende der Tagesordnung. Damit soll offenkundig versucht werden, die gerade für die GEW in den letzten Jahren so brisanten Fragen völlig aus der Diskussion herauszuhalten. Ob der damit beabsichtigte Versuch, eine einig hinter dem Vorstand stehende GEW zu präsentieren, gelingen wird, hängt wesentlich von den dort vertretenen Linken ab. Nicht zuletzt aber auch davon, ob solche Kräfte wie die Vorsitzenden der Landesverbände Hamburg und Hessen auf dem Gewerkschaftstag tatsächlich zu den Forderungen und Anträgen ihrer Landesverbände stehen werden, oder ob sie sich von vornherein auf ein Arrangement mit dem Bundesvorstand und Frister einlassen.

Frister braucht einen reibungslosen Ablauf dieses Gewerkschaftstages, um sich weiterhin bei den DGB-Führern empfehlen zu können. Andererseits ist aber auch sicher, daß es kaum einen unbeliebteren Gewerkschaftsvorsitzenden gibt wie gerade ihn.

Bündniskommission
KB/Gruppe Hamburg

Neues von der »Streikfront«

Hessen. Wie schon in AK 113 berichtet, fanden dort am 14.9. Mitgliederversammlungen statt, auf denen die Bereitschaft der Mitglieder zur Durchführung eines Warnstreiks abgeklärt werden sollte. Inzwischen liegen uns genauere Ergebnisse vor: Danach haben sich bei einer überdurchschnittlichen Beteiligung von 16 % der Mitglieder (an Mitgliederversammlungen) 76 % der Anwesenden für einen Streik ausgesprochen; immerhin 70 % der Kollegen stimmten dafür, daß auch die Forderung nach Rücknahme der Kürzungen der Anwärterbezüge ein Streikziel sein solle.

Der Vorstand legte die entscheidende Hauptausschußssitzung für den 11.10. fest, auf der ein Antrag über die Durchführung einer Urabstimmung gestellt werden soll. Entgegen dem Votum der Mehrheit der Mitgliederversammlungen soll dabei jedoch nicht die Forderung nach Zurücknahme der Kürzung der Referendarbezüge in das Streikziel aufgenommen werden. Frister hat gegenüber dem hessischen Vorstand schon durchblicken lassen, daß er einem Antrag auf eine Urabstimmung auf keinen Fall zustimmen wird. Zweifelhaft ist allerdings noch, ob es überhaupt noch eine Situation geben wird, die Urabstimmung zu beantragen. Denn nach allen parlamentarischen Gepflogenheiten wird schon wenige Tage nach der Entscheidung des Vermittlungsausschusses das Gesetz im Bundestag und -rat beschlossen. Damit manövriert sich die GEW in eine Situation hinein, in der es nur noch schwer möglich sein wird, auf die Entscheidung Einfluß zu nehmen.

Hamburg. Hoffnungen auf den Vermittlungsausschuß macht auch der Hamburger Landesvorstand, um von seiner Untätigkeit in der Streikfrage nach den Sommerferien abzulenken (siehe AK 113).

In einer „Besoldungsnachricht" wird ein Kompromißvorschlag im Vermittlungsausschuß groß herausgeputzt: Danach bleibt es bei der Lohnkürzung für Referendare; die CDU setzt sich mit ihren Vorstellungen über die aufgespaltene Stufenlehrerbesoldung durch; auch die Hamburger Stufenlehrer werden nach A 12 eingestuft, lediglich für eine Übergangszeit (bis 1981) kann Hamburg die Stufenlehrerbesoldung eigenständig regeln.

Indem jetzt nach dem Willen des Landesvorstandes darüber diskutiert werden soll, ob dieser „Kompromiß" annehmbar ist oder nicht, wird davon abgelenkt, daß nach der Sitzung des Vermittlungsausschusses das Gesetz in kürzester Zeit durch Bundestag und Bundesrat gepeitscht werden wird und daß es dann für die Vorbereitung von Kampfmaßnahmen zu spät sein könnte (denn wer wird noch gegen ein verabschiedetes Gesetz streiken?).

Damit hätte sich der „linke" Hamburger Vorstand „elegant" der Forderung der Mitglieder nach der Durchführung des Streiks entzogen. Es sollte jedoch festgehalten werden, daß dies alles vorher bekannt war, so daß das Vorgehen der Vorstandsmehrheit nur als **bewußter** Versuch gewertet werden kann, den geforderten Streik endgültig vom Tisch zu wischen – nachdem dies Frister nicht gelungen ist. Dafür sind die Würfel jedoch noch nicht gefallen.

Lehrerkomitee
KB / Gruppe Hamburg

Unvereinbarkeitsbeschlüsse

Unvereinbarkeitsbeschlüsse „revidieren"?

Seit Übernahme der Unvereinbarkeitsbeschlüsse durch die GEW hat gerade diese Frage immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen geführt. Der Hamburger Landesverband hatte sie seinerzeit nur unter massiven Druck seitens des Bundesvorstands übernommen, sich aber gleichzeitig immer dafür ausgesprochen, sie insgesamt wieder aufzuheben. Zu welchen „taktischen" (?) Wendungen jedoch die „linken" Sozialdemokraten in der Lage sind, zeigt ein Antrag des Hamburger Landesvorstands an den Gewerkschaftstag. Zuerst wird den DGB-Führern bescheinigt, sie hätten die UVBs in der Absicht gefaßt, *„Gewerkschaftsgegner den Boden gewerkschaftsfeindlicher Agitation innerhalb der Organisation zu entziehen".* Das heißt ja offensichtlich, daß der Hamburger Vorstand alle im UVB aufgeführten Gruppen als „gewerkschaftsfeindlich" diffamiert. Noch doller kommt es jedoch, wenn es heißt: *„Die konkrete Anwendung der UVBs hat jedoch teilweise das Ziel der Beschlüsse in ihr Gegenteil verkehrt: Auseinandersetzungen, Mißtrauen, Verlust an Geschlossenheit und Solidarität, ja selbst Gesinnungsschnüffelei in den eigenen Reihen waren die Folge".* Als wenn nicht gerade dies von den DGB-Führer beabsichtigt war. Folglich kommen diese Kräfte dann auch nicht zu dem Schluß, die UVBs aufzuheben, sondern der Hauptvorstand wird aufgefordert, *„sich im DGB-Bundesvorstand für die Revision einzusetzen".* Was nun allerdings unter einer solchen „Revision" zu verstehen ist, wird nicht weiter ausgeführt – das soll dem DGB-Vorstand vorbehalten bleiben.

Offenkundig meinen diese Leute auch noch, besonders „feinfühlig" vorzugehen, „alle Möglichkeiten" auszunutzen, da ja eine „weitgehende Forderung" sowieso nicht erreicht werden könne usw. Nur, selbst dieser zaghafte Vorstoß wird von der Antragskommission mit dem Stempel „Ablehnung" versehen, denn für den Vorstand ist dieses Thema tabu.

4.000 ohne Anstellung



Für den Vorbereitungsdienst in Niedersachsen haben sich laut „Braunschweiger Zeitung" vom 22.9.77 5331 Hochschulabsolventen beworben. Davon sind 1282 Bewerber eingestellt, d.h. es sind 4049 abgewiesen worden! Die Hälfte der Absolventen soll mit Angestelltenverträgen abgespeist werden, die auf ein Jahr begrenzt sind. Außerdem handelt es sich nicht um volle, sondern um 2/3 Verträge, d.h. 2/3 der normalen Lehrerstunden und natürlich 2/3 Bezahlung.

Dazu hat die GEW in Niedersachsen folgende Stellungnahme abgegeben:

„ ... daß das Recht auf Zulassung zum Vorbereitungsdienst nur aufgrund eines Gesetzes beschränkt werden kann. Eine solche gesetzliche Regelung existiere in Niedersachsen jedoch nicht" („EZ", vom 23.9.77).

KB Braunschweig

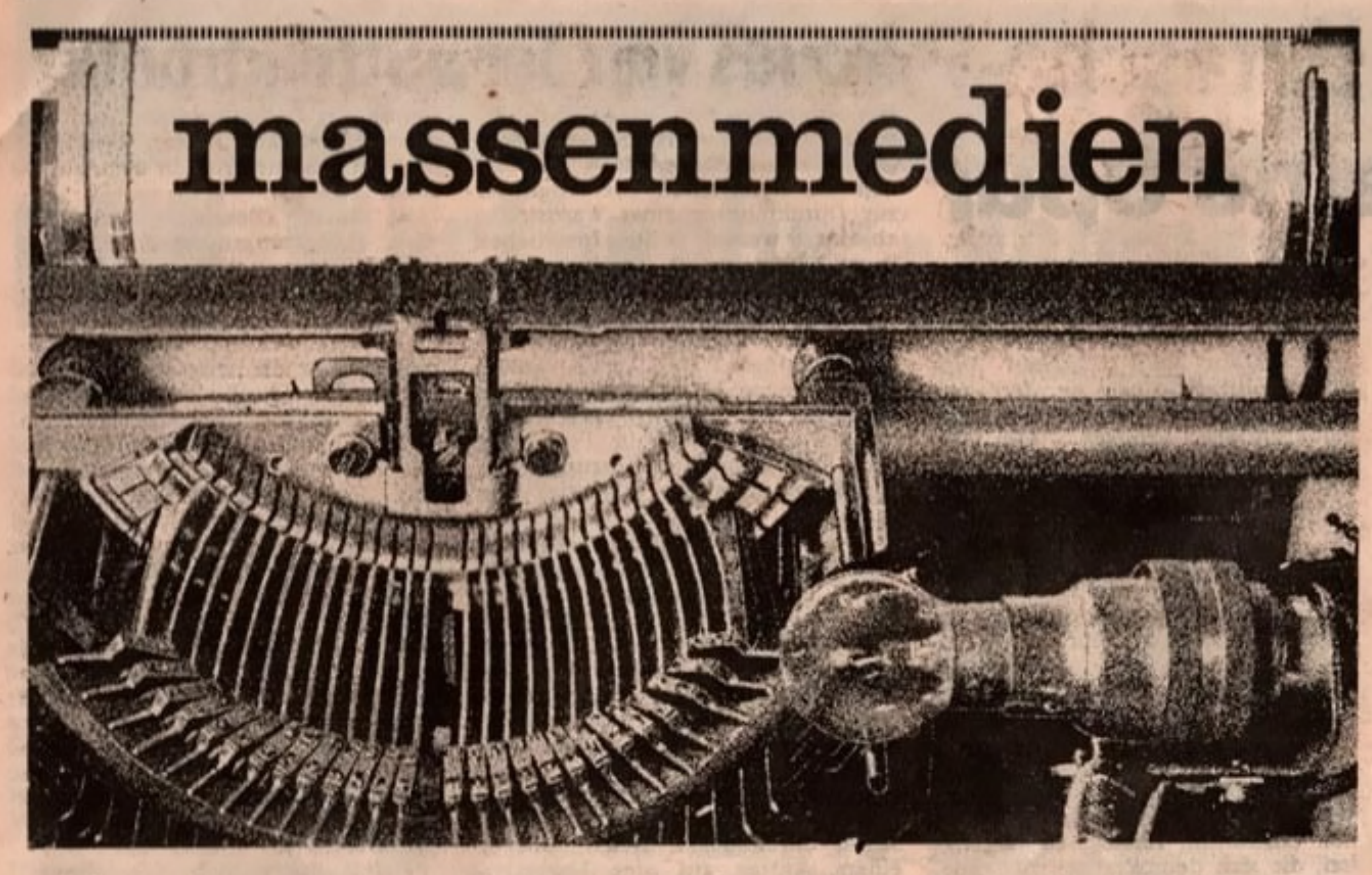
Fortsetzung von Seite 21

GEW Westberlin: »Heimweh« fehl am Platz!

Versuch zu unternehmen, ihre Gewerkschaft auch außerhalb des DGB zu erhalten und auszubauen. Will sie tatsächlich auch in Zukunft ihre demokratischen Mitgliederrechte wahren, so muß sich die GEW Westberlin davon freimachen, ständig auf die Perspektive einer unter dieser Bedingung illusorischen Rückkehr in den DGB zu starren, und die Angst ablegen, sich durch die Entwicklung einer konsequent demokratischen Politik diese Rückkehr zu verbauen. Diese Haltung kann die GEW Westberlin nur schwächen und ihrer Glaubwürdigkeit schaden.

Ganz im Gegenteil kommt es darauf an, mit aller Kraft eine selbständige, an den Interessen der Mitglieder orientierte gewerkschaftliche Alternative zu entwickeln und diese als „leuchtendes Vorbild" zu propagieren, unabhängig davon, ob es der GEW Westberlin tatsächlich gelingt, langfristig ihre Existenz zu sichern. Denn je eher diese Alternative sichtbar wird, desto besser für die Gewerkschaftsbewegung insgesamt!

Daß der Verlust der DGB-Mitgliedschaft von vielen Kollegen offenbar nicht gerade als ungeheuer schmerzlich empfunden wird, zeigen die folgenden Zeilen in der „Berliner Lehrerzeitung" (3/77), in denen ein Kollege die Erfahrungen und Eindrücke der neuen Situation schildert: „**Die Klärung der Fronten und der Verhältnisse, die jetzt stattgefunden hat, scheint für viele etwas ungeheuer Befreiendes zu haben** *(Hervorhebungen durch den Verf.). Nur so läßt sich der spontane Zustrom an Aktivität erklären, den die GEW Berlin seit dem 23. Februar 1977 verzeichnen kann. Nur so läßt sich erklären, daß manche bisher Unentschlossenen sich jetzt entscheiden, in die GEW Berlin einzutreten. Dieser plötzliche Zustrom an Arbeitsbereitschaft und Engagement resultiert sicher daraus, daß viele hier zum ersten Mal seit Jahren wieder die Möglichkeit sehen, sich mit ihrer Gewerkschaft zu identifizieren, weil diese Gewerkschaft es ihnen erlaubt, sich frei und offen einzubringen. Weil man hier plötzlich wieder ohne taktische Rücksichten und Verstellungen identische Positionen vertreten kann, d.h. sagen und zu dem stehen kann, was man wirklich meint. Weil hier der Hintersinnigkeit und Doppelzüngigkeit, die schon fast zum festen Bestandteil innergewerkschaftlicher Diskussion geworden war, ein Ende bereitet werden kann. Weil hier die Mitglieder wirklich ihre eigenen Interessen, und diese rückhaltlos, vertreten können, ohne sofort die Furcht vor der Zuchtrute des Vorstands im Nacken zu spüren. Kurz gesagt: weil wir uns hier wieder als erwachsene, mit sich selbst identische Menschen begegnen können und nicht als ungezogene Kinder oder unbotmäßige Untertanen, die heimlich etwas Verbotenes tun oder reden und dabei ständig den Zorn des absoluten Vaters fürchten müssen".* Zurück in den DGB und dies alles wieder aufgeben? Jedenfalls nicht freiwillig!



Medienkritik in Hörfunk und Fernsehen unerwünscht

Im Zuge der „Umstrukturierungen" in ARD und ZDF, an deren Ende die vollständige Beseitigung liberaler und „systemkritischer" Programmbeiträge stehen soll, haben die Verantwortlichen zum nächsten Streich angesetzt. Sowohl in der ARD als auch im ZDF wurden sechs bis sieben mal pro Jahr medienkritische Sendungen gezeigt, die sich u.a. kritisch mit der Zensur innerhalb der Sender befaßten. Die vom WDR für die ARD produzierte Sendung „Glashaus" berichtete ausführlich über die Auseinandersetzungen um die Absetzung der Serie „Der Betriebsrat" und ließ in diesem Zusammenhang in der letzten Sendung DRUPA–Betreibsräte ihre Kritik über das Fernseh–Programm formulieren.

Lag die Sendezeit dieser Produktion eh schon im Sonntagabend–Spätprogramm (ab 22 Uhr) und war von daher einem breiten Zuschauerkreis entzogen, so plant der neue WDR–Programmdirektor, H. W. Hübner, jetzt im Rahmen der „Neuorganisierung " des WDR einzelne „Glashaus"–Termine „zur Disposition zu stellen" („FR", 2.9.77).

Im ZDF wurde die medienkritische Sendung „Betrifft: Fernsehen", *„die bisher Montags zur Hauptprogrammzeit 19 Uhr 30 terminiert und dementsprechend auf ein nicht spezifisch interessiertes, sondern auf ein Massenpublikum hin konzipiert"* war, auf den „Kulturfeature"–Termin, Mittwoch 22 Uhr verlegt (nach ‚FR", 2.9.77).

Daß medienkritische Sendungen nicht von der Zensur verschont werden, mag das folgende Beispiel belegen. Für die Hörfunk–Reihe „Medien: Politik und Kritik" in NDR/WDR I (Mittwochs 22 Uhr 20 bis 22 Uhr 30) schrieb der Kölner Journalist H.G. Koll einen Beitrag „Zur Frage der ‚Linkslastigkeit' in unseren öffentlich–rechtlichen Medien." Dieser Beitrag, der schon im März vorgelegen hat, wurde bis heute nicht gesendet. Es heißt darin u.a.:

„ ‚Systemkritikern' aus sozialistischen Ländern – zu denen ja auch Wolf Biermann gehörte – wurde in

„ ‚Systemkritikern' aus sozialistischen Ländern – zu denen ja auch Wolf Biermann gehörte – wurde in

letzter Zeit in unseren Funk– und Fernsehprogrammen ein relativ breiter Raum eingeräumt. Hingegen kamen jene, in der Öffentlichkeit meist als ‚Radikale' oder ‚Extremisten' bezeichneten Kreise,....in Funk und Fernsehen nur sehr selten zu Wort, bzw. es wurde nur in Ausnahmefällen auf deren Vorstellungen inhaltlich eingegangen. Meist ist von solchen Gruppen oder Kreisen nur die Rede, wenn sie einmal in Form von massiven Konfrontationen mit der Polizei oder sonstigen ‚spektakulären' Ereignisse ins Rampenlicht der Öffentlichkeit gerieten. Hingegen läßt der Belgische Rundfunk (RTB) in seiner allmorgentlichen Presseschau auch eine kommunistische Zeitung (‚Le Drapeau Rouge') zu Wort kommen."

Und weiter heißt es: *„....in vielen Sendungen (wurde) die Frage erörtert, ob die Kommunisten .... vielleicht eine Gefahr für den Staat und unsere Gesellschaft bilden und was für Schutz- oder Sicherheitsmaßnahmen erforderlich bzw. mit demokratisch–rechtsstaatlichen Prinzipien zu vereinbaren seien oder nicht. Man denke da etwa an die Diskussion um den Radikalenerlaß, den § 88a StGB und andere Begrenzungen der Meinungsfreiheit in den Medien, um gewisse Einschränkungen der Demonstrationsfreiheit, Verschärfung der Strafprozeßordnung, Erweiterung der Befugnisse der Polizei und Verfassungsschutz u.a.m. In den Sendundie sich mit dem Für und Wider solcher Maßnahmen befaßten, kamen die davon Betroffenen selbst – also die ‚Radikalen' oder ‚Extremisten' – nur selten zu Wort."*.

Koll belegt dieses dann noch einmal am Beispiel der Hetze gegen die Großdemonstration vom 19.2.77 in Brokdorf.

„Von diesen in so massiver Weise angeschuldigten Gruppen kam hingegen, soweit ich das verfolgen konnte, nur in einer einzigen Sendung ein Vertreter zu Wort. In der kritischen WDR–Sendung „Tagesthema" vom 9. Februar. Von dem Rechtsstaatprinzip ‚Auch die andere Seite soll angehört werden' konnten also diese in so massive gesellschaftliche Ächtung gestellten Gruppen in unseren öffentlich–rechtlichen Medien nur einen minimalen Gebrauch machen."

Am Ende seines Beitrages bestreitet Koll den Vorwurf der Linkslastigkeit. *„Andererseits ist vielleicht die Frage berechtigt, ob nicht der vielstrapazierte Grundsatz der „Ausgewogenheit" auch einmal so ausgelegt werden könnte, daß man sich in Funk und Fernsehen auch mit den Positionen der ‚Radikalen' etwas*

Funk und Fernsehen auch mit den Positionen der ‚Radikalen' etwas

gründlicher und differenzierter befaßt als bisher und daß man ihnen auch etwas mehr Gelegenheit beitet, ihre Standpunkte selbst zu erläutern – zumindest dann, wenn von maßgeblichen Kreisen in Staat und Gesellschaft vor Millionen von Zeitungslesern, Rundfunkhörern und Fernsehzuschauern bestimmte diffamierende Urteile über sie gefällt werden, wie z.B. im Fall Brokdorf/Itzehoe."

Medien–Kommission

Jagdszenen aus Franken

Wie es einem Künstler gehen kann, der die mögliche Konsequenz des Ausspruchs *„geh doch rüber, wenn's dir hier nicht paßt"* gestaltet und dabei wahre Ereignisse verarbeitet, mußte jetzt die Schriftstellerin Helga Novak erfahren. Im Juni wurde ihr Werk *„Die Ballade von der Minenwippe"* vom Bayerischen Rundfunk als Hörspiel gesendet. Der Inhalt: Nach der Übertragung eines Fußballspiels packen durch Alkohol erhitzte Bewohner eines Dorfes an der DDR–Grenze im Laufe einer Auseinandersetzung einen vermeintlichen „DDR–Sympathisanten", schleppen ihn an die Grenze und werfen ihn ins Minenfeld. Der Ort des Geschehens wurde von H. Novak nach Grabfeld verlegt, ein Ort in der Nähe ihres zweiten Wohnsitzes. Die Idee zu der „Minenwippe" war ihr durch zwei Ereignisse in ihrer Umgebung gekommen: Nach der Niederlage der BRD gegen die DDR bei der Fußballweltmeisterschaft waren die Dorfbewohner mit Pauken und Trompeten an die Grenze marschiert, um dort das „Deutschlandlied" zu intonieren. Ein anderes Mal wurde ihrem Freund bei einer politischen Diskussion in der Dorfkneipe gesagt: *„Ich schmeiß dich über die Grenze."* Für bare Münze hatte H. Novak diesen Satz nicht genommen, sie hält es allerdings für legitim, *„das Mittel der Übertreibung, der Vermischung von Dichtung und Wahrheit zum Zweck der Verdeutlichung zu verwenden."* Dieses Recht wollen ihr aber nicht alle Dorfbewohner zugestehen. Es sind aber nicht die Bauern, die sich da beleidigt fühlen. Die Pressekampagne und die Protestbriefe, an den Bayerischen Rundfunk, die der Sendung folgten, waren von einem Landrat, einem Bürgermeister und einem Lehrer in Übereinstimmung mit der Kirche und der Lokalpresse inszeniert worden. Diese forderten als Mindestes eine Entschuldigung vom Bayerischen Rundfunk. Im Zusammenhang mit der Hetze gegen H. Novak und ihren Freund, die sich selbst als Linke verstehen, müssen auch die polizeilichen Durchsuchungen ihres Hauses gesehen werden. Die erste war 1974, die zweite erfolgte jetzt im Zusammenhang mit der Schleyer–Entführung. Von der Durchsuchung erfuhren die Hausbewohner, die sich zu dem Zeitpunkt in Frankfurt aufhielten, erst aus der Lokalzeitung. Gefunden wurde überhaupt nichts. Erreicht wurde allerdings, daß sich H. Novak bedroht fühlt und um ihre Sicherheit fürchtet. Sie beantragte beim Bürgermeister, eine Gemeindeversammlung einzuberufen, auf der sie ihre Position darlegen kann. Dies wurde ihr auch gewährt, denn die Gemeinderäte wollen von weiteren Schritten absehen, weil *„es nichts bringt"* und weil der Intendant der Bayerischen Rundfunks sein Bedauern über *„diese Panne"* ausgedrückt hat, *„die eine Ausnahme bleiben soll."* Erstaunt darüber war der Hörspielleiter, der nichts davon erfahren hatte. Nicht erfahren hatte er auch, was mit seiner Stellungnahme zu der Sache geschehen war. In dieser hieß es unter anderem: *„Dieses Hörspiel ist keine Schamlosigkeit – es ist eine Warnung."*

Kulturkommission
KB/Gruppe Hamburg

Junge Union für verschärfte Rundfunkzensur

Die Junge Union Bayern hat auf einem medienpolitischen Seminar den Rundfunkanstalten vorgeworfen, *„die von Verfassung und Rundfunkgesetzen vorgegebenen Grenzen ständig zu verletzen... Die Verantwortlichen des Bayerischen Rundfunks werden aufgefordert, Sendungen der ARD, die gegen Rundfunkgesetze oder die freiheitliche Grundordnung verstoßen, nicht zu übernehmen."* Straußens Jünger sind nämlich der Meinung, daß die Anstalten nicht der Indoktrination sondern der 'Information dienen sollen. Um dieser Überzeugung Ausdruck zu verleihen, hatten sie zwei entschiedene Gegner jeder Indoktrination eingeladen: ZDF-Löwenthal und Franz Schönhuber, Programmbereichsleiter Bayern-Information des Bayerischen Fernsehens.(„Nürnberger Zeitung", 12.9.) Das spricht für sich.

KB/Gruppe Nürnberg

Zensur beim „Kölner Stadtanzeiger"

112.000 bereits gedruckte Leserbriefseiten (etwa die Hälfte der Auflage) wurden in der Nacht zum 16. September eingestampft, und die Seiten neu gedruckt: Aus der Rubrik „Leser äußern sich zur Entführung Schleyers" wurden zwei Leserbriefe entfernt und ersetzt, die sich kritisch mit der Hetzkampagne gegen Linke auseinandersetzte. Auch der „Kölner Stadtanzeiger"hat was dagegen, wenn differenzierter nach den Ursachen des Terrorismus gefragt wird. Es lebe die freie Presse!

KB/Gruppe Köln

Offener Brief der Bürgerinitiative „Rettet den Rundkfunk" an den NDR

An: Presseverteiler
Programmbeirat
Rundfunkrat
Verwaltungsrat
Intendanz

Betriebsrat
Redakteursausschuß
RFFU im NDR
Jugendfunk NDR
Verantwortlicher Redakteur von „Pop und Politik" vom 18.9.77

Offener Brief

Am Sonntag, den 12.9.1977 wurde im dritten Programm des NDR der Film " Triumph des Willens" von Leni Riefenstahl gesendet. Leni Riefenstahl-Symbolfigur der "vorbildlichen Kulturschaffenden" des deutschen Faschismus-bekennt heute noch, daß Hitler ein "sympatischer" Mann sei.
Ihr Film "Triumph des Willens" ist ein "ästhetisches" Propagandawerk über den Nürnberger Parteitag der Hitler-Faschisten und ist aufgrund seiner Massenwirkung vom Goebbelschen Reichspropaganda-Ministerium mehrfach ausgezeichnet worden.

Wir fragen Sie, ob Sie der Auffassung sind, daß die Verbreitung von Nazi-Propaganda der Schaffung demokratischen, antifaschistischen Bewußtseins in der Bevölkerung dient, wie es grundsätzlich im Potsdamer Abkommen festgelegt ist?

Wir fragen Sie, ob Sie der Auffassung sind, daß es der Schaffung demokratischen, antifaschistischen Bewußtseins dient, wenn in der Sendung "Pop und Politik" vom 18.9.1977 im zweiten Programm des NDR von dem Kongreß der " Jungen Nationaldemokraten", der Jugendorganisation der faschistischen NPD, in Osnabrück berichtet wird, und diese Leute ihre volksverhetzenden Parolen, in einen biedermännischen Mantel verpackt, ohne ein Wort der politischen Kritik verbreiten dürfen?
Uns erscheint dies umso schwerwiegender, da zum gleichen Zeitpunkt eine Gegendemonstration demokratischer, antifaschistischer Kräfte mit über 2000 Menschen in Osnabrück stattgefunden hat, deren Argumente und Forderungen völlig ignoriert worden sind.

Ist das die "Ausgewogenheit der Berichterstattung", die Sie meinen?

Unserer Auffassung nach muß es die Aufgabe einer sich der "demokratischen Willensbildung" verpflichteten Rundfunkanstalt, wie dem NDR, sein, der zunehmenden Rehabilitierung des Hitler-Faschismus in der BRD eine geeignete Informationspolitik und Aufklärungsarbeit entgegenzusetzen. Dazu gehört es unter anderem den Kräften, die es sich zur Aufgabe gemacht haben dazu beizutragen, die demokratische Öffentlichkeit zum Widerstand gegen den aufstrebenden Rechtsradikalismus in Staat und Gesellschaft zu ermutigen, angemessenen Raum in den Medien zur Verfügung zu stellen.

Das unkritische Verbreiten von Nazi-Propaganda-selbst verkleidet in "Pop" und "Nostalgie" oder in "authentische Dokumentation"-wird zu einer Zeit betrieben, in der zunehmend verhindert wird, daß ein breites antifaschistisches, demokratisches Bewußtsein sich entwickelt und festigt.

Hamburg, den 20.9.1977

Bürgerinitiative "Rettet den Rundfunk"

Am 20.9. verabschiedete die BI „Rettet den Rundfunk" einstimmig einen Offenen Brief an den NDR, dessen Inhalt wir im folgenden nachdrucken. Die BI sah sich zu diesem Schritt veranlaßt, weil es angesichts des massiven Drucks auf jegliche Art demokratischer Berichterstattung nötig ist, von außen auf die immer s schärfere Selbstzensur zu reagieren. Zusätzlich stellte die BI fest, daß eine zunehmende Verbreitung von Nazi–Propaganda im NDR die Kehrseite dieser Entwicklung darstellt und deshalb die demokratische Öffentlichkeit beginnen muß, die Auseinandersetzung mit dem Sender selbst aufzunehmen.

Der offene Brief soll dazu ein Anfang sein.

Skandalöses Urteil eines Hamburger Amtsrichters

Hetze ist erlaubt, damit sie beim Publikum verfangen kann

Der „BILD"–Reporter Walter Großer hatte sich im Zuge der „Rotfunk"–Hetze gegen den NDR auf einzelne Readakteure des NDR eingeschossen und dabei besonders den Redakteur O. Löwa angegriffen. Diesen hatte der Springer–Journalist in einem Artikel mit dem Zusatz „NDR/ML" vorgestellt und gelogen, daß dies Löwas Spitzname im Sender sei. Ziel dieser Verleumndung war, Löwa in die „linksradikale Ecke" zu drängen und ihn damit zum Abschuß freizugeben.

Löwa wehrte sich gegen diese Infamie und erreichte, daß Großer sich schriftlich verpflichtete, die Unterstellung zukünftig zu unterlassen. Als Löwas Anwalt nun von Großer die Kosten eintreiben wollte, zog dieser vor Gericht. Der Hamburger Amtsrichter, Siegfried Barschkies, sprang dem Springer–Mann voll zur Seite und wies den finanziellen Anspruch des Löwa–Anwalts, Bruns, zurück, mit folgender Begründung:

„Seine (Großers; Anm. d. Red.) *Berichterstattung wäre nämlich, selbst wenn die Tatsachen falsch behauptet worden wären, gemäß Paragraph 193 StGB wegen Wahrnehmung berechtigter Interessen (!!), gerechtfertigt. Wie allgemein bekann (!!!), wird das Programm des Norddeutschen Rundfunks, vor allem sein drittes Programm, von links eingestellten Redakteuren bestimmt. Wenn der Beklagte mit seiner Zeitungsmeldung darauf hinweisen wollte, daß für die Neubesetzung einer Redaktionsleitung ein linksstehender Mitarbeiter im Gespräch sei, so genügt er damit nur einem öffentlichen Informationsbedürfnis. Sollte der Beklagte dabei, um die Aktualität der Meldung zu bewahren (!), eine unrichtige Bezeichnung gebracht haben, so würde dies durch die Aufgaben eines Zeitungsreporters gedeckt werden. Denn derartige Nachrichten müssen entsprechend aufgemacht werden, damit sie beim Publikum auch verfangen (!!). Die .... Bezeichnung, auch wenn sie falsch wäre, müßte in Kauf genommen werden. Nach allem kam es auf den Beweisantritt dafür, daß der Kläger tatsächlich im Hamburger Rundfunkhaus so genannt würde, nicht an."* (Az: AG HH–Wandsbek 713 0216/77)

Dieser Urteilsspruch ist ein Freifahrtschein für die bürgerliche Hetzpresse.



Ustascha-Prozeß in Düsseldorf

Ende September begann in Düsseldorf der Prozeß gegen zwei Ustascha-Faschisten, die im Juni 1976 einen Mordanschlag auf den jugoslawischen Vizekonsul verübt hatten, bei dem dieser nur knapp mit dem Leben davonkam.

Schon im September 1976 hatten die Ermittlungsbehörden die Version von zwei »Kriminellen ohne politischen Hintergrund« verbreitet. Die Belgrader Zeitung »Politika« allerdings meldete, daß beide der verbotenen faschistischen »Ustascha« angehören, die für eine Reihe weiterer Anschläge verantwortlich ist, so z. B.

Januar 1976: Sprengstoffanschlag auf das jugoslawische Konsulat in Stuttgart.

Januar 1976: Sprengstoffanschlag auf das Konsulat in Dortmund.

Februar 1976: Ermordung des jugoslawischen Konsuls Edvin Zdovic in Frankfurt.

(nach »tat«, 23.9.77).



„Ich sehe nichts!"– Karikatur aus der jugoslawischen Zeitung „wetschernje Nowosti" vom 26.9.77

Alles streng wissenschaftlich



Da nach ziemlich übereinstimmender Meinung der gesamten seriösen Presse der BRD die sogenannte und angebliche „Hitlerwelle" nur eine böswillige Erfindung von deutschfeindlichen Kräften im Ausland und kommunistischen Manipulateuren ist, steht mit Sicherheit fest, daß es sich auch bei dem in der hier nachgedruckten Anzeige (erschienen u.a. in der relativ verbreiteten Programmzeitschrift „Fernsehwoche" vom 24.9.77) angepriesenen Objekt nur um einen streng wissenschaftlichen Beitrag zur endlich notwendigen versachlichten Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit handeln kann. Es wäre nicht weiter verwunderlich, wenn das besagte Objekt demnächst mit offizieller Empfehlung der zuständigen Behörden im Schulunterricht Verwendung finden würde, als streng wissenschaftliches und versachlichtes Anschauungsmaterial sozusagen.

KZ-„Arzt" Mengele treibt sein Unwesen weiter! Jetzt in Paraguay

Neue Informationen über das Leben von Dr. Josef Mengele in Paraguay werden in der September-Ausgabe des US-Magazins „Time" enthüllt. Dabei bezieht sich die Zeitschrift auf Erkenntnisse des von Simon Wiesenthal in Wien geführten „Jüdischen Dokumentationszentrums" sowie auf eigene Quellen.

Es ist erwiesen, daß Mengele im Nazi-KZ Auschwitz-Birkenau Menschen in die Gaskammern schickte, deren Zahl in die Millionen geht. Darüberhinaus tötete er als SS-„Arzt" Tausende im Verlauf von wahnsinnigen sogenannten „genetischen Experimenten". Mengele war der erste, den die neuankommenden Gefangenen zu Gesicht bekamen, wenn sie in den Viehwaggons Auschwitz erreichten. Er entschied ihr Schicksal. Ein leichter Wink mit einem dünnen Metallstab zur linken Seite bedeutete sofortigen Tod in den Gasöfen. Ein Wink zur rechten Seite bedeutete vorläufiges Leben; für die meisten nur einige Wochen, während derer sie sich bei Hungerrationen kaputtarbeiten mußten oder als Versuchskaninchen für Mengeles teuflische „Expcrimente" dienten. So versuchte er z.B. Kinder blauäugig zu bekommen, indem er die Augen in schmerzhaftester Weise mit Farbe bespritzte.

Wohl aufgrund seiner Grausamkeiten erreichte er übrigens eine gewisse traurige Berühmtheit in der zeitgenössischen Literatur (so in Rolf Hochhuths „Der Stellvertreter", in Goldmans „Marathon Man", in Ira Levins „The Boys from Brazil").

Als Ende 1944 die Rote Armee sich Auschwitz näherte, floh Mengele. Seine Verbrechen wurden in herausragender Weise vor dem Nürnberger Tribunal zur Sprache gebracht. Währenddessen lebte Mengele gemütlich unter seinem eigenen Namen in Günzberg, Bayern, wo seine Familie noch heute die einzige Fabrik der Stadt besitzt (für landwirtschaftliche Ausrüstungen). 1949 bekamen Westdeutschlands Behörden einen Hinweis über Mengeles Aufenthaltsort. (Von allein waren sie scheinbar nicht auf die Idee gekommen, einmal bei seiner Familie reinzuschauen). Mit Hilfe der berüchtigten Geheim-Organisation ehemaliger SS'ler, ODESSA, setzte sich Mengele rechtzeitig nach Argentinien ab. Ein Auslieferungsantrag der BRD wurde von Argentinien abgelehnt.

Nachdem Adolf Eichmann nach Israel gebracht werden konnte, versuchte der Israelische Geheimdienst, auch Mengele zu erwischen, doch dieser entkam.

Nach Wiesenthals Informationen befindet sich Mengele seit 1959 in Paraguay, wo er mit Hilfe anderer deutscher Alt-Nazis prompt die Staatsbürgerschaft erwerben konnte. Dort lebt er heute in einer Villa in San Antonio, in einem entlegenen Gebiet südöstlich der Hauptstadt. Von dort besucht er mit seinem Mercedes 280 SL andere große deutsche Farmen, immer in Begleitung von vier bewaffneten Wächtern.

Mengele ist aktives Mitglied der nach wie vor bestehenden Organisation ehemaliger Nazi–Größen „Die Spinne". Neben ihrer Funktion als Nazi-Schutzgesellschaft ist diese Organisation spezialisiert auf Erpressung und Schmuggel in ganz Südamerika. Darüber hinaus wird Mengele aufgrund von Quellen der „Time" dringend verdächtigt, als „Berater" die Polizei Paraguays dabei zu unterstützen, die in der Chaco-Region lebenden Ache-Indianer umzubringen oder in KZ-ähnlichen Lagern zwangsarbeiten zu lassen. Ein hoher Polizeioffizier prahlte gegenüber einem Besucher, daß seine Regierung „deutsche Methoden" in der Behandlung der Indianer anwende...

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg


Deutsches Anwesen in Paraguay, wo Mengele gesehen wurde


SS-Mörder Josef Mengele

Nazi-Hoffmann gehört in den Knast!

Neues vom Faschistenprozeß in Tübingen

Seit dem 7.9. findet in Tübingen der Prozeß gegen Nazi-Hoffmann und HTS-Heinzmann sowie 10 weitere Faschisten von der „Wehrsportgruppe Hoffmann" und dem „Hochschulring Tübinger Studenten" statt (siehe AK 113). Dabei geht es um die Prügelorgien der Faschisten am 4.12.76, als sie mit allen möglichen Waffen auf protestierende Antifaschisten einschlugen. In der Anklageschrift werden die Ereignisse vom 4.12.76 folgendermaßen beschrieben:

„Zusammen mit den bereits anwesenden HTS-Mitgliedern bzw. Sympathisanten marschierten sie keilförmig auf die vor dem Veranstaltungsgebäude stehende Menschenmenge zu, die zu diesem Zeitpunkt aus ca. 100 Personen bestand. An der Spitze des Keils marschierte Karl-Heinz Hoffmann im Stechschritt, ihm folgte in kurzem Abstand Axel Heinzmann. Verschiedene Mitglieder der Wehrsportgruppe/Hoffmann-Truppe und HTS-Sympathisanten hatten Schlaginstrumente in der Hand... Andere zogen ihre mitgebrachten Schlaginstrumente aus ihrer Kleidung hervor und schlugen damit auf die vor der alten Mensa verbliebenen Personen ein. Einige setzten zusätzlich zu ihrem Schlagstock noch Tränengassprühdosen ein, wieder andere gingen nur mit Fäusten und Fußtritten gegen die kaum Widerstand leistenden angegriffenen Personen vor..." („Tat", 2.9.77, siehe auch AK 95).

Angesichts dieser Ereignisse ist es eine Provokation, wenn in demselben Prozeß auch drei Antifaschisten wegen Nötigung angeklagt sind! In den ersten Prozeßtagen trieb der Faschist Heinzmann diese Provokation noch weiter: Er beschuldigte als Prozeßbeobachter anwesende Antifaschisten ebenfalls der Nötigung, worauf diese noch im Gerichtssaal ihre Personalien feststellen lassem mußten und nun mit einem Verfahren zu rechnen haben.

Beim Prozeß selbst kamen dann noch weitere Einzelheiten ans Licht: So ist einer der angeklagten Faschisten der Lehrer DIETERLE aus Sulz, NPD-Mitglied. Er gab vor, er habe sich am 4.12.76 nur über Süd-Afrika Informationen für den Schulunterricht besorgen wollen. Fakt ist jedoch, daß Dieterle derjenige war, aus dessen Taschen das Waffenarsenal der Faschisten sichergestellt wurde: Schlagstöcke, Schürhaken, Totenkopfembleme der Hoffmann-Bande und ein Kassettenrecorder. Die Tasche – so Dieterle – sei ihm „von einem Unbekannten" in die Hand gedrückt worden. Dabei ist Dieterle Gauführer Schwaben der „Wikingjugend", die als Jugendorganisation des „Stahlhelm" anzusehen ist – und das ist eben die Organisation, der Hoffmann beim Aufbau seiner Terrorbande angehörte!

Der Angeklagte Heinzmann, dessen HTS immer wieder ganz offen Söldnerdienste für die Südafrikanischen Rassistenregimes anbietet, ist in Tübingen als Schläger einschlägig bekannt. Im Herbst '76 wurde er von Antifaschisten beim Kleben von AVP-Plakaten erwischt. Heinzmann schlug einen der Antifaschisten zusammen und hielt ihn so lange fest, bis die beiden Genossinnen Hilfe geholt hatten. Nach einem Urteil (ca. 900.– DM Geldstrafe gegen Heinzmann) in erster Instanz wurde in zweiter Instanz die Geldstrafe erheblich verringert und zugleich die Antifaschisten mit einer Geldstrafe wegen „Sachbeschädigung" belangt!

Anwalt der Faschisten im jetzigen Prozeß ist übrigens der NPD-Vorsitzende Martin Mußgnug, dessen JN gerade unter dem Motto „Rotfront verrecke" in Osnabrück „die Straßen zurückerobern" wollte.

Zur Rolle der Polizei

Erstaunliches förderte die Vernehmung der Polizeizeugen zutage: Sie gaben zu, schon frühzeitig Vorermittlungen beim BKA über die Hoffmann-Bande und den HTS angestellt zu haben. Am 4.12.76 selbst aber waren zwei zivile Polizeispitzel bei den protestierenden Antifaschisten eingeschleust worden, während die wartende Polizeitruppe erst einmal den Prügelorgien der Faschisten zusah! Beide Polizeispitzel konnten oder wollten nichts zu den Faschisten aussagen: Während der eine Hoffmann und Heinzmann offen in Schutz nahm (sie seien „eingekreist" oder „bedrängt" gewesen, hätten – so auf Nachfrage – dennoch mit den Prügeleien a n g e f a n g e n), zog sich der zweite auf sein „Dienstgeheimnis" zurück, als er über den Zweck seines Einsatzes befragt wurde!

Über den Prozeß berichtet laufend das Antifaschismus-Komitee Tübingen, Rümelinstr. 8, 7400 Tübingen.

Freispruch für die drei angeklagten Antifaschisten!

Hoffmann, Heinzmann und Co. hinter Gitter!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

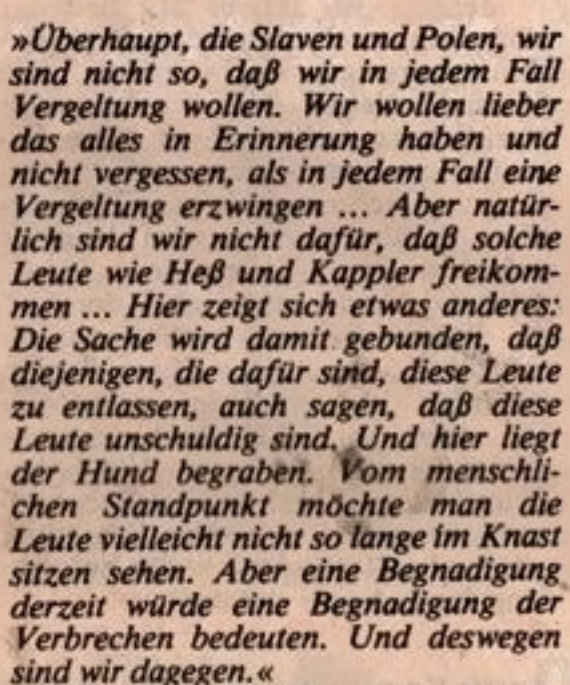


„Eine Gefangene aufgefunden bei der Befreiung im Zustand extremster Unterernährung. Fast zwei Jahre im Camp, 30 Jahre alt. Bei Einlieferung wog sie 75 kg, jetzt 25 kg (!!)

Nie vergessen!



Auschwitz – die Völkermord»fabrik« des deutschen Faschismus



»Überhaupt, die Slaven und Polen, wir sind nicht so, daß wir in jedem Fall Vergeltung wollen. Wir wollen lieber das alles in Erinnerung haben und nicht vergessen, als in jedem Fall eine Vergeltung erzwingen ... Aber natürlich sind wir nicht dafür, daß solche Leute wie Heß und Kappler freikommen ... Hier zeigt sich etwas anderes: Die Sache wird damit gebunden, daß diejenigen, die dafür sind, diese Leute zu entlassen, auch sagen, daß diese Leute unschuldig sind. Und hier liegt der Hund begraben. Vom menschlichen Standpunkt möchte man die Leute vielleicht nicht so lange im Knast sitzen sehen. Aber eine Begnadigung derzeit würde eine Begnadigung der Verbrechen bedeuten. Und deswegen sind wir dagegen.«

Mit diesen Worten nahm ein ehemaliger Häftling des Konzentrationslagers Stutthof zur gegenwärtigen Begnadigung von NS-Verbrechern in der BRD Stellung.

Verbrechen, die es in Erinnerung zu halten gilt und für die es keine Begnadigung, kein Vergessen gibt, sind gegenüber der polnischen Bevölkerung in besonderem Maße verübt worden:

— Im ganzen Land gibt es über 20.000 Hinrichtungsstätten, an denen über 50.000 individuelle und Massenmorde verübt worden sind;

— 5,4 Millionen der im Zweiten imperialistischen Weltkrieg getöteten 18 Millionen Zivilpersonen, also ein knappes Drittel, waren polnische Staatsbürger (1);

— Auf polnischem Gebiet liegen die Stätten des größten Völkermordprogramms, das jemals in der Geschichte durchgezogen worden ist — des Völkermords an den Menschen jüdischen Glaubens, den Völkern Polens und der UdSSR.

Was hier geschah, ist in der BRD von Anfang an geleugnet, heruntergespielt, verschwiegen oder zum finsteren Machwerk einiger wahnsinniger Führer der Nazi-Partei erklärt worden. Die Erinnerung an diese Verbrechen und die Aufklärung darüber wurden verhindert. Nur so ist es möglich, daß heute selbst in sogenannten wie in tatsächlich liberalen Kreisen im Namen der »Menschlichkeit« über die greisen Nazis diskutiert wird, die mit ungebrochener faschistischer Gesinnung (»Ich bereue nichts!«) noch in einigen Zuchthäusern einsitzen. Das, was von diesen Banditen im Namen des deutschen Imperialismus durch Organisationen wie SS, Wehrmacht usw. an Verbrechen verübt worden ist, wird dabei der Vergessenheit anheim gegeben.

Wir wollen deshalb — anhand von Dokumenten und persönlichen Eindrücken beim Besuch der Stätten faschistischen Terrors in Polen — über die Verbrechen des deutschen Faschismus aufklären.

Das Völkermordprogramm des deutschen Faschismus

Als der deutsche Faschismus im September 1939 mit dem Überfall auf Polen das zweite Mal (nach 1914) zur Macht über den europäischen Kontinent bzw. die Welt griff (die Imperialisten nannten es die Schaffung eines »Wirtschaftsblocks von Bordeaux bis Odessa«; so 1931 der Vorsitzende des Aufsichtsrates der I.G. Farben, Carl Duisberg), war den verschiedenen Völkern Europas schon zugedacht, welche Rolle sie unter der Herrschaft der »deutschen Herrenrasse« spielen sollten. Die Völker Osteuropas, in der Nazi-Sprache »Untermenschen«, sollten als Arbeitssklaven den deutschen Imperialismus dienen. Um sie gefügig zu machen, plante der deutsche Faschismus die Zerstörung ihrer Kultur und ihrer nationalen Identität. Entsprechend erklärte Hitler im August 1939 vor den Oberbefehlshabern der Wehrmacht, daß die *»vorrangige Aufgabe die Vernichtung Polens«* sei. *»Daher müßten die Offiziere und Soldaten der Wehrmacht ‚brutal' und ‚rücksichtslos' vorgehen, ‚erbarmungslos' die Polen töten und Polen gänzlich in ‚Trümmer legen'.«* (2)

Über die Durchführung dieses Befehls berichtete uns ein ehemaliger KZ-Insasse: *»Die Wehrmacht hatte schon im Oktober in allen Orten der Provinz Poznan ... Geiseln genommen und sie meistens gleich erschossen. Auf Märkten, auf freien Plätzen. Es waren Geistliche, es waren Bauern, es war die Intelligenz, Lehrer usw. Das wurde immer so gemacht, daß die Bevölkerung zuschauen sollte. Eine Terroraktion, die ziemlich wenig bekannt ist, weil das schon in den ersten Tagen* (des Krieges) *war. Nachher, Anfang November, ist die sogenannte Umsiedlungsaktion oder Aussiedlungsaktion gemacht worden. Es war so, daß während der Nacht deutsche Polizei, und die haben den Leuten aufgezwungen, sofort, also in einer halben Stunde oder 40 Minuten, je nachdem, die Wohnung zu räumen. Die Leute konnten mitnehmen, was sie tragen konnten ... und sie wurden in ein Übergangslager ... geführt, wo sie manchmal ein paar Wochen geblieben sind. Dann sind sie in Viehwagen in den Osten, also das sogenannte Generalgouvernement gebracht worden.«*

Der Auslöschung der polnischen Nation sollte die Auslöschung der Völker der UdSSR folgen.

Erste Opfer dieser imperialistischen Völkermordpolitik waren die Menschen jüdischen Glaubens, die ja schon ab 1933 in Deutschland besonderer Verfolgung ausgesetzt waren. Am 20. Januar 1942 wurde in Berlin in einer Geheimkonferenz unter Leitung der Nazi-Bestie Heydrich der Beschluß gefaßt, dieses Volk vollkommen auszurotten, d.h. 11,3 Millionen Menschen zu ermorden. (3)

Durchgeführt werden sollte dieses Völkermordprogramm gegen Juden und gegen die Völker Osteuropas auf polnischem Boden in sechs Vernichtungslagern: Kulmhof, Treblinka, Sobibor, Belzec, Majdanek und Auschwitz. Dem KZ Auschwitz kommt dabei angesichts der dort ermordeten 4 Millionen Menschen eine besondere Rolle zu. (4)

Auschwitz — grauenhafte Zahlen!

Das Lager wurde im Juni 1940 gegründet. Zum Kommandanten wurde Rudolf Höss ernannt. Höss war NSDAP-Mitglied seit 1922. 1923 wurde er wegen Teilnahme an einem Mord zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, 1929 aber vorzeitig freigelassen. Seit 1934 hatte er in den verschiedensten KZs sein Unwesen getrieben — ein professionell geschulter Mörder. (5)

Die ersten Häftlinge waren politische Gefangene aus Polen, die das Lager aufbauen mußten. Nach der ersten Häftlingsflucht im Juli 1940 wurde die Zivilbevölkerung, die im Umkreis des Lagers wohnte, deportiert und ihre Häuser zerstört, um Fluchthilfe zu unterbinden. Im September 1940 fand der erste Massenmord in dem inzwischen auf 3.000 Häftlinge angewachsenen Lager statt: Auf Befehl des SS-Führers Heydrich wurden 40 polnische Häftlinge erschossen. Bis Ende 1940 wuchs die Zahl der Häftlinge auf ca. 7.000.

Anfang 1941 beschloß die SS-Führung den Ausbau des Lagers auf eine Stärke von 30.000 Häftlingen. Daneben sollte ein zweites Lager in Birkenau für ca. 100.000 Häftlinge errichtet werden. Die I.G. Farben, der größte imperialistische Konzern Deutschlands, beschloß den Bau eines Werkes zur Produktion von synthetischem Gummi in der Nähe von Auschwitz, für dessen Aufbau und Betrieb die SS- und KZ-Führung die »Lieferung« von Arbeitssklaven zusagte.

Der Bau begann im April 1941. Mitte 1941 erhielt Höss den Auftrag, einen »brauchbaren Vorschlag« zur Massenermordung von Juden auszuarbeiten. Im September 1941 wurden 250 Kranke und 600 Kriegsgefangene durch das Giftgas Zyklon B ermordet — eine »rationelle Methode« des Völkermordes war gefunden. Daraufhin begann der Bau eines »Vernichtungslagers« in Birkenau mit einer Kapazität von 200.000 Häftlingen. Bis Ende des Jahres wurden dort bereits ca. 20.000 Häftlinge zusammengetrieben.

Im Mai 1942 fand die erste Vergasung von herantransportierten Juden statt. Im Laufe des Jahres wurden in Birkenau vier Krematorien gebaut, in denen Menschen vergast und dann verbrannt wurden.

Bis zum Ende der Kommandantur von Rudolf Höss am 1.12.1943 wurden insgesamt 2,5 Millionen Menschen in Auschwitz und Birkenau durch Gas ermordet! An einem einzigen Tag im August 1944 ermordeten die Nazi-Schlächter von Auschwitz sogar 24.000 Menschen!

Parallel zu diesem Massenmord wurden Häftlinge, die »zu« gesund und »arbeitsfähig« aussahen, um gleich ermordet zu werden, zur Sklavenarbeit gezwungen. Politische Gefangene wurden in der Regel nach »Verhör« durch Genickschuß umgebracht. Unzählige Häftlinge wurden als wehrlose Versuchskaninchen für »medizinische Versuche« eingesetzt — zumeist, bis sie daran starben. Als Arbeitssklaven, Versuchskaninchen usw. durchliefen ca. 400.000 Menschen die Lager in Auschwitz, Birkenau und Monowitz (I.G. Farben-Werk).

Am 17. Januar 1945 wurde das Lager »evakuiert«, d.h. alle marschfähigen Häftlinge nach Westen geführt, Häftlinge, die nicht mehr gehen konnten, wurden am Straßenrand erschossen. Am 27. Januar 1945 befreite die Rote Armee 6.400 im Lager verbliebene Gefangene, von denen allerdings in den folgenden Wochen noch viele an den irreparablen Schäden des Aufenthaltes starben. Soweit in kurzen Stichworten die Geschichte des bzw. der Lager in Auschwitz. (6).

Massenmord an Juden

Der Massenmord an den Juden wurde zentral aus Berlin gesteuert, wo ein eigenes Referat des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) unter Leitung von Adolf Eichmann mit der *»Endlösung der Judenfrage«* betraut war.

Zunächst wurden die Juden in den verschiedenen vom deutschen Imperialismus besetzten Ländern aus ihren Wohnungen vertrieben und in Ghettos unter unmenschlichen Wohnbedingungen zusammengepfercht. Ab 1942 gingen dann aus diesen Ghettos die Transporte nach Birkenau, Auschwitz und in die anderen Massenmord»fabriken«. Die zum Transport bestimmten Menschen wurden in Viehwaggons geladen und rollten oft tagelang ohne Nahrung, Wasser und sanitäre Anlagen durch die Gegend, ehe sie nach Birkenau, zur sog. »Rampe« gelangten. Dort wurden sie aus den Waggons getrieben und die von SS-Ärzten und anderen SSlern betriebene »Selektion« an ihnen vorgenommen. Arbeitsfähige Juden kamen zur Sklavenarbeit in eine der Baracken des Lagers. Alte Menschen, Kinder, Frauen mit Kindern, Kranke, nicht arbeitsfähig aussehende Häftlinge wurden direkt zu den Krematorien geführt. Was weiter passierte, beschrieb der ehemalige KZ-Kommandant Höss selbst in zynischer Offenheit:

»Im Auskleideraum wurde ihnen durch die dort beschäftigten Häftlinge des Sonderkommandos in ihrer Sprache gesagt, daß sie hier nun zum Baden und zur Entlausung kämen, daß sie ihre Kleider ordentlich zusammenlegen sollten und vor allem den Platz zu merken hätten, damit sie nach der Entlausung ihre Sachen schnell wiederfinden könnten.

Die Häftlinge des Sonderkommandos hatten selbst das größte Interesse daran, daß der Vorgang sich schnell, ruhig und reibungslos abwickelte. Nach der Entkleidung gingen die Juden in die Gaskammer, die mit Brausen und Wasserleitungsröhren versehen, völlig den Eindruck eines Baderaumes machte. Zuerst kamen die Frauen mit den Kindern hinein, hernach die Männer, die ja immer nur die (an Zahl) *wenigeren waren. Dies ging fast immer ganz ruhig, da die Ängstlichen und das Verhängnis vielleicht Ahnenden von den Häftlingen des Sonderkommandos beruhigt wurden. Auch blieben diese Häftlinge und ein SS-Mann bis zum letzten Moment in der Kammer.*

Die Tür wurde nun schnell zugeschraubt und das Gas sofort durch die bereitstehenden Desinfektoren in die Einwurfluken durch die Decke der Gaskammer in einen Luftschaft bis zum Boden geworfen. Dies bewirkte die sofortige Entwicklung des Gases. Durch das Beobachtungsloch in der Tür konnte man sehen, daß die dem Einwurfschacht am nächsten Stehenden sofort tot umfielen. Man kann sagen, daß ungefähr ein Drittel sofort tot war. Die anderen fingen an zu taumeln, zu schreien und nach Luft zu ringen. Das Schreien ging aber bald in ein Röcheln über und in wenigen Minuten lagen alle. Nach spätestens 20 Minuten regte sich keiner mehr. Je nach Witterung, feucht oder trocken, kalt oder warm, weiter je nach Beschaffenheit des Gases, das nicht immer gleich war, je nach der Zusammensetzung des Transportes, viele Gesunde, Alte oder Kranke, Kinder, dauerte die Wirkung des Gases fünf bis zehn Minuten. Die Bewußtlosigkeit trat schon nach wenigen Minuten ein, je nach Entfernung von dem Einwurfschacht. Schreiende, Ältere, Kranke, Schwächliche und Kinder fielen schneller als die Gesunden und Jüngeren.

Eine halbe Stunde nach dem Einwurf des Gases wurde die Tür geöffnet und die Entlüftungsanlage eingeschaltet. Es wurde sofort mit dem Herausziehen der Leichen begonnen. Eine körperliche Veränderung konnte man nicht feststellen, weder Verkrampfung noch Verfärbung, erst nach längerem Liegen, also nach mehreren Stunden, zeigten sich an den Liegestellen die üblichen Totenflecken. Auch waren Verunreinigungen durch Kot selten. Verletzungen irgendwelcher Art wurden nicht festgestellt. Die Gesichter zeigten keinerlei Verzerrung. Den Leichen wurden nun durch das Sonderkommando die Goldzähne entfernt und den Frauen die Haare abgeschnitten. Hiernach (wurden sie) *durch den Aufzug nach oben gebracht vor die inzwischen angeheizten Öfen. Je nach Körperbeschaffenheit wurden bis zu drei Leichen in eine Ofenkammer gebracht.«* (7)

In den Ghettos, insbesondere denen der osteuropäischen Länder, war natürlich sehr schnell bekannt geworden, wohin die Transporte gingen. Im April 1943 unternahmen die Einwohner des Ghettos von Warschau einen Aufstandsversuch gegen die Nazi-Mörder. Bis zum 16. Mai setzten sie sich gegen die erdrückende faschistische Übermacht zur Wehr, unterstützt durch die polnischen Widerstandskämpfer, die den Faschisten an den Mauern des Ghettos Kämpfe lieferten, Nazi-Schergen hinrichteten und Bomben hochgehen ließen. 27 Tage brauchten SS-General Stroop und seine Truppen, ehe er nach Berlin melden konnte: *»Der ehe-*

Fortsetzung nächste Seite



In diesem Block lebten 700 bis 800 Häftlinge, zeitweise wurden hier bis 1.500 Häftlinge zusammengepfercht.



Juli 1942: Himmler mit dem Ingenieur F a u s t der IG Farbenindustrie bei einem Inspektionsgang durch Auschwitz und die Buna Werke der IG Farbenindustrie

Fortsetzung von Seite 24

malige jüdische Wohnbezirk Warschau ist vernichtet. Die Großaktion ist um 20.15 beendet worden.« (8)

Massenmord – nicht nur durch Gas

Das Gas war zwar das »rationellste« Mittel des Mordens in Auschwitz und den anderen »Vernichtungslagern« – aber nicht das einzige.

Schon die Lebensbedingungen im Lager verursachten den Tod von Häftlingen. Das Trinkwasser war verseucht (9). Die Essensrationen lagen weit unter dem Existenzminimum. Sogenannte Schwerarbeiter erhielten täglich 1.744 Kalorien statt der notwendigen 4.900, sogenannte normale Arbeiter 1.302 statt der notwendigen 3.600 (10). Von einer medizinischen Versorgung kann überhaupt nicht gesprochen werden, obwohl die zum Sanitätsdienst herangezogenen inhaftierten Ärzte alles Menschenmögliche unternahmen.

Die körperlichen Kräfte, die durch diese Zwangsarbeit noch nicht verschlissen waren, wurden durch elf Stunden Schwerstarbeit und stundenlanges Stehen auf dem Appellplatz verschlissen. Nachts wurden in den Pferdestall»baracken« dann 850 und mehr Menschen zusammengepfercht, jeweils sechs auf einer Pritsche von ca. 3 m, in drei Stockwerken.

»Inmitten der Nacht weckt uns ein Gebrüll. In die Baracke dringt eine Gruppe von SS-Männern und Funktionshäftlingen ein. Sie sind offensichtlich betrunken. Sie befehlen: Die Köpfe aus den Pritschen herausstrekken! Einer der Schergen ... prahlt, daß er mit einem einzigen Knüppelschlag den Schädel seines Opfers einschlagen kann. Keine Worte sind imstande,

den Schädel seines Opfers einschlagen kann. Keine Worte sind imstande,

diesen Augenblick der Stille und des Grauens, die über den ausgestreckten Köpfen lasteten, wiederzugeben. Wird mein Kopf diesem Schuft gefallen? Das war wohl das wichtigste und wohl das einizige Problem dieser entsetzlich langen Sekunden. Zwei, drei Opfer und auf den Ziegeln, auf dem Fußboden ersetzenden Estrich, auf den Wänden und auf dem Gebälk erschienen Spuren von verspritztem Gehirn und Blut. Und gleich nachher wieder das Versinken in den Schlaf.« (Bericht des Häftlings A. Gawalewicz) (11).

Die neuankommenden Häftlinge wurden vom Lagerführer Fritzsch mit der unverhüllten Grauenhaftigkeit einer Henkerbestie empfangen: *»Ihr kommt in ein Konzentrationslager, nicht in ein Sanatorium, und es gibt nur einen Weg nach draußen – durch den Schornstein. Jeder, dem es nicht gefällt, kann versuchen, sich in den* (mit Strom geladenen) *Draht zu hängen. Wenn hier im Transport Juden sind, haben sie kein Recht, länger als 14 Tage zu leben; wenn Priester dabei sind ein Monat – der Rest drei Monate«*.(12)

340.000 der 405.000 in Auschwitz fest registrierten – also nicht gleich nach der Ankunft ermordeten – Häftlinge starben an Hunger, Krankheiten, wurden in den »Draht« getrieben, Opfer des Terrors der SS-Schergen – erschlagen, ertränkt, erhängt, erwürgt. (13)

Block 11

Die in Auschwitz inhaftierten Antifaschisten und polnischen Patrioten wurden im sogenannten »Block des Todes« gefangen gehalten. Zusammengepfercht in engen Zellen im Keller eines zweistöckigen Gebäudes. Andere Häftlinge wurden in die sogenannten Stehzellen gepfercht, Käfige von 90 × 90 cm, ohne Licht, ohne ausreichende Luftzufuhr, ohne Nahrung, so daß sie verhungerten oder erstickten.

Von Zeit zu Zeit beschloß der SD (»Sicherheitsdienst«) oder die SS, *»den ,Bunker auszustauben«*. Ein SS-Trupp ging durch die einzelnen Zellen, die Häftlinge mußten die Art ihres »Vergehens« angeben. Die Häftlinge mit leichteren »Vergehen« (Rauchen während der Arbeit, »Diebstahl« einer Kartoffel) kamen mit einer »Prügelstrafe« oder Verlegung in die »Strafkompanie« davon, was auch nicht selten einem Todesurteil gleichkam. Die anderen wurden unmittelbar zur Erschießung bestimmt.

»Der Rapportführer oder ein Arrestaufseher vollzieht die Erschießung. Ein ausgesucht starker Gefangener bringt im Laufschritt die ersten beiden Opfer. Er hält sie an den Oberarmen fest und drückt sie mit dem Gesicht gegen die Wand. ,Preste' (geradeaus) *kommandiert jemand, falls sie die Köpfe seitwärts drehen. Obwohl diese wandelnden Skelette, von denen manch einer monatelang in den stinkenden Kellerzellen sein Dasein fristete, wie man es keinem Tier zumuten würde, kaum noch auf den Beinen stehen können, rufen viele von ihnen in dieser letzten Sekunde ,Es lebe Polen' oder ,Es lebe die Freiheit!' Der Henkersknecht beeilt sich dann jedesmal mit dem Genickschuß oder sucht sie durch brutale Schläge zum Schweigen zu bringen.«* (Bericht des SS-Manns Perry Broad)

Zweimal im Monat tagte im Block 11 das Standgericht der Staatspolizeizelle von Kattowitz gegen polnische und deutsche Antifaschisten wegen »Vergehen« wie dem Abhören ausländischer Sender, Verdacht der Zugehörigkeit zum Widerstand usw. Vorbereitet wurden diese »Verhandlungen« durch »eindringliche Verhöre«, in

reitet wurden diese »Verhandlungen« durch »eindringliche Verhöre«, in

denen die bestialischsten Foltermethoden angewandt wurden. Die bei der SS »beliebteste« war die vom SS-Mann Boger erfundene »Schaukel«. Dazu SS-Mann Broad: *»Als man das Zimmer betrat, bot sich ein Bild, das selbst die schon vieles gewöhnten Konzentrationslagerleute überraschte. Zwei Tische standen in einem Meter Abstand nebeneinander. Das Opfer hatte sich auf den Boden setzen und die Hände vor den angezogenen Knien falten müssen. Mit Handschellen wurden ihm dann die Handgelenke vor den Beinen zusammengeschlossen. Eine massive Stange ist ihm zwischen Ellenbogen und Knie geschoben worden, deren Enden auf den Tischen aufliegen. Er pendelte nun hilflos mit dem Kopf nach unten zwischen den Tischen. Mit einem Ochsenschlauch wurde er nun auf das Gesäß und die nackten Fußsohlen geschlagen ... Als seine Schreie zu gellend wurden, setzte ihm der sadistische GeStaPoteufel eine Gasmaske auf ... Von Zeit zu Zeit wurde die Maske abgenommen und er wurde gefragt, ob er endlich gestehen wolle ... Nach etwa 15 Minuten erstarben die konvulsivischen Bewegungen des gequälten ... Seine Hose hatte sich tiefrot gefärbt und das Blut tropfte auf den Fußboden. Schließlich hing sein Kopf regungslos herab, er war ohnmächtig geworden. Den Stapobeamten erschütterte das jedoch keinesfalls. Mit sachverständigem Grinsen zog er aus der Tasche ein Fläschchen mit einer stechend riechenden Flüssigkeit, das er dem Gefangenen vor die Nase hielt. Nach einigen Minuten kehrte dessen Bewußtsein auch tatsächlich zurück. Da sein Gesäß schon derart zerschlagen war, daß die Schläge kaum noch die Schmerzen gesteigert hätten, dachte der Inquisitor sich etwas Neues aus. Er träufelte seinem Delinquenten heißes Wasser in die Nase. Der brennende Schmerz muß unbeschreiblich gewesen sein.«*

Viele Häftlinge überlebten diese Folter nicht, andere unterschrieben unter diesen Folterqualen »Geständnisse«, die dann zur Grundlage der »Verhandlungen« des Standgerichts wurden. Gemildert haben diese »Geständnisse« die Lage der Häftlinge natürlich nicht. In Minutenschnelle wurden Todesurteile gefällt, in einer »Verhandlung« manchmal mehr als 200. Welchen Sadismus die SS-Bestien an den Tag legten, zeigt folgender Fall: *Ein sechzehnjähriger Junge wird hereingeführt. Er hat sich aus unerträglichem Hunger aus irgendeinem Laden etwas zu essen gestohlen, gehört also zu den wenigen ,kriminellen' Fällen, die verhandelt werden. Nachdem Mildner* (der Stapochef von Kattowitz, d. Red) *ihm sein Todesurteil vorgelesen hat, legt er langsam das Blatt auf den Tisch und richtet seine durchbohrenden Blicke auf die kleine, bleiche Gestalt, die da im fadenscheinigen Anzug an der Tür steht. Langsam und jedes Wort betonend sagt er: ,Hast Du eine Mutter?' – Der Junge senkt den Blick und antwortet kaum vernehmlich mit tränenerstickter Stimme ,Ja'. ,Hast Du Angst vor dem Tod?', forscht der stiernackige Menschenschlächter und weidet sich in sadistischem Genuß an seinem Opfer. Der Junge gibt keinen Ton mehr von sich, er zittert nur etwas. ,Wir werden Dich heute erschießen,' spricht Mildner, ..., ,Du wirst sonst doch nur eines Tages aufgehängt. In einer Stunde bist Du tot.'«* (Bericht von Broad). Insgesamt 20.000 Antifaschisten wurden an den Todesmauern neben Block 11 erschossen (14).

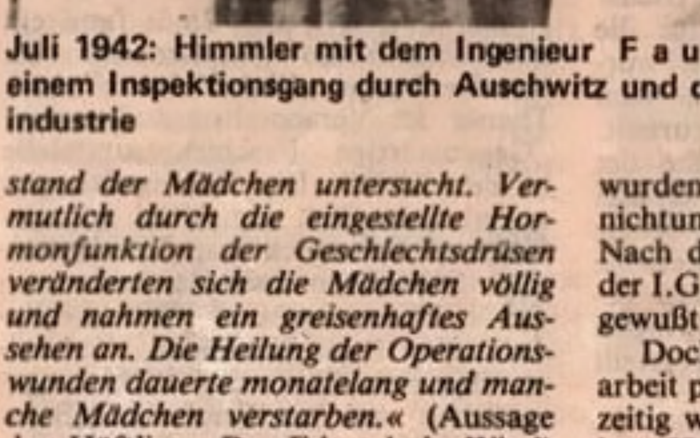
Block 10

Block 10

Block 10 war der Ort »medizinischer Experimente«, durch die ebenfalls eine größere – unbekannte – Zahl von Häftlingen ermordet wurde. Hauptprojekt waren dabei die Sterilisationsversuche des Prof. Clauberg, die dieser im Auftrag der SS-Führung durchführte. Claubergs Auftrag war, eine »rationelle« Methode der Massensterilisation zu finden, die angewandt werden konnte, um die Völker Osteuropas unfruchtbar zu machen, gleichzeitig aber ihre gegenwärtige Arbeitskraft zu erhalten, d.h. ein indirekter Völkermord.

Für diesen Zweck nahm Clauberg, oft gleich mehrfach hintereinander, Einspritzungen in die Gebärmutter seiner Versuchskaninchen vor. Die Frauen wurden gezwungen, unmittelbar nach den Einspritzungen im Raum umherzurennen. Entzündungen der Geschlechtsorgane, Blutvergiftungen usw. waren häufige Ergebnisse dieser Behandlung (15).

Ebenfalls in Auschwitz unternahm Dr. Horst Schumann Sterilisationsversuche durch Röntgenstrahlen. Die Geschlechtsorgane von Frauen und Männern wurden bestrahlt, nach einiger Zeit entfernt und untersucht. *»Die Versuche gingen folgendermaßen vor sich: Den Mädchen befestigte man Elektroden am Leib und an den Schenkeln und setzte sie den Ultrakurzwellen mit Bestrahlungsrichtung auf die Eierstöcke aus, wodurch diese verbrannt wurden. Infolge falscher Dosierung entstanden am Leib und an den Schenkeln schwere Brandwunden und Geschwüre. Eines der Mädchen starb im Ergebnis dieser Verletzungen. Andere wurden in den Krankenbau nach Birkenau überstellt. Nach drei Monaten wurden sie nach Auschwitz zurückgebracht und hier zwei Kontrolloperationen unterzogen. Nach Entfernung der Geschlechtsorgane wurde der Zustand der Mädchen untersucht. Vermutlich durch die eingestellte Hormonfunktion der Geschlechtsdrüsen veränderten sich die Mädchen völlig und nahmen ein greisenhaftes Aussehen an. Die Heilung der Operationswunden dauerte monatelang und manche Mädchen verstarben.«* (Aussage des Häftlings Dr. Eduard de Wind) (16).



Anderen Häftlingen wurde Blut von Typhuskranken eingespritzt oder Versuche mit neuen Medikamenten unternommen. Der Direktor des Straßburger Instituts für Anatomie ließ in Auschwitz 115 Gefangene auswählen, die in einem anderen Lager getötet wurden, um hinterher in Straßburg ihre Skelette zu konservieren (17). Im »Hygiene-Institut« der Waffen-SS und Polizei Süd-Ost in Auschwitz wurde eine Bouillon aus Menschenfleisch hergestellt (18)! SS-Arzt J.P. Kremer ließ physisch geschwächte Häftlinge töten, um ihnen Organe zu entnehmen: *»Schon seit langem interessierte ich mich für die Veränderungen im menschlichen Organismus infolge von Hunger.«* In seinem Tagebuch liest sich das so:

»3.10.1942: Heute lebensfrisches Material von menschlicher Leber und Milz sowie von Pankreas fixiert ...

13.11.1942: Lebendfrisches Material (...) von einem vorher photographierten, stark atrophischen jüdischen Häftling von 18 Jahren entnommen.« (19)

Auschwitz – zum Profit der I.G. Farben

Die deutschen Konzerne nutzten die Konzentrationslager zum Einsatz billiger Arbeitskräfte, die schnell »verschlissen«, in die Gaskammern abge-

ger Arbeitskräfte, die schnell »verschlissen«, in die Gaskammern abge-

schoben und durch neue Arbeitskräfte ersetzt wurden. Hauptprofiteur in mehrfacher Hinsicht war in Auschwitz der damals größte imperialistische Konzern Deutschlands, die I.G. Farben (heute BASF, Bayer, Höchst, Agfa usw.).

Im Januar 1941 faßte das Vorstandsmitglied des Konzerns Otto Ambros den Plan, daß ein Gelände in der Nähe des Lagers Auschwitz der beste Standort für ein neu zu errichtendes Werk zur Erzeugung künstlichen Gummis sei. Am 1.3.1941 befahl der oberste SS-Führer Himmler bei einem Besuch in Auschwitz, an dem auch Vertreter der I.G. Farben teilnahmen; dem Konzern für den Aufbau des Werkes 10.000 Gefangene zur Verfügung zu stellen. Ende März wurde eine endgültige Vereinbarung zwischen Lagerleitung und I.G. Farben getroffen. Für 1941 sollten dem Konzern 1.000 Häftlinge zur Verfügung gestellt werden, 1942 noch einmal 3.000. Diese Zahl sollte in den folgenden Jahren weiter steigen, die tägliche Arbeitszeit sollte neun bis elf Stunden betragen. Die I.G. Farben zahlten für ungelernte Kräfte 3,– RM und für gelernte 4,– RM pro Tag, die in die SS-Kasse fließen sollten (20). Am 12.4.1941 schrieb Ambros an zwei Vorstandskollegen: *»Inzwischen fand auch am 7.4. die konstituierende Gründungssitzung in Kattowitz statt, die im großen und ganzen befriedigend verlief. Gewisse Widerstände von kleinen Amtsschimmeln konnten schnell beseitigt werden. Dr. Eckell hat sich dabei sehr bewährt und außerdem wirkt sich unsere neue Freundschaft mit der SS sehr segensreich aus.«* (21) Im Oktober 1942 wurde in Monowitz, nahe der I.G. Farben Werke ein eigenes Lager für die Sklavenarbeiter errichtet – Auschwitz Drei. Bis 1944 wuchs die Zahl der dort Inhaftierten auf 10.000. Kranke und arbeitsunfähige Häftlinge wurden ausgesondert und in das Vernichtungslager Birkenau überstellt. Nach dem Kriege wollten die Herren der I.G. Farben davon natürlich nichts gewußt haben (22).

Doch nicht nur von der Sklavenarbeit profitierte der Konzern. Gleichzeitig wurden an gesunden und kranken Häftlingen pharmazeutische Erzeugnisse des Konzerns getestet. Schließlich: Das für den Massenmord benötigte Giftgas »Zyklon B« wurde von der Degesch produziert, die zu 45 % in Händen der I.G. Farben war; fünf von elf Aufsichtsratsmitgliedern des Unternehmens waren Vertreter der I.G. Farben.

Den Vertrieb des Gases übernahm die Firma Tesch & Stabenow (heute Testa, Internationale Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung mbH, Hamburg 28, Packersweide 19) (23).

Der Widerstand

Der Widerstand im Lager selbst wurde vor allem von den politischen Gefangenen getragen. Ihnen gelang es, durch entkommene Häftlinge Kontakte zur Zivilbevölkerung herzustellen und Informationen über das Geschehen in Auschwitz an die Weltöffentlichkeit zu tragen. Namen von Häftlingen, insbesondere Kriegsgefangenen, wurden an das Internationale Rote Kreuz übermittelt, um ihre Ermordung zu erschweren.

Zweites Ziel des Widerstandes war die Übernahme der von Häftlingen getragenen Lagerverwaltung, die zunächst in den Händen der sogenannten »Kriminellen« lag, oft Gefangene, die den SS-Schwergen in Brutalität und Sadismus in nichts nachstanden. Aus diesen Positionen, genauso wie aus dem Einsatz in den Krankenbauten gelang es vielfach. Häftlinge zu retten.

diesen Positionen, genauso wie aus dem Einsatz in den Krankenbauten gelang es vielfach, Häftlinge zu retten,

z.B. durch Fälschung oder Unterschlagung von Transportdokumenten (24).

Eine Flucht von Häftlingen war jedoch angesichts der »Sicherung« des Lagers selten. Insgesamt entkamen 667 Häftlinge in der Zeit des Bestehens des Lagers, in der Regel aus Arbeitskommandos, die außerhalb des Lagers eingesetzt waren. Andere Häftlinge flohen in geklauten SS-Uniformen und gestohlenen SS-Autos. 1943 gelang es einer Jüdin auf der Rampe von Birkenau einem SS-Mann seine Pistole zu entreißen und einen SS-Oberscharführer hinzurichten (25).

Nach 1945 haben eine Reihe von Prozessen gegen die Mörder von Ausschwitz stattgefunden.

In Polen wurde 1947 der Gründer und erste Kommandant des Lagers Rudolf Höß, zum Tode verurteilt und vor dem Krematorium des Lagers gehenkt.

Ebenfalls 1947 lief in Krakau ein Prozeß gegen 39 SS-Leute. 23 von ihnen, darunter der zweite Kommandant Liebehenschel, der SD-Chef Grabner und der SS-Arzt Kremer wurden zum Tode verurteilt, die meisten Urteile vollstreckt. Sechs Angeklagte erhielten eine lebenslängliche Haftstrafe, der Rest drei bis 15 Jahre Gefängnis (26).

Der Herren der I.G.Farben und einer Reihe von SS-Schergen konnte die gerechte polnische Justiz leider nicht habhaft werden. Zum Teil standen sie vor US-Militärgerichten und Gerichten der BRD – mit entsprechendem Ausgang:

Im Prozeß gegen Vorstandsmitglieder der I.G.Farben 1947/48 war Auschwitz einer der Anklagepunkte. Dieser umfaßte wiederum drei einzelne Komplexe: die Produktion und Lieferung von Giftgas, medizinische „Ex-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 25

perimente" und Sklavenarbeit. Was die beiden ersten Komplexe angeht, wurden alle Angeklagten freigesprochen! Die zynische Begründung: „*Das Beweisergebnis rechtfertigt nicht den Schluß, daß der Aufsichtsrat oder die Angeklagten . . . als dessen Mitglieder der bestimmenden Einfluß auf die Geschäftspolitik der DEGESCH oder strafrechtlich erhebliche Kenntnis von dem Verwendungszweck ihrer Erzeugnisse hatten.*" Genausowenig sollen die Herren von den Versuchen mit ihren Medikamenten gewußt haben. Was die Sklavenarbeit betrifft, kamen die Angeklagten mit einer lächerlichen Freiheitsstrafe von sechs bis acht Jahren davon, die sie noch dazu auf Intervention des Adenauer-Regimes nicht voll absitzen mußten (27).

Der bekannteste Auschwitz-Prozeß in der BRD ist der gegen Mulka u.a., der 1964/65 in Frankfurt/M. ablief. 20 SS-Mörder waren angeklagt. Wegen Mordes verurteilt wurden lediglich jene Bestien, denen nachzuweisen war, daß sie eigenhändig einen Menschen ermordet hatten. Diejenigen SS-Leute, die auf der Rampe in Birkenau Dienst getan hatten und Menschen für die Gaskammer ausgewählt haben, wurden lediglich wegen Beihilfe zum gemeinschaftlichen Mord verurteilt. Entsprechend laufen eine Reihe der dort zu Gefängnisstrafen zwischen drei und zehn Jahren verurteilten SS-Schergen schon wieder frei herum (sofern sie nicht inzwischen gestorben sind). Lediglich sechs der Angeklagten wurden zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt (28).

Wer heute das Gelände der ehemaligen Konzentrationslager in Auschwitz betritt der sieht über dem Haupttor noch den abschreckenden Nazi-Spruch „Arbeit macht frei", den doppelten Stacheldrahtzaun, vier Meter hoch, einstmals an Starkstrom angeschlossen, Gaskammern, Krematorien, die Todeswand neben Block 11, den Galgen an der Stirnseite des Appelplatzes, die Pferdebaracken. Der sieht einige hunderttausend paar Schuhe, den Ermordeten abgenommen, alle Größen von Kinderschuhen an usw.

Trotzdem bleibt es irgendwie grauenhaft unfaßbar, daß hier über vier Millionen Menschen ermordet worden sind. Und gerade das Unvorstellbare dieses Verbrechens hat es den BRD-Imperialisten, der BRD-Geschichtsschreibung und Faschisten wie Thies Christophersen („Auschwitz-Lüge") möglich gemacht, diese Verbrechen zu verschweigen, herunterzuspielen, aus der Erinnerung zu löschen und eine breite Aufklärung in der Bevölkerung zu verhindern.

Gerade angesichts der jetzt ablaufenden „Hitler-Welle", des immer dreisteren Auftretens der Faschisten, der ach so „sachlichen" Diskussion um greise Nazi-Schweine ist diese Aufklärung notwendiger denn je.
Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

Zwei Genossen
KB/Gruppe Hamburg

Anmerkungen:
1. Czeslaw Pilichowski, Naziverbrechen an der Jüdischen Bevölkerung in Polen; Warschau, S. 3 f.
2. ebenda,
3. ebenda, S. 7
4. KL Auschwitz in den Augen der SS; Auschwitz 1973, S. 125
5. ebenda, S. 6
6. Alle Angaben dieses Abschnittes nach: From the History of KL Auschwitz; Oswiecim 1967, S. 185 bis 217
7. KL Auschwitz in den Augen der SS, Aufzeichnungen von Höß; Seite 133/134
8. Pilichowski, a.a.O., S. 10/11
9. From the History, S. 188
10. J. Sehn, Auschwitz-Birkenau; Warschau 1961, S. 54
11. Internationales Auschwitz-Kommitee Anthologie, Bd. 2, Teil 1, Warschau 1970, S. 118
12. J. Sehn, a.a.O., S. 59
13. Adam Bujak, Oswiecim, Anlage, S. 26
14. Alle Zitate und Angaben nach Aufzeichnungen von Perry Broad; in: KL Auschwitz in den Augen der SS; S. 142 bis 157
15. From the History...; S. 111 ff.
16. Internationales Auschwitz-Kommitee Anthologie, Bd. 1, Teil 2, S. 109 f.
17. J. Sehn, a.a.O., S. 82
18. Adam Bujak, a.a.O., S. 27
19. Aufzeichnungen von Kremer, in: KL Auschwitz in den Augen der SS; S. 223 und 232
20. Alle Angaben nach: From the History; S. 187 ff.
21. zit. nach From the History; S. 32
22. ebenda, S. 46/47
23. Urteil im Prozeß gegen Krauch, u.a., in: Fall 6; S. 254 ff.
24. Auschwitz 1940 - 1945; Oswiecim 1976, S. 87 bis 89
25. From the History..., S. 193 u. 204
26. J. Sehn, a.a.O., S. 158/159
27. Urteil im Prozeß gegen Krauch u.a., a.a.O., S. 255 ff.
28. Internationales Auschwitz-Kommitee, Anthologie, Bd. 1, Teil 2, Seite 253 ff.

Antifaschistische Aktion

Protest gegen Naziprovokation in Langen

Am 24.9. führte die Langener NPD eine öffentliche Veranstaltung durch. Trotz der Kalkar-Mobilisierung waren 30 Antifaschisten gekommen, die sich 30 Faschisten und zehn Bullen gegenübersahen. Bei diesem Kräfteverhältnis war es natürlich nicht möglich, die Veranstaltung zu verhindern. Zudem waren sich die versammelten Antifaschisten über ein gemeinsames Vorgehen nicht einig. So schlug ein KBW'ler vor, in die Veranstaltung zu gehen, um die Leute zu überzeugen, daß die NPD lügt. Die Mehrheit sprach sich aber dagegen aus.

KB-Sympathisanten/Langen

Antifaschistische Veranstaltung in Neu-Isenburg

Am 23., 24. und 25.9. fand ein antifaschistisches Wochenende im Neu-Isenburger „Club Voltaire" statt. Thema der Veranstaltungsreihe war: „Gegenwärtige Faschismusumtriebe in der BRD". Die Veranstaltungen waren wesentlich vom VVN mit vorbereitet. Erfreulich war die solidarische Diskussion zwischen anwesenden KB-Genossen und VVN-Mitgliedern. Nur Rudi Schneider, Mitarbeiter des Präsidiums des VVN, angesprochen auf den Brief des KB an den VVN, konnte es nicht lassen, daraufhin kurz zu erklären: „Nun, da gibt es so einige schizophrene Gruppen ...".

KB-Sympathisanten/Langen

Hannover: Auftakt zu einem breiten antifaschistischen Aktionsbündnis

Angesichts der immer frecheren Auftritte der Faschisten in Hannover haben sich in Hannover auf Initiative der Antifa-Arbeitsgruppe des Anti-Repressions-Arbeitskreises folgende Gruppen und Initiativen getroffen: CISNU, AStA TU Hannover (LHV und Juso HSG), ESG, SB, VVN (BdA), eine antifaschistische Historiker-Initiative an der TU, Brückner-Solidaritäts-Komitee, AG Frauen KB, SAG, sowie verschiedene Einzelpersonen.

Interesse haben darüberhinaus GIM, „Arbeiterbuch", Falken und die GEW bekundet. Ziele des Aktionsbündnisses, das sich regelmäßig treffen will, sollen sein: Aufklärungsarbeit über den Hitler-Faschismus, Informationen über faschistische Aktivitäten in Hannover zusammenzutragen und zu veröffentlichen, eine antifaschistische Aktionswoche mit Info-Ständen und Fotoausstellungen in Schulen und der Öffentlichkeit und eine Diskussionsveranstaltung mit Persönlichkeiten zur Frage „Sind Faschisten eine kleine Minderheit, die man am besten nicht ernst nimmt" (Ausspruch des niedersächsischen Innenministers Rötger-Groß) durchzuführen.

Natürlich steht als praktisches Ziel auch die Verhinderung jeglicher faschistischer Aktivitäten in Hannover (und anderswo) an.

KB Hannover

Kiel: JN wollte Kundgebung abhalten

Am späten Nachmittag des 14.9. wurde durch Mitglieder der Stadtteilgruppe Holstenplatz der BI gegen Atomanlagen, die an diesem Tag ihren Büchertisch vor „Hertie" hatte, bekannt, daß die JN (Jugendorganisation der NPD) dort eine Kundgebung abhalten wollte. Innerhalb kurzer Zeit kamen 20 bis 30 Antifaschisten zusammen. Als wir eintrafen, war die Polizei auch schon da – mit zwei VW-Bussen und einem PKW, mit voller Besatzung. Inzwischen – gegen 17 Uhr – hatten die Faschisten einen Lautsprecherwagen – weißer Opel Kadett KI-WN 49 – und einen Volvo (PLÖ-WD 39), vermuteter Inhaber Jobit Stolp, aufgefahren. Unter den versammelten Faschisten, anfangs etwa zehn, befanden sich Jobit Stolp, Landesvorsitzender der JN (mit „Odalsrune") sowie zwei Typen von der Hamburger „Hansa"-Bande. Weil der Lautsprecherwagen für die Kundgebung nicht genehmigt war, forderte die Polizei die Faschisten auf, den Wagen wegzufahren. Nach längerer Diskussion geschah dies auch. Die Faschisten versuchten nun, Hetz-Flugblätter mit dem Titel: „32 Jahre sind genug! Schluß mit der Besatzung!" zu verteilen. Dabei konnten den Verteilern zwei Packen Flugblätter entrissen werden. Die ganze Zeit wurde von der Polizei kräftig fotografiert – natürlich die Antifaschisten und nicht die Faschisten! (Unter solchen Umständen ist ein 'militantes' Vorgehen Blödsinn! – Anm. der AK-Redaktion). Zwischendurch forderte die Polizei – offensichtlich mit den Faschisten an Arbeit nicht ausgelastet – die BI-Stadtteilgruppe auf, ihren Büchertisch abzubauen – weil dieser nicht genehmigt sei. Nachdem den Faschisten ein großer Teil der Flugblätter abgenommen worden war und sie auch auf keine Resonanz unter der Bevölkerung stießen, verschwanden sie gegen 18 Uhr. Die Polizei folgte auf der Rückfahrt zur Wache nicht etwa den Faschisten, sondern einzelnen Antifaschisten auf dem Nachhauseweg durch die Fußgängerzone.

KB/Gruppe Kiel

Nazis raus aus Eimsbüttel!

Für den 23. September hatte der Kreisvorstand der NPD Hamburg-Eimsbüttel zu einer Veranstaltung unter dem Motto „Kampf dem roten Verbrechertum" ins Hamburg-Haus geladen.

Die NPD wollte mit dieser eilig ins Leben gerufenen Veranstaltung die im Zuge der Schleyer-Entführung geschürte Pogromstimmung gegen alles 'Linke' dazu nutzen, sich wieder massiver an die Öffentlichkeit zu bringen. Die in ganz Eimsbüttel aufgestellten Plakate der NPD wurden daraufhin mit einem antifaschistischen Aufruf überklebt.

Zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Hetzveranstaltung fanden sich die aus guter Zusammenarbeit im Curio-Haus bekannten Hamburger Anarcho-Genossen und die Eimsbütteler Organisation des KB zusammen. Unter 'Wahrung der gegenseitigen Autonomie' wurde vereinbart, die Durchführung der Faschisten-Veranstaltung so weit wie möglich zu verhindern. Von dem Versuch einer Besetzung des Hamburg-Hauses mußte man Abstand nehmen, da durch die laufende Kalkar-Vorbereitung und die insgesamt nur zwei Tage kurze Mobilisierungszeit ein Zusammenführen der dafür notwendigen antifaschistischen Kräfte nicht realistisch erschien.

Etwa 400 Menschen folgten dem Aufruf des KB und der Anarchos. Als die Antifaschisten vom nahegelegenen Sammelpunkt zum Hamburg-Haus zogen, hatte die Polizei bereits mit Gittern die Vorderfront des Hauses 'gesichert'. Im Innenhof des Hauses hielt sich eine starke Eingreifreserve der Bullen bereit.

Die VAN/VVN hielt vor dem (verschlossenen) Haupteingang eine 'Mahnwache' unter Fackelschein und verhielt sich ansonsten fast vollständig passiv. Einzige Aktivität der VAN/VVN war es leider wieder einmal, uns als „Chaoten" und „Provokateure" zu beschimpfen.

Die offenen Eingänge des Hamburg-Hauses wurden von den Antifaschisten weiträumig abgeriegelt.

Ca. 30 Nazis trieben sich während der Aktion auf den umliegenden Straßen herum. Sie verhielten sich wegen des eindeutigen Kräfteverhältnisses ruhig und in angemessener Entfernung.

Nachdem der Beginn der Faschisten-Veranstaltung über eine Stunde lang verhindert worden war, entschied sich der überwiegende Teil der Antifaschisten zu einer Demo, die rund ums Hamburg-Haus und anschließend zu einer Abschlußkundgebung auf der Osterstraße führte. Nach Abschluß der Aktion entstand unter den beteiligten Gruppen eine sehr kontroverse Diskussion darüber, ob es nicht zur Pflicht der Antifaschisten gehört hätte, das Hamburg-Haus solange zu belagern, bis die Nazis gezwungen gewesen wären, den Heimweg anzutreten. Richtig an diesen Kritiken finden wir, daß der Zeitpunkt, zu dem wir abmarschiert sind, sehr früh gewählt war. Das lag aber keinesfalls daran, daß wir der Meinung waren, eine Demo sei wichtiger als die praktische Aktion vor Ort, sondern war darin begründet, daß eine steigende Zahl von Antifaschisten sich auf den Nachhauseweg machte.

Im Interesse der Fortführung der Zusammenarbeit wollen wir uns bemühen, die Diskussion über unsere Taktik bei Antifa-Aktionen mit den Anarcho-Genossen weiter zu führen.

BO Eimsbüttel
KB/Gruppe Hamburg

Bravo: BDP wirft »MLD«-Leute raus

Wie seinerzeit im AK berichtet, hatten sich Anfang Juli Provokateure der rechtsradikalen „MLD" durch trübe Manipulationen zum „Landesvorstand Hessen" des BDP (Bund Deutscher Pfadfinder im Bund Demokratischer Jugend) gemacht. Inzwischen hat, wie wir mit Freude erfahren, der BDP diesen Leuten das Handwerk gelegt: Am 17./18. September fand eine außerordentliche Bundesdelegiertenversammlung des BDP statt, auf der **Rolf Hansmann, Axel Weidner und Inez Lube**, Mitglieder des ‚Landesvorstand Hessen', „wegen verbandsschädigenden Verhaltens" ausgeschlossen wurden. Dasselbe Geschick ereilte auch den 1. Bundesvorsitzenden des BDP, **Christian Gugler**. Außerdem wurde beschlossen, „*daß Mitglieder der rechtsradikalen Tarnorganisation ‚Marxisten-Leninisten Deutschlands' (‚MLD') nicht Mitglieder im Bund Deutscher Pfadfinder sein können*". Ebenso soll eine Mitgliedschaft in dem von den Ausgeschlossenen neugegründeten **„Verband Deutscher Pfadfinder"** unvereinbar mit der Mitgliedschaft im BDP sein. In der Begründung dazu wird ausgeführt, daß die Ausgeschlossenen „*Mitglieder oder Sympathisanten der rechtsradikalen Tarnorganisation ‚MLD' sind, die z. B. das Bündnis mit der rechtsradikalen Studentengruppe ‚HTS' anstrebt (der u.a. mit der faschistischen Schlägerbande ‚Wehrsportgruppe Hoffmann' aus Nürnberg zusammenarbeitet) und außerdem ihre Bündnispartner in den rechten Teilen der CSU und SDU sucht*". Auch Ch. Gugler sei „*zur Fraktion der ‚MLD' zu zählen*".

Der BDP hat zu den Vorgängen eine Dokumentation angekündigt. „*Da damit zu rechnen ist, daß die ‚MLD' auch in anderen demokratischen Organisationen unterzuschlüpfen versucht, wird diese Dokumentation dazu beitragen, derartige Unterwanderungsversuche rechtzeitig zu erkennen und abzuwehren*" (Erklärung des BDP-Bundesvorstands vom 19.9.).

Gugler, Hansmann, Weidner und Lube haben auf ihren Ausschluß mit einer säuischen „Pressemitteilung" reagiert, in der versucht wird, den BDP als „verfassungsfeindlich" etc. zu denunzieren und dem bürgerlichen Staat Vorwände für die Streichung der dem BDP bisher noch gewährten öffentlichen Förderung an die Hand zu liefern. So wird in diesem Sudelpapier behauptet, der BDP sei „*von linksradikalen Chaoten unterwandert*", sei „*eine linksradikale Sammelorganisation*". Dies wird verknüpft mit Behauptungen, der BDP sei „*am Ende*", habe „*nichts mehr mit den in seiner Satzung festgelegten Zielen zu tun*", habe „*abgewirtschaftet*", der BDP diene nur „*als Hülle, um staatliche Gelder zu ergattern*", es gebe „*keine verbindlichen Verbandsstrukturen*", „*Die praktische Arbeit ist so gut wie tot*", „*Im ganzen Verband herrscht Chaos*", „*Auf die Finanzen wird nicht geachtet*". Vorwände genug für die Bourgeoisie, um Schikanen gegen den BDP zu starten! „*Die Verantwortung für diese Entwicklung tragen einzig und allein die linksradikalen Chaoten, die diesen Verband kontrollieren – nicht etwa der Staat, die ‚Kapitalisten' oder sonst jemand*".

Die Provokateure geben sich den Biedermanns-Anstrich, als wollten sie in ihrem neugegründeten „Verband Deutscher Pfadfinder" eine rein „*pfadfinderische Arbeit*" machen, zwecks „*Erziehung junger Menschen zu kritischen und engagierten Mitgliedern unserer Gesellschaft*". Wie das aussehen soll, hatten sie schon während ihres kurzen Wütens im hessischen Landesverband des BDP unter Beweis gestellt, als sie die Materialien der „MLD" und von diesen abgeschriebene ‚eigene' Flugblätter verbreiteten. Diesen Leuten gehört in demokratischen Organisationen sofort die Tür gewiesen. Man merke sich die Namen. Und auch den von Werner Reinecke ehem. hauptamtlich Angestellter beim ‚Landesvorstand Hessen' des BDP und – lt. Papier des BDP-Bundesvorstands – „*nach eigener Aussage Mitglied der ‚MLD'*". Sachdienliche Hinweise nimmt . . . Na, ihr wißt schon! . . .

Antifa-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Freispruch für Nazi-Christophersen aufgehoben



Christophersen muß wegen seiner Nazi-Veröffentlichungen erneut vor Gericht. Zur Erinnerung:

Christophersen stand am 31.1.77 vorm Flensburger Landgericht wegen „Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen" sowie „Verunglimpfung des Staates". Es ging um die in seinem „Kritik-Verlag" veröffentlichte Broschüre „Ist Rassenbewußtsein verwerflich?" und um seine „Bauernschaft" 3/75, in der u.a. zu lesen stand: »*Ich glaube, die Zeit von 1933 bis 1944 war demokratischer als die Zeit nach 1945*« (S.27). Damals wurde er freigesprochen, »*denn das Gericht meinte ..., insgesamt fehle den beschlagnahmten Schriften eine aggressive, kämpferische Tendenz gegen die freiheitliche Grundordnung*« (»Flensborg Avis«, 3.2.77). Damit blieben die Richter sogar hinter dem Antrag von Christophersen zurück, der am Anfang des Verfahrens »eine Einstellung des Verfahrens gegen eine Buße von 2000 Mark« wünschte (»Flensborg Avis«, 20.1.77).

Der Bundesgerichtshof hob dieses Urteil nun im vollen Umfang auf und verwies es zur erneuten Verhandlung zurück, denn »*die Zielsetzung der Schriften stimmt nach Ansicht der BGH-Richter in wesentlichen Punkten mit Programmpunkten der NSDAP überein. Arischen Rassen werden eine 'Führungs- und Richterrolle' gegenüber anderen Rassen zugesprochen*« (»Flensburger Tageblatt«, 20.9.77). Mal sehen, was diesmal daraus wird ...

Gegendarstellung

Der ARBEITERKAMPF behauptete in der Ausgabe vom 22. August 1977, daß ein Herr Erich Haast seine Schriften in meinem Kritik-Verlag veröffentliche. Diese Behauptung ist falsch. Richtig ist, daß Herr Haast keine seiner Schriften im Kritik-Verlag veröffentlicht hat.

Mohrkirch, den 16.9.1977 Christophersen

Zu dieser Gegendarstellung

Christophersen, in dessen rechtsradikalem „Kritik-Verlag" u.a. die berüchtigte antisemitische Hetzschrift „Auschwitz-Lüge" erschienen ist, hat in diesem Fall offenbar recht. Unsere Falchinformation, daß der dänische Faschist Haast Schriften im „Kritik-Verlag" veröffentlicht habe, berufte auf einem groben Schnitzer unserer Flensburger Genossen bei der Übersetzung aus dem dänischsprachigen „Flensborg Avis".

Christophersens Rechtsanwalt ist übrigens, wie aus dem Anschreiben hervorgeht, der in der Vergangenheit vielfach als Nazi-Schläger in Erscheinung getretene Jürgen Rieger, Funktionär verschiedener rechtsradikaler Gruppierungen; es ist um ihn inzwischen etwas ruhiger geworden, jedoch agiert er offensichtlich immer noch im rechtsradikalen Lager.

Der »Kontaktbereichsbeamte« im »Reform«-Modell der Westdeutschen Polizei

Wiederholt beklagt sich die Polizei bei den großen Fahndungsaktionen der letzten Jahre über die mangelnde Mitarbeit der Bevölkerung. – Bei den überall laufenden Polizeireformen sehen die Polizeistrategen die Gefahr, daß *„durch den modernen Trend zur großräumigen Rationalisierung* (z.B. Zusammenlegung von mehreren Revieren zu riesigen Polizeidirektionen in Westberlin – AK) *und zur weitergehenden Technisierung der Einsatzmittel"* die Polizei *„im Extremfall schließlich als eine Art Besatzungsmacht erlebt (wird), die nichts weniger repräsentiert als die Eigeninteressen und Bedürfnisse der Betroffenen"* (H.J. Kerner auf einer Arbeitstagung des BKA „Polizei und Prävention" in der gleichnamigen Broschüre des BKA, 1976). *„Wenn der Polizeibeamte"*, so Kerner, *„aus den alltäglichen sozialen Interaktionen der einander von Angesicht kennenden Bewohner eines Stadtviertels herausgenommen wird, gerät er in die Position des 'Fremden'"* – Das heißt *„Kontaktminderung, Informationssperren und Zurückhaltung im Anfordern von Rat und Hilfe ..."* – Konkret bedeutet das für die Polizei: *„Verlust an Wissen um die allgemeine 'Lage' vor Ort, Verlust an Wissen um die spezifischen Eigenhei-*



Werbung für KOB

– Konkret bedeutet das für die Polizei: *„Verlust an Wissen um die allgemeine 'Lage' vor Ort, Verlust an Wissen um die spezifischen Eigenhei-**ten von bestimmten 'örtlichen Situationen'(Raum,Opferanfälligkeit, Täterkonzentration), Verlust an Möglichkeiten, evtl. gefährliche Entwicklungen schon im Ansatz abzublokken..."*.

Dem wird entgegengestellt, was Gerhard Schröder, ehemaliger Innenminister, bereits 1958 während der Vorbereitung der Notstandsgesetze forderte, nämlich eine Stärkung des *„persönlichen Kontakts zwischen der Bevölkerung und Polizei"*, durch den Schutzmann, *„der gegebenenfalls mit einem Fahrrad ausgestattet in seinem Revier engen Kontakt zur Bevölkerung"* pflegt, was *„durch persönliche Nähe Vertrauen schafft"* (nach S. Cobler, „Die Gefahr geht von den Menschen aus", rotbuch 1976).

In diesem Sinne tauchten im westdeutschen Polizei(Un)wesen in den letzten Jahren eine Reihe von Erscheinungen auf. Seien es 1971 fahrbare Polizeireviere für Hamburger Außenbezirke, seien es verstärkte Streifen, die auch mal *„ein offenes Ohr für Sorgen und Beschwerden der Revier-Bewohner haben"*, wie in Frankfurt („FR", 1.11.76), oder Jugendpolizisten und schließlich „Kontaktbereichsbeamte" (KOB's). Vor allem das „Berliner Modell" der KOB's (oder der Bezirkspolizisten, wie sie z.T. in Westdeutschland bezeichnet werden) wird in immer mehr Städten der BRD durchgesetzt.

„Vertrauen durch persönliche Nähe" ...

Inzwischen wurde in Westberlin als *„konzeptionelles Kernstück der (Polizei)Reform"* (Polizeipräsident Klaus Hübner in „Polizei und Prävention", a.a.O.) die ehemaligen Reviere in 756 „Kontaktbereiche" aufgeteilt, in denen seit 1973 jeweils ein KOB „das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen" soll. KOB's sind mindestens seit zwanzig Jahren im Dienst und 40 Jahre alt. Sie erhalten eine besondere psychologische Schulung. Grundsätzlich bewegen sie sich zu Fuß in „ihrem" Revier; ausgerüstet sind sie mit Minifunk als Verbindung zur Polizeizentrale („Spiegel", 26.9.77).

„Der KOB durchwandert systematisch seinen Schutzbezirk und sucht das Vertrauen der Bevölkerung" oder *„die KOBs sollen in ihrem Bereich die Nöte und Sorgen der Bürger erforschen und über Abhilfe nachdenken"*, heißt es in der „Süddeutschen Zeitung" vom 9.12.76. Und auch die Polizeipresse betont die notwendige „Bürgernähe": *„Das häufige Erscheinen stets des gleichen Beamten soll auch dazu dienen, ein auf persönliche Kenntnisse gegründetes Vertrauensverhältnis zwischen Polizei und Bevölkerung zu schaffen. Dieses Ziel wäre erreicht, wenn die Bewohner, nicht zuletzt Kinder und Jugendliche eines solchen Bereiches sich nach einiger Zeit daran gewöhnt haben, den in ihrer Straße eingesetzten Beamten als 'ihren' Schutzmann zu betrachten"* („Die Polizei", Organ der Polizeiführungsakademie Hiltrup, 9/71). – Demnach sind auch die „Aufgaben" der KOB's gelagert:

+ *„... Zwei Straßen weiter wohnt die Rentnerin Else Schmidt, 73,*

ben" der KOB's gelagert:
+ *„... Zwei Straßen weiter wohnt die Rentnerin Else Schmidt, 73,*

mit dem Meerschweinchen Paul und zwei Dompfaffen in einer engen Anderthalb-Zimmer-Wohnung. Die alte Dame fühlte sich durch einen schwarzen Kater bedroht, der fast jeden Tag auf das Fensterbrett ihrer Küche sprang, um von dort durch die Scheibe ihre beiden Dompfaffen zu belauern. Auch hier wußte KOB Egon Strompski Rat: Er rieb das Fensterbrett mit Schmierseife ein. Der Kater kam noch einmal, rutschte aus und wurde von Else Schmidt nicht wieder gesehen" („Die Zeit", 14.2.75).
+ So sind die KOB's beauftragt, im Rahmen des ihnen obliegenden „Bürgerservice" auch Verbindungen zu den Leitungen der Schulen ihres Bereiches zu halten. KOB Krüger unterrichtet elf Stunden pro Woche – „aus polizeilicher Sicht" – an Charlottenburger Schulen („Spiegel", 26. September 1977).
+ Tatsächlich versuchen die KOB's nicht nur an den Schulen ein „freundschaftliches" Verhältnis zu den Kindern zu bekommen, auch bei ihren Streifgängen im Kontaktbereich helfen sie alten Leuten über die Straße und reden mit dem Straßenfeger oder mit Leuten, die vor dem Haus stehen, über die 'kleinen Alltagsprobleme'.
+ In Darmstadt sollen sie an Bürgerversammlungen teilnehmen, im Kindergarten und im Jugendclub vorbeischauen (nach „FR", 15.7.76); in Westberlin arbeiten sie u.a. in der „Kontaktstelle für Gestrauchelte" und im „Arbeitskreis der Nichtseßhaften" mit („Spiegel", s.o.).

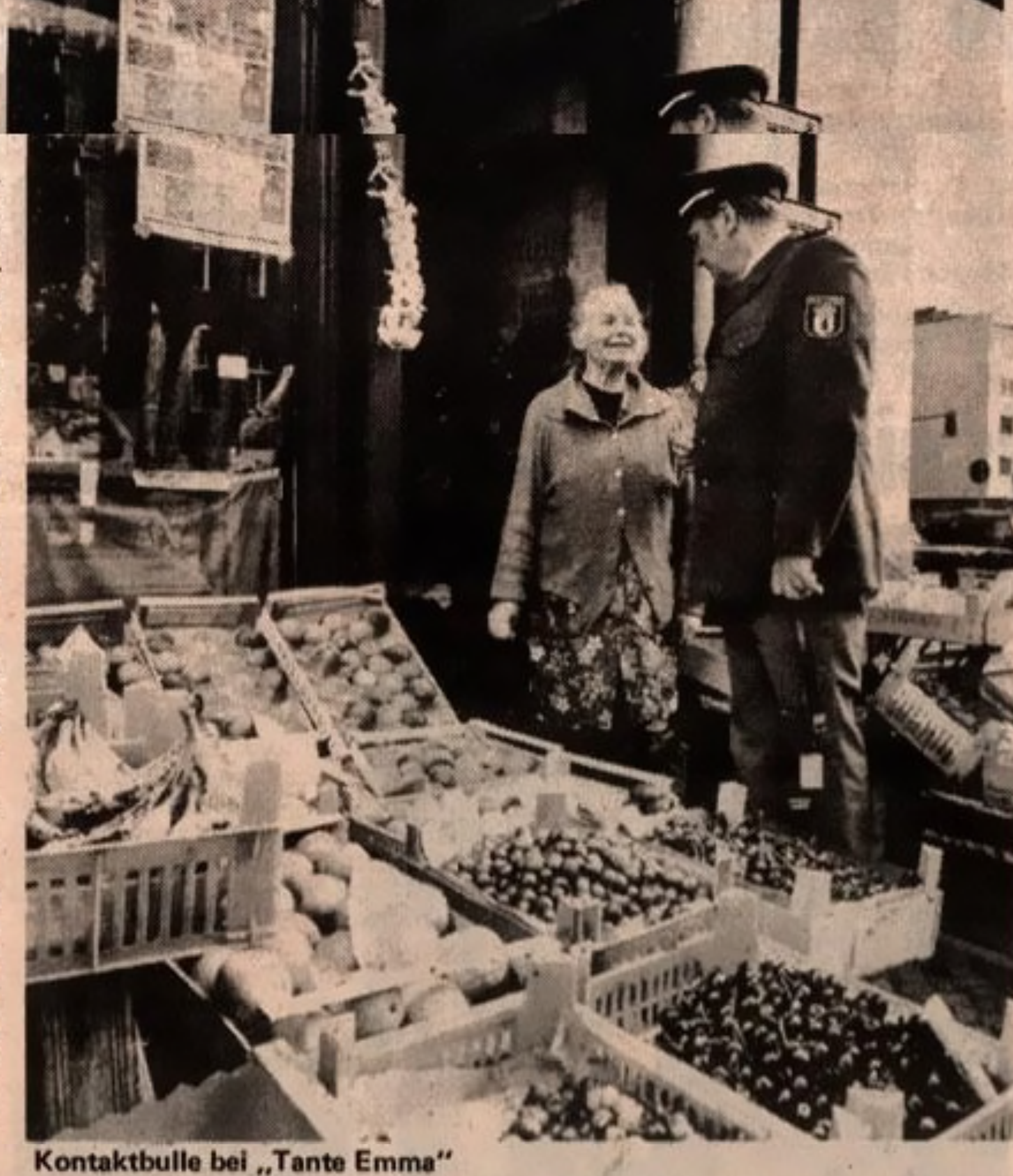
„Diese Einsatzform soll durch bessere persönliche Kontakte dazu beitragen, die polizeiliche Arbeit durch Hinweise aller Art ... zu verbessern" („Die Polizei", 9/71), womit der Kernpunkt dieses Konzepts angesprochen wird: einerseits die Polizei als „Freund und Helfer" erscheinen zu lassen (was trotz aller bisherigen Anstrengungen von der Mehrheit der Bevölkerung heute nicht so gesehen wird), andererseits die Menschen an eine ständige Bewachung und Kontrolle durch den Staatsapparat zu gewöhnen.

„Verbrechensbekämpfung"'

In „Polizei-Bürgernah!" wirbt die Polizei mit einer weiteren Funktion der KOB's: *„Im übrigen soll durch den gezielten Streifendienst das Netz der Sicherheit dieser Stadt immer enger geknüpft werden. Eine bewegliche, unserer modernen technischen Zeit angepaßte Polizei soll künftig in Ihrem Lebensbereich für Sie jederzeit zur Verfügung stehen. Die Sicherheit, die Sie mit Recht von der Polizei erwarten und die wir gewährleisten wollen, ist aber nur in einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit Ihnen zu erreichen. Mit dieser Zusammenarbeit rechnet Ihr Kontaktbereichsbeamter"*. – Also auch diese Funktion der „Verbrechensbekämpfung" soll unter anderem das „Vertrauen der Bevölkerung in die beschützende Polizei" stärken, soll zu einem Vertrauen der Bevölkerung in „ihren" staatlichen Gewaltapparat führen. Gleichzeitig erhofft sich die Polizei damit eine „Verbesserung" der Anzeigenquote. Der KOB *„soll z.B. – so die Idealvorstellung – genau die Kneipen kennen, in denen dunkle Elemente verkehren. Er soll über ihre Schlupfwinkel Bescheid wissen. Er soll schließlich sogar Tips geben können, ob ein Haus mehrere Ausgänge hat, oder ob es einen bequemen Fluchtweg über die Dächer gibt"* („Welt", 2.10.74). – Laut „ID" vom 3.4.76 soll das neue Überwachungssystem zu einer Verdoppelung der Anzeigenquote in Westberlin geführt haben!

Im Keim: Spitzel-Leitstellen

Außer der allgemeinen „Verpolizeilichung" der westdeutschen Bevölkerung haben die KOB's u.a. heute schon die Aufgabe, sich um unliebsame „Protestierer", „Querulanten" oder sonstige Menschen zu „kümmern", die sich in den allgemeinen Prozeß nicht einordnen wollen oder nicht einordnen lassen.


Kontaktbulle bei „Tante Emma"

+ So äußerte sich in Westberlin der KOB („Nennen Sie ja nicht meinen Namen"), der die technische Universität, Musikhochschule und Hochschule für Bildende Künste „betreut". Dieser KOB verteilt keine Visitenkarten an die meist studentischen Bewohner seines Kontaktbereiches (im Gegensatz zu allen anderen Bereichen – AK). Ihn kennen nur wenige Eingeweihte, wie etwa der Pförtner der TU oder der Hauswart des Studentenheims... Der kontaktarme KOB macht seine Streifzüge grundsätzlich in Zivil, *„um nicht erkannt zu werden"*, wie er freimütig zugibt. *„Zwar bin ich kein Spitzel in dem Sinne (?), aber wenn mich die Studenten im Studentenwohnheim erkennen würden, dann würde meine Arbeit viel schwerer werden (!)"* („Die Zeit", 14.2.75).
+ Im Westberliner „Abend" (26.3.77) war dann auch zu lesen, daß die KOB's *„nicht nur die Schwerpunkte der Kriminalität und Gefahrenpunkte im Straßenverkehr, sondern auch so ziemlich genau die soziale Struktur 'ihres' Bereiches kennen"*.
+ So erfuhr 1975 ein Genosse von seiner Hauswartsfrau, daß sie vom KOB gefragt worden sei, was in der „Kommune" (der Wohngemeinschaft des Genossen) los sei, ob oft Besuch käme, was das für Besucher wären etc. Sie solle doch dem KOB regelmäßig erzählen, was sie so gesehen hat!

Vorbild: Blockwarte der Nazis

Die KOB's sind so zugleich Keime eines Spitzelsystems, wie es die Nazis zur Perfektion entwickelt hatten. Damals waren es die Blockwarte, die ihre Spitzeltätigkeit im Auftrag der NSDAP aufbauten.

– *„Vor allem durch die Block- und Zellenleiter als unterste Hoheitsträger der NSDAP wurde die Bevölkerung überwacht. Sie repräsentierten die faschistische Partei im Alltag, gaben die Lebensmittelkarten aus, kontrollierten die Einhaltung der Bestimmungen über das Abhören ausländischer Sender, die Verdunkelung usw."* (G. Hass, „Deutschland im 2. Weltkrieg").

– Die Blockwarte sollten *„agitieren, denunzieren, nach oben die Volksstimmung melden, nach unten die Blitzableiter für Klagen sein"* (E. Aleff, „Das Dritte Reich").

Heute kann man sagen: die KOB's sind die untersten Hoheitsträger für den (faschisierten) Staatsapparat, die einerseits für die Durchsetzung der Staatsgewalt auf unterster Ebene sorgen, andererseits aber auch „Blitzableiter" für die Sorgen der Menschen sind, um ihnen das Gefühl zu vermitteln, der Staat kümmere sich um sie, nehme ihre Sorgen ernst usw. In diesem Sinne besteht tatsächlich eine enge Parallelität zwischen dem Blockwartsystem und der Konzeption der KOB's.

Obwohl die gesamte Entwicklung der „bürgernahen" Polizei noch sehr am Anfang steht und eine Identifizierung des „Bürgers" mit „seiner" Polizei keineswegs im gewünschten Umfang erreicht ist, setzt die Bourgeoisie offenbar hohe Erwartungen in diese „Reform". Das zeigt u.a. auch die internationale Reaktion auf das „Berliner Modell" (ganz abgesehen davon, daß es in der BRD selbst reihenweise nachexerziert wird).

Seit zwei Jahren z.B. gibt es auch in Amsterdam sogenannte „Nachbarschaftspolizisten", erst einmal versuchsweise, die in ihren Aufgaben in etwa den KOB's entsprechen.

Und sowohl Delegationen des dänischen wie des französischen Innenministeriums waren in diesem Jahr schon in Westberlin, um sich über das „Berliner Modell" zu „informieren".

Die Pariser Polizeizeitung „Revue Internationale de Police Criminelle" brachte im Sommer 76 einen *„ausführlichen Bericht über den Berliner 'Kontaktbereichsdienst'"* (nach „Kriminalistik", 9/76). Auch in Wien ist die Einführung von KOB's geplant („Spiegel", 26.9.77).

Mit der hier beschriebenen „Reform" des Polizeiwesens soll der Bevölkerung eine „andere" Polizei nahegebracht werden als sie hinlänglich bekannt ist. Denn gegenwärtig wird das Bild der Polizei bestimmt von brutalen Überfällen auf Jugendliche (die vielleicht mal „über die Stränge" geschlagen haben), von Polizeibeamten mit allzu locker sitzenden Waffen, durch schikanöse Straßenkontrollen und nicht zuletzt durch das terroristische Vorgehen gegenüber Demonstranten, insbesondere bei den verschiedenen Anti-AKW-Aktionen. Gerade anläßlich der Schleyer-Entführung werden allerorts die Aufrufe der bürgerlichen Politiker verbreitet, die eine bessere „Zusammenarbeit" der Bevölkerung mit der Polizei fordern. Und natürlich wissen auch sie, daß dies – sollte es überhaupt zu erreichen sein – nur möglich ist, wenn das Bild der Polizei in den Augen der Bevölkerung erheblich geändert wird. Für die Vorbereitungen einer Gesellschaft mit totaler Polizeiüberwachung kommt deshalb gerade dem Aspekt der „bevölkerungsnahen Polizei" besondere Bedeutung zu. Die Erfolgsaussichten dieses Konzepts hängen jedoch stark davon ab, inwieweit es der westdeutschen Bourgeoisie gelingt, die arbeitende Bevölkerung von massenhaften Kämpfen gegen dieses Gesellschaftssystem abzuhalten. Denn eine Polizei, die einerseits Massenkämpfe brutal zu zerschlagen hat (wie bei der Anti-AKW-Bewegung) und zugleich „bevölkerungsnah" sein will, kann es wohl kaum geben.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Westberlin

KURZMELDUNGEN

Am 26.9.77 wurde in Lüneburg ei[n] Sechzehnjähriger von einem Polizisten erschossen. Der Jugendliche war au[s] einem Fürsorgeheim ausgerissen un[d] zusammen mit einem Kameraden be[i] einem Einbruch erwischt worden.

Angeblich soll es nach einem vergeblichen Anruf durch die Polizisten zu einem Handgemenge gekommen sein. Ob der tödliche Schuß *»sich von selbs[t] löste, oder von einem Beamten abgegeben wurde«*, sei noch nicht geklärt. Weitere Einzelheiten wollte die Staatsanwaltschaft nicht mitteilen (»Frankfurter Rundschau«, 27.9.77).

Fast ein Todesschuß

Mit einem Lungendurchschuß kam ei[n] 30jähriger Türke, der mit zwei Landsleuten die Bank in Neuenfelde knacken wollte, noch relativ glimpflich davon. Alle drei waren zu Hungerlöhnen als Obstpflücker im Alten Land beschäftigt.

Ohne Vorwarnung schoß ein Beamter, als die drei gestellt wurden. Angeblich will er eine Maschinenpistole in einer Plastiktüte (!) gesehen haben. Tatsächlich wurde lediglich ein Kleiderbügel gefunden (»Hamburger Morgenpost«, 26.9.77 und »UZ«, 27.9.77).

Nicht nur ein Verkehrsunfall

Mit 180 Stundenkilometern raste in Ahlen (Westfalen) ein Autofahrer gegen einen Brückenpfeiler und war sofort tot. 1 1/2 Stunden zuvor hatten ihm Polizisten die Autoschlüssel abgenommen, da er einen betrunkenen Eindruck machte. Eine Funkstreife hielt ihn für einen Autodieb und jagte ihn in den Tod (»Bild«, 25.9.77).



Neubeginn des Prozesses gegen Eberhard Dreher

Am 9.9.77 begann zum zweitenmal der Prozeß gegen den Drucker Eberhard Dreher. Er wird beschuldigt, die „kriminelle Vereinigung" ‚Bewegung 2.Juni' unterstützt zu haben. Er soll 1973 der Gruppe seine Ausweispapiere zur Verfügung gestellt haben (das damalige Ermittlungsverfahren wurde eingestellt!) und er soll 1976 ein Fahrzeug beschafft und Andreas Vogel, der der Mitgliedschaft im ‚2. Juni' beschuldigt wird, darin herumgefahren haben. Weiter wird ihm unbefugter Waffenbesitz vorgeworfen, was nicht weiter erläutert wird.

Eberhard Dreher wurde zusammen mit Andreas Vogel am 26.3.76 beim Betreten einer Wohnung verhaftet, in der Material lagerte, das die Staatsanwaltschaft der „Bewegung 2. Juni" zurechnet.

Seit diesem Zeitpunkt ist Eberhard Dreher in Untersuchungshaft, davon die ersten sieben Monate in strenger Einzelhaft. Die jetzige Verhandlung vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts Westberlin leitet der Vorsitzende Richter Kubsch, der bereits den „Unterstützerprozeß gegen Waltraud Siepert und Christina Doemeland geführt hat (Waltraud wurde dabei zu viereinhalb Jahren ohne, Tina zu einem Jahr mit Bewährung verurteilt) und der auch allen weiteren Prozessen gegen die „Unter-
ohne, Tina zu einem Jahr mit Bewährung verurteilt) und der auch allen weiteren Prozessen gegen die „Unter-
stützer" vorsitzen wird. Vertreter der Anklagebehörde (Abteilung „P" wie „politisch") ist Staatsanwalt Möllenbrock. Verteidiger sind die Rechtsanwältin Wullweber und der Rechtsanwalt Friton, beide aus Westberlin.

Der Prozeß findet statt im „Staatsschutzsaal" 700 des Landgerichts Westberlin in einem Klima überdimensionaler Sicherheitsvorkehrungen: die Zugänge sind mehrfach abgesichert, Ausweise werden kontrolliert und fotokopiert, die Zuschauer abgetastet und „abgesondet" (nach Metallgegenständen). Im Gerichtssaal selbst sind außer vier bis sechs Justizwachtmeistern immer zwei bis fünf bewaffnete Uniformierte, dazu kommen noch fünf bis acht Beamte des Staatsschutzes, die auf den Zeugenbänken und der Pressebank Platz nehmen und ganz offen und ungeniert die Zuhörer, Verteidiger und Journalisten observieren.

Eberhard Dreher sitzt auf einer Anklagebank, die mit dickem Glas fast rundherum verschlossen ist. Die Verständigung mit dem Gericht erfolgt über Mikrofon. Zur Verteidigerbank hin ist in dem Glaskasten ein Schlitz, durch den der Angeklagte seinen Kopf stecken muß, wenn er mit seinen Verteidigern reden will.

Der Prozeß findet statt: jeden Dienstag, Donnerstag, Freitag in Saal 700, Landgericht Berlin, Berlin-Moabit, Turmstr. 91.
700, Landgericht Berlin, Berlin-Moabit, Turmstr. 91.

Nach einem Informationsschreiben des Prozeßbüro Berlin, Schönleinstr. 24, 1000 Berlin 61

Verbote und Beschlagnahmungen im linken Buchhandel

Kurz zur Erinnerung: Am 24.11.75 wurde die „Basis-Buchhandlung", der Trikont-Verlag in München und die Druckerei „Gegendruck" in Gaiganz von bewaffneten Polizisten durchsucht. Beschlagnahmt wurden das Baumann-Buch, die dazugehörenden Druckplatten, 1.300 Bücher, Schreibmaschinen, Tonbänder, Kundenkartei usw. Im Beschluß der Gerichte hieß es: Das Buch strotze von Darstellungen, die Gewalttätigkeiten verherrlichen (§ 131 StGB und § 140 StGB).

Am 27.10.76 wurden die Geschäftsführer des Trikontverlages freigesprochen. Am 21.1.77 erhielten sie die Bestätigung der Aufhebung der vorläufigen Beschlagnahmung des Buches durch das Oberlandesgericht München. Der Staatsanwalt hatte auf zehn Monate Freiheitsstrafe gegen beide Angeklagten plädiert und nach dem Feispruch sofort Revision eingelegt.

In seiner Revisionsbegründung vom 22.12.1976 bezeichnete Staatsanwalt Dr. Stokker das freisprechende Urteil der Staatsschutzkammer als„*inkonsequent* ‚*lückenhaft*"und „*fehlerhaft*",weil die Karikaturen in dem Buch „ ... *in Verbindung mit dem Text ein psychisches Klima schaffen, in dem Bombenanschläge und Banküberfälle gedeihen, Banküberfälle und Bombenanschläge als lediglich lachhafte, aber nicht als verwerfliche Aktionen gewertet werden.*" Der Staatsanwalt argumentierte weiter, daß durch Baumanns Schilderung von Straftaten, die zum Teil vor zehn Jahren begangen wurden, noch heute der öffentliche Frieden gestört würde, daß in dem Satz „ ... *andere sollen verstehen, warum Leute den Weg des bewaffneten Kampfes gehen, auf welchem Boden so etwas gewachsen ist* ..." eine „*menschenverachtende und rücksichtslose Tendenz*" zum Ausdruck komme.

Am 9.8.77 sprach der Bundesgerichtshof das zweite Verbot aus. In der mündlichen Urteilsbegründung heißt es ungefähr: Wäre das Buch in einem bürgerlichen Verlag erschienen, dann kämen die Herausgeber straffrei davon. Es sei nämlich dann nicht anzunehmen, daß bürgerliche Verlage und Buchläden Gewalttaten billigen würden. Anders, wenn das Buch in linken Verlagen erscheint. Hier sei davon auszugehen, daß Gewalt gebilligt werde. An verschiedenen Stellen seines Buches wäre Baumann von seinen „Taten" nicht „wirklich abgerückt". Die Erwähnung „ ... *nach der großartigen Lorenz-Entführung, einem wirklichen Meisterstück der Stadtguerilla* ..." heißt es, diese Textstelle für sich allein störe bereits den öffentlichen Frieden (aus Rundbrief des Trikont-Verlags).

Nach der ersten Beschlagnahmung wurde die 2. Auflage des Baumann-Buches vom VLB (Verband des linken Buchhandels) und mehreren bekannten Autoren und Literaten gemeinsam herausgegeben, damit der Trikont-Verlag nicht allein weiteren repressiven Maßnahmen gegenübersteht. Und um zu gewährleisten, daß das Buch trotz Verbot auch weiterhin erscheint.

* * *

Erlangen, Gaiganz: Nach fast drei Jahren der Ermittlung und anderthalb Jahre nach Vorlage der Anklageschrift soll der Prozeß gegen U. Polzer und Gerd Schnepel, ehemalige Geschäftsführer des Politladens in Gaiganz und Erlangen, im September '77 beginnen.

Die Anklage lautet:

1. der Verkauf des „anarchistischen Kochbuchs" an zwei CDU-Spitzel,
2. Herstellung und Vertrieb des Buches „Der Kampf gegen die Vernichtungshaft"
3. das Herumliegen einiger Flugblätter im Laden, in denen „nicht nur klammheimliche Freude" über Herrn Drenckmanns Ableben mitgeteilt wurde.

Das Verfahren von Polzer und Schnepel wird vor dem Landgericht in Nürnberg geführt „wegen der besonderen Schwere des Falles". Sie sollen zu Terroristen abgestempelt werden („Informationsdienst" 10.9. 77).

Köln: Am 2.11.77 findet in Köln der Prozeß gegen den „Anderen Buchladen" in Köln und „Das politische Buch" in Bochum statt.

Sie wurden herausgegriffen, als im August 1976 in der BRD eine bundesweit angelegte Staatsschutzaktion gegen den linken Buchhandel lief. Die Staatsanwaltschaft wirft den beiden Angeklagten vor, durch das Vorrätighalten des Buchs „Revolutionärer Zorn" Gewalt befürwortet und eine „Kriminelle Vereinigung" unterstützt zu haben.

(Nach eigenem Rundschreiben)

Hannover: Am 11.7.77 hat die Staatsanwaltschaft Hannover ein Ermittlungsverfahren gegen die presserechtlich Verantwortlichen der Grohnde-Dokumentation des Internationalismus-Buchladenkollektivs in Hannover eingeleitet.

Begründung: Verletzung des Fernmeldeanlagengesetzes (weil aus dem Polizeifunk zitiert wurde). Vorher hatte schon die Lüneburger Staatsanwaltschaft versucht, mit Hilfe des § 88a gegen die Grohnde-Dokumentation ein Ermittlungsverfahren anzustrengen („ID", 30.7.77).

Parallel zu den Beschlagnahmeaktionen, Ermittlungsverfahren, Prozessen und Urteilen gegen linke Buchläden, Verlage und Druckereien läuft die öffentliche Diffamierungs- und Kriminalisierungskampagne der bürgerlichen Presse, von Funk und Fernsehen in dem Tenor „anarchistischer Gewalttäter", „Terroristen, die Bomben unter dem Ladentisch versteckt halten" (Bochum), „Sympatisanten und Finanzierer der RAF" usw.

Schon längst wird der VLB (Verband des linken Buchhandels) als eine „kriminelle Vereinigung" bezeichnet. In der „Welt" vom 20.9.77 schreibt ein gewisser Manfred Schell vom „*Kommunikationsgeflecht der terroristischen Sympatisantenszene*". *In diesem Propagandaring vertreiben 147 Verlage, 27 Buchvertriebe und über 100 linke Buchläden Revolutionslektüre in Massen.*"

Diesem Propagandaring wird dann eine angebliche Spontizeitung „Wildes Huhn", die nirgends bekannt ist, zugeordnet, die RAF-Erklärungen mit dem Inhalt „.... *Banküberfälle und Ladendiebstähle* ..." abdrucken, sodaß der Eindruck entstehen soll, der linke Buchhandel propagiere die Linie der RAF.

Genau auf derselben Linie liegt die Behauptung, daß der linke Buchhandel die RAF finanziere. Damit soll das Verbot des linken Buchhandels vorbereitet werden.

Der Stuttgarter Ministerialdirigent Dr. Alfred Stümper, ein führender Staatsschutztheoretiker, faßte dieses Ansinnen folgendermaßen zusammen: Die Leseangebote (des linken Buchhandels) können, Zitat „ ... *geradezu verhängnisvoll sein für ganz junge Menschen, also unsere Kinder und Jugendlichen, die von Natur aus ein gesundes ideales Denken und Streben haben und damit auch hohe innere Ansprüche an den Staat, die „Oberen" unserer Gesellschaftsordnung und die sonstige Verwirklichung edler Ziele stellen* ..."

Mit diesem Mittel der Terroristenhetze, Kriminalisierung und Gesinnungsjustiz soll die Linke eingeschüchtert werden, soll erreicht werden, daß linke Bücher und Broschüren, die z.B. das Vorgehen der Polizei in Brokdorf, Grohnde und Kalkar offenlegen, über Todesschüsse und § 88a informieren, verboten werden, bzw. linke Verlage aus Angst vor dem Verbot zur Selbstzensur übergehen.

Arbeiterbuchkollektiv Hamburg

»Carl von Ossietzky-Universität« bleibt verboten

In der Berufungsverhandlung gegen den Oldenburger Referendar und ehemaligen Studentenparlamentspräsidenten Wilfried Krallmann wegen Widerstands wurde das erstinstanzliche Urteil jetzt bestätigt, was eine Geldstrafe von 375 Mark bedeutet.

Im Juni 75 wurde von Malern der Schriftzug „Carl von Ossietzky-Universität" vom Turm der Oldenburger Uni unter massivem Polizeischutz entfernt. Herbeieilende Studenten wurden von Bullen teilweise erheblich verletzt wie auch Krallmann, der versucht hatte, auf die Handwerker einzureden. Das Verfahren hatte damals internationales Aufsehen erregt, weil die damalige SPD-Landesregierung (und heute die CDU-Regierung) sich weigerte, den Gremien der Universität in der Frage der Uni-Namensgebung nachzugeben, und weil alle Verfahren außer dem gegen Krallmann eingestellt worden waren, und dies als Versuch gewertet wurde, eine politische Verurteilung der Namensgebung mit juristischen Mitteln zu erreichen.

Auch diesmal war internationale Öffentlichkeit vorhanden: eine Delegation ehemaliger KZ-Häftlinge aus Dänemark, die auch der Gedenkstätte beim ehemaligen Moor-KZ Esterwegen einen Besuch abstatteten, und Vertreter der Jugendorganisation der holländischen Sozialdemokraten.



In der Berufungsverhandlung kam u.a. zutage, daß ein als Entlastungsbeweis beantragter Film, der 1975 während der Ereignisse vom Staatsschutz gedreht worden war, angeblich bei der Entwicklungsfirma „verlorengegangen" sein soll.

KB/Gruppe Oldenburg

»Wenn das Urteil

»Wenn das Urteil Schule macht« (Heinrich Böll)

Nachspiel im Kölner Antifaschistenprozeß

Am 22.9. wurde Peter Bellinghausen, Dozent an der Volkshochschule (VHS) Köln, nach seiner Vorlesung von sechs Zivilpolizisten verhaftet, um für siebeneinhalb Monate in den Knast zu wandern.

Peter B. hatte Ende '73 zusammen mit vier weiteren Antifaschisten an einer Aktion gegen Flugblattverteiler der NPD in Köln-Nippes teilgenommen, während der es zu einem „drei bis fünfminütigen Handgemenge" gekommen war.

Im Ende 1974 folgenden Prozeß, der unter dem Vorsitz des berüchtigten Richters Somoskeoy stattfand (der auch im Prozeß gegen Beate Klarsfeld schon ‚Lorbeeren' geerntet hatte), wurden alle fünf zu Gefängnis ohne Bewährung verurteilt wegen gemeinschaftlich begangener gefährlicher Körperverletzung.

Ein Skandalurteil, das Heinrich Böll Ende April dieses Jahres im „Stern" anprangerte – womit er sich prompt auch eine Anzeige von Somoskeoy wegen „Beleidigung" einhandelte:

Vier von fünf Angeklagten konnten nicht als Täter identifiziert werden, sondern sie hatten „die Tat durch ihre bloße Anwesenheit gefördert" – so das Urteil.

Zeugen der Verteidigung wurden nicht zugelassen, jedoch sehr wohl „Zeugen" der Anklage (NPD-Mitglieder); einem von ihnen wurde bescheinigt, daß es ihm gelungen sei, „*die Hauptverhandlung aufzulockern indem er ausführte, er sei, da er auch kräftig zugeschlagen habe, vorübergehend festgenommen worden. Jemand habe jedoch zu dem Polizisten, der ihn abgeführt habe, gesagt, das ist doch einer von Uns, daraufhin habe man ihn wieder laufenlassen*" (Zitate aus: H. Böll: „Einer von uns" in „Stern", 21.4.77).

Soweit einige Kostproben aus dem Prozeß.

Doch damit noch nicht genug. Nach der Verhaftung von Peter B. legte die CDU gleich noch einen Zahn zu: für sie besteht der „doppelte Skandal" darin, daß Peter B. nicht nur der VHS bei der Anstellung seine Verurteilung ‚vorenthalten' hatte, sondern daß er dort auch noch unangefochten eine Veranstaltung zum Thema „Die neuzeitlichen Theorien der politischen Gewalt – Marx" anbieten konnte. Das geht natürlich nicht!

„*Die Lehre an den Volkshochschulen hat auf dem Boden des Grundgesetzes zu stehen, die Beschäftigung eines KPD-Mitgliedes* (Berufsverbot, ick hör dir trappsen) *ist deshalb ebenso skandalös wie der Versuch, politisch verbrämt zu legitimieren*" (CDU-MdL Lemper nach „Welt" v. 28.9.77).

Vielleicht sollte Lemper mal ein Wörtchen mit dem Leiter dieser Veranstaltungsreihe reden??? (übrigens auch ein „engagiertes" CDU-Mitglied).

KB/Gruppe Köln

Schon wieder kritisches Plakat unter Beschuß

Nachdem es schon beinahe alltäglich ist, daß Plakate von dem Grafiker Staeck von Gerichten „aus dem Verkehr gezogen werden", weil sich ein Reaktionär beleidigt fühlt, hat es diesmal einen anderen Grafiker getroffen:

– *Bereits seit fünf Jahren ist eine Fotomontage des Grafikers Deventer auf dem Markt, die die Verwandlung Hitlers – über ein Hakenkreuz – zu StrauSS zeigt. Die Montage wurde auch auf Postkarten vertrieben.*

Jetzt – nach fünf Jahren!! – wurde auf einen Antrag von StrauSS im ‚Eilverfahren" und „wegen Dringlichkeit ohne mündliche Verhandlung" von einem Kasseler Gericht – *„untersagt den Antragsteller in gleichsetzender Weise in Zusammenhang mit dem Kopf Hitlers, einem Hakenkreuz und einem Krautkopf darzustellen und/oder solche Abbildungen zu verbreiten."*

Das bedeutet also das faktische Verbot dieser Montage.

Es wird auch bestehen bleiben, da der Grafiker kein Geld für eine Revisionsverhandlung hat. (Staeck mußte allein wegen seinem letzten Plakat gegen die CDU 10.000 DM Prozeßkosten zahlen und verlor auch in der zweiten Instanz.) Der Grafiker selber zu der Entscheidung:

– Es besteht die Befürchtung, daß *„die deutsche Rechtssprechung hier jene unrühmliche Traditionslinie fortsetzt, deren Funktion darin besteht, Ankläger sozialer Mißstände oder neofaschistischer Tendenzen mit formaljuristischen Mitteln zu Angeklagten zu machen, sie damit zu kriminalisieren und existenziell zu bedrohen, um die Enthüllung gesellschaftlicher Wahrheit zu verhindern."*

Dem ist nichts hinzuzufügen. (Angaben nach „FR", 21.9.77.)



Polizeiterror in Bielefeld

Am 31.8. durchsuchte die Kripo Bielefeld zwei Wohnungen von Leuten, von denen vermutet wird, daß sie bei der Knastzeitung „Gegenknast" mitmachen. Es wird gegen vier Leute wegen § 353 d (Verbotene Mitteilungen über Gerichtsverhandlungen) ermittelt. Die Methoden der Polizei stehen in keinem Verhältnis zu den Vorwürfen. Morgens um 6 Uhr umstellten ca. 20 Bullen, fünf mit MP im Anschlag, die eine Wohnung, stellten dort alles auf den Kopf und nahmen unzählige Gegenstände mit (darunter sieben Ordner Korrespondenz mit Gefangenen, also alles Briefe, die bereits durch die Zensur gegangen sind, Notiz- und Adreßbücher, Plakate, Zeitschriften, einen internationalen Führerschein und vieles mehr).

Aber damit nicht genug. In der Nacht von Montag auf Dienstag (Montag wurde Schleyer entführt) tauchten die Bullen nachts um 2 Uhr wieder auf, fragten nach Alibis (wer eine fortschrittliche Zeitung herausgibt, oder von dem dies vermutet wird, könnte ja ein Terrorist sein). Wie uns berichtet wurde, sind in Bielefeld in der gleichen Nacht über zehn andere Wohnungen durchsucht worden, natürlich bei allen ohne Ergebnis.

Aber wer glaubt, der Psychoterror der Bullen ist hier zu Ende, täuscht sich. Tags darauf brachen die Bullen, nachdem sie ziemlich lange vor dem Haus mit MP im Anschlag auf- und abmarschiert waren, in die Wohnung ein und hielten sich dort längere Zeit, ohne den Vermieter oder die Mieter informiert zu haben. auf. Sie hinterließen lediglich einen Zettel, daß sie einen Hausschlüssel sichergestellt hätten, den man sich auf dem Präsidium abholen könne (gnädig, was?). Dort wird man dann nebenbei „gratis" erkennungsdienstlich behandelt!

Außerdem wurden einige Leute des öfteren von zivilen Polizeiautos verfolgt.

Was die Bullen mit diesem Psychoterror erreichen wollen, ist klar.

1. *Soll die völlig legale, aber unliebsame Gefangenenarbeit einiger Leute verhindert oder gestört werden (Beschlagnahmung der Korrespondenz mit Gefangenen).*
2. *Sollen die, die Knastarbeit machen, massiv eingeschüchtert werden (wer macht schon gern morgens um sechs oder nachts um zwei die Tür auf und bekommt dann eine MP in den Bauch gedrückt).*
3. *Soll die Nachbarschaft durch das massive Polizeiaufgebot (patrouillierende Bullen) darauf aufmerksam gemacht werden, daß da „Linke" in der Gegend wohnen, die es zu bespitzeln gilt.*
4. *Außerdem ist es auffällig, daß schon wieder Leute, die sich mit der Situation der Gefangenen in der BRD beschäftigen und die in einer Unterstützungsgruppe des den deutschen Behörden unliebsamen Russell-Tribunals sind, in ihrer Arbeit behindert werden (Beschlagnahme wichtiger Akten und Dokumente über die menschenunwürdigen Haftbedingungen in der BRD).*

Bericht der Gruppe „Gegenknast", Bielefeld 17.9.77

Terrorurteil

Am 29.9.77 fand vor dem Schöffengericht in Karlsruhe der Prozeß gegen Eva D., Presseverantwortliche des KBW, statt. Angeklagt war E.D. wegen eines Artikels in der „Arbeiterstimme".

Dort hieß es: *„Buback erschossen, Gründe gibt's genug, aber was nutzt es schon? ...*

Durch diesen Artikel fühlten sich ein paar „Belegschaftsmitglieder" von Siemens Bruchsal, bezeichnenderweise Angestellte der Personalabteilung und der Betriebskrankenkasse, kräftig auf den Schlips getreten.

Sie schrieben daher an das Innenministerium und forderten, gegen solche Artikel vorzugehen.

Welche Farce der Prozess war, sieht man daran, daß alle Anträge der Verteidigung abgelehnt wurden. Z.B. der Antrag, einen Zeugen aus einer anderen Abteilung zu holen, der sich durch diesen Artikel nicht gestört fühlte. Ebenfalls abgelehnt wurde der Antrag, den Sprachwissenschaftler Dr. Jens aus Tübingen zu holen, der nachweisen könnte, daß der Artikel die Tat nicht befürwortet, sondern lediglich nicht ablehnt. Beide Anträge wurden als nicht erheblich abgelehnt.

Das Urteil: Nach § 140 und § 126,2 schuldig! Begründung: Der zweite Teil des Artikels („Wir Kommunisten dagegen sagen") gehe zwar auf etwas anderes ein als der erste, hebe diesen aber nicht auf. Durch den Ausdruck: „einen Menschen schießen" sei eine Verächtlichmachung gegeben. Die Passage: „Gründe, einen Regierungspräsidenten zu schießen, gibt es viele und auch gute ...", deute darauf hin, daß man sich hier nicht nur objektiv äußert, sondern auch subjektiv eine gewisse Befriedigung darüber verspürt (Parallele zu Göttingen). Der Richter gab in seiner Urteilsbegründung selbst zu, daß er den Mescalero-Artikel nicht kenne, sondern nur Pressemitteilungen, aber er müsse feststellen, daß dieser Artikel auf der gleichen Ebene läge.

Des Weiteren sei eine Billigung der Tat gegeben, ebenso eine Erregung der Empörung der Öffentlichkeit.

Ebenso gab der Richter bekannt, daß dies Urteil recht schwierig sei, da es ein Präzedenzfall sei (es seien keine einschlägigen Fälle bekannt). Ebenfalls identifizierte sich der Schreiber mit der Bejahung von Gewaltanwendung. Geldstrafe oder Bewährung würden ausscheiden.

Urteil: 6 Monate Knast. Dieses Urteil ist wohl in verschiedener Weise bedeutungsvoll für die gesamte Linke. Denn erstmals in der neueren Geschichte der Linken ist damit jemand wegen schriftlicher Äußerungen zu Haft ohne Bewährung verknackt worden. Das läßt einiges erwarten und fordert gleichzeitig von Seiten der Linken erhöhte Aufmerksamkeit für diese Fragen.

Ein Genosse aus Karlsruhe

Sie schrieben daher an das Innenministerium und forderten, gegen solche Artikel vorzugehen.

Welche Farce der Prozess war, sieht man daran, daß alle Anträge der Verteidigung abgelehnt wurden. Z.B. der Antrag, einen Zeugen aus einer

gute ...", deute darauf hin, daß man sich hier nicht nur objektiv äußert, sondern auch subjektiv eine gewisse Befriedigung darüber verspürt (Parallele zu Göttingen). Der Richter gab in seiner Urteilsbegründung selbst zu, daß er den Mescalero-Artikel

mand wegen schriftlicher Äußerungen zu Haft ohne Bewährung verknackt worden. Das läßt einiges erwarten und fordert gleichzeitig von Seiten der Linken erhöhte Aufmerksamkeit für diese Fragen.

Ein Genosse aus Karlsruhe

Roland Otto bald frei !

Köln. Wie das Unterstützungsbüro Otto/Roth mitteilt, wird Roland Otto am 7.10. aus der JVA Kailsheim entlassen. Damit wäre ein wichtiges Etappenziel erreicht, nachdem Karl–Heinz Roth auch aus dem Krankenhaus entlassen werden konnte.

Das Büro bereitet momentan eine abschließende Dokumentation vor, weist aber daraufhin, daß natürlich noch eine Reihe von Problemen offen geblieben sind:

„- *die Staatsanwaltschaft hat Revision eingelegt. Hier wird sich zeigen, welche Überlegungen sie anstellen wird.*

- *es ist offen geblieben, wie gegen die an der Erschießung beteiligten Polizeibeamten vorgegangen werden soll. Zumindest der Polizeizeuge Grüner hat sich während der Hauptverhandlung des Meineides schuldig gemacht. Ein anderes Kapitel ist das Verhalten der Polizisten während des Tatgeschehens selbst. In der mündlichen Urteilsbegründung zog sich das Gericht auf die letzte, ihm verbleibende Möglichkeit zurück, um doch noch die ursprünglich breiter angelegte Verurteilung von „Gesinnung" erreichen zu können: Die Schuld für die Schießerei liegt jetzt „nur" noch bei dem toten „Terroristen" Sauber."*

IKAH Hamburg

Fortschrittlicher Anwalt vor Gericht

Fortschrittlicher Anwalt vor Gericht

Der Nürnberger Rechtsanwalt Berthmann stand am 29.9. wegen Beleidigung vom Landgerichtspräsidenten, der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Nürnberg-Fürth und von Richtern des Erlanger „Büchertischprozesses" vor Gericht. In einem Strafprozeß am 2.8.77, in dem Mitglieder des KSV angeklagt waren, illegal einen Büchertisch in der Erlanger Mensa aufgestellt zu haben, wurden die Rechte des Verteidigers und der Angeklagten erheblich eingeschränkt, was Berthmann zu der Bemerkung veranlaßt hatte: *„Wenn das Recht hier so gebeugt wird, ist meine Anwesenheit wohl nicht mehr erforderlich"*. Vorausgegangen waren folgende Rechtsverletzungen durch das Gericht: Das dem Verteidiger gesetzlich zustehende Recht auf Einsicht in die Gerichtsakten war dem Rechtsanwalt verweigert worden, obwohl er über zwei Monate vor Prozeßbeginn um Akteneinsicht gebeten hatte. Der Verhandlungstermin wurde auf den 2.8.77 festgelegt, obwohl feststand, daß sich eine Reihe der Angeklagten - insgsamt 11 - zu diesem Zeitpunkt in Urlaub befanden oder während der allgemeinen Urlaubszeit keinen Verteidiger ihres Vertrauens finden konnten. Der Richter Winter am Amtsgericht begründete die Verweigerung der Akteneinsicht damit, daß keine Vollmacht des Mandanten vorlag, obgleich Richter Winter wußte, daß die Vorlage einer Vollmacht nicht Vorraussetzung für das Recht des Verteidigers auf Akteneinsicht ist. Es wurde dem Verteidiger verwehrt, sachdienliche Fragen an die Zeugen zu stellen: insgesamt 11 wesentliche Fragen wurden nicht zugelassen. Diese und weitere Rechtsbeugungen des Gerichts hatten den Rechtsanwalt zu der oben zitierten Bemerkung veranlaßt, was prompt einen Prozeß nach sich zog.

Einen Tag vor dem Prozeß fand eine Solidaritätsveranstaltung im Nürnberger Mautkeller statt, die von Rechtsanwalt Berthmann organisiert wurde und zu der ca. 40 - 50 Leute kamen. Berthmann, sein Rechtsanwalt Ophoff und die früheren Angeklagten aus den Büchertisch-Prozessen gaben einzelne Berichte zu den „Tatbeständen" ab. Gleichzeitig wurde für den 6.10., ebenfalls im Mautkeller, ein Treffen der „Initiative Bayerischer Stafverteidiger" bekanntgegeben, die sich mit Rechtsbrüchen auseinandersetzen werden.

Am 29.9.77 war dann die Gerichtsverhandlung gegen Berthmann, die sich 7 Stunden lang hinzog.

Das wesentlichste dabei war wohl, daß für jeden Anwesenden ganz klar herauskam, wer hier eigentlich vor Gericht stehen sollte, nämlich nicht derjenige, der an objektiven Tatbeständen aufzeigt, daß das Recht gebeugt wird, sondern derjenige, der das Recht beugt. (In dem Zusammenhang berichtete Berthmann von einer Mandantin, die ihm das Mandat wieder entzog, nachdem ihr von einer der Justiz nahestehenden Person unterbreitet wurde, das sie verurteilt würde, wenn Berthmann weiterhin ihr Verteidiger bleiben würde!)

Das Urteil lautete schließlich: Das Verfahren wird vorläufig (bis zur Zahlung des Bußgeldes) wegen Bagatelle eingestellt. Rechtsanwalt Berthmann muß ein Bußgeld in Höhe von 1.500 DM entrichten. Das Geld geht an Amnesty International (immerhin!).

Der Staatsanwalt hatte zuvor eine Mindestbuße von 3.000 DM gefordert. Begündung: RA Berthmann sei bereits schon einmal wegen Beleidigung angeklagt worden und in dem Zusammenhang zu 3.000 DM verurteilt worden, deswegen dürfe dieses Bußgeld jetzt auf keinen Fall unter der ersten Summe liegen. Da staunt der Laie!

KB/ Gruppe Nürnberg

Hausdurchsuchungen in Lübeck

In der Nacht vom 19. auf den 20. September verteilten Unbekannte in Lübeck ein Flugblatt, in dem im Namen des Ordnungsamtes und des Bürgermeisters der Hansestadt Lübeck zu einer Katastrophenschutzübung infolge eines atomaren Unfalls aufgerufen wurde. Die Flugblattaktion versetzte allerdings nicht nur „viele Bürger in Unruhe" (von „Lübecker Nachrichten" LN, 21.9.), sondern auch Behörden und Polizei.

- In der betreffenden Nacht nahm die Polizei einen Schüler, der in einer Tüte eine Reihe der „gefälschten" Flugblätter hatte fest. Trotz Angabe von Personalien wurde er über eine Stunde lang auf der nächsten Polizeiwache festgehalten, bis in zahlreichen Telefonaten und durch einen herbeizitierten Behördenvertreter geklärt war, daß die Flugblätter nicht „echt" waren. Ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl (!) führten die Bullen anschliessend eine Hausdurchsuchung beim Festgenommenen durch - ohne „Erfolg". Trotzdem wurde der Schüler ohne Angabe von Gründen die ganze Nacht hindurch in einer anderen Polizeiwache festgehalten, nachdem ihm die Benachrichtigung eines Rechtsanwaltes untersagt wurde. Am Morgen mußte er noch eine erkennungsdienstliche Behandlung über sich ergehen lassen und wurde erneut - diesmal vom K 25 („Staatsschutzpolizei") - verhört. Einem Rechtsanwalt, der den Festgenommenen sprechen wollte, wurde vorgelogen, der Schüler werde gar nicht festgehalten und sei der Polizei auch nicht bekannt.

- Am späten Nachmittag des 20.9. wurden die Büroräume des KB und die Privatwohnung des KB-Presseverantwortlichen in Lübeck von Beamten der „Staatsschutzpolizei" jeweils über eine Stunde lang durchsucht. Der Durchsuchung lag ein richterlicher Beschluß zugrunde, in dem frech behauptet wurde: Die Durchsuchung der Räume des *„vermutlich als Verfasser in Frage kommenden Kommunistischen Bundes"* sei nötig. *„Der Verfasser des gefälschten Aufrufes des Ordnungsamtes ist derzeit nur zu vermuten (!). Unter der obengenannten Anschrift befindet sich ein Raum, in dem Druckerzeugnisse hergestellt werden. Der beim Verteilen (?) des Aufrufes festgestellte Beschuldigte ist Mitglied des Kommunistischen Bundes. Offizieller Mieter der Räume ... ist ...., wohnhaft in Lübeck, ... Es wird deshalb (!) auch die Durchsuchung dieser Wohnung angeordnet. Es ist zu vermuten, daß die Durchsuchung zur Auffindung von Beweismitteln führen wird."*

Die „Vermutung", beim KB „Beweismittel" finden zu können, erwies sich schnell als freche Konstruktion: Weder in den Büro-Räumen des KB noch in der durchsuchten Privatwohnung fanden die 12 beteiligten Polizisten „Hinweise"! Stattdessen wurden im KB-Büro zahlreiche andere Flugblätter, Broschüren und Plakate beschlagnahmt, die allesamt schon vor längerer Zeit erschienen und mit dem Anlaß für die Durchsuchung absolut nichts zu tun haben. Beschlagnahmt wurden ein Schleyer-Plakat, das vor Jahren dem „Rebell" beigelegt war, die Broschüre „Brokdorf - ein Exempel", die Broschüre zum gezielten Todesschuß der Polizei und sogar ein Flugblatt der Lübecker „Bürgerinitiative gegen Atomanlagen". Schon am darauffolgenden 21.9. wurde ein richterlicher Beschlagnahme-Beschluß verfügt, in dem zugleich ein eingeleitetes Ermittlungsverfahren gegen den KB-Presseverantwortlichen in Lübeck wegen *„Verdachts der Beleidigung, Vergehen gegen das Landespressegesetz u.a."* mitgeteilt wurde. *„Die Gegenstände können als Beweismittel für das Verfahren von Bedeutung sein"*, heißt es da. Man darf also gespannt sein, ob die Justiz tatsächlich einen Prozeß herbeiführen will, in dem es auch um seit langem vertriebene KB-Veröffentlichungen geht!

Der KB war nicht der Herausgeber des „gefälschten" Flugblattes zur Katastrophenschutzübung. Ebenso absurd war die Annahme, der Herausgeber würde Druckvorlagen der „Fälschung" in einem Büro oder einer Privatwohnung aufbewahren. Hiervon konnten Justiz und Polizei von vornherein ausgehen. Eher war die „Fälschung" ein gesuchter Anlaß für die Polizeistaat-Aktion, die dem augenblicklichen politischen Klima zu verdanken ist.

Es zeugt auch von dem politischen Klima der Hysterie und Gesinnungsschnüffelei, daß im richterlichen Beschluß über die Hausdurchsuchungen der festgenommene Schüler o h n e j e d e n B e w e i s als KB-Mitglied genannt wird.

Auch nach den Durchsuchungsaktionen setzten die Bullen ihre Einschüchterungsversuche fort. An drei aufeinanderfolgenden Tagen tauchten sie in der Lübecker Innenstadt auf, um Wandzeitungen zu den o.g. Vorfällen und zum Lebenslauf Schleyers zu beschlagnahmen oder einrollen zu lassen.

Kampf dem Polizeistaat!

KB/ Gruppe Lübeck



Nachrichten aus dem Knast



Wieder ein Toter in Santa Fu

Die Zustände in der Justizvollzugsanstalt II (Santa FU) in Hamburg haben wieder elf Opfer gefordert, von denen einer starb.

Ein unglücklicher Zufall? Keineswegs! In Santa Fu werden Kerzen hergestellt. Dabei wird mit dem berüchtigten Lösungsmittel Methylalkohol gearbeitet. Methylalkohol, der chemisch mit dem Äthylalkohol verwandt ist, wird – nicht nur in Santa Fu – von Gefangenen als Ersatz für „echten" Alkohol verwendet, hat jedoch weitaus katastrophalere Folgen: er führt u.a. zu Augenschäden und nicht selten zur Erblindung. Daß Gefangene sich mit allen möglichen Rauschmitteln, derer sie habhaft werden können, versuchen den Knastalltag erträglich zu machen, ist allzu bekannt. Trotzdem wird auch in Santa Fu mit solchen Mitteln gearbeitet. Ja, es wird sogar stillschweigend geduldet, daß Gefangene, die aufgrund ihrer Privilegien Zugang zu Methylalkohol haben, das Zeug literweise beiseite schaffen können. Wie mit allen im Knast begehrten Artikeln wird auch mit Methylalkohol Handel getrieben. Z.B. Cola mit „Schuß" der Liter für DM 30,– (Preisangabe lt. „Hamburger Morgenpost" vom 28.9.). Es kann kaum geleugnet werden, daß die Anstaltsleitung davon weiß. Ebenso vom Handel mit Psychodrogen, die üblicherweise dort zur „Ruhigstellung" von Gefangenen verwendet werden. Am Wochenende (24./25.9.) feierten elf Gefangene mit einem Teufelsgetränk aus Methylalkohol und mußten kurz darauf ins Barmbeker Krankenhaus eingeliefert werden. Einer von ihnen – Carsten Loeck (23) – bezahlte mit seinem Leben! –

Ähnlich wie nach den beiden „Selbstmorden" von Rohrmoser und Krieger im Februar vergangenen Jahres, wird auch jetzt von der Boulevardpresse ein kleiner Kreis von Gefangenen für die Zustände in Santa Fu verantwortlich gemacht. Vor ihnen hätten sogar die Aufseher Angst und wagten nicht den Mund aufzumachen. Da wundert sich der Zeitungsleser, was in der „Musteranstalt" des Reformvollzuges alles möglich sein soll! Man muß allerdings so reißerischen Überschriften wie „Beamte zittern um ihr Leben" („Hamburger Morgenpost", 28.9.) mehr als skeptisch gegenüberstehen. Interessant wird es, wenn weiter unten eine Clique von „Vier heimlichen Herrschern" vorgestellt wird. Vergessen wird allerdings, diese Gefangenen in Beziehung zur Politik der Anstaltsleitung zu setzen, wo sie hingehören! Es sind – zufällig? – die Lieblinge derselben, die gleichzeitig dem Anstaltsleiter, Herrn Diplom-Psychologen Dr. Stark – zur Imagepflege dienen!

Eben dieser Dr. Stark erhielt am Donnerstag nach den tödlichen Getränken von der Humanistischen Union den Fritz Bauer-Preis für Humanisierung und Liberalisierung des Strafvollzugs.

Angesichts dieser Preisverleihung veröffentlichte die Gefangenenselbstinitiative, Fuhlsbüttel, ein Protestflugblatt, in dem es u.a. heißt: *„Es ist keine Kunst, anhand einer Handvoll artikulationsfähiger Gefangener, die durchweg aufsehenerregende Delikte begingen, der Öffentlichkeit einen Strafvollzug vor Augen zu führen, der von „Humanität" geradezu strotzt und aus „Wölfen" „Lämmer" macht. Daß die Massen der unbedarften „Eierdiebe" dabei trotz offener Türen vor sich hindegeneriert, zu Spitzeln und Denunzianten, zu Kriechern und Heuchlern deformiert wird, erfährt die Öffentlichkeit nicht. Genauso ist es aber in dem Vollzug Dr. Starks, in dem wenige Vorzeigegefangene sämtliche Pöstchen innehaben, von denen aus sie die Mitgefangenen zu beeinflussen und zu dirigieren haben, um in den Genuß weiterer Vergünstigungen zu kommen. Dieser Zustand etablierte sich, seit Dr. Heinz-Dietrich Stark in Santa Fu das Sagen hat! Er ist die Ausgangsbasis für seine Imagepflege und gewährleistet einen für ihn übersichtlichen Vollzug, da nicht mehr die Beamten, sondern die Gefangenen sich gegenseitig überwachen und ausspielen.*

Wir widersprechen der Ansicht, daß Dr. Stark den „fortschrittlichen" Vollzug in der Anstalt II geschaffen hat. Der Vollzug der offenen Türen ist einzig von den Gefangenen geschaffen worden, die 1972 unter Einsatz ihres Lebens das Anstaltsdach bestiegen und daraufhin Zugeständnisse vom Strafvollzugsamt erhielten."

IKAH Hamburg

»Dienstpflicht« für Frauen?

Hans Iven, Bundesbeauftragter für den Zivildienst, stellte zum wiederholten Mal die Forderung nach einer Dienstpflicht für Frauen auf.

„Die Politiker sollten eine allgemeine Dienstpflicht einführen, die auch Frauen erfaßt, damit auch dann noch die sozialen Aufgaben für unsere Gesellschaft erfüllt werden können" (aus „tat",24.6.77).

Seit dem 10. August 1975 bestehen dazu die gesetzlichen Voraussetzungen. Nachdem es für Männer schon wieder zur natürlichsten Sache der Welt geworden ist, den „Dienst mit der Waffe" abzuleisten, geht es der Bourgeoisie heute darum, die Frauen auch „opferbereit" zu machen und direkt in die Militarisierung miteinzubeziehen.

Auf einer Regionalkonferenz norddeutscher Soldatengruppen am 8.-10 Juli nun tat sich die GIM durch besonders frauenfeindliche Positionen zur Militarisierung hervor. In einer Resolution gegen die Einrichtung einer Kaserne für Zivildienstleistende sollte unter anderem auch jene oben zitierte Forderung des Sozialdemokraten Hans Iven verurteilt werden, was die GIM-Vertreter ablehnten.

Die in der Diskussion vorgetragene „Begründung" lief darauf hinaus, daß die GIM voll dafür ist, daß die Frauen in den Zivildienst mit einbezogen werden und sie auch gar nichts dagegen haben, wenn Frauen zur Bundeswehr eingezogen werden. Eine Militarisierung der Frauen können sie in unserem praktisch die Position von gewissen Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung, die die „Einbeziehung" der Frauen ins Militär als Fortschritt für die Gleichberechtigung betrachten. Daß es sich bei der GIM auf der Konferenz um kein „Versehen" handelt, ist dem Militärprogramm der GIM zu entnehmen: Es müsse das *„Recht auf militärische Ausbildung für alle, auch für Frauen gefordert werden"*.

Für uns ist es allerdings ein riesiger Unterschied, ob Frauen am militärischen Kampf gegen ihre Ausbeuter teilnehmen, wie es z.B. in Angola und Vietnam geschehen ist und sich auch dadurch eine gleichberechtigte Stellung in der neuen Gesellschaft erobern oder ob sie von der Bourgeoisie in ihrem Klasseninteresse zum Kommiß eingezogen und dort gedrillt werden.

Antimilitarismus-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Peter Paul Zahl und Lothar Gend in Hungerstreik


Peter Paul Zahl

Am 5. September 1977 sind die in der Justizvollzugsanstalt Werl einsitzenden politischen Gefangenen Peter Paul Zahl und Lothar Gend in den Hunger- und Durststreik getreten.

Anlaß dafür ist die Tatsache, daß trotz anderslautender Auskünfte des NRW-Justizministers Posser und des Anstaltsleiters von Werl, Ihle, der Gleichheitsgrundsatz mißachtet, kein Vollzugsplan erstellt, mit politisch begründeter Zensur Gehirnwäsche praktiziert und der Haftalltag durch zahllose Schikanen vergiftet wird. Anträge und Beschwerden der Gefangenen wurden nicht beantwortet. In einer Presseerklärung teilt die „Initiativgruppe Peter Paul Zahl" die Forderungen von Peter Paul Zahl und Lothar Gend mit:

„Schluß mit dem verfassungswidrigen Hineinregieren der Staatsschutzbehörden in den Justizvollzug, das es nicht einmal im 3. Reich gab (die Gestapo holte sich ihre Opfer erst, wenn sie ihre Haft abgesessen hatten)! Besuchsüberwachung wie üblich!

Nach jahrelanger Isolier- und Spezialhaft während der Zeit der Untersuchungshaft n u n , nach J a h r e n, endlich normale Haftbedingungen, Beendigung unnötiger und erbitternder Schikanen!

Selbstbeschäftigung und ein damit verbundener angemessener Betrag vom eigenen Geld für den Einkauf!

Schluß mit ausschließlich politisch motivierter Zensur- mit Post- und Druckschriftenbeschlagnahme, die nur e i n e n Zweck hat: Gehirnwäsche! „Ziel des Vollzugs" ist lt. Gesetz „künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen" (§ 2 Strafvollzugsgesetz), n i c h t die Abrichtung von Gefangenen zu CDU- und NPD-Wählern. Eindeutig heißt es im Strafvollzugsgesetz:

„Grundrechte ohne Vorbehalt stellen etwa das Recht auf Respektierung der Menschenwürde (Art. 1 GG), der Gleichbehandlungsgrundsatz (Art. 3 GG), die Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit (Art. 4 Abs. 1 GG) und das Petitionsrecht (Art. 17 GG) dar."

Unterbringung in normalen Zellen für „Langstrafer" und gemeinsamer „Umschluß" mit Gefangenen eigener Wahl!

Erledigung von Anträgen und Beschwerden in der vom Gesetz vorgesehenen Frist!

Die Strafgefangenen Gend und Zahl bedauern es, für Dinge, die in einem Rechtsstaat Selbstverständlichkeiten sind, zum letzten Notwehrmittel von Unterdrückten zu greifen, in den Hunger- und Durststreik treten zu müssen und fordern die Öffentlichkeit auf, sie in ihrem Kampf für normale und erträgliche Haftbedingungen zu unterstützen, sowie die Staatsschutzbehörden zu zwingen, ihre illegalen Praktiken in den Strafanstalten umgehend einzustellen!"

Seit dem 5.9., dem Tag der Entführung Schleyers, ist jeder Kontakt von Angehörigen oder Verteidigern zu Peter Paul Zahl abgeschnitten. Zahls Rechtsanwalt Eisel bemühte sich seit dem 5.9. vergeblich, eine Besuchserlaubnis bei seinem Mandanten zu erhalten. Zahl ist wie die meisten anderen politischen Gefangenen total von der Außenwelt isoliert und damit vollständig der Willkür der Justizvollzugsorgane ausgeliefert.

IKAH Hamburg

Haar ab und Strammstehen! Militarisierung beim THW

Vor ca. zwei Monaten versuchte Zielinsky, seines Zeichens Direktor der Bundesanstalt Technisches-Hilfswerk (THW) und Vize-Präsident der Bundesanstalt für Zivilschutz, den ca. 60.000 Helfern des THW, Richtlinien **„über die Antrete-, Marsch- und Grußordnung"** aufzuerlegen.

Vielen Helfern schien es jedoch nicht so recht einzuleuchten, daß man, um Waldbrände zu löschen o.ä. unbedingt als ‚Gruß- und Marschierapparat' gedrillt sein muß. Und so waren es wohl nicht nur Heidelberger THW-Helfer, wie die „KVZ" (26.9.) berichtete, die diesen militärischen Drill verweigerten!

Anfang September wurden durch einen internen Rundbrief die Richtlinien zurückgezogen, mit der Begründung, die Maßnahmen hätten *„beim Großteil der Presse den Eindruck erweckt..., es handle sich beim THW um eine paramilitärische Organisation"* (zitiert nach „KVZ").

Konnte dieser Angriff momentan noch abgewehrt werden, sind die Militaristen der Bundesanstalt THW mit ihrem „Haar-Erlaß" scheinbar ein Stück weitergekommen.

Fünf THW-Helfer standen jüngst vor Gericht, um gegen ihre Entlassung aus dem THW zu klagen. Sie hatten sich geweigert, ihre Haare kurz schneiden zu lassen und wurden deshalb gefeuert. Da sie wenig Lust verspürten, bei der Bundeswehr antreten zu müssen (eine zehnjährige Verpflichtung beim THW befreit vom Bund, wer allerdings vor Ablauf der zehn Jahre rausfliegt, muß die volle Bundeswehrzeit ‚15 Monate, „dienen"), versuchten sie ihr Recht vor Gericht durchzusetzen.

Eine aus fünf Richtern bestehende Kammer des Hamburger Verwaltungsgerichts beschäftigte sich vor den Prozessen mit der Frage, ob der „Haar-Erlaß" einen unzulässigen Eingriff in die persönliche Freiheit eines THW-Helfers bedeute.

Während der Prozesse wird schnell deutlich, daß die Richter gegen eine Militarisierung des THW keine Bedenken haben. Sie zitieren einige Fälle, in denen die langen Haare von THW-Helfern sich in Maschinen verfangen haben, und stellen fest, mit langen Haaren gefährde man *„sich und andere"*.

Daß weder das Gericht, noch das THW Haarnetze als Schutz gegen Unfälle für ausreichend hält (Haarnetze seien schließlich *„nicht mit dem Körper des Helfers verwachsen"*), bestätigt nur noch einmal den von einem Anwalt vor Gericht geäusserten Verdacht, daß die „Haar-ab-Verordnung" in erster Linie dem *„äußeren Erscheinungsbild"* des THW dienen soll. In Anspielung auf die (zurückgezogenen, s.o.) neuen Gruß- und Antrete-Richtlinien sprach er von einer *„Militarisierung des THW"*.

Einer der fünf gefeuerten THW-Helfer wurde per Gerichtsbeschluß wieder in den THW aufgenommen. Er kam mit drastisch gekürzten Haaren vor den Kadi, was dieser auch „anerkannte".

Den anderen Vier droht, sollten sie auch in der 2. Instanz verlieren, die Bundeswehr (Angaben nach „Spontan", 9/77 und „KVZ", 26.9.77)!

Antimilitarismus-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
ARBEITERKAMPF
J. Reents Verlag
2 Hamburg 50, Lerchenstr. 75
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.
Auflage: 20.000
Erscheinungsweise: 14tägig
Verkaufspreis: DM 2,–
Verlagskonten: Dresdner Bank: 451 8378, J. Reents und Postscheckkonto Hamburg: 240 595, J. Reents

Krieg im Frieden

Größte Manöver seit Bestehen der BRD



Unter dem Namen „Reforger 77" finden zur Zeit die großen Herbstmanöver der NATO in Mitteleuropa statt. Insgesamt sollen 31 Manöver durchgeführt werden, davon alleine 12 auf westdeutschem Boden („Spiegel", 32/77).

Die drei größten davon sind:

+ „Carbon Edge" auf der Schwäbischen Alb; hieran sind insgesamt rund 59.000 Soldaten und 10.000 Rad- und Kettenfahrzeuge aus sieben NATO-Staaten beteiligt.
+ „Standhafte Chatten" in Nordhessen, unter Beteiligung von 38.000 Soldaten und 12.200 Rad- und Kettenfahrzeugen.
+ „Blue Fox" im Sauerland mit 24.500 belgischen Soldaten.

Begleitet werden diese Übungen von starken Luftwaffeneinheiten, die im NATO-Rahmen die Übung „Cold Fire" durchführen. „Botany Bay", „Ocean Safari 77" und „Starker Büffel" sind Namen weniger spektakulärer NATO-Großübungen, die zur Zeit ablaufen (Informationen aus „Bw aktuell" im September 77, „Welt", 15.7.77 und „SZ", 19.9.77).

Mit über 120.000 teilnehmenden Soldaten sind das die größten NATO-Manöver, die seit Bestehen der BRD auf westdeutschem Boden stattgefunden haben!

Für die daran teilnehmenden einfachen Soldaten bedeuten diese Übungen einen ungeheuren Streß. Während solcher meist über Tage gehender Manöver kommen sie oft nur 5-6 Stunden zum Schlafen! Zahlreiche Unfälle sind die Folge: Allein bei dem Manöver „Carbon Edge" ist es zu 174 Unfällen mit 11 Todesopfern gekommen (davon 8 Zivilisten!). Der Schaden dieses Manövers wird auf 1 Million DM geschätzt („Welt", 22.9.77 und „SZ", 23.9.77).

Nahezu sämtliche Unfälle sind dadurch entstanden, daß die Militärfahrzeuge von Fahrern in einem Zustand gefahren werden, wo sie lieber hätten nach Hause gehen sollen. So zermalmte ein Panzer auf der Gegenfahrbahn einen Personenwagen; ein 19-jähriger Motorradfahrer wurde von einem Jeep überfahren, der einfach die Vorfahrt nicht beachtet hatte. Ein Mopedfahrer kam zu Tode, weil ein Soldat sein Fahrzeug, ohne zu gucken, auf der Straße wendete. Ein Soldat wurde von einem Militärfahrzeug erdrückt; ein Militärlaster fuhr in einen Linienbus, wobei 4 Menschen getötet wurden.

Die gleiche Skrupellosigkeit, mit der das Leben von Soldaten und Zivilisten aufs Spiel gesetzt wurde, offenbarten die Militärstrategen bei der Manöverplanung insgesamt. Ganze Landstriche wurden buchstäblich umgegraben, was vor allem bei landwirtschaftlichen Nutzflächen verheerende Folgen hatte. Obwohl von zahlreichen Bauernverbänden an die Bundeswehrführung die dringende Bitte ausgesprochen worden war, „besondere Vorsicht walten zu lassen" und bei der Terminplanung Rücksicht auf die Erntezeit zu nehmen, wurden namentlich durch Kettenfahrzeuge Millionenwerte vernichtet (laut „tat", 16.9.77).



Einer von vielen Manöver-Unfällen: Zwei Phantom-Jäger der US-Luftwaffe stießen bei Schönberg in Baden-Württemberg zusammen und explodierten. Drei Wohnhäuser wurden beschädigt, eins fing Feuer.

„Vorneverteidigung" - ein Deckmantel für den Angriff!

Geübt wird bei diesen NATO-Manövern die Strategie der sog. „Vorneverteidigung". Hierbei wird - läßt man einmal den üblichen „Verteidigungs"schmus weg - die Konzentration starker Verbände bereits am Anfang des Kampfgeschehens, möglichst schon in Grenznähe oder auf „feindlichen" Gebiet geprobt. Reaktionsschnelligkeit, hohe Beweglichkeit der Truppe, flexible Versorgung und Nachschub sind gefragt. All das sind Eigenschaften, die gerade für eine Angriffsarmee unerläßlich sind!

Speziell für die westdeutschen Militärs geht es darüberhinaus in den jetzigen Manövern darum, die in einigen Truppenteilen probeweise durchgeführte Wehrstrukturreform zu testen.

Unter dem Namen „Brigade 80" wurde dieses Experiment Anfang '75 begonnen. Ende dieses Jahres soll über die Einführung dieses Modells in der gesamten Bundeswehr endgültig entschieden werden. Die Brigaden sind Kampfeinheiten, die gemäß der neuen Militärtaktik besser ausgerüstet werden, die aber vor allem jederzeit für den Beginn eines Krieges einsetzbar sein sollen und z.B. nicht erst durch die Einziehung neuer Rekruten aufgefüllt werden müßten. Weiter würde die Umstellung weitere, beschleunigte Aufrüstung bedeuten: danach benötigte die Bundeswehr 2700 statt bisher 2052 Panzer im Einsatz, 1800 statt 1438 Schützenpanzer, 594 statt 540 Panzerhaubitzen und 2500 (!) statt heute 545 Panzerabwehrsysteme (lt. „Weißbuch" 75/76).

Antimilitarismus-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Bundeswehrhilfe beim Aufbau der SATO

Nach Angaben der Bonner „Informationsstelle Lateinamerika" stehen die Diktaturen Argentinien und Brasilien auf *„der Kundenliste des Materialbeschaffungsamtes des Bundeswehr in St. Augustin bei Bonn. Dieses Amt habe dorthin gelieferte Raketen verschiedener Typen mit NATO-Kodifizierungen versehen, wie sie im Dienstgebrauch des Militärpaktes angewendet werden. Die ‚Informationsstelle' wertet dies als ‚aktiven Beitrag des Bundesverteidigungsministeriums zur Schaffung des Südatlantikpaktes SATO - einem militärischen Bündnis mit der Republik Südafrika, Argentinien, Brasilien, Chile, Paraguay und Uruguay'"* („die tat", 9. September 1977).

Boykott im »Vinkehof« 30 ZDLer strafversetzt



ZDLer protestieren gegen ihre Versetzungen

In den letzten zwei Wochen hat sich die Auseinandersetzung um die erste Zivildienstkaserne, den „Vinckehof" in Castrop-Rauxel zugespitzt, weil zum ersten Mal die für einen vierwöchigen Einführungslehrgang im Vinkkehof wohnenden ZDL'ler selbst energisch gegen die Kasernierung protestierten. Zu diesem Aufbegehren kam es, als sich herausstellte, daß 20 von ihnen ihren Zivildienst im Vinkkehof ableisten sollten. Das BAZ (Bundesamt für Zivildienst) reagierte auf den Protest mit Strafversetzungen aller 30 ZDL'er des Lehrganges in verschiedene Städte außerhalb Nordrhein-Westfalens (woher die ZDL'ler kommen). Das BAZ hat durch diesen Schritt, der auf Weisung des Bundesbeauftragten für den Zivildienst, Iven, erfolgte, gezeigt, daß die rücksichtslose Anwendung der militaristischen Gesetze im Zivildienst gerade mit dem Vinckehof geplant ist und liberale Experimente Passé sind.

Passe sind.

Seit nunmehr fast einem Jahr ist bekannt, daß im Ruhrgebiet der Vinckehof zur ersten Zivildienstkaserne werden soll. Falls dieses Modell erfolgreich im Sinne des BAZ verläuft (das heißt vor allem, falls der Widerstand dagegen gebrochen werden kann) sollen zunächst acht bis zehn weitere Kasernen errichtet werden. Jede Kaserne soll ungefähr 200 ZDLer erfassen.

Die Kasernierung von ZDLern erhält eine besondere Bedeutung dadurch, daß der Zivildienst mit der Wehrpflichtnovelle von 16.000 auf 40.000 Stellen ausgebaut werden soll. Ein kasernierter Arbeitsdienst mit 40.000 Jugendlichen hat sowohl eine ideologische Funktion – die Jugendlichen müssen für wenig Geld und weitgehend rechtlos für „die Gemeinschaft" arbeiten – als auch eine zunehmende wirtschaftliche Bedeutung. Ein solcher Arbeitsdienst bedroht ständig die Arbeitsplätze der im öffentlichen Dienst Beschäftigten und kann zum Streikbruch herangezogen werden.

Vor allem aber die Einschränkung der persönlichen Bewegungsfreiheit und die Kontrolle und Schikane rufen immer wieder den Protest der ZDLer hervor.

Boykott im Vinckehof

Am 1.9.77 begann zum 4. oder 5.mal ein Einführungslehrgang für 30 ZDLer im Vinckehof. Der 21.9. war für diese ZDLer gleichzeitig der Beginn ihres Zivildienstes. Am Anfang der zweiten Woche gab das BAZ bekannt, daß 20 von ihnen nach dem Lehrgang im Vinckehof bleiben sollen, der Vinckehof damit also seine reguläre Arbeit aufnimmt. Seit Januar war es dem BAZ nicht gelungen, Einsatzstellen für Vinckehof-ZDLer zu besorgen, vor allem, weil die Verbände befürchten, die Verfügungsgewalt über „ihre" ZDLer zu verlieren.

Den ZDLern wurde angeboten, selbst auszusuchen, wer von ihnen im Vinckehof bleibt und wer nicht. Da sie das ablehnten, wurden sie innerhalb einer halben Stunde vom BAZ eingeteilt. Sofort wurde der Boykott des Lehrganges beschlossen. Die ZDLer erschienen zwar zum Unterricht, beteiligten sich aber nicht. Die Unterrichtszeit der zweiten und dritten Woche konnte auch viel sinnvoller genutzt werden, um die Gruppen der Selbstorganisation (SO) zu informieren und zu überlegen, was man machen kann, wenn der Dienst angetreten werden muß. Diese Frage erledigte sich aber, als am letzten Tag der dritten Woche Struwe, der Stellvertreter Ivens, plötzlich im Vinckehof auftauchte und den Lehrgang für abgebrochen erklärte, „um keine Steuergelder zu verschwenden". Er teilte an alle ZDLer handschriftliche Versetzungsbescheide aus.

Damit wird die Gruppe von Hamburg bis München quer über die BRD verstreut. Außerdem wurde die Besucherregelung im Vinckehof verschärft: Alle Besucher müssen beim Pförtner ihren Personalausweis abgeben und die Kaserne bis 22 Uhr wieder verlassen haben. Bekannt wurde auch, daß eine Wach- und Schließgesellschaft den Vinckehof rund um die Uhr „bewacht".

Mit welcher Hast und Eile die Ver-

Mit welcher Hast und Eile die Versetzungen verhängt wurden, verdeutlichen zwei Beispiele. Hamburg: Der versetzte Kollege wird von seiner Dienststelle nicht erwartet und kann dort auch nicht bleiben, weil sie keine Dienstunterkunft hat. Darmstadt: Die Dienststelle, an die ein Kollege versetzt wurde, existiert nicht mehr!

Mit den Strafversetzungen als Antwort auf den Protest der ZDLer hat das BAZ deutlich gemacht, daß alle Beteuerungen, der Vinckehof hätte nichts mit einer Kaserne zu tun, („An Zapfenstreich ist nicht gedacht", Iven) nichts als Sprüche sind und daß das BAZ gar nicht daran denkt, auf die Ausschöpfung des Zivildienstgesetzes zu verzichten. Damit ist die liberale Maske gefallen und das Ziel, den Vinckehof nach einer zehnmonatigen Verzögerung endlich in Betrieb zu nehmen, ist zumindest um einen Monat verschoben.

Die Ausgangsbedingungen für den weiteren Protest gegen die Kasernierung von ZDLern haben sich auf jeden Fall verbessert. Es gibt keinen Grund, anzunehmen, daß der nächste Einführungslehrgang den Vinckehof schlucken wird. Die Besetzung des Vinckehofes durch die Selbstorganisation am 9./10. Juli, der Streik in der Freiburger Zivildienstgruppe gegen eine Verschärfung der Hausordnung und Essensgeldregelung (Anfang September) und der Boykott jetzt im Vinckehof markieren eine gewisse Wende hin zu Aktionen gegen die Verschlechterungen, die aktuell durchgesetzt werden sollen.

Die versetzten ZDLer haben am Tag ihrer Versetzung Hans Iven im BAZ besucht und ihren Protest nochmals deutlich gemacht. In einer Resolution fordern sie die Versetzung an Dienststellen ihrer Wahl und die Beendigung der Kasernierung. Eine breite Solidarität für diese Forderungen ist entscheidend, um den nächsten Einführungslehrgang (ab 1. Oktober) ebenfalls zum Widerstand zu ermutigen. Dazu müssen die Selbstorganisationsgruppe und die Vinckehof-ZDLer, die ja in der gesamten BRD verstreut sind, ebenfalls in der gesamten BRD alle ZDLer informieren und Solidaritätsaktionen durchführen.

AG Zivildienst KB/Gruppe Hamburg



»Erinnert an die Zeit von 1933«

Bad Vilbel. Zu einer öffentlichen Diskussion über Berufsverbote in der BRD kam es zwischen Vertretern niederländischer Parteien und westdeutschen Berufsverbotegegnern in Bad Vilbel. Eingeladen waren aus Anlaß des sechsten Jahrestages der Städtepatenschaft zwischen Bad Vilbel und Huizen am 17.9. auch der von CDU, SPD und FDP gebildete örtliche Magistrat, die im Stadtparlament vertretenen Parteien und das »Bürgerkomitee gegen Berufsverbote im Wetteraukreis«. Der Magistrat allerdings war gar nicht erst erschienen und hatte den holländischen Politikern stramm mitgeteilt: *»In diesem Lande gibt es keine Berufsverbote«.*

Der SPD-Ortsvorsitzende sah dies allerdings »differenzierter« und bezeichnete die Magistratsbehauptung als *»falsch und nicht geeignet, eine vorurteilsfreie Städteverschwisterung aufzubauen«.* Ohne falsche »Vorurteile« schätzten die ausländischen Gäste denn auch die Lage in der BRD ein: *»Wir sehen in den Berufsverboten eine Diskriminierung und Verfolgung linker Positionen und unsere Solidarität gilt denen, die diskriminiert werden«* (Wim van Velzen, PvdA, Erster Stadtrat von Huizen).

»Stark an die Zeit von 1933 erinnert« sah sich Ben van Reede (Pazifistisch-sozialistische Partei). Er betonte, daß viele Funktionen in der BRD *»noch von Nationalsozialisten ausgeübt* (würden), *die jetzt die Gesinnung der Linken überprüfen«.* Zum »Modell Deutschland« bemerkte er weiter: *»Die westdeutsche Entwicklung bleibt nicht ohne Folgen für das Ausland. Die Aushöhlung der Demokratie in der Bundesrepublik schwächt die Demokratie in Europa. Westdeutschland kann aufgrund seiner starken Stellung in Westeuropa auf uns Druck ausüben, ebenfalls Berufsverbote zu praktizieren. Darum sollen wir gemeinsam mit allen demokratischen Kräften gegen die Aushöhlung der Demokratie kämpfen, denn die Berufsverbote stellen auch eine Bedrohung unserer Demokratie dar«.* (Informationen aus: »die tat«, 23.9.77).



Nach dem Gingold-Urteil:
DKP noch weiter nach rechts

Der Gingold-Prozeß war seitens seiner Träger, einschließlich der DKP, als Durchbruch in der Berufsverbotepraxis geplant. In AK 109 schrieben wir, daß die DKP mit diesem Prozeß offensichtlich den gerichtlichen Nachweis der Verträglichkeit von DKP-Mitgliedschaft und Beamteneid, bzw. Verfassungstreue erzwingen wollte und sich damit — unter Umgehung der politischen Klippe des Bundesverfassungsgerichts — quasi einen Persilschein für ihre Mitglieder im Öffentlichen Dienst erkauft hätte.

Wir schätzten damals auch ein, daß die um die DKP herum gruppierten Berufsverbotekomitees einen solchen Erfolg dringend nötig hätten angesichts der Situation, daß seit Monaten die DKP etc. versuchen, ihren Anhängern Erfolge (in erster Linie auch gerichtliche) zu verkaufen (siehe AK 109), auf der anderen Seite aber die nackte Tatsache steht, daß die Berufsverbotepraxis der letzten Monate unvermindert hart ist, ja sogar verschärft wurde.

Damit hatte die DKP viel auf eine Karte gesetzt. In dieser Beziehung wurde der Ausgang des Prozesses für diese Kreise ein politisches Debakel. Anfängliche Verblüffung und sicherlich auch subjektiv aufrechte Wut bestimmten die Kommentare der ersten Stunde.

Ob man nicht jetzt doch mal vor's BVG gehe, *»das wollen wir doch mal sehen«*, ließ ein DKP-Funktionär verlauten (»Spiegel« 34/77, 15.8.77). Als eine *»kaltblütige Mißachtung der Menschenrechte«* seitens des Gerichtes bezeichnete die »UZ« vom 12.8. das Urteil und als *»eine Provokation für Europas Demokraten«* dasselbe Blatt vom 13.8.

Der Schock über dieses Urteil ging so tief, daß die DKP offensichtlich ihre sonst so sattsam bekannte »Differenzierung« in der Beurteilung der politischen Lage in der BRD einfach verschluckt hatte. In einer Erklärung des hessischen Parteivorstandes heißt es ziemlich zutreffend: *»Es* (das Urteil, Anm. AK) *paßt sich ein in den politischen Rechtstrend, der Demokraten verfolgt, Demonstrationsrechte einschränkt, Verteidigerüberwachung durchsetzt* (Sympathien für die RAF?), *Todesschüsse erlaubt, Nazi-Verbrecher begnadigt und ähnliche antidemokratische Veränderungen durchsetzt«.*

Aber das wäre nicht die DKP, wenn nicht sehr bald wieder die alten Versprechungen auftauchen würden. So hat man sich in diesen Kreisen recht schnell wieder auf die Grundpfeiler der eigenen Politik besonnen und die harten Töne der ersten Stunde gänzlich wieder ad acta gelegt.

harten Töne der ersten Stunde gänzlich wieder ad acta gelegt.

Schnell ist wieder reiner Tisch gemacht worden, um klarzustellen, wo die eigentlchen Schuldigen zu suchen sind: *»Es* (das Urteil, Anm. AK) *ist Teil des vor allem von der CDU/CSU betriebenen massiven Abbaus demokratischer Rechte und Freiheiten in unserem Land«* (so eine Stellungnahme des Präsidiums des Parteivorstands der DKP vom 18.8.77). Diese »Erklärung« verdeutlicht die politische Reaktion und wahrscheinliche Perspektive der DKP im Kampf gegen die Berufsverbotepraxis und — im weiteren Sinne — um ihre Existenz als Partei, wenn es dort heißt: *»Die DKP setzt den Plänen der Großkapitalisten den Kampf für die Verteidigung und die Erweiterung der demokratischen Rechte und Freiheiten entgegen. Sie will, daß die im Grundgesetz proklamierten Rechte endlich Verfassungswirklichkeit werden«* (»UZ«, 18.8.77).

Ihr Pech ist es, daß westdeutsche Gerichte diese sicherlich ehrlich gemeinte Beteuerung bis heute nicht bereit sind, als solche zu akzeptieren, sondern immer hinter allem noch »Taktik« wittern.

Doch es kam noch dicker: Nur weil Willy Brandt sich angesichts des steigenden Unmuts im Ausland mal die Bemerkung abgekniffen hatte, er »habe sich damals geirrt«, wurde er für die revisionistischen Kreise flugs zu einem Demokratie-Apostel. Die mit der DKP eng verbündete VVN sah in ihm einen *»Politiker, mit dessen Wirken für Entspannung, Frieden und Versöhnung viele Menschen in Europa und in der Welt die Hoffnung verbanden, daß in der Bundesrepublik ein Wiederaufleben des antidemokratischen und militaristischen Ungeistes der Vergangenheit für immer ausgeschlossen sei«* (»die tat« 35/77, 26.8.77).

Gesagt, getan, wandte die VVN sich mit einem Offenen Brief an uns Willy, um das Gingold-Urteil zurückzukämpfen: *»Es ist an der Zeit, einen mutigen Schritt zu tun. Millionen von Widerstandskämpfern und Verfolgten in allen Ländern Europas fragen sich täglich besorgt, wohin die Bundesrepublik driftet. Es ist an der Zeit, daß nicht nur François Mitterrand, sondern daß Sie, Herr Brandt, eine wirksame Initiative ergreifen zur Verteidigung der Rechte der von Gesinnungsjustiz Betroffenen, insbesondere von Silvia Gingold. Wir wären Ihnen für eine baldige Antwort dankbar. Wir stehen Ihnen auch jederzeit zu einem Gesprächskontakt zur Verfügung«* (»die tat« 35/77, 26.8.77). Das heißt wirklich, den Bock zum Gärtner machen. Da dieses »Angebot« keineswegs ironisch gemeint ist, läßt sich nur ahnen, welche Verwirrung in den revisionistischen Kreisen entstanden sein muß.

Auch ansonsten ist dort wieder politischer Alltag eingekehrt. Genau

Auch ansonsten ist dort wieder politischer Alltag eingekehrt. Genau wie vor dem Prozeß dreht man inzwischen wieder völlig ungerührt die Leier der gegen das Urteil gerichteten Proteststimmen. Zwischen dem Tag der Urteilsverkündung (12.8.77) und dem 30.8. gab es nicht eine Nummer der »UZ«, in der nicht gleich mehrere Protestbekundungen und -resolutionen aus In- und Ausland vorgestellt wurden. Sicherlich ist es eine äußerst erfreuliche Sache, wenn es diesen breiten Protest gibt und es ist unbestritten auch notwendig, ihn zu verbreitern. Doch welche Klarheit über den zu führenden Kampf gegen den Radikalenerlaß und alle Berufsverbote schafft die einfache stereotype Veröffentlichung all dieser Proteststimmen unter dem Motto: *»Die Solidarität mit den Berufsverboteopfern wächst«.* Diese Feststellung ist übrigens so alt wie der Radikalenerlaß selbst. Auch den interneren Kreis der Berufsverbotegegner versucht man seit Jahren und Monaten mit dieser gleichen Strickweise bei Laune zu halten.

Ein Fritz Seibert in der »UZ« faßt die Fülle der Proteste am 19.9.77 vorläufig in dem Orakel zusammen: *»Die Kasseler Urteile werden von ihnen* (den demokratischen Kräften — Anm. AK) *nicht hingenommen werden, sondern als Signal verstanden zu neuen Aktionen überall im Land«.*

Wir hatten schon in unserer ersten Betrachtung des Gingold-Urteils geschrieben, daß die DKP jetzt gezwungen sein wird, der von ihr wesentlich beeinflußten Bewegung gegen die Berufsverbote Rechenschaft über die tatsächlich erreichten und erreichbaren Erfolge abzulegen. Dies will sie offensichtlich durch die ständige Wiederholung von Protesten im In- und Ausland übertünchen. Weiterhin hatten wir geschrieben, daß die DKP grundsätzlich ihre bisherige Politik innerhalb der Berufsverbotekomitees und insbesondere gegenüber der revolutionären und sozialistischen Linken überdenken muß. Herausgekommen ist offensichtlich eine noch engere Anlehnung an die Sozialdemokratie, was gleichzeitig eine noch schärfere Abgrenzung gegenüber der Linken einschließen wird. Daß auch dieser Weg mit einer fatalen Niederlage enden muß, kann sich jeder bei der augenblicklich wieder verschärften Rechtsentwicklung, die wesentlich mit von der Sozialdemokratie getragen wird, ausrechnen. Nicht auszuschließen ist auch, daß sie sogar die Bündnispartner im Lager der »linken« Sozialdemokraten verliert, wie sich dies in den Überlegungen der Jusos, die Berufsverbotekomitees zu verlassen, wiederspiegelt. Offenkundig treibt dies jedoch die DKP-Führung immer weiter in die Arme der rechten Sozialdemokratie. Die Möglichkeiten einer linken Aktionseinheit gegen die Berufsverbote, unter Einschluß der DKP, scheinen unter diesen Umständen geringer denn je.

Berufsverbote, unter Einschluß der DKP, scheinen unter diesen Umständen geringer denn je.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Berufsverbotenachrichten

Kiel. Der Kieler Lehrer Franz-Josef Jödden wird nicht in den Schuldienst eingestellt. Das Verwaltungsgericht Schleswig wies seine Klage auf Einstellung zurück. *»Das Landesschulamt habe im ‚rechtlich vertretbaren Rahmen' Zweifel an der Verfassungstreue geäußert, hieß es in der Begründung der Kammer. Ein Zweifel — in diesem Fall die aktive Mitgliedschaft in der DKP — genüge zur Ablehnung«* (»Kieler Nachrichten«, 3.9.77). Sein erstes Staatsexamen bestand Jödden im Februar 74 mit der Durchschnittsnote 1,33. Im anschließenden Anhörungsverfahren zeigte sich, wie weit die Schnüffelei schon geht: Ihm wurde vorgehalten, er hätte 1971 einen Brief an den Parteivorstand der DKP unterschrieben. Dieser Brief war als Einschreiben aufgegeben — aber das Briefgeheimnis existiert wohl in der BRD nicht für Linke.

Bremen. Weil sie die »KVZ« verkauft hat und sich auf »vom KBW unterstützten Veranstaltungen« zu Wort gemeldet hat, wurde jetzt eine Regierungsrätin in Bremen »vorläufig ihres Dienstes enthoben«. Als weiteren »Beweis« dafür, daß sie nicht jederzeit für die »fdGO« aktiv eintrete, fährt die Behörde auch noch die Behauptung auf, die Beamtin habe sich bei einer Personenüberprüfung zur Wehr gesetzt und die Bullen als »Schweine« und »Säue« bezeichnet. Unter diesen Umständen sei allein die »schwerste Disziplinarmaßnahme, nämlich die Entfernung aus dem Dienst angemessen« (Bremer Nachrichten«, 17.9.).

Hamburg. Das Hamburger Senatsamt für den Verwaltungsdienst hat der Sozialpädagogin Margaretha K. eine Überprüfung der Verfassungstreue »für alle Fälle« angeboten, ohne daß überhaupt eine Bewerbung von ihr vorlag! Die Herrschaften werden offenbar immer unverschämter in ihren Praktiken. Anlaß dieser Provokation sind angebliche »Erkenntnisse« des Verfassungsschutzes über eine *»mögliche Mitgliedschaft Frau K's in der DKP und dem MSB Spartakus«.*

München. Am 7.Oktober findet vor dem bayerischen Verwaltungsgerichtshof die Berufungsverhandlung gegen die Justizassessorin Charlotte Nieß (SPD) statt, deren Einstellung vom bayerischen Justizministerium wegen ihrer Mitgliedschaft in der Vereinigung demokratischer Juristen (VDJ) mit der Begründung abgelehnt worden war, daß dort auch DKP-Mitglieder mitarbeiten würden. Mit dieser Berufung klagt das Justizministerium gegen eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts, nach der die Sozialdemokratin als Richterin auf Probe eingestellt werden muß. Inzwischen gibt es einen weiteren Fall, wo gegen ein VDJ-Mitglied ein Berufsverbot eingeleitet wurde. Das bayerische Justizministerium hat den Juristen Michael S. nur als Angestellten in den Referendardienst übernommen. Begründung: *»Die VDJ ist eine von der DKP gegründete und von ihr beherrschte kommunistische Hilfs-Organisation, die das Ziel hat, die Justiz in der Bundesrepublik zu unterwandern und zu zersetzen...«*

Köln. Das Landesarbeitsgericht in Düsseldorf hat das Berufsverbot gegen den Lehrer Norbert K. aufgehoben. K. war am 30. Juni 1976 aus dem Schuldienst entlassen worden. Als Begründung wurde seine Mitgliedschaft in der DKP und die Teilnahme an einer Demonstration anläßlich des Besuches von L. Breschnew in der BRD herangezogen. Diese Begründung war bereits vom Arbeitsgericht in Köln in erster Instanz zurückgewiesen worden. Die vom Land Nordrhein-Westfalen gegen dieses Urteil eingelegte Berufung wurde jetzt ebenfalls zurückgewiesen.

Die »UZ« feierte dieses Urteil erwartungsgemäß in den höchsten Tönen: *»Neue Niederlage für die Befürworter der Berufsverbote«* (»UZ« vom 22.9.). Als ob es in der letzten Zeit nur noch positive Urteile gegeben hätte und nicht etwa ein Gingold- oder Krone-Urteil.

Frankfurt. Dem parteilosen Lehrer Walter W. aus Egelsbach in Hessen wird vom hessischen Kultusministerium die Anstellung verweigert, obwohl ihm bereits eine Planstelle zum 1. September fest zugeteilt war. Grund: W. hatte in der DKP-Zeitschrift »Marxistische Blätter« einen Aufsatz zu dem Thema »Geschichtliche Entwicklung des Antikommunismus« veröffentlicht.

Karlsruhe. Wegen »Glorifizierung des Buback-Mordes« hat das Karlsruher Oberschulamt einen Gymnasialreferendar aus dem Schuldienst entlassen. Er soll anläßlich des »Trauermarsches« für den hingeschiedenen Generalbundesanwalt am 16. April im Karlsruher Stadtzentrum ein »KVZ«-Extrablatt verteilt haben, in dem geschrieben stand, daß es genug Gründe gebe, einen Bundesanwalt zu erschießen, dies aber nichts nütze. Dies wurde als Verherrlichung einer Straftat ausgelegt.

München. Die Sozialpädagogin Luise P. sollte zum 15. September beim Stadtjugendamt München halbtägig eingestellt werden. Diese Einstellung erfolgte bislang nicht, da ihr die Behörden anhand eines Verfassungsschutz-Dossiers u.a. die Kandidatur für eine marxistische Studentenorganisation im Jahre 1975 vorwerfen. Bemerkenswert an diesem Fall ist, daß die Ablehnung durch eine von der SPD-Stadtregierung geführte Behörde erfolgte. Dieselbe Münchner SPD schreibt in ihrem Wahlprogramm für 1978 u.a.: *»Vor der Einstellung in den öffentlichen Dienst findet keine generelle und schematische Anfrage über den Bewerber beim Verfassungsschutz statt. Die totalitären Überwachungsmethoden der CSU-Regierung werden abgelehnt«.* Die Taten strafen die Worte Lügen. Auch in anderen Fällen läßt sich nachweisen, daß sich die Berufsverbotepraxis der bayerischen SPD kaum von der der CSU unterscheidet. Der Organisator Johannes D. aus München wurde bei der von dem Bayreuther SPD-Oberbürgermeister präsidierten »Anstalt für kommunale Datenverarbeitung« (AKDB) gekündigt. Grund: Das bayerische Innenministerium hatte der AKDB »Erkenntnisse« des Verfassungsschutzes zugesteckt, aus denen hervorgeht, daß D. bereits 1974 von der Rüstungs-Firma Krauss-Maffei wegen seiner DKP-Mitgliedschaft gekündigt worden war.

Mainz. 12.776 Bewerber für den öffentlichen Dienst in Rheinland-Pfalz wurden in der Zeit vom 1. Juli 1976 bis 31. August 1977 vom Verfassungsschutz des Landes auf ihre politische Gesinnung hin überprüft. In 141 Fällen seien den Einstellungsbehörden »Erkenntnisse« des Verfassungsschutzes mitgeteilt worden, die in 22 Fällen zur Ablehnung der Bewerber geführt hätten! Macht im Schnitt: Zwei Berufverbote im Monat allein in Rheinland-Pfalz (nach Angaben des rheinland-pfälzischen Innenministers Böckmann, aus: »Frankfurter Rundschau« vom 24.9.77).

Berufsverbote-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



frauen



Mädchenheim in Bremen:
Heimleitung bestätigt Skandal!

Über skandalöse Zustände im Isenbergheim, einem Mädchenheim der Inneren Mission (evangelische Kirche) in Bremen, berichteten wir in AK113. Der Skandal war durch den Sozialarbeiter Peter Brosch, der in dem Mädchenheim sein Berufspraktikum absolvierte, aufgedeckt worden. In einem Gespräch bestätigten Pastor Klaus von Aderkas, seines Zeichens Direktor der Inneren Mission, Heimleiterin Heilmann und Stellvertreterin Engel alle Vorwürfe, wegen derer Peter Brosch gefeuert wurde.

„Auch junge Menschen müssen sterben"

Den größten Teil des Gesprächs nahmen die zwei Todesfälle in diesem Heim ein: Die 17jährige Susanne Blanke starb sechs Tage nach der Geburt ihres Babys, das tot zur Welt kam; das Baby von Claudia Gonsch starb zwei Stunden nach der Geburt. Für beide Fälle steht der Vorwurf der grob fahrlässig unterlassenen Hilfeleistung. Beide Mädchen wurden trotz Beschwerden nicht zum Arzt angemeldet, selbst als sie über starken Ausfluß klagten, was ein Zeichen für Fruchtwasserverlust ist, reagierte die Heimleiterin nicht: „Die Mädchen haben ja immer etwas, kann ich wissen, daß Ausfluß Fruchtwasser ist?" Susanne mußte noch während ihres sechswöchigen Mutterschutzes schwere Tellerberge im Altenheim der Inneren Mission schleppen. Dazu Pastor v.Aderkas kaltschnäuzig: *„Arbeit hat noch niemand geschadet, alte Menschen füttern kann man auch noch während des Mutterschutzes"* („Weserkurier", 23.9.77) Inzwischen will die Heimleitung offensichtlich versuchen, die Schwangerschaft von Susanne auf dem Papier um zwei Monate zu verschieben, so daß sie nicht im 8. Monat, sondern schon im 6. ihr totes Kind zur Welt gebracht haben soll. Und siehe da, der Mutterpaß, auf dem das sofort nachzuprüfen wäre, ist plötzlich „spurlos verschwunden"! Dem Bremer Jugendamt war der Tod des Mädchens überhaupt gar re, ist plötzlich „spurlos verschwunden"! Dem Bremer Jugendamt war der Tod des Mädchens überhaupt gar nicht erst gemeldet worden!

Aber nun will Pastor v.Aderkas plötzlich eine „glasklare Untersuchung" der Vorfälle, „keiner soll verschont bleiben, der etwas versiebt hat". Auf wiederholte Fragen, wie es angehen kann, daß erst jetzt eine Untersuchung dieser Fälle ins Auge gefaßt wird, stellte sich heraus, daß Aderkas, der zu der Zeit nicht in Bremen war, angeblich zunächst überhaupt nichts vom Tod Susanne Blankes erfuhr. Später war für ihn der Fall dann „abgeschlossen" und er habe keine Veranlassung gesehen, eine Untersuchung anzuordnen, und er kommentierte: „Man könnte sagen: Klappe zu, Affe tot" !!

Daß in seinem Hause ein junger Mensch stirbt, stört den Pastor gar nicht, dafür hat er nur ein lapidares „Auch junge Menschen müssen sterben" übrig.

Bestätigt wurde von der Heimleitung auch der Vorwurf, daß kaum ausgebildetes Personal im Heim arbeitet. Aber dafür gibt es im Heim zwei Meister: Eine Schneidermeisterin! Und der Hausmeister ist Bäckermeister! „Der ist kein hergelaufener Arbeitsscheuer..." (Aderkas). Und jemand, der Meister ist, das ist doch klar, hat Ahnung von Menschenführung! Auch eine Mitarbeiterin ohne Ausbildung, die seit 10 Jahren im Heim arbeitet, hat selbstverständlich genügend Erfahrung, um eine gute Erzieherin zu sein. Wen wundert's eigentlich noch, wenn Heimleiterin und ihre Stellvertreterin Selbstmordversuche der Mädchen (immerhin gab es davon im letzten Jahr neun!) als „pubertäre Wichtigtuerei" hinstellen? „Sie haben Krach mit ihrem Freund, dann wird ein bißchen rumgeschnibbelt..." (Frau Engel); dann würden die Mädchen auf die Treppe laufen und schreien, damit machen sie sich eben wichtig. Naja, auch junge Menschen müssen eben sterben!

Schläge habe Frau Heilmann verteilt, ja aber die waren berechtigt! Und die Post der Mädchen wird zu ihrem Schutz von der Heimleitung geöffnet. Es könnte ja Geld im Brief sein und davon „kaufen sich die Mädchen dann nur Alkohol und Drogen".

Auch der Vorwurf, daß Mädchen, die neu ins Heim kommen, nicht in der Schule angemeldet werden, wurde bestätigt. Das sei wegen der „Entweichungsgefahr". Die Mädchen müßten sich erst an ihre neue Umgebung (und die schwere Arbeit in Küche und Waschküche) gewöhnen, das würde zuviel auf einmal, wenn sie auch noch gleich in eine neue Schule müßten.

„Das ist ja wie bei den Demonstrationen"

Die „Revolte" (Aderkas), die Anfang August den Heimfrieden erschütterte (die Mädchen hatten Heimleiterin Heilmann mit Wassereimern überschüttet, Mobiliar zerstört usw.), wird ausschließlich Peter Brosch in die Schuhe geschoben. Im Heim sei „alles in Ordnung". Seit 10 Jahren laufe alles friedlich. „Das ist wie bei den Demonstrationen, plötzlich ist die Atmosphäre hochexplosiv. Irgendwo fällt ein Funke, dann die Explosion", so erklärt Pastor v.Aderkas die Situation. Aber er weiß noch mehr dazu zu sagen: Er sehe ganz klar Parallelen zu den Anfängen der russischen Revolution (!!): „Eine Revolution kann man nur mit unzufriedenen Menschen machen, deshalb muß man die Menschen unzufrieden machen" (Aderkas).

Das erklärte Ziel der Heimleitung sei es jedenfalls, daß die Mädchen „zu eigenständigem, beschützten Leben kommen" (Aderkas). „Änderungen im Heim sind nicht geplant, weil nach bestem Wissen und Gewissen vorgegangen wird" (Aderkas). Amen!

Am 22.9. gab es ein Treffen zwischen Vertretern des Landesjugendamtes und der Inneren Mission. Die Vertreterin des Landesjugendamtes, Frau v.Ungern: „Einen Mißstand, der abgestellt werden muß, ha- gendamtes und der Inneren Mission. Die Vertreterin des Landesjugendamtes, Frau v.Ungern: „Einen Mißstand, der abgestellt werden muß, ha- be ich nicht feststellen können . . ." (aus dem Protokoll der Sitzung).

Das Zusammenspiel zwischen Innerer Mission und Landesjugendamt ist wohl deutlich genug!

Peter Brosch erhält seine zweite fristlose Kündigung

Wie schon in AK 113 berichtet, war Peter Brosch und auch den Mädchen des Isenbergheims schon vor einiger Zeit jeglicher Kontakt untereinander verboten worden, nachdem Peter in eine andere Einrichtung der Inneren Mission versetzt wurde. Inzwischen bekam er die 2. fristlose Kündigung, die sich diesmal direkt auf die Pressekonferenz bezieht.

Die Innere Mission hat versucht, durch eine einstweilige Verfügung zu erreichen, daß Peter Brosch ab sofort nichts mehr über die Umstände des Todes von Susanne Blanke und die Totgeburt von Claudia Gonsch verbreiten darf. Die erste einstweilige Verfügung wurde als nicht genügend begründet abgeschmettert und ans Arbeitsgericht verwiesen.

Am 28.9. wurde vor dem Arbeitsgericht über die 2. einstweilige Verfügung verhandelt. Dieses Mal wurde dem Antrag der Inneren Mission stattgegeben, d.h. Peter Brosch darf nicht weiter behaupten, daß durch Schlampereien der Tod Susanne Blankes herbeigeführt oder begünstigt wurde.

Die Innere Mission wird allerdings in nächster Zeit noch häufiger vor Gericht erscheinen müssen. Es laufen etliche Strafanzeigen von Peter Brosch und einigen Mädchen, die früher in dem Heim waren. Auch gegen das Landesjugendamt ist Strafanzeige gestellt worden. Wir sind gespannt auf die weitere Entwicklung.

AG-Frauen
KB/Gruppe Bremen

Die Propaganda ist massiv:
Bleibt in eurem Eheknast!

Das neue Ehescheidungsgesetz wird seit einigen Tagen von der bürgerlichen Presse wieder ins Blickfeld gerückt. Es häufen sich vielfältige Klagen über das „Reformwerk". *„Jetzt lassen die Frauen ihre Männer sitzen"* („Hamburger Morgenpost", 23.9.77). Einfach so! *„Das ist das Seltsame. Die Frauen fliehen ohne ernsten Grund. Der Nürnberger Psychologe Dr. Heubeok: ‚Unsere Frauen verlieren den lebensnotwendigen Mutterinstinkt. Sie folgen den schillernden Verlockungen der Sexualität. Vor dem Altern wollen sie noch etwas erleben"* („Bild", 4.8.77).



Tja, *„die Emanzipation entläßt ihre Töchter"*, meint die „Morgenpost". Das ist die eine Seite. Der andere Grund für angebliche, gar nicht nachgewiesene, Steigerung der Scheidungsfreudigkeit bei den Frauen, liege an dem neuen Scheidungsgesetz, das den Frauen ja nun einen gesicherten Lebensabend beschere.

In dieser Sache berühmt geworden durch den „Stern" (37/77) und die „Morgenpost" (*„Ich muß für den Geliebten meiner Frau zahlen"*, 8.9.77) ist ein 63jähriger Prokurist, der seine Gattin mit Freund im Bett vorfand. Jetzt ist *für den Geliebten meiner Frau zahlen"*, 8.9.77) ist ein 63jähriger Prokurist, der seine Gattin mit Freund im Bett vorfand. Jetzt ist sie ausgezogen, hat die Scheidung eingereicht und der Ehemann muß nun das Vermögen mit seiner Frau teilen. Er trauert dem alten Gesetz nach, nach dem sie schuldig geschieden worden wäre.

Er ist aber momentan nicht der einzige „Fall", der durch die Presse geistert *„Vor dem Bundesverfassungsgericht will der Angestellte Kurt H. (62) um die Aufrechterhaltung seiner Ehe und gegen das neue Scheidungsrecht kämpfen"* („Mopo", 30.9.77). Seine Frau hatte ihn verlassen und er hätte mit der Hälfte seines Gehalts auskommen müssen.

– Drei Münchner Rechtsanwälte haben ebenfalls Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingereicht, und zwar wollen sie das Gesetz nur für d i e Ehen gelten lassen, die nach Inkrafttreten (1.7.77) geschlossen wurden. In einem *„Rechtsstaat"* könne nicht ein Gesetz rückwirkend eingesetzt werden.

– Die neuen Familienrichter ersticken in Aktenbergen. *„Mit der ersten Scheidung zerstrittener Ehepartner ist nicht vor einem Jahr zu rechnen"* („Mopo", 9.8.77).

– Und ein bißchen Panikmache vor der Auslegung des Gesetzes seitens der Richter darf natürlich auch nicht fehlen: Anwälte wollen erkunden, was als „unzumutbare vor der Auslegung des Gesetzes seitens der Richter darf natürlich auch nicht fehlen: Anwälte wollen erkunden, was als „unzumutbare Härte" akzeptiert wird, wenn sich die Eheleute vor Ablauf eines Jahres scheiden lassen wollen. *„Man stelle sich folgenden sehr realen Fall vor: Eine Frau mit zwei Kindern will von ihrem Mann geschieden werden, der ständig trinkt, sie prügelt und im Hause randaliert. Nachdem sie sich eine Zahnprothese hat anfertigen lassen müssen, geht sie zum Anwalt. Der, wie geschehen, fragt den Familienrichter: ‚Ist das eine unzumutbare Härte, die es der Frau erlaubt, die Scheidung zu verlangen, obwohl die Partner nicht getrennt leben?' Die Antwort des Richters war kurz und eindeutig: ‚Nein'. Eingeschlagene Zähne genügen als unzumutbare Härte nicht. Die Scheidungswilligen müssen sich schon etwas einfallen (!) lassen"* („Die Welt", 13.9.77).

– *„Außerdem verstoße das Scheidungsgesetz auch gegen den staatlichen Schutz für Ehe und Familie, weil es wilde Ehen fördere"* („Bild", 23.9.77).

Hinter dieser Kampagne gegen das „Reformwerk" verbirgt sich nichts anderes als gezielte Propaganda zur Verwirrung und Verunsicherung der Leser. Die Herrschenden haben kein Interesse daran, die Ehe, die „Keimzelle" ihres Staates, leichter auflösbar zu machen. **In den Köpfen der Menschen soll verankert werden: Leute, bleibt in Eurem Eheknast, eine Scheidung lohnt sich nicht!**

Eine Scheidung wird wirklich eine bedrohliche Belastung für die Beteiligten darstellen. Die Eheleute sollen sich um ihre Habseligkeiten schlagen und obendrein wird diese Situation von den Herrschenden ideologisch noch genutzt, indem die Frauen als die Nutznießer, die Blutsauger und Männerausbeuter dargestellt werden. Wahrer Nutznießer und lachender Dritter ist in der Tat der Staat selbst, auch in Form des Finanzamtes, das geschiedene unterhaltspflichtige Väter zum Beispiel wie Junggesellen behandelt (vergl. „Spiegel", 38/77).

Es wurde in der bürgerlichen Presse bereits die „Gefahr" der Zunahme der „wilden Ehen" befürchtet. Wir sind f ü r die „wilden", preiswert und zeitlos!

Kampf dem bürgerlichen Eheknast!

tet. Wir sind f ü r die „wilden", preiswert und zeitlos!

Kampf dem bürgerlichen Eheknast!

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

»Die AKW-Gegnerin ist nicht gefragt«
Leserbrief zu den Einstellungskriterien bei IBM

Als ich im August in den Süden trampen wollte, nahm mich an der Elbtunnelauffahrt ein Leitender Angestellter von IBM bis Düsseldorf mit.

Nach dem allgemeinen Gerede, (wo kommen Sie her, wo wollen Sie hin) erzählte er mir, was er so macht, und vieles andere mehr. Unter anderem auch, was man bei Einstellungsgesprächen beachten und wissen sollte.

Bei IBM nimmt er oft an Einstellungsgesprächen mit teil:

„Nachdem die Bewerber die technischen und fachspezifischen Tests bestanden haben, laden wir sie zu einem endgültigen Einstellungsgespräch ein. Es kommen bei uns hierfür männliche Bewerber in Frage, da Frauen aufgrund ihrer Art nicht die Eigenschaften für etwaige Führungspositionen, wie etwa Durchsetzungsvermögen, haben. Bei dieser letzten Auswahl sind noch etwa 15 Bewerber im Rennen. Man lädt dann die Bewerber einzeln mit ihren Ehefrauen zu einem „völlig zwanglosen Gespräch" ein. Diese 15 haben meist alle Ehefrauen; es sei denn, ein neues „Talent" wurde entdeckt, das außerordentlich gut in den Tests abgeschnitten hat – er sollte dann aber zumindest „seine Zukünftige" mitbringen.

Bei diesen „Gesprächen", bei denen es etwas zu essen und trinken gibt, sind hauseigene Psychologen anwesend, vorgestellt als „Mitarbeiter", die dann das Verhalten des Paares beobachten.

Wir unterscheiden da die Frauen in drei Gruppen, was dann für die Einstellung für uns ausschlaggebend ist.

1. Gruppe:

Die Dumme, meist nicht mehr als Verkäuferin mit Volksschulabschluß. Sie kann ihren Mann in keiner Weise unterstützen. Wenn er dann seinen „Weg" macht bei uns, wird sie ihm nach einiger Zeit dann nicht mehr reichen. Er kann sich dann mit ihr nicht mehr richtig unterhalten und er fängt an, sich mit ihr zu langweilen.

Er wird sich dann der attraktiveren Sekretärin oder anderen schöneren und intelligenteren Frauen widmen. Kurze Zeit später hängt dann sicherlich der Haussegen schief. Der Ärger in der Familie wird dann durch ihn in das Unternehmen getragen. Dadurch wird dann Unsicherheit und Unruhe in der Abteilung verbreitet und die allgemeine Leistung sinkt.

Männer mit dieser Art Frauen werden wir dann natürlich nicht einstellen.

2. Gruppe:

Die sogenannte „Atomkraftgegnerin". Das ist für uns diejenige, die des öfteren eine andere Meinung vertritt als ihr Mann.

Sie führt anstelle ihres Mannes das Gespräch und drängt ihn in die Defensive. Sie hat ihren Mann im Sack. Diese Frauen haben meistens studiert und dadurch einen „linken Anstrich". Oft erziehen diese Frauen ihre Männer zur Aufmüpfigkeit, und er fängt an, am Betrieb oder anderswo Kritik zu üben. Durch diese Fremdsteuerung durch seine Frau trägt dieser dann Unruhe unter die Kollegen. Er fängt an dem Unternehmen zu schaden, indem er nicht mehr voll hinter den Bestimmungen des Betriebes steht.

Dies könnte natürlich nicht untätig von uns beobachtet werden. Deshalb lehnen wir diesen Bewerber dann ebenso ab.

3. Gruppe:

Die „Schöne". Sie sieht gut aus, ist modisch gekleidet, macht einen anschmiegsamen Eindruck und würde für ihren Mann durch dick und dünn gehen, ohne zu hinterfragen. Da sie gern teuer und gut angezogen ist, wird sie versuchen, ihren Mann in seiner Karriere zu unterstützen, um damit ja auch ihr Image zu verbessern. Somit zeigt sie Interesse am Beruf ihres Mannes, der dadurch zu Leistungen gebracht wird.

Mit einer schönen Frau an der Seite sind bei uns (IBM) schon etliche Geschäfte abgeschlossen worden, deren Summen in die Millionen gegangen sind. Bewerber, die eine solche Frau besitzen, können sicher sein, von uns eingestellt zu werden....

Bericht einer Genossin

»Es war einfach toll«

Treffen autonomer und traditioneller Frauengruppen und -verbände in Westberlin

Vom 16. bis 18.9. fand die „1. Berliner Frauenkonferenz der traditionellen Frauenverbände und der autonomen Frauengruppen" statt. Veranstalterinnen waren: Arbeitskreis Emanzipation der FDP, Berliner Frauenbund von 1945/Deutscher Frauenring, Frauenzeitung „Courage", Deutscher Hausfrauen-Bund e.V., Deutscher Staatsbürgerinnen-Verband e.V., Frauenzentrum e.V. Berlin, Gruppe L 74, Humanistische Union Berlin, Lesbisches Aktionszentrum und Verband der weiblichen Angestellten e.V.

Finanziert wurde die Konferenz mit je 6.000 DM von der EG und vom Westberliner Senat.

Das Treffen ging auf die Initiative von Frauen aus dem Westberliner Frauenzentrum und Frauen der FDP zurück.

Das Ziel der Konferenz formulierte die „Courage" in der September-Nr. so: „ ... *Doch es überwogen die Frauen, die ihre eigene Erfahrung mit den Verbänden machen wollten, die daran interessiert waren, von ihnen selbst über ihre Aktivitäten informiert zu werden und daran anknüpfend eine Diskussion der unterschiedlichen Strategien zu beginnen."*

„Es kann sein, daß diese Form des offenen Gesprächs, in der wir vorwiegend über uns, über unsere Arbeit, Organisationsformen und Schwierigkeiten sprechen wollen, für Frauen aus den traditionellen Verbänden ein beängstigendes Novum darstellt. Und wenn sie sich darauf einlassen, so kann dies ein wichtiger Schritt raus aus ihren erstarrten Strukturen sein" („Courage", Sept. 77). – Inhaltlich sehen die traditionellen Frauenverbände zwar vieles anders; – das wird auch erwähnt – aber das schien der „Courage" erstmals nicht so wichtig zu sein. Eine FDP-Frau nannte zu Beginn der Tagung als Ziel: *„Diese Konferenz soll nun in aller Bescheidenheit ein kleiner Beitrag, eine Art Anfang in Berlin sein, diese Gräben* (gemeint sind die zwischen „autonomer" und „traditioneller" Frauenbewegung, d. Verf.) *zumindest einzuebnen"* (nach SFB-Sendung v. 23.9.).

Also die bürgerlichen Frauen beider Lager, „autonom" wie „traditionell", hatten offensichtlich das Interesse, die Widersprüche zwischen neuer und alter Frauenbewegung zu verkleistern.

Frau braucht nicht mit „traditionellen" und konservativen Frauenverbänden ein ganzes Wochenende zu verbringen, um zu wissen, daß diese mit einer fortschrittlichen Frauenpolitik nicht viel im Sinn haben: Wo war denn z.B. der Protest des Deutschen Hausfrauen-Bundes, als es um das BVG-Urteil zum § 218 ging, wo war der Staatsbürgerinnen-Verband, als auf die lesbischen Frauen Judy Anderson und Marion Ihns eine brutale Pressekampagne niederprasselte?

Wir können diese Fragen beliebig fortsetzen und werden feststellen, daß allenfalls von ASF (Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratische Frauen in der SPD) und einigen FDP-Frauen ansatzweise fortschrittliche Stellungnahmen z.B. zu § 218 gekommen sind. (Aber die Frauen dieser Gruppierungen waren ja von den „autonomen" Initiatorinnen gar nicht in erster Linie gemeint).

Zu etwas schärferen Auseinandersetzungen ist es denn auch an keiner Stelle im Verlauf des Kongresses gekommen. Besonders die Frauen der „traditionellen" Verbände meinten in Gesprächen, es sei doch alles sehr „harmonisch verlaufen", und: „Da haben wir der Presse aber ein Schnippchen geschlagen, die hätten es sicher lieber gesehen, wenn wir uns hier nicht so schön vertragen hätten" (So eine Frau vom Berliner Frauenbund).

Die Presse war aber offensichtlich doch ganz zufrieden: In einem sehr wohlwollenden Artikel des „Tagesspiegels" vom 23.9. wird besonders hervorgehoben, *„wieviel Bemühungen um Freundlichkeit und Solidarität, Diszipliniertheit und Toleranz unter den 500 auf der Konferenz versammelten Frauen geherrscht hat".*

Und in einer Sendung des „Senders Freies Berlin" vom 23.9. heißt es dazu: *„Insgesamt verlief die Konferenz in ausgesprochener Harmonie, die nur von den radikalsten Gruppen, etwa vom LAZ, moniert wurde".*

„Unverhofft" konnte laut SFB auch Sigrid Fronius („Courage", Mitinitiatorin und -organisatorin des Treffens) eine „positive Bilanz" ziehen: *„Wir sind zufrieden mit dem Ablauf; wir haben die verschiedenen Vertreterinnen der Frauenverbände kennengelernt, und wir haben vor allen Dingen in den Arbeitsgruppen sehr viel Material erarbeitet."*

Tatsächliche Fakten über die Lage der Frauen sind allerdings kaum auf den Tisch gekommen, und über ihre konkrete Arbeit und Erfolge haben die Verbände natürlich auch nicht berichtet, wenn man mal von einigen Teilen aus dem Einleitungsreferat von Johanna Lemke (Vorsitzende des Deutschen Staatsbürgerinnen-Verbandes) absieht.

Dort heißt es u.a.:

„Lassen Sie mich gerafft einige Schwerpunkte unserer Arbeit in Verbänden nennen. Einsatz der Frauenverbände, um die durch die Teilung Deutschlands entstandene Not an alten und jungen Menschen aufzufangen und über die Grenzen hinaus zu verdeutlichen, wie es die Arbeitsgemeinschaft Berliner Frauenverbände in ihren jährlichen Berlin-Seminaren für die Frauen aus dem europäischen Ausland tut."

Keine Mißfallenskundgebungen, kein Protest, keine kritischen Fragen in der anschließend angesetzten Diskussion zu diesem Frontstadt-Programm.

Die Dame vom stockreaktionären Verband der Weiblichen Angestellten e.V., Hilde Rasch, wurde wegen ihrer Wortradikalität – „Tarifverträge unterschreibe ich mit meinem Vornamen Hilde, sehr zum Ärgernis der Männer" – von den „Autonomen" begeistert gefeiert.

Was in diesen Tarifverträgen drinsteht, hat niemand gefragt. Für die politischen Standpunkte dieses Vereins hat sich natürlich auch niemand interessiert: *„Seit 1959 gehört der VWA als Mitglied des Gesamtverbandes Deutscher Angestellten-Gewerkschaften GEDAG dem Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands CGB an"* (Broschüre zum Jahr der Frau 1975 „Von Frauen für Frauen erreicht", herausgegeben vom VWA).

Und zur Geschichte:

„Der VWA gehörte von Anbeginn politisch zur Mitte, die in Zeiten der Not ihren festen Standpunkt beibehielt, ein Merkmal, das der VWA auch heute noch mit der gleichen Berechtigung für sich in Anspruch nehmen kann" (S. 67).

Auch in den Arbeitsgruppen konnten die Frauen der „traditionellen" Verbände ihren Schrott abladen, ohne daß er auch nur ansatzweise auseinandergenommen worden wäre. Die „Autonomen" stellten nur schlicht ihre Auffassung daneben. Entsprechend gab es im Abschlußpapier nur eine Auflistung unterschiedlicher Forderungen.

So stand z.B. in der Arbeitsgruppe Hausfrauen die Forderung nach *„Erhaltung der Kleinfamilie"* (Motto: *„Ich werde zu nichts ja sagen, was die Familie in der Gegenwart und Zukunft angreift"*, Vertreterin vom Deutschen Frauenring) neben der Forderung nach „Befreiung der Frau". Das ist halt so.

So konnte eine Vertreterin des Deutschen Frauenrings die Einrichtung von Lehrstellen im Haushalt propagieren, ohne daß auch nur irgendjemand in die Luft gegangen wäre.

„Um die Lage der Hausfrauen zu bessern und ihr Selbstwertgefühl zu heben", wurden von den traditionellen Frauen Kurse in Haushaltsführung angepriesen. Frau kann sogar ihren „Hauswirtschaftsmeister" (frau beachte die männliche Form) machen.

Von diesen Kreisen wurde auch bemängelt, daß einige Hausfrauen ihre Arbeit „schlampig" machen.

Zur Forderung nach Bezahlung der Hausarbeit meinte eine „traditionelle" Frau: „Im Gehalt des Mannes ist der Unterhalt der Frau miteingeplant, in einer guten Ehe klappt das auch ...". (Auch in bürgerlichen Kreisen findet die „KVZ" offenbar eine aufmerksame Leserschaft).

Berufliche Tätigkeit wurde von „traditionellen" Frauenverbänden im „Drei-Phasen-Modell" erwogen: D.h. vor der Ehe Beruf, bis 40 Hausfrau und Mutter und mit 40 müßte sie in den Beruf zurück. Das Problem dieser Frauen war in erster Linie, die Wichtigkeit der Hausarbeit hervorzuheben.

Um die Breite des politischen Spektrums noch etwas zu verdeutlichen, einige weitere Zitate:

„Ich bin gerne Hausfrau, auch um meine Brut, die ich geworfen habe, aufzuziehen".

„Die Frauen sind doch zur Arterhaltung da". „Wir Frauen sind zur Erhaltung und Pflege der Kultur da; wir geben die Kultur weiter" (Goebbels, ick hör dir humpeln!). Beinahe als Mißklang wirkte da eine Äußerung der ASF-Frauen: Sie setzten sich für eine sozialistische Gesellschaft ein und meinten, der Sozialismus habe für die Befreiung der Frau entscheidende Bedeutung.

„Sozialismus" oder gar „Kapitalismus" hat frau aber sonst auf der Konferenz nicht wieder hören müssen, so „autonom" waren die Frauen da.

Die Beiträge von Sybille Plogstedt („Courage") beschränkten sich darauf, für ein friedliches Klima zu sorgen. So bemängelte sie z.B., daß auf der Rednerliste die „traditionellen" Verbände benachteiligt seien, was überhaupt nicht stimmte.

Gegen keine der frauenfeindlichen und reaktionären Äußerungen hat sie protestiert, sondern in einem ihrer wenigen Beiträge besonders geglänzt: Im Zusammenhang mit der Forderung nach Vergesellschaftung der Hausarbeit gab sie zu bedenken: „In der Sowjetunion hat das mit den Kantinen nicht geklappt, das Essen war zu schlecht".

In den anderen Arbeitsgruppen ist die Diskussion nicht viel anders gelaufen.

Auf dem Abschlußplenum am Sonntag wurde aus allen Arbeitsgruppen ein harmonischer Diskussionsverlauf gemeldet.

Aus der Gruppe „Benachteiligung von Müttern" war zu hören: „Die Zusammenarbeit war einfach toll. Wir haben zwar unterschiedliche Ansichten, aber die trennen uns nicht" (Teilnehmende Gruppen u.a. FZ Westberlin, Deutscher Staatsbürgerinnen-Verband, Berliner Frauenbund, LAZ, Kasseler und Bremer FZ).

Zum Abschluß tauchte die Frage nach einer koordinierenden Kontaktadresse auf, dazu eine FDP'lerin: „Ihr habt doch alle die Courage". Fürwahr, die „Courage" ist in diesen Kreisen hoffähig geworden.

Die Rolle der „Courage" möchten wir hier noch einmal besonders würdigen:

An keiner Stelle ist von diesen Frauen irgendwie Kritik an den „traditionellen" Verbänden gekommen, „Courage" hat absolut nichts dazu beigetragen, die Politik der Verbände transparenter zu machen. Im Gegenteil: Im Interview mit dem SFB sagte Sigrid Fronius: *„Es war so, daß von Frauenzentrums Seite aus die Frauen gemeint haben, das hat gar nicht so viel Sinn mit den Verbänden zusammen, weil die sowieso nichts machen würden. Wir haben uns hier über sehr viele Fragen unterhalten und Forderungen aufgestellt, und zum Teil sind wir da in so vielen Punkten gleicher Meinung gewesen, daß wir erstmal platt sind. Die Frage ist jetzt, was die praktischen Konsequenzen daraus sind, und ich glaube, daß sie hier erstmal ausgeklammert bleiben, weil es eigentlich schon so ein praktischer Schritt war, sich an einen gemeinsamen Tisch zu setzen. Wir haben viele Fragen gar nicht so kontrovers diskutiert, weil wir uns eigentlich noch zu fremd waren und zu große Differenzen haben, und erst durch unser Kennenlernen in Zukunft die Möglichkeit gegeben ist, daß wir bei ganz konkreten Problemen, die wir haben, z.B.: wie funktioniert die Abtreibung bei uns in den Krankenhäusern, Kontakt aufnehmen. Dann werden wir wissen, an welche Frauenverbände wir uns wenden können, und sagen: hier, wir wollen jetzt zusammen diese und diese Forderung an den Senat stellen, und dann werden wir sehen, was uns die Konferenz gebracht hat."*

Die Überraschung über „so viele Gemeinsamkeiten" ist absolut geheuchelt: „Courage" und die anderen verhandelten seit einem 3/4 Jahr mit den Verbänden. Frau kennt sich also langsam.

Das mit der angeblichen Fremdheit ist natürlich auch ein Witz, wie gesagt, frau verhandelte seit einem 3/4 Jahr.

Bekanntlich ist „Courage" Teil der Frauen–AG zum Russell–Tribunal. Wer nun erwartet hat, irgendeine „Courage"–Frau würde während der Konferenz die Vorbereitung zum Tribunal darstellen, und sei es nur schriftlich, hat sich geschnitten. Im Bericht der Gruppe „Frau im Strafvollzug", an der „Courage" teilgenommen hat, wäre z.B. Gelegenheit dazu gewesen. Stattdessen wurde nur kurz über den Fall Judy Anderson berichtet, ohne in diesem Zusammenhang Russell überhaupt zu nennen.

Bei dieser Art von „Frauensolidarität" können wir uns dem Kommentar des SFB voll anschliessen, der sagt: *„Daß diese Furcht* (gemeint ist Kommunistenfurcht, mit der die Nicht–Teilnahme der Vorstände einiger Verbände zu erklären ist, Anm. AK) *regelrecht abstrakt war, bewies dann auch die Tagung. ...Die sog. autonomen Frauengruppen bestätigten abermals ihre politisch abstinente Haltung. Sie zeigten sich mithin nicht nur über jeden kommunistischen Verdacht erhaben...."*

AG Frauen KB/Gruppe Hamburg in Zusammenarbeit mit einer Westberliner Genossin

Schweiz: Fristenregelung knapp abgelehnt

Mit einer knappen Niederlage endete am 25.9. das Volksbegehren für die Einführung der Fristenregelung für legalen Schwangerschaftsabbruch in der Schweiz. 929.241 Menschen sprachen sich dafür, 991.677 dagegen aus. Während in den Kantonen Zürich, Basel, Genf – also in den Großstädten – große Mehrheiten für die Fristenlösung waren, gaben die eher ländlichen, katholischen Gegenden der Kantone Luzern, Wallis, St. Gallen, Aargau usw. den Ausschlag für die Niederlage.

Jetzt wird voraussichtlich das neue Bundesgesetz für die „soziale Indikation" in Kraft treten, das der Bundesrat vorsorglich noch im Juni verabschiedete. Allerdings hat die reaktionäre Organisation „Ja zum Leben" schon ein Referendum gegen die soziale Indikation angekündigt. Fest steht jedenfalls, daß die neue Regelung weit hinter die bisherige Praxis mancher Kantone zurückfällt. Laut Bundesrat Brugger ist es auch möglich, daß jetzt über eine „föderalistische Lösung" diskutiert werde, die jedem Kanton das Recht geben würde, den Schwangerschaftsabbruch nach eigenem Gutdünken zu regeln („BaZ", 26.9.).

Erste Stellungnahmen zum Abstimmungsergebnis:

Die Sozialdemokraten (SPS) sind sehr enttäuscht und werfen den Gegnern der Fristenregelung vor, mit „heuchlerischen und kostspieligen Mitteln" die tatsächlichen Probleme verschleiert und dazu beigetragen zu haben, daß die *„unwürdige Rechtsungleichheit zwischen privilegierten und weniger begüterten Frauen bestehen bleibt"* („BaZ", 26.9.77).

Die „Freisinnigen" (FDP), die sich aus „Gründen der Toleranz und Rechtsgleichheit" für die Fristenregelung ausgesprochen hatten, bedauern den Abstimmungsausgang.

Der „Landesring der Unabhängigen" (LDU) bedauert, daß die massive Nein-Propaganda, die leider auch vor groben Verleumdungen nicht Halt gemacht habe, ihre Wirkung zu zeigen scheint. Der LDU will sich aber weiterhin *„für eine grundlegende Änderung der gegenwärtigen ungerechten Ordnung"* einsetzen („BaZ", 26.9.).

Mit „Erleichterung" reagierten natürlich die Bischöfe auf das Abstimmungsergebnis. Stellungnahmen der linken Organisationen und der Frauengruppen liegen uns noch nicht vor.

Dem Volksentscheid vorausgegangen waren zahlreiche öffentliche Auseinandersetzungen in der Presse, auf Podiumsdiskussionen und Filmveranstaltungen (insbesondere mit dem Frauenfilm „Lieber Herr Doktor"). Die Schweizerische Vereinigung für straflosen Schwangerschaftsabbruch (SVSS) hatte in vielen Orten zu Veranstaltungen aufgerufen, ebenfalls die Sozialdemokraten und Liberalen. Im Zentrum der Diskussionen standen neben der Lage der unerwünschten Kinder und ihrer Mütter vor allem die Frage nach dem Gewissen und dem „Beginn" des Lebens, was vor allem die Gegner der Fristenlösung in die Debatte brachten. Während die Befürworter der Fristenlösung in der Hauptsache die öffentliche Auseinandersetzung förderten, gingen die Rechten, allen voran die Gruppe „Ja zum Leben", mit schokkierenden Bildern von zerstückelten Embryos u.ä. „Anschauungsmaterial" auf Stimmungs- und Stimmenmache. Unterstützung fanden sie durch die Bischöfe, die einen „Hirtenbrief" gegen die Fristenregelung herausgaben, und durch die Mehrheit der Ärzte. So sprachen sich 84% der in der „Gesellschaft für Gynäkologie" organisierten Frauenärzte und die „Ärztevereinigung für die Achtung vor dem menschlichen Leben" gegen die Fristenregelung aus.

Wir wollen im nächsten AK auf die Politik der linken Organisationen und die Schweizer Frauenbewegung eingehen.

Österreich-Schweiz-Kommission KB/Gruppe Hamburg

„Frauen-Boxen":

Veranstalter setzen Schlägertrupp gegen Frauen ein

Mit großem propagandistischen Aufwand wurde in Würzburg für den 27.9. ein sog. „Frauenboxen" angekündigt. Zitat aus dem Plakat: *„Zarte Fäuste, harte Schläge, klatschende Brüste".*

Die Frauengruppe Würzburg gab dazu eine Presseerklärung heraus, die auch an den Stadtrat geschickt wurde, mit der Forderung, das „Frauenboxen" zu verbieten. (Das ganze Spektakel fand in einer städtischen Halle statt.) Außerdem wurden in der ganzen Stadt Flugblätter verteilt, in denen zum Boykott des „Frauenboxens" aufgerufen wurde. Bei einer nächtlichen Aktion, in der wir die Ankündigungsplakate mit „Frauenfeindlich"-Zetteln beklebten, passierte uns dann folgendes: Einige Frauen, die im PKW unterwegs waren, wurden von Schlägertypen der Veranstalter verfolgt. Sie stellten die Frauen beim Kleben, wobei ein Typ einer Frau mit voller Wucht ins Gesicht schlug. Leider verhinderte die haushohe körperliche Überlegenheit der Typen eine wirkungsvolle Gegenwehr. Die Frauen fuhren dann mit ihrem Auto noch woanders hin. Als sie nach ein paar Stunden wieder weiterfahren wollten, war ein Autoreifen zerstochen. Man sieht also: Allgemeine Frauenfeindlichkeit und direkte Gewalttätigkeit gegen Frauen gehen Hand in Hand!

Eine KB-Sympathisantin aus Würzburg

»Freiwilliges soziales Jahr« — oder »Das Weib verlerne das Dienen nicht«

Es liegt im Wesen eines kapitalistischen Staates, daß er den Bereich der sozialen Fürsorge mit so geringen Mitteln wie nur möglich aufrecht erhalten will. Am besten und billigsten, wenn staatliche Betreuung überflüssig wird und in allen Bereichen, wo soziale Hilfe notwendig ist, die Bevölkerung dies selbst organisiert und kostenlos durchführt. So wissen wir, daß während der beiden Weltkriege die Frauen einerseits zur Aufrechterhaltung der Industrie — insbesondere der Rüstungsindustrie — herangezogen wurden, daß andererseits auch Krankenpflege und andere Sozialleistungen von den Frauen getragen wurden. Wenn wir Frauen heute untersuchen, wo im Rahmen der Politik „Deutschland — Modell für Europa" unsere Rechte eingeschränkt werden sollen und bereits werden, so sollten wir erfahrungsgemäß auch die Beteiligung der Frauen an den „sozialen Diensten" als einen Maßstab dafür nehmen.

In der BRD gibt es zwar offiziell die weibliche Dienstpflicht nicht, wenn auch ihre Einführung gesetzlich möglich ist und immer wieder diskutiert wird. Ganz besonders wird angesichts der hohen Jugendarbeitslosigkeit um einen „sinnvollen Einsatz" der weiblichen Jugend diskutiert. In der Praxis z.B. wird vielen arbeitslosen Mädchen das „soziale Jahr" als einziger Ausweg empfohlen.

Wir wollen uns in diesem Artikel mit der Praxis und den Hintergründen des „Freiwilligen Sozialen Jahrs" beschäftigen, das durchaus die Ausgangsbasis einer späteren weiblichen Dienstpflicht für den kapitalistischen Staat sein kann.

Die Geschichte des „Freiwilligen Sozialen Jahres"

Die Verfechter des „FSJ" behaupten, daß die heute existierende Form der Sozialarbeit schon in allen Gesellschaften mehr oder weniger bestanden habe. *„Würde es keine Freiwilligen Sozialen Dienste geben, fehlte uns etwas Wesentliches, so daß wir sie umgehend einführen müßten. Jeder* *umgehend einführen müßten. Jeder* *lebt von spontanen Freiwilligen Diensten des Nachbarn, des Kollegen, des Freundes. Wir sind kaum lebensfähig, wo wir einander nicht soziale Dienste leisten. Diese können von keinem Gesetzgeber geregelt werden"* („Die Innere Mission", 5/74, S. 194). Dies ist zwar ein Freibrief für den kapitalistischen Staat, sich darauf zu verlassen, daß Kranke, Alte und Kinder von der Bevölkerung selbst versorgt werden aus spontanen Gefühlen des Mitleids und der Barmherzigkeit; andererseits können dieselben Propagandisten nicht ganz an der Tatsache vorbei, daß mit dem Kapitalismus und der Industrialisierung soziale Probleme nie gekannten Ausmaßes aufgetaucht sind.

„Die Industrialisierung rief Situationen hervor, auf die nicht unter Berufung auf frühere Erfahrungen zu reagieren war" („Die Innere Mission" 5/74, S. 196). So werden Kinderarbeit und Massenelend der Arbeiterklasse im Frühkapitalismus vorsichtig umschrieben. Als Heilmittel empfahlen Leute wie Johann Hinrich Wichern (nach dem in Hamburg ein Erziehungsheim benannt ist) „helfende und gestaltende Liebe" — statt Klassenkampf natürlich!

1848 wurde die Innere Mission und 1897 der Deutsche Caritasverband gegründet. Gerade die Anfänge der freiwilligen Sozialarbeit zeigen deutlich die bewußte Gründung als Konkurrenz zum Klassenkampf. Wie nahtlos sich das heute bestehende Modell an alte Tradidionen anschließt, zeigen folgende Ausführungen: *„Bei Versuchen, neue Verhaltensmodelle zu erproben, ist unter anderem die Akademische Freischar zu nennen, an deren freiwilligen Arbeitslagern je zu 1/3 Studenten, Arbeiter und Bauern teilnahmen... Seit 1910 wurden Arbeitslager dieses Stils empfohlen. ...stammt aus einer Zeit, als freiwillige Dienste uniformiert, staatlich organisiert und für alle verbindlich werden sollten, was dann im Reichsarbeitsdienst gelang"* („Die Innere Mission" 5/74, S. 198).

Stolz erinnert auch ein Bericht von 1973: *„Der Jugendbund des Katholischen Deutschen Frauenbundes führte seit etwa 1930 einen freiwilligen Arbeitsdienst für Abiturientinnen und Landjugend durch"* (S. 18) — der dann nur noch von den faschistischen staatlichen Stellen übernommen zu werden brauchte.

Gleich nach Ende des 2. Weltkrieges begann die westdeutsche Bourgeoisie, an diese Traditionen anzuknüpfen. Dabei ging sie mehrgleisig vor. Auf der einen Seite ließ sie in der Öffentlichkeit und im Parlament bis auf den heutigen Tag die Diskussion um weibliche Wehrpflicht, Pflichtjahr etc. nie abreißen. Allerdings gab es — besonders in den ersten Nachkriegsjahren — erheblichen Widerstand dagegen. Offiziell dementierte die Bundesregierung auch derartige Absichten. So antwortete am 7.7.1971 der Parlamentarische Staatssekretär Rhode auf eine entsprechende Anfrage der CDU/CSU: *„Neben den grundsätzlichen Einwänden und Bedenken, die ganz allgemein gegen den Gedanken einer solchen Verpflichtung vorzubringen sind, sei schließlich noch angemerkt, daß eine Zwangsverpflichtung einen unverhältnismäßig großen Verwaltungsaufwand auslösen würde"* (Dokumentarischer Bericht, S. 14). S. 14).

Die Dienstpflicht nach den Notstandsgesetzen

Die SPD/FDP-Regierung konnte ganz gelassen die Anfrage der Opposition behandeln. War die „gesetzliche Grundlage" einer möglichen weiblichen Dienstpflicht doch schon längst festgelegt: Am 24.6.1968 trat das Notstandsverfassungsgesetz in Kraft, das die Frage der Einbeziehung von Frauen eindeutig regelt.

"Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts-und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 35. Lebensjahr durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden" — so steht es unter Artikel 12, Absatz 4. Dieser Artikel läuft unter „Zivildienstpflicht", da Frauen ausdrücklich vom Dienst mit der Waffe ausgenommen sind. Welche Ausmaße allerdings eine Zivildienstverpflichtung annehmen kann, läßt sich von den entsprechenden Bestimmungen für Männer ablesen:

„Inhaltlich bedeutet eine Zivildienstverpflichtung, daß Wehrpflichtige ... durch einen Verpflichtungsbescheid sowohl zur Weiterarbeit an ihrem alten Arbeitsplatz als auch unter Wechsel des Arbeitgebers oder der Dienststelle an einem neuen Arbeitsplatz eingesetzt werden können. Eine ähnliche Regelung war schon in Hitlers Notdienstverordnung von 1938 enthalten. ... Dieser Einsatz ist zulässig bei den Streitkräften im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung, aber auch im Bereich der Versorgung der Zivilbevölkerung, wenn es gilt, ihren lebensnotwendigen Bedarf oder ihren Schutz sicherzustellen. ... Was jedoch zum Bereich der ‚Versorgung der Zivilbevölkerung mit dem lebensnotwendigen Bedarf' gehört, ist eine Frage der Auslegung. Auch bei einer restriktiven Konkretisierung werden sich nur wenige Bereiche finden lassen, die nicht der Versorgung der Streitkräfte dienen oder die nicht für die Zivilbevölkerung lebensnotwendig sind. Jedenfalls umfaßt der in Artikel 12 mit 'Versorgung' umschriebene Bereich nicht nur alle Zweige der Rüstungsindustrie einschließlich der Zulieferbetriebe, sondern auch einen großen Teil der übrigen privaten Wirtschaft und die öffentlichen Versorgungsbetriebe" (aus „Kritik der Notstandsgesetze" Edition Suhrkamp, 32 i, S. 52).

Die Kirche und der Dienst am Nächsten

Viel unauffälliger konnte die Kirche an die Tradition der weiblichen Dienstpflicht anknüpfen. Dabei wurden die »freiwilligen Dienste« der Jugendlichen damit geködert, daß man sie zu normalen Verhaltensweisen in der Nachkriegsgesellschaft erklärte.

»In der Zeit unmittelbar nach 1945 war eine Nachbarschaftshilfe für viele Menschen selbstverständlich. Für die Gewinnung von Helfern schienen keine großen Aufrufe erforderlich. Ausländische, vor allem kirchliche Organisationen machten der Jugend die Teilnahme an internationalen Hilfsdiensten möglich« (Dokumentarischer Bericht, S. 9). Die Kirche ließ die Arbeitseinsätze der Jugendlichen als »Vergangenheitsbewältigung« laufen: *»Auf der Suche nach gesellschaftlicher und nationaler Identität bemühten sich die Mitarbeiter der Freiwilligendienste, Belastungen der Vergangenheit aufzunehmen. Sie praktizierten neue Formen des Zusammenlebens und der Kooperation. Trotz der allgemeinen ‚Unfähigkeit zu trauern' gab es Menschen, die die faschistische Vergangenheit nicht überspringen, nicht verschweigen konnten, sondern meinten, sie müßten mit einem sichtbaren Zeichen der Tat heraustreten aus der Zone verstockten Schweigens oder unverbindlicher Diskussionen«* (Dok. Bericht, S. 10).

In diesem Rahmen wurde 1953 auch der katholische »Bauorden« gegründet, um Hilfe im Wohnngsbau für Flüchtlinge zu leisten.

1958 wurde zur Aktion »Sühnezeichen« aufgerufen, an der sich jeder durch finanzielle Beiträge oder praktische Einsätze beteiligen sollte. Abgesehen von zahlreichen kurzfristigen Diensten wurden Jahreseinsätze in den Ländern geleistet, in denen der deutsche Faschismus besonders gewütet hatte: Belgien, Frankreich, Holland, Österreich, Norwegen und Israel.

Insgesamt ist zu sagen, daß der Freiwilligeneinsatz in den ersten Nachkriegsjahren bewußt orientiert war an der Not und den Folgen des Krieges. Dabei stand die zu leistende Arbeit in klarem Zusammenhang zur Nachkriegspolitik der Bourgeoisie. Bei weitem der beliebteste Einsatzort war Israel, das noch 1973 an der Spitze der Einsatzorte stand.

In zunehmendem Maße allerdings verlagerten sich die Freiwilligeneinsätze. *»Freiwillige Soziale Dienste der Bevölkerung, wie sie in den ersten Nachkriegsjahren geleistet wurden, verebbten in dem Maße, wie Wiederaufbau und wirtschaftlicher Aufstieg die Kräfte absorbierten und zum Erfolg führten«* (Dok. Bericht, S. 199).

Auch innerhalb der BRD gab es genug zu tun. *»Es ist bekannt, daß der katastrophale Mangel an Pflegepersonal in den Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen im Jahre 1954 Anlaß für den damaligen Rektor der Anstalten in Neudettelsau und heutigen evangelischen Landesbischof von Bayern D. Dietzfelbinger war, junge Menschen zu einem Jahr für die Diakonie aufzurufen«* (Dok. Bericht, S. 26). Denn: *»Das vordringliche Interesse der Einsatzstellen an der Behebung ihres Personalmangels mittels freiwilliger sozialer Helfer ... ist solange legitim, wie der soziale Bereich und speziell die Träger sozialer Einrichtungen von der Gesellschaft nicht mit den notwendigen materiellen und personellen Investitionen bedacht werden«* (Dok. Bericht, S. 28).





Und weil der kapitalistische Staat in der BRD nicht genug tut für Behinderte, Alte, Kranke, Kinder und Notleidende wurde eben das »Diakonische Jahr« ins Leben gerufen, das eine Zusammenlegung der oben erwähnten Inneren Mission mit dem Evangelischen Hilfswerk war.

Im wesentlichen organisieren vier Trägergruppen das Freiwillige Soziale Jahr, die darüber hinaus in einem Bundesarbeitskreis zusammenarbeiten. Seit 1967 gibt es zwischen dieser Bundeszentrale und dem Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit regelmäßige Treffen und Absprachen. Die vier genannten Trägergruppen sind:

1. Evangelische Träger:
   — Diakonisches Werk d. Evang. Kirche;
   — Arbeitsgemeinschaft der Evang. Jugend.
2. Freie Träger:
   — Deutscher Parität. Wohlfahrtsverband;
   — Deutsches Rotes Kreuz;
   — Intern. Bund f. Sozialarbeit;
   — Jugendsozialwerk.
3. Katholische Träger:
   — Deutscher Caritasverband;
   — Bund Deutscher Kathol. Jugend.
4. Sozialistische (heißt so!) Träger:
   — Arbeiterwohlfahrt.

1964 wurde bundeseinheitlich das »Freiwillige Soziale Jahr« eingeführt und am 1. April desselben Jahres trat sogar ein Extra-Gesetz in Kraft — das »Gesetz zur Förderung eines Freiwilligen Sozialen Jahres«. As Bildungseinrichtung war hinfort das FSJ nach dem Bundesjugendplan förderungswürdig, was sich sogleich in folgenden Zahlen niederschlug: 1969 erhielten z.B. die vier Trägergruppen von 963.515 Mark beantragten Geldern 735.320 bewilligt. 1972 waren es von 1.724.081 genau 1.180.000 Mark (Dok. Bericht). Nach dem Förderungsgesetz wäre *»ein Personalkostenzuschuß aus Mitteln des Bundesjugendplanes ... möglich bis zu einem Betrag von 85 % der Gesamtaufwendungen des Trägers der Personalkosten«* (Dok. Bericht, S. 105).

Mit anderen Worten: der kapitalistische Staat, der einerseits nicht die nötigen Mittel zur Verfügung stellt, damit Krankenhäuser, Alten- und Kinderheime ausreichend versorgt sind, finanziert andererseits den Einsatz freiwilliger Helfer in genau diesen Einrichtungen, was natürlich erheblich billiger ist!

Der Einsatz selber

Die Mehrzahl der Einsatzstellen sind Krankenhäuser, Kinder- und Altenheime und Einrichtungen für behinderte Menschen. Die genaue Zahl der Einsatzstellen ist nicht statistisch erfaßt und wird sich sicherlich häufig ändern. Für 1971 gab die Übersicht 645 Einsatzstellen an. Eine Statistik vom Februar 1977 allerdings gibt allein in Hamburg in 22 Anstalten 65 Einsatzstellen an (Bericht der FSJ-Gruppe Hamburg, Februar 1977).

Die Zahl der sich freiwillig Verpflichtenden wird durchschnittlich mit 700 angegeben. Bis 1964 — dem pflichtenden wird durchschnittlich mit 700 angegeben. Bis 1964 — dem Inkrafttreten des Gesetzes — sollen etwa 22.300 Jugendliche den »Dienst« geleistet haben. Von 1964 bis heute läßt sich eine Zahl in ähnlicher Grössenordnung angeben.

Und wie sieht die Tätigkeit, die die Jugendlichen machen, aus? Der »Dokumentarische Bericht« gibt an: *»Für Krankenhaus: das Bettenmachen, das Sauberhalten und Pflegen der Utensilien des Kranken, das Waschen und Pflegen des Kranken, das Herrichten von Frühstück und Abendbrot, das Füttern der Kranken, die Begleitung der Kranken zu Untersuchungen, die Erledigung von Botengängen, ... die Hilfe beim Austeilen von Medikamenten, das Sterilisieren von Instrumenten, das Messen von Puls und Temperatur, das Anlegen von Verbänden«.*

Mit anderen Worten — einen großen Teil der Arbeiten, die ausgebildete Krankenschwestern und Pfleger normalerweise tun.

Die Anforderungen an die Jugendlichen während der Arbeit sind erheblich — ohne daß dies allerdings auch nur annähernd bezahlt würde. Nach Paragraph 1, Absatz 5 des Förderungsgesetzes heißt es nämlich: *«Den Helferinnen und Helfern dürfen nur Unterkunft, Verpflegung und ein angemessenes Taschengeld gewährt werden«.* Unter »angemessenem Taschengeld« verstehen sie heute 150 DM für den ganzen Monat!

Und damit der Jugendliche nicht auf falsche Gedanken kommt, steht z.B. in der Vereinbarung, die der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband herausgibt: *»Zwischen der einzelnen Helferin und dem Träger der Einrichtung wird durch den Einsatz kein Arbeitsverhältnis begründet«* (Dok. Bericht, S. 94). Die primitivsten Rechte eines jeden Arbeiters oder Angestellten (im gesamten sozialen Sektor sind sie ohnehin eingeschränkt) fallen also von vornherein unter den Tisch!

Dafür hat sich die/der Jugendliche zu allerlei zu verpflichten:

»Der [die] Jahreshelfer[in] verpflichtet sich:
1. Die Hausordnung der Einsatzstelle zu erfüllen.
2. Den Weisungen der Beauftragten des Hauses und der Arbeitsgemeinschaft zu folgen.

Fortsetzung von Seite 35

3. Die Aufgaben gewissenhaft zu erfüllen« (Aus dem Vertrag, den die Arbeitsgemeinschaft »Jahr für den Nächsten« im Erzbistum Köln herausgibt).

Wer an die Hausordnungen in Kinder- oder Altenheimen denkt, der weiß, daß zur schweren Arbeit und absoluten Unterbezahlung auch noch große Einschränkungen im Privatleben an der Tagesordnung sind. Und sollte mal einem Jugendlichen der Kragen platzen, hilft nicht etwa ein Betriebsverfassungsgesetz oder das Personalvertretungsgesetz, sondern: *»Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Einsatzstelle und Jahreshelfer(in) wird die Arbeitsgemeinschaft eingeschaltet« ...* (Aus dem Vertrag der AG »Jahr für den Nächsten«).

Die ideologische Bearbeitung

Wenn es an üblicher Bezahlung, elementaren Rechten und dergleichen auch hinreichend mangelt, so haben Träger und Initiativen des FSJ doch für ausreichendes ideologisches Brimborium gesorgt. Martin Niemöller rief 1958 auf: *»Wir bitten darum, daß Ihr ein Jahr Eures Lebens freiwillig in den Dienst der Menschen stellen möchtet, die auf Hilfe angewiesen sind. Wir rufen zu freiwilligem Verzicht auf gewisse Annehmlichkeiten des bisherigen Lebens und auf Nur-Geldverdienen, um sich in den tätigen Dienst der Gemeinschaft einzureihen ...«* (»Das Diakonische Jahr«, Stuttgart 1968, S. 4). Der Informationsdienst des BDKJ vom 25.1.61 schreibt dazu: *»Ziel und Zweck einer freiwilligen Tätigkeit in Krankenhäusern, Kinder- und Altenheimen ist in erster Linie die Vermittlung einer sozialen Erfahrung und Bildung«*. Und in einer Verlautbarung des BDKJ von 1968 heißt es: *»Das FSJ will das Bewußtsein für die soziale Verantwortung und Solidarität wecken, durch eigenes Tun Einsicht und Erfahrung vermitteln und zu sozialem Handeln befähigen«*. Und so überschlagen sich in sämtlichen Schriften von und über das FSJ die aufgeblasensten pädagogischen Konzepte:

»Das FSJ ist ein Angebot an junge Leute, während einer speziellen Phase ihrer Sozialisation in einer besonders organisierten Form von praktischer Arbeit mit behinderten Menschen wichtige Erkenntnisse für ihre zukünftige Lebensgestaltung zu gewinnen. Die hauptsächliche Motivation der freiwilligen sozialen Helfer für ein FSJ sind von daher vor allem auf eine qualifizierte Berufsfindung, Selbstfindung durch Selbstständigwerden vom Elternhaus und das Interesse an Einblicken in sozialpolitische Zusammenhänge gerichtet. Die pädagogische Begleitung eines Freiwilligen Sozialen Jahres hat sich an diesen als Emanzipationsbedürfnissen zu beschreibenden Ansprüchen der Helfer auszurichten und ist vornehmlich erziehungswissenschaftlich orientiert« (Peter Göbel, »Pädagogische Begleitung in Innere Mission«, 5/74).

Nicht nur, daß mit der vollen Orientierung auf die »pädagogische Wirkung« des FSJ die tatsächlichen Bedingungen bei der täglichen Arbeit voll unter den Tisch fallen — die miesen Bedingungen, auf die die Jugendlichen in der Realität treffen, werden geradezu als »pädagogische Hilfsmittel« hochstilisiert. So kann man tatsächlich die Wirklichkeit auf den Kopf stellen!

Die Initiatoren wissen natürlich, daß das, was die Jugendlichen bei ihrer Arbeit zu sehen bekommen, von einiger politischer Brisanz ist:

»Vor allem die Konfrontation mit Not, Leid und Elend während des sozialen Engagements, das Teil der sozialen und politischen Bildung ist, kann verstärkt die Frage nach dem Sinn des Lebens ... aufwerfen« (Arbeitshilfe« von Intertat), und: *»Nicht selten wollen junge Menschen aus ihrer idealistischen und aus der von ihnen empfundenen und erlebten Ungerechtigkeit heraus gleich die ganze Welt verändern«* (Intertat).

Da gilt es natürlich vorzubauen! Und so wird alles dafür getan, daß von den Jugendlichen nicht der gesellschaftliche Bezug und die politischen Ursachen, sondern immer nur das Einzelschicksal gesehen wird.

Das Weib verlerne das Dienen nicht ......

Für den überwiegenden weiblichen Teil der Dienstleistenden gibt es noch eine zusätzliche ideologische Bearbeitung, die mit der »weiblichen Veranlagung zum Dienen« nämlich. Als Leitfaden der Diakonissenanstalt Neuendettelsau, die seit 1854/55 Frauen zu sozialer Arbeit ausbildet, gilt noch heute: *»Die Absicht der Anstalt ist von Anfang her keine andere gewesen, als für den weiblichen Beruf im allgemeinen und in Sonderheit für den Dienst der unmündigen und leidenden Menschheit zu erziehen und auszubilden. Wir gehen dabei von dem Grundsatz aus, daß jedes weibliche Wesen zur Hilfeleistung und zum Dienst geboren sei ...«* (»Diakonisches Jahr schon vor einem Jahrhundert«, in: »Das Diakonische Werk«, 2/58).

»Als Hermann Dietzfelbinger am 9. Mai 1954 die Lage der jungen Frauen von damals und heute verglich, beobachtete er an der heutigen Frauengeneration, daß die Einübung mitmenschlichen Zusammenlebens weithin fehle. Er meinte, daß auf dem Weg der unmittelbaren Hilfe am Menschen alle pflegerischen und mütterlichen Gaben geweckt und geübt würden« (»Ein Aufruf«, in: »Das Diakonische Jahr«, 1968).

Letztlich spiegelt sich darin nur der a l l g e m e i n e Kurs, den die Bourgeoisie in Sachen Frauen fährt. Nett und wirksam aufgemacht, wird schon seit längerer Zeit bei den Frauen dafür geworben, sich mehr auf die »häuslichen Tugenden« zu besinnen. Hübsch gedeckte Mittagstische, selbstgebackenes Brot und der eigene Strickstrumpf werden als hochmoderne Errungenschaften angepriesen. »Zurück an Heim und Herd« ist mal wieder die Parole.

Der Einsatz im FSJ betrifft natürlich in erster Linie Mädchen und junge Frauen: Von 14.660 Einsatzstellen waren 1972 13.222 mit Frauen und Mädchen besetzt und nur 1.438 mit jungen Männern. 1971 waren bei den Freien Trägern von 1.283 Teilnehmern 1.211 weiblich und 72 männlich. Dieses Verhältnis hat sich bis heute nicht geändert (aus: Dokumentarischer Bericht).

FSJ hier und heute

Wir machen einen Fehler, wenn wir das ideologische Drumherum mit seiner teilweise stark »christlichen« Ausrichtung als skurril und für Jugendliche »von heute« als wirkungslos ansehen. Die Initiatoren und Träger der Freiwilligen Sozialen Dienste sind durchaus in der Lage, sich »zeitgemäß« zu geben. So ließen die evangelischen und katholischen Träger durch ein Marktforschungsinstitut eine »Motivanalyse« durchführen, um *»neue Erkenntnisse über das Sozialverhalten der Jugendlichen zu gewinnen«* (nach »Innere Mission«, 5/74).

»Einen großen Teil der Auswertungsarbeit und der weiteren Planung übernahm ein Werbebüro (!). *Es empfahl uns, in Zukunft unter einem gemeinsamen Namen über die Freiwilligen Sozialen Dienste zu informieren«* (»Innere Mission«, 5/74, S. 187). Das gemeinsame Unternehmen heißt seitdem »Intertat«.

Im weiteren ist die Frage für viele weibliche Schulabgänger heute nicht so sehr die Entscheidung f ü r einen »mütterlichen« und sozialen Dienst als vielmehr, daß es für sie die einzige Möglichkeit ist, nicht arbeitslos auf der Straße zu stehen. Das heißt mit anderen Worten, daß unter der Hand mit recht viel Druck den Mädchen »nahegelegt« wird, entweder arbeitslos zu sein oder wenigstens für ein Ei und ein Butterbrot von der Straße weg zu sein. Es ist klar, daß solche »Werbemethoden« nicht an die große Glocke gehängt werden. So ist erklärlicherweise die Zusammenarbeit mit Schulen und Arbeitsämtern ausgezeichnet: *»Zu den Schulen, vornehmlich zu den Realschulen, haben die Mitarbeiter häufig gute Verbindungen, da von dort die größte Zahl der Teilnehmer kommt«* (Dok. Bericht, S. 116). Mit Genehmigung der Schulleitung werden Werbebroschüren verteilt, Referate gehalten und Filme gezeigt. Was für die Jungen die Werbekampagne der Jugendoffiziere ist,. das sei den Mädchen die Kampagne für's FSJ!

Einen nicht unbedeutenden Teil an der vermehrten Teilnahme am FSJ dürfte heute der Staat selbst beitragen. So wird durch die staatliche Anerkennung in den meisten sozialen Berufen das FSJ als Berufspraktikum und Berufsvorbereitung anerkannt.

Ja, der Staat geht sogar so weit, daß z. B. in einem Vorschlag des Hamburger Senats zur Neuregelung der Studienordnung für die Teilnahme am FSJ ein Sonderbonus vorgesehen ist. Mit anderen Worten: Bei der Studien- oder Berufswahl wird es für viele Mädchen immer entscheidender, sich ein Jahr lang in den »Dienst am Nächsten« gestellt zu haben.

Wenn wir uns die Demagogie in der bürgerlichen Presse dazu ansehen, die die zunehmende »Verwahrlosung« der arbeitslosen Jugendlichen beklagt, und das gleichzeitige Wiederaufleben der Diskussion um das Pflichtjahr für Mädchen, dürfte die eingeschlagene Richtung klar sein.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Kinder-Pornos und Sexualfeindlichkeiten — zwei Seiten einer Medaille

Für den normalen Verstand kaum noch Faßbares spielte sich einem Bericht der bürgerlichen Frauenzeitung „Brigitte" (Nr. 18/77) zufolge kürzlich vor einem bayrischen Gericht ab: Da standen der Arbeiter Otto Venzl (32) und seine Frau Erika (26) vor Gericht wegen des „dringenden Verdachts", an Erika Venzl's fünfjähriger Tochter aus erster Ehe, Sylvia, „sexuelle Handlungen vorgenommen zu haben". Die Anzeige kam von Sylvia's Vater, dem geschiedenen Mann von Erika V. Der Polizei hatte er am 18. August 1976 zu Protokoll gegeben: *„Meine Tochter Sylvia versteht unter einem Hansele das männliche Geschlechtsteil. Als sie vorletztes Wochenende bei mir zu Besuch war, versuchte sie, mein Hansele zu berühren. Auf meinen Vorhalt sagte sie, das dürfe sie bei ihrem jetzigen Papa auch".*

Auf die Anzeige hin nahm das Jugendamt am 26. August 1976, nach einem ersten „Verhör" der kleinen Sylvia, das Kind ihrer Mutter weg und steckte es zu einer „Pflegemutter". Die Frau ist offenbar „genau richtig" für das Kind, nämlich sexuell total verklemmt. Das spricht jedenfalls aus ihrer Aussage vorm Untersuchungsrichter (8.12. 1976): *„Mir fiel einmal beim Arzt auf, daß Sylvia in einer Zeitung ein nacktes Mädchen anschaute... Vor kurzem setzte sie sich neben meinen Mann auf die Couch, griff auf seinen Oberschenkel... Sie will auch immer zuschauen, wenn mein Mann oder ich baden. Ich habe den Eindruck, daß das Kind in dieser Hinsicht bereits verdorben ist".*

Die kleine Sylvia wurde – „nur zu ihrem Besten", versteht sich! – durch mehrere untersuchungsrichterliche Verhöre, psychologische Gutachten und schließlich auch noch durch die Gerichtsverhandlung gegen ihre Mutter und ihren Stiefvater geschleift. Bei all dem fand sich nicht der kleinste Hinweis auf einen „sexuellen Mißbrauch" des Kindes. Die Kleine war lediglich ab und zu ins Bett der Eltern geschlüpft und hatte dabei ihrem Stiefvater auch mal an den Schwanz gefaßt. Das war alles.

Grund genug für die Justiz, dem Kind mit säuischen Fragen zuzusetzen: *„War der Hansele fest oder weich?", „War es die ganze Zeit weich?", „... ob bei Papas Hansele etwas herauskommt", „Wenn du am Hansele gespielt hast, war das schön?".* Treffsichere Antwort von Sylvia: **„Müßt ihr denn alles wissen?"...**

Daß die Verhöre durch diese Kinderverderber an Sylvia nicht spurlos vorübergegangen sind, geht aus einem psychologischen Gutachten (9.3.77) hervor: *„...Es muß jedoch betont werden, daß Sylvia dem fraglichen Geschehen gegenüber heute keine unbefangene Haltung mehr einnimmt. Während polizeiliche und richterliche Vernehmungsniederschrift den Eindruck erwecken, als habe das Kind zum damaligen Zeitpunkt (August 1976) frei und unbeschwert von einem in ihrem subjektiven Erleben harmlosen, lustigen Spiel erzählt, so verhält sie sich heute geradezu gegensätzlich: Sie scheut sich, darüber zu sprechen, erschrickt über zufällige Äußerungen...".*

Glückwunsch, Ziel erreicht, kann man da dem Jugendamt und der Justiz nur bescheinigen: Das Leben eines Kindes wurde mit Erfolg auf Jahre hinaus verpfuscht! Eine wirklich stolze Leistung. – Im Prozess gegen die Venzl's mußte der Skandal natürlich zum krönenden Abschluß gebracht werden: Otto Venzl wurde zu acht Monaten Knast verurteilt, *„weil er von seiner Stieftochter wiederholt sexuelle Handlungen an sich vornehmen ließ"*; dasselbe Urteil gegen Erika Venzl, *„weil sie ihre Tochter Sylvia fortgesetzt bestimmt hatte, an ihrem Stiefvater sexuelle Handlungen vorzunehmen".* Beide Strafen wurden gegen Geldbußen von 2.000 bzw. 1.000 DM „zur Bewährung ausgesetzt".

Das Urteil hätte sicher ganz anders ausgesehen, wenn die Venzl's die kleine Sylvia fortgesetzt mit Schlägen mißhandelt hätten. Darum kümmert sich nämlich kein Gericht, falls das Kind nicht gerade totgequält oder zumindest schwer krankenhausreif geprügelt wird! Schlagen erlaubt, Zärtlichkeiten verboten. Bürgerliche Moral 1977!!! Da war man sogar im Mittelalter schon etwas weiter.

Selbst „Brigitte" schüttelt darüber den Kopf. Geradezu fassungslos zitiert Verfasser Norbert Leder aus den Schriften bürgerlicher Pädagogen, in denen es z.B. heißt: *„Auch Kleinstkinder sind schon in eine möglichst umfassende Kommunikation, welche die sexuelle einschließt, einzubeziehen. Zärtlichkeiten als positive Form der körperlichen Begegnung muß erfahrbar gemacht werden"* (aus „Konfliktfeld Sexualität" von Dr. Ignaz Kerscher).

Der Vormarsch solcher im Grunde völlig simpler und selbstverständlicher Erkenntnisse soll durch das Gerichtsurteil gegen die Venzl's und ähnliche Schikanen gestoppt werden. Und es tröste sich niemand mit dem Gedanken, daß „die in Bayern" eben „spinnen". Pädagogik dieser Art gehört zum Programm der CDU/CSU für die 80er Jahre!

In makabrem Gegensatz dazu steht die derzeit modische Vermarktung des Kindes als Sexualobjekt in Kinos, Illustrierten etc. Der Zeitpunkt scheint schon absehbar, wo auf der Reeperbahn der „Geschlechtsverkehr" zwischen einem Kind und einem Schäferhund auf die Bühne gebracht wird ... und wo nur der Tierschutzverein dagegen Protest erhebt. Sexualität in pervertierter und kommerzialisierter Form ist im Kapitalismus nämlich noch allemal legal und gern gesehen.

Das muß nicht sein: Schwulenzentrum in München läßt Frauen abblitzen

Unverständlich erscheint (sicher nicht nur) uns das Verhalten von Mitgliedern der Homosexuellen Aktion München (HAM) gegenüber zwei Frauen, die das Kommunikationszentrum der HAM besuchen wollten, um mit der dortigen Schwulengruppe ins Gespräch zu kommen, und die dabei auf unschöne üble Weise abgeblitzt sind. In einem Leserbrief an das „Blatt" (Nr.103) machten Brigitte und Monika ihrem Ärger Luft und schrieben über den Zweck ihres Besuches: *„Wir sind zwei Frauen, die die Gleichberechtigung aller wollen; Unterdrückung lehnen wir ab, aber genauso Ignoranz, die man/frau oft genug mit Toleranz verwechselt. Und weil wir glauben, daß Engagement nicht nur durch stundenlanges Faseln über Solidarität und über miese Zustände bewiesen werden kann, haben wir die Initiative ergriffen und dabei eins aufs Dach bekommen. Es wollte uns noch nie in den Kopf, daß Schwule und Heterosexuelle bzw. umgekehrt nichts miteinander anfangen können (Sex ersetzt ja nicht jede Form der Kommunikation)...".* Als sie das Zentrum am Glockenbach (Teestube) um 20.30 Uhr immer noch verschlossen fanden (um 20.00 Uhr sollte angeblich geöffnet sein – das alte Leiden !), riefen sie einen HAM'ler an, und dort *„sagte man uns, daß inzwischen offen sei, daß Frauen auch kommen könnten, aber da wir nun mal nicht schwul seien, würde sich wohl kaum einer um uns kümmern ... Zu bemerken ist, daß wir nicht verhehlt hatten, an ihrer Sache interessiert zu sein und daß wir uns mit ihnen solidarisch zeigen möchten".*

Zu Recht fragen die beiden Frauen angesichts dieses sektiererischen Verhaltens, *„ob die HAM-Schwulen gern unter sich bleiben, lieber die Unverstandenen spielen und provozieren (Trikontfest) und im übrigen auf Leute wie uns arrogant verzichten wollen. Wir meinen nämlich immer noch, daß demonstrierte Solidarität von 'außen' mehr nützt als dieses hirnverbohrte 'Unter-sich-bleiben' ".* Dem gibt es wohl nichts hinzuzufügen!

AG Sexualität
KB/Gruppe Hamburg

Repression gegen Schwulen-Zentrum in Frankfurt

Am 26.August wurde auf Anordnung des Ordnungsamtes das Schwulenzentrum „Anderes Ufer" in Frankfurt mit sofortiger Wirkung geschlossen. Die Beamten erschienen um 23 Uhr, die amtlichen Siegel bereits in der Hand. Als Begründung für die Schließung des Schwulenzentrums wurde von der Behörde angegeben, es handle sich um einen „komerziellen Betrieb", der folglich einer Konzession bedarf, die das „Andere Ufer" nicht vorweisen konnte. Nachdem die Schwulen kurzerhand am nächsten Tag ihr Zentrum wieder öffneten, erschienen einige Tage später mehrere Bullen und erklärten das Zentrum erneut für geschlossen. Per Einstweiliger Verfügung ist das „Andere Ufer" inzwischen wieder geöffnet, allerdings kann für Essen und Getränke nur der Einkaufspreis kassiert werden.

Das „Andere Ufer" ist eine Einrichtung von Schwulen für Schwule, d.h. daß sich hier einige Leute gefunden haben, die sich alternativ zur schwulen Subkultur (Bars, Parks, „Klappen") die Aufgabe gesetzt haben, in Frankfurt die Möglichkeit für Schwule zu schaffen, sich ohne Eintrittspreise, ohrenbetäubende Musik etc. zu treffen.

Mit einem administrativen Akt soll hier ein wichtiges Kommunikationszentrum der Schwulen kaputt gemacht werden.

Für Schwule gibt es inzwischen kaum noch „sichere" Plätze, um sich zu treffen. Neben Razzien in Parks, Klappen und Lokalen steht die Schikanierung von Schwulenzentren wie in Frankfurt.

AG Sexualität
KB/Gruppe Hamburg

Zwei Entlassungen gegen Schwule in Hannover

Das Optikergeschäft Becker&Flöge kündigte kürzlich dem Lehrling I.– Grund: I.und sein Freund hätten sich als Schwule zu erkennen gegeben, indem sie sich umarmten und küßten. Ort der Handlung: UJZ Glocksee, Aufführung des Theaters „Rote Grütze". Die Tochter des Chefs war auch da, hat's gesehen und zu Hause weitererzählt. – Daraufhin wurde I. mitgeteilt, seine Leistungen seien „ungenügend" und man müsse sich von ihm trennen. Noch am Tage zuvor hatte der Lehrlingsausbilder der Firma I. ausdrücklich wegen seiner Leistungssteigerung gelobt! Da I. sein vorheriges Lehrverhältnis wegen miserabler Ausbildungsbedingungen gelöst hatte, ist es für ihn ziemlich aussichtslos, eine neue Lehrstelle zu finden.

Der zweite Fall: Als der Organist H. sich bei einer Hannoveraner Kirchengemeinde um die Stelle bewarb, die er vertretungsweise bereits seit einigen Monaten innehatte, wurde er wegen seiner Homosexualität denunziert: *„Ein anonymer Anrufer warnt den Pastor vor H.'s Homosexualität. Der Pastor will von H. wissen ob das denn stimmt; der sagt wahrheitsgemäß, daß er schwul ist, worauf man ihm versichert, daß das seiner Einstellung nicht im Wege steht."* Mit der Begründung, ein Schwuler könne Jugendliche nicht beim Singen anleiten, lehnte der Kirchenvorstand jedoch H.'s Bewerbung ab. In typisch christlicher Heuchelei „bedauerten" diese Halleluja-Vögel dann auch noch ihre Entscheidung: H.'s Arbeit sei gut gewesen, sie hätten nichts gegen ihn, aber „leider" hätte „in der Gemeinde" niemand Verständnis für eine andere Entscheidung gehabt! Zusätzlich entblödeten sich die Kirchen-Freaks nicht, H. zu bitten, die Stelle noch zwei Monate (bis zu seiner Entlassung) einzunehmen, weil kein Ersatz zu finden sei! Quelle: Anti-Repressions-Info, August 1977, des Anti-Repressions-Arbeitskreises Hannover).

AG Sexualität
KB/Gruppe Hamburg

Weiter in der Diskussion: »Schwule und Frauen«

Wie in AK 112 berichtet, ist ansatzweise eine Diskussion über das Verhältnis zwischen (männlicher) Schwulenbewegung und Frauenbewegung in Gang gekommen, auch unter dem Gesichtspunkt möglicher Interessenidentitäten, Möglichkeiten einer Zusammenarbeit etc.

Zu diesem Thema hat mit Datum vom 10.8. die Schwulen-Zeitung „Rosa" einen Brief an verschiedenste Frauenzeitungen, Schwulenzeitungen sowie als einziger organisationspolitischen Zeitung auch an den ARBEITERKAMPF verschickt. Leider haben wir den Abdruck des Briefes zeitlich ziemlich „verdödelt", möchten ihn aber doch, wenn auch mit Verspätung, den Leserinnen und Lesern des AK nicht vorenthalten. Also denn:

„Liebe Freundinnen und Freunde! Wir, die Redaktion der ROSA, einer Zeitung der schwulen Bewegung, bereiten die Nr.11 unserer Zeitung vor. Das Schwerpunktthema lautet: 'Frauen und Schwule'.

Wir gehen davon aus, das es Parallelen in der Frauen- und Schwulenbewegung gibt. Deswegen sind wir an einer Auseinandersetzung mit Euch über diese Fragen sehr interessiert und bitten Euch, uns eine Stellungnahme zu folgenden Fragen zur Verfügung zu stellen: 1. Welche Zusammenhänge zwischen Frauen- und Schwulenunterdrückung seht ihr? 2.Haltet ihr eine Auseinandersetzung zwischen interessierten Frauen/Frauenbewegung und interessierten Schwulen/Schwulenbewegung für sinnvoll? 3.Seht Ihr Möglichkeiten für ein gemeinsames Vorgehen in der praktischen Politik und wenn ja, in welchen Bereichen?

Wir wären Euch sehr dankbar, wenn Ihr Eure Stellungnahme bis (spätestens) 15.September 77 an uns schicken könntet, da wir zu diesem Termin Redaktionsschluß haben... mit freundlichen Grüßen Eure ROSA-Redaktion".

Über den Fortgang der Debatte werden wir natürlich informieren.

Griechenland

Vorzeitige Wahlen in Griechenland

Nun steht es endgültig fest, die Wahlen in Griechenland werden nicht erst im Herbst 1978, sondern bereits im November dieses Jahres stattfinden.

Das ist zweifellos ein ungemein guter Schachzug der rechten Karamanlis-Regierung, nimmt sie doch zu Recht an, daß jeder spätere Wahltermin ihr angeschlagenes Image noch mehr herabsetzt, ihre Wahlchancen somit von Monat zu Monat schlechter werden. Dies insbesonders, da in den nächsten Monaten so brisante Themen wie der EG-Beitritt, die völlige Wiedereingliederung in die NATO, die Lösung des Zypernproblems, Ägäis-Frage, starke wirtschaftliche Schwierigkeiten anstehen, um nur einiges zu nennen.

Zwar ist die Karamanlis-Regierung bereits heute weit weniger populär als 1975 oder 1976, aber wie wird sie erst nach der Behandlung obiger Themen dastehen? Außerdem kommt ihr zur Zeit noch zugute, daß die gesamte Opposition noch nie so zerstritten wie heute war, ernsthafte Bündnisse, »Volksfronten«, »Linksunion« etc. nicht möglich sind. Bei Wahlen in diesem Jahr wird ein nicht unbeträchtlicher Teil an Stimmen der Jungwähler, die noch nicht in den Wahllisten aufgenommen werden konnten, da diese bereits am 31.3. für dieses Jahr geschlossen wurden, der Linken verloren gehen.

All dieses zusammen hat in der regierenden Rechten den Ausschlag für Wahlen in diesem Jahr gegeben. Das einzige Wahlbündnis, das bisher erklärt hat, gemeinsam zu kandidieren, ist die »Demokratische Zusammenarbeit«, die es seit einigen Monaten gibt. Dies Bündnis wird gebildet aus der »Sosialistikij Poria« (Revolutionär-sozialistische Gruppe), der »Christianikji Dhimokratia« (linkssozialistische Christen), KKE »Inland« (Eurorevisionisten) EDA (ehemaliges legales Aushängeschild der Revisionisten, inzwischen eine zwischen den Eurorevisionisten und Sozialdemokraten angesiedelte kleine Partei) und der »Sozialistischen Initiative«, die aus den Linkssozialdemokraten wie Mangakis, Tsatsos etc. besteht, die vor einigen Monaten die sozialliberale Edik von Mavros verlassen haben.

Die Chancen dieses Wahlbündnisses wird allgemein nicht sonderlich hoch eingeschätzt, da es ihnen bislang nicht gelungen ist, auch nur annähernd in Massenkämpfe einzugreifen; ebensowenig haben sie eine politische Profilierung nun gerade dieser Vereinigung den Revisionisten der KKE und den Linkssozialisten der PA.SO.K. gegenüber hervorzuheben.

Papandreou hat bereits auf dem letzten Kongreß seiner PA.SO.K. erklärt, daß sie alleine kandidieren wollen, um ihr Programm nicht zu verwässern und außerdem die PA.SO.K. die einzige sozialistische Alternative sei. Papandreou hat gegenüber der Presse erklärt, daß er mit 20 % für seine Partei rechne (bisher 13 %) und erst beim übernächsten Mal die »Machtfrage« stehe, da das »Volk heute noch nicht reif sei«! Das heißt, die PA.SO.K. wird sich mit der sozialliberalen Edik um die führende Rolle der Opposition streiten. Somit werden sich die linken Stimmen auf die PA.SO.K., die KKE und das obengenannte Bündnis aufspalten. Karamanlis wird, das dürfte wohl bereits jetzt feststehen, auch der nächsten Regierung angehören.

Griechenland/Türkei-Kommission

Wehrpflicht für Frauen

Griechenland: Am 30.8.77 verabschiedete das griechische Parlament den Gesetzentwurf über die Rekrutierung von Frauen für die Armee. Danach sind jetzt alle Frauen mit Vollendung des 20. Lebensjahres wehrpflichtig, eingezogen werden sie in Friedenszeiten bis zum Alter von 32, Spezialistinnen in Kriegszeiten bis zu 50 Jahren. Dienstzeit: 14 bis 24 Monate. Eingesetzt werden die Frauen hauptsächlich im Büro- und Sanitätsdienst, aber auch nach israelischem Vorbild ind Kampfeinheiten! Laut Gesetz können selbst in Friedenszeiten Frauen zwangsrekrutiert werden. Auch verheiratete Frauen werden nicht mehr verschont, es gelten nur wenige Ausnahmefälle, aus „besonderen familiären Gründen".

„Freiwillig" kann ab sofort jede Frau in den Militärdienst treten. Die Rechte, insbesondere die diktatorisch im Parlament herrschende „Neue Demokratie" (Karamanlis), hat mit kaum zu überbietender Demagogie dieses Gesetz als ein Gesetz für die „Gleichberechtigung der Frauen" genannt und Kriegsminister Averof, der bekannt für seine ausgezeichneten Verbindungen zu den Juntafaschisten ist, hat die Kritiken der Opposition an der Rekrutierung der Frauen für die Armee mit der Bemerkung runtergemacht, „Männer und Frauen müssen schließlich dieselben Rechte haben."

Die Proteste der linken Organisationen und der erst schwach entwikkelten Frauenbewegung gegen dieses neue Gesetz hielten sich in Grenzen.

Ende August fand lediglich eine Großveranstaltung im Athener Akropol-Theater statt, die von den Jugendorganisationen der Oppositionsparteien, dem Studentendachverband, „Sosialistikji Poria", „Christianikji Dhimokratia" (christliche, linkssozialistische Bewegung).

Wie demagogisch die Sprüche der Rechten mit der „Gleichberechtigung" tatsächlich sind, macht die reale Lage der griechischen Frauen deutlich:

So ist in dem seit 1946 geltenden Familienrecht die „Überlegenheit des Mannes verankert". *„Der Mann ist das Haupt der Familie. Er entscheidet über alles, was das Familienleben betrifft"* (Gesetz 1389). *„Um das Ansehen oder die Moral der Familie zu sichern, darf der Mann Kleidungsvorschriften erlassen, Neigungen verbieten, Kuverts öffnen"* (Jurist Georgios Michailidis).

Nach außen hin gilt die Griechin als gesetzlicher Auftragsempfänger ihres Mannes. Theoretisch kann sie ohne Zustimmung ihres Mannes nur Brot kaufen. Kauft sie einen Teppich, ohne ihren Mann zu fragen, ist er nicht zur Zahlung verpflichtet. Streng genommen darf die griechische Frau ohne Genehmigung ihres Mannes kein Gewerbe treiben, keine Verträge abschließen. Selbst berufstätig darf sie nur mit ausdrücklicher Einwilligung ihres Mannes werden.

Ihren Kindern gegenüber rangiert die Griechin als Amme und Pflegerin, denn das Gesetz kennt keine elterliche, nur eine väterliche Gewalt (Zitate aus Spiegel vom 19.9.77).

Griechenland/Türkei-Kommission

Juntamitglied entflohen — Mittäterschaft des Staatsapparats

Griechenland. Der Faschist Bolaris, der als Chef des Einsatzes am Polytechnikum im November 1973 gilt (damals kamen an die 100 Antifaschisten um) ist aus dem Gefängniskrankenhaus geflohen. Die Flucht erinnert fatal an die des SS-Mörders Kappler aus dem italienischen Krankenhaus.

Die ersten Ermittlungen haben ergeben, daß bei der Bewachung von Bolaris und etlichen weiteren Faschisten absolute Zügellosigkeit und ein Klima der Verbrüderung zwischen Häftlingen und Wärtern herrscht. Gemeinsam wurde getrunken und gegessen, die Frauen der Faschisten durften so häufig wie sie wollten kommen. Bolaris beispielsweise bewegte sich völlig unbehelligt in sämtlichen Stockwerken des Krankenhauses.

„Die einzige Zelle, die es für Faschisten offenbar gibt, ist die Telefonzelle" schreibt mit recht eine Athener Tageszeitung. Den „Häftlingen" treten die Wärter nicht selten als „Untergebene" entgegen. Und tatsächlich ist es nicht selten der Fall, daß die entlassenen Juntamitglieder wieder in die Armee übernommen werden, und sich dann ja vielleicht den Wärtern gegenüber erkenntlich zeigen... Eine einzige Kumpanei! Mittlerweile ist die Justiz nicht umhingekommen, Anklage gegen fünf Wärter , gegen deren Vorgesetzte (zwei Offiziere), den Direktor des Gefängniskrankenhauses, und den Kommandeur der Gefangenenwache zu stellen. Am 3.9.77 sind alle in Untersuchungshaft genommen worden. Es wurde nachgewiesen, daß die Flucht von Bolaris mit der Erlaubnis seiner Wache geschah. Das dies kein Einzelfall ist, bewies die Athener Tageszeitung „Eleftherotipia" am 4.9.77:

„D. Dertilis, ebenfalls schuldig wegen der Niedermetzelung des Polytechnikumsaufstands, speiste, trank und hielt die Gendarmen frei, die ihn in das Restaurant von Emin Aghas zwischen Arta und Ioannia begleiteten. Der Gefangene hatte die Hände frei und bestellte für sich und seine „Aufpasser" mindestens zehn Flaschen Bier, viele Teller mit Fleisch etc."

Augenzeugen waren die Schauspieler des Nationaltheaters, die zufällig auf dem Weg zum Schauspielhaus den Faschisten erkannten. Wie sie weiter aussagten, unterhielten sich Dertilis und seine Begleiter angeregt und heiter, und die Wärter traten dem Faschisten mit großem Respekt gegenüber, so als sei er ihr Vorgesetzter!

Kampf dem Faschismus!
Griechenland/Türkei-Kommission

Liberale Partei gegründet

Griechenland. Anfang September gründete der ehemalige Minister K. Mitsotakjis die „Partei der Neoliberalen" („Komma Neofileleftheron"), die sich als „Wiedergründung" der alten „Partei der Liberalen" von Vinezelos versteht.

Mitsotakjis richtete sich als Alternative an „55% der Anhängerschaft der Neuen Demokratie Karamanlis" und an „20% der Anhängerschaft der sozialliberalen Edik von Mavros". Bei den bevorstehenden Wahlen rechnet man mit 8 - 10% der Stimmen.

Mitsotakjis gilt als besonderer Einpeitscher für den Beitritt Griechenlands in die EG, dem darüberhinaus der Kurs von Karamanlis betreffs der vollständigen Wiedereingliederung in die NATO viel zu langsam ist.

Ob Mitsotakjis wirklich größere Kreise auf sich und seine „Neoliberalen" vereinigen kann, wird in der griechischen Presse stark angezweifelt. Wenn überhaupt dürfte er wohl die Rechts-Wähler der Edik, die, so, wir allgemein angenommen, stärker verlieren wird, auffangen, da diese Wähler z. T. noch nicht sofort zur Rechten von Karamanlis überlaufen wollen. („Eleftherotipia", 6.9.77).

Bergarbeiterstreik

In den 6.Monat geht der Streik der Bergarbeiter von MADEM - LAKO. Bereits sechs Monate trotzen die Bergarbeiter den Provokationen der Unternehmer und des Staates, die erst kürzlich wieder mit starken Polizeitruppen in die Dörfer von Madem-Lako kamen und mit ihrer staatlichen Gewalt die Menschen einschüchtern wollten.

Die militanten Bergarbeiter haben neben den ursprünglichen reinen ökonomischen Forderungen mittlerweile auch politische mit in ihren Kampf aufgenommen. Insbesondere gegen die Polizeimanöver in ihrer Region. Der Kampf, so erklären sie, wird von ihnen bis zum Sieg fortgesetzt („Sosialistikji Poria" Nr.101).

Griechenland/Türkei-Kommission

Türkei

Brutale Polizeiüberfälle gegen Slumbewohner in Istanbul

Sechs Tote und hundert Verletzte

Am 2. September starteten Polizeieinheiten, ausgerüstet mit Panzerwagen und automatischen Waffen, sowie faschstische Kommandos einen brutalen Überfall auf die Slumsiedlung im Istanbuler Stadtteil Ümraniye. Dieser Überfall ist vergleichbar mit dem Attentat auf die 1. Mai-Kundgebung diesen Jahres in Istanbul, wo über dreißig Menschen einem kombinierten Angriff von Faschisten, Geheimpolizei und Polizeieinheiten zum Opfer fielen.

Die Bewohner der Slumsiedlung hatten nach dem Blutbad am 1. Mai ihre Siedlung umbenannt in „Wohnbezirk 1. Mai".

Bei dem Überfall am 2. September 1977 wurden 6 Slumbewohner ermordet und über 100 Menschen verletzt. Obwohl die Bewohner zusammen mit revolutionären Organisationen heftigen Widerstand leisteten, konnte auf Grund der gut ausgerüsteten Polizei und Faschisteneinheiten nicht verhindert werden, daß die Slumsiedlung dem Erdboden gleichgemacht wurde. Nach der Polizeiaktion setzte eine massive Verhaftungswelle ein. Über 3oo Menschen wurden eingekerkert, darunter zahlreiche Frauen und Kinder. Diese Verhafteten sind den Folterungen der Istanbuler Kerkermeistern hilflos ausgeliefert.



Frauen mit Knüppeln ausgerüstet gehen gegen die Polizei vor

Gleich nach den Überfällen wurde in der Presse versucht die Verantwortung für das Ergebnis des Überfalls den Linken in die Schuhe zu schieben. So sei „die Bevölkerung aufgehetzt worden" und die „Anarchisten hätten bei der Niederreißung des Slums ein Blutbad angerichtet".

Dies wurde zum Anlaß genommen eine breite Fahndungsaktion gegen die revolutionäre Linke in der Türkei einzuleiten.

Das sind die ersten Ergebnisse einer Politik der rechtsgerichteten Regierung unter Ministerpräsident Demirel, dessen Innenministerium angekündigt hatte, daß „den Aktivitäten von Terroristen auf türkischem Territorium in spätestens zwei Monaten" ein Ende gesetzt werden solle („Süddeutsche Zeitung", 29.8.77).

Die Slums — Ein Ausdruck der Verelendung

Die Slums entstehen vor allem am Stadtrand der großen Städte der Türkei wie Istanbul, Ankara und Izmir.



Viele junge Menschen, aber auch Ältere und ganze Familien ziehen aus den Dörfern aus mit der Hoffnung, ihre elenden Lebensverhältnisse in den Städten zu verbessern. Doch hier finden sie weder Arbeit noch eine Unterkunft. So besetzen sie Land und errichten dort ihre notdürftigen „Wohnungen" aus Briketts, Holz, Pappe oder Blech. Diese Slums, in denen über 50% der Stadtbevölkerung lebt, haben sehr oft weder Elektrizität, fließendes Wasser oder Toiletten . Obwohl von Seiten des Staates nichts getan wird, das Wohnungsproblem zu lösen, sind die Slums immer wieder Angriffen der Polizei und Faschisten ausgeliefert, die nichts anderes tun, als „rechtmäßig Privateigentum" zu schützen. Hier wird die widerliche Fratze des Imperialismus und Faschismus sichtbar., der verantwortlich ist für die elenden Lebensverhältnisse und der den Menschen nichts anderes zu bieten hat als den Tod. Der Widerstand der Slumbewohner hat gezeigt, daß sie bereit sind, sich zu wehren.

(Informationen aus Mitteilungen der ATIF (Föderation der Arbeiter aus der Türkei in der BRD e.V.) und ATÖF (Studentenföderation der Türkei in Deutschland e.V.)

Griechenland/Türkei/Zypern-Kommission

Rüstungswahnsinn und drastisches Sparprogramm

Mit drastischen Preiserhöhungen für alle wichtigen Verbrauchsgüter und Dienstleistungen und einem groß angelegten Sparprogramm will die Demirel-Regierung die riesigen Löcher in der Handels- und Zahlungsbilanz der Türkei stopfen und die Wirtschaft ankurbeln. Denn die Türkei ist praktisch bankrott: Seit einem halben Jahr können die Importe nicht mehr bezahlt werden, die Zahlungsrückstände betrugen im Juli '77 1,3 Mrd. US Dollar. Weitere 2 Mrd. US-Dollar sind für die Tilgung kurzfristiger Kredite in diesem Jahr und Anfang des kommenden Jahres fällig. Das Defizit aus dem Außenhandel betrug allein Ende 1976 bereits 3,2 Mrd. Dollar. Den Auslandsschulden in Höhe von insgesamt rund 6 Mrd. US-Dollar stehen jedoch nur Gold- und Devisenreserven der Türkei in Höhe von rund 700 Mio. US-Dollar gegenüber. (Angaben nach »Süddeutsche Zeitung« vom 19.9., 22.9. und »FAZ« vom 30.8.77).

Die Devisenknappheit hat in der Türkei dazu geführt, daß Kraftwerke stundenlang den Strom abgeschaltet haben, weil das Öl nicht da ist, es fehlt an fast allen wichtigen Gütern für die Versorgung der Bevölkerung. Krankenhäuser können keine Röntgenfilme mehr kaufen, chirurgische Eingriffe können nicht durchgeführt werden, weil Medikamente fehlen, Zeitungen werden wegen Papiermangel nicht mehr gedruckt, Fischer mußten den Fang einstellen, weil sie keine Garne zum Ausbessern der Netze mehr erhalten, es fehlt an Verpackungsmitteln für den Export usw. (»Blick durch die Wirtschaft« vom 6.8.77).

Imperialistische Ausbeutung

Wie ist dieser Zusammenbruch der Staatsfinanzen zu erklären? Zielstrebig haben die Imperialisten nach dem zweiten Weltkrieg die Türkei durch Kredit»hilfe« und Direktinvestitionen sowie durch die im Zusammenhang mit dem Eintritt der Türkei in die NATO entstehenden Rüstungsausgaben in völliger Abhängigkeit gehalten. Dies führte bereits 1960 zu einem ersten völligen Zusammenbruch der Staatsfinanzen, der sich jetzt wieder anbahnt.

Während auf der einen Seite dadurch die völlige Kontrolle durch den imperialistischen Kapitalexport erreicht wird, wird gleichzeitig der Aufbau einer eigenen nationalen Industrie verhindert. Dazu gehört auch, daß die Imperialisten auf diese Weise die vorhandenen Bodenschätze in eigener Regie abbauen, da hierzu der Türkei die finanziellen Mittel fehlen.

Der Nutzen für die Imperialisten ist also doppelt. Einerseits kassieren sie die Zinsen aus den Krediten (Hauptkreditgeber sind die USA und die BRD) die für die Projekte gegeben werden, die den Imperialisten wiederum bei der Ausplünderung der Rohstoffe usw. nützen. Andererseits hat aber die imperialistische Politik in der Mitte der 60er Jahre dazu geführt, daß sich breite Teile des Volkes hiergegen zu wehren begannen und die »Lösung« nur durch einen Militärputsch und einem daran anschließenden Vrnichtungsfeldzug gegen die Linken möglich war.

Gegen die zunehmenden Klassenkämpfe hat die türkische Bourgeoisie besonders seit Beginn der Amtszeit der Nationalistischen-Front-Regierung 1975 gigantisch im Inneren aufgerüstet. Am Rüstungsgeschäft verdienen die Imperialisten nun also noch ein drittes Mal!

Gigantisches Rüstungsprogramm

Wegen der gigantischen Dimensionen, die die Rüstungsausgaben in der Türkei erreicht haben, wollen wir dies etwas ausführlicher darstellen. Grundlage für die jetzigen Rüstungsausgaben ist das »Programm zur Reorganisierung und Modernisierung der türkischen Armee« (REMO) aus dem Jahre 1972. Damals war vorgesehen, über einen Zeitraum von zehn Jahren neue Waffensysteme für umgerechnet rund 3,8 Mrd. DM anzuschaffen. Einschließlich aller Folgekosten (Ersatzteile, Wartung usw.) hätte allein dieses Programm ca 10 Mrd. DM verschlungen. Allerdings wurden in der Folge der Zypern-Invasion selbst diese astronomischen Beträge durch Beschluß der staatlichen Planungskommission und des Parlaments 1975 auf 17 Mrd. DM (allein für Waffenkäufe, ohne Folgekosten!) erhöht. Diese Größenordnung an Ausgaben für die Rüstung übersteigt bei weitem die finanziellen Möglichkeiten der Türkei. Ohnehin ist die Türkei das Land innerhalb der NATO, das gemessen an der Bevölkerung die größten Landstreitkräfte unterhält.

Die Rüstungsausgaben sollen vor allem dazu dienen, schlagkräftige Landeinheiten aufzubauen, die zur Abwehr des »inneren Feindes« bereit stehen. Um die Waffenkäufe überhaupt teilweise bezahlen zu können, mußten allein 1975 5,6 Mrd. DM gestrichen werden, die für den Aufbau von Industrieprojekten eingeplant waren. Der Verteidigungshaushalt der Türkei ist der größte Posten im Staatshaushalt, offiziell entfällt darauf mehr als ein Viertel der Ausgaben. Zum Vergleich die Zahlen, die für die Entwicklung der Türkei 1975 ausgewiesen waren:

Dorfentwicklung 4,7 %, landwirtschaftliche Reformprogramme 1,8 % (angesichts des Exportanteils von rund 60 %, die auf Agrarprodukte entfallen, ein Witz), Energieversorgung 0,95 %, Gesundheitswesen 3,8 % (das ist sicher ein Grund für die regelmäßig auftretenden Choleraepedemien!) Erziehung 13,6 %.

Selbst bei der jetzigen Devisenknappheit hält die Türkei die Zahlungsverpflichtungen für die Waffenkäufe pünktlich ein. So wurde bekannt, daß die im Juli fällige Teilzahlung von rund 80 Mio. US-Dollar für die Lieferung von 40 Phantom-Jägern pünktlich bezahlt wurde, während z.B. zwei Monate vorher selbst das Geld fehlte, um den Botschaftsangestellten im Ausland ihre Gehälter bezahlen zu können!

Das Sparprogramm ...

Die Lasten der imperialistischen Ausplünderung und des Rüstungswahns der türkischen Bourgeoisie sollen jetzt der Bevölerung aufgebürdet werden. Neben der galoppierenden Inflation, die schon 1976 mehr als 20 % betrug, und die weiter zugenommen hat, wurden die Preise für Benzin um 100 %, für Heizöl um 42 %, für Strom um 43 %, Papier 45 %, Zement 70 %, für Telefon um 150 % erhöht. Durch die stockenden Einfuhren ist eine Warenknappheit entstanden, die einen blühenden Schwarzmarkt nach sich zieht. Weiter hat die Regierung eine Kampagne gestartet, um die Bevölkerung auf die kommenden »schweren Zeiten« »vorzubereiten«: Es wurde angekündigt, daß ein sehr harter und sehr schwerer Winter bevorsteht und u.a. der Kraftwagenverkehr an den Wochenenden verboten und die Hausbeheizung beschränkt werden soll. Das »Sanierungsprogramm« sieht weiter vor, daß die Löhne eingefroren und die Lohnsteuern erhöht werden sollen. Durch die Preiserhöhungen wurde bereits die indirekte Steuerlast um das zehnfache und die der Steuern auf die Löhne auf das vierfache erhöht!

Weiter hat der internationale Währungsfond verlangt, daß die Türkei um mindestens 30 % abwerten muß, wenn weiter Kredite fließen sollen (die wiederum fast ausschließlich zur Tilgung anderer Kredite der Imperialisten dienen sollen). Diese Auflage und die Forderung nach einem Lohnstopp waren einigen Ergebnisse der Untersuchung durch den IFW, die Anfang September von einigen »Experten« in der Türkei durchgeführt wurde.

Prompt wurde daraufhin das türkische Pfund im Schnitt um 8,4 % abgewertet (Mitte September 77). Das ist die sechste oder siebte Abwertung seit Beginn der Amtszeit der nationalen Regierungsfront Anfang 1975.

... und Massenelend

Bereits heute ist es so, daß durch die ständig steigenden Preise eine durchschnittliche Arbeiterfamilie kaum noch existieren kann. Allein für die Miete muß die Hälfte des Lohnes auf den Tisch gelegt werden. Ganz zu schweigen von den Lebenshaltungskosten, deren Explosion in keinem Verhältnis zur Steigerung der Löhne steht. Dazu kommt, daß rund ein Viertel der werktätigen Bevölkerung arbeitslos ist (in den Wintermonaten steigt die Arbeitslosigkeit auf dem Land auf teilweise mehr als 50 %!). Nach offiziellen Angaben der Regierung stehen allein über eine Million Kollegen auf den Wartelisten, um ins Ausland vermittelt zu werden (»FAZ« vom 15.6.77). Die Aussichtslosigkeit und das Elend für die Bevölkerung auf dem Land führt weiter dazu, daß immer mehr Menschen in die Stadt strömen, in der Hoffnung, dort günstigere Bedingungen vorzufinden. So hat sich die Einwohnerzahl Istanbuls innerhalb weniger Jahre vervierfacht.

Der Widerstand ist nicht gebrochen

Trotz der Verstärkung des Terrors durch die Polizei und die mit ihr im Bunde stehenden faschistischen Killertruppen der MHP (Nationale Bewegung) gegen die Linken und trotz des Verrats der Sozialdemokratie (CHP, Vorsitzender Ecevit), die allen Versprechungen vor den Wahlen zum Trotz keinerlei Widerstand gegen die Pläne der MC-Regierung leistet und damit faktisch in die große Koalition mit Demirel eingetreten ist, wird Widerstand geleistet.

So streiken 40.000 Metallarbeiter seit Ende Mai für höhere Löhne und Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Gegen das Sparprogramm der Regierung fanden vereinzelt Protestaktionen und Demonstrationen statt. Bei einer solchen Demonstration kamen in der Ortschaft Nusaybin, nahe der syrischen Grenze, zwei Männer ums Leben (»SZ«, 22.9.77).

Kämpfe wurden gegen die gewaltsame Räumung der Elendsviertel in Istanbul durch die Armee und die Polizei von den Einwohnern geführt. (Siehe Artikel in diesem AK)

Nieder mit der Nationalistischen-Front-Regierung!

Weg mit den imperialistischen Ausplünderern und ihren türkischen Lakaien!

Griechenland/Türkei-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Spanien

KURZMELDUNGEN

Demonstrationen/Streiks

– In Pamplona (Navarra) demonstrierten am 17.9. 30.000 Menschen für die totale Amnestie, die Legalisierung aller Parteien und einen Autonomie-Staat für Euzkadi.

– In Las Palmas (Kanarische Inseln) forderten etwa 5.000 Menschen am 12.9. die Freilassung kanarischer Nationalisten aus der Haft, die des Terrorismus beschuldigt werden. Aufgerufen hatte das ganze linke Parteienspektrum.

– Am 14.9. demonstrierten in Sestao (Baskenland) 25.000 Arbeiter gegen das Recht auf Entlassung seitens der Unternehmer, für Arbeitsamnestie und für sichere Arbeitsplätze. Aufgerufen hatten alle Gewerkschaftszentralen einschließlich der anarcho-syndikalistischen CNT und der LAB (Gewerkschaft der baskischen Linken/KAS).

– Die Fluglotsen der spanischen Flughäfen traten am 16.9. für zwei Tage in einen Bummelstreik. Falls ihre Forderungen nicht erfüllt werden, drohen sie mit einem Totalstreik ab 30.9. Die Fluglotsen fordern einen zivilen Status (sie sind bisher der Militärgerichtsbarkeit unterworfen). Weiter fordern sie eine wesentliche Verbesserung der Kontrolltechnik, die zu den schlechtesten Europas gehört und eine erhebliche Gefährdung aller Flugreisenden bedeutet.

– Im Arbeiterstadtteil Villaverde/Madrid demonstrierten am 23.9. 10.000 Arbeiter gegen Preissteigerungen und für die „amnestia laboral" (Wiedereinstellung aus politischen Gründen entlassener Arbeiter). Insgesamt 32 politische Organisationen und Gewerkschaften hatten zu dieser Demo aufgerufen.

– Gegen den ausdrücklichen Willen der reformistischen Gewerkschaftszentralen (UGT, CCOO, USO) traten am 23.9. die Arbeiter und Angestellten des Hotelgewerbes in Vizcaya (Baskenland) in den Streik für eine Erhöhung ihrer Hungerlöhne. Die reformistischen Gewerkschaftszentralen durften nicht an der Verhandlungsdelegation mit den Kapitalisten teilnehmen.

– Am 22.9. legten die Arbeiter der staatlichen Eisenbahn (RENFE) für zwei Stunden im ganzen Land den Schienenverkehr still, um ihre Forderung nach höheren Löhnen zu unterstreichen.

Gefangene

– 65 soziale Gefangene der Haftanstalt von Malaga stiegen aufs Gefängnisdach, um Amnestie und Freiheit zu fordern. Sie verlangten die Absetzung des faschistischen Direktors. Viele Menschen versammelten sich vor dem Gefängnis und solidarisierten sich mit den meuternden Gefangenen.

Einheiten der Guardia Civil beschossen die Kollegen schließlich mit Rauchbomben und Gummikugeln, wobei ein Gefangener verletzt wurde. Die Inhaftierten bewarfen die Polizei mit Dachziegeln und Steinen.

– Am 23.9. kletterten 250 Gefangene in Sevilla auf das Dach des Gefängnisses und forderten endlich Amnestie für alle. Viele Gefangene wurden durch den brutalen Polizeieinsatz verletzt.

– Im Gefängnis von Granada verschluckten 18 Gefangene Metallgegenstände (Bettfedern) aus Protest gegen die Zustände in den spanischen Gefängnissen und aus Solidarität mit den Kämfpen anderer Gefangener . Diese Form der Selbstverletzung (z.B. auch Aufschneiden der Venen) gehört zu den häufig gebrauchten Formen verzweifelten Widerstandes von Menschen, die wenig andere Möglichkeiten sehen, auf ihre Situation aufmerksam zu machen.

Spanien-Kommision

Generalstreik der Presse gegen faschistisches Attentat

Am 22. bzw. 23.9. führten die Arbeiter, Redakteure, Grafiker, usw. aller Tageszeitungen von Barcelona bzw. Madrid einen 24-stündigen Generalstreik und jeweils Demonstrationen zwischen 3.000 und 6.000 Teilnehmern durch, aus Protest gegen ein Attentat der faschistischen Terrorgruppe "AAA" („Antikommunistische Apostolische Allianz") gegen die Zeitung „El Papus" am 20.09. bei dem es einen Toten gab.

Ein Bombenpaket war gerade in dem Moment abgegeben worden, als die Redaktion der satirischen Zeitschrift „El Papus" Redaktionssitzung hatte. Nur durch einen Zufall kam es offenbar zu einer etwas verfrühten Explosion, so daß der Pförtner, der das Paket eben abgeben wollte, von der Bombe zerfetzt wurde. Von der gewaltigen Explosion wurden etwa 16 Personen verletzt. Eine Telefonistin wurde von der Druckwelle durchs Fenster geschleudert und schwer verletzt. Geplant war jedoch zweifellos ein ähnliches Blutbad wie am 24.2. 77 gegen fortschrittliche Madrider Rechtsanwälte, bei dem fünf Menschen ermordet und viele schwer verletzt worden waren, was ebenfalls auf das Konto der „AAA" geht.

In einem Kommunique der „AAA", die sich darin als Mitglied der *„Dritten Internationale der Antikommunistischen Weltliga, WACL"* bezeichnet, heißt es, dieses Attentat sei verübt worden *„aus Liebe zu Spanien, um es nicht im Chaos untergehen zu sehen und in den Händen des fürchterlichen kommunistischen Monstrums"* („El Pais", 24.9.77).

Dem Chefredakteur von „El Papus" „und seiner Clique" wird darin mitgeteilt, daß sie von der faschistischen „AAA" zum Tode verurteilt worden seien und daß sie früher oder später exekutiert würden!

Die faschistische „AAA" hat offensichtlich zu einer generellen Terror- und Einschüchterungskampagne gegen den liberalen und links-liberalen Teil der spanischen Presse ausgeholt.

So wurde eine Rauchbombe in die Presseräume des Kampforgans der Journalisten und Druckarbeiter von Barcelona „Premsa en Lluita" geworfen. Es gab Bombendrohungen der „AAA" gegen die Zeitung „Primera Plana" in Madrid und Barcelona sowie telefonische Drohungen der „AAA" gegen die Zeitschriften „Mundo Diario", „Cambio 16", „Por Favor" und gegen Radio Barcelona („El Pais", 24.9.77).

Den Protesten gegen das faschistische Attentat auf „El Papus", das von allen Zeitungen als ein Anschlag auf die Meinungsfreiheit der spanischen Presse interpretiert wurde, schlossen sich nicht nur alle Tageszeitungen Barcelonas und Madrids (mit Ausnahme des rechtsradikalen „Alcazar") an, sondern auch verschiedene Nachrichtenagenturen wie Europa-Press , Logos, sowie spanische Radiostationen und natürlich alle politischen Parteien. Auf den Demonstrationen und in Resolutionen wurde der Rücktritt des spanischen Innenministers Martin Villa gefordert, wegen Unfähigkeit (?) die „incontrolados" unter Kontrolle zu bringen. Von den Druckarbeitern von Barcelona wurde in einem Schreiben u.a. eine Schutzbewachung der Informationsmedien gefordert, sowie die Auflösung der faschistischen Banden und die Beteiligung der Druckarbeiter und ihrer Rechtsanwälte an der Aufklärung des Attentats (Deia, 23.09.77).

Spanische liberale Presse soll mundtot gemacht werden

In Spanien haben sich bereits unter dem Faschismus und zunehmend mit der „demokratischen Öffnung" eine ganze Reihe unabhängiger und fortschrittlicher Presseorgane herausgebildet, die zum Teil einen echten Kampf für demokratische Meinungsfreiheit gegen das Regime geführt haben, ungeachtet hoher Geldstrafen, Beschlagnahmungen und Verurteilungen von Redakteuren.

Diese Presseorgane sind zwar zum Teil nach der Wahl eines „Parlaments" in Spanien mehr oder weniger in die Bahnen einer normalen bürgerlich-parlamentarischen Berichterstattung eingeschwenkt (wie z.B. „Cambio 16"), einige von ihnen gehen aber nach wie vor weit über das Maß an Meinungsfreiheit und liberaler Berichterstattung hinaus, was die derzeitige rechte spanische Regierung für wünschenswert hält. Es gehört zum normalen Informationsstil aller nichtfaschistischen Zeitungen, relativ breit und nüchtern über die Aktivitäten der spanischen Linken, einschließlich der revolutionären Linken zu informieren, über deren Kongresse, Demonstrationen, Resolutionen, usw. Manchen Wochenzeitungen (wie „Cuadernos para el Dialogo" oder „Mundo") erscheinen mit Titelbildern, auf denen bewaffnete ETA-Kommandos oder anarchistische Kundgebungen abgebildet sind und bringen umfangreiche Dossiers zu diesen Themen. Gegen diese plura-

Fortsetzung nächste Seite

Generalstreik der Presse gegen faschistisches Attentat

Fortsetzung von Seite 38

listische, liberale und demokratische Presse richtet sich das Attentat der faschistischen „AAA".

Es wäre jedoch verfehlt, diesen mörderischen Anschlag als das Werk einiger „Unverbesserlicher" anzusehen. Die spanische nachfrankistische Regierung des Adolfo Suarez selbst hat größtes Interesse, diese kritischen Stimmen der spanischen Medien zum Schweigen zu bringen. So werden einzelne Journalisten sowie Chefredakteure mit Prozessen überschwemmt, weil sie gegen bestimmte Auflagen verstoßen haben. Ein besonders krasses Beispiel der jüngsten Zeit ist ein Antrag des Staatsanwaltes auf zwei Monate Gefängnis und 50.000 Peseten Geldstrafe (ca. 1.500 DM) gegen den Direktor von „El Pais", wegen eines Artikels über Verhütungsmittel, in dem, laut Staatsanwalt *„mit allem Luxus des Details die verschiedenen Möglichkeiten die Fortpflanzung zu verhindern, aufgezählt sind (...) und dies in vulgarisierten Begriffen auf der Grundlage, eine Geburtenkontrolle zu begünstigen"* („El Pais", 7.9. 77).

Ein baskischer Rechtsanwalt, der an einem Artikel gegen die Todesstrafe in Spanien mitgearbeitet hatte, welcher am 28. Mai 77 in „Cambio 16" veröffentlicht wurde, hat einen Prozeß wegen „Beleidigung der Streitkräfte" bekommen. Er kann mit bis zu sechs Jahren Gefängnis rechnen (Deia, 28.8. 77).

Der Direktor und ein Journalist der Zeitung „Sabado Grafico" bekamen einen Prozeß wegen „Beleidigung des Obersten Gerichtshofes", weil sie einige kritische Anmerkungen über dieses Gremium und dessen Mitglieder im Zusammenhang mit der Legalisierung der revisionistischen KP Spaniens in einem Artikel vom 16.4. 77 gemacht hatten. Um nicht gleich ins Gefängnis zu wandern, mußten beide 100.000 Peseten (etwa 3.000 DM) Kaution zahlen (El Pais, 30.7. 77).

Der Direktor der kritischen Wochenzeitschrift „posible" wurde mehrfach vor das Madrider Militärgericht zitiert, weil er angeblich die Streitkräfte beleidigt hatte. Bei einer Strafandrohung von sechs JahrenGefängnis wurde er allerdings vorläufig freigelassen (El Pais, 27.7. 77).

Dies sind nur einige, sehr unvollständige Beispiele für die regierungsamtliche Verfolgung der demokratischen Presse Spaniens.

Es besteht offenkundig ein gemeinsames Interesse der Regierung sowie der „Unverbesserlichen", an der Liquidierung dieser Presse. Bei der nach wie vor völlig ungebrochenen Beziehung zwischen Staatsapparat und faschistischen Terrorkommandos dürfte die Aktion gegen „El Papus" keineswegs das Werk nur einiger „incontrolados" gewesen sein, sondern nur ein besonders blutiger Versuch der Einschüchterung bzw. physischen Liquidierung eines kritischen Informationsorgans.

Spanien-Kommission



Demonstrationen in Madrid (23.9.77): Auf einem von allen Gewerkschaften, einschließlich der anarcho-syndikalistischen CNT und den Gewerkschaften von ORT und PTE (SU und CSUT) unterschriebenen Transparent wird die Solidarität mit „El Papus" zum Ausdruck gebracht. „Schluß mit den Attentaten!"

Baskische Linke nicht legalisiert

Im Laufe des Septembers wurden vom spanischen Innenministerium weitere zehn Organisationen legalisiert, u.a. die trotzkistische POUM und verschiedene nationalistische Organisationen aus Galizien, Katalonien und den Kanarischen Inseln.

Mehr und mehr verdichtet sich jedoch die Wahrscheinlichkeit, daß den Organisationen der baskischen Linken (KAS) die legale Arbeit nicht gestattet werden wird. Alle drei Organisationen der KAS (EIA, LAIA, HASI) weigern sich, auch nur ein Komma an ihren Statuten zu verändern, wie es das spanische Innenministerium gefordert hatte.

Inzwischen wurde auch die trotzkistische LCR und die OIC („Organisation der Kommunistischen Linken") legalisiert.

Spanien-Kommission

Autonomie: Wer bietet weniger ?

Mit fieberhafter Geschäftigkeit bemühen sich derzeit die spanische Regierung und ihre bürgerliche parlamentarische „Opposition", die Autonomie- Frage zu lösen – unter weitestgehender Ausschaltung des Volkes, darin sind sich beide einig.

In den letzten Jahren haben sich die Autonomie- Kämpfe vor allem des baskischen und katalanischen Volkes zu einer ernsthaften Gefahr für den Bestand des Zentralstaats entwickelt.

Die Strategie der Regierung zur Lösung dieses Problems zielt darauf ab, durch einige rein formale „Zugeständnisse" die Massenbewegungen zu verwirren und auf später zu vertrösten. Bis zu einer endgültigen Entscheidung über die Autonomie–Frage durch eine neue Verfassung will sie sog. Übergangsregelungen aushandeln.

Im Fall Kataloniens ist der alleinige Verhandlungspartner, der „ehrenwerte Tarradellas", Präsident der historischen „Generalitat" (der autonomen Regierung Kataloniens aus der 2. Republik).In den politischen Auseinandersetzungen der Franco– und Nach–Franco–Zeit spielten Josep Tarradellas und sein Häuflein Berater keine Rolle. Von einer Basis im Volk kann keine Rede sein.

Seit einigen Monaten führt die Regierung Suarez bereits Geheimverhandlungen mit Tarradellas über die Wiedereinrichtung der „Generalitat". Ihm wurde versprochen, daß er Präsident bleiben dürfe und die weiteren Mitglieder „seiner" Regierung per Dekret ernennen(!) kann („El Pais", 9.9.77). Welche Kompetenzen diese als Übergangsregelung gedachte „Generalitat" haben wird, blieb bisher im Dunkeln. Klar ist nur, daß diese „autonome" Übergangsregierung keinerlei exekutive Macht haben wird. Die Versammlung der katalonischen Parlamentarier (gewählt bei den Wahlen vom 15. Juni) – einschließlich der Sozialisten und Revisionisten – hat sich nachträglich mit der Vorgehensweise Tarradellas und der Regierung Suarez und damit ihrer eigenen Ausschaltung einverstanden erklärt,nachdem zunächst viel Protest insbesondere von der PSOE gekommen war.

Am 28.9. soll es zwischen der spanischen Regierung, Tarradellas und 9 katalanischen Parteiführern zu einer Einigung über die „Generalitat" gekommen sein („El Pais", 29.9.77), einschließlich einer namentlichen (!) Zusammensetzung der künftigen katalonischen Regierung.

Über die Sache wird jetzt vom spanischen Kabinett per Dekret entschieden. Das Volk Kataloniens hatte zu keiner Zeit jemals mitzureden gehabt. Auch die größte Demonstration für Autonomie mit über 1 Million Menschen in Barcelona am 11.9. ließ diese Herren unbeeindruckt! Die Herren Parlamentarier – einschließlich der Sozialisten und „Kommunisten" – haben ihre neue Rolle als Sachwalter des bürgerlichen Staates, auch wenn sie erst rund 3 Monate alt ist, schon bestens im Griff.

Der Form nach verschieden, dem Inhalt nach aber ähnlich soll nun auch die Autonomie–Frage des Baskenlandes gelöst werden.

In Euzkadi werden die unterschiedlichen Übergangsprojekte (im Unterschied zu Katalonien) zwar veröffentlicht, sehen jedoch ebensowenig eine Mitwirkung des Volkes vor. Dies gilt für alle Parteien, mit Ausnahme von EIA.

Die Serie der Autonomie-Projekte wurde im August von der PSOE eröffnet – völlig überraschend für die Öffentlichkeit, da sich die PSOE bisher vornehm aus den Massenkämpfen für Autonomie herausgehalten hatte. So aber versuchte sie ihr Image aufzubessern. Besonders auf den Schlips getreten fühlte sich dadurch die PNV (Baskisch–Nationalistische Partei, die Hauptkraft der bürgerlichen Autonomiebewegung). Sie zog jedoch kurz darauf mit einem eigenen Vorschlag nach. Inzwischen haben sich beide Parteien, PNV und PSOE auf einen gemeinsamen Entwurf geeinigt. Dadurch wollen sie dem revolutionären Sektor der Autonomiebewegung das Wasser abgraben.

Die Versammlung der am 15. Juni gewählten baskischen Parlamentarier hat den PNV–PSOE–Vorschlag als Grundlage für Verhandlungen mit Madrid anerkannt („DEIA",20.9.77); kein Wunder, gehören doch 24 der 38 baskischen Parlamentarier diesen beiden Parteien an.

Als Übergangsregelung sehen PNV und PSOE im einzelnen vor:

– Grundlage der Selbstverwaltung sollen in den Provinzen Vizcaya, Guipuzcoa und Alava sog. „Generalversammlungen" mit je rund 100 Mitgliedern sein. Diese werden von den Parteien, die am 15. Juni an den Wahlen teilgenommen haben proportional zu ihrer Stimmenzahl ernannt. Für die Provinz Navarra ist ein ähnliches Verfahren geplant. Damit legitimieren PNV und PSOE die undemokratischen Wahlen vom 15. Juni, bei denen in skandalöser Weise die revolutionären Parteien benachteiligt wurden (sie waren allesamt noch illegal!).
– Jede dieser vier Versammlungen delegiert 10 Abgeordnete in einen sogenannten „Bundesrat" des Baskenlandes, dem außerdem noch die im Juni gewählten Parlamentarier angehören sollen. Der „Bundesrat" soll u.a. ein (endgültiges) Autonomiestatut ausarbeiten und dem Volk vorlegen.

Desweiteren soll er sich mit allen Angelegenheiten befassen, die ausschließlich das Baskenland betreffen, ohne allerdings den gesamtspanischen Gesetzen zu widersprechen... Ihm wird die Polizei unterstellt; er soll baskisches Radio und Fernsehen schaffen; mit der spanischen Regierung gemischte Kommissionen bilden, um in den verschiedenen Bereichen einen Übergangvonder zentralen auf die autonome Regional–Verwaltung zu erreichen; und die Aktivitäten der einzelnen Provinzregierungen, die ebenfalls von den Generalversammlungen gewählt werden, koordinieren („El Pais", 18.9.77 und „DEIA", 20.9.77).

Abgesehen von der Legitimierung der Juni–Wahlen als demokratisch, beinhaltet dieses Projekt, daß das endgültige Autonomiestatut auf Grundlage der undemokratischen Wahlen und unter Ausschluß jeglicher Mitwirkung des Volkes erarbeitet wird, daß die Provinzial–Institutionen nach undemokratischen Verfahren zusammengesetzt werden (Ernennung durch die Parteien statt durch neue Wahlen) und daß die Zugehörigkeit Navarras zur baskischen Nation (Euzkadi) ungewiß bleibt: Bei den Juni–Wahlen hat in Navarra die UCD von Ministerpräsident Suarez die Mehrheit der Sitze erhalten, und diese Partei widersetzt sich einer Zugehörigkeit der Provinz Navarra zu Euzkadi.

Die „Linke" und die Autonomie Euzkadis

Die eurorevisionistische PCE hat zum Autonomie–Projekt von PSOE/PNV erklärt, daß ihre eigenen „Pre–Autonomie–Vorstellungen nicht dieselben wie die vorgelegten sind, aber wir sind uns unseres heutigen geringen politischen Gewichtes bewußt und unterstützen deshalb dies Projekt, wenn auch mit einer kritischen Haltung" („DEIA", 21.9.77). D.h. die PCE verzichtet wie auch in allen anderen Fragen auf eine eigenständige politische Alternative und versucht sich durch Anpassung an die parlamentarischen Mehrheiten teilweise sogar noch rechts von der sozialdemokratischen PSOE zu „profilieren".

An den Stellungnahmen der spanischen „ML"–Parteien (ORT und PTE) wird deutlich, daß diese es niemals ernst gemeint haben mit der Autonomie der spanischen Völker und in der „Stunde der Wahrheit" ohne Federlesen auf die Seite der bürgerlichen und reformistischen Parteien übertreten.

– PTE hat ein Gesetzes–Projekt vorgelegt, das sich vom PSOE/PNV–Vorschlag lediglich durch die Namen der zu bildenden Institutionen und deren zahlenmäßige Zusammensetzung unterscheidet. Immerhin möchte die PTE jedoch eine Volksabstimmung über das endgültige Autonomie–Statut.
– ORT hat ihre Linie der offenen und konkreten Bruderschaft mit der PSOE auch in der Autonomie-Frage fortgesetzt und ihre volle Übereinstimmung mit dem PSOE–Vorschlag verkündet. Es haben gemeinsame Sitzungen zwischen PSOE und ORT in Fragen „Autonomie" für Euzkadi stattgefunden!!

Die Haltung von EIA

Als einzige Kraft der baskischen Unabhängigkeitsbewegung hat sich EIA („Partei für die baskische Revolution") gegen die undemokratischen Verfahrensvorschläge ausgesprochen und eine Alternative vorgelegt, die den Massen Mitwirkungsmöglichkeiten gewährt. Im Gegensatz zu allen anderen Kräften versteht EIA ihren Vorschlag nicht als ein Gesetzesprojekt, sondern als „politische Alternative", d.h. als ein Kampfziel. Dreh– und Angelpunkt in diesem Konzept sind baldige und demokratische Gemeindewahlen. Erst demokratische Gemeindewahlen würden eine echte Repräsentierung der politischen Kräfte gewährleisten – ganz im Gegensatz zu der Wahl–Farce vom Juni.

Aus den zu wählenden Kommunalverwaltungen sollen laut EIA die Gemeindeversammlungen der vier baskischen Provinzen gebildet werden, die dann wiederum die Gemeindversammlung von Euzkadi wählen, das höchste Gremium der Selbstverwaltung in der Übergangszeit.

Dieses Gremium soll als eine wesentliche Ausgabe die Ausarbeitung des Autonomie-Statuts und die Vorbereitung einer Volksabstimmung darüber haben. Die Diskussion des Autonomie-Statuts soll aber nicht auf dieses „ legale" Gremium beschränkt bleiben. Vielmehr schlägt die EIA sogenannte Volksversammkungen vor, die aus Mitgliedern der Gemeindeverwaltungen, Nachbarschaftsvereinigungen, Amnestie- und Autonomie–Komitees usw. bestehen – also Basisorgane, in denen das Autonomie–Statut diskutiert und erarbeitet wird. Die Volksversammlungen sollen der Gemeindeversammlung von Euzkadi dann ihre Vorschläge vorlegen. Die Volksversammlungen haben keinen rechtlichen Status wie die anderen vorgeschlagenen Organe. In ihnen sollen vielmehr die Basisaktivitäten initiiert und koordiniert werden, einschließlich der Organisierung von Massenaktionen, Selbstverteidigung gegen die Faschisten usw. („DELA", 6. und 9.9.77).

EIA's Vorschlag richtet sich somit nicht primär gegen die Regierung (wie die Projekte der anderen Parteien, die auch bereits die Form von fertig ausgearbeiteten Gesetzestexten haben), sondern an das Volk. Allein durch massenhaften Druck von der Basis können Demokratie und Autonomie erreicht werden. Deshalb unterscheidet sich EIA's Vorschlag auch grundsätzlich von allen bürgerlichen Plänen (einschließlich der der sogenannten Marxisten–Leninisten), die bestehende undemokratische Verhältnisse anerkennen, weiteres undemokratisches Vorgehen planen und dem Volk jede Mitwirkungsmöglichkeit absprechen.

Zwischen den beiden Parlamentariern von „Euzkadiko Ezquerra" (Liste der baskischen Linken, bestehend aus MCE und EIA zu den Wahlen vom 15. Juni) ist es inzwischen zu offenen Meinungsverschiedenheiten über die Frage der Beteiligung an den Verhandlungen der baskischen Parlamentarier mit der Zentralregierung gekommen. Während der Vertreter von EIA (Letamendia) eine Beteiligung an der Verhandlungsdelegation rundheraus ablehnt, will sich Bandres beteiligen. MC von Euzkadi kritisiert zwar die Überrepräsentierung der Mehrheitsparteien auf der Grundlage der Wahlergebnisse vom 15. Juni, ist jedoch ganz offensichtlich ebenfalls für eine „kritische Unterstützung" des PSOE/PNV–Vorschlages. Ob es EIA gelingt; eine ähnliche Massenkampagne zum Autonomie–Statut wie zur Amnestie der politischen Gefangenen zu entfesseln, muß die Zukunft zeigen.

Spanien–Kommission

Nachtrag zu Kurzmeldungen Demonstrationen/Streiks

– Am 2. Jahrestag der Vollstreckung der Todesstrafe an zwei ETA–Mitgliedern (Txiki und Otaegui) sowie drei FRAP–Mitgliedern, die damals weltweite Proteste hervorgerufen hatten, demonstrierten am 27.9. in San Sebastian 12.000 Menschen. In ganz Euzkadi gedachte das Volk seiner gefallenen Kämpfer. In Vitoria wurde auf einer Gedenk–Demonstration ein Transparent getragen mit der Aufschrift: „Euzkadi vergißt es nicht". Im baskischen Gefängnis von Martutene versammelten sich 80 Gefangene zu einer Gedenkveranstaltung (DEIA," 28.9.77).
– Am 25.9. forderten 10.000 Demonstranten in Burgos Autonomie für Kastilien und Leon. Die Demonstration wurde von Abgeordneten der PSOE angeführt.

Korsika – Kampf um Autonomie

Die im Mittelmeer gelegene Insel Korsika ist kürzlich wieder Gegenstand mehrerer Presseberichte gewesen. Anlaß war vor allem ein Attentat gegen die Fernsehstation in Bastia, nach dem die Hälfte der Insel nun wahrscheinlich bis zum Frühjahr 1978 von den Sendungen des französischen Staatsfernsehens abgeschnitten sein wird (jedenfalls behaupten die französischen Regierungsstellen und die Fernsehanstalt, daß der Sachschaden nicht eher wieder behebbar sei).

Die Verantwortung für diesen Anschlag übernahm die „Nationale Befreiungsfront Korsikas "FLNC, die für eine völlige Unabhängigkeit der Insel vom französischen Staat kämpft. Daß der Kampf für die Autonomie auf der Insel eine breite Basis in der korsischen Bevölkerung hat, zeigte auch die große Teilnahme am jüngsten Kongreß der UPC (Union des korsischen Volkes) im August.

Die UPC ist eine andere und größere „Autonomie-Organisation", die heute allerdings ein „geläutertes" Konzept der Unabhängigkeit (genauer: „Unabhängigkeit i n n e r h a l b des französi schen Staates) vertritt. Die reaktionären Kräfte (die „Clan-Führer" des französischen Regimes auf Korsika) und das französische Regime haben inzwischen zur Gegenoffensive geblasen.

Für den 9. September riefen sie zu einer Großdemonstration auf: „gegen Separatismus und Gewalt, woher sie auch kommt". Der demagogische Apell gegen jede Gewalt steht den Clan-Führern schlecht an, denn sie sind es, die mit tatkräftiger Unterstützung höchster französischer Regierungsstellen die Terror-Anschläge pro-französischer Faschistenbanden wie der „Francia" gegen die Autonomie-Bewegung finanzieren und dirigieren.

Die Mobilisierung gegen die Unabhängigkeitsbewegung wurde jedoch zum Fiasko für die Clan - Führer:Obwohl sämtliche öffentlichen Bediensteten Urlaub bekamen, kamen nur gut1.000 Menschen, darunter allein 300 „Volksvertreter", die sich zur Feier des Tages ihre Trikolore um den Bauch gewickelt hatten.

Nach dieser Niederlage stehen nun willkürliche Übergriffe auf die Unabhängigkeitsbewegung auf der Tagesordnung. Unter dem Vorwand, sie hätten Schüsse auf das Haus des Generalstaatsanwalts von Bastia abgegeben, wurden am 14.9. vier bekannte korsische Unabhängigkeitskämpfer festgenommen: Jose Stromboni, Louis Sarocchi, Jean Nicolai und Louis Acquaviva. Die „Beweise", die gegen die Vier bemüht wurden, sind mehr als lächerlich: Im Mittelpunkt steht ein altes Sporthemd von Stromboni, das seine Frau zum Bohnern des Fußbodens benutzte und von dem die Bullen behaupteten, er habe es bei einer Geheimkonferenz der FLNC getragen. Zweites Beweisstück ist das Nummernschild eines Wagens, den Stromboni nicht mehr fährt.

Daß es bei der Festnahme um bloße politische Einschüchterung

den Stromboni nicht mehr fährt.

Daß es bei der Festnahme um bloße politische Einschüchterung

geht, ist inzwischen vollends daran klar geworden, daß der belastende CRS-Zeuge umgefallen ist und den tatsächlichen Hergang des „ Attentats" zugegeben hat: Er hat selber während seiner Wache „versehentlich" Schüsse auf die Villa abgegeben! Das hielt jedoch den französischen Staat nicht davon ab, die Vier noch nach diesem Geständnis per Militärflugzeug nach Paris zu fliegen, wo sie dem Staatssicherheitsdienst vorgeführt werden sollen.

Von den Vier ist Stromboni am bekanntesten, gemeinsam mit den Fischern von Bastia hatte er als früherer Angestellter der Handelskammer eine Öffentlichkeitskampagne gegen die Verschmutzung der Meere durch den Industriekonzern Montedison durchgeführt.

Jean Nicolai ist Vorsitzender der CSC (Consulta dei Studenti Corsi = Rat der korsischen Studenten), der für die Unabhängigkeit der Insel eintritt.

Für die Vier hat sich in Bastia ein Unterstützungskomitee gebildet, ebenso eins in Ajaccio.

Korsika – ein französische Kolonie

Ist in der bürgerlichen Presse von Korsika die Rede, dann findet man stets die „Hitliste" der Bombenanschläge: 1972: 18 Anschläge, 1973: 42, 1974: 111, 1975: 226, 1976: 304: („FAZ", 6.8. 77). Selten hört man dagegen von den gesellschaftlichen Ursachen dieser Anschläge, ebensowenig wie von der Tatsache, daß ein großer Teil der Anschläge sich nicht gegen verhaßte Einrichtungen des französischen Kolonialismus wie öffentliche Gebäude, Einrichtungen des Massentourismus u.ä. richtete, sondern gegen die Autonomisten selber und auf das Konto pro-französischer Terror -Organisationen gingen.

Seit der Einverleibung Korsikas durch Frankreick (1789) wird die Insel in völliger wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit gehalten: Es gibt keine Industrie, die Landwirtschaft kann die Bewohner nicht ernähren, alle Jahre kommt es zum Massenexodus.

Zwischen 1956 und 1973 verliessen 50.000 Korsen die Insel, mehrere Hunderttausend Korsen leben in der ganzen Welt verstreut, davon allein 30.000 Menschen in Marseille. Auf der Insel selber leben 280.000 Menschen, davon sind jedoch nur 130.000 Ur-Einwohner, der Rest ist im Zusammenhang mit dem Massentourismus und der Ansiedlungspolitik der französischen Regierung gekommen. Nach dem Algerienkrieg wurden ehemalige französische Kolonialisten und Söldner, die sog. „pieds-noirs" auf der Insel angesiedelt; sie bekamen großzügige Starthilfen. Heute besitzen 300 „pieds-noirs" 22.000 Hektar des insges. 30.000 Hektar großen Weinanbaugebietes und machen 180 Mio. Franc Gewinn, gegenüber 40 Mio. Franc Gewinn auf Seiten der 4.300 korsischen Winzer.

Die Herrschaft der französischen Imperialisten läuft über das Clan-System, das über die Vergabe sämtlicher Posten und Pfründe wacht.

Die korsische Verwaltung wird zentral aus Paris dirigiert. Bis zu den ersten Protesten der Unabhängigkeitsbewegung gab es selbst bei den unteren Chargen im Verwaltungsdienst keine Korsen. Auch bis heute hat sich daran nur wenig geändert. Die korsische Sprache und Kultur

dienst keine Korsen. Auch bis heute hat sich daran nur wenig geändert. Die korsische Sprache und Kultur

wird unterdrückt und hat im Bildugnssysten keinen Platz.

Die Autonomie-Bewegung

Seit 1965 hat sich die Unabhängigkeitsbewegung auf der Insel organisatorisch ausgedrückt. Die älteste und wichtigste Organisation ist die ARC (Aktion für die Wiedergeburt Korsikas), die anfangs (und heute wieder) für einen regionalen Sonderstatus Korsikas eintrat und ihrem unpolitischen Charakter betonte. 1973 erhob die ARC die Forderung nach Autonomie, 1975 führte ein bewaffnetes Kommando der ARC eine militante Aktin durch: die Belagerung und Besetzung der Weinkellerei des Groß-Weinbauern Henri Depeille am 21./22. August 1975 in Aleria.

Gegen die Handvoll mit Schrotflinten bewaffneter korsischer Besetzer wurden 1.000 mit Maschinenpistolen, Panzerfahrzeugen und Hubschraubern ausgerüstete Bullen eingesetzt.

Es gab zwei Tote, zur allgemeinen Überraschung auf der Seite der CRS! Bei der Räumung des Kellers wurde der langjährige ARC-Führer Edmond Simeoni festgenommen. Am Jahrestag von „Aleria" in August 1976 sprengte dessen Bruder Max Simioni den Weinkeller des Großhändlers Cohen-Skalli in Anghione in die Luft und ging anschließend in den Untergrund.

Im Januar 1977, nach eineinhalbjähriger Haft, wurde Edmond Simeoni bedingt entlassen. Seither startet er ständige Apelle zur Mäßigung und Vernunft.

Auf dem Kongreß der UPC (Unione di Populo Corsu, Nachfolgeorganisation der nach Aleria 1975 verbotenen ARC) im August dieses Jahres hielt er ein Grundsatzreferat zur Abgrenzung von der FLNC und zur endgültigen Festlegung der UPC auf rein legale Kampfformen.

Nach bester Revi-Manier kritisierte er am Attentat von Bastia, daß man so nur den Provokationen der Herrschenden aufsitzen und ihnen die Isolierung der Unabhängigkeitsbewegung erleichtern würde: *„Kämpfer in der Illegalität, ich rufe euch zum Nachdenken auf. In seiner überwältigenden Mehrheit ist das korsische Volk gegen Gewalt, so wie ihr sie praktiziert. Der bewaffnete Kampf in Korsika ist heute unmöglich, und wird es auch morgen sein."* („Liberation", 16.9.). Simeoni, der anfangs von den mehr als 10.000 auf dem Kongreß Anwesenden minutenlang begeistert beklatscht worden war, erntete für diese Ausführungen sehr viel Buh-Rufe und Pfiffe, besonders der jüngeren Teilnehmer.

Das es den Simeonis und den übrigen kleinbürgerlichen UPC - Führern in Wirklichkeit vor allem darum geht, daß sie ihren Teil vom Kuchen, den bisher die französische Bourgeoisie und die in sie integrierte korsische Großbourgeoisie beanspruchen, haben wollen, zeigen deutlich die von Edmond Simeoni festgelegten Forderungen: *„Wir fordern nicht die Unabhängigkeit, sondern nur die innere Autonomie"* („Nouvel Observateur", 22.8.) *„Juristische An-*

erkengung des korsischen Volkes nere Autonomie" („Nouvel Observateur", 22.8.) „Juristische An-

erkennung des korsischen Volkes (...) . Innere Autonomie oder ‚Self-Gouvernement', " „Wir werden eine Art Schattenkabinett der Opposition aufstellen, in dem Persönlichkeiten aller politischen Strömungen vertreten sein werden, um in jedem Bereich eine Alternative zur Politik des französischen Staates vorzuschlagen ..."

„Abgesehen von der nationalen Verteidigung, der Diplomatie, der Geldwirtschaft, die französisch bleiben werden, werden alle anderen Regierungsfunktionen von einer korsischen Exekutive und einem korsischen Parlament abhängen" (Nouvel Observateur", 22.8.).

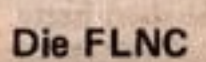


Max Simeoni. Im Hintergrund das Emblem der korsischen Unabhängigkeitsbewegung, der Mohrenkopf mit der weißen Binde.

Nach ihrer Beteiligung an den militanten Aktionen 1975 und 1976 sind es heute gerade die Simeonis, die die legalistische Ausrichtung der UPC vorantreiben. Max Simeoni, der in einer Art Theater-Coup gegen Ende des Kongresses für wenige Minuten aus dem Untergrund auftauchte, stellte sich nach über einem Jahr freiwillig der Polizei. Bei seiner Festnahme erklärte er: *„Ich bin für den Bürgerfrieden, für den konstruktiven Dialog; und die einzige Konfrontation, die ich mir wünsche, ist die der demokratischen Auseinandersetzung verschiedener Meinungen ... Seit diesem Sommer ist die Hoffnung auf eine friedliche Lösung gewachsen".* („Le Monde", 28.9.).

„Liberation" vermutet eine weitere Ursache für Max Simeonis freiwillige Stellung darin, daß das Unterstütungskomitee für die Vier derzeit ein Kristallisationspunkt der Unabhängigkeitsbewegung ist und daß die UPC politisch in dieser Sache nur noch dadurch ins Geschäft kommen kann, daß einer der ihren betroffen ist. (28.9.).

Die FLNC



Die FLNC

ist erst seit kurzer Zeit auf der politischen Bildfläche Korsikas erschienen. Am 17. August dieses Jahres übernahm sie die Verantwortung für ein Sprengstoffattentat auf die Fernseh-Relais-Station von Bastia.

Die Zerstörungen sind derart, daß über die Hälfte der Insel bis Frühjahr 1978 wahrscheinlich vom französischen · Staatsfernsehen abgeschnitten sein wird.

Zur Erklärung der Aktion hielt die FNLC eine konspirative Pressekonferenz ab, in der sie u.a. sagte, in französischen Fernsehen gebe es nur *„verfälschte und lügenhafte Informationen, in denen nur die Clan-Führer und die Minister auf Urlaub zu Wort kommen."* („Le Monde", 17.8.).

Die FLNC hat eine konspirative Organisationsform. In ihrem „kleinen grünen Buch" das auf der Insel zirkuliert, fordert sie die völlige Unabhängigkeit Korsikas und propagiert den bewaffneten Kampf gegen den französischen Staat. Die Kämpfer der FLNC definieren sich als *„revolutionäre Nationalisten, Kämfper für ein demokratisches Volks-Korsika, frei von allen Formen der Ausbeutung und Unterdrückung".* („Rouge", 17.9. 77).

Auf der geheimen Pressekonferenz kündigten die FLNC-Sprecher weitere Anschläge auf Einrichtungen des französischen Kolonialismus an, wobei sie ausdrücklich kein Beschränkung auf Gewalt gegen Sachen vornahm, sondern auch verhaßte Kolonialmachthaber einschlossen. Allerdings betonten sie, daß sie sich keine militärische Schlacht mit den Besatzungstruppen liefern wollen, sondern *„wir werden den Polizeiapparat ernsthaft in Unordnung bringen, um so Bedingungen für politische Verhandlungen herbeizuführen."* („Le Monde", 17.9. 77).

Zur UPC sagten sie: *„Sie will in Korsika einen bürgerlichen Staat errichten, Ausdruck des Wunsches ei-*

Zur UPC sagten sie: „Sie will in Korsika einen bürgerlichen Staat errichten, Ausdruck des Wunsches ei-

niger weniger, den französischen Kolonialismus zu ihrem Profit auszunutzen." (s.o.).

Wie weit die FLNC Unterstützung innerhalb der Bevölkerung hat, können wir nach den wenigen bislang vorliegenden Informationen nicht einschätzen.

Frankreich-Kommision



Geheime Pressekonferenz der FLNC am 15. August 1977

Dänemark/Schweden

Dänemark: Mietboykott

„Wir stehen mit dem Rücken an der Wand. Alle anderen Möglichkeiten sind ausgeschöpft ... Nach dem Lohndiktat des Folketings (Anm.: Augustabkommen vom letzten Jahr) *dürfen die Löhne um höchstens 2 % steigen, die Teuerungszulage wurde herabgesetzt. Doch die Mieten steigen jährlich um 15 % und mehr ..."* („Politiken", 26.9.). So begründete ein Mitglied der „lejeraktion" (ein Sekretariat, das landesweit die Mieteraktionen zu koordinieren sucht) die zunehmenden Mietboykottaktionen. Gegenwärtig befinden sich mehrere Tausend Familien im Mietboykott.

Diese Kämpfe spielen sich vor allem im halbstaatlichen sogenannten sozialen Wohnungsbau ab, wo die Mietsteigerungen besonders hoch sind.

10 % der in den Jahren 73 – 77 gebauten 50.000 Sozialwohnungen stehen zur Zeit leer. Hohe Zinssätze haben bewirkt, daß die endgültigen Finanzierungskosten die tatsächlichen Baukosten um bis fast das Doppelte überschreiten. In den ersten Jahren wird der Zinsabtrag durch den Staat unterstützt, anschließend wird er dann den Werktätigen direkt, nämlich in Form der Mietsteigerungen, aufgebürdet. Bei vielen der betroffenen Familien geht bereits jetzt schon ein Drittel und mehr des Nettoeinkommens für die Miete weg. Die Boykottaktionen, auf Mieterversammlungen beschlossen, umfassen teilweise die gesamte Miete. Teilweise wird die Miete auch eingefroren, d.h. die Steigerung wird nicht bezahlt. Teilweise laufen diese Kämpfe schon seit über einem Jahr. So z.B. in Albertslund (Stadtteil von Kopenhagen), wo 70 % der 819 betroffenen Familien seit dem 1. April 1976 die Miete eingefroren haben. Ein Teil der Mieterhöhungen konnte bislang auf diese Weise zurückgekämpft werden. Da immer mehr Menschen sich das Recht nehmen, über die Höhe ihrer Miete mitzuentscheiden – gegenwärtig wird unter den 2.800 (!) Familien in Bröndby-Strand ein Mietboykott ab 1. Oktober 77 vorbereitet – hat die dänische Regierung beschlossen, den boykottierenden Familien das Wohngeld zu streichen. Darüberhinaus hat der Wohnungsminister damit gedroht, daß die betroffenen Wohnungsbaugesellschaften keine staatlichen Gelder mehr erhalten. Alles nach dem Motto, wenn ihr die jetzigen Mieterhöhungen nicht in Kauf nehmt, dann gibt es eben noch höhere !

Dänemark-Kommission
KB / Gruppe Flensburg

Revi-Putsch in Bokcafét

Das Bokcafet (Buchcafe) in Lund, der größte linke Buchladen Nordeuropas und die einzige Buchversandfirma Schwedens, ist durch putschartiges Vorgehen jetzt völlig in die Hand der revisionistischen VPK geraten. Das Bokcafet hat traditionell unzensiert ein breites Sortiment von Publikationen aller linken Strömungen angeboten und ist u.a. auch als Mitherausgeber der zweiten Auflage des Bommi-Baumann-Buches („Wie alles anfing") aufgetreten.

1970 wurde der Buchladen in Form einer Aktiengesellschaft gegründet, wobei die Bestimmung der Buchladen-Politik gleichberechtigt durch alle Aktionäre (unabhängig von ihrem Besitzanteil) sowie der Angestellten und freiwilligen Mitarbeiter erfolgte.

Die VPK hatte zwar von Anfang an einen größeren Einfluß im Bokcafet, setzte diesen in der Vergangenheit aber nicht zur Ausschaltung anderer Strömungen (links von ihr) ein. Seit dem Herbst 1976 (gestärkt durch ein verbessertes Ergebnis bei der Gemeindewahl) ging die VPK jedoch daran, das Bokcafet schrittweise unter ihre alleinige Kontrolle zu bringen. Auf einer Hauptversammlung im November 76 nutzte sie eine für sie günstige Zusammensetzung der Anwesenden aus, um ein kapitalistisches Führungsprinzip (Abstimmung nach Besitzanteilen der Aktionäre, Entzug des Stimmrechts für die Angestellten und freiwilligen Mitarbeiter) durchzusetzen und den Betriebsleiter mit diktatorischen Befugnissen unter weitgehender Ausschaltung der Kontrolle durch die Angestellten und freiwilligen Mitarbeiter auszustatten. Mithilfe dieser Machtmittel wurde dann immer mehr marxistische Literatur aus dem Laden „gesäubert" und durch schöngeistige Wälzer „ersetzt".

Widerstand und Kritik, die sich bei den Mitarbeitern dagegen regte, wurde nun auch mit kapitalistischen Methoden abgeholfen: zwei Angestellte wurden kurzerhand gefeuert, bzw. für die Dauer eines Jahres „beurlaubt". Die VPK-Manager scheuten dabei auch arbeitsgesetzliche Verstöße nicht: die eine Kündigung erfolgte gesetzwidrig ohne Abfindung und ohne schriftliche Begründung!

Das Bokcafet dürfte die längste Zeit ein Buchladen und eine Kommunikationsstelle der nordeuropäischen Linken gewesen sein.

Skandinavien-Kommission

Dänemark:

Fünf Jahre EG-Beitritt

Trink Brüderlein, trink!



Hvis EF bliver som et stort Bayern, vil alting vaere godt, mener Franz Josef Strauss. – Det er nu ikke lige min kop te!

„Wenn die EG ein großes Bayern wird, wird alles gut", meint Franz Josef Strauß. - Das ist nicht gerade das was ich will! (wörtlich: Das ist nicht gerade meine Tasse Tee)

Am 2.Oktober 1972 trat Dänemark der EG bei und seitdem hat sich die Lage der werktätigen Bevölkerung rapide verschlechtert. Kapitalisten und bürgerliche Parteien holten sich das Votum der Bevölkerung durch eine „Volksabstimmung", in der sich 57% der Wähler für den EG-Beitritt entschieden und 33% dagegen. Vorausgegangen war dem eine massive Kampagne- allen voran Sozialdemokraten wie der heutige Ministerpräsident Anker Jörgensen -, mit der der Bevölkerung das Blaue vom Himmel herunter versprochen worden war, aber auch die Entstehung einer Massenbewegung gegen den EG-Beitritt. Auch dieses Jahr werden am 2.Oktober wieder Demonstrationen stattfinden - letztes Jahr hatten in Kopenhagen 20.000 Menschen demonstriert, was jedoch schon einen erheblich Rückgang in der Mobilisierung gegenüber den Vorjahren bedeutete. Geradezu zynisch angesichts der Lage der arbeitenden Bevölkerung nimmt sich heute die Parole aus, unter der damals die Kampagne für den EG-Beitritt geführt wurde: *„Sicherheit für Lohn, Arbeitsplätze und Beschäftigung stimmt mit ja!".*

Nach Angaben der Tageszeitung „Ekstra-Bladet" vom 24.9. sind heute über 150.000 Dänen arbeitslos und werden es im Winter über 200.000 sein. 1972 vor dem EG-Beitritt waren es 30.000, womit die Arbeitslosigkeit um ein Fünffaches gestiegen ist.

Der Reallohn der dänischen Arbeiter wird dieses Jahr um 10% sinken, was Ergebnis des Augustabkommens von 1976 der sozialdemokratischen Regierung ist. Während die Lohnsteigerungen auf 6% eingefroren wurden, werden die Preise beständig erhöht und wurde die Krone im letzten Monat erneut abgewertet. Der EG-Beitritt und damit die zunehmende Abhängigkeit von der EG-Großmacht BRD wird auch in bürgerlichen Tageszeitungen kritisiert. So brachte „Ekstra-Bladet" einen Artikel zum 5.Jahrestag unter der Überschrift: *„Die Arbeitslosigkeit hat sich verfünffacht - selbstständige dänische Politik so gut wie aufgehoben!"*

Dänemark-Kommission
KB-Gruppe Flensburg

Freizeitheim besetzt

Im Göteborger Vorort West Frölunda haben Jugendliche das Freizeitheim Fröhuset besetzt. Sie wenden sich gegen die bürokratische Art der Freizeit„gestaltung" der Göteborger Behörden.

Das Heim Fröhuset war seit einiger Zeit geschlossen als Folge der staatlichen Politik. Es soll nach dem Willen der Besetzer jetzt renoviert und schließlich wieder eröffnet werden. Die dazu nötige finanzielle Unterstützung ist bisher von der Kommune Göteborg verweigert worden. Die Begründung: es gibt noch ein vom Staat unterstütztes Heim in der Umgebung, deshalb soll Fröhuset nicht auch noch Geld bekommen.

Nun verhält es sich so, daß in den anderen Heim einige der Jugendlichen aus dem Stadtviertel nicht hineingelassen werden. Die Freizeitaktivitäten werden diktiert, da ist für gemeinsame Entscheidungen unter Beteiligung der Jugendlichen kein Raum. Niemand wird direkt rausgeschmissen, die Jugendlichen werden „nur" dauernd angemacht und bevormundet: *„Häng deine Jacke auf"* mach dies, mach das! - *„Wenn es dir nicht passt, dann kannst du ja gehen"* (Internationalen 37/77).

Im Fröhuset dagegen war eine freiheitlichere Praxis üblich gewesen. 50-60 Jugendliche hatten unter Anleitung des Jugendleiters selbstverantwortlich geplant.

Die Besetzung fand im Stadtteil Frölunda große Unterstützung. Die Jugendlichen machten eine große Versammlung, um über ihr Probleme zu informieren. Sie sammelten Geld, um die Behördenpraktiken zu veröffentlichen und veranstalteten ein Musikfest.

Ein Ausschuß, der sich um den Schriftwechsel mit der Göteborger Gemeinde kümmert, wurde von den Jugendlichen gemeinsam mit den Eltern, Bezirksräten, Sozialarbeitern und den Heimleitern, die die Jugendlichen genauso wie die örtliche Schule unterstützen, gebildet.

Skandinavien-Kommission

Fritidsgård ockuperad



Italien

Brutale Angriffe auf AKW-Gegner in Montalto di Castro

Montalto di Castro, Montag 13.9. 13.00 Uhr: Ein Lastwagen des staatlichen italienischen Energiekonzerns ENEL und ein Betonmischer des Privatkapitalisten Rainoni nähern sich dem AKW-Baugelände. Mit einem spärlichen Rest von ca. 20 (!) Genossen, die noch auf dem Anti-AKW-Zeltlager kampieren, werden die beiden Fahrzeuge gestoppt. Die Genossen versuchen, mit den Fahrern zu diskutieren und herauszubekommen, was auf dem Baugelände geschehen soll (da die Gemeinde von Montalto die ENEL aufgefordert hatte, noch nicht mit dem Bau zu beginnen). Die Genossen sind betont friedlich und unbewaffnet. Das hindert jedoch den Fahrer des Betonmischers, Paolini, nicht, auszusteigen und mit einem Schraubenschlüssel auf einen AKW-Gegner einzuschlagen. Nachdem die AKW-Gegner sich nicht in eine Schlägerei einlassen, verschwinden die beiden Fahrzeuge wieder mit voller Geschwindigkeit, ohne Rücksicht auf die noch auf der Straße stehenden Genossen zu nehmen.

Am Nachmittag des gleichen Tages hält plötzlich ein Fiat 128 vor den Zelten der AKW-Gegner. Ihm entsteigen Paolini, sein Chef und eine dritte Person, die gleich den ersten Genossen, der ihnen über den Weg läuft, schnappen und beginnen, ihn zusammenzuschlagen. Als die anderen Genossen hinzukommen, verschwinden die drei im Auto, aber nur, um mit einem Karabiner, einer Eisenstange und einer Spitzhacke bewaffnet wiederzukommen. Die Genossen flüchten in die nächste Service-Station, ohne ihre Verfolger abschütteln zu können. Die bald darauf eintreffenden Carabinieri unternehmen nichts, um die Schläger zu stoppen, sondern verhaften sechs AKW-Gegner unter dem Vorwand, daß sie keine Ausweise bei sich hätten. Am Abend des gleichen Tages wird noch ein siebter Genosse verhaftet, der mit anderen Camp-Mitgliedern und Vertretern des Bürgerkomitees von Montalto vor der Polizeikaserne gegen die Festnahme der Genossen protestiert. Um ein Uhr nachts erläßt der Richter von Civitavecchia, Loacono, Haftbefehl wegen Straßenblockade und »Violenza privata« (»Privatgewalt«). Die sieben Genossen werden in das Gefängnis von Civitavecchia gebracht. (Informationen nach »Lotta Continua«, 14.9.77).

Kurzmeldungen

Petra Krause weiterhin in Italien

Die 38jährige Deutsch-Italienerin Petra Krause, die nach 2 1/2 Jahren Untersuchungshaft in der Schweiz »vorübergehend« nach Italien ausgewiesen worden war, ist nicht zum 19.9. zum »Winterthur-Prozeß« »rückgeliefert« worden. In Italien mußte Petra, aufgrund ihres durch Isolationshaft in der Schweiz und mehrere Hungerstreiks völlig zerrütteten Gesundheitszustandes, auf freien Fuß gesetzt werden. Nach einer weiteren Untersuchung in der Poliklinik von Neapel wurde jetzt die Entscheidung getroffen, daß Petras Prozeß in Zürich um einige Monate verschoben wird.

***

Seveso nach 14 Monaten

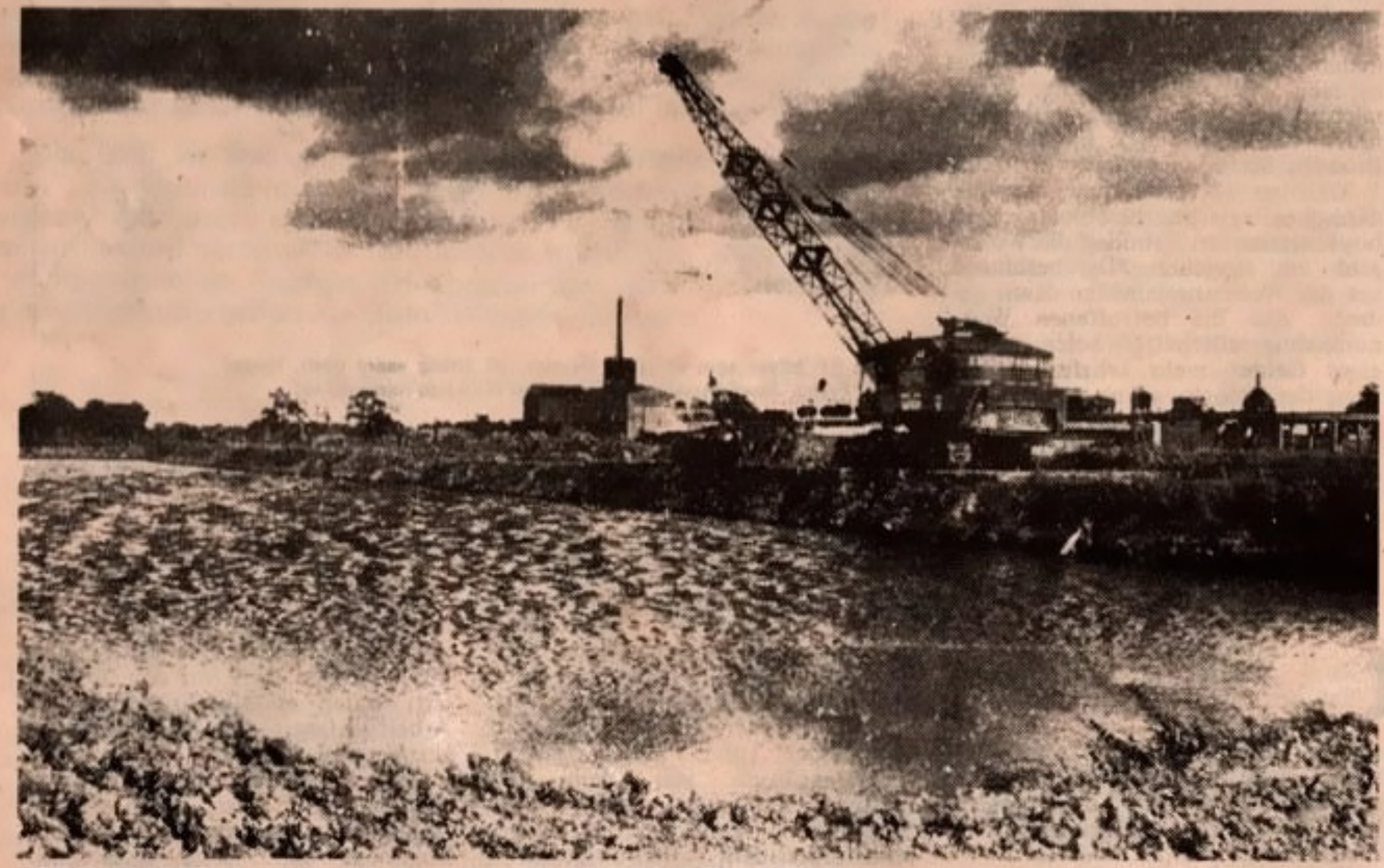
Am 10.7.76 entströmte der La-Roche-Tochter Icmesa das noch heute wütende tödliche Gift Dioxin; Ende April 1977 (!) bequemte sich die italienische Abgeordnetenkammer, eine Gesetzesvorlage für eine Untersuchungskommission zu verabschieden. Mitte September, d.h. noch einmal fünf Monate später, wurde jetzt tatsächlich daran gegangen, den Ausschuß offiziell zu besetzen. Innerhalb von vier Monaten soll die Kommission Fragen von Verantwortung, Ausmaß und Entschädigung »klären«. *»Als weitere Aufgabe ist der Kommission die Unterbreitung von Vorschlägen für eine gesetzliche Regelung bezüglich Verarbeitung gesundheitsschädlicher Produkte und Transport besonders gefährlicher chemischer Erzeugnisse übertragen«* (»Neue Zürcher Zeitung«, 17.9.77).

Während die Mühlen des Gesetzes langsam und wohl auch wenig effektiv vor sich hin mahlen, bleiben nach den Sommerferien 155 Schulen in der Region um Seveso geschlossen, weil sie noch immer (oder jetzt erst, denn das Gift breitet sich ja noch aus) verseucht sind.



Schweden

BT-Kemi — Das Seveso des Nordens?



„BT-Kemi" in Teckomatorp: Fässer mit hochgiftigem Abfall vergraben

Skaane, der südliche Teil Schwedens, und Teile der dänischen Insel Seeland sind von einer Giftkatastrophe bedroht, die nach Aussagen von skandinavischen Wissenschaftlern das Ausmaß der Seveso-Katastrophe erreichen könnte. Betroffen von dem skandinavischen Gift„skandal" ist auch die Millionenstadt Kopenhagen.

Die Gefahr droht von dem Verbrecherbetrieb „Kemisk Värk Köge", der seinen Sitz auf Seeland hat und ein Zweigwerk in der kleinen südschwedischen Stadt Teckomatorp. Das Werk in Schweden heißt „BT-Kemi" und ist vor 6 Jahren von „Kemisk Värk Köge" (KVK) aufgekauft worden.

Das Werk stellt Pflanzen„schutz"-mittel her, die hochgiftige Stoffe ent- kauft worden.

Das Werk stellt Pflanzen„schutz"-mittel her, die hochgiftige Stoffe enthalten, Tonnen des Giftabfalls - die Tonnen sind mittlererweile zerfressen - sind zu Hunderten versenkt worden, z.T. in der Nähe von Trinkwasserleitungen, das Gift verpestet die Luft! Am 27.9. ergaben die Untersuchungen von in Tonnen versenktem Gift, daß es sich um dieselben Giftverbindungen handelt, die zur Katastrophe in Seveso führten.

Zwar befindet sich mittlererweile der Kapitalist dieses Werkes in Untersuchungshaft (wegen Verstoß gegen die schwedischen Umweltgesetze), die ganze Entwicklung dieses Skandals ist aber nur möglich gewesen durch die Zusammenarbeit der Kapitalisten mit den verantwortlichen Behörden und systematische Lügen und Beschwichtigungsversuche der Behörden gegeüber der betroffenen Bevölkerung. Denn seit Jahren schon klagen die Menschen in Teckomatorp über die Folgen des Giftes.

Das erste Symptom - die Pflanzen starben ab!

Teckomatorp ist eine Stadt mit 1000 Einwohnern. 1965 wurde hier der Betrieb „BT-Kemi" eröffnet, und seitdem ist es offensichtlich, daß etwas faul ist. Eine der ersten Folgen des Giftes trat in der Gärtnerei der Stadt auf. Der Gärtner Carl Ahl schildert das so: „ *Seit BT-Kemi 1965 seine Pflanzengiftproduktion aufnahm, ging es auf und ab mit unserer eigenen Produktion. Das Gift enhält im wesentlichen Fenoxinsäure und Chlorfenol. Besonders im Herbst, wo wir sonst unsere beste Saison hatten, ging es besonders schlecht.*" Der Grund kam erst in einem Prozeß heraus, den der Gärtner anstrengte: BT-Kemi arbeitete im Sommer nicht, und im Herbst war das Wasser, das die Giftstoffe aufnahm, zu kalt, um das Gift zu verarbeiten. Jedes Frühjahr und jeden Herbst gingen die Pflanzen ein - eine typische Folge des Giftes Fenol. Ahl führte einen mehrere Jahre dauernden Prozeß, er bekam schließlich lächerliche 15.000 kr. Schadenersatz, ohne daß sich ansonsten etwas änderte. In zynischer Weise wurde der Gärtner von den Behörden abgespeist: Man hätte ja keinen Vertrag mit Ahl, Wasser von einer besonderen Beschaffenheit zu liefern!

Zu dem Zeitpunkt waren auch schon mehrere Kinder an vergiftetem Trinkwasser erkrankt.

Hunderte Tonnen Gift werden ausgegraben!

1967 stießen Arbeiter in Köge auf Seeland in der Nähe des Werkes KVK 30 cm unter der Erdoberfläche auf Tonnen mit giftigen Abfällen. Sie mußten unter speziellem Schutz arbeiten, und einige Tage nach

auf Tonnen mit giftigen Abfällen. Sie mußten unter speziellem Schutz arbeiten, und einige Tage nach

Abschluß der Arbeiten erkrankten sie an Durchfall und Magenschmerzen. Das Gift, das damals gefunden wurde, gelangt wahrscheinlich in die Ostsee. Bei den verantwortlichen Behörden krähte nach diesen Gift„funden" kein Hahn, es war zum damaligen Zeitpunkt auch vollkommen normal und „legal" in Dänemark, daß die Kapitalisten ihren Abfall im Erdboden verschwinden ließen. Gifte, die jetzt noch direkt unter der Erdoberfläche lagern, können in wenigen Jahren das Grundwasser verseuchen, ohne daß dann noch im einzelnen nachprüfbar wäre, woher das Gift stammt! Vor einigen Wochen wurden über 100 Tonnen mit Gift in der Nähe von Teckomatorp gefunden, kurze Zeit darauf noch einmal 500 Tonnen in Köge auf Seeland zu Tage gefördert. Die Tonnen waren schon völlig zerfressen.

Die auf Seeland gefundenen Tonnen waren in der Nähe von Wasserleitungen vergraben, die die Stadt Kopenhagen mit Trinkwasser versorgen. Mittlerweile wurden deswegen drei Pumpen stillgelegt. Inzwischen taucht in der dänischen Presse eine Meldung nach der anderen über neue Gift„funde" auf, die das Leben der Bevölkerung gefährden. Natürlich ist das kein Zufall, daß nach Jahren der Beschwichtigungsversuche, Lügen und Verleumdungen der Behörden und Kapitalisten gegenüber der betroffenen Bevölkerung auf einmal das Gift ausgegraben wird. Daß überhaupt mit den Grabungen angefangen wurde, liegt daran, daß die Bevölkerung - insbesondere von Teckomatorp - jahrelang prozessierte und sich gerade in der letzten Zeit wegen der immer deutlicher auftretenden Schäden die öffentlichen Proteste verstärkten. Beispielhaft für die Sauereien der Behörden ist folgender Fall, der sich bereits 1966 ereignete: in Teckomatorp unterschrieben 600 Menschen eine Resolution, in der die Behörden aufgefordert wurden, den Giftgehalt der Luft zu untersuchen, da massenhaft Hautallergien in der Bevölkerung auftraten. Dies wurde mit der „Begründung" abgelehnt, daß das Werk ja noch für mehrere Jahre Betriebserlaubnis habe und somit ja nichts „Illegales" passieren könnte (wenn man bedenkt, daß die Bedrohung von Leben und Gesundheit der Bevölkerung im Kapitalismus tatsächlich „legal" ist, dann ist diese „Begründung" schon ganz realistisch)! Dann wurde von der Bevölkerung verlangt, nach Gift zu graben, da Arbeiter bezeugen konnten, daß dauernd Gifttonnen vergraben wurden. Die Firma kam den Behörden „zuvor" und „suchte" selbst nach Gifttonnen - sie „fand" natürlich nur Tonnen ohne Gift! Damit war für

Gifttonnen - sie „fand" natürlich nur Tonnen ohne Gift! Damit war für

die Behörden der Fall erst einmal wieder ad acta gelegt.

Von daher kann man auch jetzt nicht darauf vertrauen, daß mit der vorläufigen Festsetzung des KVK-Kapitalisten die Sache schon wieder in Ordnung kommt, denn die verantwortlichen Behörden in Dänemark und Schweden spekulieren nur darauf, daß langsam wieder Gras über die Sache wächst, damit in der gewohnten Weise weitergemacht werden kann. Denn es hat sich in den letzten Tagen gezeigt, daß der KVK-Skandal kein Einzelfall ist, sondern nur die Spitze eines Eisbergs!

Kein Seveso in Skandinavien!

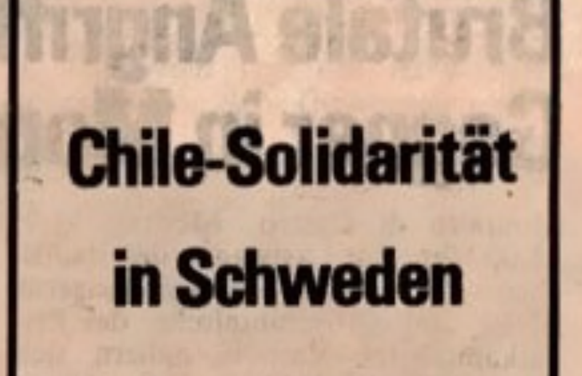
Kein Seveso in Skandinavien!

Am 27.9. wurden die Ergebnisse der Untersuchungen der in den Tonnen enthaltenen Gifte veröffentlicht. Der schwedische Professor Sören Jensen gab bekannt, daß es sich wie in Seveso um Dioxin und Tetrachlorverbindungen handelt sowie um bisher noch unbekannte Giftstoffe. Von skandinavischen Wissenschaftlern wurde zum gleichen Zeitpunkt bestätigt, was die betroffene Bevölkerung schon seit Jahren weiß: Daß Hautallergien, Kopfschmerzen und Magenkrankheiten direkte Folgen des Giftes sind, das durch die Luft eingeatmet wird und das Trinkwasser verseucht hat!

durch die Luft eingeatmet wird und das Trinkwasser verseucht hat!

Außerdem wurde am 27.9 von einem schwedischen Wissenschaftler nachgewiesen, daß zwischen dem Gift und einer erheblich gesteigerten Rate an Krebserkankungen im Umkreis von Teckomatorp ein direkter Zusammenhang besteht!

Dänemark-Kommission
KB-Gruppe Flensburg



Chile-Solidarität in Schweden

Am 11.September fanden in allen größeren Städten Schwedens Demonstrationen gegen die faschistische Junta in Chile statt. In Uppsala nahmen ca. 600 Personen daran teil, in Lund waren es 700, in Lulea 240 Personen, in Västeras 175. In Stockholm fand in diesem Jahr die bisher größte Demonstration gegen die Junta statt: Trotz Regen nahmen fast 7000 Personen teil. Außerdem fanden selbst in kleinen Städten (um 20.000 Einwohner) Demonstrationen statt. Die Hauptparolen waren:

- Boykott gegen chilenische Waren
- Freiheit für die politischen Gefangenen
- Weg mit der Junta

Diese Aktionen in den kleinen Städten und die große Teilnehmerzahl in Stockholm sind als gewaltiger Erfolg zu werten. Sie sind das Ergebnis eines langen und traditonsreichen antifaschistischen Kampfes in Schweden (nach „internationalen" Nr. 37, 16.9.77).

Skandinavienkommission

Gewerkschaften planen Jubelveranstaltung für die Sozialdemokratie!

Am 9. Oktober plant der schwedische Gewerkschaftsbund (LO) eine Demonstration gegen die im September letzten Jahres gewählte bürgerliche Regierung, die die 44-jährige Herrschaft der Sozialdemokraten ablöste. Schon im voraus verkündete ein Sprecher der LO, Roland Larsson, daß dieser Demonstration weitere im ganzen Land folgen werden. So findet nach Planung der schwedischen Gewerkschaftsführung schon zwei Tage vor der Demonstration ein Treffen sogenannter sozialdemokratischer „Arbeiterrepräsentanten" statt, mit der Aufgabe, über das Oppositionsprogramm der SAP zu beraten und es zu verabschieden. Als Hauptredner der geplanten Demonstration wird Olof Palme sprechen, denn - so Roland Larsson - die SAP sei die einzige Partei der Arbeiterbewegung in Schweden! Es werden während der Demonstration keine anderen Parolen als die des schwedischen Gewerkschaftsbundes zugelassen, da andere „ nur individuelle Meinungen, beziehungsweise Tagträumereien" widerspiegeln!

Damit wird deutlich, worum es der schwedischen Gewerkschaftsführung geht, die historisch schon immer sehr eng mit der Sozialdemokratie verflochten war und heute noch ist: den Protest der Arbeiterbewegung nach einem Jahr bürgerlicher Regierung wieder auf ihre Mühlen zu lenken! Erinnern wir uns: Es war die schwedische Sozialdemokratie, die durch das im letzen Jahr verabschiedete „Mitbestimmungsgesetz" eine Einschränkung des Streikrechtes vornahm. So wurden unter anderem staatlich verordnete Zwangsschlichtungen und eine Erhöhung der Schadenersatzpflicht auf unbegrenzte Geldsummen bei der Teilnahme an sogenannten wilden Streiks Bestandteil dieses Gesetzes. Und es war ebenfalls die Sozialdemokratie, die dafür sorgte, daß die schwedische Arbeiterklasse bis zu 44 % des Bruttoeinkommens versteuern mußte, während das Kapitalistenorgan „Veckans Affärer" zur Besteuerung schwedischer Unternehmen schrieb: *„Schweden ist ja, wenn man so will ein kleines kapitalistischen Paradies, das von harter Unternehmerbesteuerung verschont ist"*.Diese und andere Beispiele der reaktionären Politik der SAP lassen sich beliebig fortsetzen. Anläßlich dieser Demonstration sollte von der schwedischen Linken die Möglichkeit wahrgenommen werden, das Jubelkonzept der SAP zu verhindern und die Diskussion um die Herausbildung einer wirklichen linken Alternative zu den bürgerlichen Parteien zu beginnen (nach Internationalen vom 16.09.77).

Skandinavienkommission



Niederlande

»Belfast« in den Niederlanden

In den ersten Septemberwochen waren die molukkischen Bewohner von Bovensmilde und Assen einem ungeheuerlichen Staatsterror ausgesetzt, mehrere Molukker sind buchstäblich nur um Haaresbreite den MP–Salven der niederländischen Spezialtruppen entkommen.

Ein Streit zwischen angetrunkenen niederländischen Jugendlichen und einer Gruppe junger Molukker entwickelte sich zu einer Massenschlägerei zwischen den niederländischen und molukkischen Bewohnern Bovensmildes. Erstaunlich schnell, als ob sie nur darauf gewartet hätten, war eine „mobile Einheit aus Assen" (die niederländische MEK-Variante) zugegen, zwei Stunden später fuhren Panzer auf. Zuerst wurde der ganze Ort abgeriegelt, die Zufahrtswege kontrolliert. Dann kamen die bewaffneten Einheiten jedoch „zur Sache": Der Kordon wurde um den molukkischen Teil Bovensmildes gezogen. Damit war

doch „zur Sache": Der Kordon wurde um den molukkischen Teil Bovensmildes gezogen. Damit war

schreibt die sozialdemokratische „Volksfront" (5.9.) - was als ein Zusammenstoß der molukkischen und niederländischen Bevölkerung begonnen hatte *„zu einer scharfen Konfrontation zwischen der Polizei und der molukkischen Gemeinschaft"* 'geworden. Der molukkische Ortsteil war während der ganzen Nacht von den Tränengasgranaten der Bullen eingenebelt, bis zum frühen Morgen bewachten Molukker die Zugänge zu ihrem Ortsteil, um Überfälle der Staatsterroristen oder verhetzter Niederländer zu verhindern.

Erneut spitzte sich die Lage zu, als am Mittag des nächsten Tages Niederländer „unter Polizeischutz" das Buschwerk zwischen molukkischem und niederländischem Ortsteil entfernten und so mit aller Deutlichkeit ein Niemandsland und freies Schußfeld für die Bullen geschaffen wurden.

Das Gerichtsgebäude in Assen, wo gerade der Prozeß gegen die überlebenden molukkischen Militanten von der Zug- und Schulbesetzung im Mai/Juni durchgeführt wurde, war mit Scharfschützen hinter Sandsackbarrikaden und Panzern abgesichert - eine kleiner molukkischer Junge, der mit einem faulen Apfel nach einem der Polizeihunde geworfen hatte, veranlaßte die Bullen zu „Warnschüssen" ein Zivilpolizist rannte mit gezogener Waffe in der (übrigens recht kleinen) Menschengruppe vor dem Gericht herum. Den Bewohnern der Assener Innenstadt wurde schriftlich mitgeteilt, daß mit einer totalen Abriegelung ihres Gebietes zu rechnen sei.

Wie schon in den Tagen der Geiselnahme reichte die dunkle Haut aus, um festgenommen, zu Boden geworfen und mit entsicherter Waffe durchsucht zu werden.

Nordirische Dimensionen nahm das Vorgehen der Staatsterroristen an, als sie am Abend des 9.9. in Assen das molukkische Zentrum „Pattimura" überfielen. Einige molukkische Jugendliche hatten gerade das Haus verlassen und abgeschlossen, als 22 Panzerfahrzeuge auffuhren und, im Licht eines tieffliegenden Hubschraubers, fünfzig Militärpolizisten („Marechaussee") zusammen mit neunzig Bullen der Mobilen Einheit das Pattimura-Haus stürmten. Die Folgen des „Feuerschutzes", den sie bei ihrem Angriff erhielten, beschreibt die „Volkskrant" so: Die MG;Salven waren *„fast ausschließlich auf die Wohnungen rechts des Pattimura-Gebäudes gerichtet"*. Eine der Bewohnerin dieser Häuser erhielt einen Streifschuß oberhalb einer ihrer Augenbrauen. Ein anderer Bewoh-

wohnerin dieser Häuser erhielt einen Streifschuß oberhalb einer ihrer Augenbrauen. Ein anderer Bewoh-

ner *„mußte über den Flur kriechend sein drei Monate altes Kind aus dem Bett holen. Zwanzig Zentimeter oberhalb des Bettes waren Kugellöcher in der Innenmauer."*

Die zur Durchsuchung des Pattimura-Gebäudes eingesetzten dreißig Spezialisten *„fanden nach einer gründlichen Untersuchung in dem Gebäude jedoch keine einzige Waffe"* („Volkskrant", 10.9.)

Diesen, im Verhältnis zum Aufwand gigantischen Mißerfolg konnten Staatsapparat und brutalisierte Bullen nicht so einfach verwinden; Getreu der Devise „wo Molukker sind, müssen auch Waffen sein" wurden am nächsten Morgen, wiederum unter Panzereinsatz, die molukkischen Wohngebiete von Assen gestürmt. Kann man noch darüber lachen, daß dabei sogar ein molukkisches Kleinkind durchsucht wurde...? („Zwartbock Assen")

Die molukkischen Militanten, denen zur gleichen Zeit in Assen der Prozeß gemacht wurde, kamen, dies eine der Widersprüchlichkeiten niederländischer Politik, mit vergleichsweise „geringen" Strafen davon. Da – von der westdeutschen Regimepresse gescholten – nach niederländischem Recht (bisher) nur be- und verurteilt wird, was f a k t i s c h nachweisbar ist, wurden die Militanten lediglich wegen „verbotenen Waffenbesitzes" und „Freiheitsberaubung" zu Strafen zwischen sechs und neun Jahren Gefängnis verurteilt (wir berichten über den Prozeß im nächsten AK).

Niederlande-Kommission



Man achte besonders auf das terroristische Glitzern in den Augen des molukkischen Babys!

Man achte besonders auf das terroristische Glitzern in den Augen des molukkischen Babys!

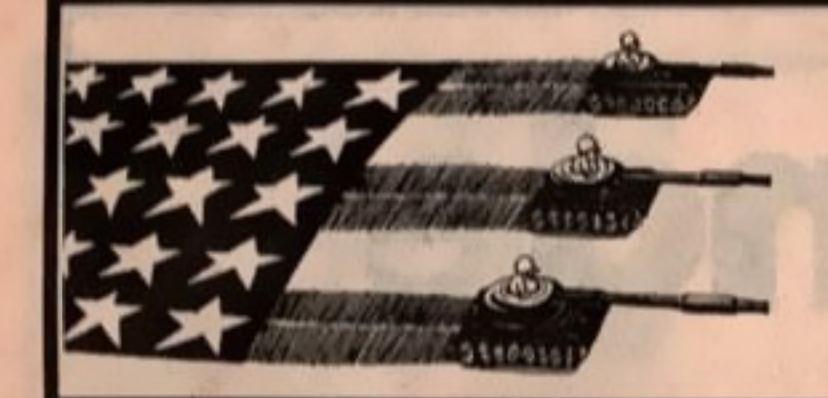


Bild oben und unten: Amersfoort, 12.9. – wer dunkle Haut hat, ist verdächtig.



Mindestens dreißig MP-Kugeln durchschlugen das Fenster dieses Raumes, in dem ein drei Monate altes Kind schlief.





USA

Carters Adjutant abgetreten

„Ich kenne ihn besser als viele andere. Ich kenne ihn wie meinen Bruder!".Mit diesem Nachruf auf seinen zurückgetretenen Freund Bert Lance hat der US-Präsident Jimmy Carter vermutlich mehr gesagt, als er wollte. Zu sehr war Bert Lance fortwährend mit den Gesetzen in Konflikt geraten, als daß Carter ihn noch hätte retten können.

Bert Lance stammt ebenso wie Carter aus dem US–Bundesstaat Georgia und war dort Präsident der National Bank of Georgie, bis Carter ihn zum Direktor der Bundesbehörde für Management und Haushalt machte. Doch vom ersten Tage an verstummte die Kritik an ihm nicht. Und als sich jetzt ein Senatsausschuß mit den Geschäftspraktiken von Lance beschäftigte, trat er „freiwillig" zurück. – Schon am 11.9. hatten sich in einer Talkschow die Gouverneure Pierre du Pont (Delaware) und John D.Rockefeller IV (West Virginia) für den Rücktritt von Lance ausgesprochen. Am 12.9. forderte David Rockefeller in San Francisco dasselbe. Und jeden Tag wuchs die Zahl der Politiker, Großbankiers, Unternehmer, die sich gegen Lance stellten. Warum? Ganz bestimmt nicht, weil er wegen des Mißbrauchs von Bankgeldern oder anderen illegalen, korrupten Doppelgeschäften ins Zwielicht geraten war. Damit hatte er sich nur in eine Reihe gestellt mit der skrupellosen Bande von Halsabschneidern, die die Geschicke der USA lenken. Mit jedem neuen Pressebericht würde immer klarer, daß die Großkapitalisten ihre Interessen durch Lance nicht mehr genügend vertreten sahen. Das Eingreifen von Mitgliedern der Dynastien du Pont (Weltchemiegigant) und Rockefeller machen dies deutlich.

Unter Brüdern!

Die Vorwürfe gegen Lance können hier unmöglich alle aufgezählt werden. Doch schon wenige Beispiele zeigen, welchen Vogel sich Carter zum Kontrolleur der Haushaltsmittel von mehreren Hundert Milliarden Dollar ins weiße Haus geholt hat.

- Eine Gesellschaft, bestehend aus Bert Lance und seiner Frau,kaufte 1974 ein 1966er Flugzeug für 80.000 Dollar. Nur 18.Monate später verkaufte die Gesellschaft das Flugzeug an die Bank von Lance für 120.000 Dollar - und Lance benutzte es weiter ausschließlich für persönliche Zwecke (New York Times, 26.9.77).
- Über das Luftfahrtkonto der Bank wurden außerdem 9.000 Dollar für Schnaps und die Anmietung einer Limousine für Lance bei Carters Amtseinführung abgerechnet. Und unter den Leuten, die mit den Flugzeugen der Bank zum Nulltarif flogen, war ein Politiker wie Außenminister Cyrus Vance und SchatzministerMichael Blumenthal. Carter selbst flog dreimal mit den Bank-Flugzeugen, ohne dafür zu bezahlen (Newsweek. 26.9.77).
- Ein weiterer Punkt ist die Selbstbedienung von Lance mit Krediten. Als er 1974 für den Posten des Gouverneurs kandidierte, hatte er sein Konto bei der Calhoun First National Bank mit nicht weniger als 152.161 Dollar überzogen. Die Bank erhob keine Zinsen hierauf. Auch nachdem die Revision 1975 weitere Überziehungen verboten hatte, konnten Lance und seine Frau die Kredite der Bank in Anspruch nehmen. Und vor dem jetzigen Untersuchungsausschuß hatte Lance behauptet, daß er „nie" gegen die Vorschrift verstoßen habe, die Kredite von mehr als 5.000 Dollar an Bankbeamte verbietet. Doch ein Revisionsbericht von 1971 führt schon auf, daß Lance merhfach diese Beträge überschritten hatte.
- Schließlich besorgte Lance sich Geld, indem er als Präsident der National Bank of Georgia anderen Banken zinslos Kredite gab, die er sich anschließend auf sein eigenes Konto von den Banken zurückzahlen ließ. Dies trieb er soweit, daß er 1975 gar ein und dasselbe Aktienpaket an zwei Banken gleichzeitig verpfändete, um von beiden einen persönlichen Kredit zu erhalten.

Auf diese Weise lieh Lance sich 1974 bei einer Bank in Ringgold (Georgia) 140.000 Dollar, im selben Jahr dann nochmal 240.000 bei der Roswell Bank ebenfalls in Georgia. Später besorgte er sich auf die obenbeschriebene Tour noch 651.000 bei der Georgia Railroad Banking, 185.000 bei der C&S National Bank. 1975 waren es dann schon größere Summen: einmal 3,4 Mill. bei der First National of Chicago und einmal 2,6 Mill. bei der Manufacturers of Hannover Trust (IHT, 8./15.8.77). Eine hübsche Stange Geld hat er sich so über Jahre zusammengegaunert. Bei seinem Amtsantritt hatte er ab die 7.9 Mill. Dollar „eigenem" Kapitals,(„Workers World" 29.7.)

P.S.: Der Direktor der Calhoun First Bank, Beverly Langford, meinte zu der Lance-Affäre:„Ich finde, daß wir ungerecht behandelt werden" (IHT, 26.9.77). Schließlich ist er der Schwiegervater von Carters Sohn Jack. . .

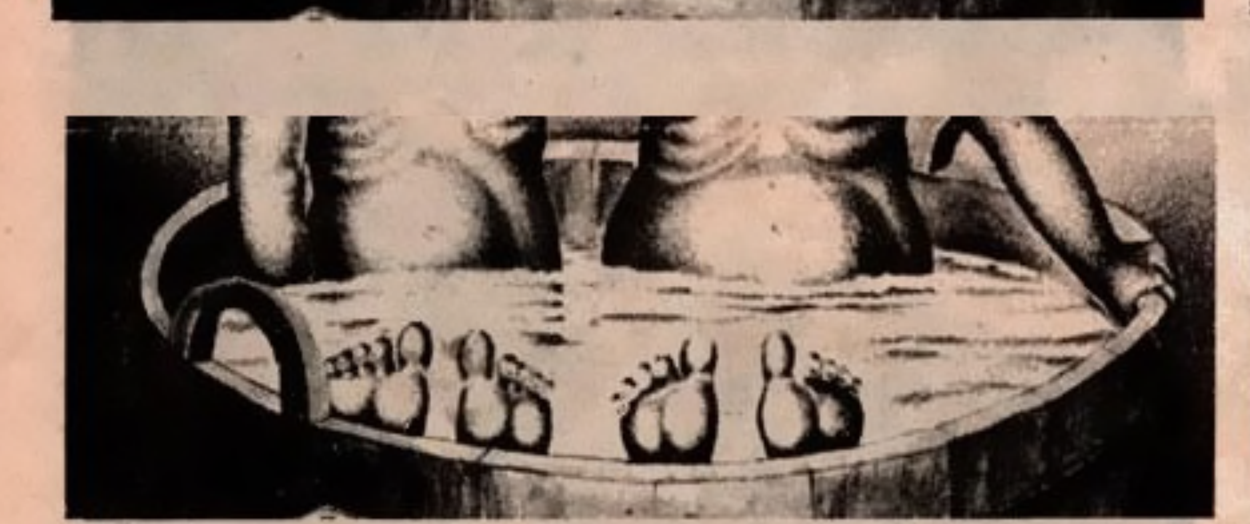
USA-Kommission



Schwulenrechte weiter unter Beschuß

Am 7.9. stimmte der Stadtrat von Wichita (Bundesstaat Kansas) nach einem öffentlichen Hearing von 6 1/2 Stunden mit 3 zu 2 dafür, daß ein Bürgerrechts-Zusatz angenommen

Society.
Obwohl der Entwurf von Wichita eine Woche später Gesetzeskraft erhalten, haben Gegner dieser Verordnung nach dem Muster von Florida



26.9.77).
- Über das Luftfahrtkonto der Bank wurden außerdem 9.000 Dollar für Schnaps und die Anmietung einer Limousine für Lance bei Carters Amtseinführung abgerechnet. Und unter den Leuten, die mit den Flugzeugen der Bank zum Nulltarif flogen, war ein Politiker wie Außenminister Cyrus Vance und SchatzministerMichael Blumenthal. Carter selbst flog dreimal mit den Bank-

Schwulenrechte weiter unter Beschuß

Am 7.9. stimmte der Stadtrat von Wichita (Bundesstaat Kansas) nach einem öffentlichen Hearing von 6 1/2 Stunden mit 3 zu 2 dafür, daß ein Bürgerrechts-Zusatz angenommen werden soll, der die Diskriminierung von Lesben und Schwulen verbietet.

Ein Sprecher der Schwulenorganisation National Gay Task Force sagte, daß diese Aktion der Legislative bereits die zweite sei, nachdem ein ähnliches Gesetz durch eine Volksabstimmung in Dade County (Florida) zu Fall gebracht wurde.

Nach dieser reaktionären Entscheidung waren Hunderttausende auf die Straßen gegangen, um gegen die zunehmende Schwulenrepression zu demonstrieren. Eine Mobilisierung gegen die Schwulen wie in Dade County durch die Erzhetzerin Anita Brayant wird unterstützt durch solche rassistischen Kräfte wie den Ku Klux Klan und die John Birch Society.

Obwohl der Entwurf von Wichita eine Woche später Gesetzeskraft erhält, haben Gegner dieser Verordnung nach dem Muster von Florida bereits angefangen, Unterschriften für eine weitere Volksabstimmung zu sammeln.

Die Durchführung einer ähnlichen Unterschriftensammlung in Kalifornien - um das Gesetz zum Schutz der Schwulen in diesem Bundesstaat durch eine Volksabstimmung zu Fall zu bringen - macht klar, daß neue und noch weit größere Konfrontationen zwischen Schwulenorganisationen, fortschrittlichen politischen Organisationen und Initiativen einerseits und dem gesamten, vielschichtigen Sumpf der Reaktion andererseits bevorstehen (Nach Workers World, 16.9.77).

USA-Kommission

Das Märchen von der „freien Presse"

Unter den Ländern der „freien Welt" verstehen sich die USA als die Hüter der Freiheit schlechthin. Und immer wenn von Freiheit die Rede war, durfte einer nicht fehlen: der CIA!

So verwundert es niemand, wenn jetzt bekannt wurde, daß der CIA in den vergangenen 25 Jahren mit über 400 US-Journalisten Kontakt hatte.

Diese neuerliche Enthüllung stammt von dem einschlägig bekannten Reporter Carl Bernstein, der einst mit Bob Woodward über die „Washington Post" den Watergate-Skandal ins Rollen brachte. Jetzt berichtete er im US-Magazin „Rolling Stone", daß Journalisten von „The New York Times" und „Washington Post",„Newsweek" und „Time" Louisville Courier Journal" und „Copley News Service", den Fernsehgesellschaften ABC, CBS und NBC, den Nachrichtenagenturen AP, UPI und Reuters und nicht zuletzt der Hearst-Pressekette mit dem CIA zusammenarbeiten.

„Wann immer möglich. . ."

Für die „New York Times" ist diese Enttarnung besonders peinlich, denn sie hatte sich durch diverse Enthüllungen in den letzten Jahren als die „liberalste Zeitung der USA" herausgeputzt: Die Veröffentlichung der Pentagon-Papiere, ausführliche Berichterstattung über den Watergate-Skandal gehören ebenso zu ihren Leistungen wie die Nachforschungen über die illegalen Praktiken der CIA gegen die Vietnam-kriegsgegner.Dieses Image hat jetzt einen empfindlichen Knacks bekommen, nachdem bekannt wurde, daß schon in den frühen 50er Jahren der damalige Herausgeber, Arthur Hays Sulzberger, mehr als zehn CIA-Beamte als Angestellte oder Teilzeit-Korrespondenten beschäftigt hatte und „dem Geheimdienst wann immer möglich Unterstützung leistete". Sulzberger starb 1968.

- Aber in seinem Sohn Arthur Ochs Sulzberger, dem heutigen Herausgeber der „New York Times" und seinem Neffen Cyrus L. Sulzberger, dem außenpolitischen Kommentator, hat er würdige Nachfolger gefunden.

Ein Beispiel gibt Howard Hunt, der an dem Watergate Einbruch beteiligt war. Er hatte 1967 im Auftrag des CIA einen Artikel über die angebliche Enttarnung von über 100 sowjetischen Spionen verfasst, der am 13.9.67 in der „New York Times" „zu 75% unverändert"(Hunt) mit der Verfasserzeile C.L.Sulzberger erschien (Stern, 27.9.77).

Einen spektakulären Fall von Einflußnahme gab es im Jahre 1952, als der CIA den „New York Times"-Reporter Wayne Phillips anzuwerben und nach Moskau zu schicken versuchte (ITH, 13.9.).

Der Wert dieser Beziehungen für den CIA liegt auf der Hand. Zum einen konnte und kann der Geheimdienst auf dem Wege über die liberale Presse an Quellen herankommen, die ihm ansonsten nicht offengestanden hätten. Zum anderen drang er in die Redaktionen und Agenturen ein, um auch unter den Journalisten zu schnüffeln und um schließlich direkten Einfluß auf die Berichterstattung zu nehmen. So zitiert Bernstein den CIA:„Ein Journalist ist soviel wert wie 20 Agenten."



Peinlich, peinlich!

Diese Enthüllungen passen natürlich absolut nicht ins Konzept der „New York Times", die sich als „das Gewissen der Nation" bezeichnet. Die „New York Times", die wichtigste Tageszeitung der USA, erscheint wochentags mit einer Auflage von 870.000, sonntags gar von 1,5 Millionen. Ihr Herausgeber, Arthur Ochs Sulzberger, sagte zum Fall Phillips, er hätte „nie gehört, daß Times darauf angesprochen worden wäre" (IHT, 13.9.77). Doch die Stellungnahme des renommierten Journalisten Joseph Alsop ist schon klarer, der einen konkreten Kommentar zu Bernsteins Enthüllungen ablehnte, mit der Ausnahme zu sagen, daß Teile von Bernsteins Bericht „ungenau" seien.
Big Brother is watching you!

USA-Kommission

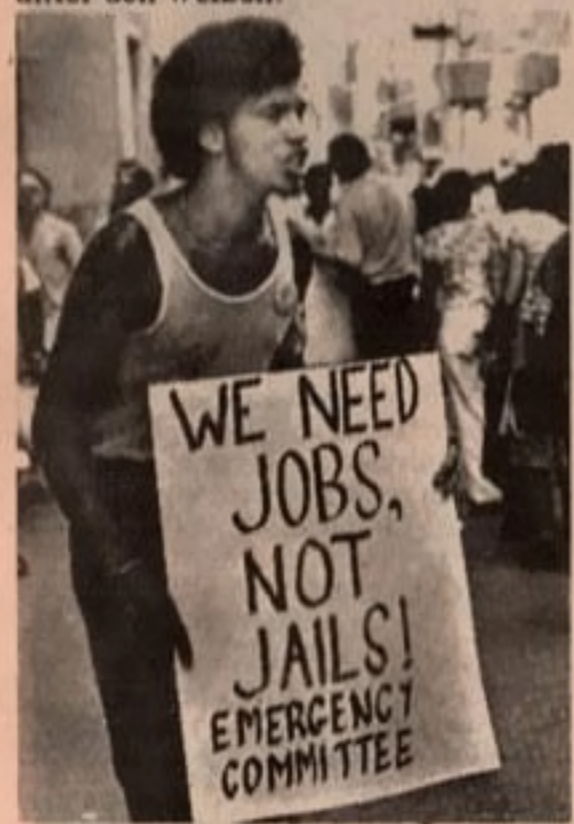


Hunderte von antifaschistischen Farbigen stoppten in Mobile (Alabama) den provokatorischen Marsch von Ku Klux Klan–Verbrechern. Die weißen Rassisten mußten zunächst einiges an Prügel einstecken, bevor die Polizei (natürlich) auf Seiten des Ku Klux Klan einschritt.

KURZMELDUNGEN KURZMELDUNGEN KURZMELDUNGEN KURZMELDUNGEN

Rassismus der Industrie: Zuletzt geheuert – zuerst gefeuert. . .

Nach jahrelangen wortreichen Anläufen um die Aufhebung der Rassentrennung in den USA hat sich - nichts geändert. Die Arbeitslosenstatistik für August 1977 zeigt wieder einmal das alte Bild: 15,5% aller (angemeldeten) farbigen Werktätigen waren arbeitslos - doppelt soviel wie unter den Weißen.



Doch zu den traditionell bekannten Ursachen dieser rassistischen Beschäftigungspolitik gesellten sich in den letzten Jahren zwei weitere Probleme:

- Die Industrie geht aus den Städten weg - zumeist in völlig andere Gegenden, nicht einfach in die Vororte. Da die Farbigen hauptsächlich in den Städten leben, sind sie hiervon besonders betroffen. Dazu kommt, daß die schwarzen Männer wesentlich in den arbeitsintensiven Schwerindustrien Beschäftigung finden, die von der Wirtschaftskrise der letzten Jahre vor allem berührt war. (IHT, 13.9.77)

Enorme Zunahme von Morden . . .

Ein gewaltiges Ansteigen der Mordrate in den USA hat dazu geführt, daß der Mord noch vor Unfällen zur häufigsten Todesursache für junge Farbige in den Großstädten geworden ist. Zu diesem Ergebnis ist ein Wissenschaftler-Team der Case Western Reserve University in einem Bericht, den das New England Journal of Medicine jetzt veröffentlichte, gekommen.

Von 1960 bis 1970 stieg die Mordziffer für diese Bevölkerungsgruppe um 80%. Grundlage der Untersuchung waren die Mordfälle der 2-Millionen-Stadt Cleveland (Ohio) von 1958 bis 1974. Von den zwischen 1968 und 1974 begangenen Morden werden 13% als „gerechtfertigt" ausgewiesen: Die meisten dieser Toten gehen auf das Konto der Polizei und die überragende Mehrzahl waren Schwarze. . ". (International Herald Tribune, 13.9.77).

Soldaten- Gewerkschaften verboten !

In den letzten Monaten war die Bewegung in der US-Armee für die gewerkschaftliche Organisierung der Soldaten sehr aktiv geworden. Sowohl einige etablierte Gewerkschaften als auch neue Kräfte hatten unter den Soldaten mit Unterschriftensammlungen und Informationsmaterial für die Schaffung einer Soldaten-Gewerkschaft geworben.

Dieser Entwicklung hat nun der US-Senat ein vorläufiges Ende gesetzt. Am 16.9.77 verabschiedete er mit 72 gegen 3 Stimmen einen Gesetzentwurf, der Gewerkschaften im Bereich der US- Streitkräfte verbietet. Nach diesem Entwurf müssen Soldaten mit Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren und Geldstrafen bis zu 47.000 DM rechnen, wenn sie sich in einer Gewerkschaft organisieren, welche mit der Regierung verhandeln will. Ausserdem soll es allen Soldaten und sogar den Zivilbediensteten verboten sein, auch nur die Zulassung von Gewerkschaften zu fordern.

Nachdem dieser Gesetzentwurf nun an das Repräsentantenhaus weitergeleitet wurde, ist mit seiner baldigen Verabschiedung zu rechnen. Die Frage der gewerkschaftlichen Organisierung ist für die US-Soldaten von größerer Bedeutung geworden, nachdem die Wehrpflicht in den USA abgeschafft wurde und nur noch Freiwillige Soldaten werden.

US-Kongress: Frauenfeinde gegen Abtreibung

Das Repräsentantenhaus bestätigte am 27.9.77 seine rigorose Ablehnung der finanziellen Unterstützung bedürftiger Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen. Damit erteilte es den Entwürfen des US-Senats eine Absage, welche wenigstens noch Beihilfen aus Bundesmitteln für all die Fälle vorsahen, in denen ein Frauenarzt die Abtreibung als „medizinisch notwendig" bestätigte. Außerdem sollten diverse andere Fälle ebenfalls unterstützt werden, wie Abtreibungen in Fällen gesundheitlicher Gefährdung von Mutter oder Kind oder nach Vergewaltigungen.

Doch selbst dies war für die Frauenfeinde im Repräsentantenhaus zuviel: Der Abgeordnete Silvio Conte sagte unter anderem, eine derartige Klausel würde nur zu *„Falschmeldungen von Vergewaltigungen* (führen) *, um in den Genuß der Bundesmittel zu kommen"* („International Herald Tribune, 29.9.77)

Wettstreit der Geheimdienste

Die fortwährenden Untersuchungen über die Aktivitäten des südkoreanischen Geheimdienstes KCIA in den USA und insbesondere im US-Parlament haben zu neuen Enthüllungen geführt und zeigen, daß die Lehrtätigkeit des US-CIA in Südkorea auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Neue Fälle:

Inzwischen hat die Untersuchungskommission den Fall des Kosmetikfabrikanten Honchu Kim aufgerollt, der aufgrund verschiedenster Vergehen mit einer Freiheitsstrafe von zehn Jahren und 20.000 Dollar Geldstrafe rechnen muß. Ihm wird vorgeworfen, 600.000 Dollar aus den Händen des KCIA im Rahmen der „Operation Weißer Schnee" an Kongreßabgeordnete verteilt zu haben. („International Herald Tribune", 28.9.77).

Die Untersuchungen haben im Lager des KCIA für einige Hektik gesorgt, nachdem bereits mehrere ehemalige Führer des KCIA bereit waren, vor dem parlamentarischen Ausschuß auszusagen. So wurde jetzt bekannt, daß ein hoher Offizier des südkoreanischen Geheimdienstes, der für die Operationen im Raum New York verantwortlich war, seinen Posten verlassen und am 16.9.77 in den USA um Asyl gebeten hat. Es wurde ihm und seiner Familie gewährt, und er befindet sich nun unter dem Schutz von US-Kommissaren an einem unbekannten Ort. Sohn Young Ho, der als Konsulatsbeamter im südkoreanischen Generalkonsulat in New York akkreditiert war, hat bereits vor dem Unterausschuß für Internationale Organisationen ausgesagt; dabei ging es u.a. um die auch in der Bundesrepublik bekannten Verfolgungen südkoreanischer Emigranten durch den KCIA im Kampf gegen jedwede Opposition gegen den Präsidenten Park Chung Hee („International Herald Tribune", 29.9.77).

ESSO - Zeichen weltweiter Bestechlichkeit

Im Wettstreit der Multis um den Wanderpokal des besten Bestechers hat jetzt der US-Öl-Gigant EXXON (vormals ESSO) dem Flugzeugschmierer Lockheed den Rang abgelaufen. Mit einer (nachgewiesenen) Summe von über 56 Millionen Dollar konnte EXXON Lockheed (38 Mio.) um Längen schlagen. Doch das Rennen ist noch nicht beendet.

Die Untersuchungen der US-Finanzbehörde ergaben, daß allein 55 Millionen US-Dollar nach Italien gingen, weitere bescheidene 50.000 Dollar nach Thailand, und ein japanischer Parlamentarier mußte sich gar nur mit monatlich 1.145 Dollar abfinden lassen. Ungezählte Gelder flossen noch nach Chile, Frankreich, Laos, Südvietnam, Tunesien, Malaysia, Venezuela und in die Dominikanische Republik („International Herald Tribune", 28.9.77).

Inzwischen bestätigte der Generalsekretär der australischen Oppositionspartei Labor, David Combe, daß seine Partei von der australischen ESSO einen beträchtlichen Zuschuß zum Bau des 2,5 Millionen - austr.-Dollar- Hauptquartiers der Partei in Canberra erhalten habe. Premierminister Malcolm Frazer möchte noch nicht erklären, ob seine Liberale Partei ebenfalls im Zeichen weltweiter Verbundenheit profitieren konnte.

USA- Kommission



lateinamerika

Che Guevara zu den Aufgaben der Revolutionäre

Am 9. Oktober 1967 wurde Ernesto Che Guevara in Bolivien ermordet. Geachtet und verehrt wird überall der Che, der selbst als Direktor der Nationalbank von Cuba seine Knarre auf dem Schreibtisch liegen hatte, der mit seiner ganzen Person und seinem Leben für den Befreiungskampf der Völker eingetreten ist und den proletarischen Internationalismus vorgelebt hat. Weniger bekannt sind demgegenüber zumeist Ausführungen von Che zu politisch-ideologischen Fragen. Wir drucken hier Ausschnitte aus einer Rede Ches von 1963 ab (»Die Aufgaben der Partei«, in: »Brandstiftung oder Neuer Friede« — derzeit vergriffen und kaum zugänglich). Che geht in dieser Rede auf die Bedeutung des Bewußtseins zur Schaffung des neuen Menschen im Sozialismus ein. Er formuliert seinen Anspruch an die Revolutionäre, die Mitglieder der Partei und nimmt auch Stellung zur Frauenfrage.

» ... lassen Sie mich nunmehr eine kleine Statistik aufstellen: Aus diesem Arbeitszentrum mit mehr als 3.000 Arbeitern ... wieviel sind es genau? (Das Auditorium antwortet) ... Nun gut, 4.000 Arbeitern, im Effekt das gleiche für das statistische Ergebnis. Von also 4.000 Arbeitern sind 197 Genossen gewählt worden, die alle notwendigen Voraussetzungen erfüllen, um der Vereinigten Sozialistischen Revolutionspartei beizutreten. Aber unter diesen 197 Genossen befinden sich nur fünf Frauen. Dennoch aber ist der Prozentsatz an Frauen, die hier in Ariguanabo arbeiten, viel größer als diese 2,5%, die unsere Statistik ergibt. Das wiederum deckt auf, daß die gleichberechtigte Einbeziehung der Frau in die aktive Tätigkeit beim Aufbau des Sozialismus bisher keineswegs verwirklicht ist. Es wäre angebracht, daß wir uns bemühen, allerorts festzustellen, warum das noch so ist.

Zwei Gründe für diesen Zustand treten anscheinend klar und deutlich hervor. Zum einen hat sich die Frau tatsächlich noch nicht aus Bindungen lösen können, die sie an eine überlebte Tradition fesseln. Aus diesem Grund schließt sie sich dem aktiven Leben eines revolutionären Arbeiters noch nicht an. Ein zweiter Grund mag darin liegen, daß die Masse der Arbeiter, das sogenannte starke Geschlecht also, den Frauen nachsagt, sie seien zurückgeblieben und deshalb ihre quantitative Überlegenheit geltend macht. An Plätzen wie diesen wird man nur die Männer gewahr, nur ihre Arbeit ist sichtbar. Dabei wird vergessen, daß die Rolle der Frau rein subjektiv behandelt wird.

Vor ein paar Monaten mußten wir eine Funktionärin des Industrieministeriums entlassen — und zwar eine fähige Funktionärin. Und warum? Weil sie im Rahmen ihrer Aufgaben durch die Provinzen reisen mußte, häufig in Begleitung von Inspektoren oder ihres Vorgesetzten. Diese Genossin, die verheiratet war — ich glaube sogar, mit einem Angehörigen der Rebellenarmee — , durfte aber auf Wunsch ihres Mannes nie allein ausgehen. Sie mußte sogar alle ihre Reisen davon abhängig machen, ob ihr Mann seine eigene Arbeit im Stich lassen und sie begleiten konnte, gleichgültig, wohin sie reisen mußte.

Das ist doch ein grobes Indiz einer fortbestehenden Diskriminierung der Frau in Cuba! Muß die Frau etwa ihren Mann jedesmal begleiten, wenn er ins Innere der Provinzen oder anderswohin reisen soll, um ihn zu überwachen, damit er keiner Versuchung erliegt?

Was besagt das? Wohl schlechthin, daß eine negative Vergangenheit uns noch immer belastet, daß die Befreiung der Frau nur heißen kann: Die Erlangung ihrer totalen Freiheit, das heißt auch ihrer inneren Ungebundenheit von überkommenen Gesellschaftsbildern; denn es handelt sich ja nicht um einen bloßen physischen Druck, der die Frauen von bestimmten Tätigkeiten ausschließt. Auch hier wirkt der Ballast vergangener Tradition nach.

In dieser neuen Zeit aber, die wir erleben, in dieser Epoche des Aufbaus des Sozialismus, in der alle Diskriminierung beseitigt werden und nur als einzige und maßgebende Diktatur die Diktatur der Arbeiterklasse bleibt, die nun organisierende Klasse auch der besiegten übrigen wird! und bei der Vorbereitung auf diesen langen Weg, auf dem es überreichlich Kämpfe geben wird und noch viele Strapazen! auf diesem langen Marsch zu einer perfekten Gesellschaft, die die klassenlose Gesellschaft sein wird, eine Gesellschaft, in der alle Unterschiede verschwinden sollen! in dieser Epoche des Aufbruchs darf nun keine andere Form der Staatsgewalt mehr zugelassen sein als die Diktatur des Proletariats.

Das Proletariat aber unterscheidet nicht nach dem Geschlecht. Das Proletariat ist die Gemeinschaft aller Männer und Frauen, die auf allen Arbeitsplätzen des Landes konsequent für ein gemeinsames Ziel kämpfen.

Das als Beispiel all dessen, was getan werden muß, aber natürlich ist es nur ein Beispiel, und damit sind die Schwierigkeiten nicht erschöpft. Es bleibt vieles zu tun; es bleiben noch viele Traditionen aus der vorrevolutionären Zeit.

Ich meine den Brauch, daß Mitglieder der Partei, der Gewerkschaften, der verschiedenen Massenorganisationen zwar kommandieren, zurechtweisen und Gutachten abgeben, aber häufig nicht arbeiten. Und dies ist eine andere, völlig negative Tradition.

Wer es darauf abgesehen hat, leiten zu wollen, der muß sich durchsetzen können, oder, besser gesagt, er muß sich dem Urteil der Massen stellen und darauf vertrauen, daß er zum Lenken gewählt wird. Oder er bietet sich als Leitender an, weil er Bester unter den Vorbildlichen ist in seiner Arbeitsleistung, seiner Opferbereitschaft, seiner beharrlichen Haltung als Vorkämpfer in allen Kämpfen, die das Proletariat täglich für den Aufbau des Sozialismus zu führen hat.

Das alles lastet auf uns. Noch sind unsere Organisationen nicht frei von diesen Lastern, die sich in unsere eigene revolutionäre Tradition eingenistet haben und die anfangen, Schaden zu verursachen. Auch muß der Irrglaube aufgegeben werden, daß die Wahl zum Mitglied einer Massenorganisation der regierenden Revolutionspartei diesen Genossen auch nur die geringste Vergünstigung bietet, mehr zu erreichen, als das übrige Volk.

Mit anderen Worten: Wir müssen von dem Grundsatz abgehen, daß bei uns der Tüchtige besonders belohnt wird, oder daß derjenige, der ein ausgeprägtes Bewußtsein und größere Opferbereitschaft bewiesen hat, etwa durch materielle Vorteile preisgekrönt werden muß.

Hier haben wir zwei Probleme, die dauernd den sozialistischen Aufbau durchkreuzen und in einem dialektischen Umschlag vervollständigen werden. Einerseits die Verlockung des scheinbar notwendigen materiellen Anreizes (wir stammen ja aus einer Gesellschaft, die an nichts anderes als an materiellen Gewinn gedacht hat, und wir bauen mit Hilfe von Umwälzungen des menschlichen Bewußtseins eine neue Gesellschaft auf der Basis dieser alten auf); andererseits verfügen wir noch nicht über ausreichende Mittel, um die Bedürfnisse eines jeden voll befriedigen zu können.

Darum wird das materielle Interesse den Aufbau des Sozialismus notwendig noch eine zeitlang begleiten.

Aber gerade deshalb ist es auch Sache der wegbereitenden Partei, die entgegengesetzte Haltung zu propagieren: Das moralische Interesse, den moralischen Impuls, die Haltung von Männern, die kämpfen und sich opfern und dafür nichts anderes erhoffen als die Anerkennung ihrer Genossen, nichts anderes erwarten als die Bestätigung, die Sie heute den Kameraden gegeben haben, indem Sie sie zu Mitgliedern der Vereinigten Revolutionspartei gewählt haben.

Der materielle Anreiz bezeichnet ein Überbleibsel der Vergangenheit. Mit ihm müssen wir zwar rechnen, aber wir müssen seine Übermacht im Bewußtsein des Volkes dementsprechend brechen, wie die sozialistische Entwicklung fortschreitet. Der moralische Antrieb wird immer ausgeprägter, der materielle Anreiz muß dagegen ebenso entschieden ausgeschaltet werden. Er wird in der neuen Gesellschaft keinen Platz haben; er wird auf dem Weg dahin aufgegeben werden, und wir müssen die Voraussetzungen schaffen, damit diese Beweggründe, die heute wirksam sind, durch den moralischen Anreiz, durch Pflichtgefühl und ein neues revolutionäres Bewußtsein ersetzt weden. ...

Vor wenigen Tagen, während einer der vielen Versammlungen, die wir leider abhalten und die wir noch nicht aus der Welt schaffen konnten, erzählte einer der Genossen den neuesten Witz — wenigstens für mich den neuesten — der die Gründung der Partei betraf.

Es ging dabei um einen Mann, der in die Partei eintreten wollte und dem die Mitglieder seiner Sektion sagten, daß er Überstunden machen, Beispiel sein müsse, daß er die Tagesstunden dazu benutzen müsse, sich fortzubilden, daß er sonntags zur Arbeit gehen, jeden Tag freiwillig arbeiten solle, daß er alle Eitelkeit beiseite lassen müsse, daß er sich — mit einem Wort — jederzeit allein aufs Arbeiten zu beschränken habe und darauf, allen Massenorganisationen, die zur Zeit existieren, beizutreten. Nach dieser Liste fügten sie hinzu: »Außerdem müssen Sie als Parteimitglied jederzeit bereit sein, ihr Leben für die Revolution hinzugeben. Sind Sie dazu bereit?« und darauf antwortete der Mann: »Wenn ich ein Leben führen soll, wie ihr es schildert, wie soll ich daran hängen? Solch ein Leben gebe ich gerne her«.

Warum erzähle ich diesen Witz? Aus ihm spricht die alte Auffassung — ich weiß nicht, ob konterrevolutionär oder revolutionär gemeint — doch hat sie in der Tat einen reaktionären Gehalt. Wieso das? Weil eben gerade ein Arbeiter der Avantgarde, ein Mitglied der führenden Revolutionspartei, für alle Arbeit, die sich »Opfer« nennt, ein neues Interesse empfindet; er hält sie für einen Teil seiner gesellschaftlichen Pflicht, aber nicht einer aufer-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 45

legten, sondern einer inneren, und diese erfüllt er mit Hingabe.

Durch die Macht dieses moralischen Interesses, durch das aufrichtigste Bemühen jedes einzelnen, durch die Vertiefung seines Bewußtseins verwandeln sich ja die banalsten und langweiligsten Dinge in wichtige und substantielle Angelegenheiten, in etwas also, das man ohne schlechtes Gewissen nicht unterlassen kann: in das also, was sich Opfer nennt. Ein Opfer in diesem Sinne nicht zu bringen — das erst bedeutet für einen Revolutionär ein wahres Opfer. Wie man sieht, fangen die Begriffe und Konzepte bereits an, sich zu wandeln.

Der echte Revolutionär, das Mitglied der führenden Revolutionspartei, wird in den schweren Jahren des Kampfes, wie sie uns erwarten, zu jeder Stunde, zu jeder Minute seines Lebens arbeiten müssen mit einer moralischen Teilnahme, die sich ständig erneuert, ständig wächst und immer gegenwärtig ist. Das ist eine maßgebende revolutionäre Qualität.

Diese Haltung erst bedeutet, die Revolution begreifen. Sie besagt, daß der Mensch aus seinem Innersten heraus ein Revolutionär ist, daß er revolutionär fühlt. Erst dann bekommt der Begriff »Opfer« eine neue Bedeutung. ...

Wie könnte man also angesichts dieser Erfordernisse die wichtigsten Aufgaben für ein Mitglied der Vereinigten Revolutionspartei definieren? Zwei Grundsätze bilden die Basis, auf der die ganze Entwicklung der Gesellschaft beruht: die Produktion, das heißt also die Sicherung des Volkswohls, und die Vertiefung des Bewußtseins.

Es wird wohl überflüssig sein, Ihnen zu erklären, warum die Produktion so wichtig ist, denn die Produktion muß dasjenige sein, was immer im Bewußtsein eines Parteimitglieds zu den gegenwärtigen großen Sorgen unserer Gesellschaft gehört. ...

Aber warum dann die Entwicklung des Bewußtseins? Nun ja, weil das Bewußtsein womöglich noch wichtiger ist als die bloße Produktionssteigerung. Und es ist so wichtig wegen der neuen Erscheinungen, die die Entwicklungsprozesse der Gesellschaft unseres Jahrhunderts hervorbringen. ...

Unter den gegenwärtigen Bedingungen unseres Landes und vieler anderer Länder, die die Revolution durchgeführt haben, gelangt man noch nicht zum Sozialismus durch bloße Abschaffung der alten sozialen Zustände, d.h. durch einen bloß mechanischen Wechsel, der unter vielen objektiven Zuständen stattfindet; der Übergang zum Sozialismus ist nicht einfach eine Formfrage. ...

Das heißt, Genossen, daß wir beginnen müssen, unsere Erfolge zu vervielfachen und unsere Irrtümer zu vermindern; daß wir beginnen müssen, das Bewußtsein der Massen zu erweitern und die Produktion zu vermehren, noch mehr zu leisten und uns daran zu gewöhnen, daß wir in der Produktion auch isoliert unseren Weg gehen können, so wie wir ihn in vielen schwierigen Situationen, gegangen sind. Und daß die Hilfe der uns befreundeten Länder — eine großzügige und brüderliche Hilfe, die uns oft zuteil geworden ist — zwar ein Element ist, das die Revolution konsolidiert, jedoch nicht ihre Basis sein darf, weil unsere Macht nicht bestehen kann, wenn sie nicht aus dem Bewußtsein der eigenen Leistung kommt, sondern von außen gestützt werden muß. Wenn ein Volk das Bewußtsein seiner Fähigkeit erlangt und beschlossen hat, zu kämpfen und voranzukommen, dann ist es tatsächlich mächtig und kann sich jedem Feind entgegenstellen. ...







Die Studentenproteste, die seit Wochen in Brasilien durchgeführt werden, (AK 110/111) halten weiter an. Mitte September wurden in Sao Paolo erneut 58 Personen verhaftet — die Universität ist militärisch besetzt. (Photos aus: „O Estado de Sao Pado", 24.8.77)

Der langdauernde Kampf ist fast die einzige Hoffnung auf den Sieg

Im Zusammenhang mit der Kubakrise 1962 (als die Sowjetunion Raketenbasen auf Kuba installiert und nach massivsten militärischen Drohungen Kennedys und Entsendung von US-Kriegsschiffen wieder abgezogen hatte) erläuterte Che seine Einschätzung vom immer aggressiveren Charakter des Imperialismus und machte klar, daß es für die Völker der Welt keine Möglichkeit des Rückzugs gibt, daß ihre einzige Chance – trotz aller Opfer und Leiden – der konsequente und langdauernde Kampf ist.

In „Strategie und Taktik der lateinamerikanischen Revolution" schreibt er:

„Wird der Imperialismus weiter eine Position nach der anderen verlorengeben (wie Che es für Vietnam damals bereits voraussah, Red.) *oder wird er, wie er vor kurzem gedroht hat, bestialisch mit Atomwaffen angreifen, die die Welt in einen atomaren Scheiterhaufen verwandeln? Wir können es nicht sagen. Woran wir festhalten, ist, daß wir auf dem Weg der Befreiung bleiben müssen, selbst wenn er durch einen Atomkrieg Millionen Opfer kostet, weil wir im Kampf auf Leben und Tod zwischen zwei Systemen nichts anderes denken können, als den endgültigen Sieg des Sozialismus oder den Rückschritt durch den atomaren Sieg der imperialistischen Aggression"* (S. 142). *„Man muß endlich berücksichtigen, daß der Imperialismus ein Weltsystem, die letzte Stufe des Kapitalismus ist. Er muß in einer großen weltweiten Auseinandersetzung besiegt werden ... dadurch, daß zwei, drei, viele Vietnam auf der Erdoberfläche (entstehen) ... mit ihren wiederholten Schlägen gegen den Imperialismus, mit dem Zwang für diesen, seine Kräfte unter dem heftigen Ansturm des zunehmenden Hasses der Völker der Welt zu zersplittern."*

Dies *„schließt immense Opfer der Völker ein, Entbehrungen, die von heute an in aller Öffentlichkeit gefordert werden müssen. Sie sind immerhin vielleicht weniger schmerzhaft als die, die wir ertragen müßten, wenn wir kontinuierlich den Kampf vermieden und versuchten, andere die Kastanien für uns aus dem Feuer holen zu lassen."*

„Das bedeutet einen langen Krieg, und wir wiederholen es nochmal, einen grausamen Krieg ... Aber das ist fast die einzige Hoffnung auf den Sieg." („Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam", in Rotbuch 9, S. 153/4/7)

MELDUNGEN KURZMELDUNGEN KURZMELDUNGEN KURZMELDUNGEN KURZMELD

Ein merkwürdiger Fenstersturz

Brüssel: Anfang August stürzte Andre van Lancker aus dem Fenster seines Büros im sechsten Stockwerk des Ministeriums für Wirtschaftspolitik und starb am 25.8. im Krankenhaus an Herzversagen. Andre van Lancker war eine herausragende Persönlichkeit im Kampf gegen die chilenische Militär-Junta.

Unter der Regierung der Unidad Popular leitete er einen verstaatlichten Textilbetrieb. Eingesperrt unter der Junta, wurde er zusammen mit vielen tausend Anderen im Stadion von Santiago gefoltert. Nach internationalem Protest und vor allem durch eine Intervention der belgischen Regierung mußte die Junta ihn freigeben.

In Belgien war er dann einer der aktivsten, die Verbrechen der Junta bekanntzumachen und mithilfe seiner Beziehungen zur belgischen Linken die Solidarität mit dem chilenischen Volk zu organisieren. Die Familie von Lancker fordert eine Autopsie – und die Einleitung einer Untersuchung der näheren „Unfall"-Umstände. Es erscheint in der Tat etwas merkwürdig, daß jemand versehentlich aus einem Fenster fällt, dessen untere Brüstung immerhin 90 Zentimeter hoch ist.

Interessant ist, daß belgische Zeitungen in diesem Zusammenhang bekanntmachten, daß Lancker seit einiger Zeit eine Untersuchung über die Tätigkeit der DINA in Belgien durchführte!

(Nach „La Gauche" 33, 31.8.77)

Belgien-Kommission

„Propagandawirkung in Deutschland"

. . . verspricht sich der „Deutsch-chilenische Freundeskreis" von seiner Teilnahme an den Feiern anläßlich des 125. Jahrestages deutscher Einwanderung in Chile. Dieser illustre Kreis von Pinochet-Anhängern bemüht sich, möglichst viel Bonner Prominenz zu den Feiern nach Chile zu mobilisieren und dies als Reise deutscher Parlamentarier offiziell anerkennen und finanzieren zu lassen. Über 140 Anmeldungen liegen bereits vor. Nach Angaben des Vorsitzenden dieses „Pinochet-Freundschaftskreises", (so der SPD-Abgeordnete Hajo Hoffmann) gehören hierzu z.B.:

- Bundesratsdirektor Albert Pfitzer,
- der ehemalige Heeresinspekteur Generalleutnant a.D. A. Schnez,
- die CDU-Abgeordneten Bruno Heck und Erich Mende,
- Der Hauptgeschäftsführer des deutschen Industrie- und Handelstages und der Geschäftsführer des Gemeinschaftsausschusses der deutschen Wirtschaft, Paul Broicher,
- Siegfried Lengel von der CSU-eigenen Hans-Seidel-Stiftung...

Um die Empörung der demokratischen Öffentlichkeit zu umgehen, schlägt Bohmmüller vor: *„Solche Reisen bzw. Begenungen mit chilenischen Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft sollten zweckmäßigerweise auf einer unpolitischen Ebene stattfinden, um nicht sofort starken Widerstand sozialdemokratischer (!) und anderer linker Kreise hervorzurufen".*

Hiervon sollte sich kein Demokrat täuschen lassen. Es geht den Pinochet-Freunden keineswegs um deutsche oder chilenische Kultur, sondern darum, die chilenische Militärdiktatur salonfähig zu machen und die chilenische Wirtschaft zu stärken. Gerade auf letzterem Gebiet konnte die Junta wieder zwei Erfolge verbuchen: Die Ausfuhrgarantien der Bundesregierung für Chile-Geschäfte wurden von einer Million auf 2,5 Millionen heraufgesetzt. Eine ähnliche „Hermes-Botschaft" wurde der Regierung der Unidad Popular nur in einer Höhe von 250.000 DM gewährt. Die Deutsche Bank hat der Junta einen Kredit über 250 Millionen Mark eingeräumt (Informationen nach „ppp")!

NICHTS FÜR DIE JUNTA –
NICHTS VON DER JUNTA!

Lateinamerikakommission

Generalstreik in Kolumbien

Die vier größten Gewerkschaftsverbände Kolumbiens hatten für den 14.9.77 zu einem Generalstreik aufgerufen, mit der Forderung nach sofortigem Inflationsausgleich (die Inflation betrug in Kolumbien im vergangenen Jahr 48 % – „Süddt. Zeitung" –SZ– 17./18.9.77) und nach Wiederherstellung voller politischer und gewerkschaftlicher Rechte. Seit Juni 1976 herrscht Ausnahmezustand, verbunden mit willkürlichen Festnahmen. Seit Beginn des Generalstreiks sind infolge der Repression 15 Menschen ums Leben gekommen und mehr als 120 verletzt worden. Die Regierung ließ bereits 4.000 Menschen festnehmen und verhängte - im Rahmen des Ausnahmezustandes - Freiheitsstrafen von 280 Tagen.

Die Gewerkschaften bezeichnen den Generalstreik als erfolgreich, obwohl die Regierung eine Erhöhung der Löhne um 50% - wie es die Gewerkschaften fordern - generell abgelehnt hat.

Während des Generalstreiks soll es besonders in den ärmsten Stadtvierteln von Bogota militante Auseinandersetzungen, wie z.B. Angriffe auf Militärfahrzeuge gegeben haben („SZ", 17./18.9.77)!

Wir werden demnächst genauer über Kolumbien und die letzten Kämpfe berichten.



nahost

Krieg im Südlibanon — Massive zionistische Intervention

Das Abkommen von Schtoura ist bisher gescheitert. Es war zwischen der libanesischen Regierung, den syrischen Interventionstruppen und der PLO-Führung ausgehandelt worden und sieht die fast vollständige Entwaffnung der palästinensischen Widerstandskämpfer vor, sowie deren Rückzug aus dem Südlibanon auf bis zu 15 km Entfernung von der israelisch-libanesischen Grenze.

Dieses Abkommen wurde, zusammen mit einem einseitig angebotenen Waffenstillstand, den faschistischen Kräften (und damit auch den auf ihrer Seite tatkräftig kämpfenden Zionisten) ohne irgendwelche Bedingungen offeriert.

Die libanesischen Faschisten und die Zionisten ignorierten nicht nur den „guten Willen" (Abu Iyad) „der" Palästinenser, sondern antworteten mit mehreren Offensiven, die in einer massiven, und schließlich sogar offen zugegebenen Intervention der israelischen Armee gipfelten. Abu Iyad hatte zur Rechtfertigung des Abkommens geäußert: „*Nach unserer Meinung ist eine Steigerung der (palästinensischen) Friedens - und Beruhigungsattacke'... ein starker Schlag für die Feinde des Friedens*" (zit. nach 3.Welt-Magazin, „3.WM" 9/77, S.43).

Die neuerlichen, blutigen Kämpfe seit dem Abkommen von Schtoura, die eine Vielzahl Toter und Verletzter forderten, haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Zionisten und libanesischen Faschisten nach wie vor das erklärte Ziel haben, einen möglichst großen Teil der Palästinenser nicht nur aus dem Südlibanon, sondern aus dem ganzen Libanon zu vertreiben.

Nur der bewaffnete Widerstand der Palästinenser und der mit ihnen verbündeten linken libanesischen Kräfte kann dies verhindern.

Ablehnungsfront lehnt Abkommen von Schtoura ab

Die PLO–Führung war im Dreierausschuß durch den Stellvertreter Arafats, Abu Iyad (Salah Khalaf) vertreten. (Abu Iyad ist hinlänglich bekannt als der „Rechte mit den linken Sprüchen" – und bei den linken Palästinensern entsprechend verhaßt. Er war es z.B., der sich „nach Tel–al–Zataar" nicht mehr an den Verhandlungstisch setzen wollte). Dieser übernahm es auch, die angeblich positiven Ergebnisse, die das Abkommen bringen sollte, zu propagieren, während Arafat sich zunächst zurückhielt. So behauptete Abu Iyad gleich zu Anfang, daß a l l e Organisationen des palästinensischen Widerstandes das Abkommen unterstützen würden, a u c h die Ablehnungsfront, die ja bekanntlich im Exekutivkomitee der PLO nicht vertreten ist (das Exekutiv–Komitee der PLO hatte dem Abkommen lt. „Le Monde", 24./25.7.77, zugestimmt.)

ries sah, „*die palästinensische Revolution zu liquidieren*" („Welt",29.7.). Auch die in der Zwischenzeit erfolgten weiteren kompromißlerischen Schritte der PLO–Führung wurden von der PFLP scharf angegriffen.

Wir betonen die Stellungnahmen der PFLP zur Politik der PLO–Führung so ausdrücklich, weil nach den derzeitigen Informationen über die Durchführung des Abkommens von Schtoura zu erwarten ist, daß die Informationspolitik der linken palästinensischen Organisationen, insbesondere die der Ablehnungsfront, weiter eingeschränkt wird. Seit Ende des libanesischen Bürgerkrieges konnte z.B. das Zentralorgan der PFLP „Al Hadaf" noch nicht wieder erscheinen (Pressezensur im Libanon). Zur Zeit erscheint nur die Zeitung der Ablehnungsfront „Al Thaura Moustamirra".Bei solchen Falschmeldungen wie die Behauptung von Abu Iyad, auch die Ablehnungsfront würde das Abkommen unterstützen, liegt die Vermutung nahe, daß die konsequente Politik der PFLP damit diskreditiert werden soll.



Gefechtsstand der Palästinenser im Südlibanon

geschränkt (z.B. Entwaffnung der meisten Kämpfer in den Lagern).

Die Ausführungen Abu Iyads über die Verwirklichung des Abkommens im Süden zeigen ziemlich deutlich, daß die PLO-Führung hier nicht mit einer Verwirklichung des Abkommens gerechnet hat. »*Was den Süden angeht, so ist dies auch eine Frage, die von der legitimen libanesischen Autorität abhängt. Wir warten darauf, daß uns ein klarer Plan vorgelegt wird. Und wir haben ein Interesse daran, die Entwicklung im Süden zu beschleunigen, um jegliche Rechtfertigung für die Zusammenarbeit mit dem Feind zu vernichten*« („3. WM", 9/77).

Nach dem Abkommen von Schtoura soll die libanesische Armee in den Grenzstreifen zu Israel vorrücken. Zum Zeitpunkt des Abkommens gab es diese Armee praktisch nicht. Einsatzbereit sollte sie jedoch schon einen Monat (!) später sein. Abgesehen davon konnte die PLO auch nicht damit rechnen, daß die palästinensischen Kämpfer im Südlibanon ihre Stellungen kampflos räumen würden, auch nicht auf Befehl der PLO-Führung. Eine ganze Reihe Kämpfer hat die bitteren Erfahrungen aus Jordanien im Jahr 1970 nicht vergessen, wo der kampflose Rückzug der Palästinenser in die Berge es dem Schlächter Hussein erheblich erleichterte, unter den Palästinensern ein grausames Blutbad anzurichten und die Kämpfer letztlich aus Jordanien zu vertreiben.

Zum Südlibanon sagte Abu Iyad weiter: »*Um unseren guten Willen* (!) *zu zeigen, haben wir einseitig den Waffenstillstand erklärt*« (das Abkommen wurde am 19.7. bekannt gemacht, der Waffenstillstand wurde am 22.7. angeordnet, unterzeichnet (!) wurde das Abkommen von den drei Parteien erst am 25.7. .). »*Weil wir die Lage der Regierung begreifen, die eine Anlaufzeit für den Süden beanspruchte, begann die Durchführung der Abkommen in den Städten. Bevor also die Durchführung im Süden beginnt, ha-*

men in den Städten. Bevor also die Durchführung im Süden beginnt, ha-

ben wir folgende Befürchtungen:

- *die Verstärkung des militärischen Bündnisses im Süden, das von Sami Shadyaq und Saad Haddad geführt wird — und zwar mit Unterstützung Israels —, um den Einmarsch der libanesischen Armee zu erschweren. Damit würden die israelischen Absichten mit Hilfe dieser Söldner realisiert.*
- *falls diese Söldner die Tatsachen jedoch hinnehmen, ist es nicht auszuschließen, daß Israel eingreift, um eine mögliche Regelung zu verhindern. Um das Abkommen zum Scheitern zu bringen, wird Israel einen großen Angriff starten, um die Frage erst zu internationalisieren und dann UNO-Truppen ins Land zu holen.*
- *die dritte Möglichkeit ist, daß Israel mittels der isolationistischen Kräfte im Süden eingreift.*

stinensische »*Friedens- und Beruhigungsattacke ... ein starker Schlag für die Feinde des Friedens*« wird, wie ein paar Sätze zuvor in dem gleichen Interview behauptet.

Angesichts dieser Einschätzung von der zionistischen Aggressivität scheint es unwahrscheinlich, ob die PLO diesen Teil des Abkommens jemals einhalten wollte; vielmehr sollte die palästinensische Linke weiter geschwächt werden.

Zur Durchführung des Abkommens

Nachdem „Le Monde" schon am 2.8. gemeldet hatte, daß die erste Phase des Abkommens, die Umstellung der Lager durch die syrischen Interventionstruppen, erfolgreich abgeschlossen wurde, meldete das „Neue Deutschland" vom 12.8. den »erfolgreichen« Abschluß der 2. Phase des Schtoura-Abkommens. Einem Kommunique der »Arabischen Sicherheitsstreitkräfte« zufolge (so „ND", gemeint sind die syrischen Interventionstruppen), seien bis zum 10.8. alle in den Palästinenserlagern befindlichen Waffen eingesammelt und unter Kontrolle der syrischen Interventionstruppen in vorher bestimmte Depots gebracht worden. Die „Süddeutsche Zeitung" (12.8.) konnte sogar genaue Tonnen- und Stückangaben machen. Tatsächlich wird nicht einmal die PLO-Führung so dumm gewesen sein und ihre Waffen abgeliefert haben. Gleichzeitig wurde allerdings auch gemeldet, daß auf Weisung der PLO-Führung mehr als 80 Büros verschiedener palästinensischer Widerstandsorganisationen geschlossen worden seien (»ND«, 12.8.77).

Zionistischer Überfall auf den Südlibanon

In der gleichen Zeitung, in der vom »erfolgreichen Abschluß der 2. Phase

In der gleichen Zeitung, in der vom »erfolgreichen Abschluß der 2. Phase

des Schtoura-Abkommens« kommentarlos berichtet wird, schrieb das „ND" in einem gesonderten Artikel von erneuten schweren Artillerieüberfällen der Zionisten auf zahlreiche (!) südlibanesische Dörfer sowie von israelischen Truppenkonzentrationen an der Grenze zum Libanon, die ganz offensichtlich die Vorbereitung für die tags darauf erfolgte massive israelische Invasion in den Südlibanon war („ND", 13./14.8.77). Der israelische Angriff konnte allerdings zurückgeschlagen werden. Mindestens zwölf Menschen wurden bei den Kämpfen getötet. („ND", 15.8.77). Nur wenige Tage später schickte Arafat ein Telegramm an den Generalsekretär der Arabischen Liga, Riad, in dem er auf die »*gefährliche Lage*« im Südlibanon hinwies.

Zum Abkommen von Schtoura

Zum Abkommen von Schtoura

Das vom libanesisch-syrisch-palästinensischen Dreierausschuß am 25. Juli unterzeichnete Abkommen sollte angeblich ein „Zeitplan" zur Durchführung des Kairoer Abkommens von 1969 sein.

Drei Phasen waren vorgesehen:

– Ab 30.7. sollten die palästinensischen Lager zum Schutz gegen Israel und gegen die Faschisten von den syrischen Interventionstruppen umstellt werden.

– Anschließend sollten in einer zweiten Phase fast alle palästinensischen Kämpfer aus den Flüchtlingslagern abgezogen werden; es sollte in Zukunft nur 7 mit leichten und mittleren Waffen ausgerüstete Kämpfer pro 1.000 Einwohner in den Lagern geben. Alle übrigen Waffen sollten aus den Lagern entfert und abgegeben werden, Büros und Zeitungen anderer Organisationen als der PLO sollten eingeschränkt werden.

– In einer dritten Phase, beginnend am 17.8 („Radio Kairo"), nach „Monitordienst", 19.8.77), sollte mit dem Rückzug der palästinensischen Kämpfer aus der Grenzlinie zu Israel bis zu 15 Kilometern begonnen werden. In die verlassenen Grenzstreifen sollten anschließend reguläre libanesische Truppen einrücken (Angaben nach „Le Monde", 24./25.7.77).

Im AK 110 hatten wir eingeschätzt, daß selbst der „gemäßigten" PLO Führung die tatsächliche Durchführung des Abkommens nicht recht sein kann. Es geht ihr zwar einerseits darum, sich für etwaige Friedensverhandlungen als Ordnungsfaktor herauszuputzen, andererseits würde sie mit der vollständigen Entwaffnung der palästinensischen Kämpfer wichtige Trümpfe gerade für die Friedensverhandlungen aus der Hand geben.

Auch hat sich inzwischen gezeigt, daß die – immer noch nicht einsatzfähige – libanesische reguläre Armee ihren Teil des Abkommens nicht übernehmen kann, was wohl auch von den drei Verhandlungspartnern gar nicht anders erwartet worden war. Hingegen zeichnet sich immer mehr ab, daß das ganze Abkommen von vornherein darauf abgerichtet war, die Positionen der linken Palästinenser, bersonders die der Ablehnungsfront,zu schwächen.

Gefechtsstand der Palästinenser im Südlibanon

In einem Interview der offiziellen PLO–Zeitung „Falestine Al Thaura" (vom 5.8.77) über die Entwicklung im Libanon (gekürzt abgedruckt im „3. WM", 9/77, S.42/43) wurde Abu Iyad die Frage gestellt: „*Welche Faktoren haben die Einigkeit und die Stärke der Palästinensischen Haltung in dieser Situation bewirkt?*" Abu Iyad antwortete: „*Ich will annehmen, daß die Kräfte, die dieses Abkommen in Zweifel gezogen haben, gutwillig sind (!), aber mit Sicherheit gibt es auch andere böswillige (!) Kräfte, die auf einige Faktoren gewettet haben: auf einen internen palästinensischen Kampf zwischen „Ablehnungsfront" und anderen Organisationen zum Beispiel. Sie haben darauf gesetzt, daß der palästinensische Widerstand und die libanesische nationale Bewegung sich nicht einigen. Es stellte sich doch heraus, daß diese erwarteten Schwierigkeiten nicht eintraten, denn alle Organisationen der Palästinensischen Revolution haben dem Schtoura–Abkommen einstimmig zugestimmt. Das Abkommen wurde von keiner einzigen Organisation abgelehnt. Die palästinensische Widerstandsbewegung hat erneut ihre Einheit demonstriert, genau wie auch während der militärischen Auseinandersetzungen im Libanon. Auch die Nationale Libanesische Bewegung hat, wie ihr gelesen habt, in ihren offiziellen Erklärungen das palästinensische Vorgehen sehr positiv bewertet.*"

Diese Falschmeldung wurde von der bürgerlichen Presse sogleich verbreitet. Wir schrieben zur angeblichen Unterstützung des Abkommens durch die Organisationen der Ablehnungsfront im AK 110:„Wahrscheinlich behauptet man zunächst, die Ablehnungsfront sei einverstanden, um sie später für die Verletzungen des Abkommens verantwortlich machen zu können. Die Bestimmungen (Büros, Zeitungen, Einschränkung des bewaffneten Kampfes) richten sich vor allem gegen die Ablehnungsfront."

Inzwischen hat die Ablehnungsfront, insbesondere die PFLP (Volksfront für die Befreiung Palästinas) die Unterstützung des Abkommens ausdrücklich dementiert und das Abkommen selbst schärfstens verurteilt, u.a. weil sie darin den Versuch Sy-

Abu Iyad verkauft das Schtoura-Abkommen

Von Abu Iyad wurden als Ziele des Abkommens von Schtoura die endgültige Verwirklichung des Kairoer Abkommens von 1969 sowie »*die Begegnung der möglichen Gefahren im südlichen Libanon und der daraus möglicherweise entstehenden Versuche der Internationalisierung oder eines Großangriffs der Israelis*« angegeben („3. WM", 9/77).

Es muß noch einmal darauf hingewiesen werden, daß erstens eine Realisierung des Kairoer Abkommens nach dem Ende des libanesischen Bürgerkrieges gar nicht mehr möglich war, da ein Teil der Flüchtlingslager von den libanesischen Faschisten unter kräftiger Mithilfe der syrischen Interventionstruppen vernichtet worden war (dieselben Interventionstruppen sollen jetzt übrigens die Lager vor »möglichen« Übergriffen der Faschisten schützen). Zweitens daß eine Verwirklichung des Kairoer Abkommens einen Rückschritt für die Palästinenser gemessen an ihren Positionen vor dem Bürgerkrieg bedeutet. Das Kairoer Abkommen wurde geschlossen, nachdem die libanesische Armee ;)) als erste arabische Armee verrsucht hatte, die bewaffneten palästinensischen Kräfte durch einen militärischen Angriff unter ihre Kontrolle zu bringen, was ihr allerdings nicht gelang. Im Kairoer Abkommen wurde daraufhin die Präsenz der Palästinenser im Libanon geregelt, ihnen wurde die Selbstverwaltung in ihren 17 Lagern zugestanden, einschließlich des uneingeschränkten Waffentragens dort sowie Bewegungsfreiheit im Libanon. Bis zum Bürgerkrieg hatten die palästinensischen Kämpfer, die sehr wohl aus der blutigen Niederlage in Jordanien 1970 gelernt hatten, gute Beziehungen zu den fortschrittlichen Bewegungen im Libanon und genossen vollständige Bewegungsfreiheit in den von fortschrittlichen Kräften kontrollierten Gebieten des Libanon.

Drittens fallen die im Abkommen von Schtoura getroffenen Vereinbarungen obendrein noch hinter denen des Kairoer Abkommens zurück. Die Selbstverwaltung und -verteidigung der Lager würde bei Einhaltung der neuen Bestimmungen weitgehend ein-



Israelische Armee: Nach monatelangen Artillerieüberfällen auf den Süd–libanon, jetzt die offene militärische Intervention.

Das Scheitern des Abkommens im Süden liegt bei den regionalen Kräften, die mit Israel liiert sind und bei der ‚Libanesischen Front' (der Rechtskräfte), die sie unterstützt. Der zionistische Staat ist seinem Wesen nach aggressiv und feindlich, wir können nichts anderes von diesem Gebilde erwarten . („3. WM", 9/77). Also scheint Abu Iyad selbst zu bezweifeln, daß die palä-

Die libanesische Regierung äußerte sich n i c h t zu dem Einmarsch der Zionisten in das libanesische Territorium. Der lybische Staatschef Ghaddafi, der eine Kopie des Telegramms an Riad erhalten hatte, schickte seinerseits ein Telegramm an den libanesischen Präsidenten Sarkis, in

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung Seite 47

dem er ihn quasi an seine *»brüderlichen«* Pflichten gegenüber dem palästinensischen Widerstand, der *»Vorhut des arabischen Kampfes«* hinwies („Monitor Dienst" (MD), 19.8.77.

Während die syrischen Interventionstruppen und die libanesische Regierung zu der zionistischen Intervention schwiegen, kam es zu immer neuen israelischen Artillerieüberfällen auf südlibanesische Dörfer und zu Kämpfen unter Beteiligung der zionistischen Armee. Der für den 17.8. vorgesehene Beginn des Rückzugs der Palästinenser wurde — wie erwartet — nicht durchgeführt; er wurde verschoben.

Nach einem Bericht der UNO-Beobachter-Gruppe im Libanon, der vom New Yorker Hauptquartier veröffentlicht wurde, soll es im Monat August insgesamt 71 israelische Artillerieüberfälle gegeben haben, das sind dreimal so viele wie im vorangegangenen Monat, 14mal sollen israelische Flugzeuge den libanesischen Luftraum verletzt haben. In dem Bericht werden ebenfalls *»Grenzverletzungen«* durch die Zionisten zugegeben („Neue Zeit", 37/77). Eine freundliche Umschreibung für die zionistischen Übergriffe auf libanesisches Gebiet!

Ganz offensichtlich waren die zionistische Invasion im Südlibanon und die neuen gemeinsamen Angriffe der israelischen Armee und der libanesischen Faschisten sozusagen auf »Spitzenebene« geplant worden. Wie erst Ende August bekannt wurde, trafen sich am 10. August die beiden libanesischen Faschistenführer Gemayel und Chamoun in der nordlibanesischen Hafenstadt Jounie mit dem ehemaligen israelischen Kriegsminister Shimon Peres (»Arbeiter«partei) und israelischen Offizieren zu Gesprächen („Neue Zeit", 37/77 und „NZZ", 2.9.). Dabei wurde die Antwort der Zionisten und der libanesischen Faschisten auf das Abkommen von Schtoura beschlossen, nämlich der Versuch, die Palästinenser und fortschrittlichen libanesischen Kräfte aus dem Südlibanon mit Waffengewalt zu vertreiben!

In einer Stellungnahme forderte die rechtsradikale »Libanesische Front« am 27.8.77 die Ausweisung von 400000 Palästinensern in arabische Länder, da sie die Schuld an der *»fortgesetzten Tragödie im Süden«* hätten („Guardian", 29.8.77). Propagandistische Unterstützung erhielten die Forderungen der libanesischen Faschisten in der Bundesrepublik in von der großbürgerlichen »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (26.8.), die die syrischen Interventionstruppen der »Parteinahme« für die »Muslims« und Palästinenser beschuldigte und behauptete, die syrischen Truppen würden »Christen« entwaffnen und die »christliche« Minderheit in der Schuf-Provinz zum Verlassen ihrer Dörfer zwingen.

Obwohl es Ende August immer wieder zu massiven Artillerieüberfällen und israelischen Übergriffen auf libanesisches Gebiet kam, denen fast täglich mehrere Menschen zum Opfer fielen, wurde Ende August erneut zwischen den syrischen Interventionstruppen und der PLO-Führung die *»definitive Anwendung der letzten Phase des Friedensplans für den Südlibanon«* vereinbart („Süddeutsche Zeitung" (SZ), 3./4.9.77). Zur gleichen Zeit mußte der libanesische Ministerpräsident Salim el-Hoss zugeben, daß es weder seiner Regierung noch den syrischen Interventionstruppen gelungen sei, bisher *»Ruhe und Ordnung«* wiederherzustellen („SZ", 1.9.77)

Die Syrer halten den Stock in der Mitte

Diese Situation kennzeichnet die gewisse Zwangslage, in der sich sowohl die syrischen Interventionstruppen, als auch die libanesische Regierung befinden. Die libanesischen Faschisten wollen zusammen mit den Zionisten – auch ohne die Syrer – ihre „Befriedung" des Libanons durchsetzen, d.h. die Vertreibung der Palästinenser zumindest aus dem Südlibanon, wenn möglich aus dem gesamten Libanon und die Unterstellung zumindest des Südlibanon unter ihren Einfluß.

In dieser Situation versucht die syrische Interventionstruppe sich weder zu sehr auf die Seite der Faschisten zu stellen, noch auf die Seite der Palästinenser. Weder eine Stärkung der Positionen der mit den Zionisten immer offener verbündeten Faschisten, noch eine Stärkung der linken Kräfte innerhalb der PLO kann den Syrern recht sein, da beides ihren Einfluß herabsetzen würde.

Insofern dient den Syrern das Schtoura-Abkommen dazu, die palästinensische Linke soweit zu schwächen, daß es zu einer Übereinkunft mit den Faschisten und Zionisten kommt und diese, so die syrische Spekulation von der militärischen Durchsetzung ihrer Ziele absehen.

Angesichts der ständigen Übergriffe der Zionisten auf die Stellungen der Palästinenser und der mit ihnen verbündeten linken libanesischen Kräfte, die auch im September weitergehen, sah Arafat sich gezwungen, die „Unnachgiebigkeit" und die „Kampfbereitschaft" der Palästinenser zu betonen.

In einem Palästinenserlager bei Saida betonte Arafat, die Palästinenser seien entschlossen, den Südlibanon gegen eventuelle (!!!) israelische Angriffe zu verteidigen („SZ", 6.9.77). Ein paar Tage später erklärte Arafat in Beirut, daß sich die palästinensischen Streitkräfte nicht aus dem Grenzgebiet zu Israel zurückziehen würden. Der palästinensische Widerstand hätte in einer Woche zwei israelische Ultimaten erhalten, sich bis nördlich des Flusses Litani zurückzuziehen, aber *„wir können solche Drohungen nicht tolerieren. Der einzige Befehl, den ich meinen Truppen gebe, ist zu kämpfen"* („Le Monde", 14.9.77).

Selbst „Le Monde" weist nach so wortradikalen Äußerungen darauf hin, daß sich die Kämpfer jedenfalls nach dem gerade geschlossenen libanesisch-syrisch-palästinensischen Abkommen aus dem libanesich-israelischen Grenzgebiet zurückziehen ‚m ü s s e n'.

Zur gleichen Zeit behauptete der Faschisten-Kommandeur Haddad, die Palästinenser würden ihre Kämpfer im Südlibanon um 2.000 Mann verstärken. Erneut wurden die israelischen Angriffe auf das Gebiet um Nabatijeh verstärkt, wieder gab es Tote und Verletzte („SZ", 13.9. und 14.9.77).

Erneute Intervention der Zionisten

Am 16.9. starteten die Zionisten dann eine erneute Offensive gegen südlibanesische Ortschaften. Nach intensivem Artilleriebeschuß der Orte Nabatijeh, Rashaya el Fukhar, Khiam, Bala, Talal Babat, Tal Zuhair und Ibn-al-Saki begannen die Angriffe israelischer Luftwaffen- und Panzereinheiten. Nach Angaben der PFLP wurden auch die acht km östlich von Khiam gelegenen Orte Kfar Schuba und Kfar Hammam von israelischen Düsenflugzeugen angegriffen; anschließend griffen Panzereinheiten die Siedlungen an. Es kam zu heftigen Kämpfen. Vorübergehend konnten dieser Orte von den Zionisten und Faschisten erobert werden.

Bürgerliche Regimepresse, „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 3.9., auf dem Höhepunkt der zionistischen Übergriffe auf den Südlibanon:

> **Ein israelischer Soldat** ist am Mittwoch an der israelisch-libanesischen Grenze nach Angaben des Militärkorrespondenten des israelischen Rundfunks vom Freitag bei einem Schußwechsel zwischen Palästinensern und christlichen Libanesen getötet worden. (AFP)

Ein rätselhafter Vorgang! Die Wege des Herrn sind wunderbar!

Wieder gab es zahlreiche Tote und Verwundete („ap", 16./17.9.77).

Ein Angriff auf Khiam konnte zurückgewiesen werden. Noch am 17.9. forderte Arafat die arabischen Staatschefs telefonisch auf, sofort etwas gegen *„diese schwerwiegendste israelische militärische Intervention in Südlibanon seit zwei Jahren"* zu unternehmen („ap", 17.9.77).

Die palästinensische Nachrichtenagentur WAFA meldete ebenfalls, daß Arafat die Führer der arabischen Staaten in persönlichen Botschaften vor den Folgen des neuen Kampfgeschehens gewarnt und sie aufgefordert hätte, ihrer *„historischen Verantwortung"* gerecht zu werden.

Während kein arabischer Staatschef zugunsten der Palästinenser den Finger krümmte, reist der libanesische Faschistenführer Cahmoun am 17.9. zu Gesprächen mit dem syrischen Staatschef Assad – die Gespräche wären seit einiger Zeit geplant gewesen, hieß es („ap", 17.9.77).

Wegen der Kämpfe wurde die Sitzung des palästinensischen Zentralrates, die für den 17.9. geplant war, auf den 19.9. verschoben. Arafat „überwachte" selbst die Kämpfe („NZZ", 20.9. „ND", 19.9.).

Während die Zionisten ihre Angriffe weiter steigerten und den Hafen Tyrus mit Kanonenbooten blokkierten, dementierten sie offiziell jede Beteiligung an den Kämpfen. Israel würde „gegenwärtig nicht direkt in die Kämpfe" eingreifen („Welt", 21.9.77). Die Zionisten hatten inzwischen zugegeben, daß sie den libanesischen Faschisten massive Militärhilfe geleistet hatten– für 80 Mill. DM. Zum Vergleich: Die USA wollen 56 Mill. DM zum Wiederaufbau der libanesischen Streitkräfte locker machen („FR", 22.9.77).

Gleichzeitig wurde Syrien von den Zionisten davor gewarnt, in die Kämpfe südlich des Litani-Flusses (sog. „Rote Linie") einzugreifen („SZ", 21.9.77). Die Kämpfe fanden zu dieser Zeit allerdings schon direkt am Litani-Fluß statt, wobei besonders um den Al-Khardaly-Brückenkopf zwischen Nabatijeh (Linkskräfte) und Marjayoun (Faschisten) gekämpft wurde („FR", 22.9.77).

Am 21.9., als die Zionisten schon (mindestens) sechs feste Stützpunkte im Libanon errichtet hatten, beschuldigte die libanesische Regierung e r s t m a l s die Zionisten der militärischen Intervention im Südlibanon. Inzwischen befanden sich schon mindestens 24 israelische Panzer und Schützenpanzerwagen im Südlibanon („FR", 22.9. und 23.9.77; „NZZ", 24.9.77). Endlich geschah auch im arabischen Lager etwas: Der Generalsekretär der arabischen Liga Riad, schrieb an UNO-Generalsekretär Waldheim und beschwerte sich, daß Israel alle Bemühungen um eine Friedensregelung zerschlagen würde („SZ", 23.9.77). Eine wahrhaft tatkräftige Unterstützung!

Waffenstillstand?

Nach Berichten der bürgerlichen Presse sollen am 25.9. die Regierungen Israels, Libanons und die PLO-Führung einem von den USA vorgeschlagenen Waffenstillstand zugestimmt haben. Der israelische Kriegsminister Weizmann gab außerdem bekannt, daß sich die israelischen Truppen auf dem Rückzug befänden, (obwohl sie angeblich ja nie dort einmarschiert waren). Angeblich soll Arafat inzwischen einen „teilweisen" Rückzug seiner Verbände erreicht haben. Außerdem sollen sich etwa 1.500 reguläre libanesiche Soldaten auf ihren Einsatz im Süden vorbereiten („FR", 27.9. „NZZ", 29.9.77).

Die Zionisten haben sich nach den letzten Meldungen allerdings nicht vollständig zurückgezogen. Nach dem Bericht eines libanesischen Reporters sind einige (?) israelische Beobachterposten auf strategisch wichtigen Bergkuppen zurückgeblieben („NZZ", 29.9.).

Der von den USA arrangierte Waffenstillstand, dem die PLO-Führung zustimmte, ist von der PFLP entschieden abgelehnt worden. Ein Sprecher erklärte: *„Wir werden keine unserer Stellungen in Südlibanon aufgeben"... „Wir werden niemandem erlauben, uns daran zu hindern, den israelischen Feind anzugreifen oder uns in Gebieten aufzuhalten, von wo aus wir angreifen können."* („FR", 29.9.77). Tatsächlich scheinen die bewaffneten Auseinandersetzungen auch nach diesem Waffenstillstand weitergegangen zu sein. Schon vor dem Waffenstillstand waren einige israelische Orte mit Raketen und Granaten angegriffen worden, wie z. B. Kirjat Schmoneh und Safed („SZ", 22.9.77). Diese Angriffe zumindest sind auch jetzt fortgesetzt worden. In der üblichen Unverfrorenheit hat das israelische Kriegsministerium daraufhin mit *„außergewöhnlich scharfen Gegenmaßnahmen"* gedroht („NZZ", 28./29.9.77). Die palästinensischen Kämpfer müssen sich auf neue zionistische Übergriffe gefaßt machen!

Saika-Chef Mohsen – plötzlich links?

Nicht nur die PFLP hat inzwischen die kompromißlerische Politik der PLO-Führung kritisiert. Der neue „linke" Kritiker ist der As-Saika-Chef Suheir Mohsen. Die As-Saika ist eine vollständig von Syrien abhängige „Palästinenser-Organisation", deren Mitglieder im libanesischen Bürgerkrieg kurz nach dem Einmarsch der PLA (Palästinensische Befreiungsarmee, syrische Marionette) in den Libanon, von der Bevölkerung aus den palästinensischen Flüchtlingslagern vertrieben wurden. Damit war der syrische Plan, Mohsen statt Arafat zum PLO-Chef zu machen, zunächst einmal gestorben. Das „rechte" Überholmanöver hatte nicht geklappt.



Nun scheint Mohsen Arafat von links überholen zu wollen, nachdem er es (auf syrischen Druck hin) auf der Tagung des 13. Palästinensischen Nationalrates schon geschafft hatte, ins Exekutivkomitee der PLO aufgenommen zu werden, und zwar als Verantwortlicher für die militärischen Angelegenheiten (ausgerechnet !). In seiner nun „linken" Kritik beschuldigte er Arafat, *„den USA entgegenzukommen, um damit eine Anerkennung der PLO als alleiniger Repräsentant des palästinensischen Volkes durch die USA zu erreichen." „Die Vergangenheit habe gezeigt, daß Washington seine Politik nur unter dem Druck des bewaffneten Kampfes revidiere."* („FR", 28.9.77) Damit hat er zweifelsohne recht!

Nur hat sich Mohsen sicher nicht zu einem „Linken" gewandelt, vielmehr spricht aus ihm die Stimme seines Herrn: Mohsen kritisierte nämlich ebenfalls die arabischen Staatschefs, *„die bei der Lösung des Nahost-Problems auf die amerikanische Karte setzen"*, wie z.B. der ägyptische Staatschef Sadat und der saudi-arabische König Khaled. Und der syrische Staatschef Assad versucht nun einmal, sich mit der sowjetischen Karte etwas mehr ins Geschäft zu bringen!

Ganz offensichtlich ist das Schtoura-Abkommen und die versöhnlerische Politik Arafats bei den palästinensischen Massen doch nicht so gut angekommen, so daß Mohsen jetzt versucht, sich mit linken Sprüchen zu profilieren.

„Eine Friedensattacke"

Nachdem wir aufgezeigt haben, daß das Schtoura - Abkommen alles andere als eine erfogreiche „Friedensattacke" war und für das palästinensische Volk nur die Aufgabe weiterer Positionen bedeutete, wollen wir den Kommentar des „3.Welt-Magazins" zum Schtoura - Abkommen unseren Lesern nicht vorenthalten. Er leitete den Abdruck des Abu Iyad Interviews im „3.Welt-Magazin" ein. Unserer Meinung nach spricht er für sich.

„Am 25.Juli tagte in der libanesischen Stadt Shtoura ein Dreierausschuß der libanesischen Regierung, der überwiegend syrischen „Abschreckungstruppen" und der Palästinensischen Befreiungstruppen. Als Ergebnis dieses Treffens, das auf Initiative der PLO zustandegekommen war, wurde ein Zeitplan zur endgültigen Durchführung des Kairoer Abkommens von 1969 verabschiedet, der am 30.Juli begonnen wurde. Die dritte Phase (Rückzug der Palästinenser bis auf 15 km von der israelischen Grenze im Südlibanon) begann am 19.August. In den ersten beiden Phasen wurde die palästinensische Präsenz im Libanon entsprechend dem Kairoer Abkommen geregelt. Militärische Präsenz außerhalb der Flüchltingslager ist auf die palästinensische Militärpolizei beschränkt, innerhalb der Lager sollen keine schweren Waffen stationiert sein. Dafür übernimmt die aufzubauende libanesische Armee mit Unterstützung der Arabischen Friedenstruppe (???) den Schutz der Lager gegen Angriffe von außen (d.h. von Israel und möglicherweise (?) den Rechtskräften).

Das Kairoer Abkommen von 1969 garantiert den Palästinensern im Libanon die Autonomie innerhalb der Flüchtlingslager. Von der palästinensischen Bevölkerung wurden die Errungenschaften dieses Abkommens als 'die Befreiung der Lager' bezeichnet (Vgl. dazu auch „3.WM" 1/1975 (!) und Libanon - Sonderheft). Von den libanesischen Rechtskräften war das Abkommen immer aufs Schärfste bekämpft worden. Die Garantie des Kairoer Abkommens durch die Libanesische Regierung und die Syrer, die durch die Initiative der PLO erreicht wurde, ist daher von den fortschrittlichen Kräften im Libanon wie von allen palästinensischen Organisationen unterstützt worden" („3.WM", 9/77).

Zu bemerken ist noch, daß das zitierte „3.WM" Mitte September herauskam. Eine solche „Berichterstattung" kann man nur als bewußte Irreführung der an der palästinensischen Revolution interessierten Menschen bezeichnen.

Nahost - Kommission

VDR Jemen: Bestochen durch saudische Gelder?

Über die Außenpolitik der VDR Jemen sind seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Saudi-Arabien in der imperialistischen Presse eine Reihe von Zweckgerüchten ausgestreut worden, die zusammengefaßt beinhalten, daß die VDRJ als Gegenleistung für finanzielle Hilfe aus Saudi-Arabien ihren anti-imperialistischen Kurs aufgegeben habe, die PFLO (Befreiungsfront von Oman) nicht mehr unterstütze und stattdessen mit den reaktionären Nachbarstaaten Saudi-Arabien, Oman und Arabische Republik Jemen kooperiere. In diesen Chor stimmte nun auch der sich als links verstehende Westberliner „Extra-Dienst" ein: Von Saudi-Arabien *„eingekauft wurde nicht nur die benachbarte Jemenitische Arabische Republik (Sana), sondern auch die sozialistische Strukturen aufbauende Volksdemokratische Republik Jemen (Aden); den adischen Jemeniten wurde von Saudi-Arabien sogar zugestanden, daß sie ‚weiter Sozialisten' bleiben dürfen, aber sie mußten die Unterstützung der omanischen Befreiungsfront für Dhofar aufgeben, die daraufhin (!!) ausgerottet wurde. Dollarspritzen versüßten den Verrat"* (ED, 2.8.77). In einer Gegendarstellung (ED, 9.9.) stellt die Botschaft der VDRJ in der DDR mit Befremden fest, daß der ED" der imperialistischen Massenmedienpolitik voll auf den Leim gegangen ist, daß er sich an der Verbreitung von Gerüchten beteiligt, die einzig das Ziel haben, die revolutionären Kräfte zu verwirren und womöglich zu spalten. Die Botschaft erklärt dann noch einmal, daß die VDRJ ausgehend *„von dem Prinzip der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten verschiedener Gesellschaftsformationen ... normale diplomatische Beziehungen mit Saudi-Arabien sowie mit allen Staaten der Welt"* unterhält, daß diese Beziehungen aber nicht im Widerspruch zur sozialistischen Orientierung des Landes ständen. Das Gerücht, daß die VDRJ die PFLO nicht mehr unterstütze, wird entschieden zurückgewiesen, ebenso wie *„alle Gerüchte von einer vermeintlichen Vermittlung zwischen der VDRJ und dem Marionettenregime Kabus"*.

Unberücksichtigt in dieser Erwiderung bleibt die dem „ED"-Artikel zugrunde liegende politische Problematik der finanziellen Unterstützung durch Saudi-Arabien, das zweifellos reaktionäre Ziele damit verfolgt. Daß der „ED"-Schreiber diesen Widerspruch zur bisherigen außenpolitischen Haltung der VDRJ nur zu erklären weiß, indem er ihrer Regierung eine korrupte Neigung unterstellt („Dollarspritzen versüßten den Verrat"), zeugt nicht nur von seiner unsolidarischen Haltung, sondern auch von totaler Unkenntnis über die ökonomische Notlage, in der sich die sowieso arme VDRJ infolge der Dürrekatastrophe 1976&77 befindet. Die Trokkenzeit von bisher nicht gekanntem Ausmaß verursachte Schäden und Mängel mit mehrjährigen Auswirkungen auf das ökonomische und gesellschaftliche Leben. Die folgenden Daten sind einem Bericht der Regierung „Die Dürre in der VDR Jemen 1976-77" entnommen:

- Von der Dürre direkt betroffen sind ca. 720.000 Menschen und ihre Angehörigen, die in der Land- und Viehwirtschaft beschäftigt sind.
- Da die Viehwirtschaft eine der Hauptnahrungsmittelquellen ist (Fleisch und Molkereiprodukte), hat sich die Ernährungslage der gesamten Bevölkerung verschlechtert.
- In den meisten Gebieten sind 40–50% des Viehs verdurstet.
- Nur 20% der landwirtschaftschaftlichen Anbauflächen konnten bearbeitet werden, was zu erheblichen Defiziten bei Mehl, Getreide, Baumwolle, Melonen u.a. führte.
- Die fehlenden landwirtschaftlichen Erträge müssen durch Importe, zahlbar in harter Währung, ersetzt werden.
- Das Absinken des Grundwasserspiegels erfordert die Einrichtung kostspieligerBewässerungssysteme.
- Eine Reihe von Fabriken, die von einheimischen Rohmaterialien abhängen (z.B. Baumwolle) können gar nicht oder nur vermindert produzieren.
- Die Beschäftigungslage verschlechtert sich und die Löhne der Arbeiter werden nicht weiter angehoben werden.

Angesichts dieser Situation ist es wirklich pervers, die jemenitische

Fortsetzung nächste Seite



Die Unabhängigkeit kann nicht Gegenstand von Verhandlungen sein

Interview von Augusta Couchiglia (Afrique-Asie) mit dem Präsidenten der SWAPO, Sam Nujoma

A-A: Sie haben mehrfach Anklage erhoben wegen der Anwesenheit von Söldnern und von Marionetten der FNLA und der UNITA in Namibia, die von den Rassisten gegen die Volkskräfte der nationalen Befreiung eingesetzt werden. Ist das noch der Fall?

S.N.: *In seinem Kolonialkrieg gegen die SWAPO setzt das rassistische Südafrika sämtliche Arten von Mordbuben und Landsknechten ein, die ihm nur irgendwie unter die Hand kommen, seien es Afrikaner, Europäer oder Amerikaner. Es hat sogar Namibier rekrutiert, mehr oder weniger mit Gewalt, um dem Krieg ein namibisches Gesicht zu geben, um den Kampf zu „namibianisieren". Auf diese Weise sind auch die drei Bataillone Ovambos, Okavangos und Rehobotais in aller Eile rekrutiert worden. Die Verräter der besiegten Gruppen der FNLA und UNITA sind die bevorzugten Instrumente der südafrikanischen Kriegsstrategie geworden. Unter dem Kommando der Verfechter der Apartheid führen sie Sabotageakte und Angriffe gegen unsere Kräfte durch, begehen Verbrechen an der Bevölkerung, indem sie sich als Militante der SWAPO ausgeben, um so Vorurteile gegen unsere eigenen Soldaten hervorzurufen.*

Aber Südafrika setzt auch viele weiße Söldner aus Europa oder den Vereinigten Staaten ein. Die meisten sind Indochina-Veteranen, aber auch Flüchtlinge aus Guineau-Bissao, Angola oder Mozamik. Anfang Juni dieses Jahres enthüllte die Presse eine neue Rekrutierungskampagne von Söldnern für die Rassisten Smith und Vorster.

A-A: Eine der von der SWAPO geforderten ersten Bedingungen für die Abhaltung von Wahlen in Namibia ist die Freilassung aller politischen Gefangenen. Wie viele sind das?

S.N.: *Es ist schwierig, die genaue Anzahl der Kader und Militanten festzustellen, die von Südafrika wegen ihrer patriotischen Aktivitäten ins Gefängnis geworfen wurden. Die Rassisten halten ihre Verhaftung selbstverständlich geheim . . . insbesondere, wenn die Verhafteten dann verschwinden. Wir wissen jedoch, daß Namibier zu Hunderten schlicht und einfach verschwunden sind. Von anderen, wie zum Beispiel den Gründern unserer Bewegung, Hermann Ja Toivo und Tuhadeleni Kahumba, wissen wir, daß sie mit fünfzehn anderen Führern der PLAN für mehr als zehn Jahre in dem schrecklichen Zuchthaus Robben Island inhaftiert sind. Wir wissen weiterhin, daß mehrere Hundert andere in Einzelzellen gefangengehalten werden, ohne Kontakte zur Außenwelt, mit wem auch immer, in Konzentrationslagern, die die Rassisten in Namibia selbst errichtet haben und in denen sie auf grausamste Weise gefoltert werden.*

A-A: Setzt die SWAPO irgendwelche Hoffnungen in die seit neuestem von den fünf Westmächten gegenüber Pretoria unternommenen Initiativen, um zu einer akzeptablen Lösung der Namibia Frage zu kommen?

S.N.: *Die fünf Mächte, die mit Südafrika über die Unabhängigkeit Namibias diskutiert haben – werden sie die Prinzipien der Vereinten Nationen und die internationalen Abkommen respektieren? Ich denke da natürlich in erster Linie an die Resolution 385 vom Januar 1976, angenommen vom Sicherheitsrat der UNO, die einzige Art und Weise, in der eine korrekte Basis für die Definierung einer Formel für die Unab-*

UNO, die einzige Art und Weise, in der eine korrekte Basis für die Definierung einer Formel für die Unab-

hängigkeit festgelegt werden kann. Aber unser bewaffneter Kampf wird deshalb bis zu unserem unvermeidlichen Sieg nicht nachlassen.

Auch wenn sich die Westmächte mit Ablenkungsmanövern zufriedengeben, um ihre imperialistischen Interessen in dieser Region zu schützen oder gar auszuweiten, so versichere ich aufs Neue unseren Widerstand gegen jegliches Abkommen neokolonialistischen Stils, in welcher Form auch immer. Damit es ganz klar ist, die Unabhängigkeit, die wir wollen und für die wir die größten Opfer bringen, kann nicht Gegenstand von Verhandlungen sein. Alle Manöver, die darauf abzielen, diese Unabhängigkeit zu verwässern, werden zur Konsequenz haben, daß das ganze namibische Volk und seine Avantgarde-Organisation, die SWAPO sich gegen sie stellen wird.

A-A: Sollten die Südafrikaner sich gezwungen sehen, ihre Niederlage einzugestehen, wie sehen Sie dann die einzelnen hauptsächlichen Phasen, die zur Unabhängigkeit führen?

S.N.: *Erst einmal wird das rassistische Südafrika unsere Befreiungsarmee, die PLAN, als eine Realität anerkennen müssen, damit ein Waffenstillstandsabkommen zwischen ihr und den South African Defence Forces zustande kommen kann. Nach Unterzeichnung dieses Abkommens wird Südafrika seine Truppen aus Namibia abziehen müssen. Ein Zeitplan für den vollständigen und endgültigen Abzug wird Gegenstand eines Abkommens sein müssen, aber wir glauben nunmehr, daß zwei bis drei Monate auf alle Fälle genug sein werden. In einer dritten Phase werden die Kader der PLAN den Befehl erhalten, ihre Positionen in den existierenden operationellen Zonen beizubehalten. Dann wird es notwendig sein, Vereinbarungen zu treffen, nach denen die Vereinten Nationen die Wahlen überwachen und kontrollieren – und nicht nur beobachten. Die Wahlen, von denen wir wohl wissen, daß die SWAPO aus ihnen als die wichtigste politische Kraft hervorgehen wird. Dann werden wir die PLAN in eine nationale Armee umwandeln, deren Aufgabe es sein wird, die von unserem Volk mit so großen Opfern erkämpfte Unabhängigkeit zu verteidigen und zu garantieren.*

A-A: Wie will die SWAPO diese Kader ausbilden, wenn man davon

A-A: Wie will die SWAPO diese Kader ausbilden, wenn man davon

ausgeht, welch immensen Mangel die von den Rassisten in Namibia praktizierte „Bantu-Erziehung" hinterlassen hat?

S.N.: *Mit der Hilfe befreundeter Völker und Regierungen bildet die SWAPO gegenwärtig Hunderte von Kadern in allen wissenschaftlichen, technischen und geisteswissenschaftlichen Disziplinen aus. Praktisch alle tragen zum Befreiungskampf bei. Und wir haben zufriedenstellende Erfolge auf dem Gebiet der Ausbildung von Kadern erzielt.*



Sam Nujoma, Präsident der SWAPO.

A-A: Sie haben kürzlich erklärt, daß die transnationalen Gesellschaften in Namibia während der letzten Monate die Ausbeutung der Reichtümer des Landes erheblich gesteigert haben. Welches wird die Haltung der zukünftigen Regierung der SWAPO diesen Gesellschaften gegenüber sein?

S.N.: *Hierbei handelt es sich um ein sehr delikates Thema und ich ziehe vor, darauf momentan nicht im Detail einzugehen. Unser Kampf hat seine Prioritäten und es ist noch zu früh, darüber zu sprechen, was eine zukünftige Regierung der SWAPO tun wird. Was ich dennoch betonen kann ist, daß die in Namibia niedergelassenen transnationalen Gesellschaften mit der Beendigung des südafrikanischen Mandats über das Land jeden Anschein von Legalität verloren haben: 1966 haben sie jeden legalen Status verloren. Aber seit*

Land jeden Anschein von Legalität verloren haben: 1966 haben sie jeden legalen Status verloren. Aber seit

1974, dem Datum des Dekrets Nr. 1 des Büros des UNO Kommissariats für Namibia, ist die Ausbeutung und die Kommerzialisierung der natürlichen Ressourcen Namibias schlicht und einfach ein Akt der Piraterie geworden.

(aus Afrique-Asie, 19.9.1977)



Nachrichten aus dem Magreb

Tunesien: Prozeß gegen MUP beendet

Der Prozeß gegen die MUP (Bewegung der Volkseinheit), über den wir im AK 109 berichteten, ist nach fast 14 Wochen zu Ende gegangen. So lange brauchte das Gericht für Staatssicherheitsdienst, um zu entscheiden, welcher Kurs gefahren werden soll. Schließlich hatte der Prozeß u.a. bei Amnesty International, der Internationalen Föderation der Menschenrechte, bei französischen Persönlichkeiten und bei der 2. Konferenz der Sozialisten des Mittelmeerraumes Aufsehen erregt und war schon vor Beginn als Gesinnungsprozeß verurteilt worden. Kein gutes Bild für die „tunesische Demokratie".

Die Anklagepunkte - einer verbotenen Vereinigung anzugehören und ein Komplott gegen die Staatssicherheit geschmiedet zu haben - hätten nach tunesischem „Recht" die Todesstrafe für einige Angeklagte bedeuten können. Doch nach vielen Ausflüchten hatte der Gerichtshof die Beschuldigung des Komplotts

deuten können. Doch nach vielen Ausflüchten hatte der Gerichtshof die Beschuldigung des Komplotts

nicht mehr aufrechterhalten können. Für den ultrarechten Partei- und Regierungsflügel bedeutet dies eine Niederlage; war der Prozeß doch auch gegen Ahmed Ben Salah gerichttet, der früher von den Rechten aus der Regierung gefeuert und wegen „Hochverrat" verurteilt worden war.

Die Strafen, die schließlich verhängt wurden, sind nicht so hoch wie in früheren tunesischen Gesinnungsprozessen: 10 Angeklagte wurden zu 6 Monaten bis 4 Jahren Gefängnis verurteilt (dabei ist die Strafhierarchie völlig willkürlich), 9 Angeklagte wurden freigesprochen und gegen 7 Angeklagte wurde die Strafe ausgesetzt. Die höchsten Strafen erhielten die 6 in Abwesenheit Angeklagten: 3 von ihnen (darunter Ben Salah) wurden zu 8 Jahren, 3 zu 5 Jahren verurteilt.

Die Strafen für die Anklage der „Zugehörigkeit zu einer unerlaubten Organisation" und für die „Verbreitung falscher Nachrichten" (die zudem nicht einmal dementiert wurden), sind dennoch reine Justizwillkür.

Algerien: Ein nachahmenswertes Angebot

Die algerische Regierung hat der von Arbeitern besetzten französischen Uhrenfabrik LIP in Besançon angeboten, den Bau einer Uhrenfabrik in Algerien zu prüfen. Diesem Angebot sollen möglicherweise andere folgen, besonders was die Ausbildung algerischer Fachkräfte und die Herstellung von Werkzeugen angeht.

Der CFDT-Verantwortliche von LIP, Charles Piaget, erklärte: *„Dies zeigt, daß für LIP Möglichkeiten und Arbeitsplätze bestehen, trotz der mangelnden Unterstützung der französischen Unternehmerschaft und der Regierung seit 16 Monaten"* („Le Monde", 7.9.77). Dieses Angebot sei nicht *„das Element Nr. 1 einer wirtschaftlichen Lösung für LIP"*, aber ein wichtiger Beitrag.

Kontakte laufen ebenfalls mit Madagaskar, Djibouti und Vietnam. Für LIP ist es im Moment besonders nützlich, angesichts der Boykott-Politik der französischen Kapitalisten derlei Verträge vorweisen zu können, da am

lich, angesichts der Boykott-Politik der französischen Kapitalisten derlei Verträge vorweisen zu können, da am

12. September zum 2. Mal die Liquidierung (Auflösung) von LIP S.A. vom Handelsgericht angeordnet wurde.

Marokko: Widerstand gegen Krieg in Westsahara

Nach Meldungen der algerischen Nachrichtenagentur APS hat ein Aufstand in der marokkanischen Garnison von Sidi Ifni in Südmarokko stattgefunden. Die Soldaten hatten für das Ende des Saharakrieges demonstriert. Der Aufstand wurde von Gendarmen und Sicherheitskräften blutig niedergeschlagen. Um die Meuterei zu verheimlichen, wurden die getöteten Soldaten „diskret" in die Westsahara gebracht und dort unter die bei Kämpfen mit der Frente Polisario Getöteten „gemischt" („Süddeutsche Zeitung", 15.9.77). Doch trotz solcher Heimlichtuerei werden es die Führer der marokkanischen Armee schwer haben, die Truppen bei der Stange zu halten. Meldungen über die zunehmende Demoralisierung der marokkanischen Truppen und über meuternde bzw. zur Frente Polisario übergelaufene Soldaten gibt es schon seit Beginn des Kampfes in der Westsahara.

Die Waffen sitzen locker

Zusammenstöße mit Dorfbewohnern nahe Amizmiz in der marokkanischen Provinz Marrakesch haben Sicherheitskräfte blutig beendet. Die Ordnungskräfte begleiteten einen Behördenvertreter, der ein Urteil über die Benutzung einer Wasserquelle von 2 Stämmen vollstrecken wollte. Die Dorfbewohner hatten die Ankömmlinge mit Steinen beworfen. Das war Anlaß genug für die Polizei, das Feuer zu eröffnen. 3 Dorfbewohner wurden erschossen, 15 verletzt („LM", 9.9.77 und „SZ", 8.9.77).

Nahostkommission

Fortsetzung von Seite 48

VDR Jemen...

Regierung als gewissen- und prinzipienlos hinzustellen, weil sie zur Bewältigung der Notlage saudische Gelder annimmt.

Die dänische Organisation KROAG koordiniert eine Spendenaktion (Geld, Nahrungsmittel, Kleidung) für die Bevölkerung der VDRJ. Nähere Auskunft erteilt der „Arbeitskreis Nahost/Golf im RC" (Postfach 4048, 1000 Berlin 30).

Nahostkommission

WSLF weiter auf Vormarsch im Ogaden

Die äthiopischen Besatzer sind vertrieben – die West-Somalis feiern

Die von der VR Somalia unterstützte Westsomalische Befreiungsfront (WSLF) hat in dem Kampf um den am dichtesten besiedelten Teil des Ogaden die äthiopischen Truppen nun restlos aus der Stadt Jijiga und dem umliegenden Gebiet vertrieben. Nächstes Ziel der WSLF sind die beiden militärisch entscheidendenStädte Harrar und Dire – Daua. Erste Kämpfe in Harrar sollen bereits stattgefunden haben (Le Monde, 29.9.).
Auf dem Weg dorthin hat die WSLF bereits den Marda-Pass erobert, einen der drei strategisch wichtigen Verteidigungspunkte vor Harrar. Fällt die Festung Harrar, steht der WSLF das äthiopische Hochland offen. Für eine Gegenoffensive ins Ogaden-Flachland müßte die äthiopische Armee Jijiga zurückerobern (NZZ, 30.9.). Insgesamt hat sich der Vormarsch der WSLF etwas verlangsamt – was sicher nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, daß sich in diesem letzten Teil des Ogaden nun die militärischen Anstrengungen der äthiopischen Streitkräfte konzentrieren.
Somalia hat Äthiopien Verhandlungen angeboten, die äthiopische Militärjunta jedoch will keinerlei Gespräche führen, bevor nicht alle „somalischen Truppen" (äthiopische Sprachregelung für die WSLF) aus Ogaden abgezogen sind.

Die äthiopische Militärjunta mobilisiert mit aller Kraft. Tausende pensionierter Soldaten im Alter bis zu 60 Jahren haben sich zum Militäreinsatz zurückgemeldet. Alle Ärzte, alle Bus- und LKW-Fahrer müssen sich und ihre Wagen zur Verfügung stellen, auch Frauen werden einberufen (SZ 20.9. und UZ, 21.9.).

Dabei kann die Junta sicherlich ein beträchtliches Maß von nationalistischen Gefühlen für ihre chauvinistischen Zwecke ausnutzen, vor allem beim „staatstragenden" Volk der Amharen. Andererseits verschärft dieser Besatzerkrieg das Elend der Menschen, die hier an die Fronten geschickt werden. Schon 1974 war dieses Elend und die Siege der Befreiungskämpfer in Eritrea der Auslöser für einen revolutionären Aufschwung in Äthiopien der damals zum Sturz Haile Selassis führte. Daß die politischen Verhältnisse trotz des enormen Terrors des DERG-Regimes gegen die Linke auch jetzt wieder in Bewegung geraten, zeigen Meldungen über Demonstrationen in den letzten Tagen in Addis Abeba. Die Demonstranten forderten nach den uns vorliegenden Berichten eine Zivilregierung und die Freilassung der inhaftierten Studenten. Dies deutet auf Aktivitäten der EPRP („Revolutionäre Partei der äthiopischen Völker") hin, die besonders viele Anhänger unter den Studenten hat (LM 29.9.).

Die Sowjetunion hat ihre politische Unterstützung für den DERG nun auch militärisch massiv in die Tat umgesetzt: 48 Bausätze für Mig-21-Jäger wurden nach Addis eingeflogen, sie werden in wenigen Wochen einsatzbereit sein. Über Assab wurden Panzer und Jeeps eingeschifft (LM, 23.9.).

Hier wird krass die Heuchelei sichtbar, die den bisherigen Friedensapellen der Sowjetunion in diesem Krieg zugrundeliegt. Es ist auch bezeichnend für die Haltung der SU, daß der Leiter der sowjetischen Militärmission in Somalia, der also dort die militärischen Gegebenheiten bestens kennt, als Botschafter der SU nach Addis Abeba versetzt wurde! (SZ 22.9.77). Der Verrat ist perfekt.

Einiges deutet jedoch darauf hin, daß trotz des heftigen Werbens der Sowjetunion um Äthiopien einigen Kräften in der äthiopischen Regierung diese Hilfe eher suspekt ist. So gibt es Berichte, daß auch die äthiopische Regierung wieder verstärkt in Washington um die Lieferung von Waffen bemüht, die – wie es heißt – bereits vom DERG bezahlt seien, und die die USA nach ihrem Rückzug aus Äthiopien im April dieses Jahres zurückgehalten hatten (SZ 28.9., NZZ 29.9.)

In dieser Situation sind die Stellungnahmen aus Somalia in Hinblick auf die Sowjetunion von Woche zu Woche deutlicher. So sagte Präsident Siad Barre: *„Jene Kräfte, die aktiv (Äthiopiens Juntaführer) Mengistu in seiner ungerechten Sache unterstützen, sollten daran erinnert werden, daß dieser Konflikt größere Dimensionen annehmen könnte. Wir erwarten, daß diese Kräfte ihre Rolle überprüfen. Somalia haßt die (äthiopischen) Kolonialisten, aber noch mehr diejenigen, die deren Aktionen sanktionieren"* (SZ 22.9.).

Es hat allerdings noch kein offizieller Bruch der Beziehungen zur Sowjetunion stattgefunden.

Man kann sicherlich davon ausgehen, daß gegenwärtig innerhalb der somalischen Führungsschicht eine scharfe Auseinandersetzung um die Frage stattfindet, wieweit Somalia politische Zugeständnisse machen soll, um Unterstützung von den reaktionären arabischen Regimes zu erhalten. Dabei scheinen momentan noch diejenigen Kräfte zu überwiegen, die davor warnen, infolge des Verrats der Sowjetunion jetzt auch gleich die eigene sozialistische Zielsetzung über Bord zu werfen. So schreibt das Parteiorgan „Halgan" („Der Kampf"), die größte Gefahr bestehe darin, daß *„Mißverständnisse aller Art zwischen Somalia und den sozialistischen Ländern geschaffen werden und wir die sozialistischen Prinzipien unseres Landes aufgeben."* (SZ 22.9.)

Die (geforderte) Öffnung Somalias zu den reaktionären arabischen Regimes kommt immer noch nicht so recht voran. Saudi-Arabien zögert nach wie vor mit seiner Unterstützung, nur Katar und Kuwait sollen bisher insgesamt 9 Mio US-Dollar gegeben haben – das ist wenig (SZ 22.9.).

Man darf dabei nicht vergessen, daß die arabischen reaktionären Regimes in ihrer Politik im starken Maße vom Willen der US-Imperialisten abhängen. Es ist dieser Gruppierung sicherlich recht, wenn sich Somalia zunächst einmal weißblutet bei der Unterstützung der WSLF.

Inzwischen soll die WSLF Äthiopien Verhandlungen über einen Waffenstillstand angeboten haben. Einzige Bedingung sei, daß die äthiopische Regierung der somalischen Bevölkerung von Ogaden das Recht auf Selbstbestimmung gewähre. (Erklärung des ehemaligen Ministers Aden als Abgesandter Präsident Barres und – angeblich auch – im Namen der WSLF in Rom, SZ 21.9., NHP 21.9.) Im Gegensatz hierzu lehnte WSLF-Generalsekretär Mahmoud den Gedanken eines Waffenstillstands ab. In diesem Punkt scheinen gewisse Widersprüche zwischen der somalischen Regierung und der Befreiungsfront WSLF zu existieren. Er kündigte an, daß die WSLF nach der Befreiung von Harrar und Dire-Daua noch bis nach Awash vorrücken werde, 200 km vor Addis Abeba. Dies würde weit über die ursprünglich beanspruchten Ogaden-Gebiete hinausreichen.

Afrika-Kommission

Eritrea

Die Entwicklung in Eritrea ist in der bürgerlichen Presse nahezu völlig in den Schatten der breiten Berichterstattung über den Ogaden-Krieg geraten. Dabei erringen die eritreischen Befreiungskräfte bedeutende Siege.

So wurde eine Großoffensive gegen die 4.000 Mann starke äthiopische Besatzung der StadtBarentu gestartet. Barentu liegt 150 km östlich der eritreischen Hauptstadt Asmara und bildet einen Riegel auf der Straße nach Sudan (LM, 25.9.).

Weiterhin haben die Befreiungskräfte eine große Schlacht direkt bei Asmara gewonnen; 10.000 äthiopische Soldaten hatten einen Ausbruch aus der seit längerer Zeit umzingelten Stadt versucht, konnten aber zurückgetrieben werden (SZ, 27.9.).

Die neueste uns vorliegende Meldung besagt, daß sich die in Eritrea stationierte 2. Division der [illegible] Armee in einem Aufstand [illegible] 1974 war der Aufstand genau dieser Division Auslöser der revolutionären Flut in Äthiopien gewesen (LM, 29.9.).

Afrika–Kommission



Rassistenpolizei tötet Schwarze bei der Beerdigung von Steve Biko

Am 26. September nahmen mehr als 20.000 Menschen an der Beisetzung des schwarzen Widerstandskämpfers Steve Biko teil.

– Biko war in rassistischer Haft „gestorben". Nachdem von den Rassisten zunächst behauptet worden war, er sei *„an den Folgen eines Hungersreiks gestorben"*, brachte eine Obduktion nun die wahre Todesursache ans Tageslicht: Der Genosse starb an den Folgen schwerer Kopfverletzungen. Das läßt erahnen, welcher Folter er und andere Häftlinge im Südafrikanischen Knast ausgesetzt sind: Nach Angaben der bürgerlichen Presse war Steve seit März 76 der 20. Häftling, der in Haft „starb". Die wahre Zahl dürfte erheblich darüber liegen!

Mit welcher Brutalität die rassistischen Bullen gegen den Trauerzug vorgingen, sollen folgende Beispiele zeigen:

– Schon bei der Anfahrt wurden die Busse angehalten, die Leute mußten aussteigen und wurden gefilzt. Etliche wurden festgenommen. An verschiedenen Orten wurden Schwarze mit brutaler Gewalt daran gehindert, die Busse überhaupt zu besteigen.

– Buspassagiere mußten *„durch eine Gasse von Polizisten laufen, die sie auf Rücken und Gesäß geschlagen und beschimpft hätten"*.

– Bei den Buskontrollen wurden zahlreiche Schwarze von den Bullen *„ausgepeitscht und mit Waffen bedroht."*

– Ein anderer Augenzeuge berichtete, daß in der Nacht vor der Beerdigung viele Frauen und Mädchen von den Bullen vergewaltigt worden sind. *„Im Kofferraum eines Autos lagen eine ganze Menge Damenschlüpfer, und auch über das Gelände waren welche verstreut. Ich überlasse es euch, darüber zu befinden, wer das wohl getan hat."*

– Im Anschluß an die Trauerfeier wurde in Dimbaza ein 17-jähriger und in Soweto ein 22-jähriger Schwarzer von den Bullen erschossen!

(Angaben nach FR und SZ, 28.9.77)

Trotz dieser Überfälle und Morde durch die Rassisten wurde die Beerdigung des Genossen Steve, so traurig auch der Anlaß war, zu einer großartigen Demonstration der Schwarzen und Farbigen im Rassistenstaat.

So konnten, geschützt von den über 20.000 Demonstranten, erstmals Vertreter verschiedener Widerstandsorganisationen ungehindert auftreten und Reden halten. Unter anderem sprachen Vertreter der SWAPO (Namibia), der SASO (South African Students Organisation), der BPC (Black Peoples Convention, dessen Präsident Steve war) und Vertreter verschiedener illegaler Organisationen der Schwarzen und Farbigen.

Gemeinsamer Tenor aller Reden war, daß der Mord an Steve Biko für die Unterdrückten und den Widerstand nur Ansporn zum verstärkten Kampf bedeuten kann:

– *„Sein Tod hat uns nicht kalt gelassen. Er hat uns zum Kochen gebracht. Wir kochen vor Gram, wir kochen vor Wut, wir kochen vor Ungeduld ... Wir haben uns immer zurückgehalten, wir Schwarzen, aber das bleibt nicht mehr lange so... warum sollten wir uns noch weiter zurückhalten ..."* – so ein gemäßigter Sprecher der Gefangenenhilfsorganisation. (Zimele Fond)



Steve Biko

– *„Die SWAPO ist hier, um Solidarität mit der Familie Steve Biko und dem ganzen unterdrückten Volk von Azania (Südafrika) zu zeigen ... Unser gemeinsamer Feind ist das selbstsüchtige, faschistische und skrupellose weiße Südafrika und die Staaten, die es unterstützen ... In unserem Kampf sind die schwarzen Führer wie Häuptling Kaiser Mantazima, Häuptling Mangope, Häuptling Buthelezi und Sonny Leon (allesamt von den Rassisten eingesetzte Kompradoren; die Red.) nichts weiter als Nullen, die mit uns nichts gemein haben und die die Politik der Rassisten unter den Schwarzen betreiben ... Wir wollen kein Blutvergießen, wir werden zu unserem Kampf aber durch die Gestapo-Methoden der Rassisten gezwungen, sie sind verantwortlich für alles, was geschehen wird ... Gemeinsam werden wir kämpfen, gemeinsam werden wir den Sieg errringen!"*

(ein SWAPO-Sprecher, nach Le Monde, 29.9.77)

Direkt nach der Trauerfeier und auch in den Tagen danach kam es in allen Ghettos der Farbigen zu großen Demonstrationen gegen das Apartheid-System in Südafrika:

– In Soweto demonstrierten am Montag (27.9) mehr als 10.000 gegen das Bildungssystem und die Haftbedingungen!

– In Dimbaza wurde von den Demonstranten das Gebäude der Bantu-Verwaltung abgebrannt.

– In der Siedlung Kwa Thema folgten 12.000(!) Schüler einem Aufruf zum Schulstreik!

– Obwohl durch starke Repression bedroht, besuchen in Soweto die Mehrzahl der Schüler und Studenten immer noch nicht die Schulen. Sie streiken gegen das rassistische Bildungssystem und für gleiche Ausbildungsbedingungen!

– Als die Polizei gegen eine Demonstration von Trauergästen vorgehen wollte, wurde sie von den Demonstranten massiv mit Steinen beworfen. Zwei Bullen mußten ihren Angriff mit dem Leben bezahlen.

Diese wenigen Beispiele zeigen, daß der Tod des Genossen Steve nicht Resignation verbreitet hat, sondern Ansporn zum weiteren Kampf ist. Es hat sich auch gezeigt, daß der Widerstand der schwarzen Mehrheit gegen das faschistische Regime nicht mehr auf einzelne Ghettos (z.B. Soweto) begrenzt ist, sondern sich im ganzen Land organisiert.

Glaubt man der bürgerlichen Presse, so hat es in Soweto jetzt *„die ersten bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei gegeben. Dabei wurden zwei Polizisten durch Schüsse schwer verletzt."* (Le Monde)

Fakt ist, daß die Massenkämpfe der Schwarzen derzeit einen Aufschwung nehmen, der selbst durch die Ermordung schwarzer Führer im Knast und das brutale Vorgehen der Bullen nicht mehr gestoppt werden kann. Diesem Kampf gilt unsere uneingeschränkte Solidarität.

Afrika-Kommission

Zimbabwe/Rhodesien

»Friedensplan« der Imperialisten noch immer in der Diskussion

Der anglo/amerikanische „Friedensplan" für Rhodesien (siehe AK 111) ist zur Zeit immer noch Diskussionsgrundlage für alle Parteien, die am Kampf beteiligt sind:

– So fand am Wochenende (25./26. 9.) ein Kongreß der schwarzen Spalterorganisation des Pfarrers Sithole statt, der einmütig den Plan der Imperialisten begrüßt hat und auf dieser Grundlage mit dem Rassistenchef Smith in Verhandlungen treten will! (FR 27.9.77)

– Smith selber gab dem englischen Fernsehen ein Interview, in dem er das *„Prinzip ein Mann, eine Stimme für Rhodesien nicht ausschließt, unter der Bedingung, daß dies im Interesse der gesamten Bevölkerung ist."* Und weiter: *„Ich will die Präsenz einer eventuellen Streitmacht der UNO nicht ablehnen ... unter der Bedingung, daß man mir konstruktive Vorschläge macht."* In diesem Interview akzeptierte Smith zwar die Auflösung seiner Eliteeinheiten (wie es der Plan vorsieht) jedoch nicht die Auflösung seiner Armee (wie es der Plan ebenfalls vorsieht).

Der „Friedensplan" sieht die Bildung einer Armee mit Angehörigen der Guerillas und der derzeitig regulären Armee vor. Selbst das „akzeptiert" Smith in dem Interview. Allerdings *„unter der Bedingung, daß wir die Befehlsgewalt haben"!*

(Angaben nach Le Monde, 27.9.77)

Wenn auch etwas verklausuliert, so spricht Smith doch eine klare Sprache. Wenn er vom *„Interesse der gesamten Bevölkerung"* spricht und davon, daß man ihm *„konstruktive Vorschläge"* machen soll, so bedeutet das nichts anderes, als daß die privilegierte Stellung der weißen Minderheit erhalten werden muß. Das macht er an anderer Stelle auch klar:

– Im Rhodesischen Fernsehen sagte er noch am 20.9.77: *„Wir werden nie und nimmer irgendeinen Plan akzeptieren, der die jetzige Stellung der Weißen in irgendeiner Form verschlechtern wird."*

(De Volkskrant 23.9.77)

Um eine solche Lösung durchzusetzen, bietet sich Sithole als Partner geradezu an. Er ist auf die „Friedenspläne" total abgefahren:

– *„Ein Beispiel geschickter Diplomatie ... wirklich im Interesse aller ... Er dient der Ausschaltung fremder und uns Schwarzen fernliegender Ideologien, womit ich den Einfluß der kommunistischen Ideologie meine!"*

(Im rhodesischen Rundfunk; lt. Volkskrant 23.9.77)

Es bietet sich derzeit also die rassistische/antikommunistische Allianz – unter Schirmherrschaft der USA und Englands – an, um zu einer „friedlichen Lösung" zu kommen!

Die Patriotische Front (die inzwischen nach Angaben von Le Monde (23.9.) zwei Drittel des Landes kontrolliert), lehnt nach wie vor die „Friedenspläne" der Imperialisten ab, da sie u.a. eine Auflösung und Integrierung der Guerillaeinheiten in die „normalen" Militäreinheiten vorsehen!

Daß die Imperialisten auch auf anderem Gebiet nicht untätig sind, beweist die Tagung der „direkten Frontstaaten" (Le Monde 23.9.77) vom vergangenen Wochenende:

– Zu den direkten Frontstaaten gehören Tansania, Sambia, Botswana und Mozambique. Sie sollen am Wochenende die „Friedenspläne" als Verhandlungsgrundlage *„begrüßt haben. Allerdings ist ein Staat damit nicht einverstanden."* (Le Monde 25./26.9.77).

So erklärte Nyerere, Präsident von Tansania: *„Obwohl diese Vorschläge noch eine gewisse Anzahl von negativen Punkten enthält, so bilden sie eine Grundlage für zukünftige Verhandlungen."*

Der Sprecher von Sambia meinte: *„Dieser Gipfel war ein großer Durchbruch."* (nach Le Monde 25./26.9.77) Offenbar ist Mozambique der letzte „direkte Frontstaat", der gemeinsam mit der Patriotischen Front und den Kämpfern der ZIPA den imperialistischen „Friedensplan" uneingeschränkt ablehnt.

Es ist klar, daß unsere Solidarität der „Ablehnungsfront" (Mozambique, Angola, Patriotische Front) und dem kämpfenden Volk von Zimbabwe gilt!

Afrika-Kommission

sprachen Vertreter der SWAPO (Na- die Red.) nichts weiter als Nullen,



20.000 Menschen demonstrierten bei der Beisetzung des ermordeten Widerstandskämpfers Steve Biko gegen den Terror der weißen Rassisten.

Große Erfolge der FROLINAT

Tschad. Nach Berichten, die uns erst jetzt erreichten, ist die im Juni dieses Jahres von der tschadischen Befreiungsbewegung FROLINAT gestartete Offensive sehr erfolgreich verlaufen (FROLINAT = Front de Liberation Nationale du Tchad). Die Befreiungsfront kontrolliert ohnehin bereits den gesamten Norden sowie einen Teil des Ostens des Landes. In diesem Gebiet gab es nur noch einzelne vorgeschobene Militärposten des neokolonialen Tschad-Regimes. Sie wurden nun zu einem großen Teil durch die Offensive der Befreiungskämpfer abgeräumt. Es handelt sich um Ouinianga Kebir, Faya-Largeau, Zouar und Bardai.

Mit welcher Grausamkeit dieser Kampf von Seiten des völlig von Frankreich abhängigen Militärregimes Malloum geführt wird, zeigt sich an der Auslöschung der Oase Zoui. Am 28.10.75 wurde sie nachts von der Regierungsarmee umstellt. Sämtliche Bewohner wurden ermordet, die Oase anschließend angezündet. Es gelang allerdings schon in den folgenden Tagen der Befreiungsfront, die Soldateska aus dieser Gegend zu vertreiben (FROLINAT-Kommunique Nr. 3/10/76/FAN).

Die militärischen Erfolge der FROLINAT sind um so höher zu bewerten, als die Befreiungsfront international fast völlig isoliert dasteht. Sie wurde bisher noch von keinem afrikanischen Land offiziell anerkannt, erhält nur wenig humanitäre Hilfe aus Angola, Guinea-Bissau und Somalia. Militärische Unterstützung kommt jedoch nach dem Bruch mit Sudan fast ausschließlich von Libyen.

Ausgerechnet mit diesem wichtigen Bündnispartner hat die FROLINAT erhebliche Probleme. Libyen beansprucht seit langem Nordgebiete des Tschad im Tibesti und unterhält auch Militärposten in einem Teil dieses Gebietes. Es ist gerade in den letzten Jahren trotz seiner totalen Unfruchtbarkeit sehr wichtig geworden, weil dort bedeutende Uranvorkommen vermutet werden.

Das tschadische Zentralregime (und die bürgerliche BRD-Presse) hat sich dementsprechend auch nicht entblödet, die Erfolge der FROLINAT-Sommeroffensive aller Welt als *„Einmarsch libyscher Truppen im Tschad"* zu verkaufen („Süddeutsche Zeitung" – „SZ", 15.7. 1977). Daß dies nicht stimmt, bezeugte z.B. der französische Journalist Jean Gueyras, der diese Gegend im Juli 1977 selbst bereist hat. Er sprach u.a. mit Gefangenen, die die FROLINAT in Bardai gemacht hatte. Sie betonten, daß sie bei der ganzen Auseinandersetzung keinen einzigen libyschen Soldaten gesehen haben.

Der Journalist sprach in Tibesti auch mit dem Führer der FROLINAT-Nordarmee, Goukouni. Dieser machte keinen Hehl daraus, daß für



die FROLINAT die Beziehungen zu Libyen nicht einfach sind. Er sagte u.a.: *„Die Beziehungen sind nahezu herzlich. Aber seit 1974 haben wir große Differenzen im Hinblick auf Aozou"* (Anm. AK: Libyen beansprucht Aozou, was nach tschadischer Ansicht auf tschadischem Gebiet liegt). *„Über diese ärgerliche Angelegenheit haben wir mehrere Flugblätter gegen das Regime in Tripolis verteilt. Wir können aber keinesfalls Gadhafi und Malloum gleichzeitig bekämpfen. Wir haben uns daher zu einer Annäherung an Tripolis entschieden. Aber der Kern des Streits besteht nach wie vor: Aozou ist unveräußerlicher Bestandteil von Tschad. Wir werden niemals hinnehmen, daß die Libyer in dem Gebiet bleiben: Im übrigen nehmen wir an, daß sie Aozou nicht ewig besetzt halten werden. Es ist sicher, daß nach dem Sieg der Revolution Libyen und die tschadischen Revolutionäre versuchen werden, eine bessere Lösung zu finden. Die Angelegenheit Aozou ist eine zwischen zwei Staaten regelbare Sache. Im Augenblick müssen wir aber vor allem unsere Revolution weiterentwickeln. Und ich wiederhole es noch einmal: In der Wüste von Tibesti können wir uns den Luxus einfach nicht erlauben, zwei Feinde zugleich zu bekämpfen"* (Bericht Gueyras in „Le Monde", 28.7.77).

Diese Stellungnahme Goukounis zeigt ganz deutlich, daß die FROLINAT keine separatistischen Absichten hat, wie ihr vom tschadischen Malloum-Regime immer vorgeworfen wird, und daß sie sich auch nicht als verlängerter Arm Libyens versteht. Sie versucht vielmehr, trotz ihrer äußerst schwierigen Kampfbedingungen und der momentanen Angewiesenheit auf den Bündnispartner Libyen, die nationalen Interessen Tschads zu wahren.



asien

‚Schwarze Australier' im Kampf gegen Rassismus und Uranabbau



Demonstration gegen den „Queensland Act"

Demonstration gegen den „Queensland Act"

Australien. Eine wesentliche Rolle in den aktuellen Auseinandersetzungen um Uranabbau und -export nimmt der Kampf der Ureinwohner, der „Schwarzen Australier", ein. Infolge der Vertreibungs- und Ausrottungspolitik der früheren britischen Kolonialmacht stellen sie heute rein zahlenmäßig eine Minderheit dar.

Ähnlich wie in den USA die Indianer wurden die „Schwarzen Australier" aus ihren Lebensräumen vertrieben und zu Hunderttausenden in Reservate gepfercht.

Eine aktuelle Bedrohung selbst dieser Gebiete stellt sich durch die vor kurzem erteilte Erlaubnis zum Uranabbau und -export durch die australische Bundesregierung. *„Das Uran befindet sich am Rand eines großen Ureinwohnerreservates, nahe einer Gemeinde und einer Missonsstation namens „Owen Vallay". Dieses Land, das Land der schwarzen Australier, ist von großer Wichtigkeit: wenn man das Land zerstört und die Bevölkerung umsiedelt, zerstört man in vieler Hinsicht ihre Kultur und trennt sie von ihrer Geschichte und ihrem normalen Leben. Ihre Gemeinschaft wird zerstört. Und eines der Gebiete, die Gobe Peninsula, wo eine Schweizer Firma Aluminium produziert, spielt eine Rolle für die Lebensmittelversorgung. Da ist ein großes Gebiet durch den sogenannten Rotschlamm verschmutzt worden, ein großes Gebiet von Mangrovenmooren und eine Küste, an der die Einwohner fischen könnten – die Fische aber vergiftet sind. Auch die Flüsse würden vergiftet werden durch die Uranminen in den nördlichen Gebieten"* („Interview mit einem australischen Anti-Atomaktivisten im Frühjahr '77). Praktisch die gesamten kurzfristig abbaubaren Uranvorkommen Australiens liegen in den Gebieten der „Schwarzen Australien". Ein Uranabbau ist hier nur möglich über die gewaltsame Vertreibung der Einwohner aus dieser Region.

An der Uranfrage spitzt sich daher der Kampf der „Schwarzen Australier" für ihr Überleben als Volk zu.

„Schwarze Australier" – völlig entrechtet

Das Recht (besser: die Diskriminierung) der Ureinwohner wird in zahlreichen Sondergesetzen geregelt – die allesamt ohne die geringste Mitwirkung der Betroffenen zustandekamen. Das wohl reaktionärste Gesetz, das sogenannte „Queensland Aborigines Act" (im Bundesland Queensland) wird von fortschrittlichen Menschen mit den faschistischen Rassengesetzen verglichen. Das Gesetz regelt als erstes, daß die Ureinwohner in Reservaten leben. Ein vom zuständigen Minister bestimmter Direktor ist faktisch Alleinherrscher der Reservate. Unter seiner Kontrolle kann ein Magistrat jeder Zeit *„alle Wohnungen oder Häuser, in denen Ureinwohner leben, inspizieren"* („The Queensland Act", Broschüre der Organisation „Black Resource Center"). Generell wird eine Aufenthaltserlaubnis benötigt. Wer das Reservat verlassen will, braucht ebenfalls ein Genehmigung – die wiederum vom Direktor auszustellen ist. Arbeiter aus den Reservaten werden in drei Kategorien eingeteilt: „Alt", „schwach" oder „langsam". Neben der totalen Diskriminierung der schwarzen Arbeiter bringt dies vor allem die Möglichkeit der Entlohnung unterhalb des Minimum- oder Basislohnes! Doch damit nicht genug, in der Regel erhält der Arbeiter seinen Lohn nicht – dieser wird vom Direktor „verwaltet" ... *„Wenn der Arbeiter sein eigenes Geld braucht, muß er zum Distriktbeamten gehen, damit dieser ihm sein eigenes Geld zuteilt. Meistens wird ihm aber nur eine geringe Summe ausgezahlt. Ziemlich oft wird erzählt, es sei kein Geld mehr da"* („The Queensland Act", Broschüre des „Black Resource Center").

Auch das neueste Gesetz, das „Land Right Bill" der Nordterretorien (von 1976) erkennt zwar an, daß die Ureinwohner als eigenständiges Volk einen Anspruch auf die von ihnen bewohnten Gebiete haben, gewährt ihnen sogar das Veto-Recht über Erzminen etc. Nur, dieses Veto-Recht kann im „nationalen Interesse" von der Regierung aufgehoben werden (Flugblatt der „Aborigial Action", 1977). Wie allerdings auch ohne „nationales Interesse" jedes Mitspracherecht beseitigt wird, enthüllte vor kurzem die linke Zeitung „Tribune" Für das Arnhem-Land sollte über Uran-Abbau entschieden werden. Der zuständige Minister lud zu einem Anhörungsverfahren ein. Zugelassen wurden *„80 Weiße, darunter Reporter und 20 Ureinwohner"* („Tribune", 31.8.77). Die „Konsultation" fand in englischer Sprache statt – obwohl bekannt ist, daß die Ureinwohner ihre eigene Sprache sprechen. Ein Dolmetscher wurde gar nicht erst hinzugezogen...

Hinzu kommt, daß sich die Minen-Bosse, Spekulanten und andere Ganoven um irgendwelche Bestimmungen schon gar nicht mehr kümmern: In Perth begannen Minengesellschaften auf sogenanntem „Heiligen Land" der Ureinwohner zu bauen. In New-South Wales wird Land der Ureinwohner ganz öffentlich zum Kauf angeboten! („Lot's Wite", 27.6.77 – Australische Alternativzeitung).

Aufgrund dieser aktuellen Bedrohung stehen die Ureinwohner im Kampf gegen Uranabbau und gegen rassistische Unterdrückung an vorderster Front. Ihre Parolen sind **„We must stop Uranium – We will stop Uranium"** (Wir müssen das Uran stoppen – wir werden das Uran stoppen). Verschiedene Demonstrationen mit mehreren tausend Teilnehmern in den größeren Städten haben deutlich gemacht, daß sich die „Schwarzen Australier" keineswegs widerstandslos vertreiben lassen. Sie haben hierbei die aktive Unterstützung der gesamten Anti-Atombewegung, die die Verteidigung der Gebiete der Ureinwohner als eine zentrale Forderung gegen den Uranabbau erhoben hat!

Gleichzeitig mit ihrem Kampf sind die Ureinwohner massiv dem Terror faschistischer Elemente ausgesetzt: So wurde bekannt, daß in Nordaustralien in der Nähe von Darwin, Gebiete der „Schwarzen Australier" durch die australische Luftwaffe bombardiert werden (lt. „Tribune", vom 8.6.77 wurden 500 lb= Pfund Bomben abgeworfen!). Ende Juni wurde ein Bombenanschlag auf ein Lager von wohnungslosen Ureinwohnern verübt. Molotow-Cocktails setzten mehrere Zelte in Brand und verletzten zahlreiche Menschen („Tribune", 22.6.77).

Aktuell bereiten die Gruppen der Ureinwohner, unterstützt von Kräften der Anti-Atombewegung verschiedene Kampfaktionen vor. In Westaustralien werden Demonstrationen gegen die Verletzung der Landrechte vorbereitet. Gegen das reaktionäre „Queensland Act" werden Massenaktionen vorbereitet („Tribune", 8.6.77 und „Lot's Wite", 27.6.77).

Asien-Australien-Kommission

Frazer-Regime mit Riesenschritten in den Polizeistaat

Australien. Angesichts der wachsenden Massenproteste gegen die australische Atompolitik, der ausgeweiteten Arbeiterkämpfe und weiterer „Pulverfässer" im Land, plant das reaktionäre Frazer-Regime offenbar den Generalangriff. Künftig sollen Streiks „in gesetzlichen Bahnen" verlaufen, sollen alle anderen Kampfaktionen der Arbeiter illegal sein; sollen Massenproteste gegen Uranabbau und -export verboten und die Bevölkerung massiven polizeistaatlichen Repressionen ausgesetzt werden.

Militärrecht für Uranabbau!

Nach Meldung der linken Wochenzeitung „Tribune" (Organ der Kommunistischen Partei Australiens) plant die Regierung die (Wieder-)Einführung des sogenannten „Atomenergie-Akt" von 1953. Diese Notstandsverordnung wurde von den britischen Kolonialherren seinerzeit vorsorglich geschaffen. Ursprünglich sah das Gesetz vor, daß dem „Commonwealth" gesetzlich die Möglichkeit der vollständigen Uranausbeutung für jegliche Zwecke in Australien verbrieft wurde („Farrage"-Zeitung der Universität Melbourne, Juli 77). Diese Rechte sind vollständig an die australische Regierung übergegangen. D.h. durch Einführung des „Atomenergie-Akts" würde der Uranabbau, der erst vor kurzem per Regierungserklärung wieder genehmigt wurde, gesetzlich bindlich verankert! Das wäre ungefähr so, als wenn in der BRD der Bau für AKWs gesetzlich vorgeschrieben wäre! Insbesondere jedoch sieht das Gesetz massive polizeistaatliche Maßnahmen gegen alle Gegner der Atompolitik vor. So sol-
zeistaatliche Maßnahmen gegen alle Gegner der Atompolitik vor. So sol-
len sämtliche Arbeiten mit Uran (in den Minen, der Wiederaufbereitung und bei den Transporten zu Lande und zur See) unter Militärrecht gestellt und praktisch als Militärangehörige behandelt werden. Bedeuten würde dies die Aufhebung sämtlicher Arbeiterrechte wie Koalitionsfreiheit, Streikrecht etc. Weiter würde unter diesem Gesetz *„jede Person, die v e r d ä c h t i g t wird, irgendein Uranprojekt zu stören, ohne Begründung verhaftet, festgenommen und durchsucht"* werden („Tribune", 7.9.77). *„Aus Sicherheitsgründen"* könnte *„jede Person festgenommen werden"*. Für schuldig der Störung eines Projektes könnte ebenfalls jeder auf Grundlage *„der Situationsumstände, seines Verhaltens oder seiner bekannten (?) Gesinnung (!!)"* befunden werden. „Schuldig bedeutete Geldstrafen bis zu 10.000 Dollar und 12 Monate Knast! (lt. „Tribune", 7.9.77). Damit würde jeder australische Atomgegner unter ständiger Haftdrohung stehen. In der Tat würde dieses Gesetz polizeistaatliche Willkürmaßnahmen (die bisher in Australien weitgehend unbekannt sind) gegen jeden Atomgegner, jede oppositionelle Gewerkschaft und politische Vereinigung ermöglichen. In diesem Zusammenhang ist interessant, daß der australische Geheimdienst umfangreiche Ermittlungen über Anti-Atomdemonstrationen etc. durchgeführt und über zahlreiche Aktivisten Akten angelegt hat. Die eventuelle Einführung dieses Polizeigesetzes gab Premierminister Anthony Anfang September in Canberra bekannt.

„Es ist in der Tat ein Super-Gesetz, das jedes Recht eines Australiers, auf legalem Weg seine Opposition kundzutun, beseitigt" („Farrage", Juli 77).

Polizeimaßnahmen gegen Arbeiteraktionen

Nachdem die Bundesregierung verschiedene Gesetze zur Reglementierung der gewerkschaftlichen Kampfaktionen absegnete, wird in „die Vollen" gestiegen, Vorreiter ist offenbar das extrem rechts regierte Bundesland Queensland. Gegen zwei Gewerkschaftsfunktionäre werden hier aktuell Anklagen vorbereitet. Die beiden (Ted Zaphir, Organisator der Lagerarbeitergewerkschaft und Hugh Williams, Organisator der Transportarbeitergewerkschaft) sollen nach einem Gesetz aus dem 19. Jahrhundert verurteilt werden, weil sie maßgeblich Boykottmaßnahmen vorbereitet haben. Das Uraltgesetz richtet sich gegen *„vorsätzliche Hervorrufung von Schäden"* und soll jetzt gegen das traditionelle Kampfmittel des Boykotts eingesetzt werden. Die beiden Verfahren wurden direkt vom Premierminister des Landes, Bjelke-Petersen, angeordnet. Die massiven Proteste der Arbeiter (verschiedene Streiks und Demonstrationen in den letzten Wochen) fanden Anfang September ihren Höhepunkt, als die Landesregierung einen Protestmarsch verbot (anders als in der BRD haben in Australien Demonstrationsverbote absoluten Seltenheitswert). Trotzdem traten 40.000 Arbeiter in den Streik. 6.000 demonstrierten in der Innenstadt von Brisbane – 1.000 aufgebotene Polizisten
bane – 1.000 aufgebotene Polizisten
wurden zurückgedrängt. Ein gleichzeitiger Protestmarsch von ca. 600 Studenten wurden von der Polizei gestoppt – die Studenten brachen aber durch und schlossen sich der zentralen Demonstration an.

Nach diesen Auseinandersetzungen wurden von den verschiedenen Gewerkschaften und anderen Gruppen neue Protestaktionen vorbereitet. Der Sekretär der Queensland-Bauarbeiter-Gewerkschaft sprach von *„schleichendem Faschismus"* und meinte: *„Starke Organisierung ist zur Abwehr dieser Angriffe notwendig. Der Kampf hat gerade begonnen. Stärkt und entwickelt die Einheit der Arbeiterbewegung und Gewerkschaftorganisationen. Entwickelt ein Bündnis mit den Studenten und anderen Gruppen"* („Tribune", 14.9.77). Dies wird notwendig werden, denn die Queensland-Landesregierung erwägt bereits, auch die nächsten Demonstrationen zu verbieten.. Insbesondere soll die geplante Anti-Atom-Demonstration am 22.Oktober als *„provokativ"* und *„gewalttätig"* verboten werden! (alle Angaben nach „Tribune" 14.9.77).

Derartige Maßnahmen finden derzeit noch nicht in allen Bundesländern statt. Queensland ist so etwa das Bayern Australiens. Die Linke ist im Vergleich zu anderen Bundesländern (wie z.B. Victoria) relativ schwach entwickelt. – es ist also naheliegend, daß hier der erste Schlag versucht wird.

Asien-Australien-Kommission

KURZMELDUNGEN

Protestdemonstration in den Philippinen!

Anfang September demonstrierten in Manila – Hauptstadt der Philippinen – über 1000 Menschen gegen Kriegsrecht und Terror. Die Demonstration war illegal und fand unter den Bedingungen des Kriegsrechts statt. Die Polizei und andere Staatsschutztruppen gingen mit Knüppeln, Panzerfahrzeugen usw. gegen die Demonstranten vor und zerschlugen den Protestmarsch. Es war dies die größte Demonstration seit der Ausrufung des Kriegsrechtes 1972 und zeigt deutlich, daß der Widerstand gegen die philippinische Diktatur nicht nur in den ländlichen Regionen, sondern auch in den Städten existiert (nach „Tribune", Zeitung der KP Australiens, 14.9.).

• • •

Anti-ASEAN Konferenz!

In Sydney, Australien, fand Anfang September eine Konferenz zum ASEAN-Block statt. An der Konferenz nahmen Vertreter verschiedenster Gruppierungen teil, u.a. der sozialdemokratische Oppositionsführer Uren, Senatoren der australischen Bundesländer und Mitglieder der KP Australiens. Eine Resolution dieser Konferenz hält fest, daß die ASEAN-Staaten *„repressiv, arbeiterfeindlich und undemokratisch"* sind, die meisten Länder seien *„repressive Militärdiktaturen"* heißt es. Die Konferenz beschloß die Unterstützung der *„nationalen Befreiungsbewegungen und kritisierte die australischen militärischen Verbindungen mit den ASEAN-Staaten"*. Im Weiteren unterstützt die Konferenz *„die revolutionären Regierungen von West-Papua und Ost-Timor"* (alle Zitate aus „Tribune", 7.9.77).

Australisches Militär in West-Papua

Die Verwicklung des australischen Militärs in die Unterdrückung West-Papuas durch die indonesischen Faschisten wurde kürzlich durch einen Unfall bekannt. Ein Flugzeug der australischen Luftwaffe (!) stürzte dort ab. Offiziell führte das Flugzeug „kartographische Aufgaben" durch, jedoch wird dies stark angezweifelt. In West-Papua finden zur Zeit starke Kämpfe statt.

Der Luftverkehr ist wegen zu großer Gefahr nicht erlaubt – und in solch einer Situation fliegt ein Flugzeug der australischen Luftwaffe dort ‚zum Spaß' rum? („Tribune", 7.9.77).

• • •

Asien-Australien Kommission

Ein Jahr Faschismus — ein Jahr Widerstand, die Junta wird unterliegen!

Thailand: Vor einem Jahr, am 6.10.76, beseitigten faschistische thailändische Militärs mit einem Putsch die auch schon rechte bürgerlich-demokratische Regierung und setzten ihr eigenes Terrorregime ein. Die Junta überzog das gesamte Land – soweit es unter ihrer Kontrolle steht – mit einem Netz des Terrors. Tausende wurden verhaftet und in Konzentrationslagern interniert. Sämtliche demokratischen Rechte sind aufgehoben, verschiedene Verordnungen geben der Junta die „legale" Handhabe zu Mord und Terror. Gleichzeitig setzte eine gigantische militärische Aufrüstung ein. Säbelrasselnd provoziert die Junta die freien und revolutionär-demokratischen Staaten Indochinas. Keineswegs ist es den Faschisten jedoch gelungen, den Widerstand im Land zu brechen. Heute kann sie ihre Herrschaft ausschließlich durch die militärische Besetzung großer Gebiete sichern – eine „Normalisierung" der faschistischen Herrschaft, eine Stabilisierung ist nicht eingetreten!

Bereits heute besteht Thailand aus zwei Teilen: Aus der *„illegalen Staatsgewalt von Sangat und Thanin, den Marionetten der Großgeudalisten, der Großkapitalisten und der US-Imperialisten"* und aus der *„Staatsgewalt, in der die Menschen sich selbst regieren, ihre Führer wählen und selbst über ihre Zukunft entscheiden"* in den befreiten Gebieten Thailands!

Das Thailand der Junta — Grenzenloser Terror, grenzenlose Verelendung!

In Ermangelung auch der geringsten Unterstützung durch die Bevölkerung überzog die Junta das gesamte von ihr kontrollierte Land mit einer totalen terroristischen Unterdrükkung. In den Städten, maßgeblich in Bangkok, ist jedes öffentliche politische Leben gestorben. Die letzte „freie" Zeitung wurde vor wenigen Wochen verboten (...auch dies war eine reaktionäre Zeitung!). Politische Organisationen, außer den faschistischen, existieren nur noch im Untergrund. Tausende Oppositionelle werden in Konzentrationslagern gefangen. Exakte Zahlen über die Verhaftungen gibt es bis heute nicht. Die Junta nennt Zahlen um 3.000 Gefangene, aber angesichts der Tatsache, daß nach dem Putsch 300 bis 500 Verhaftungen wöchentlich durchgeführt wurden („NAN", 12.11.76), dürfte die tatsächliche Zahl wesentlich höher liegen. Bereits Ende letzten Jahres wurde die Zahl auf 30.000 geschätzt! („NAN", 12.11.76). Ebenfalls sind die Standorte der KZs nicht im Einzelnen bekannt – lediglich KZs in der Nong-Khai Provinz, in Si Khiou und um Bangkok sind bekannt.

Verbunden mit der Nichtbekanntgabe der tatsächlichen Verhaftungen und der Standorte der KZs ist es fast unmöglich, irgendetwas über die Situation der Gefangenen zu erfahren. Geforderte Besuche durch UN und Rotes Kreuz werden von der Junta konsequent abgelehnt.

Zumindestens bekannt ist allerdings, daß die Gefangenen keinerlei – auch nicht die minimalsten – Rechte genießen. Prozesse finden – wenn überhaupt – unter Militärgerichten ohne Verteidiger und ohne Berufungsmöglichkeiten statt. Zusätzlich hat sich die Junta mit ihrer Verordnung Nr. 21 aus der provisorischen „Verfassung" die Möglichkeit geschaffen, jeden beliebigen Gefangenen ohne Verfahren erschießen zu lassen („Thailand Correspondence" 1/77). Verhaftungen in den Städten finden auch heute noch statt und in den ländlichen Regionen sind Verhaftungen an der Tagesordnung. Bei den jüngsten Feldzügen der Faschisten-Armee wurden in Südthailand alleine in einem Dorf über 100 Menschen als „kommunistische Sympathisanten" festgenommen – es dürfte sich um die „normalen" Dorfbewohner gehandelt haben.

Im gesamten Gebiet Thailands wernach dem Muster des US-Vietnamkrieges „Feuer-frei"-Zonen geschaffen. **Anfang des Jahres erklärte die Junta die Hälfte Thailands – nämlich 35 Provinzen – als „kommunistisch infiziert"!** Nach den Junta-Verordnungen bedeutet dies, daß alle Bewohner einer strikten Ausgangs-Kontrolle unterliegen, bzw. aus besonders „gefährdeten" Gebieten evakuiert werden. Ein solches Gebiet nennt sich „Feuer-frei"-Zone – auf alles Lebende wird geschossen, das Gebiet mit Flächenbombardements „bearbeitet"! Jeder, der in diesem Gebiet bleibt, gilt als Kommunist („Buisiness-Times", 21.1.77). Mittlerweile sind große Gebiete in Süd-, Nord- und Nordostthailand als solche Gebiete deklariert. **„Es ist wie der Albtraum eines Tages im frühen Vietnam: Düsenflugzeuge jagen im Tiefflug über Palmen, um unter Donnergetöse ihre Bomben abzuwerfen, Batterien schwerer Geschütze feuern in die Ferne"** („Spiegel", 25.4.77). Bei den jüngsten Feldzügen wurden sogar Raketen eingesetzt („Guardian", 9.7.77). Die zwangsweise evakuierte Bevölkerung wird in sogenannte Wehrdörfer umgesiedelt. Die Wehrdörfer stellen faktisch eine Art KZ dar – die dort lebenden Menschen genießen keinerlei Rechte. Zum „Schutz" der Dörfer werden Spezialeinheiten aus ortskundigen Faschisten zusammengestellt, die die *„Unschädlichmachung von Kommunisten und Sympathisanten"* („SWB", 14.6.77) zur Aufgabe haben. Gleichzeitig wird eine Art Volkssturm aufgestellt – Mitgliedschaft ist für Jedermann zwischen 25 und 40 Jahren Zwang. Befehligt werden diese Gruppen von faschistischen Offizieren („SWB", 14.6.77).

Insgesamt hat die Junta vor, 40.000 solcher Dörfer mit geweils ca. 100 Familien zu schaffen – das wären ca. zwei Millionen Menschen! („Voice of the People of Thailand", 29.5.77 und „SWB", 26.5.77). Bereits hieraus wird deutlich, daß die Junta vor hat, einen Krieg a la Vietnam gegen das Volk zu führen: Gigantische Umsiedlung von Menschen aus „kommunistisch infizierten" Gebieten in faktische Konzentrationslager, Bombardierung und Vernichtung der „infizierten" Gebiete selber, um die *„Zerstörung ihrer* (der Kommunisten, Red.) *Infrastruktur zu erreichen"* („FAZ", 4.5.77). Neben der politischen Folge – terroristische Kontrolle über weite Teile der Volkes – wird hier systematisch die Vernichtung weiter Landstriche Thailands betrieben. Bekannt ist inzwischen auch, daß bestimmte Gebiete in Nordthailand mit chemischen Kampfstoffen bombardiert werden!!

Wer sich dieser „Verbrannte Erde"-Politik widersetzt, wer sich beispielsweise weigert, seine angestammte Heimat zu verlassen, gilt als Kommunist und wird im günstigsten Fall verhaftet. *„80 Zuckerrohr-Bauern weigerten sich, ihr Land während der Operation im Frühjahr zu verlassen ... Was passierte? Alle, Alt und Jung, Frau und Mann wurden ermordet, ihre Felder niedergebrannt"* („New Asia News", 13.5.77). Wenn man bedenkt, daß die Faschisten-Junta in den drei Zonen (Süd-, Nord-, Nordost-Thailand) alleine in diesem Jahr schätzungsweise 40.000 Soldaten in mehreren Feldzügen einsetzte, wenn man bedenkt, daß in Südthailand seit ca. einem halben Jahr ständig 10.000 Soldaten operieren – kann man sich den Terror, dem die ansässige Bevölkerung ausgesetzt ist, wohl ansatzweise vorstellen.

Gleichfalls ist es den Faschisten „gelungen", den ohnehin katastrophalen Lebensstandard der Bevölkerung noch weiter zu drücken. 80 % der Bevölkerung leben von der Landwirtschaft – und gerade hier sieht es unvorstellbar aus. Die Reispreise (die die Bauern für ihre Ernte erhalten) sanken in wenigen Monaten um 33 % – von 2.300 Baht (ca. 125 Dollar) auf 1.500 Baht (ca. 75 Dollar). Das durchschnittliche Einkommen der Bauern liegt bei 3.100 Baht (ca. 160 Dollar) j ä h r l i c h, wobei selbstverständlich die Einkommen der Großbauern mit eingerechnet sind! („NAN", 13.5.77). Es liegt auf der Hand, daß für die Bauern unter derartigen Lebensbedingungen die Wahl zwischen Kampf oder „ruhig weiterleben" nicht besteht – ein „ruhiges Weiterleben" ist unmöglich geworden!

In den Städten, unter den Arbeitern, Schülern und Studenten sieht es ähnlich aus. So sind 70 % der Normalschulabgänger und 61,8 % der Universitätsabsolventen arbeitslos! Zur „Behebung" der Arbeitslosigkeit wurden 7,8 Millionen Menschen gezwungen, mehrere Wochen ohne Entlohnung zu arbeiten!!! („NAN", 13.5.77). Selbstverständlich sind den Arbeitern sämtliche Rechte wie Koalitionsfreiheit, Streikrecht etc. genommen – stattfindende Streiks werden brutal unterdrückt und vermeintliche „Rädelsführer" verhaftet. Das ist das Thailand der Faschisten – Terror und völlige Verelendung der Massen, politische Unterdrückung selbst in die bürgerlichen Kreise hinein (Verbot auch der rechten Parteien und Zeitungen). Auf solch einer Grundlage gibt es in der Tat für große Teile des thailändischen Volks nur einen Weg – den des Widerstandes, denn dazwischen ist kein Spielraum mehr geblieben!

Die gigantische militärische Aufrüstung der thailändischen Armee – die Rüstungsausgaben wurden schlagartig nach dem Putsch um 25 % gesteigert („SZ", 17.11.76) – lassen vermuten, daß die Faschisten-Junta ihren Terror noch wesentlich intensivieren will und daß sie mit einem „echten" Volkskrieg rechnet.

Da inzwischen auch etliche US-Basen in Thailand wieder in Betrieb genommen worden sind, ist auch eine erneute Verwicklung der US-Imperialisten nicht ausgeschlossen.

Das Volk wird siegen — das ist gewiß!

Trotz des Terrors traf der Putsch einen großen Teil des thailändischen Widerstandes nicht unvorbereitet. Bereits vor dem Putsch gab es Guerilla-Stützpunkte und befreite Gebiete. Die Junta gab nach der Illegalisierung der gesamten legalen Opposition die Vernichtung der Guerilla als ihr Hauptziel an. Die Maßnahmen waren entsprechend. Die verschiedenen militärischen Feldzüge, die Bildung von „Feuer-frei"-Zonen haben wir bereits geschildert. Fakt ist jedoch, daß es den Faschisten nicht nur nicht gelungen ist, die bewaffneten Volkskräfte entscheidend zu schlagen, – sondern im Gegenteil konnte der Guerillakampf sogar ausgedehnt werden. *„Die Guerilla-Bewegung ist nicht nur in Südthailand aktiv, sondern ist auch in den nördlichen und nord-östlichen Regionen Thailands herausgekommen. In verschiedenen Regionen ist die Guerilla-Bewegung in der Lage, die Initiative für Angriffe auf den Feind in die Hand zu nehmen. Die befreiten Gebiete wurden nicht liquidiert, einige konnten gestärkt und ausgedehnt werden"* (die vietnamesische Zeitung „Nhan Dan" am 17.8.77 zum Kampf in Thailand).

Wir haben die militärischen Erfolge der bewaffneten Widerstandskräfte bereits öfters im ARBEITERKAMPF genannt und verzichten hier auf eine Wiederholung. Hinreichend bekannt ist auch, daß die bewaffneten Kräfte nach dem Putsch als einzig noch existierende Alternative ungeheuren Zulauf bekamen, daß sich die von der Kommunistischen Partei Thailands propagierte Volkskriegsstrategie als einzig erfolgversprechende Widerstandsstrategie verankerte. Es gibt heute in Thailand keinerlei nennenswerte politische Gruppierung, die hieran zweifelt und eine „friedliche" Lösung vorschlägt.

Die Zahl der aktiven Kämpfer wird heute von bürgerlichen Quellen auf mindestens 10.000 geschätzt (einige Quellen nennen wesentlich mehr). Ihre Ausrüstung ist keineswegs „vorsintflutlich" wie der Abschuß eines hochmodernen Kampf-Flugzeuges beweist. Die befreiten Gebiete umfaßten vor dem Putsch zwischen 400 und 600 Dörfer – vor allem in den nördlichen und nord-östlichen Regionen („SZ", 30.11.76).

Im folgenden gehen wir auf die heute breit verankerte Strategie des Volkskrieges in Thailand ein, auf die befreiten Gebiete und die Zukunftspläne der Widerstandskräfte.

Für den Sieg im Volkskrieg!

Die KPT veröffentlichte kurz nach dem Putsch ein neues Zehn-Punkte-Programm. In diesem wird als wichtigstes die Entwicklung einer gemeinsamen Front der *„Bauern, Arbeiter, Klein-Kapitalisten, nationale Kapitalisten aller Nationalitäten und aller patriotischen und demokratischen politischen Parteien, Organisationen und Menschen"* gefordert. Die programmatische Grundlage dieses Bündnisses wird ein national-demokratisches, antifaschistisches Programm sein. Die KPT fordert in ihrem Programm die *„Aufhebung aller volksfeindlichen Gesetze, Verordnungen, Befehlen und Regulierungen"* und Gewährung breitester demokratischer Rechte. (Generelles Presse-, Rede- und Religionsfreiheit, Demonstrationsrecht, Streikrecht, Koalitionsrecht usw.). Wir zitieren die Punkte sechs bis acht ausführlich, da diese die Ausrichtung des Programms sehr klar machen:

6. „Beseitigung des repressiven Feudalsystems, sorgfältige und schrittweise Entwicklung der Revolution in Übereinstimmung mit den örtlichen Gegebenheiten, Erlaubnis für alle Bauern und Pflanzer ihr eigenes Land zu besitzen und zu bebauen ...

7. Sicherung der nationalen Ressourcen, Entwicklung der Industrie, des Handels und anderer staatlicher Unternehmungen; Schutz der Industrie und des Handels der nationalen Kapitalisten ...

8. Beschäftigungsgarantie, Lohn und Wohlstand für Arbeiter und Angestellte. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit unabhängig des Geschlechts, Alters oder der Nationalität" (Zehn-Punkte-Programm der KPT lt. „Voice of the People of Thailand", 1.12.76).

Deutlich wird hier, daß die KPT keineswegs ein sozialistisches Programm vorschlägt, sondern daß davon ausgegangen wird, über den Aufbau einer Gesellschaft mit breiten demokratischen Rechten und Entfaltungsmöglichkeiten eine sozialistische Entwicklung Thailands zu ermöglichen.

Dahinter steht die Notwendigkeit in den Kampf gegen den thailändischen Faschismus a l l e demokratischen Kräfte einzubeziehen – in erster Linie die Masse der Bauern, aber auch das Spektrum der Kleinkapitalisten, Kleinhändler etc.

Nicht nur die Notwendigkeit, sondern vor allem die Möglichkeit zum Zusammenschluß mit diesen Kräften besteht objektiv. Die Verordnungen der Junta treiben die Klein-Kapitalisten, Kleinhändler etc. zugunsten der imperialistischen Konzerne ins Elend. Ähnlich wie in Indochina sind diese Kräfte bereit, unter demokratischen Bedingungen am Aufbau eines neuen Thailand mitzuwirken.

Auf der anderen Seite kann aufgrund der gesamten politischen Struktur Thailands der sozialistische Aufbau nur über eine volksdemokratische Revolution und über den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft stattfinden. Jahrzehntelange politische Unterdrückung, feudalistisches Landwirtschaftssystem – all dies kann nur über einen längeren demokratischen Prozeß überwunden werden.

Dieses national-demokratische Programm findet heute in Thailand breite Zustimmung. Ein gutes Dutzend verschiedener politischer Organisationen beteiligen sich am Aufbau einer „nationaldemokratischen Front": Kommunistische Partei Thailands, Sozialistische Partei Thailands, Vereinigte Sozialistische Front (USF), Nationaler Studentenverband (NSCT), Volksfront von Thailand (PFT), Zentrum zur Verteidigung der Rechte der Lehrer (CPTRT), Arbeiter-Koordinierungszentrum (WCCT), Bauernföderation Thailands (PFFFT) und Gruppen von Musikern, Journalisten, Dichtern und Mönchen („New Asia News", 22.4.77).

Das Ziel ist die Bildung einer organisatorisch miteinander verbundenen Front, der Ausbau der Thailändischen Befreiungsarmee (PLAF) zur gemeinsamen Befreiungsarmee aller Kräfte der Front und die Bildung einer provisorischen Regierung auf Grundlage eines gemeinsamen Revolutionsprogramms. Die von allen Gruppierungen akzeptierte Strategie des Volkskrieges, der engen Verbindung des politischen Massenkampfes mit dem militärischen Kampf, wird in der heutigen Phase mit folgenden Aufgaben definiert: *„Ausdehnung der bewaffneten Kräfte und der Kampfgebiete. Ausdehnung und der Stabilisierung der Basis-Gebiete* (befreite Gebiete, Red.)" („Voice of the People of Thailand", 1.12.76).

Insgesamt wurden nach dem Putsch die Schwerpunkte auf die Verteidigung und den Ausbau der befreiten Gebiete, auf den weiteren Aufbau der Befreiungsarmee und die Expandierung der Kampfaktivitäten gelegt. In allem wurde besonderer Wert auf die Agitation und Mobilisierung neuer Kräfte für den Widerstand gelegt.

Die zentrale Rolle nehmen ganz offensichtlich die befreiten Gebiete ein, denn *„die Basis-Gebiete des Volkes sind zum Bollwerk des Volkskrieges geworden. Sie sind Hoffnung und Auftrieb des revolutionären Kampfes der Menschen in den Städten und auf dem Lande"* **(„VOPT", lt. „SWB", 17.8.77). Gegen den massenhaften Ansturm der faschistischen Soldaten konnten diese Gebiete verteidigt werden, so daß sie heute praktische Alternative zur faschistischen Diktatur darstellen. Die heutigen Basis-Gebiete liegen** *„in den Provinzen Kalasin, Sakon Nakon, Nangkei, Ubon, Udon, Nakon Panom, Yasoton, Poy-et und Konkhaen"* **(„Thailand-Correspondence" 1/77). Die Bedeutung dieser Gebiete stellt der stellvertretende Vorsitzende der Sozialistischen Partei in einem Interview fest:** *„Was mich am meisten beeindruckte, war zu sehen, daß Thailand gegenwärtig zwei Arten der Staatsgewalt kennt: die illegale Staatsgewalt von Sangad und Thanin, den Marionetten der Großfeudalisten, der Großkapitalisten und der US-Imperialisten ... und zweitens eine Staatsgewalt, in der die Menschen sich selbst regieren, ihre Führer wählen und selbst über ihre Zukunft entscheiden. Dort drüben ist diese Macht bereits geschaffen. In diesen Stützpunktgebieten waren die Menschen glücklich. Ich habe so etwas nie zuvor gesehen"* („Thailand Correspondence" 1/77). Und weiter: *„Ich hatte die Gelegenheit, mit dem Führer eines revolutionären Stützpunktes zusammenzutreffen. Er begrüßte mich begeistert und später teilte er mir einen Kommandeur mit seiner kleinen Truppe zu, die mich bei der Besichtigung von Stützpunkten begleiteten... Ich verbrachte mehrere Monate dort".* Die Gebiete existieren also trotz der Verschweigung durch die bürgerliche Presse real und stellen ein großes Hinterland für die revolutionären Kräfte dar.

Ein weiterer Schwerpunkt der Widerstandskräfte liegt neben den direkten militärischen Aktionen vor allem in der Agitation und Mobilisierung neuer Menschen.

So werden trotz des faschistischen Terrors verschiedene Zeitungen aus dem Untergrund veröffentlicht. Es erscheint monatlich das Magazin „Samakhee Soorob" (Kämpferische Einheit) – aus dem auch das Interview mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der PT stammt. **Der nationale Studentenverband hat auf einem illegalen Kongreß am 3.9.77 beschlossen, die Studentenzeitung „Athiphat" wieder herauszugeben! („SWB", 12.9.77). Neben den Zeitungen hat vor allem der illegale Radiosender „Voice of the People of Thailand" eine hervorragende Bedeutung, da er täglich sendet und für viele Menschen die Funktion eines Informationsorgans übernommen hat.**

Im weiteren führen die Widerstandskämpfer auch direkte Agitationsaktionen durch. Beispielsweise werden Dörfer militärisch abgeriegelt, während drinnen Diskussionen stattfinden, Reden gehalten werden usw. („SWB", 6.8.77 – Berichte von verschiedenen Gouverneuren der Provinzen).

Abschließend noch eine Passage aus dem bereits oben zitierten Interview, in der die Zuversicht des thailändischen Widerstandes zum Ausdruck kommt.

„Was mich betrifft, so denke ich, daß die gegenwärtige Lage hervorragend für die Volksrevolution ist. Die US-Imperialisten, die Herren und Meister der Faschisten wurden von der Presse der gesamten Welt streng kritisiert. Nachdem sie die Kriege in unseren Bruderländern in Indochina vollkommen verloren hatten, verblieb ihnen weder Ehre noch Würde. Es ist bewundernswert, wie es jenen drei kleinen Ländern auf so großartige und bewundernswerte Weise gelang, diese Imperialisten der ersten Preisklasse zu überwinden. Unser Großfeudalist und die faschistischen Warlords klammern sich noch immer an die US-Imperialisten, weil sie hoffen, dadurch einem toten Körper wieder Leben zu verleihen ... Ihre verzweifelten Konterrevolutionskampagnen wirken wie schwatzhafte Beschwörungsformeln gegen das Feuer der Volksrevolution ... Das Feuer der Volksrevolution züngelt am Thron der Unterdrücker. Die unmittelbare Aufgabenstellung liegt im Zusammenschluß der Leute zur Schaffung einer nationalen, vereinigten und demokratischen Front. Diese Front wird so hart wie eine eiserne Mauer sein müssen. Hat das Volk einmal seine Kräfte mit der Volksbefreiungsarmee zusammengeschlossen, werden wir unsere nationalen Feinde angreifen – die Großkapitalisten, den Großfeudalisten und die US-Imperialisten, die uns seit eh und je unterdrücken. Patriotische und freiheitsliebende Menschen aller Schichten werden sich vereinigen müssen. Unser Kampf wird dann vergeblich sein, wenn wir getrennt kämpfen. Sind wir vereinigt, ist der Sieg des Volkes sicher." (Interview mit Kaisang Suksai, stellv. Vorsitzender der SPT, „Thailand-Correspondence" 1/77).

Wir sind der Meinung, daß der Kampf des thailändischen Volkes gegen Faschismus und Imperialismus seine Ergänzung finden muß in einer starken internationalen Solidaritätsbewegung. Anknüpfend an die hervorragenden Erfahrungen und Erfolge der Vietnam-Solidaritätsbewegung sollten alle fortschrittlichen Menschen daran arbeiten, die Verbrechen der thailändischen Faschisten hier anzuprangern und um Solidarität mit dem thailändischen Widerstand zu werben!

FÜR DEN SIEG IM VOLKSKRIEG!

Asien-Australien-Kommission

Der Steuerstreit oder: Einige „Weise" und Millionen „Dumme"

In einer Sondersitzung diskutierte am 30.9. der Bundesrat das von der „sozialliberalen" Koalition vorgelegte Steuerpaket (das zweite in diesem Jahr). Das Steuerpaket enthält

- die Erhöhung des sogenannten degressiven Abschreibungssatzes auf Investitionen von 20 auf 25 Prozent ab 1. September 1977 (!),
- die Erhöhung des Weihnachtsfreibetrages von 100 auf 400 Mark und
- die Erhöhung des steuerfreien Grundbetrages (das ist ein festgesetztes Existenzminimum, das nicht der Besteuerung unterliegen soll) von 3.000 auf 3.510 Mark (bei Verheirateten von 6.000 auf 7.020 Mark).

Wie zu erwarten kam es im Bundesrat zu keiner Einigung über das Steuerpaket, da die CDU/CSU-Mehrheit nur der Erhöhung der degressiven Abschreibung (eine alte Forderung der Opposition und insbesondere auch von Strauß) und des Weihnachtsfreibetrages zustimmt, die Erhöhung des Grundbetrages aber ablehnt.

Ihre Argumentation – die Steuerersparnis durch die Erhöhung des Grundbetrages sei mit 9,35 Mark für einen Ledigen viel zu niedrig – ist dabei nichts als pure soziale Demagogie und entspricht ihrer allgemeinen Oppositionsrolle, sich als „Anwalt des kleinen Mannes" aufzuspielen. Tatsächlich kommt die CDU/CSU-Kritik aus der stramm rechten Ecke: Der allgemeine Grundfreibetrag, der niedrige und hohe Einkommen gleichmäßig begünstigt, *„schert alle über einen Kamm und bestraft dadurch indirekt jene, die etwas mehr leisten wollen"* („Welt", 8.9.). Oder wie es der rheinland-pfälzische Finanzminister Gaddum (CDU) ausdrückte: *„die bekanntgewordenen Vorschläge stellen einen weiteren Schritt auf dem Wege zur leistungshemmenden Gleichmacherei dar"* („Süddeutsche Zeitung", 2.9.). Dementsprechend fordert die Opposition die Einführung eines „Tarifausgleichbetrages", der mit der Höhe eines Einkommens steigt und damit die Reichen stärker begünstigt.

Da die Koalition ihrerseits nicht bereit ist, das Steuerpaket „aufzuschnüren" (d.h. degressive Abschreibung und Weihnachtsfreibetrag gesondert im Bundesrat verabschieden zu lassen), wird derzeit nach einem „Kompromiß" gesucht, der nach neuesten Informationen die Erhöhung des Grundfreibetrages (aber nur
neuesten Informationen die Erhöhung des Grundfreibetrages (aber nur
200 oder 300 Mark statt ursprünglich 510 Mark) und die Einführung eines „Tarifausgleichbetrages" kombiniert („Welt", „Hamburger Abendblatt" und „FR" vom 1.10.77) . D.h. CDU/CSU setzen ihre Vorstellungen durch und die „sozialliberale" Koalition paßt sich an.

Im „Steuerstreit" zwischen Koalition und Opposition geht es von Regierungsseite aus nicht etwa darum, die bestehenden Ungerechtigkeiten des Steuersystems abzuschaffen. Die Begründung für das „Steuerpaket", das *„für alle etwas"* (Schmidt) bringen und *„eine Begünstigung der Großverdiener zu verhindern"* versuchen soll („Stern", 15.9.), erweist sich sehr schnell als purer Schwindel. Denn 1. ist die von der Bundesregierung geplante Steuersenkung bei Arbeitern und Angestellten lächerlich gering, was wir gleich nachweisen werden und 2. sind die Hauptnutznießer der Steuervergünstigungen die Großverdiener und Konzernherren!

Steuerersparnis - ein Witz !

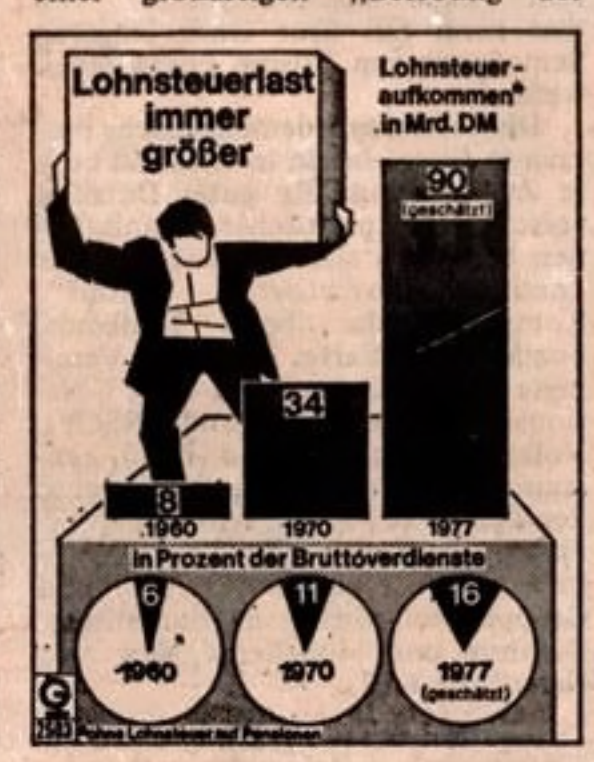
Die Erhöhung des Weihnachtsfreibetrages (der z.Zt. 100 DM beträgt) bringt bei einer Verdoppelung eine Steuerersparnis (je nach der Progression, der man unterliegt) von 22 bis 56 Mark – im Jahr! Die angestrebte Erhöhung auf 400 Mark würde 66 bis 150 Mark bringen, das sind für „Normalverdiener" ganze 5,50 Mark im Monat!

Nicht anders sieht es bei der Aufstockung des Grundfreibetrages aus: Die von der Koalition vorgesehene Erhöhung um 510 Mark bringt eine Steuersenkung von 9,35 Mark für einen Ledigen im Monat. Und wenn der „Kompromiß " in der Steuerfrage zwischen Regierung und Opposition zustandekommt, bringt die Erhöhung des Grundfreibetrages um 300 Mark 5,50 Mark monatliche Steuerersparnis und die Einführung eines „Tarifausgleichbetrages" von ebenfalls 300 Mark je nach Einkommen zwischen 5,50 und 14 Mark (diese Angaben aus der „Welt" vom 1.10. gelten für Ledige; Verheiratete bekommen das Doppelte).

Das macht für den „Normalverdiener" summa summarum eine Steuersenkung von 16,50 DM im Monat! Finanzminister Apel gibt die Steuerentlastung durch beide Steuerpakete (Weihnachtsfreibetrag, Sonderausgaben-Höchstbeträge, Kindergeld und Grundfreibetrag) mit 330 Mark im Jahr an – das sind 27,50 Mark im Monat! ... Dabei hat er auch noch einen verheirateten „Durchschnittsverdiener" mit immerhin 24.000 DM brutto pro Jahr angenommen. Die Entlastung für den tatsächlichen „Normalverdiener" ist also noch geringer (Angaben aus „Spiegel", 19.9.)!

Das ist zwar besser als nichts, aber nicht der Rede wert, meinen wir.

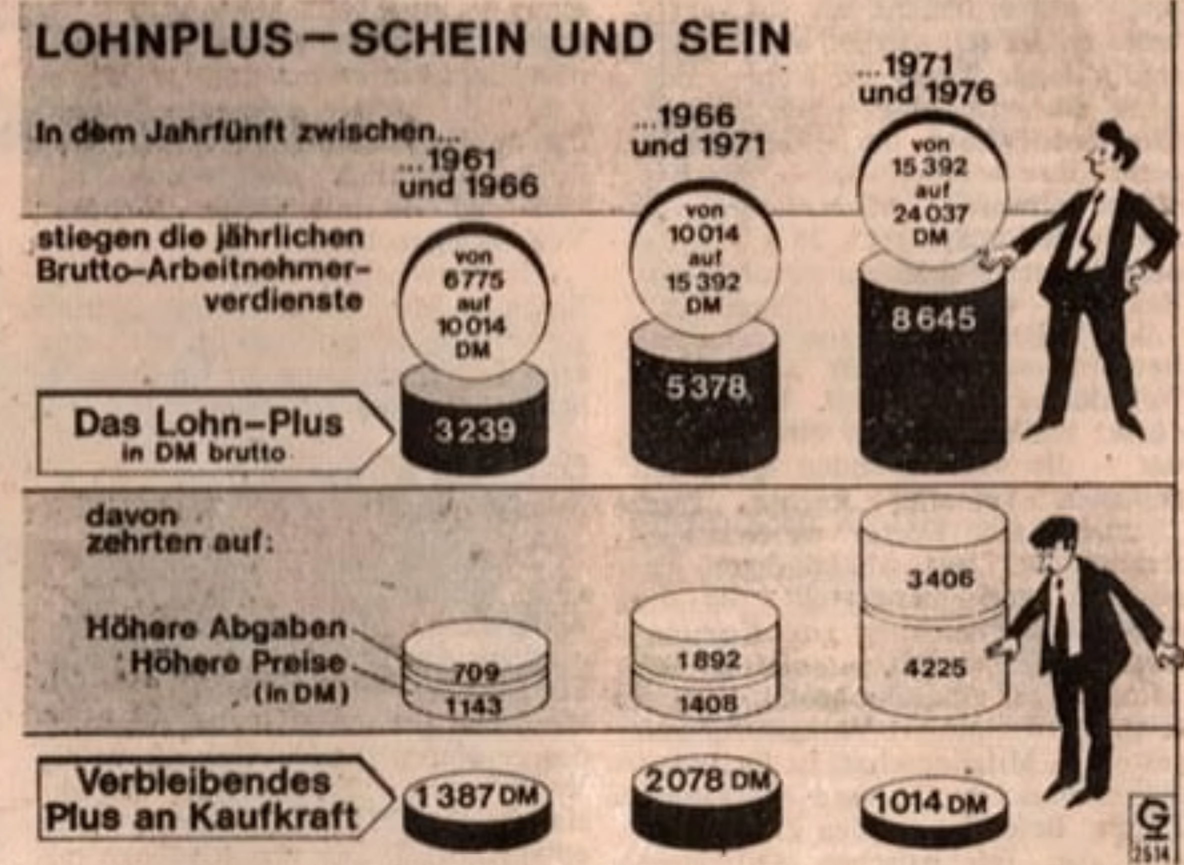
Daß diese Maßnahmen nicht zu einer großartigen „Belebung der



Konjunktur" und zur „Steigerung
Konjunktur" und zur „Steigerung
des Massenkonsums" – so ihre „theoretische" Begründung – beitragen können, wissen natürlich auch die Kapitalisten und ihre staatlichen Erfüllungsgehilfen. Hier geht es um etwas anderes, was der sozialdemonkratische „Vorwärts" so ausdrückte: *„Der Bürger wird seinen Anteil an den wachsenden Staatsverpflichtungen, die ihm ja selbst zugute kommen (?), übernehmen müssen. Dies wird ihm leichter fallen, je gerechter er die Besteuerung empfindet (!)"* („Vorwärts"). Und zu dieser „Empfindung" sollen die geplanten kosmetischen Steuerveränderungen beitragen. Aber selbst 17 Mark monatliche Steuerersparnis können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Steuer u n gerechtigkeit in der BRD immer größer wird!

Die Steuerungerechtigkeit stinkt zum Himmel

Während die Lohnsteuereinnahmen 1960 einen Anteil von 11,8 Prozent am gesamten Steueraufkommen hatten, machen sie 1977 schon 31,1 Prozent aus. D.h. jede dritte Mark kommt aus der Lohnsteuer! Im gleichen Zeitraum s a n k e n die Steuern, die die Kapitalisten zu tragen haben (Vermögenssteuer, Körperschaftssteuer, Gewerbeertrag- und -kapitalsteuer) von 21,5 auf 13,5



Prozent Anteil am gesamten Steueraufkommen!

Allein seit der „großen Steuerreform" im Jahre 1975 wuchsen die Einnahmen aus der Lohnsteuer bis heute um 30 Prozent! Das liegt an der sogenannten Steuerprogression, durch die besser verdienende Arbeiter und Facharbeiter plötzlich ungleich mehr Steuern zahlen mußten. Waren es vor der Steuer„reform" noch 20 Prozent, so sind heute schon *„knapp 70 Prozent aller Lohn- und Gehaltsempfänger über die Progressionsgrenze gerutscht"* („Stern", 18.8.77). Aus diesem Grund *„wird der Bund in diesem Jahr voraussichtlich etwa eine Milliarde Lohn- und Einkommenssteuer mehr einnehmen als geplant. Allein die Lohnsteuer wächst dieses Jahr überproportional um rund 16 Prozent"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 11.8.77).

Erst kürzlich sagte das von den Kapitalistenverbänden betriebene „Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung" noch höhere Lohnsteuern voraus. *„Nach diesen Angaben steht 40 bis 50 Prozent (!) aller Lohnsteuerpflichtigen der eigentliche Belastungsanstieg noch bevor"* („Welt", 9.9.77)! Ifo baut darauf, daß auch in den kommenden Jahren *„die Lohnsteuer das Standbein der Steuermehreinnahmen und der Haushaltssanierung (!) bleiben"* wird (ebenda). Bis 1980 ist mit einer *„Steigerung der heutigen Lohnsteuerlast um 60 bis 80 Prozent (!!!)"* zu rechnen („Deutsche Volks-
Lohnsteuerlast um 60 bis 80 Prozent (!!!)" zu rechnen („Deutsche Volks-
zeitung", 28.7) – wenn nicht eine Lohnsteuerentlastung geschaffen wird. Das aber wird von der Bundesregierung auf den St. Nimmerleinstag geschoben: *„Nach Ansicht von Experten aus dem Hause Apel solle zu Steuersenkungen erst dann gegriffen werden, wenn sich die Auswirkungen der jüngsten Maßnahmen der Bundesregierung – wie beim mittelfristigen Infrastrukturprogramm – abschätzen ließen"* („Welt",12.8.).

Diese Lohnsteuersenkung kostet dem Staat halt zu viel. Zudem ist aufgrund der vorliegenden Pläne zur Änderung des Steuertarifs abzusehen, daß es der Regierung auch hier wiederum darum geht, „dem Bürger" die „Empfindung" einer gerechten Besteuerung zu geben, nicht aber die Verhältnisse grundlegend zu ändern.

Um das Bild der Belastungen der Werktätigen abzurunden, ein kurzer Blick auf die indirekten Steuern. Im Juli 1977 wurde die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 11 auf 12, für Lebensmittel von 5,5 auf 6 Prozent beschlossen. *„Ein Prozent mehr Mehrwertsteuer führt zu einem Anstieg der Lebenshaltungskosten um rund 0,8 Prozent"* („Hamburger Abendblatt", 16.6.), denn die Kapitalisten schlagen diese Steuererhöhung (und meist gleich noch etwas mehr) auf die Preise auf.

Am 1.1.77 wurde die Tabak- und Branntweinsteuer erhöht, 1972 wurde die Mineralölsteuer angehoben (in deren Folge die Benzin- und Heizölpreise stiegen), 1975 wurde ein sogenannter Kohlepfennig eingeführt (Mehrbelastung fast eine Milliarde DM). Dieser Kohlepfennig wurde 1976 heraufgesetzt (Mehrbelastung 1,4 Mrd. Mark), zusätzlich ein „Konjunkturzuschlag" eingeführt usw., usf.

Auf der anderen Seite stehen die unzähligen Vergünstigungen und Steuersenkungen für die Großverdiener und Konzernherren. Allein die im neuesten Steuerpaket enthaltene Erhöhung der degressiven Abschreibung ist ein Steuergeschenk an die Kapitalisten in Höhe von 1,73 Milliarden DM. Dieser Betrag erhöht sich (mit wachsendem Investitionsvolumen) von Jahr zu Jahr. Während für „den Bürger" gilt, daß er *„seinen Anteil an den wachsenden Staatsverpflichtungen"* übernehmen muß, gilt für den Kapitalisten die genaue Umkehrung dieser Formel. Denn durch die Abschreibungserleichterungen *„soll der Staat stärker am Investitionsrisiko beteiligt werden"* („Zeit", 16.9.). Wieso eigentlich?

Interessant ist ein Artikel in der „Frankfurter Rundschau", in dem es heißt, daß durch die Abschreibungserleichterungen *„die letzte (!) Forderung der unternehmerischen Wirtschaft und ihrer Interessenverbände erfüllt (wäre), nachdem der steuer-*
erfüllt (wäre), nachdem der steuer-
liche Verlustrücktrag, Vermögenssteuersenkungen und verschiedene Steuererleichterungen für Unternehmen bereits bei früheren Gelegenheiten verwirklicht wurden" („FR", 1.9.)

In der Tat ist mit dem im Juli dieses Jahres verabschiedeten Steuerpaket die Vermögenssteuer für „Firmen" von 1,0 auf 0,7 und für „Personen" von 0,7 auf 0,5 Prozent herabgesetzt worden. Dazu ein kleines Beispiel: Eine Familie mit einem Vermögen von 500.000 Mark (wer hat das schon?) zahlte vorher darauf 1.540 DM Vermögenssteuern. Nach der „Reform" sind es nur noch 1.100 Mark – der Kapitalist spart 440 Mark im Monat! Bei größeren „Vermögen " sind es noch mehr.

Um die Sache komplett zu machen, wird diese Vermögenssteuer im nächsten Jahr gleich noch mal um weitere 30 Prozent (!) gesenkt (nach „Stern", 18.8)!

Unter der Überschrift „weitere Vergünstigungen" findet sich in der „Süddeutschen Zeitung" ein Hinweis auf *„Steuersenkungen ab 1.1.78 bei der Gewerbekapitalsteuer, bei der Gewerbeertragssteuer sowie bei der Lohnsummensteuer"* („SZ", 8.9.)! Es wird geschätzt, daß allein die Steuervergünstigungen durch den Bund von 1970 bis 1975 von 8,9 auf 14,4 Milliarden Mark kletterten (nach „Bilanz sozialdemokratisc. Reformpolitik" S.19). 1976 haben sie einen Stand von 15,3 Milliarden erreicht („Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik", 7/77, S.8) – und es kommen noch Steuererleichterungen durch die Länder und Gemeinden in ungefähr gleicher Höhe hinzu. **Das macht für 1976 knapp 30 Milliarden an Steuergeschenken für die Kapitalisten! Hinzugerechnet werden müssen noch die gesamten Investitionshilfen und Subventionen, die ungefähr noch einmal den gleichen Betrag ausmachten – das sind 60 Milliarden für die Kapitalisten in einem Jahr, und es werden noch immer mehr!**

Und der Arbeiter wird mit 33 Mark im Monat Steuer„erleichterung" abgespeist, die ihm aber gleich wieder aus der Tasche gezogen werden. Unumwunden ha. Bundeskanzler Schmidt vor dem Bundesausschuß des DGB klargestellt, daß die Bundesregierung schon bei der großen Steuer„reform" (1975) von Anfang an geplant hatte, *„einen großen Teil des Steuerausfalls aus der Kindergeld- und Steuerreform über die Mehrwertsteuer hereinzuholen"* („Vorwärts", Beilage vom 11.9.75)! Alles in allem bezahlen Arbeiter und Angestellte trotz Steuersenkung nicht weniger, sondern m e h r Steuern als vorher schon (vgl. auch „HA",15.7.).

Die Steuersenkung für die Werktätigen ist also in Wahrheit ein grosser – wenn auch nicht ungeschickt inszenierter – Betrug.

Steuersenkung als Vorwand für Lohnabbau

Die wochenlangen Diskussionen um die Steuersenkungen enthielten immer wieder Angriffe auf das Lohnniveau der Arbeiterklasse. Bundesregierung, Opposition, Kapitalistenverbände und „namhafte" Wissenschaftler sind sich einig: Nach den reichhaltigen Steuergeschenken soll die Arbeiterschaft auf höhere Lohnforderungen in den nächsten Jahren (!) verzichten. Wie in Krisensituationen des Kapitalistmus üblich, wird auch jetzt der „Kostendruck von der Lohnseite" (so die Bundesbank) für die ökonomische Lage verantwortlich gemacht. Und dem soll Abhilfe geschaffen werden. Unmißverständlich brachte der neue Wirtschaftsminister zum Ausdruck:
Wirtschaftsminister zum Ausdruck:
„Die neue Lohnrunde muß ...stärker als zu Jahresanfang die labile wirtschaftliche Situation berücksichtigen. Es ist nicht zu viel verlangt, von den Gewerkschaften zu erwarten, daß sie diese Notwendigkeit ihren Mitgliedern klarmachen." Im selben Atemzuge forderte Lambsdorff die Kapitalisten auf, *„überhöhten (?) Lohnforderungen nicht zuzustimmen"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 12.9.).

Das rheinisch-westfälische Wirtschaftsinstitut forderte schon Tarifabschlüsse unterhalb der Inflationsrate! Das ist Lohnraub!

Und die Gewerkschaftsführer kuschen. Zwar will IGM-Chef Loderer von „lohnpolitischer Zurückhaltung" (noch) nichts wissen („Zeit", 16.9.), aber andererseits hat er am Vorabend des IGM-Gewerkschaftstages seine Bereitschaft zur Teilnahme an der „Konzertierten Aktion" – die die Lohnleitlinien festlegt – gezeigt.

Die ÖTV-Führer haben schon erklärt, *„daß sie in einer generellen Steuersenkung eine Klimaverbesserung bei der kommenden Lohnrunde sehen"* („HA", 3.9.). Die Weichen für einen drastischen Abbau des Lebensstandards der Werktätigen sind gestellt!

Wirtschaftskommission

Ausschlußantrag gegen 56 Hamburger Jusos zurückgezogen

Vorläufig beendet ist die Auseinandersetzung zwischen der rechten Hamburger SPD-Führung und den 56 Jusos, die sich im Mai ausdrücklich mit dem mittlerweile ausgeschlossenen damaligen Juso-Vorsitzenden Benneter solidarisiert hatten. Am 5. September hat der Landesvorstand die Ausschlußanträge zurückgezogen, nachdem die Betroffenen sich in einem sogenannten „Einigungspapier" von ihren damaligen Äußerungen distanziert hatten (wir berichteten im AK darüber).

Obwohl es sich also um einen eindeutigen Sieg der Rechten handelt, versuchen die Jusos die Rücknahme der Anträge als Erfolg darzustellen (so der Stamokap-Cheftheoretiker Albers im Interview mit „Konkret" 10/77).

Festzustellen ist, daß der Rückzug der Jusos in einer Situation erfolgte, die für sie nicht ungünstig war. Schließlich haben sich mehr als 1800 Jusos mit den Betroffenen durch ihre Unterschrift solidarisiert, zahlreiche Ortsvereine sich gegen den Massenausschluß ausgesprochen und sogar einige Bürgerschaftsabgeordnete in einem Brief an den Bundesvorstand der SPD die Rücknahme der Anträge gefordert. Die Kapitulation der Jusos hat, wie sich bei Gesprächen mit ihnen feststellen läßt, nicht etwa an der *„Fortexistenz marxistischer Positionen in der SPD keinen Zweifel gelassen"* (so Albers in „Konkret"), sondern die völlige Anpassung an den Parteikurs bestätigt und der Resignation weiteren Vorschub geleistet!

SPD-Kommission

Gesinnungsschnüffelei in der Kölner SPD

Unter dem Vorwand, Material für eine vom Unterbezirksvorstand beschlossene „Dokumentation zur Kölner Parteigeschichte" zu sammeln, versuchte der SPD-Rechte und Vizevorstandsmitglied G. Herterich im Stile des Verfassungsschutzes die SPD-Mitglieder auszuspionieren. Den Mitgliedern flatterte ein 22 Seiten umfassender Fragebogen ins Haus, auf dem nicht nur Angaben zur Person, sondern auch Anzahl und Namen, Geburtsdaten der Kinder und sogar alle Firmen aufgeführt werden sollen, in denen SPD-Genossen jemals beschäftigt waren.

Aber das genügte Herterich noch nicht: Es sollten auch Fragen beantwortet werden, die eindeutig dazu dienen, den politischen Standort der Betroffenen auszuspionieren und andere zu denunzieren. Hier einige Kostproben:

Seite 18 des Fragebogens: *„Welche Genossinnen und Genossen Deines Ortsvereins siehst Du oder sahst Du aus welchen Gründen als Deine politischen Gegner an? Name, Vorname, Begründung ..."*

Seite 16: *„Gab es innerhalb der*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 54

Ortsvereine Parteiordnungs- oder Ausschlußverfahren, wenn ja, gegen wen, und aus welchen Gründen? Wer waren die Antragsteller und mit welchem Ergebnis endeten die Verfahren?"

Seite 15: „*Gab es in den Ortsvereinen bestimmte Gruppen oder Fraktionen, die bei politischen Konflikten gemeinsam auftraten und sich gegenseitig unterstützten? Wer waren die wichtigsten Vertreter dieser Gruppen? In welchen politischen Fragen zeigten sich diese Gruppenbildungen besonders?*" „*Bei welchem politischen Thema gab es Auseinandersetzungen und wer waren die Hauptträger dieser Konflikte mit welchen Argumenten?*" („Aus „ED", v. 13.9. und „FR", v. 20.9.).

Diese Schnüffelei ging selbst den SPD-Mitgliedern über die Hutschnur und sie stellten auf dem Parteitag Mitte September einen Initiativantrag zur Verurteilung dieses Vorgehens, in dem es u.a. hieß, „*daß es für politische Schnüffelei und Bespitzelung in unserer Partei keinen Platz geben darf*".

Die Mehrheit des Parteitages schloß sich dem Antrag an und forderte ein Feststellungsverfahren, um zu untersuchen, inwieweit Mißbrauch mit den parteiinternen Daten getrieben werden kann oder getrieben worden ist. Dabei darf nicht übersehen werden, daß es sich hier keinesfalls um einen „Einzelfall" handelt. Schließlich verfügt die SPD selbst über einen Partei-internen „Sicherheitsdienst", dessen Aufgabe die Abwehr „kommunistischer Infiltration" und die Bespitzelung und Denunziation linker Mitglieder ist!

Noch ein Wort zum Linken-Jäger Herterich. Bereits im Mai dieses Jahres hat er sich mit Schnüffelei und Bespitzelung hervorgetan. Anläßlich der Demonstration des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (von den Revis getragen) verließ er eigens eine Parteivorstandssitzung, um Fotos zu begutachten, auf denen SPDler zu sehen waren, die trotz des Verbots der Parteiführung an dieser Demonstration teilgenommen hatten. Mit seiner Fragebogenaktion wollte er wohl einen generalstabsmäßigen Rechtsputsch vorbereiten.

SPD-Kommission

Er kennt die Tricks!

Helmut Schlich, Bundesgeschäftsführer des Deutschen Mieterbundes e.V., ist gleichzeitig – „Geld stinkt nicht" – Vermieter. Eine seiner Mieterinnen hat sich kürzlich vergiftet, weil sie mit drei Monatsmieten in Rückstand gekommen war (nach „Mieterkurier", August '77).

Dabei hatte für Schlich alles so schöne angefangen. In dem 1974/75 fertiggestellten Kölner „Wohnpark Bergheim" (2500 Menschen) kaufte Schlich sechs Eigentumswohnungen.

Mietinteressenten gab es viele für die Anlage, denn sie schien in der Ausstattung richtungweisend und im Preis akzeptabel; außerdem hatte Schlich, diesmal in seiner Eigenschaft als Chef des Deutschen Mieterbundes die Wohnanlage als empfehlenswert hingestellt.

Kurz nach Inbetriebnahme ließ Schlich, dem die Sache wohl langsam zu heiß wurde, die Wohnungen seiner Frau überschreiben, wie es unter Kapitalisten so üblich ist.

Das dicke Ende kam dann auch, aber für die Mieter: Nach einem Jahr Wohnen in dieser „richtungweisenden Initiative" (so Wohnungsbauminister Vogel) erhielten sie Nebenkostennachforderungen von bis zu 1000 DM, die Nebenkostenvorauszahlungen wurden verdoppelt – bei Vertragsabschluß war den Mietern ein Betrag von 80 DM genannt worden. Auch die Schlich-Mieter waren betroffen. Während Schlich behauptet, von den drei rückständigen Mieten, die zum „Selbstmord" der einen Mieterin führten, nichts gewußt zu haben, fordert seine Frau das Geld kaltblütig von den Erben der Verstorbenen!



Scheiße! Daß das jetzt rauskommen mußte!

Wohnungskommission

Kaußen-Mieter organisieren sich

West-Berlin:
Am 30.8.77 wurde auf einer Versammlung von 85 Kaußen-Mietern im Rathaus Tiergarten ein West-Berliner „Kaußenmieterkomitee" gegründet. Die Veranstaltung war initiiert worden vom „Berliner Mieterverein" und „engagierten Einzelkämpfern" gegen Kaußen, der in West-Berlin 106 Häuser sein „eigen" nennt. Das Komitee will in erster Linie Erfahrungen der Mieter sammeln, Hausgemeinschaften bei der Mängelbeseitigung unterstützen und den Mietern beim alltäglichen Kampf gegen Kaußen helfen.

Zu einer „Bürgerinitiative Wohnungsnot" haben sich Wohnungssuchende zusammengeschlossen, die es nicht länger mitansehen wollen, wie Kaußen guterhaltenen Wohnraum leerstehen läßt (wir berichteten mehrfach darüber). Diese Initiative hat am 11.8.77 beim Landesamt für Wohnungswesen Antrag auf sofortige Zwangsvermietung der leerstehenden Häuser gestellt, für die Kaußen vor kurzem teilweise Anträge auf Umwandlung in Eigentumswohnungen gestellt hatte. Ob so ein Antrag sinnvoll ist, müssen wir allerdings bezweifeln: Der Hamburger Senat hat gerade ähnliche Anträge für die Hamburger Kunhardtstraße abgelehnt: „*Kein Eigentümer kann gezwungen werden, an eine bestimmte Person zu vermieten*" (Hamburger „Morgenpost", 8.9.77).

Kontakt zu den beiden Initiativen bekommt man über den (West-) Berliner Mieterkurier – auf dessen September-Ausgabe sich dieser Artikel stützt – Postfach 41 05 05, 1000 Berlin 41.

Wohnungskommission

Schwarzbuch der „Aktion Wohnungsnot e.V."

Die „Aktion Wohnungsnot e.V." (AWN) in Düsseldorf hat ein 'Schwarzbuch über Bodenspekulation und Wohnraumzerstörung' herausgebracht. Darin sind alle erreichbaren Informationen über leerstehende Altbauwohnungen gesammelt und veröffentlicht, derer man durch eigene Recherchen und Unterstützung von Bürgerinitiativen habhaft werden konnte.

Trotz Verordnungen gegen das Leerstehenlassen von Wohnraum kam auch die Stadt Düsseldorf auf die schwarze Liste. „*In dreieinhalb Jahren hat es die AWN mit großer Ausdauer, vielen Verhandlungen und einer Hausbesetzung geschafft, von der Stadt 18 Häuser, die z.T. schon längere Zeit leerstanden, zur Nutzung überlassen zu bekommen*". Doch viele andere städtische Wohnungen stehen noch leer. Mit dem Schwarzbuch will die AWN ihren Gründungszweck, die Wohnraumbeschaffung für alle Auszubildenden, in die Tat umsetzen.

Bei den privaten Hausbesitzern konnte noch wenig erreicht werden und die AWN kann über 60 Häuser nachweisen, die auf ihren Abriß warten, um einem profitträchtigeren Bürohochhaus Platz zu machen, oder die leerstehen, weil der Gund und Boden im Wert erheblich steigen soll.

Solche Informationen, dazu Name und Adresse des Besitzers, Bewohnbarkeit und zukünftiger Zweck sind zusammen mit einer Fotodokumentation im Schwarzbuch abgedruckt. Das ist natürlich gutes Material für Bürgerinitiativen, die ihren Kampf um billiges und menschenwürdiges Wohnen so mit reichhaltigen Fakten untermauern können. (Weitere Informationen: Aktion Wohnungsnot Extra Nr.4, Schwarzbuch über Bodenspekulation und Wohnraumzerstörung. Kontakt: AWN-Büro, Düsseldorf-Lohhausen, Spielberger Weg 22).

Wohnungskommission

ausländische Arbeiter in der BRD

Terror gegen »Illegale« Ausländer

Pforzheim. Abends gegen 20 Uhr: Mehrere Bullenautos halten vor dem Arbeiterwohnheim der Pforzheimer Baufirma Pfirrmann. Rund 30 Bullen – bewaffnet mit Pistolen und MP – springen heraus und dringen in das Gebäude ein. 59 „illegale" türkische und jugoslawische Kollegen werden festgenommen und in einem bereitgestellten Bus zu der Turnhalle der Insel-Schule gefahren. Diese wurde im Laufe der Nacht zum Internierungslager ausgebaut – dauernd bewacht von Bullen mit Maschinenpistolen. Bis zum Nachmittag mußten fünf Kollegen wieder freigelassen werden – sie waren nur „aus Versehen" eine Nacht lang festgehalten worden: Bei der Durchsuchung hatte man ihnen verboten, ihre gültigen Ausweise aus ihren Zimmern zu holen!!

Ordnungsamt (als Ausländerbehörde), Polizei und Justiz entfalteten nun Tag und Nacht eine hektische Aktivität – nicht etwa um die Verantwortlichen für die illegale Beschäftigung zu finden, sondern um möglichst reibungslos die Abschiebung der Kollegen über die Bühne zu bringen. Schon in der Nacht des auf die Festnahme folgenden Tages wurden vom Amtsgericht bis 24 Uhr die Anordnungen auf Abschiebungshaft ausgeschrieben (nach diesem Termin hätten die Kollegen freigelassen werden müssen) und um drei Uhr nachts (!) offiziell zugestellt. Juristisch ein offener Rechtsbruch – aber das Ordnungsamt vertrat die Meinung, das sei „unter den gegebenen Umständen" zulässig.



Während des ganzen Verfahrens waren die Inhaftierten völlig isoliert. Zur Vertretung ihrer rechtlichen Interessen stand ihnen kein Anwalt zur Verfügung !! Gegen sechs Uhr wurden die Kollegen in zwei Schüben in Polizeibussen zum Stuttgarter Flughafen gefahren und von dort aus sofort ausgeflogen – ohne auch nur ihren letzten Arbeitslohn erhalten zu haben !! Der „Rechtsstaat" handelt hart und schnell – und die Kapitalisten lachen sich ins Fäustchen.

Mit welcher brutalen und zynischen Menschenverachtung die ausländischen Kollegen von der Firma Pfirrmann und anderen ausgebeutet wurden, mußte selbst der „Pforzheimer Kurier" berichten: „*Die Mieter des Arbeiterwohnheims – neben den Festgenommenen auch zahlreiche offiziell in Pforzheim gemeldete Ausländer – bezahlen für eine Schlafstelle in einem tristen Vierbettzimmer mit einfachster Möblierung sowie Strom, Wasser, Heizung und Bettwäsche nach eigenen Angaben monatlich 105 DM. In dem Haus, dessen Fenster mit Kalkfarbe zugestrichen sind, befinden sich je Etage nur zwei Aborte, ein Küchenraum mit verrotteten Gaskochern, zwei Waschräume und im Keller für alle Bewohner vier Einfachstduschen, von denen gegenwärtig zwei defekt sind. Nach Angaben der Bewohner erhalten die Duschen nur am Wochenende warmes Wasser.*" Berichten zufolge erhielten die Kollegen für ihre Arbeit lediglich 500 DM im Monat! Dabei sollen sie in einem gut organisierten Menschenhandel zwischen verschiedenen Firmen „ausgeliehen" worden sein.

Vieles spricht dafür, daß von offizieller Seite versucht wird, die Spuren zu verwischen. Leute, die daran Interesse haben könnten, wie beispielsweise der Pforzheimer Bauriese und CDU-Gemeinderat Stetzler gibt es genug. Die Opfer der Ausbeutung sind außer Landes – unliebsame Zeugenaussagen somit nicht möglich. Die Kapitalisten werden mit Glacehandschuhen angefasst – es wird „ermittelt", „untersucht" und „geprüft". Von irgendeiner Aktion gegen die Kapitalisten jedoch war keine Rede – Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und ähnliche Maßnahmen gibt es eben immer nur für und niemals gegen die Kapitalisten.

Inzwischen hat Pfirrmann sogar die Frechheit besessen, gegen Erklärungen der SPD-Stadtratsfraktion und des DGB-Vorstands Strafanträge zu stellen. Er habe „*keine Gastarbeiter ausgebeutet und keine Menschenrechte verletzt*" ...

Ein Genosse aus Pforzheim



Diese Broschüre ist Teil einer Dokumentation, die dem Russell-Tribunal zum Thema »Repression gegen Ausländer in der BRD« vorgelegt wird.

Totengräber am Werk



„Je näher der Termin des ersten Zusammentreffens der 'Jury' des Russell-Tribunals über Repression in der BRD rückt, desto mehr verschärfen sich die Widersprüche innerhalb der Unterstützer des Tribunals'' schrieben wir im letzten AK anläßlich des von interessierten Kreisen herbeigeführten Austritts der GEW Westberlin aus dem Unterstützungskomitee. Daß dies nur der Anfang eines großangelegten Coups war, sollte sich schon zwei Tage später zeigen. Auf Antrag des SB wurde das Westberliner Unterstützungskomitee aufgelöst, womit eine weitere Zusammenarbeit fast unmöglich gemacht wird. Damit hat die Auseinandersetzung um die verschiedenen Vorstellungen einen Punkt erreicht, an dem es nicht mehr allein um die Thematik des Tribunals geht, sondern die Existenz der gesamten Unterstützerbewegung aufs Spiel gesetzt wird.

Am 20.9. erklärten auf einer regulären Sitzung des Westberliner Unterstützungskomitees nacheinander 10 Gruppen ihren Austritt (darunter das AK/FU, das SB, die GIM, die HU und die ADSen (SEW)). Daß dies kein „Zufall'' war, beweist schon die Tatsache, daß die GIM mit einer schriftlichen Erklärung auftrat, in der sie bereits mit dem Austritt der anderen Gruppen argumentiert. Und daß es hierbei auch um mehr geht als um die Aufkündigung der eigenen Mitarbeit, wurde durch den Antrag des SB deutlich, das gesamte Unterstützungskomitee aufzulösen, um den verbliebenen Gruppen die Legitimation für eine Weiterarbeit zu entziehen. Dieser Antrag wurde letztlich mit 14:12 Stimmen angenommen, so daß es derzeit in Westberlin kein das Tribunal unterstützendes gemeinsames Komitee mehr gibt.

Generell wurde von allen ausgetretenen Gruppen damit argumentiert, daß das Ziel, ein Bündnis aller Gruppierungen, die sich gegen die Repression in der BRD wenden, herzustellen, gescheitert sei.

Als „Beweis.. dafür wurde angegeben, daß es immer noch Gruppen gebe, die das »vorläufige Sekretariat« ablehnen und durch maximalistische Forderungen (GIM) bestimmte Gruppen aus der Unterstützerbewegung heraushalten würden. Letzteres bezieht sich auf die Aufnahme der Gewerkschaftsausschlüsse als zu untersuchenden Bereich, was eine Mitarbeit von DKP/SEW unmöglich mache.

Damit machen aber gerade diese Gruppen deutlich, daß sie niemals ernsthaft an eine Zusammenarbeit der Strömungen, über die bestehenden Differenzen hinweg, gedacht habe. Denn insbesondere das „vorläufige Sekretariat'' hat immer wieder betont, daß es unabhängig von der Unterstützerbewegung arbeite. Wie kann man dann ernsthaft die Haltung zu diesem Sekretariat zur Entscheidung über eine Zusammenarbeit heranziehen? Mit dem zweiten Teil der Argumentation fallen die Gruppen letztlich den betonten Absichten des Tribunals in den Rücken. Denn wie wollen diese Gruppierungen die Nichtbehandlung eines Teils der Repression fordern, ohne eine Entscheidung der Jury abgewartet zu haben? Damit machen sie sich total unglaubwürdig, da sie sich gegenüber dem KB immer als Gralshüter der „Autonomie'' des Tribunals aufgespielt hatten. Im Gegensatz zu diesen Auffassungen haben wir jedoch immer nur betont, daß k e i n Teil der Repression im Vorwege von der Tagesordnung abgesetzt werden darf. Daß diese (ihre eigene) Schwäche nur mit unverschämten Lügen übertüncht werden kann, zeigt die Stellungnahme der GIM zu ihrem Austritt. Darin heißt es: *„Buchstäblich kein einziges Mal war ein Bemühen der Genoss(inn)en festzustellen, sich auf inhaltliche Gemeinsamkeiten der Arbeit zu konzentrieren. Dies fand seinen umgekehrten Ausdruck darin, daß vom KB laufend der Themenkomplex 'innergewerkschaftliche Repression' als g e m e i n s a m zu behandelner Punkt in den V o r d e r g r u n d gerückt und bewußt zum Bruchstück mit den reformistischen Kräften gemacht wurde.''*

Sicher haben wir uns zum Anwalt der Behandlung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse in den Gewerkschaften gemacht, da gerade von denjenigen, die jetzt die Spaltung herbeigeführt haben, zu jeder Zeit versucht wurde, diesen Teil aus Rücksicht gegenüber der DKP und „den'' Gewerkschaftlern auszuklammern. Jederzeit ist jedoch auch nachweisbar, daß wir dies niemals als g e m e i n s a m zu behandelnden Punkt in den Vordergrund gerückt haben. Umgekehrt muß sogar gesagt werden, daß vom AK/FU, vom SB und von der GIM die UVBs bewußt zum Bruchstück mit dem KB gemacht wurden.

Damit drängt sich der Eindruck auf, daß es bei dem Vorgehen in Westberlin nur vordergründig um die Haltung zum „Sekretariat'' und auch nicht einmal allein um die Behandlung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse geht. Offenkundig wurden diese Fragen nur zum Anlaß genommen, um die bestehende Unterstützerbewegung aufzulösen.

Ein Tribunal ohne die Hauptbetroffenen ?

Daß es in der Tat um mehr geht, beweist allein der Umstand, daß auf Einladung des AK/FU schon v o r der Auflösung des Unterstützungskomitees ein neuer Kreis zusammengetreten ist, ohne daß bisher allerdings eine neue Unterstützungsgruppe ins Leben gerufen wurde. Grundlage eines solchen Kreises soll nach Ansicht des AK/FU die »Berliner Erklärung« sein, eine Polemik verschiedener westberliner Gruppen gegen den KB (siehe hierzu Artikel in AK 110)! Schon im letzten AK berichteten wir über die Bestrebungen verschiedener örtlicher SB-Gruppen, auf eigene Faust neue Unterstützungsgruppen ins Leben zu rufen, die die Anerkennung des Sekretariats und die Zustimmung zu einer Nichtbehandlung der UVBs zur Voraussetzung haben. Aus anderen Orten wird über den Austritt der Judos berichtet (Hamburg, Bochum). In Hannover gab das SB in einem internen Rundschreiben bekannt, daß zusammen mit den Jusos, der GIM und der CISNU eine neue Initiative gestartet werden soll. Geplant ist schon eine gemeinsame Veranstaltung.

Die Folge dieses Vorgehens ist die bewußte Isolierung der bestehenden Vorbereitungsgruppen. Gerade diejenigen, die allzeit Klagen über das „linke Ghetto'' erhoben, versuchen auf diesem Wege die Tatsachen zu schaffen, die sie zu einer völligen Auflösung der aufgebauten Unterstützungsbewegung brauchen. Nicht zufällig geschieht dies in einer Situation, in der die Jusos haben durchblicken lassen, daß sie unter Umständen das Tribunal unterstützen würden. Nicht zufällig haben sie aber auch bisher eine Veröffentlichung dieses Beschlusses vermieden, schaffen sie sich doch durch dieses Pokern die Voraussetzung, Zugeständnisse zu erpressen. Sowohl vom AK/FU, als auch dem SB und der GIM wird auf die Mitarbeit der Jusos spekuliert. Da diese aber durchscheinen lassen, daß sie in den bestehenden Unterstützungsgruppen auf keinen Fall mitarbeiten würden, ist jetzt für das AK/FU und die SB-Führer offensichtlich der Zeitpunkt gekommen, die Unterstützungsbewegung zugunsten einer Mitarbeit der Jusos zu opfern.

Nach der Zerschlagung der Idee eines gemeinsamen „Nationalen Unterstützungskomitees'' durch das SB und der willkürlichen Einsetzung des „vorläufigen Sekretariats'', wäre dies ein weiterer Anlauf, die radikale Linke aus dem ganzen Projekt zurückzudrängen. Denkbar wäre dann eine Initiative von Jusos, Judos, Humanistischer Union, AK/FU und SB-„Prominenz'', wie dies dem SB schon im Juni von den Jusos angeboten wurde.

Angesichts dieser geschaffenen Situation muß damit gerechnet werden, daß die Vorbereitung des Tribunals und die Öffentlichkeitsarbeit allein in die Hände der reformistischen Kräfte gelegt wird, während die radikale und revolutionäre Linke bestenfalls als Zuschauer und Materiallieferant geduldet wird. Schon allein die Tatsache, daß die radikale und unterstellt wird. Jedoch muß eine Einschränkung der Untersuchungen auf nur wenige Punkte zu einer revolutionäre Linke die Hauptbetroffenen der Repression sind, würde einem solchermaßen durchgeführten Tribunal Hohn sprechen. Mit Sicherheit würde in diesem Fall die gesamte Öffentlichkeitsarbeit über Untersuchungen des Tribunals nur in sehr beschränktem Rahmen geschehen, da mit Rücksicht auf die Jusos viele Bereiche ausgeklammert werden müßten. Daran würde nicht einmal eine umfassende Untersuchung durch die Jury etwas ändern.

Ginge es nach diesen Vorstellungen, so würde wohl kaum eine generelle Anklage gegen die zunehmende Rechtsentwicklung in der BRD erhoben werden, da dies zu einer scharfen Verurteilung der Regierungspolitik der SPD führen müßte. Dies zu verhindern, dürften die Jusos mit wohlwollendem Augenzwinkern von W.Brandt im Rücken angetreten sein.

Unsere Forderung nach einer generellen Anklage der Verhältnisse in der BRD ist nicht zu verwechseln mit einer umfassenden Imperialismusanalyse, wie uns dies demagogisch von der GIM unterstellt wurd. Jedoch muß eine Einschränkung der Untersuchungen auf nur wenige Punkte zu einer Beschönigung der Faschisierung führen, da einzelne „Verstöße gegen die Menschenrechte'' als Ausrutscher einer an sich intakten bürgerlichen Demokratie interpretiert werden können. Daß dies im Interesse der SPD und damit auch der Juso-Fühung liegt, sollte innerhalb der Linken unbestritten sein. Wer trotz dieser Erkenntnis daran arbeitet, die aufgebaute Unterstützungsarbeit zu zerschlagen, um allein mit Reformisten und Revisionisten weiterzuarbeiten und sich auf diese Weise abhängig von ihnen zu machen, der macht sich zum Totengräber einer wirklichen Antirepressionsarbeit in der BRD.

„Courage" läßt KB ausschliessen

Die Vertreterinnen der Frauenzeitung „Courage" haben es endlich geschafft, die Frauen des KB aus der Westberliner Frauen-AG zum Russell-Tribunal ausschließen zu lassen. Es gab bei der betreffenden Abstimmung am 26.9. für den Ausschlußantrag der „Courage" drei Fürstimmen („Courage"; „Antifa-Gruppe"; eine Frau, die als Einzelperson vertreten war), zwei Gegenstimmen (KB und „Weiberplenum") und drei Enthaltungen (AK/FU; GIM; Spartacus).

Als Vorwand für den Ausschlußantrag nahmen die Vertreterinnen des „Courage" einen Artikel der Westberliner KB-Zeitung „Rotfrontstadt". Angeblich waren die Vertreterinnen der „Courage" darin als Sympathisantinnen der RAF „denunziert" worden. Diese schwerwiegende und mit viel Theatralik vorgetragene Behauptung wurde noch durch die Drohung unterstützt, die „Courage" sei auf gar keinen Fall bereit, mit dem KB noch zusammenzuarbeiten, unabhängig vom Ausgang der Abstimmung in der Frauen-AG.

Zum Verständnis des Hintergrunds: Bei der Vorbereitung einer Veranstaltung der Russell-Frauen-AG zur Situation von Frauen im Knast war es zu Auseinandersetzungen gekommen, weil die Frauen der „Antifa-Gruppe" darauf bestanden, in ihrem Redebeitrag lange Einschätzungen der RAF vorzutragen. Bei dieser Auseinandersetzung wurden sie wesentlich von den Vertreterinnen der „Courage" unterstützt. Daraufhin zogen sich die KB-Frauen, das „Weiberplenum" und die Rechtsberatungsgruppe im Frauenzentrum von der Vorbereitungen zur Veranstaltung zurück, so daß die Veranstaltung am Ende allein von „Courage" und den „Antifa"-Frauen getragen wurde. Dies wurde in der „Rotfrontstadt" dargestellt – allerdings weithin in einer höchst ungeschickten und alle Seiten vor den Kopf stoßenden Form, stellenweise auch tatsächlich grob unsolidarisch und politisch falsch. Aus dem Artikel ging jedoch unzweideutig hervor, daß den Vertreterinnen der „Courage" keineswegs „RAF-Positionen" unterstellt wurden (was auch ganz lächerlich wäre, wenn man die „Courage" kennt!), sondern daß ihr taktisches Zusammenspiel mit den „Antifa"-Frauen bei den Vorbereitungen zur Veranstaltung als vor allem gegen den KB gerichtetes Manöver interpretiert wurde (Wenn der KB was sagt, sagen manche „Courage"-Frauen automatisch das Gegenteil!).

Die Vertreterinnen der „Courage" konnten mit ihrer Schmierenkomödie die „Scheinheilige Empörung" in der Frauen-AG Westberlin vor allem deshalb durchkommen, weil sich bei der entscheidenden Abstimmung die Vertreterinnen von GIM und AK/FU der Stimme enthielten, deren Organisationen ansonsten immer bestrebt sind, eine rechtsopportunistische Linie in die Unterstützungsarbeit zu tragen. Hier spielte, neben einem tatsächlichen naiven Reinfall auf den schwerwiegenden Vorwurf der „Denunziation" wohl auch das Motiv eine Rolle, dem KB auf diesem Weg mal „eins auswischen" zu können. Auf ähnlich Motivationen gestützt brachte die „Courage" am 27.9. auch noch im Westberliner Unterstützerkomitee (UK) mit neun Fürstimmen, sieben Gegenstimmen und zwei Enthaltungen eine Erklärung gegen den KB erfolgreich zur Abstimmung.

Zur Rolle der „Courage" ist noch zu sagen, daß sie in den Auseinandersetzungen um das „Provisorische Sekretariat" vor einigen Monaten sich auf dessen Seite stellte und ihm eine völlig hirnlose Blanko-Bescheinigung ausstellte, daß dort die Fraueninteressen angemessen berücksichtig würden. Zu sagen ist auch, daß die „Courage" (die Zeitung) kaum Unterstützung für die Tribunals-Vorbereitung leistet, daß sie offensichtlich keine Bemühungen in Richtung der von „Courage" erreichten feministischen Gruppen macht, um diese für die Unterstützungsarbeit zu gewinnen. Auch als sie kürzlich gemeinsam mit Frauen „traditioneller" (bürgerlicher) Frauenverbände ein harmonisches Eiapopeia abhielten („1. Berliner Frauenkonferenz....", siehe Artikel in diesem AK) mochten die „Courage"-Vertreterinnen offenbar das Thema Russell überhaupt nicht ins Gespräch bringen. Dafür verschickt die „Courage" aber immer noch Briefe unter dem Titel „Frauen-AG zum Russell-Tribunal" (gemeint ist die nationale Frauen-AG), versucht mit diesem Etikettenschwindel eigenmächtig Termine umzulegen usw., wozu sie nicht im geringsten legitimiert ist.

Aktivitäten zum Russell III

Heidelberg. Die Zurücknahme der Unterschriften von drei Heidelberger Stadträten unter den Aufruf der Russell-Foundation (wir berichteten in AK 113 darüber) hat nun auch die örtliche Presse und die SPD auf den Plan gerufen. Gegenüber den „Heidelberger Nachrichten'' (26.9.) erklärte der SPD-Kreisvorsitzende: *„Dieses Tribunal ist überflüssig; seine Absichten sind irreführend. Wenn die SPD der Gefährdung politischer Rechte durch die Praxis des sogenannten Extremistenerlasses entegegentrete, wie sie etwa durch die CDU-Landesregierung in Baden-Württemberg betrieben werde, dann mache sie dies im Rahmen der geltenden Verfassungs- und Rechtsordnung.''* Nun, wenn dieser „Wahrer und Hüter der Rechtsordnung'' tatsächlich auch nur einen Augenblick gedacht haben sollte, das Tribunal solle nur die Unterdrückung durch die CDU-Regierungen behandeln, so hat er sich getäuscht. Völlig auf dem Holzweg befindet er sich allerdings mit dem Vorwurf der „Irreführung'', denn von Anbeginn ist deutlich gemacht worden, daß es sich um die politische Unterdrückung in der gesamten BRD handeln würde — und da hat die SPD einen gehörigen Anteil dran.

Aber die Feststellung, daß „dieses Tribunal überflüssig'' sei, reicht ihm noch nicht aus: *„Wer die Hand dazu reicht, daß unser Staat als Hort der 'Unterdrückung' angeprangert wird, betreibt überdies die Geschäfte jener (pseudo)starken Männer auf der Rechten, die schon immer den primitiven 'Kopf-ab-Parolen' mehr vertrauten als der geistigen politischen Auseinandersetzung.''* Und damit wären wir wieder beim alten Lied der SPD: wer ihre Herrschaftsausübung kritisiert, betreibt das Geschäft der Rechten — und das ganze nennt sich dann auch noch geistige Auseinandersetzung.

Zwar gibt es zu diesen Stellungnahmen von Seiten der drei Stadträte bisher keine Äußerung, allerdings haben sie durch ihre Zurücknahme der Unterschriften diesen Zug erst ermöglicht. Auch zu einer Verteidigung der Idee des Tribunals, auch wenn sie selbst sich davon zurückziehen, konnten sie sich bisher nicht durchringen.

Das alles wäre halb so schlimm (daß einige bürgerliche Demokraten ihre Unterstützung zurückziehen, wäre an sich kein tragischer Fall), wenn nicht von der GIM und vom SB die Mitarbeit dieser Stadträte als d a s Modell der Unterstützerbewegung ausgegeben worden wäre. Wohlweislich haben sie sich zu diesem Vorfall bisher ebenfalls ausgeschwiegen.

Passau/Mariahilf. Am 19.9. wurden vier Mitglieder der österreichischen „Initiative zur Unterstützung eines Russell-tribunals über Menschenrechtsverletzungen in der BRD'' beim Grenzübergang über die österreichisch-deutsche Grenze verhaftet, mehrere Stunden lang festgehalten und Einzelverhören unterzogen. Die österreichische Polizei beschlagnahmte einen Teil von Materialien zu den Menschenrechtsverletzungen an politischen Gefangenen in der BRD und Österreich, die die Genossen mit sich geführt hatten. Gegen diese Willkürmaßnahme hat die Linke Liste an der Universität Wien am 22.9. protestiert.

Darmstadt. Der Bund Deutscher Pfadfinder im Bund Demokratischer Jugend (BDP/BDJ) hat auf seiner Bundesdelegiertenversammlung am 17./18.9. beschlossen, sich an der Vorbereitung und Durchführung des Russell-Tribunals zu beteiligen. Der BDP/BDJ wird hierbei vor allem Fälle von Unterdrückung im Jugendbereich (Betrieb, Schule, Jugendverbände, Jugendzentren, Bundeswehr) sammeln und veröffentlichen. Er bittet auch andere Jugendverbände und Jugendgruppen, ihnen bekannt gewordene Fälle solcher Unterdrückungsmaßnahmen zuzuschicken. Adresse:

BDP/BDJ Bundeszentrale
Hamburger Allee 49
6 Frankfurt 90

Nationales Treffen von Frauengruppen

Am 1.10. trafen sich in Hannover 10 Frauengruppen aus Kiel, Bremen, Wolfsburg, Hannover, Westberlin, Oldenburg, Flensburg, Lübeck, Göttingen und Hamburg, um eine gemeinsame Broschüre vorzubereiten. Die Fälle der Repression gegen Frauen, die im Verlauf der Russell-Untersuchungsarbeit bearbeitet wurden, sollten zusammengefaßt und mit einem Kommentar der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Allerdings stand dieses Treffen wieder einmal unter dem „Bannstrahl'' der „Courage'', die allen Frauentreffen, an denen sie selbst nicht teilnimmt, die Berechtigung abspricht. 12 Frauengruppen hatten auf der 3. Arbeitskonferenz in Hannover wegen Anreiseschwierigkeiten beschlossen, die Broschüre in Hannover zu erstellen. „Courage'' dagegen mobilisierte nach Westberlin, weil sie meinte, sich an diesen letzten gemeinsamen Beschluß nicht halten zu müssen. Da dies nicht der erste Fall ist, in dem „Courage'' nicht auf nationale Frauentreffen gekommen ist, gleichzeitig aber auf der Forderung besteht, nur s i e könne dem Treffen die Berechtigung verschaffen, sich „nationale AG Frauen'' zu nennen, verfaßten die anwesenden Frauen dazu eine Erklärung (s.u.).

Im weiteren wurden die Fälle, die dem Russell-Tribunal vorgelegt werden sollen, durchgesehen und das Konzept der Broschüre zusammengestellt.

Erklärung:
„Die auf dem Arbeitstreffen in Hannover zur Vorbereitung eines Russell-Tribunals anwesenden Frauengruppen geben folgende Erklärung ab: Das nationale Arbeitstreffen in Hannover beruht auf einem Beschluß der AG Frauen auf der Arbeitskonferenz in Hannover am 17.9.77. Obwohl der ‚Courage' dies bekannt war, hat sie in einem Rundbrief für den selben Termin nach Westberlin mobilisiert. Wir sehen diese Aktivitäten im Zusammenhang mit den Vorfällen in der Westberliner Frauen AG, die nicht anders als mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen gegen den KB bezeichnet werden können. Wir lehnen jede Art von Unvereinbarkeitsbeschlüssen ab. Sie sind eine klare Spaltung der zu Russell arbeitenden Frauengruppen.

Unser Ziel ist, die uns bekannt gewordenen Fälle der politischen und staatlichen Repression gegen Frauen für das Russell-Tribunal aufzubereiten und sie gleichzeitig für eine Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen. Dabei wenden

wir uns an alle Frauen, die in irgendeiner Form gegen Repressionen arbeiten.

KEINE UNVEREINBARKEITSBESCHLÜSSE IN DER NATIONALEN FRAUEN AG ZU RUSSELL!

Dienstagsfrauengruppe Kiel
Frauen-AE Bremen
AG Frauen gegen Repression der FG Wolfsburg
AG Frauen des ARAG Hannover
Weiberplenum Westberlin
FAG für ein Russell-Tribunal Oldenburg
AE Schleswig-Holstein
FZ Lübeck
AG Frauen, KB/Gruppe Göttingen
AG Frauen, KB/Gruppe Hamburg

Berichtigung 1

Unsere Göttinger Genossinnen weisen uns darauf hin, daß in AK 112 das AStA-Frauenreferat als Teilnehmer eines Treffens der AG Frauen zur Vorbereitung des Russell-Tribunals in Westberlin genannt wurde. Tatsächlich war die Göttinger Gruppe aber für die AG Frauen des KB/Gruppe Göttingen da.

Berichtigung 2

Mit zweimonatiger Verspätung erreichte uns jetzt eine Richtigstellung des Bochumer „Komitee Innere Sicherheit« zur 2. Arbeitskonferenz der Russell-Unterstützungsgruppen in Göttingen (25./26.6.). Wir hatten in AK 107 darüber berichtet, daß diejenigen Gruppen, die Knastarbeit speziell zur Situation der „RAF-Gefangenen machen, ihre Unterstützung des Russell-Tribunals aufgekündigt hatten, da dieses als Element der „Counterstrategie des Imperialismus gegen die RAF" zu betrachten sei. Diese Linie setzte sich bei diesen Gruppen, die insgesamt nur eine kleine Minderheit in der Unterstützungsbewegung darstellen, freilich erst nach einigem Hin und Her durch (und wird von ihnen selbst inzwischen wieder bereut).

Dabei taten sich Leute, die sich als Vertreter des „Komitee Innere Sicherheit ' ausgaben, besonders radikal hervor. Dieser Kreis hatte schon auf der 1. Arbeitskonferenz in Frankfurt seine Ablehnung des Tribunals kundgetan, nahm aber zum Ärger der Anwesenden munter weiter an den Beratungen teil. Dazu heißt es in der Richtigstellung:

„Das ‚Komitee Innere Sicherheit' arbeitet als unabhängige Gruppe seit geraumer Zeit in der ESG Bochum mit verschiedenen Untergruppen und einem Gesamtplenum. Das Komitee setzt sich mit sehr verschiedenen Bereichen der Repression in der BRD auseinander. Im Komitee sind auch sehr unterschiedliche Standpunkte vertreten. Dies gilt insbesondere für die Diskussion des Russell-Tribunals, zu dem es seit langer Zeit verschiedene Einschätzungen innerhalb des Komitees gab. Neben der von Euch genannten gab es ebenso Befürworter des Tribunals, die auch nicht in der Minderheit sind.

Die in Göttingen aufgetretene Gruppe war nicht vom Komitee Innere Sicherheit delegiert. Vielmehr waren verschiedene Privatpersonen nach Göttingen gefahren, die ihre Stimmen — unberechtigterweise — als Stimmen des Komitees abgegeben haben.

Es handelt sich also nicht um die im Komitee Innere Sicherheit Bochum vorherrschende Meinung."

Etwas ähnliches hatten wir uns freilich schon gedacht und im „Antirepressions-Info Nr. 3" geschrieben: *„Wer oder was hinter diesen Leutchen in Bochum steht, ist unklar".*

Inzwischen gibt es auch in Bochum eine Unterstützungsgruppe (mit SB, Judos, GOG, Opel-Solidaritätskomitee, KB, Haftbedingungsgruppe, Buchladen und Komitee Innere Sicherheit). Das SB wollte eigentlich nur Materialien für die Jury, Unterschriften und Geld sammeln. Man einigte sich jedoch darauf, auch gemeinsame Aktionen und dabei insbesondere auch eine Veranstaltung durchzuführen. Die Haftbedingungsgruppe freilich macht ihre Unterstützung noch von der weiteren Entwicklung um das Tribunal abhängig und brachte bei der Gelegenheit auch den ganzen sonstigen Quatsch auf den Tisch: Die Repression sei wie eine Pyramide, deren Spitze gegen die „bewaffneten Kämpfer" gerichtet sei usw. — Geht's denn wieder los?! Jedenfalls sollte die Bochumer Gruppe keinesfalls Leuten als Forum dienen, die ohne die Spur einer Positionsänderung und Selbstkritik lediglich am Ball bleiben wollen, um ihre unsinnigen Thesen an den Mann zu bringen.

Österreichische Russell-Initiative gespalten

Die österreichische Unterstützerbewegung für ein Russell-Tribunal ist seit Ende August gespalten. Faktischer Ausdruck der Spaltung war eine Pressekonferenz am 3.9. in Wien über die Lage der politischen Gefangenen in der BRD, die von der Arbeitsgruppe „Politische Prozesse — Politische Gefangene" (AGPG) veranstaltet wurde. Auf ihr trat ein Mitglied dieser AG, ohne irgendeine Legitimation der Gesamtinitiative zu besitzen, als „Sekretär der Österreichischen Initiative" auf. Zwei Tage vorher hatte die AGPG ein Papier unter dem Titel „Erklärung des Sekretariats zur Russell-Initiative" veröffentlicht, in dem die bisherigen vorläufigen Sekretäre (FÖJ, IKL) für abgesetzt erklärt und gleichzeitig ein neues — angeblich auf einem Plenum am 31.8. gewähltes — Sekretariat — vorgestellt wird: bestehend aus je einem(r) Vertreter(in) der AG „Politische Gefangene", „Repression gegen Frauen" und „Neofaschismus".

Diese Entwicklung ist der bisherige Höhepunkt einer schon länger andauernden scharfen Auseinandersetzung über die politische Zielsetzung der Unterstützerbewegung in Österreich. Bisher haben in der Wiener Initiative die FÖS, die GRM (Trotzkisten), die IKL (dem Spartacusbund verwandt) und der VSSTÖ 8Studentenorganisation der SPÖ) als Organisationen, außerdem eine Reihe von Einzelpersonen mitgearbeitet. Noch im Juni hatte sich die Initiative in einem Brief an die Peace-Foundation gegen alle Versuche einer Einschränkung der Thematik des Russell-Tribunals gewandt und war dafür eingetreten, *„alle ... Aspekte der Repression in Westdeutschland zu betrachten und insbesondere die Stellung der westdeutschen Regierung bei der Initiierung von Repressionsmaßnahmen (...) in anderen europäischen Ländern anzuklagen"* (s. AK 106).

Analog der politischen Linie des westdeutschen „vorläufigen Sekretariats" wehte auch in Österreich bald der Wind von rechts. Der kam und kommt bis heute vor allem von der GRM. Sie schreibt in ihrer Zeitung „Rotfront" Nr. 8/9-77: Mit einer solchen Zielsetzung der Arbeit auf „klar antikapitalistischer Grundlage" (was sie der Initiative vorwarf) könne man *„nie breitere demokratische Kreise gewinnen..., ohne die die gesamte Russell-Unterstützungsarbeit jedoch sinnlos ... wäre"* (GIM, ik hör dir trapsen!). Selbst die FÖJ, die bisher am konsequentesten die politische Linie des Briefes vertreten hatte, ist inzwischen offenbar auf die Vorstellungen von „mehr Breite als Tiefe" eingeschwenkt: In „offensiv links" (Nr. 36) schreibt sie unter der Überschrift: *„Raus aus dem Ghetto!"* eine bewegte Klage über die „äußerst schmale" Basis aufgeklärter bürgerlicher Öffentlichkeit in Österreich und schließt daraus, es müsse deutlich gemacht werden, *„daß die Russell-Peace-Foundation nicht zum unmittelbaren Sympathisantenkreis der westdeutschen Linken zählt"*. Wer hätte das gedacht?

Im Juni wurden von der Initiative Arbeitsgruppen zu folgenden Themen eingerichtet: Neofaschismus, Repression im Heer, Repression in den Medien, Berufsverbote, Repression gegen Frauen, Repression in den Gewerkschaften und Politische Gefangene. Da die AG „Politische Gefangene" den 'schnellsten Start' von allen hatte, versuchte sie sich damit ein ihr nicht zukommendes Gewicht in der Unterstützungsbewegung zu verschaffen. Diese AG begreift ihre Arbeit ähnlich eng wie die „Antifa-Gruppen" in der BRD.

Gegenüber der (rechten) Konzeption des „vorläufigen Sekretariats" in der BRD erklärt sie: Unter dem „Vorwand" einer breiten, auch von politischen Organisationen getragenen Unterstützerbewegung solle *„das Staatsschutzobjekt Legitimationstribunal für die SPD"* durchgesetzt werden (Erklärung vom 1.9.). In einem Info der Studienvertretung Theaterwissenschaft an der Wiener Uni kommen die Wiener Antifas zu dem Schluß, daß das Russell-Tribunal *„objektiv Weißwascherfunktion für den BRD-Imperialismus hat"*, wenn es nicht die „Liquidierungsstrategie gegenüber der Guerilla" zum Schwerpunkt erhebe.

Auf der ersten Plenumssitzung der Initiative nach den Ferien am 31.8. spielten sich die „Antifas" als die einzig wahren Unterstützer des Russell-Tribunals auf und forderten gegen die „mitgebrachte Mehrheit" der Organisationen demagogisch eine „Mandatsprüfung": Abstimmen dürfe nur, wer auch in den AG's mitarbeite. Die „Antifas" sind nie um eine Idee verlegen, wenn es gilt, sich selbst zu isolieren!

Dies wurde von der Mehrheit abgelehnt und es kam zur Spaltung. Die Rest-Initiative aus FÖJ, GRM, IKL und VSSTÖ plant für den Herbst eine Großveranstaltung mit Heinz Brandt, Sebastian Cobler u.a. Sie will jetzt versuchen, die Initiative über die Veranstaltung hinaus zu retten.

Nach Berichten und Material eines Wiener Genossen, Österreich-Schweiz-Kommission
KB / Gruppe Bremen



Italien: Ende September fand in Bologna ein mehrtägiger „Anti-Repressions-Kongreß" statt, der von den „Autonomen", von feministischen Gruppen und von einigen linken Organisationen („Lotta Continua", „Avanguardia Operaia") unterstützt wurde. Bologna war als Ort des „Kongresses" gewählt worden, weil diese seit Jahren von der PCI regierte Stadt im Frühjahr der Ausgangspunkt und ein Zentrum der Studentenkämpfe und der staatlichen Repression war, und weil dort seit März (!) immer noch zahlreiche Genossen im Knast sind, die während der Demonstrationen damals festgenommen wurden.
Der Kongreß war in jeder Hinsicht ein großer Erfolg der italienischen Linken. 50.000 Jugendliche aus ganz Italien während des Kongresses, 70.000 auf der Abschlußdemonstration am 24.9. Eine Genossin des KB hat an dem Anti-Repressionskongreß von Bologna teilgenommen. Ihr Bericht erscheint in der nächsten Ausgabe des ARBEITERKAMPF.



Nachrichten aus Schule und Hochschule



AStA macht weiter

14 Tage nach der Suspendierung des Göttinger AStA beginnt sich das demagogische Lügengespinst vom „Terroristen-Nest" aufzulösen. Durch verschiedene Erlasse und Anordnungen hat das Wissenschaftsministerium in wünschenswerter Offenheit durchblicken lassen, welche Ziele tatsächlich hinter der AStA-Suspendierung stecken.

Ab sofort existiert nicht nur in Göttingen, sondern an allen niedersächsischen Hochschulen ein generelles Raumverbot für Veranstaltungen „nicht-hochschulbezogenen Inhalts". Während politische Gruppen für jeden Hörsaal der Universität horrende Raummieten bezahlen sollen (die wohl allein der RCDS entrichten kann), verweigert die Unibürokratie den Organen der Verfaßten Studentenschaft (AStA, Fachschaftsräte) generell Räume für Diskussionen und Veranstaltungen, die in den Bereich des „Politischen Mandats" fallen.

Eine Veranstaltung zur Demonstration in Kalkar, zu der der suspendierte AStA, 11 Fachschaftsräte und der Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie aufgerufen hatten, wurde bereits verboten!

Darüberhinaus ist der im AStA-Gebäude residierende „Staatskommissar" dazu übergegangen, sämtliche Publikationen der Fachschaftsräte zu zensieren.

Jeder Artikel „nicht hochschulbezogenen Inhalts" in einem Fachschaftsinfo muß entweder entfernt werden oder der Staatskommissar verweigert die Finanzierung des gesamten Infos.

Darüberhinaus ist es sämtlichen politischen Gruppen und demokratischen Initiativen untersagt, in der AStA-eigenen Druckerei Publikationen drucken zu lassen.

Mit der umfassenden Praktizierung dieser Maßnahmen hätte die Reaktion der Studentenschaft den totalen Maulkorb verpaßt. Die fortschrittlichen Studenten hätten es dann nicht mehr mit einer E i n s c h r ä n k u n g der freien politischen Betätigung an der Uni zu tun, sondern mit ihrer fast vollständigen A u f h e b u n g.

So verlockend die Durchsetzung dieser Maßnahmen für Pestel sein mag, haben sie doch den entscheidenden Nachteil, daß sie die Vorwände, mit denen in Göttingen seit einiger Zeit gegen die Studentenschaft geholzt wird, als solche entlarven. Dies ist eine wichtige Voraussetzung dafür, daß ähnlich wie im Buback-Konflikt auch im kommenden Wintersemester der Reaktion der Stein, den sie erhoben hat, auf die Füße fällt.

Sofort nach der Amtsenthebung fanden in Göttingen AE-Verhandlungen aller linken Organisationen und Fachschaftsräte statt. Ein Bündnis von Jusos, SB, KHB (KB-Sympathisanten), SHB/SF (sozialistische Fraktion) und verschiedenen Fachschaftsräten verabschiedete eine gemeinsame Erklärung, in der zur Solidarität mit dem AStA aufgefordert und die sofortige Zurücknahme der Suspendierung verlangt wird. Die unterzeichnenden Organisationen und FSRe haben inzwischen einen „Gemeinsamen Ausschuß" gebildet, der die Solidaritätsarbeit koordinieren und politisch tragen soll und der die Aufgabe hat, die Kampfmaßnahmen im Wintersemester vorzubereiten. MSB, SHB und der KSB (KBW) sind nicht an der Aktionseinheit beteiligt.

Die Jusos scheinen teilweise aus dem vergangenen Semester gelernt zu haben. Jedenfalls haben sie es abgelehnt, sich an dem „harten Oppositionsblock", bestehend aus MSB und SHB, zu beteiligen, da dieses Bündnis ihnen unter den fortschrittlichen Studenten wenig Freunde eingebracht hatte.

Landesweit waren die Jusos die ersten, die sich mit dem Göttinger AStA solidarisiert haben.

Dies heißt jedoch nicht, daß die Jusos politisch ihre Linie, die sie zusammen mit den Revis im vergangenen Semester verfolgt haben, korrigiert hätten.

Die Jusos sind nach wie vor der Meinung, daß es ein Fehler war, sich nicht von dem „Buback-Nachruf" zu distanzieren und behaupten, daß dadurch der AStA *„politisch mitschuldig an dem gegenwärigen Dilemma"* sei. Diese *„Mitschuld aufzudecken und zu entlarven"* begreifen sie als eine wesentliche Aufgabe im Kampf gegen die Suspendierung des AStA. Trotz dieser prinzipiellen Kritik haben die Jusos bislang solidarisch in dem „Gemeinsamen Ausschuß" mitgearbeitet und ihre Bereitschaft erklärt, zusammen mit dem AStA Kampfmaßnahmen im Wintersemester vorzubereiten.

Wie erwartet, vermochte der MSB seine Hetze gegen die BUF und gegen den AStA im Vergleich zu der „Buback-Kampagne" noch zu steigern. Einen Tag nach der AStA-Suspendierung veröffentlichte er ein Flugblatt, in dem die Suspendierung nur kurz verurteilt wurde, dafür aber, in der Wortwahl der bürgerlichen Hetze in nichts nachstehend, auf die BUF eingedroschen wird: *„Wie schon beim Buback-Nachruf hatten sie (die mescaleros, d. Red.) nichts besseres zu tun, als mit dem Terror zu kokettieren und sich selbst in die Ecke der sogenannten geistigen Sympathisanten des Terrorismus zu stellen. Dieses pubertäre Elaborat..."* Hier geht es nicht mehr nur um die MSB-üblichen Schläge unter die Gürtellinie, das ist astreine D e n u n z i a t i o n !

In einer Situation, in der die Reaktion ein allgemeines Kesseltreiben auf die Genossen der BUF veranstaltet, ein Verbot der BUF oder zumindest die Aberkennung der Grundrechte für ihre Mitglieder fordert, eben mit der Begründung sie „sympathisiere" mit dem Terrorismus - in einer solchen Situation stellt sich der MSB hin und attestiert den Rechten aus der „linken" Ecke: Jawohl, ihr habt recht, die *„Wahnsinns-Jünger"* (original MSB) sind Terrorsympathisanten! Bisher war es das „Privileg" des RCDS, an der Hochschule zu denunzieren. Der MSB ist drauf und dran, dieses RCDS-Privileg zu brechen! Bedenkt man, daß der DKP-Ratsherr zu Göttingen, Neubauer, gegenüber der Lokalpresse gefordert hat, *„der Rechtsstaat (müsse) die bestehenden Rechtsmittel im Kampf gegen den Terrorismus konsequent anwenden"*, so wird deutlich, wohin der Hase bei der DKP/MSB läuft: schnurstracks in den Sumpf der „eurokommunistischen" PCI, die sich schon einige Sporen bei der Unterdrückung der Linken in Italien erworben hat.

A u f h e b u n g.
So verlockend die Durchsetzung dieser Maßnahmen für Pestel sein
eine wesentliche Aufgabe im Kampf gegen die Suspendierung des AStA. Trotz dieser prinzipiellen Kritik ha-
Unterdrückung der Linken in Italien erworben hat.

Jungdemokraten zeigen die Stirn

Nach wochenlangem Vorspiel haben die Westberliner Jungdemokraten am 27.9. ihren Nachdruck des „Buback-Nachrufs" samt Kommentaren herausgegeben. Die „Mutterpartei" FDP hatte zuvor den Druck verweigert, Genscher höchstpersönlich hatte interveniert, um den Nachdruck zu verhindern, Landesvorsitzenden Lüder auf *"weitreichende Konsequenzen"* hingewiesen und dabei ausdrücklich *"keine denkbare Maßnahme"* ausgeschlossen (laut Tagesspiegel, 24.9.), und die CDU gar fragte schon über einen Monat vor (!) Veröffentlichung den Westberliner Senat, ob *"sichergestellt sei, daß die Fertigstellung und Auslieferung eines evtl. Nachdruckes durch die Berliner Jungdemokraten unter Ausnutzung aller rechtlichen Möglichkeiten rechtzeitig unterbunden (!) werden kann"* (Große Anfrage der CDU, 17.8.).

"BUBACK-NACHRUF" der Text

blatt Zeitung der Deutschen Jungdemokraten

Den TERROR bekämpfen - den POLIZEISTAAT verhindern



Die Zensur sollte also fröhliche Urständ feiern - wie überall, wo der "Nachruf" nachgedruckt wurde. Die Westberliner verstanden so "ihren" Nachdruck (Motto: *"Den Terror bekämpfen - , den Polizeistaat verhindern"*) auch als *"Beitrag im Kampf um die Informationsfreiheit"* , weil *"aus dem Zusammenhang gerissene Passagen (des Nachrufs) als Vorwand für den Generalangriff auf die Linke in der BRD verwendet werden"* und die *"richtigstellende Zugänglichmachung des Gesamttextes mehr oder weniger kriminalisiert wird"* (blatt, Zeitung der Westberliner Judos).

Nichts genutzt hat den Judos allerdings, daß sie sich von jeder Form von Gewaltanwendung sehr gründlich distanzierten: *"Es ist eben in erster Linie eine Anti-Terrorismus-Zeitung, die den Terrorismus, die Symphatien für ihn und die mancherorts geäußerte 'klammheimliche Freude' nicht allein aus strategischen Gründen bekämpft. Der Terrorismus verstößt ...gegen die humanistischen Grundwerte der Linken schlechthin"* (C.Walther, Judo-Vorsitzender von Westberlin im Extradienst, 27.9.). *"Wer die Terroristen als 'schwarze Schafe' der Linken verharmlost und ihre Bekämpfung unter Hinweis auf die größeren Aufgaben und die eigentlichen Ziele (sowie die Tätigkeit des Staatsschutzes) ablehnt, der gefährdet die Verwirklichung eben dieser Ziele"* (blatt). Und in Abgrenzung zum "unverantwortlichen" Begriff der "fröhlichen Gewalt/Militanz" des Mescalero predigen die Judos eine "prinzipielle","fröhliche Gewaltfreiheit" (blatt).

"Politischer Skandal ersten Ranges und Ermutigung für die Terroristen" kreischte sofort JU-Vorsitzender Wissmann los. Genscher: Er werde es nicht hinnehmen, daß die Position der FDP zur Symphatisantenszene der Terroristen und zur "freiheitlichen" Staatsordnung ins Zwielicht gebracht werde (laut FAZ, 26.9.). Das Präsidium der FDP *("eine an sich doch ganz liberale Partei", blatt)* brachte es auf den entscheidenden Punkt: die Veröffentlichung erwecke den Eindruck, als sei die Tendenz des Buback-Nachrufes überhaupt diskussionsfähig (!). Das sei ein *"schwerer Verstoß gegen die Grundsätze und die Ordnung der Partei"* (lt.Tsp., 27.9.). Das FDP-Präsidium beantragte daraufhin den Ausschluß der Vorstandsmitglieder der Westberliner Judos aus der FDP. Die Westberliner FDP tat so, als würde sie dem harten Ausschlußkurs nicht - folgen und beantragte Parteiordnungsverfahren mit dem Ziel eines auf 2 Jahre beschränkten Funktionsverbots innerhalb der FDP. Als Gegenleistung erhofften sie sich die Einstellung der Verbreitung der Judo-Erklärung. Die Judos jedoch hatten erklärt: *"Der Verleumdungskampagne vor allem der CDU* (und nicht nur der, wie man sieht, AK) *kann man mit der Parole 'Untertauchen und Ab warten' begegnen, man kann ihr aber auch Widerstand leisten. Die Jungdemokraten haben sich zum Widerstand entschlossen, weil jeder Tag des Wartens auch ein Stück mehr Polizeistaat bedeuten kann."* (Extradienst, 27.9.). Hoffentlich bleiben sie bei dieser Haltung!

SSB/Westberlin

Der Vorstand der Münchner Jungdemokraten hat sich in einer Erklärung mit seinen Westberliner Kollegen, die den „Buback-Nachruf" nachdruckten, solidarisiert. Der Münchner FDP-Vorsitzende reagierte darauf wie von der Tarantel gestochen und forderte die Jungdemokraten auf, sich von diesen Vorstandsmitgliedern zu trennen.

In Augsburg haben die Judos den „Nachruf" ebenfalls gedruckt und schicken ihn Interessenten „auf Anforderung" zu. Über beide Vorfälle will der bayrische FDP-Landesvorstand beraten, welche „Maßnahmen" zu treffen seien (Welt, 29.9.).

Hexenjagd auf Prof. Brückner

Ein neuerliches Beispiel »unabhängiger, überparteilicher« Berichterstattung stellt sich aktuell im Fall Brückner dar. Bereits am 28.9. lechzte das Springer-Hetzblatt »Bild«: *»Der Rausschmiß ist sicher«*. »Bild« und am 29.9. auch andere Tageszeitungen hatten über ein Interview zu berichten, das Brückner im holländischen Rundfunk zur »Problematik des Terrorismus in der BRD« gegeben haben soll. Dazu Brückner in einer Erklärung vom 28.9.77:

»Am 23. September d.J. hat eine holländische Rundfunkstation [VPRO, Hilversum] eine Sendung über den Terrorismus gebracht, in der ich zitiert worden bin. Ich bemühe mich z. Zt. um ein vollständiges Manuskript, um die Angelegenheit im einzelnen überprüfen zu können.

Die Äußerungen, die mir in einer längeren Pressenotiz zugeschrieben werden, stammen mit Sicherheit nicht aus einem Interview. Ich habe dem holländischen Rundfunk kein Interview gegeben, am wenigsten nach der Ermordung eines holländischen Polizisten vor einigen Tagen. Mich hat allerdings - vor mehreren Monaten, d.h. auch vor den Anschlägen auf Herrn Ponto und Schleyer - ein holländischer Journalist aufgesucht, um mit mir über Probleme des Terrorismus zu sprechen. Er war durch die bekanntlich äußerst heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem RA Croissant und mir [im Herbst 1976] darauf aufmerksam geworden, daß ich scharfe Kritik an der Terrorszene mit Kenntnissen über ihre politische Lebensgeschichte und mit begründeten Vermutungen über ihre subjektiven Beweggründe verband. In diesem mehrstündigen Gespräch, von dem sich der Besucher mit meinem Einverständnis Toncassetten-Notizen machte, und das nachdrücklich k e i n (Hervorhebung im Original - Anm. AK) *zur Veröffentlichung bestimmtes ,Interview', sondern ein sog. Hintergrundgespräch war, haben wir, wenn auch nicht alle, so doch die wichtigsten Aspekte des Terrorismus-Problems und verschiedene Erklärungsmodelle erörtert, oder wenigstens gestreift. Ich habe selbstverständlich nicht nur meine Auffassungen dargestellt.*

Es ist durchaus möglich, daß die mir zugeschriebenen Äußerungen aus diesem Gespräch stammen. Ihre Montage läßt zwar die wechselnden Ebenen des Zusammenhangs nicht mehr erkennen, ist aber insgesamt eine leidlich sinngemäße Wiedergabe einiger meiner Überlegungen. In der Regel fixieren sie Denkschritte, und keine abschließenden Resultate.

Es besteht m.E. allerdings kein Zweifel daran, daß für einige Personen in den Jahren 1969 und 1970 bestimmte Erfahrungen aus der ,Protestbewegung' [1966-1968/69], darunter Erfahrungen mit Polizei, Gerichten und Presse, m i t (Hervorh. im Orig., Anm. AK) *zu ihren - in ihren Folgen bis heute noch nicht abzusehenden - Entschlüssen beigetragen haben. Der erste Tote, den sie in der Auseinandersetzung zwischen Polizei und Studierenden sahen, war ein Student.*

Es besteht allerdings auch kein Zweifel daran, daß aus diesen Erfahrungen keine Legitimation für den Terrorismus abzuleiten ist. Solche spezifischen subjektiven Beweggründe können auf jüngere Teilnehmer an terroristischen Aktivitäten schon aus Gründen des Lebensalters nicht übertragen werden.

Ich verweise im übrigen auf meine Veröffentlichungen ,Gewalt und Solidarität' [zusammen mit B. Sichtermann, 1974] und ,Ulrike Meinhof und die deutschen Verhältnisse', dort insbesondere die politische Kritik S. 162ff.

Prof. Dr. P. Brückner«

Es verdichten sich die Hinweise, daß die Sendung des niederländischen Rundfunks vom Bundesinnenministerium aufgezeichnet und dem Bundespresseamt zur Veröffentlichung übergeben wurde. Daß die Schmieren-Journalisten der Regime-Presse nichts Eiligeres zu tun haben, als diese Meldung unhinterfragt und verfälscht zu veröffentlichen, spricht für ihre Interessen.

Auch ZDF-Löwenthal hat für seine Anhängerschaft mit ausreichender Hetze gegen die von Brückner herausgegebene Broschüre: *»Mescalero-Affäre, ein Lehrstück für Aufklärung und politische Kultur«* (Hannover 1977,Internationalismus Verlag) gesorgt.

Brückner mußte aufgrund anonymer Drohungen mit unbekanntem Ziel verreisen.

KB/Hannover

VDS-Mitgliederversammlung: Nur noch knappe Mehrheit für GO-Fraktion

Vom 23..bis 25.9. fand in Gießen die 2. a.o. Mitgliederversammlung der VDS (Vereinigte Deutsche Studentenschaften) statt, die auf Verlangen von 48 linken Asten (aus der Basisgruppen/BG-Fraktion) einberufen werden mußte - gegen den erklärten Widerstand von MSB/SHB und Jusos/LHV. Auf dieser MV ging es um das Vorgehen der verfaßten Studentenschaften im Wintersemester. Dazu hatte der Zentralrat (ZR) - ein Gremium von 30 Asten, das zwischen den einmal im Jahr stattfindenden MV'en den Vorstand kontrollieren soll - bereits mit der Mehrheit von MSB/SHB einen Beschluß gefaßt, im WS vom 28.11. an 14 Tage gegen das HRG bundesweit zu streiken.

Entsprechend hatten die "gewerkschaftlich-orientierten" Kräfte (MSB, SHB und ein Teil der Jusos) einen Antrag für die VDS-MV vorbereitet, der die ZR-Beschlüsse noch einmal bestätigen sollte.

Dem stand der Antrag der BG-Fraktion gegenüber, ausgehend von den zu erwartenden Auseinandersetzungen zu Beginn des Semesters in Baden-Württemberg und Niedersachsen diese auf die ganze BRD und Westberlin auszudehnen. Bei der Schlußabstimmung setzte sich der Antrag der GO-Gruppen erwartungsgemäß mehrheitlich durch - mit den Stimmen von MSB, SHB und Stamokap-Jusos.

Verschiebung des Kräfteverhältnisses in den VDS

Verschiebung des Kräfteverhältnisses in den VDS

Folglich liefen die Hauptauseinandersetzungen zwischen den Basisgruppen und dem MSB.

Die Fraktion der BG, in der auch die Symphatisanten des KB mitarbeiten, war in ihrem Antrag von der Notwendigkeit ausgegangen, daß die jüngsten schweren Angriffe der CDU-Landesregierungen Baden-Württembergs (Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft im neuen LHG) und Niedersachsens (Suspendierung des Göttinger Astas) im Mittelpunkt jeder bundesweiten Auseinandersetzung zu stehen haben. Sie schlugen daher vor, die nach Beschluß der Landes-Asten-Konferenz (LAK) für Baden-Württemberg vorgesehenen landesweiten Streiks (3.11. bis 9.11. mit abschließender bundesweiter Demonstration in Stuttgart) bei Verabschiedung des LHG am 10.11. auf die ganze BRD und Westberlin auszudehnen.

Dagegen beharrten die GO'ler auf ihrem "Langzeitkonzept" der vergangenen Semester, nach dem im WS anschließend an die Streiks des vergangenen Jahres nun ein bundesweiter 14-tägiger Streik ab 28.11. zu folgen habe. Die "neue Qualität" dieses Streiks läge in seiner Einheitlichkeit von Beginn und Dauer, womit die Studentenbewegung neuen Druck ausüben könne. Weiterhin beharrten diese Vertreter auf dem Konzept der "Demokratischen Gegenhochschule" ("DGH"), das nach ihrer Ansicht am besten geeignet sei, einen *"höheren Organisierungsgrad der Studenten"* zu erzielen. Unter Bezug auf die Erfahrungen mit der "DGH" Hamburg wurde hierauf von einem Vertreter des LHV geantwortet, daß die "DGH" letztlich die Beschäftigung mit den jeweiligen politischen Schwerpunkten des MSB/DKP zum Inhalt habe und dies schwerlich der zentrale Inhalt der Studentenkämpfe sein könne. Der Antrag der GO-Fraktion war zwar von einem Juso-Vertreter (aus dem Asta Uni Hamburg) eingebracht worden, repräsentierte jedoch keineswegs die Meinung der gesamten Juso-Fraktion. Daß sich die Juso-Fraktion dennoch mit knapper Mehrheit in einer internen Diskussion (12:10) für den GO-Antrag aussprach, lag an zwei Punkten: zum einen erweckte der Hamburger Juso-Vertreter den Eindruck, als hätten MSB/SHB auf ihren eigenen Antrag verzichtet, woran der "gewachsene Einfluß" der Juso-Positionen deutlich würde. Tatsache ist jedoch, daß der Juso-Antrag den Revisionisten von vornherein so weit entgegenkam, daß diese gar keine eigenen Antrag, noch nicht einmal Zusatz- oder Änderungsanträge stellen mußten. Im Gegenteil - die MSB-Redner waren nachher die wesentlichen Verteidiger dieses Antrags (als wär's ein Stück von ihnen?...) Wohl auch unter dem Druck der kurzen Zeit entfiel damit die Schmierenkomödie des Hinter-den-Kulissen-Mauschelns, was für gewöhnlich als "Ringen um einen für alle Kräfte tragbaren Kompromiß" verkauft wird.

Andererseits appellierten die GO- bzw.Stamokap-Jusos an die Lahmarschigkeit mancher Juso-Hochschulen und machten eine Umfrage, wann denn die örtlichen Gruppen frühestens streikbereit wären. Das "überzeugte" manche Gruppe endgültig, darunter vor allem solche, die am liebsten überhaupt nichts tun würden. Es ist ja aus den vergangenen Semestern bekannt, daß einige Juso-Asten mit Blick auf die angeblich so träge Basis jede Kampfaktion abgewiegelt haben.

Mit diesem Votum im Rücken zogen MSB und SHB dann knallhart ihre („Juso"-)Resolution durch.

Bei der endgültigen Abstimmung stimmte dann jedoch nur noch eine Minderheit der Juso- und LHV-Vertreter für diesen Antrag. Ein Teil der Juso-Asten stimmte gar für den Antrag der BG-Fraktion. Dies ist eine erfreuliche Kräfteverschiebung gegenüber der MV im März, wo die BG-Fraktion allein gegen den Rest der MV stand.

Nichts weiter als ein Stück Papier

Zu dem Beschluß der MV erklär-
Nichts weiter als ein Stück Papier

Zu dem Beschluß der MV erklärte die BG-Fraktion: *"Die BG'en halten an den LAK-Beschlüssen Baden-Württembergs fest, sofort mit dem Beginn der Vorlesungszeit Aktionen zur Verteidigung der Verfaßten Studentenschaft aufzunehmen. Auch mit dem Kampf gegen die Suspendierung des Göttinger Asta kann nicht bis zum 28.11. gewartet werden.*

Die wesentlichsten Auseinandersetzungen werden also lange vor dem mehrheitlich oktroyierten Termin liegen. Das beweist, daß die MV-Mehrheit (insbesondere MSB und SHB) kein wirkliches Interesse daran hat, die volle Kampfkraft der Studentenbewegung gegen Filbingers und Pestels Vorhaben zu entwickeln, sondern aus partei- bzw. organisationsbornierten Interessen und Terminplanungen eine Ausweitung der Auseinandersetzungen von Baden-Württemberg und Niedersachsen auf die ganze BRD und Westberlin ablehnt.

Die BG'en werden daher von sich aus versuchen, an allen Hochschulen die studentische Basis gegen dieses skandalöse Verhalten der MV-Mehrheit und für die Solidarität mit Baden-Württemberg und Göttingen zu mobilisieren - aus der Erkenntnis, daß schon morgen Baden-Württemberg und Göttingen überall sein können. Wir rufen insbesondere die Jusos in Baden-Würtemberg und Niedersachsen auf, mit den BG'en und den Studenten (...) für eine möglichst erfolgreiche Verbreiterung des Widerstands zu sorgen.

Diejenigen, die hier am lautesten die Einheitlichkeit eines bundesweiten Streiks auf den Lippen führten, vor allem die GO-Strategen, tragen somit die volle Verantwortung für das Scheitern des bundesweiten Streiks im WS. Ihr pseudobundesweiter Streik wird durch den bewußten Ausschluß der beiden wichtigsten Kampfgebiete zu einer Farce..." (BG-Erklärung auf der MV).

Tatsächlich ist der MV-Beschluß kaum das Papier wert, auf dem er nun erwartungsgemäß vom MSB bundesweit vertrieben werden wird. Damit wird er versuchen, seine Strategie als die Politik der "800.000 von den VDS vertretenen Studenten" zu verkaufen, um andererseits alle, die da nicht mitziehen, des Ausscherens aus einer imaginären bundeseinheitlichen "DGH"-Front zu bezichtigen.

Es bestehen aber Chancen, lange vor dem angesetzten MSB-Termin dieses Konzept in der Praxis ad absurdum zu führen. In Baden-Württemberg und Niedersachsen sowieso, aber auch in den anderen Bundesländern. Dabei wird es aber darauf ankommen, daß die Linke an den Hochschulen es versteht, die Notwendigkeit eines massiven Auftretens gegen diese lokalen bzw. regionalen Angriffe deutlich zu machen, die, wie die Äußerungen Dreggers für Hessen und Albrechts für Niedersachsen beweisen, nur der Auftakt für einen bundesweiten Schlag gegen alle Asten sind. Zudem besteht mit dem BG-Vorschlag ach die Möglichkeit, die Fähigkeit der Studentenbewegung unter Beweis zu stellen, auf konkrete Angriffe flexibel zu reagieren und damit das angestrebte Ziel, Ruhe an den Hochschulen, ins Gegenteil zu verkehren. Damit würde auch die Taktik der Herrschenden durchkreuzt, sich auf die "langfristigen" Zeitplanungen a la MSB einzustellen und Verschärfungen wahlweise davor oder danach durchzuziehen, den Streik selbst jedoch ins Leere laufen zu lassen. Die MSB-Strategie muß dagegen zwangsläufig das Gegenteil erreichen. Notwendigerweise wird sich den Studenten die berechtigte Frage stellen, warum sie den überhaupt streiken oder andere Aktionen unternehmen, wenn sich der Gegner doch darauf einstellen und seine Angriffe relativ ungeschoren zu anderen Zeiten durchziehen kann. Das Vorgehen des MSB beweist, daß dieser Verband ernsthaft nicht mehr an die Verteidigung der Verfaßten Studentenschaft und des Politischen Mandats glaubt und denkt. Denn wie sonst wäre die Argumentation zu erklären, Kampfaktionen zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Landeshochschulgesetzes in Baden-Württemberg kämen "zu früh". Für jeden den-

wäre die Argumentation zu erklären, Kampfaktionen zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Landeshochschulgesetzes in Baden-Württemberg kämen "zu früh". Für jeden den-

kenden Studenten ist einleuchtend, daß ein Streik Ende November jedenfalls z u s p ä t käme (das geplante Gesetz soll Anfang November verabschiedet werden). Deutlicher denn je wird in diesem Semester, daß die Konzeption des "bundesweiten Streiks", wie sie vom MSB entwickelt wird, nicht zur Stärkung der Kampfkraft der Studenten dient,, sondern allein eine Beschäftigungstherapie ist, mit der der MSB seine Mitglieder gewinnt. An diesem Vorgehen wird darüber hinaus deutlich, daß der MSB nicht in der Lage und willens ist, eine konkrete Taktik zu entwickeln, mit der man dem zentralen Angriff wenigstens massiv und geschlossen entgegentritt. Denn nur das könnte Aussicht auf Erfolg haben. Die MV hat aber auch gezeigt, daß die Linke durchaus in der Lage ist, mehrheitsfähig zu werden. Besonders die Widersprüche und "Widersprüche"(!) innerhalb der Jusos sind ein Ansatzpunkt. Die Unzufriedenheit vieler Jusos, in der Hochschulpolitik lediglich als Anhängsel des MSB zu erscheinen und die in Teilen der Jusos bestehende Bereitschaft, sich mit der angegriffenen Linken zu solidarisieren (siehe Asta Göttingen) spielen dabei eine Rolle. Nicht übersehen werden darf dabei jedoch, daß sich die Jusos als Gesamtverband augenblicklich eine äußerst günstige Ausgangsposition geschaffen haben: sowohl im Lager von MSB und SHB als auch im Lager der radikalen Linken mischen sie mit, womit bei den Juso-Führern sicherlich der Gedanke nicht fern liegt, dies dahingehend auszunutzen, die Politik der gesamten studentischen Linken von ihrer Zustimmung abhängig zu machen. Einer solchen Politik müssen frühzeitig Riegel vorgeschoben werden.

Auch wenn die GO-Fraktion auf dieser MV noch eine knappe Mehrheit erlangte, so ist damit die Politik an den Hochschulen noch nicht entschieden.

Der Verlauf des Semesters wird wesentlich von den ersten Wochen bestimmt werden. Wir treten dafür ein, sofort zu Beginn mit einer bundesweiten Aufklärungs- und Solidaritätsarbeit mit den betroffenen Asten zu beginnen, angefangen bei Veranstaltungen bis hin zu Solidaritätsaktionen z. B. am 20. 10., dem Tag der 2. Lesung in Stuttgart.

Weiterhin sollte die bundesweite Demonstration in Stuttgart am 9.11., dem Vortag der entscheidenden 3. Lesung genutzt werden, um den Funken von Baden-Württemberg auf andere Hochschulen zu übertragen.

Bündniskommission
KB/Gruppe Hamburg

Das undogmatische Ende einer undogmatischen Bewegung

Die „Bewegung undogmatischer Frühling" (BuF) hat die ersten fallenden Blätter dieses Herbstes nicht mehr erlebt. Nicht ohne Melancholie entnehmen wir dem Flugblatt „BuF – ein Nachruf": *„Die Buf als Buf gibt es längst nicht mehr. Der Diskussionsprozeß, der mit diesem Namen gemeint war, ist längst zerfallen – wenn er je bestanden hat. Was blieb, war die verselbständigte Gruppe, die diesen Namen verwaltete".* Die Vorstellungen der Buf blieben dabei auf der Strecke: *„Die BuF entstand aus dem Wunsch, die klassische 'Stellvertreterpolitik' sämtlicher Linker (alle handeln im Namen irgendwelcher Massen; die Massen lassen sich derweil behandeln und bleiben zuhause) zu ersetzen durch eine Politik, die aus uns selbst kommt, die unseren Interessen, Problemen, Ängsten und Träumen entspricht."*

Mit diesem Wunsch hatte die BuF immerhin im ersten Anlauf bei den Wahlen zum Studentenrat etwa 1.000 Stimmen erhalten. Die BuF, die sich nach wie vor zu dieser Idee bekennt, stellt fest:*„Praktisch hat aber die Umsetzung dieser Idee nicht geklappt. Eigentlich von Anfang an."* Als Grund dafür wird angegeben: *„Die Gruppen waren so sehr mit dem eigenen Kram überlastet, daß sie – wenn überhaupt – nur sporadisch und nur durch zufällig aufkreuzende Einzelleute in der BuF-Arbeit vorkamen. Die Arbeit blieb an wenigen, teilweise auch wechselnden Leuten hängen. Und damit begann bei uns selber, was wir verhindern wollten: S t e l l v e r t r e t e r p o l i t i k."*

Hier macht es sich die BuF allerdings sehr einfach. Ebenso plump, wie sämtlichen (!) anderen Linken unterstellt wird, verhinderte Kommandozentralen der Massen sein zu wollen, ebenso locker geht es der

dings sehr einfach. Ebenso plump, wie sämtlichen (!) anderen Linken unterstellt wird, verhinderte Kommandozentralen der Massen sein zu wollen, ebenso locker geht es der

BuF von der Hand, die Schuld für das Scheitern ihrer „Alternative" bei den Gruppen, also den politisch aktiven Studenten, die die Basis der BuF bildeten, zu suchen.

Aber die BuF ist ja nicht deshalb in aller Munde, weil sie dieses Konzept verfolgt hat, sondern als Schreckgespenst der „Terrorsympathisanten". Wie sehen sie selbst das im nachhinein?:

„Was richtig war: Was wir in unseren Flugblättern zu vermitteln versuchten, waren folgende Gedankengänge:

1. Die Gewalttätigkeit des herrschenden Systems und die Gewalttätigkeit der Terroristen sind verwandt. Verwandt im Denken, verwandt im Handeln. Sie bedingen und verstärken sich gegenseitig.

2. Für uns kann solche Gewalttätigkeit nicht Mittel zu unseren Zielen sein. Denn solche Gewalt prägt die, die sie gebrauchen.

3. Also dürfen wir uns von dem Krieg, den BKA und RAF gegeneinander führen, nicht zwingen lassen, selbst solche Mittel zu gebrauchen.

4. Unsere Mittel sind anders. Sie entsprechen dem, was wir erreichen wollen. Sie machen Spaß."

Also ganz das Gegenteil von „Terrorsympathisanten" – man könnte eher sagen: sehr humanistisch und sehr moralisch. In der Tat sind die Positionen der BuF durch die gesamte bürgerliche Hetzkampagne total verzerrt und auf den Kopf gestellt worden. Warum das möglich war, erklären die Genossen auch mit eigenen Fehlern:

„Was falsch war:

1. Der Umgang mit Menschenleben darf nicht zynisch sein. Das haben wir zwar immer wieder gesagt, aber wir haben es nicht so gesagt, daß wir verstanden wurden. Was wir als 'locker' gemeint hatten, wirkte auf die meisten Leser selbst zynisch. (Klarstellung: Wenn die RAF vier 'Kleine' abknallt, um einen 'Großen' zu kidnappen, dann hat sie ein faschistoides Elitedenken drauf, das nur noch zum Kotzen ist.)

2. Die Sprache , die wir benutzten, sollte provozieren. Wir halten nach wie vor Provokation für ein legitimes Stilmittel der politischen Auseinandersetzung. Aber wir haben zum Schluß die Provokation als Ersatz für das eigene Handeln gesetzt."

U.E. lag es nicht an der „Sprache" der BuF, daß die Genossen „nicht verstanden" wurden. Der Mescalero-Artikel war keineswegs „verworren" und auch nicht mißverständlich. Wenn der „RAF" eine „Killermentalität" unterstellt und ihre Aktionsformen auf dieselbe Stufe wie die des Staatsapparates gestellt werden, dann möchten wir einmal wissen, wer zu blöde sein soll, diese „Sprache" zu kapieren. Umgekehrt ist es doch so, daß die bürgerliche Presse die BuF nicht verstehen w o l l t e , und daß die ganze gigantische Lügenkampagne

blöde sein soll, diese „Sprache" zu kapieren. Umgekehrt ist es doch so, daß die bürgerliche Presse die BuF nicht verstehen w o l l t e , und daß die ganze gigantische Lügenkampagne

ein erschreckendes Beispiel für die Gleichschaltung der westdeutschen Medien bietet. Nimmt man die jüngsten Artikel in der „Le Monde" zum Thema Terrorismus, so sind diese „sprachlich" oder stilistisch sicher nicht gerade „verständlicher", ohne daß es in der französischen Presse eine auch nur vergleichbare Reaktion gegeben hätte.

Die BuF ist offensichtlich davon ausgegangen, daß in diesem Staat eine freie politische Diskussion über den Terrorismus möglich wäre und hat damit die bundesdeutsche Repression gewaltig unterschätzt. Daß z.B. nach den Erfahrungen mit dem „Buback-Nachruf" nochmal ein Flugblatt „Schleyer – kein Nachruf" unabgesprochen und in dieser Situation erschien, läßt sich nur auf dem Hintergrund einer riesigen Blauäugigkeit erklären. Wenn die Genossen jetzt die Schuld bei eigenen „sprachlichen Mängeln" suchen, so scheint die Einschüchterung erste Erfolge zu zeitigen.

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von Seite 59

Tatsächlich ist die BuF in der Öffentlichkeit in einer Weise vergewaltigt worden, wie bisher eigentlich nur die „Terroristen" selbst. Das Kapitel BuF ist daher das Beispiel dafür, mit welcher skrupellosen Verfälschung der Wirklichkeit und Brutalität die Linke zukünftig kriminalisiert werden soll.

Vor diesem Hintergrund wirken die „humanistischen" und „moralischen" Antworten der BuF auf die selbst erfahrene Gewalt dieses Systems wie auch die Erklärungsversuche für das eigene Scheitern hilflos und schablonenhaft.

Der nächste Frühling kommt bestimmt, und die BuF-Genossen wollen an ihren ursprünglichen Vorstellungen „weiterarbeiten". Wir möchten die Genossen gern dazu ermutigen, erlauben uns aber gleichzeitig die bescheidene Anmerkung, daß es vielleicht ganz nützlich sein könnte, gemeinsame Erfahrungen und gemeinsame Probleme auch zusammen (und differenzierter als bisher geschehen!) zu diskutieren, bevor die Genossen mit ihrer nächsten „Überraschung" auf den Bauch fallen.

Leserbrief

Rudi Dutschke Aarhus, den 4.9.77

Betrifft: ARBEITERKAMPF Nr. 110 8.8.77, Seite 51

In verschiedenster Art und Weise von den Rechten angeschossen zu werden, ist mir seit langem nicht unbekannt.

Vom ARBEITERKAMPF ideologisch bekämpft zu werden, ist seit Jahren „normal". Die Differenz in der Einschätzung der Kräfteverhältnisse und der Klassenkampflage in der BRD ist so groß wie bei der Beurteilung der Ausbeutung der Arbeiterschaft in den Comecon- und Warschauer-Pakt-Ländern.

Die KB-Gruppe Westberlin scheint von der Wahrheit nichts zu halten. In alter re-aktionärer Tradition der Moskowiter werden nicht nur Sätze aus dem Zusammenhang gerissen, es werden Verhältnisse auf den Kopf gestellt. Eine intensive Auseinandersetzung mit der Sache wird nicht gewagt, – die Denunziationen und Halb-Wahrheiten bzw. Lügen dienen als Waffe. Nehmen wir nur die Spannung von Nah-Ziel und Fern-Ziel, das Verhältnis von parlamentarischer und direkter Demokratie im Rahmen der Klassenkampfverhältnisse.

Da wird mir nun die Parole der 60er Jahre – „Brecht dem Schütz die Gräten – alle Macht den Räten" – entgegengehalten. Wie absurd und denunziativ. Nicht umsonst hatte ich nach den großen Veranstaltungen in Brokdorf und Itzehoe im April in „das da" niedergeschrieben: „Wir riefen 1968 jedenfalls: ‚Brecht dem Schütz die Gräten, alle Macht den Räten.' Aber weder in Itzehoe noch in Brokdorf zu hören war die Parole ‚Brecht Stoltenberg die Gräten, alle Macht den Räten'. Ist eine solche Parole überholt? Sind wir schon im Sozialismus? Sind die Bürgerinitiativen nicht ein potentieller Schritt über die Basisdemokratie zur Rätedemokratie? Um dahin zu gelangen bedarf es allerdings politischer Auseinandersetzungen mit der herrschenden Klasse, bedarf es sozialistischer Zielsetzung". Wer weicht nun ab? Ist die KB-Gruppe Westberlin immer nur dort lesefähig, wo etwas für Denunziationen irgendwie benutzt werden kann?

Vielleicht wünscht Ihr Euren politischen Gegnern reale Blindheit, um besser über sie herfallen zu können. Das Bild ist dementsprechend. Ich wünsche es Euch nicht und auch nicht anderen. Vielmehr Lese-, Lern- und Kampfbereitschaft, kritische Solidarität ist wohl uns allen zu wünschen.

Mit sozialistischen Grüßen
Rudi Dutschke

Kommentar der Redaktion
Der von Dutschke kritisierte Artikel gesamt gibt der Brief keine neuen

Kommentar der Redaktion

Der von Dutschke kritisierte Artikel unserer Westberliner Gruppe befaßte sich im wesentlichen mit diversen Stellungnahmen aus dem Umkreis des SB (u.a. Dutschke), die auf die Bildung einer euro-revisionistischen „linken Kleinpartei" (Flechtheim) zielen. Der Artikel hielt die Ende der sechziger Jahre populäre Parole *„Brecht dem Schütz die Gräten, alle Macht den Räten"* Dutschkes neu definiertem „Parlamentarismus-Verständnis" entgegen. Dagegen behauptet Dutschke, daß schon die gute alte APO keineswegs „anti-parlamentarisch" gewesen sei. Das mag für ihn und andere stimmen. Trotzdem drückte die damalige „Räte"-Parole für die Mehrheit der Linken (und auch für uns selbst) einen radikalen Bruch mit dem bürgerlichen Parlamentarismus aus (ohne damit freilich eine spätere Beteiligung an bürgerlichen Wahlen und Parlamenten ganz auszuschließen).

Dutschke hatte und hat offenbar ein anderes Verständnis von dieser „Räte"-Parole, denn er identifiziert sich mit ihr munter weiter, zuletzt offenbar im Rahmen einer Kritik an der Brokdorf-Großaktion (19.2.) in einem „das-da"-Artikel. Auf das unterschiedliche Verständnis der „Räte"-Parole allein, stützt Rudi seine wortgewaltigen Vorwürfe über „Lügen", „Denunziationen" pipapo. Insgesamt gibt der Brief keine neuen Gesichtspunkte für die Auseinandersetzung her. Rudis Hinweis auf seine weitere Identifizierung mit der „Räte"-Parole (bei anderem Verständnis von ihr freilich), ändert allerdings absolut nichts an unserer Kritik an dem „Parlamentarismus-Verständnis" der Betreiber der „linken Kleinpartei".

Rudi Dutschke hat uns telefonisch mitgeteilt, daß er an umfassenden Auseinandersetzungen mit dem KB – insbesondere in unserer Zeitung ARBEITERKAMPF – interessiert sei. Nun, dem steht nichts im Weg. Besser wäre es sogar noch, wenn diese Auseinandersetzung gleichzeitig noch in „das-da" geführt werden könnte (hier hat Dutschke in letzter Zeit häufiger publizieren lassen). Etwas weniger persönliche Empfindsamkeit auf Dutschkes Seiten wäre dabei allerdings angenehm und auch angebracht. An einer persönlichen „Denunziation" der Person Dutschkes – wie uns (irrtümlich?) unterstellt – liegt uns tatsächlich überhaupt nicht. – Also, Ring frei zur ersten Runde ... Als Anfang schlagen wir die Eröffnung einer Parlamentarismus-Debatte vor, wobei Rudi dafür einmal systematisch und umfassend seine Überlegungen darstellen sollte. Wir warten.

„ML"-Kurzmeldungen

Einen ihrer bisher schamlosesten Angriffe gegen die VR Angola und zur Verteidigung des Kolonialismus führte kürzlich die berüchtigte „Peking Buntschau": „Seit die sowjetischen Sozialimperialisten und ihre Söldnertruppen letztes Jahr Angola besetzten, wurde die Landwirtschaft in diesem als ‚Edelstein Afrikas' bekannten Land ruiniert, seine Fabriken stehen still und die Preise sind hochgeschnellt ... Die Produktion ist rapide gefallen und konnte im letzten Jahr nur 10% des inländischen Bedarfs decken ... Daß das angolanische Volk in Not und Elend leben muß, ist ausschließlich (!!!) auf die langandauernde Besetzung durch die Sowjetunion und ihre Söldnertruppen zurückzuführen" (PR, 17.9.77, S. 46). – Man muß wirklich den Eindruck gewinnen, als sei Angola unter der Kolonialherrschaft Portugals das reinste Paradies gewesen! Als wäre es nicht gerade der Kolonialismus – und nicht sowjetische Phantom-„Söldner" – der überall die Länder Afrikas ruiniert und industriell völlig unentwickelt hinterlassen hat!

• • •

Heiteres gibt es hingegen vom „Vorsitzenden Sender" zu berichten, der in Westberlin einen Ein-Mann-Betrieb unter dem Namen „KPD/ML – Neue Einheit" unterhält.

In einer fünfseitigen Erklärung der „KPD/ML – Neue Einheit" wurden kürzlich weitere sensationelle Vorgänge um den 1. Mai 1972 aufgehellt. An diesem geschichtlichen Datum hatte sich die „KPD/ML – Neue Einheit" (damals noch über ca. 100 Anhänger verfügend) in Westberlin an die Spitze der Massen gesetzt bzw. setzen wollen. Die Mini-Demo der „KPD/ML – Neue Einheit" wurde damals von der Polizei brutal zerschlagen. Seither war die „KPD/ML – Neue Einheit" nicht müde geworden, den Markt mit immer neuen Agenten-

damals von der Polizei brutal zerschlagen. Seither war die „KPD/ML – Neue Einheit" nicht müde geworden, den Markt mit immer neuen Agenten-

Geschichten zu versorgen.

In seinem jüngsten Papier (*„Fünf Jahre nach dem Mai 1972"*) deckt „Vorsitzender Sender" jetzt auf, wer damals hinter dem Überfall der Polizei auf die Demo stand: Die *„Pseudomarxisten"*, d.h. konkret die „KPD" und die „KPD/ML".

„Der 1. Mai war das Eingreifen des mit den Pseudomarxisten verbundenen bürgerlichen Staates in die Frage der Partei". „Eine so offene und konzentrierte Entlarvung der Pseudomarxisten wie am 1. Mai 1972 hat es noch nicht wieder gegeben". „Die Entlarvung des Jahres 1972 haben die Organisationen, die damals hinter diesem Überfall standen, niemals richtig verkraftet".

Und noch jemand, außer den „Pseudomarxisten" von „KPD" und "KPD/ML", war selbstverständlich im Spiel: *„Ein wesentlicher Punkt bei den Hintergründen des 1. Mai 1972 ist auch die Infiltration des Sozialimperialismus"*. Die damalige gigantische *„Bespitzelungskampagne"* gegen die „KPD/ML" *„trug allerdings erheblich die Handschrift des KGB. Die Bourgeoisie holte sich sogenannte ‚Fachleute' her, um aus den Erfahrungen des Sozialimperialismus zu lernen"*.

Dies alles *„zwang"*, wie der Kenner der Scene seit langem bruchstückhaft wußte und man nunmehr schwarz auf weiß lesen kann, die Sender-Truppe *„zu außergewöhnlichen Maßnahmen .. . . wie Ausland, Flucht und massive Verteidigung gegenüber Justizverfolgung"*, d.h. vor allem *„Emigration"* Senders nach Schweden. *„Die KPD/ML (Neue Einheit) entwickelte mit ihrer Leitung im Ausland über längere Zeit hinweg eine grundlegend richtige Propaganda ... Mit unseren zum allergrößten Teil noch vom Ausland aus herausgegebenen Flugblättern erreichten wir eine äußerst breite Resonanz"*.

Nicht alles an diesen Vorgängen ist freilich geklärt, so etwa, wenn man jetzt liest: *„Am 2. Juni 1972 gelang es den parteifeindlichen Agenten und Opportunisten unter Ausnutzung der öffentlichen ‚RAF'-Kampagne, den Vorsitzenden Klaus Sender durch eine Intrige und durch die Verbreitung einer direkten Fehlmeldung aus Berlin zu vertreiben, seine Abfahrt zu erzwingen"*. Darüber wüßte man gern noch Näheres.

Es verblüfft kaum noch, wenn es in dem Papier weiter heißt, der 1. Mai 1972 sei „von großer Bedeutung für die Geschichte der Partei und damit auch für den Klassenkampf in unserem Land und, aufgrund seiner politischen Konstellation, sogar noch mehr, für die internationale Auseinandersetzung". Diese Selbsteinschätzung Senders dürfte angesichts der universalhistorischen Bedeutung des „1. Mai 1972" und angesichts der überragenden Persönlichkeit Senders (Er wurde 1972 bei der Wahl des „Großmaul des Jahres" nur ganz knapp von Ernst Aust geschlagen) eher noch untertrieben sein ...

• • •

„KPD"-Vorsitzender Semler seinerseits kann für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, Mao Tse-tung widerlegt zu haben. Laut „Roter Fahne" vom 21.9.77 sagte Semler u.a.: *„Wir haben uns selbstverständlich der*

Anspruch nehmen, Mao Tse-tung widerlegt zu haben. Laut „Roter Fahne" vom 21.9.77 sagte Semler u.a.: „Wir haben uns selbstverständlich der

Mühe unterzogen, das nachzuprüfen, was Genosse Deng Hsiao-ping 1974-76 tatsächlich gesagt hat. Wir haben nochmals die von der ‚Viererbande' gegen ihn erhobenen Anschuldigungen nachgelesen. Wir haben die Beschlüsse der Parteileitung der KP Chinas und die Worte des Vorsitzenden Mao studiert. Eindeutiges (!) Ergebnis dieser Untersuchung ist, daß Genosse Deng Hsiao-ping in dem von ihm vorgelegten Programm den Klassenkampf als das Hauptkettenglied ergriffen hat und nicht etwa vom Erlöschen, sondern von der Fortführung des Klassenkampfes ausging ..."

Mao hatte das allerdings damals etwas anders gesehen: „Dieser Mensch packt nicht (!) den Klassenkampf an, über dieses Hauptkettenglied spricht er nie" (!). So Mao über Deng laut „Renmin Ribao" vom 28.3.76. Daß Mao mit diesem Urteil schief lag, wissen wir nun. Semler und seiner „Partei" sei's gedankt!

• • •

Zahlreiche Beobachter umlagerten am 17. September den AKW-Bauplatz Brokdorf, um den vom KBW und einigen „Spontis" für diesen Tag angekündigten „erneuten Angriff auf den Bauplatz" mitzuerleben. Sie waren umsonst gekommen – das Spektakel war ohne jede Begründung offenbar abgeblasen worden. Auch eine weitere frühere Ankündigung des KBW und seiner „Spontis", zumindest noch im September den „erneuten Angriff auf den Bauplatz" durchzuführen, erfüllte sich bis Monatsende nicht.

Das Ausbleiben des „erneuten Angriffs auf den Bauplatz" rief besondere Überraschung hervor, weil nach Angaben der vom KBW verbreiteten „Komischen Volkszeitung" bereits der für das Unternehmen nötige Zusammenschluß der Arbeiter und Bauernmassen hergestellt worden war.

Unklar ist bisher, ob die Arbeiter- und Bauernmassen den „erneuten Angriff auf den Bauplatz" am 17. September von sich aus abgeblasen haben, oder ob der KBW den Massen aus bisher noch unbekannten Gründen von dem Vorhaben abgeraten hat. Ein neuer Termin für den „erneuten Angriff auf den Bauplatz" wurde vom KBW und seinen Spontis bisher nicht öffentlich bekanntgegeben.

• • •

Für die Neutronenbombe plädiert die rechtsradikale Provokateurstruppe „Marxisten-Leninisten Deutschland" („MLD") in der Septemberausgabe ihrer Zeitung „Die Neue Welt": „Wir Marxisten befürworten für gerechte Kriege die Anwendung der modernen Waffen. Die Neutronenbombe ist eine technologisch hochentwickelte Waffe, zum Einsatz im Gefechtsfeld. Sie ist ein Mittel zur Egalisierung des konventionellen Übergewichts des Sozialimperialismus ... Erste Bürgerpflicht, und gerade unsere Aufgabe ist es, ein ideologisches Klima der Verteidigungsbereitschaft und des Patriotismus zu schaffen. In der Hand von verteidigungsbereiten Bürgern unseres Landes ist die Neutronenbombe eine mächtige Waffe."

Weitere Themen dieses pro-faschistischen Blattes sind z.B. „Keine Kapitulation vor dem Terror!" (zur Entführung Schleyers) mit der gewagten These: *„In der Bundesrepublik gibt es keine ‚Reaktionäre' außer*

stischen Blattes sind z.B. „Keine Kapitulation vor dem Terror!" (zur Entführung Schleyers) mit der gewagten These: „In der Bundesrepublik gibt es keine ‚Reaktionäre' außer

denen, die täglich die Schandtaten und Überfallspläne der Honecker- und Kreml-Faschisten verharmlosen und mit ihrer 5. Kolonne paktieren"; „DKP'lerin Gingold darf nicht Beamte werden! Auch als angestellte Lehrerin untragbar!"; „Das Märchen vom häßlichen Deutschen – Ein sowjetischer Exportschlager", „Bakunin – ein Agent des alten und neuen Zarismus" (die Rede ist von dem anarchistischen Ideologen Bakunin, der im vorigen Jahrhundert lebte!); „Gebt dem Druck der pseudofortschrittlichen Systemveränderer nicht nach!" (Eine zweifellos unheimlich dringende Forderung der „MLD" an die IGM-Führung zu deren kürzlichem ‚Gewerkschaftstag').

Den Fest-Film „Hitler – eine Karriere" kommentieren diese rechtsradikalen Spaßvögel mit den Worten: *„J. Fests Film ist ein sehenswerter Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung und ein antifaschistischer Film. Die hohen Besucherzahlen, darunter besonders Jüngere, sind ein Beweis für das wachsende demokratische (!!) Klima in der Bundesrepublik"*.

Übrigens: Die „MLD" hat jetzt die Absicht, *„mit aller Kraft die Gründung der Partei des deutschen Proletariats für das Jahr 1978 vorzubereiten"*. Es bleibt uns nichts erspart!

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 43 53 46

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte A 02 25 83
239 Flensburg

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2054 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
vor Hertie

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 098831 A
2300 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr und jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr, Holstenstraße zwischen „Kieler Nachrichten" und Buchladen „Montanus"

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein (Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Schleswig
Ute Jensen
Suderholmstr. 17
238 Schleswig

Bremen

Bremerhaven
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Mittwoch und Freitag
16.30 bis 19 Uhr

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 102
2800 Bremen 1

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11-13 Uhr, Kohlmarkt

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11-13 Uhr, Kaufhofpassage

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 067452 A
2970 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z. Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bäckerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg 1

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
Jeden Sonnabend von 10 bis 13.30
Bahnhofstraße

Bochum
Postlagerkarte A 056 028
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstr./Innenstadt
jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
Uni/Mensa

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Kamen
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Essen
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr
Gesamthochschule Essen

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
Vertriebsbüro S. Lissner
Adalbertstraße 29
6000 Frankfurt/M. 90
öffentliche Bürostunde
Mittwoch von 16.30 bis 19.30

Kassel
Florian Rohs
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend von 10.30 bis 13 Uhr
Königsplatz

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Telefon 26 877
Dienstag von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
AK-Lesekreis Freitag 19 Uhr und
Büchertisch jeden Mittwoch
Marstall-Mensa

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum
Salierstr. 59
Jeden Freitag von 16 bis 17.30 Uhr
Leopoldsplatz

Stuttgart
Postlagerkarte 924 a
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12.30 Uhr
Einkaufszentrum am Hertie

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch
12 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa
Langemarck-Platz 4

Fürth
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 81
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr
Altstadt vorm Oberpaur

München
Postlagerkarte 07 19 10 A
jeden Mi. 11-13 Uhr Mensa

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
8500 Nürnberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12 Uhr
Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag
11.30 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa

Westberlin
A. Radtke
Thomasiusstr. 2
1 Westberlin 21
Freitag von 16 bis 19 Uhr

Zweiter Parteitag der »KPD« — wenig Neuigkeiten

Ende Juli fand der 2. Parteitag der vaterländischen „KPD" statt. Die „KPD" hat einen Teil der Ergebnisse inzwischen veröffentlicht, so vor allem in der „Roten Fahne" vom 7. September. Größere Sensationen hat es nicht gegeben, sie waren auch nicht zu erwarten. Wir beschränken uns daher hier auf die Darstellung einiger wesentlicher Punkte:

Gewerkschaftsarbeit

Die einzige politische Neufestlegung auf dem »KPD«-Parteitag wurde auf dem Gebiet der Gewerkschaftsarbeit vorgenommen: Es wurde der Entschluß bekannt gegeben, *»entschlossen und restlos mit unseren falschen Konzepten von ‚Revolutionärer Gewerkschaftsopposition'* (RGO) *oder ‚Revolutionärer Gewerkschaftsbewegung'* (RGB) *und der aus diesen Konzepten beruhenden Politik in den Gewerkschaften zu brechen«*. Dieses »falsche Konzept« habe auf *»einer Überschätzung der Auswirkungen der Krise der Sozialdemokratie im Sinne der Radikalisierung breiter Arbeiterschichten und auf einer Unterschätzung der Gefährlichkeit und des Einflusses des modernen Revisionismus in den Gewerkschaften«* beruht. *»Unser RGO/RGB-Konzept machte es uns unmöglich, uns mit allen, mit denen in den Gewerkschaften ein Zusammenschluß möglich ist, zusammenzuschließen... Es führte im Gegenteil dazu, eine scharfe Trennungslinie zwischen revolutionären und heute noch nicht revolutionären Arbeitern zu ziehen und letztere dem Einfluß der Gewerkschaftsführer und der modernen Revisionisten zu überlassen«* (Resolution »Zur Gewerkschaftsarbeit...«, »RF« vom 7.9., Seite 10 ff).

Hinter dieser Kurskorrektur steht eine abstruse »Analyse«, worin die DKP zum eigentlichen Hauptfeind in den Gewerkschaften hochstilisiert wird. Aus dieser »Analyse« folgt dann eine Übertragung der bekannten weitherzigen Bündnispolitik der »KPD« (»antihegemonistisch-demokratisch«) auch auf die Gewerkschaften. Nicht mehr der »Revolutionär« soll zukünftig in Betrieb und Gewerkschaft herausgehängt werden, sondern der »Antihegemonist«, der mit a l l e n zusammenarbeitet, die gleichfalls in DKP und DDR/Sowjetunion ihren Hauptfeind sehen.

Vaterlandsverteidigung

Auf dem Gebiet der Kriegshysterie gegen die Sowjetunion und der vaterländischen Propaganda soll jetzt offenbar noch ein Zahn zugelegt werden: *»In der Bundeswehr müssen wir die Propagandaarbeit zur Aufdeckung der aggressiven und imperialistischen Natur der heutigen Sowjetunion verstärken. Die von den modernen Revisionisten geschürte Haltung ‚Zerbrecht die Gewehre' muß bekämpft werden. Es gilt angesichts der Kriegsdrohung durch die Supermächte und insbesondere angesichts der drohenden Versklavung ganz Deutschlands durch den sowjetischen Sozialimperialismus, die patriotischen und demokratischen Kräfte zu stärken. Trotz der inneren Schwäche der Bundeswehr als bürgerliche Armee müssen wir danach trachten, daß möglichst große Teile dieser Armee im Falle eines Angriffs des sowjetischen Sozialimperialismus Widerstand leisten. Zur gleichen Zeit ist es notwendig, die reaktionäre und gegenüber dem Ausmaß der sozialimperialistischen Bedrohung blinde Politik der Bundeswehrführung anzuprangern«* (Resolution »Über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der KPD«, »RF« vom 7.9., Seite 3ff). *»Um die Massen angesichts des sozialimperialistischen Expansionsstrebens und der zunehmenden Kriegsgefahr wachzurütteln, müssen wir künftig ein starkes propagandistisches Gewicht auf die Jahrestage des 13. bis 21. August — des Baus der Mauer bzw. des Einmarsches der Sozialimperialisten in die Tschechoslowakei legen. Besonderes Gewicht wird 1978 und danach dem Jahrestag des Münchner Abkommens zukommen, ein negatives Lehrbeispiel, das zu einem Kristallisationspunkt aller antihegemonistischen Kräfte werden soll«* (ebenda).

„Arbeit" in der DDR

Nach dem Vorbild der von Ernst Aust erfundenen »Sektion DDR der KPD/ML« will zukünftig auch die »KPD« in der DDR »aktiv« werden: *»Der Aufbau einer Parteiorganisation in der DDR, die Teil der KPD sein wird, muß in den nächsten Jahren im Mittelpunkt unserer Arbeit in der DDR stehen«*. Gleichzeitig wird aber realistisch eingeschätzt: *»Mit der Arbeit der Partei* (in der DDR — Anm. AK) *werden wir in der nächsten Phase nur einen geringen Teil der Arbeiterklasse unmittelbar und direkt erreichen können«*. Mehr verspricht sich die »KPD« derzeit davon, auf antikommunistischer Wellenlänge unter dem Motto »Hauptfeind Sozialimperialismus« breitere Kräfte in der DDR anzusprechen: *»Schon heute* (!) *existieren in der DDR objektiv die Voraussetzungen für die Bildung einer breiten antihegemonistischen, demokratischen und patriotischen Front«* (ebenda). In Panik geraten wird die SED wahrscheinlich vor allem angesichts der Ankündigung der »KPD«, demnächst innerhalb der Nationalen Volksarmee der DDR *»hartnäckige Arbeit* (zu) *leisten«*. *»In der ‚Nationalen Volksarmee' kommt es darauf an, den Widerstand gegen die sowjetische Fremdherrschaft zu entwickeln, das Bewußtsein der Einheit mit der Arbeiterklasse und den Volksmassen in Westdeutschland zu entwickeln...«* etc. (Resolution »Über die militärpolitischen Aufgaben der KPD«, »RF« vom 7.9., Seite 14 ff).

Bündnispolitik

Neben ihrem bekannten Werben um antikommunistische und antisowjetische Kräfte will die »KPD« zukünftig verstärkt ihre durch die Vaterlands-Linie provozierte Isolierung in der Linken durchbrechen: *»Um die hartgesottenen Revisionisten und ihre trotzkistischen Helfershelfer zu isolieren, ist es notwendig, in eine solidarische und kameradschaftliche Diskussion mit den Organisationen des ‚linken Lagers' einzutreten, die gemeinsamen Interessen und Aufgaben hervorzuheben, offene Debatten, Austausch von Artikeln etc. vorzuschlagen, nach Aktionseinheit zu streben und die uns gegenüber angewandte Isolierungslinie zunichte zu machen«* (»Über die gegenwärtige Lage...«, s.o.). Worum es dabei geht, präzisierte »KPD«-Vorsitzender Semler auf einer Abschlußveranstaltung: *»Auf der Grundlage der vom II. Parteitag beschlossenen Generallinie wird unsere Partei mit Geduld und Zähigkeit daran gehen, innerhalb des im weitesten Sinne ‚linken Lagers' eine Neuorientierung herbeizuführen und den Einfluß der DKP-Revisionisten zu brechen. Es ist notwendig, mit den Organisationen des ‚linken Lagers' in eine kameradschaftliche, solidarische und gleichberechtigte Diskussion einzutreten. Wir müssen uns stets vor Augen halten, daß die modernen Revisionisten der Hauptfeind in der Arbeiterbewegung sind und daß wir den Hauptschlag gegen sie und nicht einen ständigen Rundschlag gegen alle möglichen Abweichungen führen müssen. Der ideologische Kampf innerhalb des ‚linken Lagers' muß die Gedanken und Taten der verschiedenen Organisationen und fortschrittlichen Menschen stets an der Elle messen: geben sie dem ideologischen Einfluß des modernen Revisionismus nach oder drücken sie Widerstand gegenüber dem modernen Revisionismus aus?«* (»RF«, vom 14.9., Seite 9).

Die »KPD« wird also zum einen ihre Versuche intensivieren, unter weitgehender Zurückstellung von »Reformismus-Kritik« u.ä. an antisowjetische Strömungen bei linken Sozialdemokraten, Sozialistischem Büro u.ä. anzuknüpfen. Sie wird aber, zumindest in nächster Zeit, wohl auch ihre Tonart gegenüber den entschiedenen Gegnern der Vaterlandsverteidigungs-Politik, insbesondere dem Kommunistischen Bund, etwas mäßigen.

Die »KPD« wird bei dieser Taktik allerdings auch zukünftig stets vor demselben Problem stehen, mit dem sie schon in der Anti-AKW-Bewegung nicht fertig wurde: Entweder sie propagiert offen ihre antikommunistisch-antisowjetischen Thesen und Parolen. Dann isoliert sie sich letzten Endes. Oder sie verleugnet ihre eigene Politik — dann kann sie sich zwar in fortschrittliche Bewegungen einschleichen, aber es nützt ihr kaum etwas.

„Einheit der Marxisten-Leninisten"

»Gegenüber den Organisationen mit marxistisch-leninistischem Anspruch müssen wir weiterhin unbeirrt für die Einheit der Marxisten-Leninisten eintreten ... In der ideologischen Auseinandersetzung haben wir davon auszugehen, daß es innerhalb der Organisationen mit marxistisch-leninistischem Anspruch die äußerst gefährliche Tendenz gibt, im ‚linken' Gewand den modernen Revisionismus zu unterstützen bzw. selbst zu praktizieren. Dabei haben wir der Tatsache Rechnung zu tragen, daß sich neue Formen einer Abweichung herausbilden, die unter ‚linken' Vorzeichen die Grundlagen des Marxismus-Leninismus revidieren. Dieser schein-linke, in Wirklichkeit ultrarechte Revisionismus ist von der ‚Viererbande' in China praktiziert worden, seine Einflüsse reichen aber tief in die internationale marxistisch-leninistische Bewegung« (»Über die gegenwärtige Lage...«, s.o.).

Semler machte hierzu in seiner Rede auf der Abschlußveranstaltung folgende detailliertere Ausführungen: *»Der II. Parteitag hat beschlossen, entschlossen den Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten fortzusetzen. Dieser Kampf um die Einheit hat allerdings durch die zunehmend ‚links'opportunistische und trotzkistische* (!) *Degeneration der KPD/ML schweren Schaden genommen. Seit der offenen Unterstützung der ‚Viererbande' durch Aust und Schubert gewinnt das Verhalten der KPD/ML einen zunehmend provokatorischen Charakter. Die Aust/Schubert-Gruppe ist in Gefahr, im Sumpf eines pseudolinken Revisionismus unterzugehen. Da hilft nur schärfste ideologische Auseinandersetzung.*

Was den KBW anbelangt, so begrüßen wir seine Annäherung an korrekte Positionen in der Einschätzung der internationalen Lage und gegenüber der VR China. Nach wie vor stehen diese positiven Haltungen einer sträflichen Unterstützung des Sozialimperialismus und modernen Revisionismus, einer haltlosen Beurteilung der Krise des BRD-Imperialismus und auf dieser Einschätzung basierenden hirnrissigen Taktiken gegenüber. Wir werden uns in nächster Zeit um die ideologische Auseinandersetzung mit dem KBW bemühen und werden ihm vorschlagen, an Streitgesprächen über die wichtigsten ideologischen und strategischen Differenzen teilzunehmen« (siehe oben). — Diesen Vorschlag Semlers unterstützen wir wärmstens! Der KBW wäre dann vielleicht endlich mal gezwungen, Farbe zu bekennen, wie er's denn nun wirklich mit der »Theorie der drei Welten« und ähnlichem antimarxistischen Plunder hält!

„ML-Internationale"

Nicht so theatralisch und spektakulär wie die »albanische Internationale«, aber doch unverkennbar und systematisch schreitet der Aufbau einer »chinesischen Internationale« der radikalen Vaterlandsverteidiger voran. So meldete die »Rote Fahne« zum Parteitag Grußadressen von PCMLF (Frankreich), PCUdI (Italien), PCP/ML (Portugal), EKKE (Griechenland), TIIKP (Türkei), PCMLB (Belgien), KEN/ml (Niederlande), RCLB (Großbritannien), SKP (Schweden), KPS/ML (Schweiz), »Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei von Bangla Desh« sowie von der PAC (Südafrika). Auch eine sogenannte »Sektion der ZANU in der BRD und Westberlin« (Simbabwe) hatte sich das Gratulieren zum *»erfolgreichen Parteitag«* der »KPD« sowie ein ausdrückliches Bekenntnis zur »Theorie der drei Welten« (!!) nicht verkneifen können.

»Theorie der drei Welten«: Hua schießt zurück

Seit einigen Monaten führt die Partei der Arbeit Albaniens und ihre »ML-Internationale« eine scharfe Polemik gegen die von der chinesischen Führung verbreitete sogenannte »Theorie der drei Welten« (siehe AK 109, Seite 58/59). Nunmehr mehren sich die Beispiele dafür, daß die chinesische Führung zur kaum noch verhüllten Gegenoffensive gegen die albanische Kritik angetreten ist. Einen wesentlichen Part übernehmen dabei die um die KP Chinas gescharten internationalen Vaterlandsverteidiger.

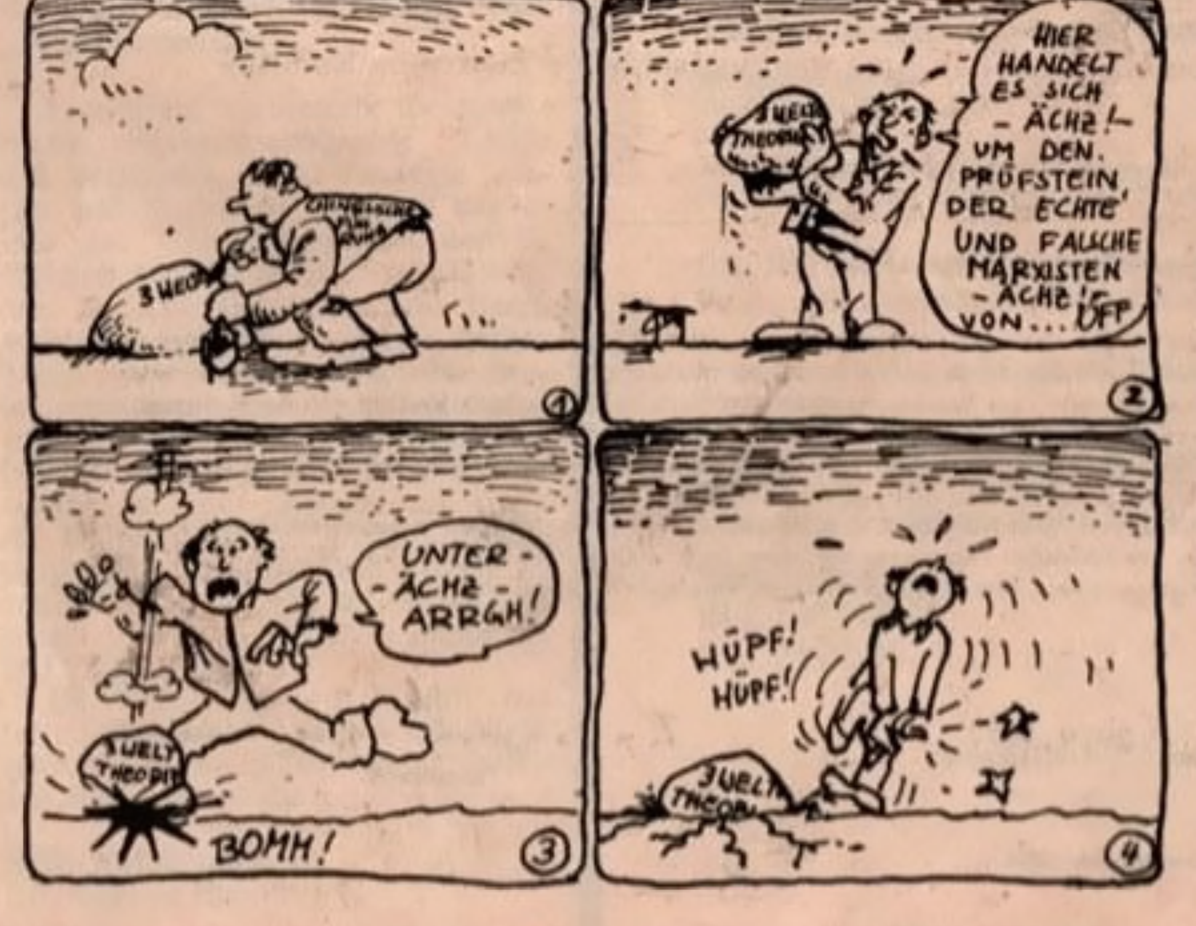
So brachte die chinesische Nachrichtenagentur »hsinhua« am 27. August eine Zusammenstellung von Stimmen, die die »Theorie der drei Welten« ausdrücklich befürworten: Zitate der »KP Australiens (ML)«, der PCMLF (Frankreich), der »Vereinigten Kommunistischen Partei Italiens« von Oswaldo Pesce, der PCMLB (Belgien), der »Marxistisch-Leninistischen Partei der Niederlande«, der »KP der Schweiz (ML)«, der AKP/ML (Norwegen), der halbfaschistischen portugiesischen »PCP/ML« von Vilar, der »KP Griechenlands (ML)« sowie der belgischen »ML«-Organisation AMADA. Die Zusammenstellung der Zitate schloß mit einem eigenen Kommentar der »hsinhua«:

»Ob man die neue strategische Politik des Proletariats anerkennt, die vom Genossen Mao Tse-tung mit dem Drei-Welten-Konzept ausgearbeitet wurde, oder ob man sie nicht anerkennt — das ist ein Prüfstein, wo sich falsche Marxisten von echten Marxisten unterscheiden«.

Enthält dieser Kommentar bereits indirekt den Vorwurf an die albanische Adresse, es handle sich bei der albanischen Führung um »falsche Marxisten«, so äußerte sich beispielsweise die japanische »ML«-Zeitung »Theorie und Praxis« kürzlich noch schärfer und ausführlicher in diesem Sinne. Die chinesische Führung hat diesem Artikel eine weite internationale Verbreitung zugedacht — u.a. wurde er auszugsweise auf drei Seiten der »Peking Rundschau« vom 6. September nachgedruckt. Dieser Artikel stellt die geradezu sensationelle Behauptung auf: *»Das Weltproletariat und alle* (!) *marxistisch-leninistischen Parteien unterstützen entschieden das vom Genossen Mao Tse-tung aufgestellte strategische Prinzip der drei Welten«*. Der Artikel behauptet darüber hinaus, die Grundlage für die Kritik an der »Theorie der drei Welten« sei die revisionistische Theorie Kautskys vom »Ultraimperialismus«. Und weiter: *»Sich gegen eine Unterscheidung zwischen Supermächten und entwickelten Ländern der Zweiten Welt und gegen das Konzept der Bestimmung des schlimmsten Feindes unter den Imperialisten der heutigen Welt, der das Ziel eines konzentrierten Angriffs sein sollte, zu wenden, kommt einem Freispruch der beiden Supermächte ... von ihren Verbrechen gleich.« »Keine Unterscheidung zwischen Haupt- und Nebenfeind zu treffen, sich vielmehr einen Feind nach dem anderen zu machen, das feindliche Lager zu vergrößern und das Angriffsfeuer zu zersplittern — all dies schwächt den Angriff auf den Feind. Eine solche Strategie freut bloß den Feind, hilft ihm, die revolutionären Kräfte zu schwächen, und führt die Revolution in die Niederlage«. »Das marxistisch-leninistische Konzept von der Ausnutzung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern zum Nutzen der Revolution als Kapitulation zu bezeichnen — diese Verleumdung gleicht dem Angriff Trotzkis auf Lenin, als dieser unter Ausnutzung der Widersprüche zwischen den Imperialisten mit den deutschen Imperialisten den Vertrag von Brest-Litowsk abschloß. Dies zeigt, daß diese Verleumdung aus den feindlichen Schützengräben stammt.«*

Die »KPD« hat auf ihrem kürzlichen Zweiten Parteitag durch ihren Vorsitzenden Semler verkünden lassen, daß *» n u r «* durch die sogenannte »Theorie der drei Welten« *»dem Kampf des internationalen Proletariats eine korrekte Orientierung gegeben werden kann«* (»Rote Fahne«, 14.9.77, Seite 7). In der Stellungnahme des Parteitags zur internationalen Lage heißt es: »... *Bei der Analyse der gegenwärtigen Lage in der Welt fand der Parteitag eine unschätzbare Hilfe bei der vom Genossen Mao Tse-tung entwickelten wissenschaftlichen These von der Einteilung der Welt in drei Welten. Mit der einstimmigen Annahme dieser Einschätzung hat der II. Parteitag eine scharfe Trennungslinie zwischen unserer Partei und den modernen Revisionisten sowie den in ihrem Fahrwasser segelnden Opportunisten gezogen. Seit seiner Formulierung ist das Konzept von der Dreiteilung der Welt besonders wütenden Angriffen der modernen Revisionisten mit der KPdSU an der Spitze ausgesetzt ... Bei ihren Angriffen auf die These von der Dreiteilung der Welt bekommen die modernen Revisionisten seit einiger Zeit Unterstützung von Organisationen wie der KPD/ML. In ihrem Dogmatismus verwechseln sie die prinzipielle Notwendigkeit, in allem vom Klassenstandpunkt auszugehen, mit der Notwendigkeit eine ‚kon*kreteAnalyse derkonkreten Situation' *vorzunehmen und landen so als ‚unbefleckte Revolutionäre' mitten im revisionistischen Unrat«* (»RF« vom 21.9., Seite 12). Da wird wieder mal der Sack (»KPD/ML«) geschlagen, um den Esel (Albanien) zu treffen!

Eine weitere Methode der »KPD« ist es, heftig gegen bestimmte Kritiken der KPdSU an der »Theorie der drei Welten« zu polemisieren, wo diese Kritiken absolut identisch mit dem albanischen Standpunkt sind.



Die bisher schärfste und offenste Attacke gegen Albanien kam — wie eigentlich nicht anders zu erwarten — von der rechtsradikalen Provokateurstruppe »MLD« (»Marxisten-Leninisten Deutschland«). In ihrer Zeitung »Die Neue Welt« vom September schreibt die »MLD«: » ... *Schon seit längerem baute Albanien ... eine antichinesische viereinhalbte Internationale auf, die unter dem Vorwand der ‚Verteidigung der Prinzipien' gerade das bekämpfte, was Maoismus und Maotsetungideen, die Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus ist...« »Heute, wo der Hauptfeind der Menschheit der sowjetische Sozialimperialismus ist, verleugnet Albanien die historischen Lehren und hat Angst, nach dem ersten Schritt den zweiten Schritt zu machen, will die zu schmiedende weltweite antisowjetische Einheitsfront (die Anti-Breschnew-Koalition) mit linksradikalen und pseudorevolutionären Phrasen spalten. Chauvinistisch und größenwahnsinnig meint Enver Hodscha, die objektiven Gesetzmäßigkeiten der Welt richteten sich nach seinen Wunschträumen und der ‚Hauptweltwiderspruch' bestünde zwischen der angeblich sozialimperialistischen Welt, sprich Albanien, einerseits und dem Kapitalismus und Imperialismus andererseits, woraus Albanien die Feindschaft zu den blockfreien Ländern, zu den westlichen Demokratien, der EWG, der NATO usw. ableitet. Hier ist Enver Hodscha genau im Fahrwasser der sowjetischen Sozialimperialisten, die den Weltwiderspruch genauso definieren...«.*

Höchstwahrscheinlich leistet die »MLD« damit wieder einmal, wie schon in Sachen Vaterlandsverteidigung, Schrittmacherdienste für die »KPD«.

Tito in Peking — Die »KPD/ML« tobt!

Im September besuchte Jugoslawiens Präsident Tito die VR China. In seiner Bankett-Rede feierte Hua Guo-feng seinen jugoslawischen Kollegen als *»bekannten Staatsmann und einen Initiator der blockfreien Bewegung«*, dessen Besuch in China *»ein neuer Beitrag zur Stärkung der Einheit aller Völker im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus sei«*. Bereits der verstorbene Mao Tse-tung habe, so wußte Hua zu berichten, schon 1975 *»an Präsident Tito seinen Widerstand gegen jeglichen Druck und seine eiserne Standhaftigkeit gerühmt«*. Zusammenfassend äußerte Hua in seiner Bankett-Rede: *»In internationalen Angelegenheiten hat Jugoslawien an einer blockfreien Politik festgehalten, Imperialismus und Hegemonismus bekämpft, die Einheit der blockfreien Länder und anderer Entwicklungsländer verteidigt und andere Völker in ihrem Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit und gegen Aggression und Plünderung unterstützt, wodurch es die Anerkennung der Völker der Welt gefunden hat«* (zit. aus »Peking Rundschau« vom 6.9.77).

Für die »KPD/ML« war Titos Besuch in China der Anlaß, um erstmals offen und unverhüllt gegen *»die in Mißkredit geratene Außenpolitik«* der VR China (»Roter Morgen«, 23.9.77) loszuholzen: *»Mögen die neuen Freunde Titos diesen Dreckhaufen noch so sehr mit Girlanden, Transparenten und roten Fahnen aufputzen, mögen sie um ihn herumtanzen und singen — er bleibt doch ein Dreckhaufen«*, höhnte der »Rote Morgen« (9.9.77). Die chinesische Führung gehe *»bei der Rehabilitierung und der Zusammenarbeit mit den Titoisten«* sogar noch *»h i n t e r h ä l t i g e r«* vor, als etwa die koreanische Regierung, die in einem Kommuniqué zum Besuch Titos in Nordkorea die *»leuchtenden Erfolge«* Jugoslawiens *»beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft«* gelobt hatte, was der »KPD/ML« natürlich auch nicht gefiel. Und weiter: *»Um diesem schäbigen Manöver Gewicht zu verleihen, scheuen sie* (KP Chinas — Anm. AK) *nicht davor zurück, den Namen und das Andenken des Genossen Mao Tse-tung zu beschmutzen, indem sie Gerüchte in die Welt setzen, der verstorbene Führer der KP Chinas habe den Renegaten Tito als einen Mann bezeichnet, der sich keinem Zwang beugt und hart wie Eisen ist«* — hieß es in deutlicher Anspielung auf Huas Bankett-Rede (alle Zitate aus »Roter Morgen« vom 9.9.). *»Weiter konnte man von Titos neuen Freunden hören, daß sie entschieden die Politik der Blockfreiheit unterstützen, wie sie von Jugoslawien verfolgt wird ... Sie können d e s h a l b ihre entschiedene Unterstützung für Titos verlogene ,Blockfreiheit' erklären, weil ihr Konzept der ,Drei Welten' im Grunde das gleiche ist: Auch sie leugnen den grundlegenden unversöhnlichen Widerspruch zwischen der Welt des Sozialismus und der Welt des Imperialismus. Auch sie wollen die Völker auf einen dritten Weg zwischen diesen beiden Welten locken. Ja, sie fordern sogar den Zusammenschluß der Völker mit den Imperialisten der sogenannten ,Zweiten Welt'«* (ebenda).

Mit dem hysterischen Übereifer der Frischbekehrten (man denke an die bekannte Wandlung des Saulus zum Paulus...) bringt die »KPD/ML« in ihrer Polemik auch allerhand lächerliche Übertreibungen hervor: *» ... daß Tito so ,blockfrei' ist wie etwa der Faschist Pinochet«*; daß Jugoslawien ein *»faschistisches Völkergefängnis«* sei; daß Jugoslawien seine Häfen den »beiden Supermächten« als Stützpunkte überlassen habe; daß Tito *»mit Wissen und Hilfe Chruschtschows den konterrevolutionären Putsch in Ungarn und in Polen (1956) organisierte«* (»Roter Morgen« vom 23.9.).

Angesichts der starken Töne der »KPD/ML« gegen den Empfang Titos in der VR China sei daran erinnert, daß dieselben Leute bis zu ihrer Umorientierung nach dem Hua-Putsch (Oktober 1976) mit Vehemenz und Schaum vor'm Maul j e d e außenpolitische Sauerei der chinesischen Führung verteidigt haben — vom Besuch Nixons in der VR China bis zum Besuch von Strauß, Schmidt, Kohl etc., die allesamt als Verteidiger der Unabhängigkeit Europas von der chinesischen Führung hofiert wurden. Strauß bekam damals sogar von Deng Hsiao-ping zu hören, Leute wie ihn gebe es leider viel zu wenig in der Welt! Und das hat, wie es scheint, nicht einmal Hua jetzt zu Tito gesagt!

»KPD/ML«-Boß Aust (»Größter Hohn der deutschen Arbeiterklasse«) sprang damals noch persönlich in die Bresche, um Kritiker in seiner »Partei« an der chinesischen Außenpolitik mundtot zu machen. In seiner berüchtigten »Kieler Rede« (siehe »Roter Morgen« vom 5.4.75) erklärte Aust dazu:

„Gerade der Straußbesuch in der VR China und sein Empfang durch den Genossen Mao Tse-tung haben hier bei uns in Westdeutschland und Westberlin innerhalb derer, die sich Marxisten-Leninisten nennen, beträchtliche Verwirrung ausgelöst und haben noch klarer die Geister geschieden. Verständlich, daß die modernen Revisionisten und ihre Ableger wie der ,K'B Nord ... in ein wüstes Geschrei und Geschimpfe ausbrachen ... Doch wenn wir ganz selbstkritisch sind, gab es auch bei uns gewisse Schwankungen, wie sie sich in einigen Flugblättern u.a. ausdrückten. Nicht, daß etwa jemand den Empfang kritisiert hätte, nicht, daß es auch nur die geringsten Schwankungen im Vertrauen zur Politik der VR China gegeben hätte, nur das eben genügt nicht: Man muß das W e s e n dieser Politik begreifen.

Was war es denn, was uns die Arbeiter fragten, was sie von uns wissen wollten ? ,Warum hat Mao den Strauß persönlich empfangen?' Und da genügt es eben nicht, die Korrektheit der Prinzipien der Aussenpolitik Chinas zu erklären, die Thesen der Revisionisten vom sogenannten ,Rechtskartell', dessen Hauptvertreter Strauß sein soll, zurückzuweisen, da hätte es auf eine



klare Frage einer klaren Antwort bedurft. Nämlich die: Jawohl, es war richtig und wir begrüßen es, daß der Genosse Mao Tse-tung den CSU-Vorsitzenden Strauß empfangen hat! Denn im Gegensatz zu den anderen Herren, die Peking besuchten, im Gegensatz zu den Exponenten der SPD/FDP, hat Strauß in China klipp und klar sich gegen das Vormachtstreben der zwei Supermächte, besonders gegen den

gegen das Vormachtstreben der zwei Supermächte, besonders gegen den

sowjetischen Sozialimperialismus, gewandt, ist er gegen die Entspannungsdemagogie und für eine Stärkung der Verteidigungsbereitschaft der westeuropäischen Staaten gegen den Sozialimperialismus eingetreten. Wie weit er diese Politik, sollte er im nächsten Jahr in die Regierung kommen, vertreten wird, ist eine andere Sache.

Daß dies nicht so klar gesagt worden ist, hat seine Ursachen in einem gewissen Zurückweichen vor den Angriffen der modernen Revisionisten. Man möchte sich nicht gern in die ,rechte Ecke' drängen lassen, man scheut sich, mit Reaktionären wie Strauß auf eine Stufe gestellt zu werden. Dabei ist das absoluter Unsinn. Indem wir diesen oder jenen positiven Aspekt in der Politik einer Regierung oder einer Persönlichkeit des politischen Lebens anerkennen, heißt das noch lange nicht, daß wir ihre Politik insgesamt unterstützen oder etwa unseren Klassenstandpunkt aufgeben" (Aust lt. „RM" vom 5.4.75).

Diese Äußerungen wurden bis heute ebensowenig selbstkritisch zurückgenommen wie die »Kieler Rede« insgesamt oder wie irgendeine andere der periodisch ausbrechenden Irrsinns-Tiraden von »Vorsitzendem« Aust.

periodisch ausbrechenden Irrsinns-Tiraden von »Vorsitzendem« Aust.

Was also soll jetzt plötzlich die ganze scheinheilige Aufregung über den Empfang Titos in Peking? Schlimmer als Strauß, Kohl, Schmidt und all die anderen imperialistischen Politiker, die in den letzten Jahren in Peking zum »Kampf gegen den russischen Sozialimperialismus« ermuntert wurden, ist Tito ganz gewiß nicht. Und schlimmer als Aust's seinerzeitiges erschrockenes Bekenntnis zu den »positiven Aspekten« in der Politik von F.J. Strauß sind auch die Lobreden Huas auf Tito ganz gewiß nicht. Würde es der »KPD/ML« um politische P r i n z i p i e n gehen und nicht bloß um den Wechsel ihres Leitsterns (statt China jetzt Albanien), so wäre eine selbstkritische gründliche Aufarbeitung und zudem endlich die Trennung von dem Schwachkopf Aust notwendig. Aber d a s scheint wohl nicht geplant zu sein.

Schmierer und seine Rechtsanwälte

Daß der KBW-Vorstand keine besonders glückliche Hand in der Auswahl seiner Rechtsanwälte hat, weiß man mittlerweile. Nunmehr zum dritten Mal erreichte uns vom KBW eine mit furchteinflößenden Drohungen versehene Aufforderung vom KBW bevollmächtigter Rechtsanwälte, eine „Gegendarstellung" abzudrucken, widrigenfalls der KBW-Vorstand durch seine Rechtsanwälte **„die erforderlichen Schritte einleiten"** wolle. Leider scheinen die vom KBW-Vorstand beschäftigten Rechtsanwälte zumindest d i e Gemeinsamkeit zu haben, daß sie nicht wissen, was überhaupt der Begriff „Gegendarstellung" bedeutet. In diesem Fall geht es darum, daß wir in AK 113 irrtümlich geschrieben hatten, der KBW habe zur Schleyer-Entführung „nichts" geschrieben. Dabei war übersehen worden, daß in der „KVZ" des KBW vom 12.9.77 auf der Seite 2 in der Tat eine Mini-Notiz (44 Zeilen) unter der ahnungslosen Überschrift „Beförderungskarussell" erschienen war, die sich mit der Entführung befaßte.

Die Anwälte des KBW, in diesem Fall Herr Borowsky und Frau Laubach aus Frankfurt, sind nun der irrigen Auffassung, sie könnten uns unter Berufung auf das Pressegesetz zwingen, als Gegendarstellung die betreffende Notiz aus der „KVZ" vollständig abzudrucken. Da sollen sie mal ruhig „die erforderlichen Schritte einleiten", dabei können sie nur dazulernen! Als Trost drukken wir dafür nebenstehend die ihnen von Schmierer persönlich ausgestellte Prozeßvollmacht ab, die uns sehr gut gefallen hat.

Rechtsanwälte kosten Geld. Der KBW scheint's zu haben, wenn er sich solche Eskapaden erlauben kann. In den beiden bisherigen Fällen hat der KBW-Vorstand es letzten Endes vorgezogen, auf seine „Gegendarstellung" zu verzichten, ohne „die erforderlichen Schritte einzuleiten". Wenn er diesmal von dieser Regel abweichen sollte, wird's den KBW noch mehr Geld kosten. Wir raten ab. D i e s e Beratung ist unentgeltlich.

AK-Redaktion

H.-Jürgen Borowsky
Birgit Laubach
Rechtsanwälte
Mainzer Ldstr. 147/III - Postfach 190 366
6000 Frankfurt
Tel.: (0611) 730101 und 730102
Gerichtsfach 393
Postscheckkonto: Frankfurt/M. 871 12-609

Prozeßvollmacht

Soweit Zustellungen statt an den Bevollmächtigten auch an die Partei unmittelbar zulässig sind (z. B. § 16 FGG, § 8 VwZG), bitte ich diese nur an meinen Bevollmächtigten zu bewirken.

wird hiermit in Sachen Kommunistischer Bund Westdeutschland, Zentrales Komitee

gegen J. Reents Verlag Hamburg

wegen Gegendarstellung

Prozeßvollmacht erteilt.

Die Vollmacht ermächtigt zu allen den Rechtsstreit betreffenden Prozeßhandlungen, insbesondere zur Stellung von Anträgen auf Scheidung der Ehe und Anträgen in Folgesachen, zur Erhebung der Widerklage, zur Vornahme und Entgegennahme von Zustellungen, zur Bestellung eines Vertreters, zur Beseitigung des Rechtsstreits durch Vergleich, Verzicht und Anerkenntnis, zur Einlegung und Zurücknahme von Rechtsmitteln und zum Verzicht auf solche, ferner zur Empfangnahme von Geldern und Wertsachen, insbesondere des Streitgegenstandes und der vom Gegner, der Justizkasse oder anderen Stellen zu erstattenden Kosten sowie zur Verfügung darüber ohne die Beschränkung des § 181 BGB.

Die Vollmacht erstreckt sich auch auf Nebenverfahren, z. B. Arrest und einstweilige Verfügung, Kostenfestsetzung, Zwangsvollstreckung einschl. der aus ihr erwachsenden besonderen Verfahren (z. B. ZPO §§ 726–732, 766–774, 785, 805, 872 ff. u. a.), Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung, Hinterlegungsverfahren, Vergleichsverfahren und Konkurs.

Frankfurt/M., den 29.9.1977

(Unterschrift)

Form. Nr. V 104. Prozeßvollmacht. (8823)

Das wird spannend:
Provokateure drohen dem KB

Finstere Drohungen gegen den KB und gegen den ARBEITERKAMPF hat die rechtsradikale Provokateursgruppe „MLD" in der September-Ausgabe ihrer Zeitung „Die Neue Welt" ausgestoßen. Unter der wahrlich furchteinflößenden Überschrift „Ernste Warnung an den Arbeiterkampf" ist da zu lesen: *„Uns stört . . . nicht, daß der ,Arbeiterkampf' und andere Blätter uns ,CIA-Agenten', ,Provokateure', ,Rechtsradikale' und ,Nazis' nennen – die Beweislast vor dem politischen Publikum liegt bei ihnen! Wenn aber diesen Verleumdungen Taten folgen – sei es sachliche Falschinformationen, Denunziationen, tätliche Angriffe oder Überfälle, so zahlen wir mit barer Münze, und zwar reichlich. Hierzu schöpfen wir auch alle staatlichen und polizeilichen Möglichkeiten, die die bürgerliche Demokratie zum Schutz der Meinungsfreiheit, der politischen Parteien und der Personen gewährt, voll aus. . . Auf jeden Fall werden und müssen wir weniger liberal sein, als es die staatlichen Stellen gegenüber ,Arbeiterkampf' und seinen Schreibtischtätern sowie Gefolgsleuten offenbar sind".*

Die Drohung ist ebenso leer wie amüsant. Wir bezweifeln nicht im geringsten, daß diese Provokateure - ob es Profis sind oder Amateure, sei dahingestellt! - uns schon lange ein Gerichtsverfahren angehängt hätten! Eben daran scheint es zu hapern. „Sachliche Falschinformationen", die sie uns unterstellen, konnten sie uns in Wirklichkeit offensichtlich bis heute nicht nachweisen. Von „tätlichen Angriffen" ganz zu schweigen. Immerhin scheint der „MLD" die Sache aber doch so wichtig zu sein, daß sie uns den entsprechenden Schnipsel aus ihrer Zeitung an unsere Redaktionsadresse schickt - per Einschreiben!

Fast gleichzeitig erreichte uns ein ähnlicher Drohbrief von Rolf Hansmann, den wir als Agent der „MLD" im BDP/BDJ bezeichnet hatten (AK 108). Hansmann legt Wert auf die Behauptung, er sei *„weder Agent von irgend jemand, noch von irgendeiner Organisation. Ich bin nicht Mitglied einer Organisation mit Namen MLD"*. Daran anschließend droht Hansmann uns in seinem Schreiben vom 6.9. noch: *„Ich möchte Ihnen weiter dringend empfehlen, ähnliche Äußerungen in Zukunft zu unterlassen. Ich sehe mich sonst gezwungen, gerichtlich gegen Sie vorzugehen"*. Die „MLD" und der Herr Hansmann haben offensichtlich sehr, sehr viel Vertrauen in die bürgerliche Klassenjustiz. Aber auch die Möglichkeiten der bürgerlichen Justiz haben irgendwo ihre Grenzen. Es käme auf einen Versuch drauf an ...

„Euros" – schlimmer als die „ML"er

Es soll ja immer noch Sozialisten geben, die den sogenannten „Euro-Kommunismus" für eine l i n k e (!!) Alternative zum Revisionismus halten. Mögen folgende Episoden aus dem Leben der französischen „Euro"-PCF sie in ihrem Glauben bestärken:

1. Episode: In einem Interview mit „Le Monde" (15.9.77) warf der französische Außenminister de Guiringaud der PCF u.a. vor, sie wolle die französische Atombewaffnung „einfrieren". Politbüro-Mitglied Kanapa gab daraufhin im Namen der PCF eine Stellungnahme ab („Le Monde", 16.9.77), in der er zu diesem Punkt ausführte: „*Wenn uns de Guiringaud die Absicht unterstellt, die Atombewaffnung ‚einzufrieren', dann erlaubt er sich schlicht eine Lüge. In Wirklichkeit hat sich die PCF sehr klar dafür ausgesprochen, daß eine französische Atombewaffnung aufrechterhalten wird, die sich auf dem Niveau befindet, das nötig ist, um jeden davon abzuschrecken, die Unabhängigkeit und Integrität des Landes anzutasten. Unsere Dokumente sagen unzweideutig, daß dies auch wissenschaftlich-technische Fortschritte einschließt*". Da kann sich jeder „ML"-Vaterlandsverteidiger noch eine Scheibe von abschneiden!

2. Episode: Anfang September fand in Frankreich das Manöver „Demeter" statt, eines der bisher umfangreichsten Manöver der französischen Armee. Besonderer Wert war dabei darauf gelegt worden, „Volksnähe" zu demonstrieren, vor allem die Kinder zum „Spielen" an Panzern und Geräten anzulocken usw. Die Begleitmusik dazu spielte das PCF-Organ „l'Humanite", das unter der Überschrift „*Die Armee unterm Volk*" Frohsinn über die „*von der Volksbegeisterung im Sturm eroberten Panzer und Fahrzeuge*" verbreitete. Das war so starker Tobak, daß sogar die Vaterlandsverteidiger von der PCR (ML) die PCF deswegen kritisierten! („LeQuotidien du Peuple", 10.9.77).

3. Episode: Am 13. September wurde in Bouvesse-Quirieu (Dep. Isere) ein Anschlag auf eine u.a. in der AKW-Erstellung tätige Baufirma verübt. Ein ähnlicher Anschlag war kurz zuvor auf Anlagen des staatlichen Energie-Konzerns EDF verübt worden. In beiden Fällen bezeichneten sich die Attentäter als „comité antinucleaire" (Anti-AKW-Komitee). Die PCF des Dep. Isère gab dazu folgenden schaurigen Kommentar: „*Wir klagen das Verhalten der Regierung an, die es zuläßt, daß weiterhin solche Anschläge stattfinden, die sich in unserem Department gegen die EDF und heute gegen einen Privatbetrieb richteten. Jedes demagogische Verhalten oder jedes Zugeständnis gegenüber den Anti-AKW-Komitees, wie es bei den Sozialisten des Dep. Isère am 30. und 31. Juli der Fall war* (gemeint ist die Malville-Demonstration – Anm. AK), *kann nur den Herrschenden dienen*" (zit. nach „Le Monde" vom 16.9.77). Die PCF will also nicht nur in bester Manier der Herrschenden Anschläge dazu benutzen, um die gesamte Anti-AKW-Bewegung zu diffamieren (Die PCF tritt natürlich kräftig f ü r AKW's ein!), sondern es sollen auch noch die ‚Sozialisten' Mitterands denunziert werden, die sich angeblich „zu solidarisch" mit der Anti-AKW-Bewegung gezeigt haben.

Was hält übrigens die DKP – allzeit bereit, mit dem Finger auf die „ML"er zu zeigen und deren Dussligkeiten für ihre Chaoten-Hetze auszunutzen – von diesen Praktiken ihrer französischen „Bruderpartei" ab?! Wer im Glashaus sitzt...!

Schon wieder: Vaterlandsverteidiger verteidigen auch AKWs

Schon vor einigen Monaten berichteten wir über die Stellungnahme der „PCP/ML", der portugiesischen „Bruderpartei" unserer einheimischen „KPD", f ü r das Atomprogramm der Soares-Regierung und f ü r die Errichtung von AKWs in Portugal (unter Hinweis auf den bekannten „Hauptfeind Spezialimperialismus"...).

Nunmehr hat sich die „KPS/ML", Schweizer „Bruderpartei" der „KPD", in der August-Nummer ihrer Zeitung „oktober" in ähnlichem Sinn geäußert.

Die „KPS/ML" wendet sich in ihrer Stellungnahme gegen die von der Schweizer Anti-AKW-Bewegung erhobene Forderung nach einem „Vierjährigen Baustopp". Diese Forderung sei „*schlaue Demagogie*". „*Mit der bekannten Salamitaktik soll versucht werden, jeden weiteren Fortschritt im Bereich der Atomenergie abzubrechen und die Entwicklung von Technik und Wissenschaft zu sabotieren... Die große Mehrheit der Arbeiterklasse und des Volkes fällt auf diese Rattenfängerei nicht hinein, wir Kommunisten unterstützen die Arbeiterklasse und das Volk im Widerstand gegen solche Manipulationen*". „*Ein besonderes Interesse, den Bau von Atomkraftwerken in der Schweiz zu verhindern, haben die Agenten der zwei Supermächte, vor allem die Agenten des russischen Sozialimperialismus, die Revisionisten von PdA-Poch usw. ... Reaktionäre und Revisionisten wollen im Volk Angst und Panik verbreiten, sie wollen die grundsätzlich positive Einstellung der Arbeiterklasse zu Technik und Fortschritt, zur Entwicklung der Produktivkräfte und zur Nutzung der großen Möglichkeiten der Atomenergie unterminieren. Sie malen den Teufel an die Wand und wollen verhindern, daß die Probleme der Sicherheit gelöst werden, sie wollen*

Fortschritt, zur Entwicklung der Produktivkräfte und zur Nutzung der großen Möglichkeiten der Atomenergie unterminieren. Sie malen den Teufel an die Wand und wollen verhindern, daß die Probleme der Sicherheit gelöst werden, sie wollen

verhindern, daß sich eine sachliche und demokratische Diskussion entwickelt. Mit Forderungen wie dem allgemeinen Baustopp wollen sie der Schweiz und der Schweizer Arbeiterklasse einen schweren Schlag versetzen. Alle proletarischen sozialistischen Kräfte müssen ihnen entgegentreten".

Wenn die „KPD" mit einer entsprechenden totalen „Kurskorrektur" noch allzu lange wartet, läuft sie Gefahr, den Anschluß an die „marxistisch-leninistische Weltbewegung" wieder zu verlieren!

Ein originelles Souvenir für Leonid ...

Am 12. September besuchte der UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim den sowjetischen Staats- und Parteichef Leonid Breschnew. Da dieser für seine monumentale Ordens-Sammlung weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt ist, tat Herr Waldheim in aller Eile noch etwas Nettes für den Gastgeber ins Gepäck: eine „Friedensmedaille"...

Tags drauf verbreitete die sowjetische Nachrichtenagentur TASS, daß Breschnew damit für seine „stetige und fruchtbare Tätigkeit zugunsten des Weltfriedens und der Sicherheit der Nationen..." geehrt worden sei. Dies wiederum war Herrn Waldheim offenbar doch zu starker Tobak, und so ließ er am 16. September dann einen UNO-Sprecher verkünden, daß die „Friedensmedaille" als „persönliches Geschenk" anzusehen ist. Jene „Friedensmedaille" sei überdies im „...UNO-Souvenirshop in Gold, Silber und Bronze zu kaufen ...". Leonids Ausführung kostet – Gold natürlich – immerhin 1035 DM ... (ap, 16.9.77).

Da wollte Herr Waldheim nur freundlicherweise dem Ordensfetischismus Leonids ein wenig huldigen, und dann sowas ...

RGW-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Initiative fortschrittlicher Kulturschaffender

Tri Bühne NR. 3

DASS DU DICH WEHREN MUSST, WENN DU NICHT UNTERGEHEN WILLST DAS WIRST DU DOCH EINSEHEN. BRECHT

EINE ZENSUR FINDET NICHT STATT

Lob der Zensur P.P. Zahl

DOKUMENTATION DER IFK-VERANSTALTUNG

Die neue TriBühne enthält die vollständige Dokumentation der Solidaritätsveranstaltung der IFK mit dem Hamburger Klecks-Theater.
Fast alle Texte sind Theaterstücke, Lieder und Gedichte gegen die Zensur. U. a. von Brecht, dem Klecks-Theater, P.P. Zahl (bisher unveröffentlicht), Steve P. Peinemann, Bernhard Laux und Gruppen der IFK. Für politische Gruppen und Initiativen und auch für fortschrittliche Theater- und Songgruppen kann diese TriBühne daher gute „Anregungen" geben.

Preis: DM 1,50

Zu beziehen über Reents Verlag, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50 und IFK c/o Heiko Nitschke, Kottwitzstraße 34, 2000 Hamburg 20

Bestellungen bei
Verlag J. Reents, Lerchenstr. 75, 2 000 Hamburg 50
Telefon 040/43 53 06 oder 43 63 20

Portokosten gehen zu lasten des Empfängers; pauschal sind bei Einzelbestellungen 0,40 DM mit zu überweisen auf unser Konto
Dresdner Bank Hamburg–BLZ 200 800 00–Kto. 451 83 78 oder
Postscheckamt Hamburg–BLZ 200 100 20–Kto. 240 59 03
Bei Abnahme größerer Mengen durch Bürgerinitiativen, Buchläden etc. Rabatt nach Absprache.

Bücher und Broschüren

Aus Betrieb und Gewerkschaft:
- o Drucker-Streik – Ein großer Kampf, ein mieser Abschluß! Juni 76, 66 Seiten, A 4 — DM 2,50
- o GEW: Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie 108 Seiten, A 5 — DM 3,50
- o Ernst Thälmann, Über Gewerkschaften 120 Seiten, Paperback — DM 3,50

Kampf dem Faschismus:
- o Droht ein neuer Faschismus? 279 Seiten, Paperback — DM 9,50
- o Kampf dem Faschismus 300 Seiten, Paperback — DM 11,00
- o Modell Deutschland – Berufsverbote September 76, 64 Seiten, A 5 — DM 2,50
- o 20 Jahre KPD-Verbot – Kampf dem Antikommunismus August 76, 54 Seiten, A 5 — DM 2,50
- o Schleswig-Holstein „braun durchdrungen" Juni 76, 48 Seiten, A 4 — DM 2,00
- o Braune Rattenfänger im Umweltschutzgewand: Weltbund zum Schutz des Lebens Juni 76, 8 Seiten, A 4 — DM 0,50
- o Die CDU war immer schon die Hauptpartei der Reaktion September 76, 40 Seiten, A 4 — DM 3,00

SPD
- o Das „kleinere Übel", das zu immer größeren Übeln führt Oktober 76, 68 Seiten, A 5 — DM 3,00

Westdeutsche Linke
- o Angola war nur der Anfang März 76, 28 Seiten, A 4 — DM 1,50
- o KBW am Scheide-Weg Oktober 75, 56 Seiten, A 4 — DM 3,00
- o Wie der KBW der Bewegung gegen den § 218 schadet Februar 76, 16 Seiten, A 4 — DM 0,30
- o Der KBW lügt Juni 75, 8 Seiten, A 4 — DM 0,30
- o Ist der Arbeiterbund noch zu retten? September 76, 64 Seiten, A 5 — DM 3,00

Februar 76, 16 Seiten, A 4 — DM 0,30
o Der KBW lügt Juni 75, 8 Seiten, A 4 — DM 0,30
o Ist der Arbeiterbund noch zu retten? September 76, 64 Seiten, A 5 — DM 3,00

Internationales:
- o Zum Nahost-Problem 48 Seiten, A 4 — DM 2,00
- o Palästina – Interviews mit dem Widerstand Februar 74, 120 Seiten, A 4 — DM 6,00
- o Einige Grundfragen der afrikanischen Revolution Mai 76, 24 Seiten, A 4 — DM 1,50
- o Es lebe die afrikanische Revolution! Juni 76, 30 Seiten, A 4 — DM 2,00
- o S. Mutumbuka (ZANU): Schlacht um Zimbabwe Juli 76, 24 Seiten, A 4 — DM 2,50
- o MPLA: Vitoria Certa – Der Sieg ist gewiß September 75, 30 Seiten, A 4 — DM 1,00
- o Soldatenbewegung in Westeuropa Februar 76, 55 Seiten, A 4 — DM 1,00

Sozialismus
- o Zur Außenpolitik der VR China 3. Auflage August 76, 58 Seiten, A 4 — DM 3,00
- o Die chinesische Kulturrevolution in Dokumenten Februar 74, 134 Seiten, A 4 — DM 8,00
- o Albanien – Ein Reisebericht Juli 76, 40 Seiten, A 5 — DM 2,00

ABONNEMENT

ARBEITERKAMPF, Zeitung des Kommunistischen Bundes
- o Jahresabonnement (erscheint 14-tägig) — DM 47,50
- o Förderabo — DM 60,–
- o Bitte schickt mir ein Freiexemplar
- Ich bestelle ältere Nummern zum Thema ....

REBELL, Jugendzeitung des Kommunistischen Bundes
- o Jahresabonnement (mindestens 8 Ausgaben) — DM 6,40
- o Förderabo — DM 8,–
- o Bitte schickt mir ein Freiexemplar
- Ich bestelle ältere Nummern zum Thema ....

DIE INTERNATIONALE, Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus
- o Jahresabonnement (mindestens 6 Ausgaben und alle Sondernummern) — DM 14,40
- o Förderabo — DM 20,–
- o Bitte schickt mir ein Freiexemplar
- Ich bestelle ältere Nummern zum Thema ....

Lieferung erfolgt nur gegen Vorauskasse:

o PSchA Hamburg, BLZ 200 100 20, Kto. 24 05 95

o J. Reents, Dresdener Bank AG Hamburg, BLZ 200 800 00, Kto. 45 18 37 8

Anschrift ....

....

....

Datum Unterschrift

APO-Nachlese durch die DKP-Brille

„Vor 10 Jahren entstand die Außerparlamentarische Opposition. Eine Flut von Büchern und Zeitschriftenartikeln versucht sich derzeit in APO-Vergangenheitsbewältigung". („das da", Sept. 1977). – Mit besonders großem Erfolg „versucht sich" darin der profilierte Chaoten-Fresser E.A. Rauter (DKP): Seine *„kritische Bestandsaufnahme"* (Originalton „das da") unter dem schnoddrigen Titel **„Wie überflüssig war die APO?"** konnte Rauter – ein kleines Kunststück! – gleichzeitig bei den verfeindeten Brüdern „konkret" (DKP mit einem kleinen Hauch „Euro") und „das da" (linkssozialdemokratisch) absetzen, außerdem wurde eine gekürzte Fassung von Rauters Artikel in der DKP-orientierten „Deutschen Volkszeitung" und eine Mini-Fassung in der DKP-Tageszeitung „UZ" abgedruckt.

Offenbar hat E.A. Rauter mit seiner angeblichen „kritischen Bestandsaufnahme" der APO ihnen allen aus der Seele gesprochen bzw. geschrieben – DKP, „Euros" und linke Sozialdemokraten. Gelungen ist ihm dieser bemerkenswerte Effekt mit einer im linken Lager bisher beispiellosen Verhöhnung und Diffamierung all dessen, was die APO als M a s s e n bewegung wirklich war und was sie an Fortschrittlichem hervorgebracht hat.

es einfühlsam und kenntnisreich beschreibt: Als Gerangel um einen guten Platz im TV-Programm, als Korruption im „linken" Mäntelchen, als „linke" Aufstiegsleiter zu einer bürgerlichen Karriere oder doch wenigstens zu einem bürgerlichen Einkommen, als hemmungslose Geschäftemacherei. Daß ausgerechnet einer aus der „schicken Szene" von damals dies alles heute „d e r APO" anzulasten versucht, und daß er das auch noch ausgerechnet in „Piggy" Röhls „das da" treibt – das entspricht allerdings genau der in der „schicken Szene" herrschenden Unverfrorenheit. Es ist dieselbe Unverfrorenheit, die auch K.R. Röhl kennzeichnet, wenn er – Besitzer einer Villa an der Elbchaussee und anderer weltlicher Güter – im selben „das da"-Heft (Sept. 1977) zum Besten gibt, *„die Terroristen"* und *„Ponto-Mörder"* seien allesamt *„gelangweilte höhere Töchter und Söhne der Villenvororte"*, die *„die Kaviarfresserei satt"* hätten, und die statt *„Reiten, Tennis und Golfspielen"* jetzt den Terrorismus *„als neue gehobene Sportart der höheren Stände"* betreiben würden (Diese Meinung teilt K.R. Röhl übrigens mit „Bild"-Boehnisch und F.J. StrauSS, beide gleichfalls Villen-Besitzer).

Was da s t i n k t, ist keineswegs d i e APO, sondern sind die kritischen Bestandsaufnehmer Rauter, Röhl und Konsorten.



Die „linke Schickeria" rümpft die Nase über ihren eigenen Gestank

E.A. Rauter reduziert in seinem Artikel kurzerhand die gesamte APO auf *„linke Schickeria"*, auf *„zukünftige Redakteure, Professoren, Rechtsanwälte, Verlagsleiter, Fernsehabteilungsleiter und Ärzte"*, auf *„bürgerliche Journalisten und ihre APO-Bekanntschaften"*. Da drängen sogenannte „APO-Sprecher" karrieregeil ins Scheinwerferlicht, da bekommt Cohn-Bendit von Rowohlt mal so eben 50.000 Märker als Vorschuß für *„einen völlig überflüssigen Text"* (Rauter) rübergeschoben, und überhaupt: **„Die ‚Führer' waren bald so korrupt wie alte bürgerliche Politiker und wie die bürgerlichen Redakteure, nur mit schärferem Hunger, ungeduldigeren Eckzähnen".**

Mit anderen Worten: Es ist alles genauso gekommen, wie es Springers „Bild" den Arbeitern ja schon 1967 vorausgesagt hat !!

Daran ist soviel richtig, daß es d i e s e Seite der APO tatsächlich a u c h gegeben hat – die ganze verkommene „schicke Szene", die sich selbst dann und wann in ihrem Wahn auch wohl für „d i e APO" gehalten haben mag. Und es offensichtlich auch heute im Rückblick noch tut. Denn aus eben dieser „schicken Szene" kommt – trotz seines affektierten pseudo-proletarischen Getues – Rauter selbst, kommt „das da"-Herausgeber K.R. Röhl und kommt im wesentlichen auch die heutige „konkret"-Mannschaft.

S i e haben „die APO" sicher wirklich so erlebt, wie E.A. Rauter

Die APO, das war in erster Linie nicht die „schicke Szene", sondern das waren gerade diejenigen, von denen E.A. Rauter konkret überhaupt nicht spricht: Die zigtausende von Schülern und Studenten aus relativ bescheidenen Verhältnissen und ohne große Karriereaussichten, und ebenso – was Rauter aus ‚gutem' Grund völlig verschweigt – zigtausende von erstmals „politisierten" Jungarbeitern und Lehrlingen, resignierte kommunistische und linkssozialdemokratische Arbeiter, die erstmals wieder neuen Mut schöpften und wieder aktiv wurden.

Sie alle bleiben bei Rauter im Dunkeln, weil sie nicht in das lächerliche Zerrbild passen, das sich die „schicke Szene" von der APO machte und macht. Es ist schon so – Rauter und Hua mögen's verzeihen! – wie Mao sagte: „Es sind die Volksmassen und nur die Volksmassen, die die Geschichte vorantreiben". Und die APO war, gemessen an den Verhältnissen dieses Lendes, eine der bedeutendsten M a s s e n - bewegungen der Nachkriegsgeschichte. Das fällt bei E.A. Rauter völlig unter den Tisch.

Die Arbeiterbewegung als Mythos

„Während die Arbeiter um ihre Rechte kämpften, machten sie Klamauk" – unter diesem Motto stellt E.A. Rauter das Verhältnis der APO zur Arbeiterbewegung dar. Rauter unterstellt der APO, sie habe – teils aus eigenem Klasseninteresse, teils aus Dusseligkeit (Rauter nennt das: *„Effekt des bürgerlichen Informationsentzuges auf die Gehirne der Demonstranten"*) – die Arbeiterbewegung und deren Geschichte überhaupt nicht wahrgenommen. Mit ungeheurer Pauschalität und zugleich in mythologischer Idealisierung der realen Arbeiterbewegung dieses Landes wirft Rauter „d e r APO" vor: *„Sie kennen keinen der hunderttausenden von Betriebsräten und Vertrauensleuten, die in vielen Stunden ihrer Freizeit und im Dienst aufklären, unterrichten, diskutieren und Arbeitskämpfe organisieren, Betriebszeitungen mit Millionenauflagen schreiben und drucken. Sie kennen die Arbeit der Gewerkschaften nicht, nicht die Arbeit der Gewerkschaftsjugend, der ‚Falken', der SDAJ".*

Um zwischen seinem Zerrbild der APO und seinem Mythos „Arbeiterbewegung" Licht und Schatten auch ja recht krass zu verteilen, versteigt sich Rauter sogar zu der völlig idiotischen Behauptung: **„Die westdeutschen Arbeiter sind die bestorganisierten Arbeiter Europas".** Ist das nun Unverfrorenheit oder Dummheit – oder spielt da etwa auch noch ein Schuß Chauvinismus mit? Jedenfalls hätte Rauter nicht einmal d a n n recht, wenn er den – ziemlich irrelevanten! – gewerkschaftlichen Organisationsgrad zugrunde legen würde, von Faktoren wie Kampfkraft und politischem Bewußtsein ganz zu schweigen.

So dusselig war die APO gar nicht!

Für E.A. Rauter stellt sich heute die Sache ganz einfach dar: *„Die bürgerlichen Journalisten schwiegen zu den Leiden der 10.000 eingesperrten Lohnabhängigen. Deshalb* (!) *wußten die* (!) *Studenten nichts von ihnen".* (Rauter behauptet, daß nach dem KPD-Verbot von 1956 10.000 Kommunisten eingesperrt worden seien, was maßlos übertrieben ist). Und weiter Rauter: **„Der Effekt des bürgerlichen Informationsentzuges auf die Gehirne der Demonstranten der ersten APO war: S i e wußten nichts (!) von der Arbeiterbewegung der Gegenwart".**

Wer allerdings selbst die APO miterlebt hat – nicht in der „schicken Szene", sondern an der B a s i s !! – der weiß, daß wir keineswegs so ahnungslos und ignorant hinsichtlich der westdeutschen und internationalen Arbeiterbewegung waren, wie E.A. Rauter es in seiner „kritischen Bestandsaufnahme" darstellt. Man befaßte sich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung und interessierte sich auch lebhaft für die Klassenauseinandersetzungen der Gegenwart, für die ersten größeren Streiks 1967, für die Septemberstreiks 1969 usw. Die APO wußte zweifellos z u w e n i g und war vielfach vorschnell mit ihrem Urteil über die Arbeiterbewegung und deren Geschichte – aber die Behauptung, wir hätten damals „n i c h t s" gewußt, ist lächerlich.

Es ist im Gegenteil sogar eines der großen V e r d i e n s t e der APO-Bewegung, daß sie zu einer massenhaften Neubeschäftigung mit der Geschichte der Arbeiterbewegung, zu einer förmlichen „Renaissance" der Traditionen und der Kultur der westdeutschen und internationalen Arbeiterbewegung einen wesentlichen Anstoß gegeben hat, was wiederum auf beträchtliche Teile der Arbeiterbewegung (vor allem im Jugendbereich) weiterwirkte.

Nicht zuletzt war es im wesentlichen die APO, der es u.a. auch zu verdanken ist, daß das KPD-Verbot von 1956 auf breiter Front durchbrochen wurde und – wenn auch bei Fortbestehen des alten Verbots – über mehr als ein Jahrzehnt hin wieder legale kommunistische Arbeit möglich wurde.

Von all dem will E.A. Rauter nichts wissen. Arrogant behauptet er: *„Die Leistung, die von ihren Bemühungen bleibt, machte den Kapitalismus frischer, schmierte die Ausbeutungsmaschine. Die* (!) *Studenten halfen, die feudalen Krusten der Hierarchie in der Produktion abzuklopfen, die die Bürgerlichen bei ihrer Revolution zurückgelassen hatten, veraltete Autoritätsstrukturen, die die Arbeit in den Betrieben behinderten ... Wenn sie von den Kapitalverwertern nicht gebraucht worden wären, wären sie früher weg gewesen vom Schaufenster".*

Man darf sich daran erinnern, daß die Diskussion, ob die APO denn nun fortschrittlich oder reaktionär gewesen sei, erstmals in den „ML"-Sekten geführt wurde – übrigens mit ganz ähnlichen Ergebnissen wie die, die E.A. Rauter jetzt präsentiert!